Die „Historisch-politischen Blätter“ als Forum für Kirchen- und Konfessionsfragen

Bernhard Weber

München 1983

Die 'Historisch-politischen Blätter' als Forum für Kirchen- und Konfessionsfragen

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Bernhard Weber
aus München

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544309_0001

M e i n e m V a t e r

Josef Weber †

Ich danke allen, die mich bei der Arbeit an dieser Dissertation unterstützt haben; vor allem Herrn Prof. Dr. Schmidt für die Anregung zu diesem Thema und manche entscheidende Hilfe, sowie Frl. Dr. Inge Köck, die mir die ausgedehnte Benützung des Redaktionsnachlasses in Regensburg und Thauernhausen ermöglicht hat. Ebenso sei der zuvorkommenden Unterstützung von Herrn Dr. Jochen Meyer vom Cotta-Archiv (Teil des Deutschen Literaturarchivs) in Marbach und dortiger Mitarbeiter sowie von Herrn Maderholz von der Oberpostdirektion München gedacht. Weitergeholfen hat mir auch die Erlaubnis zur Magazinbenützung durch Herrn Dr. Schott von der Universitätsbibliothek München. Ferner bedanke ich mich für alle Antworten auf meine Anfragen, auch wenn sie bezüglich meines Themas zuweilen nicht zu den erwarteten Ergebnissen führen konnten.

München, den Bernhard Weber

		Seite
	Vorwort	1 - 7
A	KIRCHEN- UND KONFESSIONSFRAGEN IN DEN HPBL	8 - 199
I.	Klassische Kirchenfragen	8 - 66
I.1.	Arbeitsdefinition	8 - 10
I.2.	Der Kampf der katholischen Kirche um Freiheit und Selbstverwaltung. Ein einleitender Aufriß	10 - 66
I.2.1.	Historische Ursachen und Kern der Einzelfragen	19 - 30
I.2.2.	Staatliche Ziele, synchrone und diachrone Parallelen	30 - 40
I.2.3.	Verständigungsmöglichkeiten und Grenzen der Kompromißbereitschaft; die Aussichtslosigkeit staatskirchlicher Politik	40 - 50
I.2.4.	Der Kampf um die kirchlichen Eigentumsrechte - Beispiele einer speziellen Problematik	50 - 66
II.	Das Problem der 'katholischen Politik'	66 - 111
II.1.	Gibt es eine 'katholische Politik'? Was sind ihre Bedingungen und Inhalte?	66 - 73
II.2.	Das Problem einer 'katholischen Partei'	73 - 84
II.3.	Der Aufschwung des Katholizismus nach 1848 als Teil der katholischen Politik	84 - 96
II.4.	Die Unterstützung katholischer Verbandspolitik durch die HpBl	97 - 104
II.5.	Die Idee vom bestmöglichen Staat	104 - 111
III.	Das Erziehungs- und Ausbildungswesen	112 - 136
III.1.	Schulpflicht, Schulmonopol und konfessioneller Charakter der Ausbildung	115 - 123
III.2.	Verstaatlichungstendenzen und Nationalismus in der Bildungspolitik	123 - 136

		Seite
IV.	Katholisch/protestantische Polemik	137 - 173
IV.1.	Das Gebiet der Parität und der katholikenfeindliche Zeitgeist	137 - 147
IV.2.	Konversionen und gegenseitige Missionstätigkeit; die Zuspitzung der konfessionellen Polemik	147 - 157
IV.3.	Katholisch/protestantische Polemik auf den Gebieten von Wissenschaft und Bildung	157 - 173
V.	Die Auseinandersetzungen innerhalb des Katholizismus um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche	174 - 199
V.1.	Der Kampf gegen staatskirchliche Traditionen im Klerus	174 - 187
V.2.	Der liberale Katholizismus, der Altkatholizismus und die Person Döllingers	187 - 199
B	ZUM ÄUSSEREN DER HPBL	200 - 359
I.	Das Bild der Zeitschrift und ihre Resonanz	200 - 296
I.1.	Die Initiatoren	200 - 203
I.2.	Vorankündigung, Name und Ziel	203 - 214
I.3.	Das Selbstverständnis	214 - 227
I.4.	Verbreitung und Bedeutung	227 - 296
I.4.1.	Abonnementsmöglichkeiten und Preise	227 - 241
I.4.2.	Erste Erfolge und Krisen	241 - 260
I.4.3.	Krisen der HpBl. Versuch der Ursachenfindung, vorgenommen in enger Anlehnung an die allgemeine Geschichte und die Situation der katholischen Presse	261 - 272
I.4.4.	Indizien zu einem Bild der regionalen Verbreitung und des Lesepublikums	273 - 296

		Seite
II.	Die Mitarbeiter an den HpBl	297 - 359
II.1.	Zum Begriff 'Mitarbeiter' und zur Vorgehensweise	297 - 300
II.2.	Wer waren die Mitarbeiter? (Regionale Herkunft; Verhältnis zwischen Laien einerseits und Welt- und Ordensgeistlichen andererseits; protestantische Mitarbeiter und Konvertiten; Berufe)	301 - 313
II.3	Die Bedeutung der Mitarbeiter für das katholische Deutschland im 19. Jahrhundert	313 - 321
II.4.	Die HpBl zwischen den Polen 'Einheit der Mitarbeiter' und 'Forumscharakter' gezeigt auch an Beispielen außerhalb der Kirchen- und Konfessionsfragen	322 - 340
II.5.	Die Redaktion	340 - 359
II.5.1.	Arbeitsaufteilung, Führungsstil und Auswahl der Beiträge	342 - 349
II.5.2.	Finanzielle Ergebnisse und Honorare	349 - 359
	Quellen- und Literaturverzeichnis	360 - 378
(II.6)	Statistischer Anhang über die Mitarbeiter	379 - 484
	Bibliographie zum statistischen Anhang	485 - 497

Teil A

Kirchen- und Konfessionsfragen in den HpBl

VORWORT

Die vorliegende Arbeit über die 'Historisch-politischen Blätter' (HpBl) sucht zwei Aspekte miteinander zu verbinden: den inhaltsbezogenen der Kirchen- und Konfessionsfragen und den 'äußeren' der Zeitsituation anhand von Forschungen über die Auflage, die Verbreitung und die Mitarbeiter. Dadurch hat sich auch die Gliederung in zwei Hauptteile ergeben; diese sollen jedoch nicht ohne Verbindung nebeneinander stehen, sondern zu ihrer gegenseitigen Erhellung beitragen. Als Konsequenz aus dieser Absicht habe ich einige wichtige Ergebnisse beider Hauptteile auch als Hintergrund des jeweils anderen miteinbezogen.[1)]

Einige Anmerkungen zu meinem Vorgehen, besonders zum ersten Hauptteil:

In den 'Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland' standen selbstverständlich diejenigen Kirchenfragen im Vordergrund, die sich aus der Sicht der k a t h o l i s c h e n Kirche im Verhältnis zum Staat, zu den gesellschaftlichen Gruppen und zu den anderen Religionsgesellschaften ergaben. Das Verhältnis der protestantischen Kirchengesellschaften zum Staat spielte nur in der gegenseitigen Polemik eine Rolle.

Die Umschreibung 'Kirchen- und Konfessionsfragen' wurde gewählt, um die Spannweite des behandelten Gesamtkomplexes besser zur Geltung zu bringen. Diese beiden Punkte überschneiden sich häufig, und der Versuch, sie kapitelweise vollständig voneinander zu scheiden, wäre unfruchtbar. Inhaltliche Überschneidungen nämlich werden deutlich bei der Behandlung kulturpolitischer Fragen wie beispielsweise dem Erziehungswesen und der katholischen Verbandspolitik auf kulturellem Sektor als auch im Kapitel über die katholisch/

---

1) Bei Verweisen auf Kapitel innerhalb des jeweiligen Hauptteils entfällt der Zusatz 'in Teil A' bzw. 'in Teil B'.

protestantischen Polemik. Auch bei Themen, welche nicht unmittelbar mit Konfessionsfragen zusammenhängen, wurde diese Verbindung von den Zeitgenossen oft unwillkürlich als Hintergrund hergestellt.

Kirchen- und Konfessionsfragen (die Kölner Wirren) verursachten die Entstehung der HpBl und waren zusammen mit den allgemeinpolitischen Voraussetzungen auch deren Anliegen: "Der Zweck der Zeitschrift ist schlechthin Vertheidigung der Kirche, Geschichte und Politik werden nur subsidiarisch zugezogen."[1] Diese überspitzte Formulierung darf nicht dazu verleiten, die HpBl nur als an kirchenpolitischer Thematik interessiert einzustufen. Vielmehr war es die allgemeinpolitische Ordnung, welche als Voraussetzung für den Zustand des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche als entscheidend angesehen wurde. Deshalb sind die HpBl eine durch und durch politische Zeitschrift, weshalb auch die kirchenpolitischen Belange stets auf dem Weg der Propagierung der als richtig erachteten weltlichen politischen Ordnung vertreten wurden.

'Liberalismus' und 'Ultramontanismus' bzw. 'liberal' und 'ultramontan' sind in meiner Arbeit häufig wiederkehrende Begriffe, wobei sie nicht jedesmal als ausreichende Kennzeichnung von Weltanschauungen, Parteien und Programmen zu betrachten sind. Meist bezeichnen sie die gängige zeitgenössische und spätere Selbst- und Fremdkennzeichnung und -einschätzung der erwähnten Gruppen. Dennoch ergab sich an manchen Stellen die Gelegenheit, diese Begriffe in der Analyse der HpBl und aus eigener Sicht in ihrer jeweiligen Verwendung zu erklären.

Zu Beginn meiner Arbeit stand ich vor der Entscheidung, ob bei jeder Erwähnung eines Artikels der Verfasser derselben

---

1) Joseph Görres in den HpBl, Bd. 18, S. 574.

sofern er für mich zu ermitteln war[1], angegeben oder ob es bei dem Verweis auf Bandnummer und Seitenzahl belassen werden sollte. Verschiedene Gründe bewogen mich zur letztgenannten Möglichkeit. Zum einen machte ich Verlauf meiner Beschäftigung mit der Zeitschrift die Feststellung, daß gerade auf dem Gebiet der Kirchen- und Konfessionsfragen die Übereinstimmung der Mitarbeiter in grundsätzlichen Fragen am größten war (weshalb dennoch auch auf diesem Gebiet von einem Forumscharakter der HpBl gesprochen werden kann, dazu in Kap. II.4. des Teils B), zum anderen bewogen mich praktische Gründe zur Vernachlässigung der Mitarbeiternamen im Text: Ein großer Teil der Verfasser ist nicht zu ermitteln,und die Praxis der Anonymität war je nach Zeitumständen (z.B. Verbot der HpBl in Preußen) unterschiedlich. Dazu machte ich während der Niederschrift meiner Arbeit laufend neue Erkenntnisse in Bezug auf die anonymen Aufsätze, weshalb gegen Schluß der Arbeit die Mitarbeiternahmen wesentlich häufiger auftauchen würden als zu Beginn. Wenn ich trotzdem bisweilen unter Namensnennung zitiere, so hat das den Grund, daß diese Artikel oder Artikelserien mir als besonders wichtig erscheinen und meist auch aus bekannten Federn stammen. In der Praxis betrifft das sehr oft Herausgeber und Redaktionsmitglieder wie J. Görres und J.E.Jörg, vor allem wenn die Äußerungen in eigener Sache, d.h. über die HpBl selbst erfolgten.

Ein weiteres Problem betrifft die Periodisierung in Bezug auf gewisse Änderungen im Bild und in den Aussagen der Zeitschrift. Hier wäre eine vorweg vorgenommene zeitliche Gliederung deshalb verfehlt, weil es schwer fällt dafür genaue Einschnitte zu setzen. Viele Änderungen vollzogen sich kaum merklich oder sind aus anderen Gründen zeitlich schwer einzuordnen. Am besten ist hier ein inhaltsbezogenes Vorgehen,

---

1) Siehe dazu das Kapitel II.6. in Teil B der Arbeit, das allerdings der notwendig gewordenen Anordnung wegen nicht die Auskunft vom fraglichen Artikel her, sondern von Seite der Mitarbeiter liefert.

denn schon in der Dominanz dieser oder jener Frage in einem gewissen Zeitraum ergeben sich Andeutungen von Präferenzen und eine zeitliche Ordnung. Sofern durch Zeitumstände bedingte Änderungen in den Aussagen der HpBl festzustellen waren, wurden sie von mir also im jeweiligen Sachkapitel festgehalten. Auf diese Weise können doch innerhalb des Erscheinungszeitraumes der Zeitschrift Periodisierungen und charakteristische Änderungen erfaßt werden, die eine gewisse historische Stütze bilden, da eine Reihe von Entwicklungen und Zusammenhängen in starkem Ausmaß von der allgemeinen Zeitsituation geprägt waren und somit nur historisch betrachtet werden können. Ein nur historisch-chronologisches Vorgehen würde durch fehlende Problemorientierung Programmatisches und inhaltliche Charakterisierungen vernachlässigen. Deshalb wurde der Mittelweg einer inhaltlichen Problemorientierung unter Berücksichtigung historischer Veränderungen eingeschlagen. Bei vielen hier wiedergegebenen Äußerungen der HpBl ist der Zeitaspekt von Bedeutung; deshalb will ich hier umseitig nach dem Beispiel Brunners[1] eine Tabelle der Bandnummern und der entsprechenden Jahreszahlen anfügen.

Da sich die fünf inhaltlichen Schwerpunkte des ersten Hauptteils erst nach ausführlichem Studium der HpBl ergaben, zudem Kapitel II. und IV. nur mittelbar aus den konkret dargestellten Fällen erschlossen sind, bilden sie für sich selbs gesehen schon eine aussagekräftige Strukturierung innerhalb des Gesamtkomplexes der Kirchen- und Konfessionsfragen, die zur Charakterisierung der Zeitschrift beiträgt.

Der zweite Hauptteil ist gedacht auch als Einzelbeitrag zur Forschung über die katholische Zeitschriftenpresse im 19. Jahrhundert; durch die Notwendigkeit eines horizontalen

---

1) Brunner, Josef. Die Literaturkritik in den Historisch-politischen Blättern, 1838-1923. Ein Beitrag zur Geschicht des Verhältnisses der deutschen Katholiken zur nationalen Kultur. Reihe: Freiburger Forschungen zur Kunst- und Literaturgeschichte, hrsg. von Heribert Reiners und Richard Newald, Bd. 3. Ohlau 1935, S. 137 f.

Vergleichs und einer Einordnung in den Rahmen der katholischen Zeitschriftenpresse ist also nicht ausschließlich von den HpBl die Rede.

Meine Untersuchung umfaßt im großen und ganzen nur den Zeitraum bis etwa 1900, also nicht bis zum Ende der Zeitschrift im Jahr 1923. Das geschah sowohl aus zeitlichen (ein Jahrgang der HpBl umfaßt etwa 2.000 Seiten, etwas mehr als zwei Jahrzehnte somit über 40.000 Seiten) als auch aus inneren Gründen. Der Tod des Herausgebers Jörg im Jahr 1901 und das Aufkommen vieler neuer katholischer Zeitschriften in den Jahren um die Jahrhundertwende bildeten sichtbare Einschnitte. Dadurch ist die Stellung der Zeitschrift innerhalb der katholischen Publizistik neu zu untersuchen, auch aufgrund ihres Bedeutungsschwundes. Über den Zeitraum nach 1900, speziell über die letzten Jahre der HpBl und die Gründe für die Einstellung ihres Erscheinens möchte ich später gesondert arbeiten.

Bandzahlen und Jahrgänge der HpBl

Von den HpBl erschien alle 14 Tage ein Heft (am 1. und 15. jedes Monats). 12 Hefte bildeten einen Halbjahresband, ein Jahrgang umfaßte 24 Hefte.

1 - 1838/I	37 - 1856/I	73 - 1874/I
2 - 1838/II	38 - 1856/II	74 - 1874/II
3 - 1839/I	39 - 1857/I	75 - 1875/I
4 - 1839/II	40 - 1857/II	76 - 1875/II
5 - 1840/I	41 - 1858/I	77 - 1876/I
6 - 1840/II	42 - 1858/II	78 - 1876/II
7 - 1841/I	43 - 1859/I	79 - 1877/I
8 - 1841/II	44 - 1859/II	80 - 1877/II
9 - 1842/I	45 - 1860/I	81 - 1878/I
10 - 1842/II	46 - 1860/II	82 - 1878/II
11 - 1843/I	47 - 1861/I	83 - 1879/I
12 - 1843/II	48 - 1861/II	84 - 1879/II
13 - 1844/I	49 - 1862/I	85 - 1880/I
14 - 1844/II	50 - 1862/II	86 - 1880/II
15 - 1845/I	51 - 1863/I	87 - 1881/I
16 - 1845/II	52 - 1863/II	88 - 1881/II
17 - 1846/I	53 - 1864/I	89 - 1882/I
18 - 1846/II	54 - 1864/II	90 - 1882/II
19 - 1847/I	55 - 1865/I	91 - 1883/I
20 - 1847/II	56 - 1865/II	92 - 1883/II
21 - 1848/I	57 - 1866/I	93 - 1884/I
22 - 1848/II	58 - 1866/II	94 - 1884/II
23 - 1849/I	59 - 1867/I	95 - 1885/I
24 - 1849/II	60 - 1867/II	96 - 1885/II
25 - 1850/I	61 - 1868/I	97 - 1886/I
26 - 1850/II	62 - 1868/II	98 - 1886/II
27 - 1851/I	63 - 1869/I	99 - 1887/I
28 - 1851/II	64 - 1869/II	100 - 1887/II
29 - 1852/I	65 - 1870/I	101 - 1888/I
30 - 1852/II	66 - 1870/II	102 - 1888/II
31 - 1853/I	67 - 1871/I	103 - 1889/I
32 - 1853/II	68 - 1871/II	104 - 1889/II
33 - 1854/I	69 - 1872/I	105 - 1890/I
34 - 1854/II	70 - 1872/II	106 - 1890/II
35 - 1855/I	71 - 1873/I	107 - 1891/I
36 - 1855/II	72 - 1873/II	108 - 1891/II

109 - 1892/I
110 - 1892/II

111 - 1893/I
112 - 1893/II

113 - 1894/I
114 - 1894/II

115 - 1895/I
116 - 1895/II

117 - 1896/I
118 - 1896/II

119 - 1897/I
120 - 1897/II

121 - 1898/I
122 - 1898/II

123 - 1899/I
124 - 1899/II

125 - 1900/I
126 - 1900/II

127 - 1901/I
128 - 1901/II

129 - 1902/I
130 - 1902/II

131 - 1903/I
132 - 1903/II

133 - 1904/I
134 - 1904/II

135 - 1905/I
136 - 1905/II

137 - 1906/I
138 - 1906/II

139 - 1907/I
140 - 1907/II

141 - 1908/I
142 - 1908/II

143 - 1909/I
144 - 1909/II

145 - 1910/I
146 - 1910/II

147 - 1911/I
148 - 1911/II

149 - 1912/I
150 - 1912/II

151 - 1913/I
152 - 1913/II

153 - 1914/I
154 - 1914/II

155 - 1915/I
156 - 1915/II

157 - 1916/I
158 - 1916/II

159 - 1917/I
160 - 1917/II

161 - 1918/I
162 - 1918/II

163 - 1919/I
164 - 1919/II

165 - 1920/I
166 - 1920/II

167 - 1921/I
168 - 1921/II

169 - 1922/I
170 - 1922/II

171 - 1923/I
+ einzelnes Schlußheft, hauptsächlich dem letzten Herausgeber G. Jochner gewidmet.

I. 'KLASSISCHE' KIRCHENFRAGEN

I.1. ARBEITSDEFINITION

Im folgenden will ich darstellen, was in der Sicht der HpBl den Kern der Kirchenfragen bildete, um darauf eine Definition als Grundlage für dieses Kapitel zu stützen. Nicht alles, was im weitesten Sinne kirchen- und konfessionsbezogen ist, hatte in historischer und politischer Sicht für die Zeitschrift den gleichen Stellenwert.[1)]

Durch die Umreißung derjenigen Artikel, welche "zur Vertheidigung der kirchlichen und politischen Ordnung, den mannichfachen Bekämpfungen und Anfeindungen gegenüber"[2)] in den HpBl ihren Niederschlag fanden, sollen hier die Themenstellungen ausgeschieden werden, welche einerseits Interkonfessionelles und Innerkirchliches, andererseits übergreifende Gesichtspunkte (z.B. 'katholische Politik') zum Inhalt hatten.

Unter 'klassischen' Kirchenfragen sollen ausschließlich diejenigen Probleme verstanden werden, die sich im Verhältnis zwischen Staat und Kirche ergaben, sich also im unklar abgesteckten Grenzgebiet staatlich/kirchlicher Kompetenzen befanden und von der Kirche als Teil ihrer geforderten Selbstverwaltung reklamiert wurden. Historisch gesehen wurden sie meist[3)] verursacht durch die Herausbildung des modernen, aufgeklärten Staatswesens mit seinen selbstgesteckten Grenzen; fast alle Eigentumsfragen beispielsweise (Verwaltung der kirchlichen Stiftungen und Fonds hauptsächlich) lassen sich auf die Säkularisation zurückführen.

Kriterium für die Zuordnung zu diesem Kapitel ist also

---

1) Lt. Vorankündigung der HpBl in der Zeitschrift 'Der Katholik'. Bd. 68 (Jg. 1838). Beilage IV (April), S. XLVI ff. Vgl. dazu auch Kap. I.2. des Teils B.
2) 'Katholik', a.a.O., S. XLVII.
3) Abgesehen von früheren Kirchenregimentern, auch in Ländern mit katholischem Herrscherhaus.

ein Kompetenzstreit zwischen Staat und Kirche, wobei nur die Punkte Unterrichts- und Erziehungswesen hier ausgeklammert und in einem anderen Kapitel behandelt werden. Staatliches Ziel in diesen Auseinandersetzungen war dabei die 'Kompetenzkompetenz', d.h. die Sicherung des Anspruchs auf alleinige Festlegung der eigenen Grenzen und die Gültigkeit der Staatsgesetze auch in den kirchlichen Bereich hinein. Aus kirchlicher Sicht stand die Freiheit und Selbstverwaltung in Bezug auf die 'iura in sacra' (innerkirchliche Angelegenheiten) auf dem Spiel, deren Umfang man natürlich weiter definierte als der Staat, der überdies den genannten Bereich vollständig seinem Oberaufsichtsrecht unterwarf. Auf dem Gebiet der 'iura circa sacra' (gemischte Angelegenheiten) lehnte die Kirche einseitige staatliche Festlegungen wie z.B. das bayerische Religionsedikt von 1809 (1818 als Beilage II zur Verfassung) ab und bestand auf einer Lösung in Form von Konkordaten.

Umstritten war, was jeweils als gemischte Angelegenheit ('circa sacra') oder innere Angelegenheit ('in sacra') zu gelten hatte, und dies entschied über ein Mehr oder Weniger an staatlicher Intervention. An der Umschreibung 'gemischte Angelegenheiten' wird bereits deutlich, daß es sich bei einem großen Teil der staatlich/kirchlichen Auseinandersetzungen nicht um die Respektierung einer klar gezogenen Grenze handeln konnte, sondern der Konflikt bereits in den Rechtsanschauungen der Zeit institutionalisiert war. Mit diesen älteren geistigen und materiellen Rechtsvoraussetzungen in Deutschland konnte es nicht zu einer Trennung von Staat und Kirche nach nordamerikanischem Beispiel kommen.

Diese 'klassischen' Kirchenfragen konnten im 19. Jahrhundert nie einer endgültigen Lösung zugeführt werden und blieben trotz vorübergehender Regelungen (preußische Verfassung von 1850 , österreichisches Konkordat von 1855, württembergisches Konkordat von 1857, badisches Konkordat

von 1859)[1] umkämpft. Erschwert wurden Einigungen noch dadurch, daß die Festlegung der kirchlichen Verhandlungsstandpunkte kaum in das Ressort der kirchlichen Oberen in Deutschland fiel, sondern vom heiligen Stuhl vorgenommen wurde. Das sieht man besonders deutlich an der päpstlichen Verwerfung einer ersten Konvention zwischen der württembergischen Regierung und dem Rottenburger Bischof Lipp im Jahr 1854. Eine weitere Regelung des Mainzer Bischofs v. Ketteler mit der Regierung des Großherzogtums Hessen im selben Jahr wurde nur zögernd und mit großer Reserve gebilligt.

Somit bilden die Kölner Wirren, die kirchenpolitischen Kämpfe in der Oberrheinischen Kirchenprovinz[2] und der Kulturkampf in verschiedenen Ländern des Deutschen Reiches keine isolierten Ereignisse, sondern waren Kulminationspunkte, was Dieter Albrecht[3] und Michael Körner[4] am Beispiel des Kulturkampfes in Bayern gezeigt haben.

I.2. DER KAMPF DER KATHOLISCHEN KIRCHE UM FREIHEIT UND SELBSTVERWALTUNG. EIN EINLEITENDER AUFRISS.

Kirchenverfassung und staatliche Gesetzgebung kollidierten in vielen Bereichen. Da sich die HpBl vielleicht am inten-

---

1) Die Bestimmungen der preußischen Verfassung wurden nicht in die Reichsverfassung übernommen, die drei genannten Konkordate nach liberalem Widerstand in den Kammern aller drei Länder wieder gekündigt.

2) Sie umfaßte Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel, Nassau, Frankfurt und die beiden preußischen Gebiete Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen. (Ersichtlich in: 'Atlas zur Kirchengeschichte. Die christlichen Kirchen in Geschichte und Gegenwart', hrsg. von Hubert Jedin. Freiburg 1970, S. 97-Schaubild D.).

3) Albrecht, Dieter. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871-1918). In: Spindler, Max. (Hrsg.) Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 2. Bde. München 1974 f. Bd. 1, S. 283 ff., hier S. 321.

4) Körner, Michael. Staat und Kirche in Bayern. 1886-1918. Reihe: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Hrsg. von Konrad Repgen u. a. Reihe B, Bd. 20. Mainz 1977, passim u. vor allem S. 3.

sivsten mit Eigentumsfragen und der katholischen Vermögens- und Stiftungsverwaltung befaßt haben, will ich diesen Fragen am Schluß ein eigenes Kapitel widmen.

Einseitig staatliche Regelungen des Verhältnisses zur Kirche waren genereller und/oder punktueller Art. Meist erfolgten die Rechtsnormen, die das kirchliche Gebiet tangierten, in Form von Einzelgesetzen und Verordnungen, jedoch auf der Basis eines Staatsgrundgesetzes.[1] Nur die Gesetze und Verordnungen während des Kulturkampfes in Preußen waren diesbezüglich nicht immer abgestützt. Im Auge hatten die HpBl vor allem Verordnungen, welche in die Organisation der katholischen Kirche eingriffen und ihrer inneren Hierarchie widersprachen. Das treffendste Beispiel dafür war die Schaffung eines staatlichen katholischen Oberkirchenrates in Baden[2] analog zur protestantischen staatlichen Institution. Der Streit zwischen den Mitgliedern dieses Rates und dem Freiburger Erzbischof Hermann v. Vicari führte dann zu Auseinandersetzungen, die dem späteren Kulturkampf ähnelten und im Hausarrest für den Erzbischof (1854) gipfelten.

Die 'Kompetenzkompetenz' des Staates zur alleinigen Festlegung der Grenzen zwischen Staat und Kirche wurde als Wurzel aller Konflikte angesehen. Das Eintreten zugunsten eines Staatsvertrages (Konkordat) und gegen Edikte kirchenpolitischen Inhalts begründeten die HpBl durch je ein grundsätzliches und ein praktisches Argument. Grundsätzlich wurde die Auffassung vertreten, daß die Kirche als eine dem Staat

---

1) Das österreichische Staatsgrundgesetz von 1867 wurde von Papst Pius IX. wegen der einseitigen Festlegung des staatlichen Rechtsbereichs im Verhältnis zur Kirche verworfen. Diese Ablehnung wurde von den HpBl verteidigt, da sie sich nicht auf das Grundgesetz als Ganzes, sondern nur auf dessen kirchliche Bestimmungen bezogen habe. Vgl. Bd. 62, S. 233 f.).

2) Vgl. Bd. 11, S. 291 ff.u. Bd. 42, S. 796.

gleichberechtigte[1] Institution keine Staatsanstalt sein könne. Demgegenüber erschien das praktische Argument zweitrangig, auch wenn es in der Praxis eine große Rolle spielte und in den HpBl mehrfach vorgebracht wurde: Einzelgesetzgebungen und Verordnungen hingen von den wechselnden Kabinetten ab; dagegen hatte ein Konkordat als internationaler Vertrag zwischen zwei Souveränen weit mehr Stabilität aufzuweisen, da er in der Theorie nicht einseitig gelöst werden konnte.[2] Dieses Argument bewahrheitete sich in der Praxis nur teilweise, da Regelungen über Eigentumsfragen, die in Konkordaten stets mit beinhaltet waren, der Mitsprache der Landtage unterworfen waren. Dieses Mitspracherecht wurde bei den erwähnten Konkordatskündigungen von den liberalen Kammermehrheiten auch als Hebel zur Beseitigung der unerwünschten Festlegungen angesetzt. Die HpBl hingegen sahen die Mitwirkung der Kammern nur darin gegeben, bisherige und dem Konkordat entgegenstehende Gesetzesbestimmungen abzuändern.[3]

Abgesehen von der grundsätzlichen Verwerfung einseitiger Festlegungen kam bei staatlichen Verordnungen noch der Einfluß der Ministerialbürokratie dazu, von der Ausarbeitung bis zur Handhabung; dem Souverän, dem von den HpBl meist mehr Vertrauen entgegengebracht wurde, entzog sich die Materie durch die Komplexität der gesetzestechnischen Details und die Schwierigkeit der Überwachung bei der Ausführung. Das Endziel, welches die HpBl in der Konkordatspolitik sahen, war ein möglichst einheitlicher und dem Kirchenrecht entsprechender Rechtszustand der katholischen Kirche in allen

---

1) Die Rechtfertigung lag in der sogenannten 'Koordinationslehre'. Dagegen fehlten die Voraussetzungen und Durchsetzungsmöglichkeiten eines theoretischen Anspruches der Kirche auf eine moralische und rechtliche Oberhoheit; dennoch ist sie innerhalb der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert erörtert worden. (Vgl.: Schnabel, Franz. Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 4 Bde. Freiburg i.Br. 1955[4]. Bd. 4, S. 29 f.).

2) Das betonten die HpBl wiederholt, z.B. Bd. 26, S. 338 und Bd. 61, S. 622.

3) Vgl. Bd. 61, S. 622.

deutschen Staaten[1]; ein Nahziel z.B. selbiges in der Oberrheinischen Kirchenprovinz.

Die Kompetenz der Kirche zur Regelung ihrer inneren Angelegenheiten wurde zwar auch in den staatlichen Gesetzgebungen bestätigt; diese Bestätigungen sah man aber entwertet durch Zusätze wie "nach Maßgabe der hierüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen", d.h. auch der allgemeinen Staatsgrundgesetze.[2] Eben diese beinhalteten aber die staatliche Definition dessen, was unter den innerkirchlichen Angelegenheiten zu verstehen sei.

Die Prinzipienfrage, "ob das Kirchengesetz sich dem Staatsgesetze, selbst zum offenkundigen Nachtheil der kirchlichen Interessen, zu beugen habe oder ob die Kirche auf ihrem eigenen Gebiete unabhängig vom Staate auf Grund ihrer Verfassung sich frei bewegen könne"[3], lag nach Meinung der HpBl sowohl dem Kölner Ereignis von 1837 als auch dem preussischen Kulturkampf zugrunde.[4] Diese Prinzipienfrage stand hinter allen Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche im 19. Jahrhundert und schuf die 'klassischen' Kirchenfragen.

Ebenso wie staatliche Eingriffe in das Gebiet der kirchlichen Autonomie - so wie es die Kirche selbst absteckte - stets als 'Staatsabsolutismus' und 'Staatskirchentum' verworfen wurden, lehnten die HpBl eine Trennung von Staat und Kirche ab. Zudem hielt man letztere für nicht durchführbar, was auch durch meinen Hinweis auf die unterschiedlichen Rechtsvoraussetzungen in Deutschland und Amerika verdeutlicht werden sollte. Zum einen betrachtete man für die Idee des bestmöglichen Staates die religiöse Ausrichtung für unabdingbar und verwies auf das Wort des Kirchenvaters Augustinus: "Ohne Glauben und Gerechtigkeit sind die

---

1) Vgl. Bd. 67, S. 88 und S. 92.
2) Z.B. in Baden: "Die Kirche kann das Recht der Autonomie nur nach Maßgabe eines besonderen, ihren Umfang abgrenzenden Gesetzes ausüben." (Zit. nach HpBl, Bd. 64, S. 536).
3) Bd. 101, S. 423.
4) Daselbst.

Staaten und Reiche nichts anderes als große Räuberhöhlen"[1], zum anderen bestanden ja noch staatliche Verpflichtungen (z.B. Dotationen).

Selbst einer (im Gegensatz zur 'wohlwollenden Bevormundung' der Kirche, z. B. in Bayern bis zum Sturz Abels) liberalen und kirchenfeindlichen Administration konnte nichts an einer Trennung von Staat und Kirche gelegen sein, auch wenn von dieser Seite bisweilen damit gedroht wurde. Denn ob man in der Tradition des österreichischen Aufklärers Josef v. Sonnenfels die Kirche für einen notwendigen 'Leitriemen' für die Kontrolle über die Untertanen hielt oder aus anderen Gründen weiter am System staatskirchlicher Rechte festhalten wollte, so konnte man an einer gegenseitigen Unabhängigkeit - die dann ja Rechtsgarantien für die Kirche zum Ausschluß staatlicher Interventionsmöglichkeiten miteinschließen mußte (siehe amendment von 1789 zur amerikanischen Verfassung) - auf Seite des Staates nicht interessiert sein.

Für das Scheitern von Vereinbarungen waren weltanschaulich bedingte Feindseligkeit gegenüber der katholischen Kirche einerseits und starres Beharren auf kirchlichen Maximalforderungen andererseits verantwortlich, besonders dann, wenn die Sachfragen mit konfessionellen Gesichtspunkten durchsetzt waren.

Die Forderung nach Autonomie der katholischen Kirche wurde von den HpBl stets mit deren göttlichem Auftrag begründet. Als wichtigstes Glied der Autonomie sah man die Kirchenverfassung an, die alle anderen Punkte einschloß und auf deren Gestaltung man dem Staat keinen Einfluß zugestand. Wenn sich hier und in Einzelfragen theologisch-dogmatische und staatspolitische Argumente gegenüberstanden, so wurde eine Einigung illusorisch. Der paritätische Staat konnte sich auch nicht mit theologischen Argumenten befassen, die das gleichberechtigte Nebeneinander von Staat und katholi-

---

1) Zit. nach HpBl, Bd. 62, S. 688.

scher Kirche erklärten. Diese kirchliche Theorie ging von zwei unabhängigen Gewalten aus, deren Grenzen durch ihren Ursprung und Zweck begründet waren und die somit gar nicht miteinander kollidieren konnten, solange sie auf ihr Gebiet beschränkt waren[1]. Dadurch war ihre friedliche Zusammenarbeit, jedoch durch den höheren Ursprung und Zweck der Kirche auch die Anwendung ihrer sittlichen Lehren auf die Staatsordnung vorgegeben. Erst wenn der Staat dergestalt organisiert war, konnte er ein Gewaltmonopol beanspruchen. Dieses kirchliche Bild der beiden Gewalten, das der 'Ultramontanismus' alter Prägung in den HpBl vertrat, ist bewußt[2] mittelalterlich,und auch der Hinweis auf die Gültigkeit von Gelasians Zwei-Schwerter-Lehre fehlte nicht[3].

Dieses mittelalterliche Bild von den HpBl entstand immer dann, wenn in ihnen Kirchenrechtler und Theologen g r u n d s ä t z l i c h argumentierten; das findet man in der zweiten Jahrhunderthälfte wesentlich seltener. Einen ganz anderen Eindruck dagegen bekommt man von der Zeitschrift, wenn man die kirchenrechtlichen Fragen praktisch behandelt sieht. In dieser Form erkennt man dann leicht, daß die Forderungen der HpBl großenteils berechtigt waren und spätestens nach 1918 den Kirchen in Deutschland auch zugestanden worden sind. Hat man bei der grundsätzlichen Argumentation der Zeitschrift zuweilen den Eindruck einer angestrebten politischen Herrschaft durch mittelalterlich anmutende Forderungen, so sieht man bei der praktischen Besprechung der einzelnen Beschwerden, daß es sich vielmehr um die Fortführung einer anachronistischen staatlichen Kirchenpolitik aufgeklärten Zuschnittes handelte. Der Rekurs auf das grundsätzlich für

---

1) Vgl. Bd. 22, S. 281.

2) "Jene politische Ordnung, die wir im Mittelalter erblicken, wenn auch nicht vollkommen durchgeführt, ist die einzige, die sich mit der Freiheit der Kirche verträgt; ja mehr noch, sie ist die einzige, welche die sittlichen Lehren der Kirche auf die Staatsordnung anwendbar macht." (Bd. 29, S. 356).

3) Vgl. Bd. 1, S. 341 und Bd. 22, S. 569.

richtig Gehaltene im Verhältnis zwischen Staat und Kirche war oft eine historische Reminiszenz in der als unbefriedigend empfundenen Zeitsituation, und wohl kaum einer der Herausgeber und Mitarbeiter dachte ernstlich an eine Rückkehr zu Zeiten, in denen man das besagte Verhältnis als idealer ansah. Eine Parallele dazu ist die häufig ausgedrückte Hochschätzung für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation in Verbindung mit Erklärungen, daß es kein realistisches Modell für die heutige 'Deutsche Frage' mehr bilde. Der Rückgriff geschah immer auch zu dem Zweck, den proklamierten Fortschritt als ein Phantasieprodukt von Aufklärung und Liberalismus zu zeigen und ihm die organisch gewachsenen Formen entgegenzustellen.

Auf die kirchenrechtlich-dogmatischen Argumente der HpBl, die für den Staat keine Verhandlungsbasis sein konnten, kann ich als Nicht-Theologe nur sehr begrenzt eingehen. Sie basierten auf den Lehren der Kirchenväter, päpstlichen Dekreten und Konzilsbeschlüssen, wobei die des Tridentinischen Konzils als grundlegend angesehen wurden. Seit der Übernahme der Redaktion durch Jörg nahm diese uns heute wenig bekannte Form der Rechtsvertretung zugunsten praktischer politischer Argumente rasch ab.

Die HpBl sahen den Weg der Verständigung darin, daß dem Staat in manchen Bereichen eine lockere Aufsichtsfunktion zugestanden wurde, und dieser andererseits davon abging, die katholische Kirche wie die protestantischen Kirchen zu regieren[1]. Denn gerade in der Gleichbehandlung lag wegen der verschiedenen Kirchenverfassungen die Ungleichheit. Eine beiden Religionsgesellschaften angemessenen Behandlung mußte die Respektierung der inneren Verfaßtheit und der Eigenheiten der

---

1) Als Beispiele dafür wurden gebracht: Die Errichtung eines katholischen Oberkirchenrates in Baden nach protestantischem Vorbild (Vgl. Bd. 11, S. 291 ff. und Bd. 42, S. 796 - letzteres: vgl. weiter oben). Aufstellung einer staatlichen Synodalverfassung für die katholischen Kirchengemeinden nach Vorbild der reformierten Kirchengemeinden durch die Kantonsregierung von Aargau (Vgl. Bd. 69, S. 699 ff.).

Dogmas beinhalten. Als Beispiel wurde zuweilen auf die Beschränkung des freien Verkehrs mit der 'auswärtigen Macht' Rom verwiesen, welche dadurch die Parität verletzte, da der freie Verkehr mit Rom für die katholische Kirche unabdingbar, für die protestantischen Kirchen aber irrelevant war. Das Element des Ungleichen in der Praxis wurde also als Bedingung dafür angesehen, daß jeder Religionsgesellschaft das Leben nach ihren Grundsätzen ermöglicht wurde.

Hierin stimmte den HpBl sogar die 'Neue Preußische Zeitung' ('Kreuzzeitung') zu, die im Laufe des Kulturkampfes als Kampfblatt von der 'Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' abgelöst wurde: "Ein gleiches Recht den beiden großen kirchlichen Gemeinschaften auf Lebensluft und eigenartige Entwicklung kann nur bestehen, wenn dieses Recht der Eigenthümlichkeit eines Jeden angepaßt ist."[1] Die 'Kreuzzeitung' hob sich als Blatt der Altkonservativen in der Behandlung kirchenpolitischer Fragen deutlich von den Nationalliberalen ab, vielleicht gerade weil sie in Bismarcks politisches Kalkül eingespannt war. Dadurch ergaben sich Ansätze zu gemeinsamen konservativen Standpunkten, z. B. in Schulfragen. Da die 'Kreuzzeitung' orthodox protestantisch geprägt war, bestanden ihre Differenzen mit den HpBl - abgesehen von Zeiten der Zuspitzung konfessioneller Polemik (z. B. um 1866), wo eine Solidarisierung der protestantischen Richtungen zu beobachten war - zumeist in der Beurteilung der deutschen Politik, also nicht auf kirchenpolitischem Sektor.

Die kirchlichen Forderungen im Konfliktfeld der 'klassischen' Kirchenfragen lassen sich aus den vielen, in den HpBl behandelten Einzelfällen etwa wie folgt systematisieren:

---

1) Zit. nach HpBl, Bd. 84, S. 69.

Unabdingbar war für die katholische Kirche die Freiheit ihrer Verfügungen und Verkündigungen, des kirchlichen Informationssystems und als wichtiger Teil davon der freie Verkehr der Bischöfe untereinander und mit Rom.

Zur Ausführung von Entscheidungen kirchlicher Oberer bedurfte man einer ungehinderten kirchlichen Jurisdiktion.

Freie Bischofswahlen[1], das bischöfliche Recht auf Pfründenverleihung[2] und die Bestätigung der Geistlichen mußten ebenso gewahrt bzw. wieder erkämpft werden wie die rein kirchliche Ausbildung aller Geistlichen ohne staatliche Auflagen und Eingriffe. Dazu benötigte man die bischöflichen Seminarien, die nach den tridentinischen Beschlüssen in allen Diözesen einzuführen waren. Sofern diese Seminarien nicht eingeführt werden durften (z. B. Schließung des Mainzer Seminars und verordnete Ausbildung der Theologen an der neu geschaffenen theologischen Fakultät der Universität Gießen), bestand man auf der obersten Aufsicht über die Theologenausbildung.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigte die katholische Kirche auch das Recht auf das Eigenleben ihrer Orden, auf Neugründungen und Niederlassungen, auf Ordensschulen (für welche man einen den staatlichen Schulen entsprechenden Ausbildungsstand der Erzieher, aber kein staatliches Examen anerkannte) sowie auf die Freiheit des katholischen Kultus.

Diese neben den kirchlichen Eigentumsforderungen maßgeblichen 'klassischen' Kirchenfragen können nicht isoliert Punkt für Punkt angesprochen werden, da sie inhaltlich zu stark ineinandergreifen. Einige Beispiele, die vor allem aus der Zeit des Kulturkampfes stammen, zeigen dies: Die Veröffentlichung einer kirchlichen Verlautbarung ohne staat-

---

1) Sofern darüber nicht ältere Verträge oder Rechtstraditionen bestanden, wie in Bayern und Österreich.
2) Analog. Unter älteren Rechtstraditionen verstand man aber nicht die aus der Säkularisation hergeleiteten und mit der Begründung der Rechtsnachfolge vom Staat behaupteten Pfründenrechte (vgl. weiter unten).

liches Placet oder eine andere Zuwiderhandlung gegen staatskirchliche Gesetze konnte nach dem 'Brotkorbgesetz' die Einstellung der staatlichen Dotationen nach sich ziehen. Die kirchliche Jurisdiktion wurde umgangen, indem der Staat die Zahlungen an altkatholische Geistliche, die von der Amtskirche von ihren Ämtern suspendiert waren, weiter leistet. Das 'Brotkorbgesetz' konnte nur mit dem staatlich angeordneten 'Kulturexamen' für Geistliche beseitigt werden, da der allergrößte Teil des Klerus sich diesem Examen nicht unterzogen hatte und deshalb ohnehin keine Anstellung erreichen konnte u.s.w.

Eine thematische Trennung dieser Einzelprobleme entspricht auch nicht der Vorgehensweise der HpBl. Details wurden stets im historisch-politischen Rahmen gesehen. Die Behandlung dieser Fragen war somit bewußt vom Stil der Tageszeitungen abgehoben und ging oft auch noch über den Stil einer Zeitschrift hinaus. Vielfach erinnert die Beschäftigung mit den Details im Zusammenhang mit der allgemeinen Politik und dem Zeitgeist an das Grundsätzliche von Denkschriften. Die Distanz der HpBl vom Tagesjournalismus ist auch darin rein äußerlich nachprüfbar, daß selbst in Zeiten starker Bedrängnis für die katholische Kirche (z.B. Maigesetze) keine spürbare Ausdehnung der 'klassischen' Kirchenfragen auf Kosten sozialwissenschaftlicher, literarischer und kunstgeschichtlicher Inhalte ersichtlich ist. Das Interesse der HpBl lag auf dem historischen Kern der Probleme, den vermuteten staatlichen Entwicklungen und Zielen, den Grenzen der kirchlichen Kompromißbereitschaft sowie den vorgeschlagenen Verständigungsmöglichkeiten. Deshalb will ich auf diese Punkte im folgenden eingehen.

I.2.1. HISTORISCHE URSACHEN UND KERN DER EINZELFRAGEN

Der Ausbruch von Konflikten zwischen Staat und Kirche ist neben den bisher angesprochenen Gründen auf die Unvereinbarkeit alter staatskirchlicher Rechte aus der Zeit des frühen und des aufgeklärten Absolutismus mit dem neugewachsenen Selbstbewußtsein der katholischen Kirche zurückzuführen. Dieses Selbstbewußtsein fand seinen Ausdruck u.a. in den Gründungen der (Tübinger) 'Theologischen Quartalsschrift' (1819) und des 'Katholiken' (1821). Zuvor bereits gab es lokale Kreise um katholische Kleriker und Laien (Hofbauer, Gallitzin, Sailer, Görres), die teilweise noch Reste aufklärerischer Positionen mit dem Streben nach einer Wiedererweckung katholischen Lebens verbanden.

Diese Bewegung, in der Laien eine wichtige Rolle spielten, traf sich in ihren kirchlichen Freiheitsforderungen teilweise mit den allgemeinen Freiheitsforderungen der Frühliberalen. Als Beispiel einer freiheitlichen Gesinnung von Liberalen auch gegenüber der Kirche erwähnten die HpBl mehrfach lobend das Eintreten Rottecks[1] in der II. Kammer des badischen Landtags zugunsten des katholischen Charakters der Universität Freiburg. Das Festhalten an staatskirchlichen Rechten, das die HpBl vor allem bei kleineren Staaten besonders verfestigt sahen[2], war immer schwerer zu rechtfertigen und der spätere Kulturkampf deshalb ein Anachronismus. Er konnte nach Meinung der HpBl nicht einfach 'ausbrechen', sondern mußte geplant und durchgeführt werden (vgl. Kap. II.2.2). Diese gerafften Urteile der Zeitschrift zeigen, daß man die Wurzeln der kirchenpolitischen Kämpfe allerspätestens noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ansiedelte. Inhaltlich kam im späteren Verlauf nichts Neues mehr hinzu, was sich auch in Schnabels Beschränkung seiner

---

1) Z. B. Bd. 45, S. 744.
2) Ersichtlich aufgrund der vielfachen Beschäftigung damit.

Darstellung "Die religiösen Kräfte" (Bd. 4 der 'Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert') auf die Zeit bis 1848 zeigt.

Besonders deutlich wird das am Beispiel Bayerns. Der Ausgangspunkt aller Spannungen war in der nicht eindeutigen Stellung des Konkordats zum Religionsedikt und der verschiedenrangigen Aufnahme beider in die Verfassung zu suchen. Da die Regierung die alten Kirchenhoheitsrechte weiterhin in vollem Ausmaß handhaben wollte, sah sie sich durch das vom bayerischen Unterhändler Kardinal Häffelin mit zu großer Nachgiebigkeit ausgehandelte Konkordat in ihren Rechten beschnitten. Deshalb bestand sie darauf, daß das aus dem Jahr 1809 datierende Religionsedikt als entscheidend anzusehen sei; dieses regelte erklärtermaßen die äußeren, d.h. die bürgerlichen Rechtsverhältnisse in Bezug auf beide Kirchen (die protestantischen Bekenntnisse als Gesamtkirche zusammenfassend); dem Konkordat (und analog dem Protestantenedikt) war nur eine Beziehung auf die inneren Religionsangelegenheiten zugedacht.

So ergab sich folgende Stellung der kirchlichen Regelungen in der bayerischen Verfassung:

Das Religionsedikt bildete die Beilage II zur Verfassung und stellte sich dar als Anknüpfung an deren Artikel 9. Das Konkordat rangierte als I. Anhang zur Beilage II zur Verfassung und knüpfte an § 103 dieser Beilage an. Durch diese Stellung von Konkordat und analog Protestantenedikt beide Verfassungsinhalt aber dem Religionsedikt als Unterpunkte eindeutig nachgeordnet waren, schienen die Rechtsverhältnisse geklärt. Noch eindeutiger wurde die Zuordnung durch erläuternde Zusätze, wobei aber die Doppeldeutigkeit einer Stelle für den 'Streit um das Komma' sorgte. Die entscheidende Stelle des Zusatzes im Anschluß an § 103 der Beilage II lautete: "Dieses allgemeine Staats-Grundgesetz bestimmt, in Ansehung der Religionsverhältnisse der verschiedenen Kirchen-Gesellschaften, ihre Rechte und Verbindlichkeiten gegen den Staat, die unveräußerlichen Majestäts-Rechte des Regenten, und die jedem Unterthan zugesicherte Gewissens-Freyheit und

Religions-Ausübung." (Soweit eindeutig; dann aber die umstrittene Stelle - in direkter Fortsetzung des Zitats): "In Ansehung der übrigen innern Kirchen-Angelegenheiten sind die weiteren Bestimmungen, in Beziehung auf die katholische Kirche, in dem ... Condordat ... enthalten."[1)]

Umstritten war die sinngemäße Berechtigung eines Kommas zwischen den Worten 'übrigen' und 'innern' in obigem Satz. Ein Komma hätte sinngemäß ergeben, daß für sämtliche inneren Kirchenangelegenheiten auf das Konkordat verwiesen wurde. Ohne Komma - so die staatliche Version zumindest in der Praxis - entstand die Situation, daß das Konkordat nur für einen Teil der inneren Kirchenangelegenheiten maßgebend war. Die HpBl griffen in diesen Streit wiederholt ein und zeigten dadurch die Spannweite ihrer Argumentation: Einerseits (bei der Besprechung der deutschen Universitäten)[2)] bis zurück zur Römischen Reich, andererseits (hier und bei Vermögensfragen) im Detail: "Das Komma zwischen 'übrigen' und 'innern' findet sich in den Akten nicht; da aber der Minister seinerzeit dem Fürstbischof von Eichstätt schrieb, es sei ein Beistrich nach 'übrigen' ausgeblieben, so ist jedenfalls diese Bemerkung ein Zeugniß, daß das logische und sittliche Gewissen sich etwas regte"[3)]. Logisch argumentierend konnte man das zusätzlich untermauern: "Vorab ist zu bemerken, daß die Worte 'die übrigen inneren Angelegenheiten' den Sinn haben: 'der übrigen, d.i. inneren Angelegenheiten'; denn die II. Verfassungsbeilage selbst handelt gar nicht von inneren Angelegenheiten; sie bezieht sich nach ihrer eigenen Überschrift und gemäß § 9 des 4. Titels der Verfassungsurkunde nur auf die ä u ß e r e n Kirchenangelegenheiten; das Edict für die protestantische Kirche dagegen handelt gemäß s e i n e

---

1) Zit. nach: Brater, Karl (Hrsg.). Die Verfassungsurkunde des Königreiches Bayern und die Verfassungsedicte in ihrem gegenwärtigen Bestand. Nördlingen 1868³, S. 62 f.
2) Vgl. Bd. 54, S. 161 ff.
3) Bd. 73, S. 766 -Anm. 1.

Überschrift von den inneren kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesammtgemeinde, und das Condordat selbst erhielt, als es mit der Verfassungsurkunde und der II. Beilage derselben, als erster Anhang dieser (der zweite Anhang war eben das protestantische Edict) publicirt wurde, die Überschrift: 'das die innern Angelegenheiten der katholischen Kirche ordnende Concordat'"[1].

Konkordat und Religionsedikt in Bayern waren der anschauliche Ausdruck zweier Möglichkeiten, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu regeln - also die Unterteilung in 'iura circa sacra' und 'iura in sacra' vorzunehmen. In dieser Polarität verblieb die kirchenpolitische Materie im gesamten 19. Jahrhundert.

Für das Entstehen der 'klassischen' Kirchenfragen machten die HpBl die aufgeklärte Staatsauffassung verantwortlich. Einer ihrer Hauptirrtümer bestand in der Tendenz des 'Reinigens' der Hauptkonfessionen von ihrer 'Schlacken'[2] durch ihre formale Gleichbehandlung. Dabei wurde von den nach außen hin weit weniger sichtbar in Erscheinung tretenden protestantischen Glaubengesellschaften ausgegangen und danach die Paritätszumessung vorgenommen.

Das brachte für die katholische Kirche mit sich, daß sie die Freiheit vom staatlichen Kirchenregiment nur erhielt "insoweit sie eine 'ecclesia invisibilis' ist"[3]. Dieses rationalistische Denken der Verwaltungen, in welchen man die Protestanten auch in Staaten katholischen Charakters dominieren sah[4], zeigte sich häufig in dem Versuch, die katholische Kirche von Staatswegen ähnlich zu organisieren wie die protestantischen Kirchen. Dazu brachten die HpBl zahl-

---

1) Bd. 7, S. 606 f. (Hervorhebungen im Original).
2) Bd. 59, S. 960. Prinzipiell wurde dieses Vorgehen auch als Bedrohung für den 'positiv' geprägten Protestantismus angesehen (daselbst); die größeren Auswirkungen jedoch erblickte man für den Katholizismus.
3) Bd. 59, S. 471.
4) Ob durch Benachteiligung des Katholizismus oder durch eigene Trägheit, darüber in Kap. IV.1.

reiche Beispiele, von denen einige schon weiter oben angesprochen wurden. Deshalb beschäftigte man sich viel mit dem Begriff 'Rechtsgleichheit': "Die Gleichberechtigung der beiden christlichen Kirchen ...kann ... keine innere Gleichheit sein, so daß eine Kirche in irgend einem Punkte ihre inneren Verhältnisse nach dem Muster der anderen einzurichten hätte... Die Gleichheit beider Kirchen kann vielmehr nur eine Rechtsgleichheit beider dem Staate gegenüber sein, darin bestehend, daß jede den Anspruch besitzt, vom Staate nach Maßgabe ihrer selbstgegebenen historischen Verfassung behandelt zu werden und Thätigkeit entwickeln zu dürfen"[1].

Auch am Beispiel der Gewissensfreiheit wird dieser Punkt wieder gestreift; an ihr betonte man auch die äußere, d.h. die soziale Komponente: " ... sie bezieht sich auch auf die äußere Wirkungsphäre des Willens"[2]. Der Staat verletzte also die Gewissensfreiheit, wenn er sie auf den inneren Bereich der Überzeugungen abdrängte, eine daraus resultierende Betätigung aber unterband. Am leichtesten sichtbar für das Volk war der Zug zu einer Vereinheitlichung bei der Behandlung der katholischen Orden und des von den Katholiken als wesentlich empfundenen Kultus durch Reglementierungen, die den Geist der Jahrhundertwende oder einer früheren Zeit atmeten.

Fehler sahen die HpBl aber nicht ausschließlich auf Seite des Staates, sondern auch bei der katholischen Kirche selbst. Sie hatte sich früher der Zeitrichtung des rationalistischen Denkens nicht entziehen können und zu mancher vereinheitlichenden Organisationsform selbst die Hand geboten. Das galt vor allem auch für den hohen Klerus (Wessenberg, Sedlnitzky, österreichische Bischöfe) und die Vertreter der wissenschaftlichen Theologie. Deren Verhalten bestimmte teil

---

1) Bd. 109, S. 530 (Hervorhebungen im Original).
2) Bd. 110, S. 329 (vgl. dazu auch Bd. 37, S. 1175).

weise noch den niederen Klerus, in dem die HpBl Josephinismus[1] und 'Wessenbergianismus'[2] (Beispiel Badens) fortwirken sahen.

Nun zum praktischen Kern der Argumentation in den einzelnen Themenschwerpunkten:

Staatliche Patronats- und Präsentationsrechte und selbst die Ernennung der Bischöfe durch den Landesherrn wurden von den HpBl anerkannt, sofern sie - wie in Bayern und Österreich - auf alten Rechtstraditionen beruhten oder in Konkordaten festgehalten waren. Dabei konnten die vom Landesherrn zu vergebenden Pfründen noch in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zu zwei Dritteln der Gesamtzahl ausmachen, wie beispielsweise in Baden[3]. Nicht anerkannt wurde jedoch ein aus der Säkularisation unter Hinweis auf die Rechtsnachfolge vom Staat geltend gemachtes Patronats- und Präsentationsrecht. Der Staat konnte zwar auf die bisherige Übung verweisen, aber der Haupteinwand der HpBl war: aus welcher Zeit stammt das beanspruchte Recht? Stammte es aus einer Zeit der Bedrückung der Kirche, so hatte es den Makel, daß es keine organisch herausgebildete Rechtstradition aufwies, sondern einer momentanen und einseitigen Setzung entsprang. Speziell bei dem aus der Säkularisation abgeleiteten Recht auf Pfründenbesetzung machten die HpBl noch zusätzlich einen juristischen Einwand geltend, den man neben den gezeigten rechtsphilosophischen stellte: "Das Patronats- und Präsentationsrecht, welches die aufgehobenen kirchlichen Anstalten besessen haben, stand den betreffenden Stiften, Kapiteln, Klöstern sowie den einzelnen Dignatoren und Prälaten, Bischöfen etc. nur als solches zu, es war ein k i r c h l i c h e s Patronatsrecht, sohin immer nur ein p e r s ö n l i c h e s , nicht ein r e a l e s , ein auf Gütern als

---

1) Vgl. Bd. 60, S. 334.
2) Vgl. Bd. 15, S. 327.
3) Vgl.: Lauer, Hermann. Geschichte der katholischen Kirche im Großherzogtum Baden. Von der Gründung des Großherzogtums bis zur Gegenwart. Freiburg i.Br. 1908, S. 222.

solches haftendes, und konnte daher nur von einer k i r c h l i c h e n Person als s o l c h e r , und nie von dem Güterbesitzer ausgeübt werden. Daß dem so sei, weiset die Spezialgeschichte nach"[1]. Dazu seien die durch § 34 des Reichsdeputationshauptschlusses übergegangenen Rechte dingliche gewesenen und konnten sich somit nicht auf kirchliche und geistliche Materien beziehen[2].

Die Hauptfrage bei der Heranbildung des geistlichen Nachwuchses lautete: theologische Fakultät einer Universität oder kirchliche (bischöfliche) Anstalten? Die Gründe, weshalb sich die HpBl für Seminarien aussprachen, waren vielfältig. Zum einen war die Errichtung von Seminarien in jeder Diözese durch das Konzil von Trient vorgeschrieben worden, zum anderen spielten praktische Gründe eine große Rolle bei der Ablehnung eines staatlichen Universitätszwanges. An den Universitäten sah man die Gefahr der Ausbreitung sogenannter 'Irrlehren'. Die Universitäten Bonn und Münster beispielsweis waren Hochburgen der hermesianischen Lehren gewesen; diese spielten dann weit über Hermes' Tod hinaus eine bestimmende Rolle bei Lehrstuhlbesetzungen und waren auch ein mitverursachender Faktor beim Ausbruch der Kölner Wirren. Der bekannteste Fall einer staatlichen Behinderung bischöflicher Seminarien - von der Zeit des Kulturkampfes abgesehen - war der Beschluß der Regierung von Hessen-Darmstadt zur Schließung de bischöflichen Seminars in Mainz und zur Errichtung einer katholischen theologischen Fakultät an der Universität Gießen.

Durch abweichende theologische Lehrmeinungen (Ronge, Hermes) war die Alternative 'Seminar oder Universität?' also viel mehr als eine Formfrage. Zudem fürchtete die katholisch Kirche um die Früchte ihrer Selbsterneuerung und beharrte auf den Seminarien, da sie glaubte, andernfalls den Weg zurück zu einer Ausbildung des Klerus in staatskirchlichem

---

1) Bd. 31, S. 590 (Hervorhebungen im Original).
2) Daselbst.

Sinn gehen zu müssen. Ein Klerus, der eben diesen Traditionen entgegentreten sollte, konnte nicht aus strenger staatlicher Überwachung entspringen. Man verwies überdies auch auf die Notwendigkeit von Askese und Disziplin[1], welche nur an Seminarien zu verwirklichen waren.

Die Berechtigung zur vollständigen Wiedereinführung des früheren katholischen Ordenslebens wurde durch den Hinweis unterstrichen, daß, nachdem die katholische Kirche bereits als solche eine vom Staat juristisch anerkannte Gesellschaft war, deren einzelne Gliederungen wie Orden und Klöster nicht von neuem einer Approbation als Korporation bedürften[2]. Die Anerkennung der katholischen Kirche mußte sich auf ihre kanonischen Satzungen und praktischen Bedürfnisse zur Erreichung ihrer Ziele erstrecken; der Staat durfte danach nur die Kenntnisnahme von den einzelnen Statuten fordern.

Das 'Placetum regium' war ebenso wie die staatliche Pfründenvergebung eine geübte Praxis; in seiner Ablehnung trifft teilweise das oben gegen die staatlichen Pfründenrechte gemachte Argument zu, nämlich, daß es erst seit kurzer Zeit geübt werde (in Bayern seit 1770 bzw. 1803) und somit eine Rechtstradition im Sinne eines gegenseitigen Vergleichs und einer organischen Herausbildung nicht nachweisen könne.[3]

Einen großen Vorbehalt machte man dem Plazet gegenüber immer dann geltend, wenn kirchliche Erlasse sich eindeutig nur auf die inneren Kirchenangelegenheiten bezogen[4]. In diesen Fällen ermangelte die Notwendigkeit einer Erzwingbarkeit der Entscheidung auf bürgerlichem Gebiet, mit dem ja das Plazet sich ansonsten begründen ließ und von den HpBl auch nicht

---

1) Vgl. Bd. 40, S. 657 und Bd. 105, S. 655 f.
2) Vgl. Bd. 34, S. 605 f.
3) Vgl. Bd. 29, S. 802 f.
4) In Bayern wurde darauf formal noch in der Ministerialentschließung (ME) vom 28.3.1889 bestanden. (Vgl. Weber, Karl. Neue Gesetz- und Verordnungssammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung. 42 Bde. München 1880 ff. Bd. 19, Nr. 6616, S. 453 f.).

völlig verworfen wurde, wenn es so im Sinne eines staatlichen Schutzrechtes geübt wurde. Plazet und 'weltlicher Arm' hingen in diesem Fall eng zusammen. Wenn nun die Stellung zu Glaubensfragen wie beispielsweise zum Infallibilitätsdogma in der Praxis über die Mitgliedschaft in einer Glaubensgesellschaft entschied, so war auch hier die Verbindung von Plazet und weltlichen Arm gegeben. Das Problem, daß die katholische Kirche beim Entstehen des Altkatholizismus den weltlichen Arm des Staates in Anspruch nehmen wollte, also ein Interesse an der bürgerlich-rechtlichen Verbindlichkeit ihrer Absetzungen (z.B. Entziehung der kirchlichen Lehrererlaubnis) hatte, war wahrscheinlich deshalb[1] für die HpBl kein Widerspruch zur Ablehnung des Plazets, da dieses vom Staat ja nicht mehr als ein im Geist der Kirche einzusetzendes Schutzrecht gehandhabt wurde. Mit einer Geltung ihrer Entscheidungen nur für den kirchlichen Bereich war der katholischen Kirche nicht gedient, da Kirchendiener als Theologieprofessoren oder Militärgeistliche (der 'Fall Wollmann') auch Staatsdiener waren.

Die ungehinderte staatliche Praktizierung der Kirchenhoheitsrechte sprach nach Ansicht der HpBl gegen die Amtsausübung vieler früherer kirchlicher Würdenträger. Durch eigene staatskirchliche Überzeugungen oder zumindest durch Passivität gegenüber den staatlichen Ansprüchen sei man in diese Schwierigkeiten geraten. Unterschiedlich fielen aber die Beurteilungen einzelner Bischöfe aus[2]. Zwar gab es neben überzogener Kritik (z.B. am Kölner Erzbischof Grafen Spiegel[3]) auch differenziertere und gerechtere Stellungnahmen, doch insgesamt war man doch mehr geneigt, den Kreis der im folgenden Zitat Beschuldigten größer zu sehen: "...und insbesondere dürfen wir nicht vergessen, daß der status quo zum Theil von

---

1) Meines Wissens wurde speziell auf dieses Problem in den HpBl nicht eingegangen.
2) Dazu in Kapitel V.1.
3) Vgl. Bd. 120, S. 732 ff.

nicht immer gut berathenen Bischöfen herbeigeführt wurde..."[1]

Der Vorwurf an die eigene Adresse findet sich noch häufig, z. B. im Fehlverhalten verschiedener Domkapitel[2] der Oberrheinischen Kirchenprovinz, wo es noch bis weit in die 40-er Jahre hinein zu kanonisch angefochtenen Bischofswahlen kam, sowie der Bischöfe selbst, die jeglichen Verkehr mit Rom und jede ihrer Verfügungen von sich aus dem Plazet unterstellten und keinen Versuch dagegen wagten.[3]

Noch zwei weitere Gründe für die Konflikte zwischen Staat und Kirche, die in den HpBl vorgebracht wurden, sind erwähnenswert. Beide sind weniger real nachprüfbar als auf die psychologische Situation abstellend - gerade deshalb aber von Interesse. Beide Gründe wurden zur Erklärung des Kulturkampfes vorgebracht, reichen aber weiter zurück. Die eine Erklärung sieht den tiefsten Grund für den Konflikt im Aufblühen der katholischen Kirche und in der Wirksamkeit ihrer Anstalten[4], die andere in der preußischen Idee einer 'Spezialmission'[5] für den Protestantismus in ganz Deutschland. Da Preußen nicht nur ideel die protestantische Vormacht in Deutschland war, sondern im 19. Jahrhundert auch eindeutig politisch-militärisch dominierte, so fanden die HpBl häufig Parallelen zwischen der Mediatisierung im politischen Bereich und der Tendenz zu einer protestantisch bestimmten Nationalkirche im religiösen Bereich. Beide Erklärungen wurden nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit vorgebracht und waren eher als treffende Erfassung der psychologischen Situation in einer aphoristischen Art gedacht, weshalb sie nur im Zusammenhang mit dem geschichtlichen Hintergrund zu verstehen sind.

Die Ursachen beanspruchten in den HpBl eindeutig die Priorität vor den verursachenden Personen, denen eine falsche

---

1) Bd. 7, S. 291.
2) Vgl. Bd. 95, S. 916.
3) Vgl. Bd. 65, S. 919.
4) Vgl. Bd. 85, S. 379 f. und S. 385 sowie Bd. 93, S. 485.
5) Vgl. Bd. 91, S. 570.

Staatsauffassung nicht immer zum persönlichen Vorwurf gemacht wurde. Dabei konnte ich aber zwei Ausnahmen feststellen. Gegen Bismarck und den badischen Ministerpräsidenten Jolly gab es die härtesten persönlichen Angriffe, da sie als Beweger des Zeitgeistes und nicht nur als von ihm bewegt angesehen wurden. Dagegen fällt es auf, daß Staatsmänner wie Wangenheim, Hohenlohe und Lutz, die der katholischen Kirche gegenüber einen ähnlichen Kurs verfolgt hatten oder verfolgte, ziemlich stark zurücktraten. Auch der preußische Kultusminister Falk wurde als Werkzeug Bismarcks und nicht als treibende Kraft angesehen.

Was Bismarck selbst betraf, so bemühte sich in vielen Artikeln der frühere 'Germania'-Redakteur Paul Majunke, in seiner Polemik ansonsten oft über das Ziel hinausschießend, die alleinige Urheberschaft des Kanzlers am Kulturkampf zu beweisen[1]. Dazu wertete er zahlreiche Gesprächsprotokolle, Reichstagsreden und auch private Bemerkungen aus, die in starkem Widerspruch zu Bismarcks versöhnlichen Äußerungen gegen Ende des Kulturkampfes standen. Bismarcks eigene Rechtfertigungen waren zudem meist formaler Art: Er sei bei der Ausarbeitung der Maigesetze gar nicht in Berlin gewesen, habe damals auch nicht das Amt eines preußischen Ministerpräsidenten ausgeübt und sei durch Druck im Kabinett zu einem harten Kurs gezwungen worden[2].

I.2.2. STAATLICHE ZIELE, SYNCHRONE UND DIACHRONE PARALLELEN

Die Quintessenz der staatlichen Argumentation lautete ganz einfach, es bestehe die Notwendigkeit zur eindeutigen Abgren-

---

1) Artikelserie unter verschiedenen Überschriften von Bd. 100 bis Bd. 103.
2) Vgl. Bd. 96, S. 471. Dazu auch Bismarcks Autobiographie: Bismarck, Otto Fürst von. Gedanken und Erinnerungen. 2 Bde Stuttgart und Berlin 1921. Bd. 2, S. 157.

zung der staatlichen und der kirchlichen Späre, um Übergriffe der letzteren auf erstere abzuwehren. Die HpBl sprachen dem Staat gänzlich das objektive Vorhandensein solcher Befürchtungen ab und bezeichneten Beweggründe wie "Vertheidigung des Staates gegen hierarchische Übergriffe, Befreiung der Völker von der unerträglichen Herrschaft Roms..."[1] als Vorwand zu tieferliegenden Zielen.

Daß allerdings staatliches Mißtrauen auch objektiv vorhanden und ungeheuchelt sein konnte - auch wenn zuweilen von wirklich vordergründig vorgeschobenen Motiven wie der Gefährlichkeit der Jesuiten und den Konsequenzen der päpstlichen Unfehlbarkeit im politischen Bereich ausgegangen wurde - wollten die HpBl nicht einräumen. Von der Mehrheit der Vertreter des Staates wurde noch anerkannt, daß der Staat auf religiösen Fundamenten ruhen sollte, allerdings mit dem Vorbehalt der staatlichen Kontrolle über dieselben. Vollkommen ablehnend mußte sich der paritätische Staat aber gegenüber der Formulierung einer "sittlich-geistigen Durchdringung"[2] des Staates durch die Kirche verhalten, durch welche diese wiederum "den Staat und seine Gewalt selbst in höherer Weise schützt"[3] Diese Formulierung war deshalb bedenklich, da die grundsätzlich argumentierenden Kirchenrechtler der HpBl aus dem ewigen Auftrag der Kirche im Vergleich zum zeitlich begrenzten Zweck des Staates das Recht auf Bestimmung der Form dieser Durchdringung ableiteten: "Ist aber nun das Verhältnis ein freies, so ist es zwar nicht ein absolut freies in dem Sinne der Schrankenlosigkeit oder Willkür, sondern eben ein sittlich freies, d.h. die beiden Mächte sind dem Sittengesetz verpflichtet, nur daß die Kirche zwar nicht Quelle, aber Auslegerin, geistige Trägerin desselben ist"[4].

---

1) Bd. 85, S. 380.
2) Bd. 72, S. 912.
3) Daselbst.
4) Daselbst.

Die Gründe für staatliches Mißtrauen lagen in den wenigen, aber sichtbaren praktischen Auswirkungen dieser Festlegungen, z. B. in der päpstlichen Verwerfung des österreichischen Staatsgrundgesetzes von 1867. Doch weder für diese Phase, die dem Kulturkampf vorausging, noch für früher glaubten die HpBl, daß die katholische Kirche Anlaß zu Konflikten gegeben habe. Der Kern der historisch weiträumigen Argumentation der Zeitschrift lautete, daß die katholische Kirche immer die gleiche geblieben sei und nur der Staat sich geändert habe; d.h. die staatlichen Ziele seien neu und revolutionär gewesen und hätten Anlaß zur gegenwärtigen und unbefriedigenden Lage gegeben. Diesen Gedanken, die ich bereits im einleitenden Aufriß vorgestellt habe, ist grundsätzlich zuzustimmen, doch muß noch hinzugefügt werden, daß auch die katholische Kirche sich im Übergang vom 18. ins 19. Jahrhundert gewandelt hatte - wenn auch nicht im dogmatischen Bereich.

Einige Anmerkungen zum weiten historischen Exkurs der HpBl sollen deren Ausgangspunkte verdeutlichen:

Das Prinzip der Revolution in der Sicht der Zeitschrift geht weit über das hinaus, was man in empirischem Sinn unter 'Revolution' versteht. Als unheilvollste Revolution wurde die Reformation gesehen[1]; sie habe Demut und Gehorsam abgeschafft[2] und so die Grundlagen des staatlichen Lebens beseitigt. Deshalb seien spätere Revolutionen im bürgerlichen Bereich als zwangsläufige Resultate der Reformation anzusehen. Die erste Revolution im staatlichen Bereich war dabei das 'cujus regio, illius religio' gewesen, da, wie man später betonte, "das Prinzip der Revolution in der That ein und dasselbe ist in Staat und Kirche"[3].

Als konstituierend für die Bezeichnung 'Revolution' wurde das Prinzip der willkürlichen und momentanen Setzung anstelle des organischen Wachstums angesehen.

---

1) Vgl. Bd. 21, S. 319 f. und Bd. 122, S. 809.
2) Vgl. Bd. 21, S. 319.
3) Bd. 24, S. 198.

Das rationalistische Prinzip, staatliches Leben nach Theorien einzurichten, mußte sich besonders gegen die katholische Kirche richten, da in ihr das Traditionsprinzip fortwirkte. Deshalb sah man auch die gegenwärtigen Angriffe des Liberalismus als Fortsetzung der aufklärerischen Anfeindungen und als revolutionär an. Diese Sicht war kein Spezifikum der HpBl unter ihren frühen Herausgebern, sondern prägte die Zeitschrift auch noch gegen die Wende zum 20. Jahrhundert, wie dies beispielsweise in der Aufstellung der 'Ahnenreihe' Aufklärung/Liberalismus/Sozialismus[1] zum Ausdruck kommt.

Mehr oder minder nachprüfbar sind die p r a k t i s c h e n Erklärungen der HpBl zu den staatlichen Zielen, wie sie vor allem im Zusammenhang mit der Deutung des Kulturkampfes vorgebracht wurden.

Als Hauptziel des preußischen Staates im Kulturkampf sowie als Konstante seiner Kirchenpolitik überhaupt nannten die HpBl die Vereinheitlichung des Staatswesens unter dem Aspekt staatlicher Machtausdehnung[2]. Diese Bestrebungen glaubte man nicht auf das kirchliche Gebiet beschränkt. Den Zug zu einer Nationalkirche sah man im wirtschaftlichen Bereich begleitet von 'staatssozialistischen' Tendenzen. Der preussische Kulturkampf wurde in seiner Durchführung vollständig als Teil eines immensen Verstaatlichungsprogrammes von Bismarck gesehen, was aber von den Nationalliberalen nicht durchschaut worden sei[3]. Nur am Rande sah man im preußischen Kulturkampf ein europäisches Phänomen, und bei den staatlichen Zielen ist zuweilen von Parallelen am Beispiel Frankreichs die Rede.

Schwierig steht es mit der Behauptung der Zeitschrift, der neue Nationalstaat habe eine Nationalkirche erzwingen wollen. Wahrscheinlich dachten die HpBl dabei nicht konkret

---

1) Vgl. Bd. 121, S. 14 f.
2) Vgl. Bd. 104, S. 507.
3) Daselbst.

an das Beispiel der von oben verordneten Unierten Staatskirche in Preußen von 1817, fürchteten aber zumindest den psychologischen Sog zugunsten des Protestantismus nach dem 'Sieg der protestantischen Waffen', wie er im Bundeskrieg von 1866 und im Krieg gegen Frankreich von nationalliberaler Seite oft gesehen wurde. Preußen wurde in dieser Hinsicht fast alles zugetraut, da man seine Idee einer protestantischen Spezialmission erkannt zu haben glaubte[1]. Dabei sah man die größte Gefahr darin, daß der Katholizismus selbst durch zu große Irenik die Hand zu einer langsamen Verschmelzung bieten würde. Von Seiten der katholischen 'ecclesia militans' wurde dieses 'Fehlverhalten' schon Sailer, vollends dann Döllinger in seinen Beiträgen auf den Symposien angelastet, die von dem für eine Annäherung der beiden Kirchen sehr eingenommenen König Maximilian II. veranstaltet wurden und oft die Überwindung der Kirchentrennung zum Inhalt hatten.

Wenn der Gedanke der Annäherung von protestantischer Seite vorgebracht wurde, so verband er sich oft mit dem Ziel des Aufgehens der katholischen Kirche in einer Nationalkirche. Beispiele dafür finden sich im Kapitel IV. über katholisch/protestantische Polemik. Von Seiten der politisch Verantwortlichen hütete man sich allerdings davor, durch solch brisante Gedanken, die nur den Partikularismus stärken konnten, das mühsam erreichte Einigungswerk zu gefährden. Deshalb findet man besagte Gedankenspiele nur bei protestantischen Professoren und Publizisten, kaum aber bei Politikern. Die HpBl unterzogen sich der schwierigen Aufgabe, auch von diesen Einzelnachweise solcher Äußerungen zu bringen und zitierten auch verschiedene Äußerungen Bismarcks, die als Absicht zur Errichtung einer Nationalkirche interpretiert wurden. Vor allem eine seiner Bemerkungen während des deutsch-französischen Krieges wurde hervorgehoben: "W e n n w i r

---

1) Vgl. Bd. 91, S. 570.

werden Herr des Katholizismus sein, wird der Einfluß der lateinischen Racen bald verschwinden"[1].

Die Anzeichen für ein staatliches Streben nach einer Nationalkirche wurden von den HpBl in einen großen und stringenten Zusammenhang gebracht. Ihre katholisch-konservative Deutung der Zeittendenzen zeigte in der Überwindung des liberalen Dogmas einer Trennung von Staat und Wirtschaft moderne Züge: "Wie seit einem Jahrzehnt fast der gesammte öffentliche Verkehr, ein großer Theil des Handels und der Industrie in staatliche Hände übergegangen - wodurch der Staat eine neue Armee von Beamten gewann - und wie noch vor kurzem ein großer Schritt zur Verstaatlichung der Arbeiterwelt geschehen ist[2], so sollte nach den Projekten des Kanzlers neben der Schule und der gesamten Lehrerwelt auch die Kirche resp. der Klerus verstaatlicht werden,damit auch aus der gesammten Geistlichkeit gefügigere Werkzeuge für die Regierungspolitik erwüchsen"[3]. Daraus folgerten die HpBl: "Die Staatsomnipotenz nimmt zur Kirche gar keine andere Stellung ein als zur Socialdemocratie"[4]. Noch deutlicher findet sich diese gedankliche Verbindung angesprochen in der rhetorischen Frage: "Haben wir also unrecht zu sagen, daß im Rahmen Eines und desselben Staatsbegriffs der Culturkampf und das Reichs-Unfall-Versicherungsgesetz allerdings ganz nahe beieinander liegen?"[5] In einem Rückgriff auf die Konstanten preußischer Politik, die an vielen Stellen geschildert sind, schrieb man: "... so wird man finden, daß die Wurzeln der neuerlich in Preußen proklamierten socialen Politik mit denen der staatskirchlichen Traditionen preußischer Kirchenpolitik im

---

1) Bd. 102, 621 (Hervorhebung im Original).
2) Gemeint war Bismarcks Sozialgesetzgebung mit Unfall- und Krankenversicherung.
3) Bd. 104, S. 507 (Hervorhebungen im Original).
4) Bd. 87, S. 615.
5) Bd. 87, S. 616.

tiefsten Grunde identisch sind"[1]. Diese Zitate sind wohl ausreichend klar zur Demonstration der übergeordneten Sicht staatlich/kirchlicher Verwicklungen und sie schließen auch das wirtschaftliche Gebiet nicht aus. Des weiteren zeigen sie die Berechtigung, die HpBl nicht nur als an kirchenpolitischer Materie interessiert einzustufen. Darauf wurde bereits eingangs verwiesen im Zusammenhang mit der nur relativen Berechtigung des Görres'schen Zitates von den kirchenpolitischen Zielen der Zeitschrift.

In der Verfolgung solcher übergeordneter staatlicher Ziele unterschieden die HpBl allerdings den 'Antreiber' Bismarck und eventuell noch eine enge Schicht von Regierungsbeamten, welche in diesen Konstanten preußischer Politik dachten, von der großen Masse der nationalliberalen 'Kulturkämpfer', denen nur der Popanz aus konfessionellem Hader und antirömischer Stimmung vorgesetzt worden sei[2]. Die Abhängigkeit der katholischen Kirche vom Staat wurde als Zwischenziel der preußischen Regierung auf dem Weg zu einer Nationalkirche gesehen. Diese wiederum sollte Teil des gesamten Verstaatlichungsprogrammes als tiefster Wurzel der preußischen Staatsidee sein.

Wie die HpBl für Preußen einen Zusammenhang zwischen staatstheoretischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Anschauungen herstellten, so sahen sie auch Verbindungen zum Feld der Parteienpolitik. Sie pflichteten Eugen Richter bei[3], der zuerst davon gesprochen hatte, daß die katholischen Geistlichen mit Hilfe der diskretionären Vollmachten der Regierung zu Geiseln für das Wohlverhalten des Zentrums beim Tabakmonopol, bei Zollfragen, bei der Sozialgesetzgebung und beim Septennat gemacht werden sollten. Kamen also die Zentrumsabgeordneten bei Abstimmungen im Reichstag Bismarcks Politik entgegen, so setzte der Staat bei formaler Beibehaltung der

---

1) Bd. 94, S. 292.
2) Vgl. Bd. 104, S. 507.
3) Vgl. Bd. 89, S. 875.

Maigesetze deren Anwendung aus. Diesen Gedanken vertrat auch die liberale 'Frankfurter Zeitung'[1].

Das nationalliberale Argument von der Priesterherrschaft wurde durch den Hinweis entkräftigt, daß Bismarck zur Botmäßigmachung des Zentrums gerade die 'auswärtige Macht' (Rom) in die deutsche Politik eingeschaltet habe, der wegen des Infallibilitätsdogmas Herrschsucht vorgeworfen wurde[2]. Auf die Septennatsfrage werde ich eingehen im Zusammenhang mit dem Problemkreis 'katholischer Politik'.

Die Interdependenz kirchlicher, wirtschaftlicher und politischer Probleme sahen die HpBl so eindeutig vorliegen, daß sie daraus sogar die Zukunftsprognose zu stellen wagten, eine auch nur partielle Abkehr Bismarcks von den Liberalen in der Frage der Schutzzölle müßte zwangsläufig auch den Kulturkampf einer Beendigung näherbringen[3].

Die einheitliche Sicht der Probleme zwischen Kirche und Staat im Grundsatz bewog die Zeitschrift auch verschiedentlich zum Aufzeigen synchroner und diachroner Parallelen. Besonders zwischen der Behandlung der katholischen Kirche in Preußen und Baden machten sie Zusammenhänge sichtbar, die auch heute noch Zustimmung finden können. Diese wurden verstärkt durch diplomatische und pressepolitische Bemühungen Preußens. Die Parallelen waren der Kirche nachteilig bei der Ausweitung des Kulturkampfes, vorteilhaft hingegen bei dessen Abbruch. Das preußische System in den Jahren vorher beschrieb ein Artikel aus Baden: "Das Berliner Doppelspiel in der Behandlung der preußischen und außerpreußischen deutschen Kirchenpolitik von 1815 bis 1870 ist auch uns keine unbekannte Sache. Die preußischen Katholiken sollten darnach möglichst gut, die außerpreußischen deutschen Glieder der Weltkirche möglichst schlecht gestellt sein"[4]. Dadurch solle Preußen

---

1) Vgl. Bd. 91, S. 572.
2) Vgl. Bd. 86, S. 64.
3) Vgl. Bd. 81, S. 707.
4) Bd. 105, S. 124.

noch deutlicher als Schutzmacht für die Katholiken erscheinen und die Reichseinigung erleichtern[1]. Den Grund für die Geltendmachung des preußischen Einflusses, der nicht nur im Sinne eines moralischen Gewichts Preußens bei der badischen Regierung gesehen wurde, glaubte man auch hier im Dualismus zwischen Preußen und Österreich bezüglich der 'Deutschen Frage' zu erblicken[2]. Lob für Preußens Kirchenpolitik zwischen der Beilegung der Kölner Wirren und dem Krieg von 1866 findet sich auch verschiedentlich in dem Münchner Organ, doch meist mit Hinweisen auf die oben genannte Taktik. So sprachen die HpBl anläßlich des badischen Schulstreits davon, daß Preußen "seinen Vasallenstaat Baden der protestantisch-freimaurerischen Propaganda als einen Experimentierknochen absichtlich überlassen"[3] habe.

Da der Kulturkampf wegen der Justizhoheit der Länder nur in geringem Maß vom Reichstag beeinflußt werden konnte - beim 'Kanzelparagraph' mußte man sich auf das Allgemeine Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich (Amendment zu § 131), beim Jesuiten- wie beim Expatriierungsgesetz auf die Initiativen der einzelnen Länder zu einem Reichsgesetz stützen - so betrachteten die HpBl einige inhaltliche Parallelen der Gesetzgebung als Indiz für die geistige Urheberschaft Preussens. Etwa parallel handelten Preußen, Baden und Hessen in der Einführung des obligatorischen 'Kulturexamens' für Geistliche (11.5.1873; 19.2.1874; 23.4.1875)[4]. Auch auf die Gleichmäßigkeit im Vorgehen Preußens und Badens bezüglich der Schließung der Diözesanlehranstalten, der Aushilfeverweigerung für Ordensgeistliche anstelle von gesperrten Pfarrern, der Bestätigungsverweigerungen für bischöflich besetzte Pfründen u.s.w. wurde in diesem Zusammenhang verwie-

---

1) Vgl. Bd. 105, S. 124.
2) Vgl. Bd. 105, S. 124.
3) Bd. 62, S. 140 f.
4) Vgl. Bd. 85, S. 487.

sen[1]. Der Abbau des Kulturkampfes wies die gleichen Zusammenhänge auf.

Aus diachroner Sicht versuchten zwei Artikel[2] den Nachweis einer Gleichförmigkeit des preußischen Vorgehens im Jahr 1837 und im 'eigentlichen'[3] Kulturkampf zu erweisen. Im Jahr 1837 war es ebenfalls zur Verhaftung von Bischöfen gekommen, damals wegen der Widerrufung der geheimen Konvention Spiegels. Die seinerzeit von einer Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwürfe (unter denen sich auch die Temporaliensperre befand, hätten so ziemlich genau den späteren Maigesetzen entsprochen, seien aber durch den Thronwechsel nicht in Kraft getreten. Als einzigen Unterschied sah man lediglich an: "..nur war man damals klüger als später"[4]. Deutlich wird in dieser Aussage auch, warum die HpBl den Namen Falks beispielsweise nur en passant erwähnten, denn die Analyse sollte ja das kirchenfeindliche System überhaupt zeigen, welches man in Preußen - nur mit Ausnahme der Jahre zwischen 1840 (Ausgleich) bzw. 1850 (Verfassung) und der Reichsgründung - am klarsten verkörpert sah. Dagegen konnte man Bismarck als erkannten Urheber der neuerlichen Auseinandersetzungen nicht umgehen. Die Wiederholung der 1837 geplanten und durchgeführten Maßnahmen bildete in den 70-er Jahren einen Anachronismus, weshalb die HpBl von Anfang an die Aussichtslosigkeit der staatlichen Ziele im Kulturkampf prognostizierten.

---

1) Vgl. Bd. 105, S. 107, Bd. 109, S. 528 und Bd. 117, S. 273.
2) Bd. 85, S. 366 ff. und Bd. 101, S. 422 ff.
3) Die Bezeichnung 'Kulturkampf' wurde nach ihrer Popularisierung auch für frühere Epochen verwendet; 'Kulturkampf' wurde häufig in Anführungszeichen gesetzt oder seine Intention umgedeutet als Selbstbehauptungskampf der universellen katholischen Kultur gegenüber staatlichen Nationalisierungstendenzen (Vgl. Bd. 85, S. 379 f.).
4) Bd. 101, S. 425.

I.2.3. VERSTÄNDIGUNGSMÖGLICHKEITEN, GRENZEN DER KIRCHLICHEN KOMPROMISSBEREITSCHAFT UND DIE AUSSICHTSLOSIGKEIT STAATSKIRCHLICHER POLITIK

Bei der Frage, in welchen Punkten Zugeständnisse der Kirche möglich und wo sie nach katholischem Dogma ausgeschlossen waren, hätte der Staat nach Ansicht der HpBl mehr auf das Selbstverständnis der katholischen Kirche eingehen müssen. In diesem Punkt wurde immer wieder hervorgehoben, daß die katholische Kirche ihr eigenes Lebensprinzip in sich trage, ihren eigenen Gesetzen und Autoritäten gehorche und dadurch, daß sie keine Ländergrenzen kenne, sich nicht unter die Suprematie eines einzelnen Staates beugen könne[1]. Nur durch die äußere Autonomie war ihr auch die Erfüllung ihrer inneren Bestimmung möglich, wie auch am Beispiel der beiden Komponenten der Gewissensfreiheit gezeigt wurde[2].

Begründet wurde diese Autonomieforderung mit naturrechtlichen[3] und kirchenrechtlichen Argumenten, mit gültigen Rechtsprinzipien (z.B. dem Gleichbehandlungsgrundsatz) und dem allgemeinen Rechtsempfinden. Das Kirchenrecht zur Begründung der Freiheitsforderungen lieferte in den Augen des Staates keine stichhaltigen Argumente. Es spielte aber in diesem Zusammenhang in den HpBl ohnehin nur eine untergeordnete Rolle. Dagegen stützte man sich auf andere der oben genannten Rechtstraditionen. Für die kirchenrechtliche Argumentation der Zeitschrift will ich deshalb nur wenige praktische Beispiele bringen. Das Kirchenrecht verbot bei Bischofswahlen die Anwesenheit eines landesherrlichen Kommissärs, und die der Regierung erlaubte Streichung von 'personae regi minus gratae' auf der dazu eingereichten Kandidatenliste

---

1) Vgl. Bd. 21, S. 211. Dazu auch Bd. 40, S. 934 f.
2) Vgl. Bd. 110, S. 329 (Zitat weiter oben).
3) Demonstriert am Beispiel der Vaterrechte, die ebenso wie die historischen Rechte der Kirche älter als die jetzigen Staaten seien und somit einen 'vor-gesetzlichen' Status besäßen (vgl. Bd. 72, S. 910).

mußte zumindest drei Namen stehenlassen. Der bischöfliche Gehorsamseid gegenüber dem Landesherrn konnte kein unbedingter sein, sondern mußte den Zusatz 'salvis ecclesiae juribus' enthalten. Die Schaffung eines Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten in Preußen erweckte den Eindruck, daß die kirchliche Gerichtsbarkeit nur ein Ausfluß staatlicher Justizhoheit sei. Als im Kanton Genf, wo es diese Institution ebenfalls gab, der Generalvikar Mermillod durch ein Dekret des Staatsrats von Genf ohne gerichtliche Untersuchung abgesetzt wurde, erklärten die HpBl, daß zu einer solchen Vorgehensweise selbst der Papst nicht das Recht besitze[1].

In vielen Fällen mußte die kirchenrechtliche Argumentation durch andere und für den Staat diskussionsfähige Argumente ergänzt werden. Dazu eigneten sich die Rechtsgrundsätze der Gewissensfreiheit und der Parität. Gelang es, eine Bedeutung der katholischen 'Äußerlichkeiten' des Kultus für den Glauben zu erweisen, so konnte man auf Einsicht bei staatlichen Organen hoffen. Beispiele einer Beeinträchtigung des Glaubens durch staatliche Gesetze auf dem Gebiet der 'iura circa sacra' finden sich vor allem in Preußen und in der Schweiz. Was das erstgenannte Land betraf, so galt es im Kulturkampf Bismarcks Behauptung zu widerlegen, die Maigesetze ließen den Glauben unangetastet. Die Widerlegungen der HpBl bezogen sich auch auf die von Preußen behauptete Vergleichbarkeit der Maigesetze mit Maßnahmen anderer Länder: "Wenn nämlich der Oberpräsident der vom Bischof angeordneten Besetzung einer Pfarrstelle das Placet verweigert und dadurch die definitive Wiederbesetzung vereitelt wird, so tritt (Anm.: im Gegensatz zu anderen Ländern) die Bestimmung in § 23 des Gesetzes I ein, wonach kein Geistlicher befugt ist in dem betreffenden Pfarrsprengel eine geistliche Amtshandlung vorzunehmen"[2].

---

1) Vgl. Bd. 70, S. 606.
2) Bd. 72, S. 143.

Denkt man an die Bedeutung der Sakramente nach katholischem Dogma, so wird deutlich, daß Bismarcks Behauptung protestantischer Sicht entsprach. In diesem Fall konnten die HpBl sogar auf die ihnen gewiß nicht nahestehende Zeitschrift 'Grenzboten' verweisen: "Die 'Grenzboten' gestehen auch, 'daß z.B. durch die gesetzliche Bestimmung, wonach für den Fall, daß die Bischöfe erledigte Pfarrstellen nicht b e s e t z t e n, die Besetzung einseitig durch die Patrone resp. die Gemeinden geschehen könne', etwas angeordnet worden sei, 'was den o b e r s t e n G r u n d s ä t z e n der katholischen Kirche, namentlich ihren Anschauungen über den Unterschied zwischen Priester und Laie und der sacramentalen Stellung des geistlichen Amtes, s c h n u r s t r a c k s w i d e r s p r a c h und unmittelbar auf Gedanken der R e f o r m a t i o n zurückging'."[1] Bei den Nationalliberalen überwog meistens noch Virchows Verständnis: "Wir läugnen, daß zum Glauben auch der Klerus gehöre"[2].

Daß auch staatlicherseits ein unverzichtbarer Bestand an Prinzipien vorhanden war, kann wieder am Beispiel Preussens und seiner psychologischen Schranke vor dem Abschluß eines Konkordats gezeigt werden. Als Vorkämpfer für den Protestantismus in Deutschland und mit seiner zu zwei Dritteln protestantischen Bevölkerung glaubte es diesen Weg nicht gehen zu können, und die Kurie sah nach einigen vergeblichen Versuchen im Verlauf der ersten Jahrhunderthälfte von weiteren Bemühungen in dieser Richtung ab. Verständigungsmöglichkeiten mußten so in singulären praktischen Vereinbarungen zwischen allen Prinzipien gesucht werden.

Da die HpBl stets betonten, es sei der moderne Staat seit der Aufklärung gewesen, der den Rechtszustand jeweils einseitig verändert habe, so hatten sie dadurch auch bestimmte

---

1) Zit. nach HpBl Bd. 104, S. 506 (Hervorhebungen im Original; das Zitat der 'Grenzboten' stammt aus dem Jahr 1890).
2) Zit. nach HpBl Bd. 71, S. 247. Vgl. dazu auch Bd. 85, S. 806.

Vorstellungen in Bezug auf die Lösung der gegenwärtigen Probleme, die im Tenor auf eine Wiederherstellung früherer Rechtsverhältnisse hinausliefen. Man sah also Teillösungen in partiellem Nachgeben des Staates, also im System von 'Abschlagszahlungen'. Glaubten die HpBl beim Staat guten Willen zu erkennen, so riefen sie die eigene Seite zu Geduld und Mäßigung auf[1] und sahen vorübergehend von der harten und prinzipiellen Verfechtung kirchlicher Forderungen ab. Verschiedentlich wirkten sie in diesem Sinn auf andere katholische Presseorgane ein, wobei ihnen ihr großer Einfluß innerhalb der katholischen Publizistik zugute kam.

Den Geist der Regierungsausübung König Ludwigs I. oder König Friedrich Wilhelms IV. erkannte man als genügende Garantie für eine künftige Besserung der Beziehungen zum Staat an. Bezüglich Bayerns erklärte man: "So sind denn die Hoheitsrechte ... allerdings noch in Geltung, aber nur nachdem sie praktisch einer viel mildern Übung Platz gemacht. Wenn sie auch in dieser mildern Fassung nicht immer schon der kirchlichen Anschauung entsprechen, so kann doch die weitere Überwindung des gegnerischen Princips in ihnen füglich der Entwicklung der Zukunft überlassen werden, zumal jetzt nicht die Zeit zu principiellen Feststellungen hierüber ist, und solche viel zu sehr nur mit neuen Verwicklungen und Wirren drohten"[2]. Ein inhaltlich paralleles Zitat findet sich bezüglich des Erlasses Friedrich Wilhelms IV. von 1840, in dem die staatliche Genehmigung des bischöflichen Verkehrs mit Rom beseitigt, aber an der einfachen Kenntnisnahme festgehalten wurde: "So lange der Geist regiert, dem dieser Erlaß entsprungen, darf auch darin keine Bedrückung der Kirche

---

1) So z. B. ihre Haltung bei der Beilegung der Kölner Wirren, die in dem hoffnungsvollen Aufsatz 'Friedrich Wilhelm III. und sein Nachfolger' (Bd. 5, S. 100 ff.) zum Ausdruck kam. Dazu gehört auch das Eingeständnis von den 'nicht immer gut berathenen Bischöfen' (Bd. 7, S. 291 - das Zitat weiter oben).

2) Bd. 34, S. 449.

gesehen werden"[1]. Andererseits folgerten die HpBl aus dem staatlichen Recht der Einsichtnahme, das deutlich vom Plazet abgehoben und mit der gemeinsamen Verbindlichkeit der Ziele von Staat und Kirche begründet wurde, reziprok das Recht auf Anhörung bei staatlichen Gesetzesinitiativen[2] (was beispielsweise in Bayern auch meist gewährt wurde).

Auf die von der katholischen Kirche akzeptierten staatlichen Vorrechte, sofern sie historisch begründet oder in Konkordaten verankert waren, wurde schon hingewiesen; so wehrte sich die Kirche auch nicht gegen Konkursprüfungen für denjenigen Teil der Pfarrstellen in Bayern, der nicht der bischöflichen Kollation unterlag, und so billigten Kirche und HpBl auch die Anzeigepflicht bei der Übertragung geistlicher Ämter an den Oberpräsidenten, aber in der früheren und nicht in der 'maigesetzlichen' Form der Verbindung mit dessen Vetorecht[3]. Dazu ging man auch auf den Gnadenakt für die abgesetzten Bischöfe und sogar auf das Gesetz über die diskretionäre Gewalt ein. Bedingung war nur, daß dieser schwebende Rechtszustand ein vorübergehender sei zur Anbahnung eines endgültigen Ausgleichs[4].

Die Zeitschrift sprach sich für eine Unterwerfung unter die Verhandlungsergebnisse zwischen den staatlichen Organen und dem Papst auch für den Fall aus, "wenn wir in dem einen oder anderen Punkte glauben könnten, es wären der C o n c e s s i o n e n a n d e n S t a a t d e s l i e b e n F r i e d e n s w i l l e n z u v i e l e g e m a c h t "[5]. Daß diese Ansicht von zu großer Nachgiebigkeit bei den HpBl wirklich vorhanden war, darf man trotz der Konjunktivform 'könnten' annehmen.

---

1) Bd. 7, S. 164.
2) Vgl. Bd. 7, S. 626.
3) Vgl. Bd. 85, S. 909.
4) Vgl. Bd. 91, S. 573, Bd. 86, S. 54, Bd. 87, S. 282 und Bd. 99, S. 703.
5) Bd. 99, S. 723 (Hervorhebung im Original).

Die Anerkennung der päpstlichen Autorität auf kirchlichem Gebiet ging so weit, daß sich die Zeitschrift auch gegen eigene Vorbehalte für die von der Kurie akzeptierte Ordensvorlage der preußischen Regierung aussprach[1], obwohl darin die Wiederzulassung der lehrenden Orden nicht enthalten war. Bezüglich der Jesuiten überwand man den eigenen Stolz, als der den Vorschlag gebracht wurde, der Papst könnte die Auflösung der deutschen Provinzen der Jesuiten verfügen[2]. Dieser Vorschlag erklärt sich meines Wissens damit, daß sich die Gesetze nicht gegen einzelne Mitglieder der Gesellschaft Jesu, sondern gegen die Tätigkeit der Organisation richteten, und man auf das Vorhandensein einer solchen Organisation nur schließen konnte, wenn die Gliederung in Ordensprovinzen gegeben war. Die tatsächliche Wirksamkeit der Jesuiten wäre bestehen geblieben, da selbst ein Zusammentreffen von 10 oder mehr Ordensmitgliedern als Einzelpersonen unter dem Schutz des Versammlungsrechts gestanden hätte.

Die HpBl hatten sich auch mit dem Unfehlbarkeitsdogma abgefunden, gegen das sie sich vor dem Konzil wie große Teile des Episkopats gesträubt hatten[3]. Doch die prinzipielle Übereinstimmung mit der Kurie in kirchlichen Fragen ging nicht soweit, daß man sich von selbst jede Kritik an deren Handlungen verboten hätte. Beispiele für Kritik an der kurialen Diplomatie - nicht am Papst selbst - finden sich im Kapitel II. über die 'katholische Politik'. Natürlich sprachen sich die HpBl in weltlichen Angelegenheiten für die politische Eigenständigkeit des Zentrums und der katholischen Presse aus. Hier galt es nicht nur die Vorwürfe von Regierungen und Parteien zu entkräftigen, man vertrete die Interessen einer 'ausländischen Macht', sondern es galt auch, sich im eigenen Interesse die Bewegungsfreiheit in der praktischen Politik zu wahren.

---

1) Vgl. Bd. 99, S. 703.
2) Vgl. Bd. 69, S. 972.
3) "Wir zitterten vor der Eventualität (der Dogmatisierung)" (Bd. 66, S. 495).

Die Vorstellungen der Zeitschrift von den Lösungen der Einzelprobleme zwischen Staat und Kirche blieben letztlich wirkungslos ohne eine Gesamtlösung, worunter sie meist eine Rückkehr zu weiter zurückliegenden Rechtszuständen verstand. Nur am Beispiel des preußischen Kulturkampfes hätte den HpBl eine Rückkehr auf die Zeit zwischen 1850 und 1870 mit den Verfassungsgarantien der Artikel 15 bis 18[1] genügt. Zwischen den während des gesamten 19. Jahrhunderts bestehenden staatlich/kirchlichen Konfliktherden einerseits und den zusätzlichen Elementen des Kulturkampfs andererseits muß deutlich unterschieden werden; erstere waren ihrer historischen Wurzeln wegen schwieriger lösbar, wogegen der Abbau letzterer sogar von zusätzlichen Vorschlägen liberaler Zeitungen begleitet werden konnte. So erklärte einige Jahre nach Einleitung der Ausgleichsverhandlungen die 'Nationalzeitung'[2] folgende staatliche Maßnahmen in Preußen für entbehrlich: das 'Kulturexamen', die nach einem Seelsorgeverbot für bisherige Pfarrer eingesetzten 'Staatspfarrer', den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten, die Ausweisungs- und Internierungsgesetze, die Ausdehnung der Anzeigepflicht über Erstanstellungen hinaus und den unbedingten bischöflichen Gehorsamseid gegenüber dem Landesherrn - somit also fast das gesamte Arsenal staatlicher Kulturkampfmittel. Den Standpunkt der orthodox lutheranischen 'Kreuzzeitung' zum Kulturkampf in seiner Endphase habe ich bereits angedeutet. Hier wirkte sich der gemeinsame christlich-konservative Standpunkt

---

1) Die unschätzbare Bedeutung dieser Verfassungsgarantien war daß sie über die in den frühen Verfassungen des 19. Jahrhunderts allgemein gehaltenen Sätze von persönlicher Glaubens- und Gewissensfreiheit hinausgingen und der Kirche als Korporation die Verfolgung ihrer Ziele garantierten.
2) Vgl. Bd. 84, S. 68.

in Richtung auf die von den HpBl erwartete[1] Solidarität gegenüber dem Liberalismus aus.

Die Kompromißbereitschaft auf Seite der katholischen Kirche wurde von den HpBl mit Hilfe der Denkschrift des preußischen Episkopats über die Maigesetze nachgewiesen; die preußischen Bischöfe hatten ausdrücklich erklärt, daß einige wenige dieser Bestimmungen hätten angenommen werden können und über einige andere auf dem Wege über Verhandlungen Ergebnisse zu erreichen gewesen wären[2].

Die Aussichtslosigkeit der staatlichen Ziele im Kulturkampf wurde auch mit den unsozialen Konsequenzen desselben und dem Unverständnis des 'Volkes' dafür begründet. Unter dem Volk verstand die Zeitschrift hier sowohl nicht kirchenpolitisch Gebildete als vor allem auch einfachere Kreise. Bei der Besprechung einer Statistik über die 'Culturkampfs-Kosten'[3] wies man darauf hin, daß in den überwiegend von Katholiken besiedelten Landesteilen Preußens die soziale Frage weit weniger akut war als in den übrigen. Doch die Klostergesetze hätten viele dieser Voraussetzungen zunichte gemacht. Dabei erwähnte man, wie viele Waisenhäuser, Elementarschulen, Präparandenschulen (Lehramt) und Altersheime von inzwischen aufgehobenen Orden geleitet worden waren und nannte die Kosten dieser Aufhebungen: "Die Ausführung der Klostergesetze verursachte in 228 Gemeinden 962.070 M. jährliche Mehrkosten. ... Die jährlichen Gesammtkosten, welche durch die verschiedenen 'Culturkampf'-Gesetze dem Land aufgeladen worden sind, bezeichnet der Verfasser mit mehr als fünfthalb Millionen Mark, und er fragt gewiß mit Recht, wer es denn verantworten

---

1) So setzte man einige Zeit lang große Hoffnungen auf eine konservative katholisch-protestantische Allianz: "Sollte aber die endliche Folge sein, daß positive evangelische und katholische Christen sich wiederfänden, um gegen die 'liberalen Protestanten' vereint den Geisteskampf fortzusetzen, s o w ü r d e n w i r d i e s e K i r c h e n p o l i t i k b e g r ü ß e n ... (Bd. 86, S. 982 - Hervorhebung im Original).
2) Vgl. Bd. 99, S. 723 f.
3) Bd. 85, S. 828 ff.

wolle, daß die Armuth des Volkes noch weiter durch den Luxus des Culturkampfes vermehrt werde"[1].

Der Hinweis auf das Unverständnis im Volk für staatliche Maßnahmen wurde verschiedentlich vorgebracht und auch glaubhaft unterstrichen, beispielsweise durch die Reaktionen der Elsässer und Lothringer auf das Verbot einer Lehrtätigkeit für die angesehene Kongregation der Schulbrüder[2]. Bismarck selbst wurde später mit der Einsicht zitiert, daß seine Maßnahmen vor allem den Partikularismus geschürt hätten[3].

Es hätte nicht dem wissenschaftlichen Charakter der HpBl als Avantgarde innerhalb der katholischen Publizistik entsprochen, hätte man es bei den Hinweisen auf das Volk belassen. Zu allen bisher vorgebrachten Einwänden kamen noch Nachweise formaljuristischer Fehler in der Gesetzgebung, wobei der Schwerpunkt wiederum auf dem preußischen Kulturkampf lag. Die Funktion der juristischen Argumente war allerdings sekundär im Vergleich zu den historischen und grundsätzlichen Analysen; das lag nicht in einem Mangel an juristisch geschulten Mitarbeitern begründet (diese besaßen die HpBl in C.E. Jarcke, K.E. von Moy, F. Walter, P. Reichensperger und J. Bachem und vielen anderen zu jeder Phase ihres Erscheinens), sondern darin, daß man allein durch den Nachweis von Formfehlern die Wurzeln des kirchenfeindlichen 'Systems' in Regierung und Verwaltung nicht beseitigen konnte. Doch die juristischen Mängel der Kulturkampfgesetzgebung waren so offensichtlich, daß man an einer Beschäftigung mit ihnen nicht vorbeikam. Die Schwachpunkte lagen in der Vagheit der Umschreibung 'Amtsmißbräuche der Geistlichen', in deren Feststellung durch Polizeibehörden, in der ausschließlichen Anwendung des 'Kulturexamens' auf Kandidaten der Theologie und vor allem im Jesuitengesetz. Letztgenanntes erregte selbs

---

1) Bd. 85, S. 832.
2) Vgl. Bd. 70, S. 95 und Bd. 80, S. 316 ff.
3) Vgl. Bd. 99, S. 782.

bei seinen Urhebern Bedenken: "Dr. Friedberg (Anm.: an der Ausarbeitung entscheidend beteiligt) gestand damals zu, daß das beabsichtigte Gesetz einen g r o ß e n E i n g r i f f i n d i e F r e i h e i t d e s E i n z e l n e n u n d d i e B e s c h r ä n k u n g e i n e s d e r a l l e n ü b r i g e n D e u t s c h e n v e r b ü r g t e n R e c h t e b e d e u t e."[1] Die Rechtfertigung dadurch, "daß dieses Gesetz eben nur ein p r o v i s o r i s c h e s N o t h g e s e t z im Stande der Nothwehr"[2] sei, konnte von den HpBl im Jahr 1900 leicht mit dem Hinweis auf dessen Gültigkeit nach wie vor entkräftet werden[3].

Die juristischen Unzulänglichkeiten neuerer staatlicher Kirchengesetzgebungen hatten in den Augen der Zeitschrift hauptsächlich die Wirkung, daß die rechtsstaatlichen Forderungen des Liberalismus von vielen seiner Verfechter selbst in Frage gestellt wurden. Sie boten die Chance, die Argumentation auf noch breitere Basis zu stellen. Dennoch muß noch einmal auf die oben erwähnte Einschränkung verwiesen werden, daß wichtige und praktische juristische Einwände zu speziellen Fällen, beispielsweise zum preußischen Schulaufsichtsgesetz von 1872[4], nur en passant vorgebracht wurden. Das Alter der Rechtssätze spielte in der Argumenation keine entscheidende Rolle; die Garantien des Westfälischen Friedens in Bezug auf das kirchliche Eigentum an Schulen, Stiftungen und Fonds wurden nach wie vor als einklagbar betrachtet[5].

Die Aussichtslosigkeit des Kulturkampfes sah man dadurch gegeben, daß den Regierungen meist selbst Schäden wie beispielsweise eine Neubelebung des konfessionellen Haders er-

---

1) Bd. 125, S. 248 (Hervorhebung im Original).
2) Daselbst (Hervorhebung im Original).
3) Daselbst.
4) Vgl. Bd. 107, S. 228 f. Dieser Einwand betraf die gesamte Rechtsgültigkeit. Art. 112 der preußischen Verfassung hatte nämlich stipuliert, das bestehende Schulrecht in Geltung zu belassen bis zum Erlaß eines allgemeinen (also vollständigen) Schulgesetzes. Dagegen war das 'Schulaufsichtsgesetz' vom 11.3.1872, wie sein Name schon sagt, nur eine Einzelregelung.
5) Vgl. Bd. 60, S. 806.

wachsen wären[1]. Staatlicherseits habe man vergeblich darauf gebaut, das Volk und den niederen Klerus den Bischöfen und dem Papst zu entfremden. Der Hinweis auf die gemeinsamen Interessen zwischen Staat und Kirche fehlte nie; so verwies man nach 1848 oft auf die loyale Haltung der Katholiken zu ihrer Obrigkeit und auf den Kampf gegen revolutionäre Bestrebungen, Argumente die in der Reaktionszeit schwer wogen.

Insgesamt dominierte in den HpBl die Zuversicht auf eine langfristige, aber zwangsläufige Entwicklung zu Freiheit und Selbstverwaltung; in dieser Einschätzung sind aber zeitliche Unterschiede festzustellen. Sah man früher diese Entwicklung mehr in einem entfernten teleologisch-heilsgeschichtlichen Sinn ("... und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwinden"[2]), so hatte die Zuversicht in späteren Jahren ausschließlich diesseitsbezogenen Charakter und drückte sich in praktisch-politischen Begründungen aus.

I.2.4. DER KAMPF UM DIE KIRCHLICHEN EIGENTUMSRECHTE - BEISPIEL EINER SPEZIELLEN PROBLEMATIK

Dominierte in den Kapiteln über staatliche Ziele und Verständigungsmöglichkeiten immer wieder die Problematik des Kulturkampfes, speziell des preußischen, so bietet diese Themenstellung die Möglichkeit, mehr auf die historisch weiträumige Form der Argumentation in den HpBl einzugehen. Diese ist bei den Eigentumsfragen noch deutlicher spürbar als in anderen Bereichen der 'klassischen' Kirchenfragen.

Ob prinzipiell das alte Recht und der jahrhundertelange Bestand an Stiftungen und Fonds über die neuen bürokratischen Regelungen gestellt wurden oder ob es um Nachweise einzelner kirchlicher Berechtigungen mit Hilfe historisch-kritischer

---

1) Vgl. Bd. 102, S. 573.
2) Mehrfache Feststellungen dieser Art, hier wörtlich noch in Bd. 51, S. 334.

Quellenforschung ging, stets stößt man auf geschichtliche Argumente. Zwei Hauptauffassungen in Bezug auf die Eigentumsfragen waren für die Argumentation der HpBl bezeichnend. Beide findet man so kurz und prägnant formuliert, daß ich sie hier als Zitate wiedergeben will: "Das Kirchenrecht ist stets geschichtliches Recht, es unterliegt nicht den Auffassungen von Berühmtheiten des Tages..."[1] Dazu: "Die Kirche ist nicht v o n dieser Welt aber i n dieser Welt, sie bedarf daher für ihre Aufgaben auch materieller Mittel... Als einer in Raum und Zeit existierenden Corporation muß ihr demnach das Erwerbsrecht, folglich das freie Verwaltungs- und Dispositionsrecht zukommen, und zwar ihr als moralischer Person, nicht den Einzelnen, oder einzelnen Gemeinden"[2].

Als historische Schwerpunkte der Argumentation lassen sich unschwer die Bestimmungen des Westfälischen Friedens, soweit sie die Kirchen betreffen[3], und die Verpflichtungen, welche der Reichsdeputationshauptschluß[4] den territorial veränderten modernen Staaten auferlegt hatte, ausmachen. Beide fanden vielfach Eingang in Verfassungen, Konkordate und Organisationsedikte. Diese einklagbaren Rechtssätze wurden von den HpBl noch untermauert durch Hinweise auf das Römische Recht und auf die germanische Praxis in Bezug auf kirchliches Eigentum.

Sehr aufschlußreich durch grundsätzliche und erschöpfende Darstellung des Kernes dessen, was auch andernorts an vermögensrechtlichen Fragen Eingang in die HpBl fand, ist ein Artikel[5] über das kirchliche Eigentum und seine Geschichte, den ich deshalb als 'Zentralartikel' bezeichnen und vor den

---

1) Bd. 46, S. 311.
2) Bd. 37, S. 1175 (Hervorhebungen von mir).
3) Kirchliche Eigentumsrechte, z.B. in Art. 5 des 'Instr.Pac. Osn.'.
4) Grundsätzlich: § 35. Einzelheiten: §§ 50 ff. Vgl.:Gaspari, Adam Christian. Der Deputations-Receß mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen und ... 2 Bde. Hamburg 1803, Bd. 2, S. 276 ff.bzw. S. 302 ff.
5) Bd. 46, S. 310 ff.

Einzelbeispielen auswerten will. Er stellt die Rezension einer Arbeit des erzbischöflichen Kanzleidirektors Maas in Freiburg dar[1]. Rezension und zugrundeliegende Arbeit hatten beide aktuellen Bezug auf die Situation der bereits abzusehenden Kündigung des badischen Konkordats[2], auch wenn dies äußerlich ganz im Hintergrund gehalten und nur in einem Nebensatz allgemein angedeutet wurde.

Der Rezensent stellte die eigene Bemerkung voraus, daß das kirchliche Rechtssystem durchaus der Forbildung fähig sei, daß aber jedes Institut zerfallen müsse, das etwas von der Weisheit der modernen Bürokratie empfange. Danach führte er in Aufnahme der Hauptthesen des zugrundeliegenden Aufsatzes aus: Kaiser Konstantin erkannte die Kirche in Bezug auf Eigentum als eine neben dem Staat bestehende 'universitas' an; auch später wurde ihre Rechts- und Eigentumsfähigkeit durch die germanischen Quellen im Mittelalter betont ('proprietas', 'possessio', 'dominium', 'feudum parochiale','feudum ecclesiasticum'). Dabei wurde stets zwischen Eigentümern und Nutznießern unterschieden. Eigentümer war stets die Eine, allgemeine Kirche gewesen, auch wenn Teile des Kirchenvermögens lokalen Fonds zugeführt worden waren. Das Oberaufsichtsrecht wurde und werde durch den Papst ausgeübt, der dazu die Bischöfe, diese dann die Verwalter ermächtigten.

Die staatskirchlichen Rechte dagegen waren neueren Datums und wurden vermehrt erst in der Zeit des Rheinbundes und der Säkularisation gegenüber dem kirchlichen Eigentum zur Geltung gebracht.

---

1) "Über das Rechtssubjekt, die Vertretung, Verwaltung und Verwendung des Kirchen-, Schul- und Stiftungs-Vermögens mit besonderer Rücksicht..." In: 'Archiv für katholisches Kirchenrecht', begr. von Ernst Frhr. von Moy de Sons, hrsg. von Moy und Vering. Bd. 4. Innsbruck 1859, S. 583 ff. und S. 644 ff. sowie Bd. 5, Innsbruck 1860, S. 3 ff.

2) Die Arbeit von Maas: 1859/60.
Die Rezension in den HpBl: Ende August 1860.
Die Aufhebung des Konkordats durch Proklamation des Großherzogs von Baden: 7.4.1860; die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes: 9.10.1860.

Durch diesen historischen Exkurs wird auch dem heutigen Leser verständlich, warum die HpBl das 19. Jahrhundert als revolutionär empfanden und die Festsetzung der Revolution in Ministerien und Verwaltung sahen[1]. Aus dieser altkonservativen Sicht war dann natürlich auch das Handeln Bismarcks revolutionär.

Die Rezension ging nicht direkt auf das Ziel los, genau diejenigen Argumente zu liefern, die in der momentanen Situation gebracht wurden, sondern erfaßte das Problem grundsätzlich; zur Sprache kamen dabei auch unterschiedliche Interpretationen kirchlicher Rechtsgelehrter.

Des weiteren führte der Artikel aus: Als eine Schwelle läßt sich die Säkularisation erkennen, in deren Verlauf sich erst der Unterschied in der Behandlung von Kirchengut einerseits und Vermögen frommer Stiftungen andererseits herausgebildet hat. Das ermöglichte später die staatliche Auffassung, letztere fielen als weltliche Stiftungen der Disposition des Staates zu. Auch der (oben schon angedeutete) Unterschied zwischen den Eigentumsrechten der Gesamtkirche als juristischer Person (kirchliche Version) und denen der Kirchengemeinden und Kirchensprengel (staatliche Version) wurde in dieser Zeit erst praktisch von größerer Bedeutung und hatte rechtliche Folgen großen Ausmaßes. Es war nämlich für den Landesherrn wesentlich schwieriger, das Vermögen einer supranationalen Gemeinschaft in Zwangsverwaltung zu nehmen als das einer Kirchengemeinde oder einer Landeskirche.

Der Artikel ging soweit, dem Staat ein Mitaufsichtsrecht einzuräumen bzw. ein lose gehandhabtes Oberaufsichtsrecht passiv hinzunehmen. Dabei sei man kirchlicherseits im badischen Konkordat von 1859 bis zur Grenze des Möglichen gegangen. Zum freien Erwerbs- und Dispositionsrecht wurde auch die Befreiung von staatlichen Genehmigungen für Testa-

---

1) Vgl. dazu die Artikelserien zur 'Neuen Aera' in Preußen und in Baden (Bd. 44 und 45 bzw. Bd. 54).

mente und Schenkungen gezählt, nachdem durch die Steuerbelastung für kirchliche Vermögenswerte das Argument von der 'todten Hand' weggefallen war. Baden hatte daraus die Konsequenzen noch nicht gezogen und hielt noch an überholten Verordnungen fest; das widersprach dem Gleichheitsgrundsatz und schuf ein Sonderrecht für die katholische Kirche. Im folgenden wurden noch Einzelfragen behandelt, die ich jedoch an der Darstellung konkreter Fälle in den HpBl zeigen will. Der vorgezogene Artikel sollte ja zunächst nur Grundsätzliches zeigen.

Der Rezensent schloß seine Besprechung mit der Angabe der Motive, die ihn zur Beschäftigung mit diesem Thema geführt hätten. Dabei überwog nach seinen Worten nicht einmal die innere Wichtigkeit der angeführten Einzelgründe, sondern der Ernst der geschichtlichen Rechtsentwicklung, deren Darstellung dem Menschen Vertrauen gebe: "..und er sagt sich, daß die Zeit auch vorübergehen werde, welche die Geschichte verläugnet, welche Verträge bricht..."[1)]

Der lange Atem der Darstellung zeigt Vergangenes als Realität von erwiesenem Gewicht, deren Wirksamkeit auch endlich die Zukunft beeinflussen wird, und entspricht ganz der ansonsten zu konstatierenden Argumentation der HpBl.

Als Ergänzung zu diesem grundsätzlichen Artikel findet sich ein Aufsatz[2)], dessen Absicht der genaue Nachweis der kirchlichen Eigentumsverhältnisse in einem genau begrenzten Raum (Erzdiözese Köln) war. Diese historisch-statistische Beschreibung zeigte deutlich den aktuellen Bezug, da sie während des Kulturkampfes Argumente brachte für den (später vom Reichsgericht in Leipzig anerkannten) Nachweis, daß die linksrheinischen Dotalgüter von Kaiser Napoleon der Kirche nicht bloß zur Nutznießung, sondern zu vollem Eigentum übertragen worden waren. Die preußische Administration hatte die

---

1) Bd. 46, S. 323.
2) Bd. 85, S. 413 ff.

gegenteilige Ansicht verfochten und darauf ihren Rechtsanspruch pro Diözese auf die gesperrten Gelder (Sperrgesetz vom 22.4.1875) gestützt. So blieb der Kirche nur der Weg der Nachweise ihrer Ansprüche aufgrund von Urkunden in jedem einzelnen Fall.

Letztgenannter Artikel hatte also einen unmittelbar praktischen Zweck. Er unterstützte eine Kommission katholischer Wissenschaftler, die sich der Aufgabe einer Zusammenstellung von Nachweisen unterzog, mit Quellenmaterial. Zusätzlich wirkten die HpBl in dieser Angelegenheit als publizistisches Forum, um das Problem in weiten Kreisen bekannt zu machen.

Die übrigen Aufsätze mit Eigentumsproblematik aus vielen Staaten des Deutschen Bundes sowie hauptsächlich noch aus der Schweiz und aus Sardinien-Piemont beklagten die Mißachtung kirchlichen Eigentums entweder durch Gesetze neueren Datums mit Konfiskationen (einige Schweizer Kantone) oder durch die 'traditionelle' Beengung der Selbstverwaltung. Letztere sah man als in der Praxis zum gleichen Ergebnis führend an. Der Hintergrund dieser Fälle war - wie eingangs gezeigt - der Streit um Rechtsansprüche, welche die katholische Kirche aus den Verlusten der Säkularisation ableitete und die teilweise in Verfassungen und Konkordate eingegangen waren. Trotz dieser Argumente aus jüngerer Vergangenheit versäumten es die HpBl nicht, den Widerspruch administrativer Interventionen - zuweilen als zweite Säkularisation dargestellt - zur jahrhundertelangen Rechtsübung aufzuzeigen. Manche Argumentationen muten heute durch ihr Alter sehr befremdend an: "Die badische Regierung könnte sich nicht darüber beschweren, wenn die Katholiken ... sich zum Schutz ihrer Rechte an die Garanten des Westfälischen Friedens wenden würden"[1].

Die Beachtung der Absicht eines Stifters verursachte Schwierigkeiten bei den allgemein mildtätigen Stiftungen und

---

1) Bd. 60, S. 806.

bei den Universitäten. Zuerst zu den milden Stiftungen, bei denen das Testament häufig so allgemein lautete wie: 'für die Armen', 'für die katholische Erziehung' u.s.w. Sie wurden wegen der Intention des Stifters von den HpBl stets als der Verwaltung der Kirche unterstehend reklamiert[1] und waren auch bisher kirchlich verwaltet worden, sofern sie älteren Datums waren; dazu stellten sie ein Stück Lösung der sozialen Probleme dar. Als Beispiel für staatliche Einmischun in das katholische Stiftungswesen, die zudem noch die Verfaßtheit der katholischen Kirche ignorierte, brachten die HpB das Schicksal der Fürstenbergischen Stiftung von 1682[2]. Bischof Fürstenberg hatte verfügt, daß ihre Erträge nur für den Unterhalt der Missionare bestimmt seien. Bis zu einer Resolution Friedrich Wilhelms III. vom Februar 1827 wurde die Stiftung zwar vom preußischen Domainen-Rentmeister in Münster verwaltet, aber streng von den staatlichen Kapitalien geschieden; besagte Resolution stellte den Grundsatz auf, daß die Erträgnisse der Stiftung nur im Inland verwendet werden dürften, andernfalls der Kirche entzogen würden. Durch diese Unterscheidung zwischen Seelsorge im Inland und Seelsorge im Ausland verkenne der preußische Staat "den wesentlichen Charakter der Seelsorge in der katholischen Kirche, die keinen Unterschied der Länder und Nationen kennt..."[3]

Auch für den Interkalarfond (angesammelte Dotationen aus der Vakanz einer Pfarrstelle oder eines Bischofsstuhls) wurde die kirchliche Rechtsauffassung betont, wonach seine Kapitalien eine genau eingegrenzte Aufgabe hatten. Sie durften nur zur Aufbesserung unzureichender Pfründen und nicht einmal zu anderen k i r c h l i c h e n Aufgaben herange-

---

1) Auch mit dem historischen Hinweis, daß das Kirchengut "bereits frühzeitig 'Patrimonium Pauperum' genannt wird." (Bd. 20, S. 50).
2) Bd. 6, S. 497 ff.
3) Bd. 6, S. 505.

zogen werden[1].

Das Gesetz über die 'Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens' in Preußen, das dem sog. 'Brotkorbgesetz' von 1875 folgte, verlieh den einzelnen Kirchengemeinden die Rechte über das kirchliche Eigentum und mißachtete dabei die verfaßte katholische Hierarchie, welche von den HpBl in vermögensrechtlicher Hinsicht mit einem Familien-Fideicommiß verglichen wurde[2]. Das Gesetz, von Peter Reichensperger eine 'Demokratisierung' innerhalb der katholischen Kirche genannt[3], beraubte die kirchlichen Behörden der Vermögensverwaltung und übertrug dieselbe dem Kirchenvorstand und einer in jeder Pfarrgemeinde zu bildenden lokalen Gemeindevertretung[4].

In den geschilderten Fällen wurde stets die Verfaßtheit der katholischen Kirche umgangen, d.h. es wurde ihr die juristische Gesamtvertretung zugunsten eines Gemeindeprinzips oder einer staatlichen Verwaltung überhaupt abgesprochen.

Problematischer noch war das Beharren auf dem Stiftungszweck bei den Universitäten. Freiburg (1456) und Ingolstadt (1472) waren Stiftungen, deren katholischer Charakter in der Reformation gewahrt blieb. Im Fall Freiburgs wurde derselbe noch zusätzlich anerkannt "durch den Reichs-Deputations-Hauptschluß im Allgemeinen und im Besonderen durch das badische Organisations-Edikt von 1803 wie durch die Verfassungsurkunde von 1818 ..."[5]

Die HpBl konnten dazu auf das Beispiel der Universität Erlangen verweisen, deren Charakter als protestantischer Universität stets gewahrt worden sei[6]. Die Problematik der Uni-

---

1) Vgl. Bd. 32, S. 237 f.
2) Vgl. Bd. 20, S. 49.
3) Vgl.: Brück, Heinrich. Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert. 4 Bde. Mainz 1887 - 1901. Bd. 4.1., S. 433.
4) Daselbst.
5) Bd. 31, S. 190 f.
6) Vgl. Bd. 31, S. 190.

versitäten soll hier nur angedeutet werden, denn da man das konfessionelle Prinzip hier eindeutig über das finanzielle stellte, werden Universitätsfragen bei der Bildungsproblematik in Kapitel III. und bei den Paritätsfragen in Kap. IV. behandelt.

Wenn sich der Stiftungszweck durch ein altes Testament eindeutig belegen ließ, so bemühte sich die Zeitschrift, dem Leser die Zeit der Abfassung wieder lebendig werden zu lassen. So wurde die Gründung des Frauenklosters Adelzhausen sehr ausführlich geschildert[1] und es wurde auch nicht versäumt zu erwähnen, daß es die Schwester Rudolfs von Habsburg, Kunigunde von Sulz war, die für die päpstliche Approbation dieser Stiftung gesorgt habe. Als die Klöster im Aargau von den kantonalen Behörden besonders hart bedrängt wurden durch zahlreiche und schikanös durchgeführte Vermögensregistrierungen, wies man darauf hin, daß "die Klöster in der schweizerischen Eidgenossenschaft ... weit älter als diese selbst (sind)"[2].

Durch die Säkularisation übernahm der Staat die Verpflichtung zur Dotation der Kirche. Doch selbst bei großer Redlichkeit waren diese Zahlungen bei weitem kein Ersatz für die früheren Einkünfte aus den Vermögenswerten. Der Staat mußte durch die Übernahme vieler klösterlicher Wirtschaftsbetriebe bisher ehrenamtliche Arbeit von Ordensangehörigen besolden oder diese abfinden. Dazu kamen noch die hohen staatlichen Verwaltungskosten. All diese Unkosten brachte der Staat bei den Anweisungen aus der Staatskasse bereits in Abzug, so daß die Rendite für die Kirche meist sehr gering ausfiel. Oft mußte sogar der Kapitalstock angegriffen werden. Zu diesen Problemen brachten die HpBl eine Fülle von Einzelbeispielen, in früheren Bänden der Zeitschrift wesentlich häufiger als in späteren.

Die Form des Unterhalts aus staatlicher Dotation hatte für die Kirche zwei Nachteile. Erstens konnte

---

1) Vgl. Bd. 63, S. 517 ff.
2) Bd. 4, S. 204.

sie dem Staat zur Erpressung dienen[1] und zweitens waren die psychologischen Folgen gravierend, denn die Kirche wurde im Bewußtsein vieler zu einer besoldeten Staatsanstalt[2]. Dieses Ziel verfolgte z.B. Joseph II. mit seinem Religionsfond[3], dessen Kapitalien aus Klosteraufhebungen, Interkalareinkünften Stiftungsvermögen und anderen kirchlichen Bezugsquellen stammten.

Aus diesen Gründen drängten auch die HpBl auf die von der Kirche geforderte Fundierung der Dotationen in Staatsgrundstücken und Waldungen bzw. deren Überlassung an die Kirche als Eigentum. Diese Form des Ausgleichs fand in Preußen sogar Eingang in ein Abkommen zwischen König Friedrich Wilhelm III. und der Kurie (16.7.1821)[4], das den König zur Durchführung bis zum Jahr 1833 verpflichtete. Auch in anderen Ländern wurden derartige Verträge geschlossen bzw. Versprechungen gemacht. Doch in allen Ländern wurden diese Verpflichtungen nicht oder nur zu geringem Teil eingehalten. Am Beispiel Württembergs geht dies aus der Besprechung der Antwort auf eine bischöfliche Eingabe hervor: "Die Herausgabe des katholischen Kirchengutes, welche schon so oft versprochen wurde, so wie die vertragsmäßig ausbedungene wenigstens theilweise Verwandlung der Bisthumsdotationen in Grundeigenthum, wird

---

1) Siehe das Sperrgesetz im Kulturkampf.
2) Dieses Bewußtsein sah man sogar beim Klerus: Viele Kleriker würden schon die allerknappste Wahrnehmung staatlicher Verpflichtungen als Wohltat empfinden. (Vgl. Bd. 32, S. 239).
3) Vgl. Bd. 37, S. 1177 f. Dazu war noch -wie die HpBl ebenfalls am Beispiel Österreichs zeigten- die Geldentwertung zu veranschlagen. Die Pfarrerbesoldungen aus dem österreichischen Religionsfond blieben seit Ende des 18. Jahrhunderts bis weit ins 19. Jahrhundert hinein in derselben Nominalhöhe, was etwa um 1870 (nach den Berechnungen der Zeitschrift in Bd. 73, S. 704) einen realen Verlust von 50 % ausmachte.
4) Vgl. Bd. 11, S. 65 f. Als Vorbild dieser Bestimmung diente eventuell eine Festlegung des bayerischen Konkordats von 1817, Art. 4: "Redditus Mensarum Archiepiscopalium et Episcopalium in bonis fundisque stabilibus liberae Archiepiscoporum et Episcoporum administrationi tradendis constituentur." (Zit. nach Brater, a.a.O., S. 68).

als für den Augenblick unlösbar bezeichnet..."[1] Die aus der Staatskasse zu zahlenden Summen waren in der Sicht der HpBl stets nur ein provisorisches Surrogat, bei dessen Fortdauer "die Erinnerung an jenes wahre Sachverhältnis mehr und mehr schwinden (wird)"[2].

Eng verbunden mit dem Problem 'Grundfundierung oder Rente?' war die Abschaffung des kirchlichen Zehnten vielerorts im Jahr 1848[3]. Die Zeitschrift betonte den wesentlichen Unterschied zwischen geistlichen und weltlichen Grundherrn mit dem Argument, daß bei ersteren eine Gegenleistung in Form von Seelsorge bestand, während für letztere die Rechte nur eine Quelle von Einkünften waren. Da der Klerus also 'vom Altar leben' und seine äußere Existenz bestreiten mußte, wurde in den Zehntlasten nichts drückendes gesehen. Durch die Abschaffung des Zehnten sah man eine staatliche Verpflichtung zum Ausgleich entstehen, die wiederum über Steuern und Abgaben auf das Volk abgewälzt werden würde. Auch ein Rechtsproblem stand in manchen Fällen der Ablösung entgegen: Viele Zehnt- und Grundrechte der Kirche stammten nicht aus einer ursprünglichen Dotation, sondern aus Stiftungsvermögen von Privatpersonen und standen somit unter dem Schutz von Privatrechtstiteln.

Da die versprochenen Fundierungen in Grund und Boden ausblieben, mußte wenigstens bei den verbliebenen Stiftungen das Verwaltungsrecht der Kirche gesichert werden. Dies galt es zu verteidigen gegen die vom Staat beanspruchte Kontrolle, welche aus den Majestätsrechten abgeleitet wurde. Ein staatliches Oberaufsichtsrecht konnte - wenn auch von der Kirche nicht formal anerkannt - doch so unauffällig gehandhabt werden, wie das die HpBl lobend erwähnten am Beispiel einer Vereinbarung vom 5.1.1858 zwischen der preußischen Staatsregie-

---

1) Bd. 31, S. 623.
2) Bd. 11, S. 73.
3) Die folgenden Ausführungen zum Problem des Zehnten stützen sich auf einen Artikel in Bd. 21, S. 579 ff.

rung und dem Freiburger Erzbischof Hermann v. Vicari[1], (Metropolit der Oberrheinischen Kirchenprovinz) bezüglich des preußischen Anteils an der Oberrheinischen Kirchenprovinz durch die Gebiete Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen. Dagegen kam eine Einigung mit Baden unter ungünstigeren Bedingungen erst am 2.11.1861 zustande, weshalb man noch im Jahr 1860 feststellen konnte: "So besteht denn in der Erzdiözese Freiburg das eigenthümliche Verhältnis, daß in dem kleineren preußischen Antheil der Erzbischof die Verwaltung des Kirchenvermögens selbst führt, in dem viel größeren badischen Antheil jedoch von dieser ganz und gar ausgeschlossen ist."[2]

Die vermögensrechtlichen Konflikte in vielen Ländern

Durch Staatsverträge zu Frankfurt a. M. vom 7.10.1818 zwischen Baden, Württemberg, Hessen Darmstadt ('Großherzogtum'), Hessen-Kassel ('Kurhessen'), Nassau und der Stadt Frankfurt wurde die Aufnahme von Verhandlungen mit Rom über die Gründung einer besonderen Kirchenprovinz mit Freiburg als Erzbistum beschlossen. Dabei wurde von vorneherein vereinbart, staatskirchliche Ansprüche in einem besonderen 'organischen Statut', das dem Papst vorenthalten werden sollte[3], niederzulegen. Der Papst sollte nur die organisatorische Einrichtung treffen, also der 'Salber' sein. Durch die Bulle 'Provida Solersque' wurde die Oberrheinische Kirchenprovinz, inzwischen erweitert um die bereits bezeichneten preußischen Anteile, mit Freiburg als Erzbistum und den Bistümern Rottenburg, Mainz, Fulda und Limburg ins Leben gerufen.

---

1) Vgl. Bd. 46, S. 313.
2) Daselbst.
3) Vgl.: Lauer, Hermann. Geschichte der katholischen Kirche in Baden. Freiburg i. Br. 1908, S. 114. (Ähnlich Napoleons Vorgehen nach Abschluß des Konkordates durch den Erlaß der 'organischen Edikte'.)

In Bezug auf die Vermögensverwaltung wie auch auf andere staatlich/kirchliche Konfliktpunkte konnte es natürlich in den Staaten, welche die Oberrheinische Kirchenprovinz bildeten, keine Einheitlichkeit geben. Die 'Karlsruher Konferenzen'[1] der beteiligten Staaten in den Jahren 1852 und 1853 stellten nur Grundsätze sehr allgemeiner Art auf und wiesen die spezielle Materie den einzelnen Regierungen zu[2]. Diese verfügten in der Mehrzahl, daß die Ordinariate jedes Jahr einen Verwaltungsetat bei den Staatsbehörden einzureichen und um Genehmigung desselben nachzusuchen hätten. § 38 der Konferenzbestimmungen sprach lediglich von der Mitaufsicht der Bischöfe bei der Verwaltung von Stiftungen und Fonds; darauf Bezug nehmend und aus den Erfahrungen der Praxis sprachen die HpBl von "bureaukratisch-vexatorischen Bestimmungen"[3]. Auf Einzelheiten ging die Zeitschrift oft nicht ein, sondern verwies auf Denkschriften, Motionen und kirchenrechtliche Publikationen, soferne solche zu einem bestimmten Thema vorlagen. Dadurch konnte sie das Grundsätzliche besser herausarbeiten. Nur bei Fällen, die als besonders schikanös empfunden wurden, konnte sie sich eine Behandlung nicht ersparen. Da auf die Wurzeln der Konflikte bereits eingegangen wurde, kann hier die Besprechung einiger besonders krasser Beispiele vorgestellt werden. So bestand in Frankfurt ein katholischer Kirchenvorstand, von dem die Geistlichkeit völlig ausgeschlossen war: "Das Collegium fungiert als katholische Kirchenobrigkeit, reguliert den Gottesdienst und bestimmt sogar die Zahl der Kerzen, die auf dem Altar gebrannt werden dürfen."[4] In dieser Formulierung entdeckt auch der heutige Leser noch die Anspielung auf Kaiser Joseph II. Ähnlich

---

1) Über die Ergebnisse derselben, vgl. Bd. 31, S. 548 ff. und 581 ff.
2) Vgl. Bd. 31, S. 572.
3) Daselbst. Eine Zusammenstellung dieser Bestimmungen findet sich bei Lauer, a.a.O., passim.
4) Bd. 66, S. 97.

kleinliche Bestimmungen wurden sonst vor allem aus kleineren norddeutschen Staaten, vor allem aus Mecklenburg vorgestellt. Am Beispiel Württembergs wurden die Vorschriften beim Kirchenbau kritisiert, welche zu einem "württembergischen Finanzkammer-Styl"[1] geführt hätten. Das badische Schulaufsichtsgesetz von 1864 hob die vermögensrechtlichen Vereinbarungen des Stiftungsgesetzes von 1861 wieder auf[2] und ermöglichte die Heranziehung katholischer Schulfonds für staatliche Simultanschulen. Ein weiteres Stiftungsgesetz (1870) gab dem Staat die Möglichkeit zur Entscheidung, welche Stiftungen als weltliche und welche als geistliche anzusehen seien. Diese Entscheidung wurde nicht mehr, wie 1861 festgelegt, von den unabhängigen bürgerlichen Gerichten, sondern vom badischen Verwaltungsgerichtshof getroffen, dessen Mitglieder - wie die HpBl betonten[3] - vom Innenministerium ernannt, versetzt und abgesetzt wurden. Sobald eine Stiftung als weltlich erklärt worden war, wurde sie in die Verwaltung der Gemeindebehörden gegeben. Als Grund für diese Enteignung bei den kirchlichen mildtätigen Stiftungen nannte man die Furcht des Staates vor der sozialen Wirksamkeit der Kirche: "Daß die Kirche durch solche Wirksamkeit zu vielen Einfluß erlangen könne, und daß sie deshalb auf den bezeichneten Gebieten möglichst zu hemmen, ja vollständig von denselben auszuschließen sei - dieser sublime Gedanke war kleinstaatlichen Schwachköpfen des 19. Jahrhunderts ... vorbehalten"[4].

Ein Resumee der vorgebrachten eigentumsrechtlichen Konflikte läßt folgende Schwerpunkte der Argumentation in den HpBl erkennen:

Die aufgezwungene staatliche Verwaltung verursachte

---

1) Bd. 32, S. 118.
2) Vgl. Bd. 66, S. 59 ff.
3) Vgl. Bd. 66, S. 64; dazu auch Bd. 109, S. 527.
4) Bd. 66, S. 60 f.

große Kosten, die aus den Stiftungen selbst gedeckt wurden[1].

Die a b s i c h t l i c h e Schädigung des Kirchenvermögens[2] spielte überall dort eine große Rolle, wo die Verwaltung den Gemeinden überlassen war. Diese verwendeten die kirchlichen Stiftungen oft zur Erleichterung 'gemeiner Lasten', z. B. zum Bau von Straßen, Turnhallen u.s.w.

Zwischen den fiktiven Erträgnissen katholischer Eigentumswerte und Stiftungen (bei Grundfundierung oder Rückgabe kirchlicher Werte) einerseits und den staatlich gewährten Leistungen andererseits bestand ein krasses Mißverhältnis.[3]

Durch staatliche wie durch kommunale Verwaltung katholischer Stiftungen waren die Katholiken vielfach gezwungen, Leistungen aus ihrem Eigentum von protestantischen Mehrheiten zu erbitten;[4] letztere zeigten vor allem wenig Verständnis für katholische Kultusbedürfnisse.

Wurden Schulen, Seminare und Konvikte aus staatlich v e r w a l t e t e n Mitteln errichtet, so unterstanden sie auch vollständig der staatlichen Aufsicht[5].

In Bayern und Österreich sahen die HpBl die katholische Vermögensverwaltung weit weniger beeinträchtigt als beispielsweise in der Oberrheinischen Kirchenprovinz und in einigen Schweizer Kantonen. Selbst in Preußen gab es in dieser Hinsicht wenig Ursache zu Klagen, abgesehen von der vorübergehend staatlich organisierten Verwaltung der kirchlichen Vermögen zur Zeit des Kulturkampfes. Fast alle bisher behandelten Klagen und das obige Resumee aus den Hauptbeschwerden

---

1) Vgl. dazu Bd. 4, S. 287, Bd. 32, S. 115, Bd. 34, S. 376 und 594 ff., Bd. 60, S. 791 und Bd. 73, S. 705 f.
2) Vgl. dazu Bd. 32, S. 110 ff., 124, 128 ff. und 190 ff., Bd. 60, S. 788 und 794, Bd. 66, S. 64, Bd. 73, S. 245 und Bd. 109, S. 527.
3) Vgl. dazu Bd. 32, S. 118 f., Bd. 50, S. 371 f., Bd. 51, S. 270 und 273, Bd. 54, S. 865 f., Bd. 64, S. 551 f. und Bd. 109, S. 534.
4) Vgl. dazu Bd. 31, S. 187, Bd. 32, S. 113 und Bd. 66, S. 98.
5) Vgl. dazu Bd. 32, S. 179 und S. 197 f.

stützen sich deshalb auf Vorkommnisse aus den Staaten der Oberrheinischen Kirchenprovinz.

In Bayern bestand eine gemeinschaftliche Verwaltung, wobei der Staat seinen Kostenanteil durch die Erhebung von 'Concurrenzbeiträgen' deckte; dadurch blieben die Stiftungen zwar nicht unangetastet, doch die bayerische Praxis hob sich in den Augen der HpBl doch insgesamt positiv von derjenigen anderer Länder ab[1]. Durch die Ministerialentschließung vom 8.4.1852[2] wurde den Bischöfen Einflußnahme auf die Festsetzung der Höhe der 'Concurrenzbeiträge' gestattet.

Österreich, das im 18. Jahrhundert Teile der späteren Säkularisationsmaßnahmen vorausgenommen hatte und sich dabei auf Martinis 'Allgemeines Staatsrecht' stützen konnte, gab in der Gegenwart wenig Grund zu Klagen. Zwar wurde auch im Konkordat von 1855 bestimmt, daß der Religions- und Studienfond nicht von der Kirche, sondern nur im Auftrag der Kirche verwaltet werden sollte (Art. XXXI)[3], jedoch sahen die Bestimmungen über die anderen Stiftungen und Fonds eine Verwaltung nach den Kirchengesetzen vor. Weder die vor Abschluß des Konkordates noch die nach seiner Kündigung herrschende Praxis wurde als drückend empfunden[4].

Die Klagen, die von Mitarbeitern aus der Schweiz über den dortigen Stand der kirchlichen Angelegenheiten eingesandt wurden[5], betrafen fast immer das Vorgehen einzelner Kantonsregierungen gegen Klostervermögen. Dabei wurden die Vermögensaufnahmen oft besonders rücksichtslos durchgeführt, "wobei man mit Wage und Gewicht in die Sacristeien eindrang"[6] Zu diesen Maßnahmen kamen noch Sondersteuern und -abgaben. Äbte, die sich widersetzten, wurden suspendiert, und die Be-

---

1) Vgl. Bd. 34, S. 376.
2) Daselbst. Vgl. auch Weber, a.a.O., Bd. 4, Nr. 1530, S. 379 ff.; hier Punkt 26, S. 382 f.
3) Vgl. den Abdruck des österr. Konkordats (mit Übersetzung) im Archiv für katholisches Kirchenrecht; Bd. 1. Innsbruck 1857, S. IV ff., hier S. XVI f.
4) Vgl. Bd. 37, S. 1185.
5) Vermehrt im ersten Dezennium der HpBl.
6) Bd. 4, S. 206.

schwerden der Klöster bei der Tagsatzung blieben meist erfolglos. In Bezug auf die staatlichen Verwalter, die von den Klöstern auch noch besoldet werden mußten, brachten die HpBl vor, "daß das Recht einer Oberaufsicht durch den Staat von dem einer förmlichen Bevogtigung weit verschieden sey, einer solchen nur Verbrecher, Blödsinnige und überhaupt solche, die nicht eigenen Rechtes seyen, unterworfen werden können..."[1] In vielen Fällen vor dem Jahr 1848 blieb es nicht bei den staatlichen Vermögensaufnahmen, sondern es kam zu Klosteraufhebungen, Vertreibungen und Zwangsverkäufen von Klostergut[2]. Ähnliches berichtete man einige Jahre später aus Rom[3] und Sardinien-Piemont[4].

II. DAS PROBLEM DER 'KATHOLISCHEN POLITIK'

II.1. GIBT ES EINE 'KATHOLISCHE POLITIK'? WAS SIND IHRE BEDINGUNGEN UND INHALTE?

Die lebhaftesten Diskussionen um die Beantwortung dieser Fragen fielen in die Jahre um 1848 und fanden nicht nur unter den katholisch-konservativen Abgeordneten in der Paulskirche statt. Anhand von wichtigen Beispielen möchte ich kurz die repräsentativsten Stellungnahmen im deutschen Katholizismus wiedergeben, bevor ich auf die weniger konkreten, sondern mehr allgemein übergreifenden Meinungen eingehe, welche in den HpBl zu diesem Problem geäußert wurden.

Das Problem einer 'katholischen Politik' war die brennendste Frage der Piusvereine und des katholischen Zen-

---

1) Bd. 4, S. 213 f.
2) Vgl. Bd. 73, S. 245. Als Ursachen all dieser Übergriffe in der Schweiz nannten die HpBl häufig radikalen Republikanismus nach französischem Vorbild im Zusammenspiel mit aufklärerischer Klosterfeindlichkeit.
3) Vgl. Bd. 26, S. 32 ff.
4) Vgl. Bd. 35, S. 305 ff. und Bd. 36, S. 436 ff.

tralvereins und deshalb auch bestimmend für die Orientierungsstreitigkeiten auf den frühen Katholikentagen. Wenn damals (z.B. auf dem Katholikentag in Breslau 1849) über eine Beteiligung an politischen Angelegenheiten gesprochen wurde, so verstand man darunter fast immer die partielle Beteiligung an den Freiheitsforderungen von 1848, und zwar nicht durch einzelne Mitglieder, sondern durch die korporative Beteiligung der Piusvereine. Diese Maximalposition verfocht beispielsweise der badische Agitator Buß[1], Präsident des ersten deutschen Katholikentags in Mainz. Man einigte sich aber schließlich auf die Annahme eines vorsichtig formulierten Antrags: "Die korporative Beteiligung der katholischen Vereine an r e i n p o l i t i s c h e n Fragen bleibt ganz ausgeschlossen. Jedem Vereinsmitglied muß es überlassen werden, was für eine politische Ansicht er zu der seinigen macht"[2]. Eine Ausnahme (rein quantitativ gesehen) bildete die entgegengesetzte Vorstellung, welche die Revolution völlig ablehnte und ein Festhalten an der alten Form des Ultramontanismus[3] mit seiner engen Anlehnung an die Regierung vertrat. Für dieses Modell, das aber nichtsdestoweniger eine Form katholischer Politik war, steht im Jahr 1848 noch der Name

---

1) Vgl.: Buß, Franz Josef. Die Aufgabe des katholischen Teils deutscher Nationen in der Gegenwart oder der katholische Verein Deutschlands. Durch den ersten Präsidenten F.J.Buß. Regensburg 1851, S. 401 ff. Er formulierte hierin ein Programm katholischer Politik in 8 Punkten und schloß dann: "Überhaupt aber braucht man die Katholiken Deutschlands in der Politik nicht abzuspannen; sie sind ihrer Natur nach nur gar zu ruhig. Wohl aber darf man ihnen das Vorbild der Katholiken anderer Völker vorhalten." Zit. nach: Bergsträßer, Ludwig. Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung. Reihe: Der deutsche Staatsgedanke, begr. von Arno Duch, 2. Reihe, Bd. 3. 2 Teilbände. München 1921. Teilband 1, S. 185.

2) Verhandlungen der Generalversammlungen der Katholiken (Katholikentage), Breslau 1849, S. 142 (Hervorhebung von mir).

3) Über den Ultramontanismus und seine vorsichtige Wandlung, vgl. Kap. II.1.

Jörgs: man organisierte beispielsweise einen Adressensturm gegen die Annahme der Grundrechte durch die bayerischen Kammern und betrat so den entgegengesetzten Weg vieler Piusvereinsmitglieder, obwohl das Ziel, Freiheit und Selbstverwaltung für die Kirche, beiden Richtungen gemeinsam war. Döllinger lehnte die beiden Formen katholischer Politik ab[1] und vertrat eine in jeder Hinsicht gemäßigte Mitte, die etwa den auf der deutschen Bischofskonferenz von 1848 vertretenen Zielen entsprach.

In den HpBl war von 'katholischer Politik' um 1848 noch nicht wörtlich die Rede. Der Aufruf für die Wahlen zur Paulskirche[2] verband die Verwerfung der Revolution mit der Betonung der Notwendigkeit einer Beteiligung der Katholiken an dem durch die Revolution geschaffenen Parlament zur Vertretung ihrer Belange.

Diese Haltung prägte auch noch die unmittelbar auf die Revolution folgenden Jahre. Zu vielen Märzerrungenschaften hatte man noch ein gespaltenes Verhältnis; so z. B. bezeichnete man die Pressefreiheit zwar als in der Praxis notwendig, da sich die staatliche Zensur mehr gegen den Katholizismus als gegen den Liberalismus richte, aber nicht als einen für sich erstrebenswerten Zustand[3]. Der Begriff 'Märzerrungenschaften' wurde im Jahr 1849 persifliert durch mehrere Artike überschrieben mit "Unsere Errungenschaften"[4], in denen sich diese dann mit 'angestrebter Beseitigung des Christenthums', 'zunehmendem Verfall der Sittlichkeit' usw. wiedergegeben finden. Für den späteren Wandel der HpBl verweise ich auf das

---

1) Vgl.: Conzemius, Victor. Ignaz v. Döllinger und Edmund Jörg Analyse einer Freundschaft und ihres Zerfalls. In: Festschrift für Max Spindler zum 75. Geburtstag, hrsg. von Dieter Albrecht, Andreas Kraus, Kurt Reindel. München 1969 S. 743 ff., hier S. 745 ff.
2) Bd. 21, S. 526 ff.
3) Vgl. Bd. 24, S. 576.
4) Vgl. Bd. 24, S. 209 ff., S. 273 ff., S. 487 ff. und S. 510 ff. sowie Bd. 25, S. 53 ff., S. 222 ff. und S. 372 ff.

folgende Kapitel.

Wichtiger jedoch als diese allgemeinen Ausführungen sind Äußerungen der Zeitschrift, in denen der Begriff 'katholische Politik' als solcher verwendet und nicht mittelbar erschlossen wird. Erste Aufschlüsse darüber, welche konkreten Vorstellungen man mit diesem Begriff verband, lieferte ein Streit innerhalb des Lagers der katholischen Publizistik, nämlich zwischen den HpBl und Franz v. Florencourt[1], Herausgeber der 'Wochenschrift' mit dem Untertitel 'ein Organ für katholische Politik'. Der Streit entzündete sich an der Frage der eindeutigen praktischen Anwendbarkeit katholischer Prinzipien auf konkrete Fälle der täglichen Politik. Diese Umsetzung wurde von Florencourt indirekt behauptet dadurch, daß er in der Praxis den Namen 'katholische Politik' in Anspruch nahm für eindeutig persönlich geprägte politische Aussagen seiner Zeitschrift, z.B. für die Verteidigung russischer An-

---

1) Die Abrechnung mit Florencourt fiel schärfer aus, als es hier in der alleinigen Bezeichnung der verschiedenen Standpunkte zum Ausdruck kommt. Das hat eventuell seinen Grund in weiter zurückliegenden Äußerungen Florencourts über J. Görres, niedergelegt in seiner Schrift 'Politische, kirchliche und literarische Zustände in Deutschland.' (Leipzig 1840). Dort hieß es unter anderem: "Görres ist durch und durch Parteimann. Nicht für den Sieg der Idee auf dem Felde der Überzeugung kämpft er, sondern für den äußern Sieg irgendeiner Partei. Um diesen herbeizuführen, gebraucht er die Waffen der Wahrheit; reichen sie nicht mehr aus, so vertauscht er sie geschickt mit dem Rüstzeug der Unwahrheit, der Lüge. .. Die Liebe ist überhaupt nicht Görres' starke Seite. Im Gegentheil ist sein ganzes Wesen bitter, zornig, von Groll und Haß erfüllt. ... Aus Phantasterei schneidet er sich selbst eine beliebige Elle, womit er die Wirklichkeit messen und züchtigen kann. ... Ach nein, G ö r r e s s e l b s t i s t i m H e r z e n k e i n K a t h o l i k. Der Glaube, für den er mit allen Kräften seiner Seele streitet, er hat ihn selbst nicht. ... Während er so am Ende seiner Lebenslaufbahn für die Seligkeit tausend F r e m d e r eifert, deren natürlicher Vertreter er wahrlich nicht ist, wäre es nicht besser, wenn er an seiner e i g e n e n arbeitete, wenn er den Frieden suchte, statt den Streit, wenn er betete und schwiege?" (Alle Zitate nach: Raab, Heribert. Joseph Görres. Ein Leben für Freiheit und Recht. Auswahl aus seinem Werk. Urteile von Zeitgenossen. Einführung und Bibliographie. Paderborn 1978, S. 244-247 -Hervorhebungen im Original).

sprüche gegenüber der Türkei und für seine Stellungnahme gegen die europäischen Mächte im Krimkrieg. Da in dieser Frage ernste Gegensätze zwischen Österreich und Preußen entstanden waren, das Problem dadurch also nicht nur die österreichische Balkan- und Orientpolitik, sondern auch die 'Deutsche Frage' tangierte, erschien es den HpBl neben ihrer grundsätzlichen Ablehnung eines solchen Vorgehens noch zusätzlich gewagt, katholische Interessen durch derartige Stellungnahmen zu belasten. Deshalb und im Bewußtsein ihrer führenden Stellung unter den katholischen Zeitschriften umrissen sie ihre eigenen Vorstellungen von katholischer Politik[1], die -wie das zu erwarten war - über den Ausganspunkt des Streites hinausgingen.

Katholische Politik bestand nach ihrer Meinung in der Anwendung katholischer Prinzipien auf das öffentliche Leben; darüber gab es keine Differenzen. Das Problem lag aber darin, daß die katholischen Lehren für viele praktische Fälle keine Aussagen enthielten, beispielsweise über Staatsformen und Wirtschaftssysteme; im Falle des Verhältnisses von Österreich und Preußen zu Rußland und der Türkei gab es ebenfalls keine zugrundeliegenden katholischen Prinzipien, sondern nur deutsche Standpunkte, die von den HpBl anders beurteilt wurden als von dem preußen- und rußlandfreundlich gesinnten Florencourt. Zu diesen Problemen schrieb man dann rückschauend im Jahr 1859: "Unsere Politik war die von Katholiken aus deutschen Gesichtspunkten. Dabei gereichte es uns freilich zur besonderen Genugthuung abermals und schlagend zu erproben, daß wohlverstandene deutsch-nationale Politik und die katholischen Interessen stets übereinkommen"[2].

Die HpBl bestanden darauf, daß es eine katholische Politik, nicht aber eine katholische Politik 'an und für sich'[3]

---

1) Vgl. Bd. 34, S. 789 ff. und 1013 ff. sowie Bd. 41, S. 19 f. Zum erstenmal wörtlich verwendet fand ich den Begriff 'katholische Politik' in Bd. 29, S. 357.
2) Bd. 41, S. 20.
3) Bd. 41, S. 19.

gebe. Dieses 'an und für sich' ist hier nicht im Sinne von 'eigentlich' oder 'grundsätzlich' verwendet, sondern - wie aus anderen Stellen hervorgeht - im Sinne von 'zweifelsfrei' und 'eindeutig'. Trotzdem legte man Wert auf den Begriff 'katholische Politik' und ging damit über die 'Politik der jeweiligen Katholiken'[1] hinaus, allerdings stets mit der erwähnten Einschränkung.

Daß nur derjenigen katholischen Politik, welche diese Einschränkung überging, der Name streitig gemacht wurde, geht aus einer Verwahrung gegen die Behauptung Florencourts hervor, man glaube nur an die 'Politik der jeweiligen Katholiken'. Dagegen präzisierte man bei dieser Gelegenheit: "... in soferne gibt es allerdings keine 'katholische Politik' als auch keine kirchliche Autorität göttliches Mandat für völkerrechtliche Streitfragen hat"[2]. Daß es aber etwas gab, das über die Politik einzelner engagierter Katholiken hinausging, läßt sich vielleicht am besten mit 'Politik zur Wahrung der Rechte des katholischen Volksteils' umschreiben. Diese Beschränkung auf das Defensive war nach den gegebenen Definitionen die einzig mögliche Form und überwog auch in der Praxis. Hans Maier[3] unterscheidet zwischen einer defensiven Tätigkeit, die in der Sicherung der kirchlichen Rechte liegt, und einer aktiv gestaltenden katholischen Politik. Erstere bezeichnet er als 'politischen Katholizismus' während er den Begriff 'katholische Politik' der zuletzt genannten Form zudenkt, welche auch eine Antwort auf nicht-kirchenpolitische Fragen geben kann.

Die bei Maier zuerst genannte Form überwog in den HpBl und trifft die im deutschen Katholizismus des 19. Jahrhunderts psychologische Situation; doch war auch die andere Form an-

---

1) Bd. 34, S. 1014.
2) Daselbst.
3) Vgl.: Maier, Hans. Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie (1789-1901). Freiburg 1965², S. 27 f.

zutreffen - vermehrt seit der Gründung der Görres-Gesellschaft - und zeigte sich in katholischer Vereins- und Verbandspolitik, welche Ziele außerhalb der Vertretung in kirchenpolitischen Streitfragen anstrebte. Ich werde trotzdem am ungenauen Begriff 'katholische Politik' für beide Formen festhalten und jeweils erklären was er bezeichnet, da sich dieser Begriff im Gegensatz zum Terminus 'politischer Katholizismus' in den HpBl selbst findet.

Daß katholische Politik in der Sicht der Zeitschrift ihre Inhalte nicht aus eigenen autonomen Festlegungen ableitete, sondern nur dadurch bedingt war, daß der Katholizismus als durch Politik und Verwaltung bedrängt und benachteiligt angesehen wurde, schlug sich in zahlreichen Äußerungen nieder. Katholische Politik wurde also nicht als Erfindung des Katholizismus gesehen, sondern als Notwehr, entstanden aus der Bedingung "einer abnormen Stellung der katholischen Kirche zu der weltlichen Gewalt"[1]. Damit bestand neben der Einschränkung praktischer Unanwendbarkeit in denjenigen Fällen, in denen keine katholischen Prinzipien eindeutig erkennbar waren (Außenpolitik u.ä.), noch eine weitere Einschränkung: Katholische Politik bezog ihre Inhalte nicht aus eigenständiger Entscheidung des Katholizismus bzw. seiner Vertreter im öffentlichen Leben, sondern ihre Inhalte wurden als durch die Maßnahmen der Gegner, Liberalismus und modernen Staat, bestimmt gesehen. Die abhängige Stellung der katholischen Kirche vom Staat wurde als der tiefste Grund dafür bezeichnet, daß jede politische Verwicklung im Grund eine konfessionelle oder religiöse sei[2]. Das gelte vor allem für

---

1) Bd. 29, S. 358.

2) Vgl. Bd. 58, S. 782. Ähnlich: "Es ist nun einmal so, daß bei uns alle innenpolitischen Fragen im letzten Grunde kirchliche Fragen sind. Der Reichskanzler mußte sich daher auf kirchlichen Gebiete grundverschieden verhalten, je nachdem er mit dem Liberalismus gehen wollte oder mit dem conservativen Princip. Er mußte unser Mann werden oder aber unser Todfeind." (Bd. 69, S. 463). Ähnlich auch Bd. 71, S. 339 und Bd. 102, S. 858.

Deutschland und begründe dort die Notwendigkeit eines Zentrums, das man zumeist als notwendiges Übel und Defensivbündnis ansprach; diese Feststellung muß als eines der Understatements angesehen werden, wie sie auch im folgenden noch vorgestellt werden: "In freien Staaten ist ein 'Centrum' kein Erfordernis, in Deutschland kann es nicht entbehrt werden..."[1)]

II.2. DAS PROBLEM EINER 'KATHOLISCHEN PARTEI'

Auch wenn die Idee der Interkonfessionalität des Zentrums in späteren Jahren vorhanden war und gegen Anfechtungen aus den eigenen Reihen verteidigt wurde, so trug das Zentrum doch nach seinem Ursprung als 'katholische Fraktion' und im politischen Alltag einen katholischen Charakter. Unbeschadet der Idee der Interkonfessionalität war es nach Meinung der HpBl ein legitimes Recht des katholischen Volksteils, die weltanschaulichen Grundsätze seiner Glaubensgemeinschaft in den entsprechenden Formen des bürgerlichen Lebens zu vertreten; dabei dürfe man sich nicht stören lassen von gegnerischen Einwänden, denen die katholischen Grundsätze unbequem seien[2)]. Über dieses Recht hinaus sah man die Notwendigkeit eines Zentrums für die religiöse u n d die allgemeine Freiheit in Deutschland. Wiederholt findet sich der Hinweis auf den engen Zusammenhang zwischen religiöser und bürgerlicher Freiheit, verbunden mit dem ausgesprochenen Bedauern, daß das Instrument einer Parteibildung, die auf katholischen Grundsätzen aufgebaut sei, ein Indiz für ungesunde Verhältnisse eines Landes abgebe. :"In freien Staaten ist ein 'Centrum kein Erforderniß..."[3)]

---

1) Bd. 102, S. 581.
2) Vgl. Bd. 130, S. 846.
3) Vgl. das Zitat aus Bd. 102, S. 581 weiter oben.

Das Phänomen, daß die politischen Parteien und die deutsche Innenpolitik zeitweise stark konfessionalisiert wurden, sah man (als zusätzliche Konsequenz des bisher von mir Dargestellten) in der Praxis als das Ergebnis Bismarck'scher Politik an: "Das Centrum, wie es leibt und lebt, ist von niemand Anderem geschaffen worden als vom Fürsten Bismarck selber"[1]. Diese Aussage bezog sich in ihrer Überspitzung auf das Zentrum der Gegenwart und seine momentane Stärke und nicht auf die bekannten Anfänge des Zentrums, die bis zur Paulskirche und darüberhinaus zu den konservativen Oppositionsgruppen in den Landtagen des Vormärz verfolgt werden können. Als Beweis für den defensiven Charakter des Zentrums führte man dessen Zuwachs bzw. Abnahme an Abgeordneten je nach dem momentanen Stand des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche an[2]; so erübrigte sich auch die Frage nach den Zielen des Zentrums. Diese ergäben sich durch die staatlichen Maßnahmen[3]. Da aber das Zentrum diese Notwehr unter den Bedingungen 'staatlicher Omnipotenz' ebenso souverän handhabte wie beispielsweise die HpBl ihre Notwehr auf dem Gebiet der Presse, zudem noch häufig der Hinweis auf den allgemeinen Charakter der vom Zentrum vertretenen Politik gebracht wurde, so haben wir Ursache, uns nicht mit der negativen Definition der Ziele des Zentrums sowie der katholischen Politik allgemein zufriedenzugeben.

Den Begriff 'katholische Partei' ließ man nur im praktischen Sprachgebrauch, aber nicht im tieferen Sinn des Wortes gelten. Durch die Wiedergabe der Wortsemantik von 'katho

---

1) Bd. 86, S. 65. Zustimmend Repgen: "Hier glaube ich, daß die Bedeutung Bismarcks für die Entstehung des Zentrums kaum überschätzt werden kann."-Repgen, Konrad. Entwicklungslinien von Kirche und Katholizismus in historischer Sicht. In: Rauscher, Anton (Hrsg.). Entwicklungslinien des deutschen Katholizismus. Reihe: Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B (Abhandlungen), hrsg. vom demselben. München/Paderborn/Wien 1973, S. 11 ff., hier S. 25
2) Vgl. Bd. 102, S. 853 ff.
3) Vgl. Bd. 73, S. 633.

lisch' mit 'allgemein' und 'Partei' mit 'pars' wies man den Widerspruch theoretisch nach[1]. Im praktischen Teil dieser Beweisführung wurde betont: "..das Centrum hat das unschätzbare Verdienst, der Welt im neunzehnten Jahrhundert gezeigt zu haben, was katholische, 'klerikale' Politik eigentlich ist. Das Centrum tritt für die Sache Aller ein, vertheidigt Recht und Gerechtigkeit jedes Theiles wie des ganzen Volkes..."[2] Deshalb wies man eine alleinige katholische Interessensvertretung von sich; in der Ablehnung der Bezeichnung 'Partei' im Sinn von 'pars' zeigte sich auch die Ablehnung einer von Einzelinteressen geprägten politischen Vertretung. Gerade eine solche warf man dem Liberalismus häufig vor, wenn man betonte, er sei die Partei der wirtschaftlichen Interessen des Großbürgertums.

Da das einigende Band des Zentrums katholischer, also im Verständnis der HpBl 'allgemeiner' Art war, sah man beim Zentrum nicht die bei anderen Parteien gegebenen 'rechten' und 'linken' Interessen. In diesem Verständnis nahm man für das Zentrum 'wahrhafte Volkspolitik'[3] in Anspruch. Der wichtige Hinweis auf die allgemeinen Ziele des Zentrums war stets verbunden mit der gegenteiligen Aussage über die anderen Parteien, nicht nur - wie oben angedeutet - über die liberalen Parteibildungen. Zu den allgemeinen Zielen des Zentrums rechnete man das 'positive' Christentum, welches nicht ausschließlich im Katholizismus, sondern auch im konservativen Protestantismus gesehen wurde. Diese Differenzierung unter den Protestanten, von der in den ersten Jahrgängen der Zeitschrift noch nichts zu spüren ist, wurde protestantischerseits natürlich als Spaltungsversuch gewertet. Vor allem seit Jörgs Beschäftigung mit der 'Neuesten Geschichte des Pro-

---

1) Bd. 130, S. 678.
2) Bd. 127, S. 18.
3) Bd. 103, S. 306.

testantismus[1] erlangte diese Differenzierung Bedeutung in publizistischer Hinsicht, und die 'gutwilligen' und 'einsichtigen' Protestanten wurden von der Kritik der übrigen ausgenommen[2]. Die Grundgedanken von Jörgs Artikelserie lauten in verkürzter Darstellung wie folgt: Die katholische Publizistik wird künftig weniger Raum für Kontroversen mit dem Protestantismus haben, da sich seit etwa 6 bis 7 Jahren (diese Festlegung führt etwa auf das Jahr 1848 zurück) eine breite Bewegung herausgebildet habe, welche die 'positive' Schöpfung einer sichtbar verfaßten und dem bisherigen subjektiven Prinzip entzogenen Kirche anstrebe[3]. Diese Entwicklung im Protestantismus solle man sorgfältig verfolgen und die katholische Publizistik müsse daraus die Konsequenzen ziehen und könne fortan nicht mehr die Auseinandersetzung mit 'dem Protestantismus' pauschal suchen[4]. Eine vorausgegangene Artikelserie von Pilgram hatte sich mit der im Protestantismus vorhandenen Katholizität befaßt[5].

Aus ihrer Absicht machten die HpBl kein Geheimnis; diese Differenzierung sollte auf dem Gebiet der praktischen Politik eine konservative Allianz gegen den Liberalismus ermöglichen. Vor allem seit Beginn des Kulturkampfes findet man diesen

---

1) Artikelserie unter wechselnden Titeln, meist 'Streiflichter auf die Geschichte des Protestantismus seit ...' genannt. Diese Streiflichter, später bei Herder als selbständiges Werk erschienen, finden sich von Bd. 33 bis Bd. 40 (zuletzt noch verschiedene Nachträge und 'Extra-Streiflichter').

2) Zu diesen 'einsichtigen' Protestanten rechnete man Gerlach, Leo, Stahl, Hengstenberg ... (Vgl. Bd. 31, S. 411). Weitere Ausnahmen in Bd. 103, S. 298.

3) "Wie Dr. Leo mit anderen Worten einst sagte, 'was ihr Katholiken habt, und was uns abgeht, die Zucht und strenge Ordnung der Kirche'". (Bd. 35, S. 48).

4) "Wer heute noch von jenem alten Standpunkte aus gegen den deutschen Protestantismus den großen Streit führen wollte, dem würden neunzig von hundert Adressaten erwidern: Das trifft u n s nicht, im Gegentheil unsere eigenen Anfeinder." (Bd. 35, S. 1008 - Hervorhebung im Original).

5) Von Band 32 bis Bd. 35 (dazu später im Kap. IV. über katholisch/protestantische Polemik).

Gedanken häufiger vorgetragen[1], dagegen vor 1848 eindeutig immer nur verworfen[2]. So wie das Zeitalter von Romantik und Restauration katholisch geprägt war, sah man in der Aufklärung und im Liberalismus ursächlich protestantische Erscheinungen; dabei galt der liberale Katholizismus in Belgien und teilweise in Frankreich als Randphänomen und als aussichtsloser Versuch, Unvereinbarkeiten zu verbinden. Am Beispiel Frankreichs machte man jedoch einige wohlwollende Ausnahmen zu diesem Urteil[3].

Von der Übereinstimmung in Einzelfällen abgesehen, scheiterten diese Pläne einer konservativen Allianz. Zur Zeit des Kulturkampfes beobachteten die HpBl auch einen protestantischen Solidarisierungseffekt zwischen den verschiedenen Richtungen[4]. Als Einigungspunkte zwischen konservativen Katholiken und Protestanten nannten die HpBl die Ablehnung des preußischen Schulaufsichtsgesetzes von 1872 und die Unterstützung des die Konfessionsschule favorisierenden Zedlitz' schen Schulgesetzentwurfes von 1892[5]. Auch in Bayern war be-

---

1) "Sollte aber die endliche Folge seyn, daß die positiven evangelischen und katholischen Christen sich wiederfänden, um gegen die 'liberalen Protestanten' vereint den Geisteskampf fortzusetzen, s o w ü r d e n w i r d i e s e K i r c h e n p o l i t i k b e g r ü ß e n a l s d i e G e b u r t s w e h e n e i n e s n e u e n g l ü c k l i c h e n Z e i t a l t e r s . Und Gott führt alles herrlich hinaus, sagt die Schrift." (Bd. 76, S. 982 - Hervorhebung im Original; vgl. auch Kap. I.2.3.)

2) Vgl. z.B. Bd. 13, S. 73 ff. Die Verwerfung überwog auch auf der Gegenseite. Viktor Aimé Huber hat etwa in dieser Zeit über die HpBl geurteilt: "...gewisse Münchner Blätter, die ihre Ansichten für conservative ausgeben, aber der guten Sache fast so gefährlich sind als die Feinde..." (Zit. nach: Schoeler, Gisela. Die Anfänge der konservativen Publizistik in Deutschland. Diss. (masch.) Berlin 1945, S. 169).

3) Vgl. Bd. 65, S. 548.

4) Vgl. Bd. 77, S. 973 f.

5) Vgl. Bd. 109, S. 371 f.

züglich der Schulpolitik dieses Bündnis gegeben[1]. Doch die großen Hoffnungen der Zeitschrift auf protestantische Solidarität im Kulturkampf wurden enttäuscht, so daß sie im Jahr 188[illegible] bezüglich der Ausnahmegesetzgebung gegen den polnischen Bevölkerungsanteil Preußens resigniert feststellte: "Seitdem die gesammte conservative Partei, mit zwei winzigen Ausnahmen, für die horrende Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen eingetreten ist, hat sie überhaupt bewiesen, daß sie keinen Begriff hat von dem festen Grund, auf dem das Centrum steht, nämlich von R e c h t . Daher war es um die 'conservativ-klerikale Allianz' von jeher ein windiges Ding"[2].

Viel Raum in den HpBl nahm - aufgrund ständiger Angriffe - die Beweisführung ein, daß das Zentrum in allgemeinpolitischen Fragen und auch in kirchenp o l i t i s c h e (nicht in kirchlichen) Fragen von der Kurie unabhängig sei. Von dieser politischen Unabhängigkeit unterschied man die Gewissenspflicht der einzelnen katholischen Abgeordneten in vielen kirchlichen Dingen. Da der Glauben aber nicht allein als Privatsache angesehen wurde[3], fiel diese theoretische Scheidung in der Praxis häufig weg. Das mußte nicht zur Identität der beiden Richtlinien führen, sondern brachte auch die Konstellation, daß das 'non passumus' des Zentrums (und der HpBl) zuweilen stärker war als das der Kurie. So findet sich neben der Kritik des Zentrums an Zugeständnissen des Papstes im Zuge der Ausgleichsverhandlungen zur Beilegung des Kulturkampfes auch Kritik der HpBl an der Kurie. Sie schrieben anläßlich der Einführung des Bürgerlichen Gesetz-

---

1) Siehe die Anträge auf Modifizierung der Schulsprengel-Verordnung von 1873 durch die Protestanten Luthardt (Kammer der Abgeordneten, Sten. Berichte 1881/82, Beilagen-Bd. 2, S. 95 ff.) und Meyer (Kammer der Reichsräte, Sten. Berichte 1881/82, S. 67 ff. und S. 89 ff.)
2) Bd. 99, S. 476 f. (Hervorhebung im Original).
3) Vgl. Bd. 110, S. 329.

buches: "Unter diesen Umständen[1] wäre es den deutschen Katholiken wohl erwünscht gewesen, wenn die römische Curie in offizieller Weise ihren Standpunkt zu den einzelnen Controverspunkten offen und klar ausgesprochen hätte. Die gepflogenen Geheimverhandlungen ergeben nur einen pythischen, dunklen Anhalt. Die Curie hält es offenbar für inopportun, zum neuen Bürgerlichen Gesetzbuch eine scharf präcisierte Stellungnahme einzunehmen, um keine Conflikte heraufzubeschwören"[2]. Waren also hier die HpBl 'päpstlicher als der Papst'? Die Redaktion, die sonst nicht geteilte Meinungen durch Fußnoten oder Nachsätze als den ihrigen zuwiderlaufend bezeichnete , ließ diese Stelle ohne Verwahrung und es findet sich dazu auch keine spätere Entgegnung.

Ansonsten betraf die Kritik der Zeitschrift zumeist den Übereifer anderer katholischer Journale, beispielsweise wenn von gewissen Zeitungen gesprochen wurde, "die Alles befürworten und vertheidigen, was nur von einer katholischen Partei, oder auch nur von einzelnen Katholiken ausgeht"[3].

Das Verhalten des Zentrums in der Septennatsfrage wurde von den HpBl und von gegnerischen Presseorganen zur Beurteilung desselben herangezogen, allerdings dabei völlig konträr ausgedeutet. Die HpBl sahen im Verhalten des Zentrums zu diesem Problem einen Beweis für seine Unabhängigkeit als politischer Partei von Rom, die anderen lassen eine Disziplinierung durch den Papst heraus.

Die Nichteinmischung des Papstes in Angelegenheiten des Zentrums sah man dadurch gegeben, daß er nicht Stellung bezogen hatte zu den Gründen, mit denen die Annahme des Septennats verweigert werden sollte. Diese seien somit anerkannt und die Annahme der Regierungsvorlage sei nur empfohlen

---

1) Gemeint war die in dem Artikel angesprochene Regelung bezüglich der Testierfähigkeit der Geistlichen, die dem Kirchenrecht widersprach.
2) Bd. 127, S. 381.
3) Bd. 29, S. 358. (Leider war es auch im Zusammenhang des gesamten Artikels nicht möglich festzustellen, gegen welches Blatt sich diese Kritik richtete).

aus höheren Interessen der katholischen Kirche (Einfluß auf das Klima der Ausgleichsverhandlungen).[1)]

Daß der Druck durch die päpstliche Empfehlung aber bewußt und nicht unerheblich war, wurde von vielen Abgeordnete empfunden. Deshalb brach in der Fraktion und in katholischen Blättern Streit aus zwischen Septennatsgegnern und 'Septenna katholiken'; die HpBl achteten die vorgesehene Ablehnung der Gesetzesvorlage durch einzelne Zentrumsabgeordnete, beklagte aber die Sprache einiger Zentrumsblätter gegenüber Rom und gegenüber den Befürworten des Septennats ('Spetennatskatholiken')[2)].

Das Ziel der Münchner Zeitschrift lag darin, einerseits im entstandenen Streit zur Mäßigung aufzurufen[3)] und anderer seits die naive Meinung vieler zu korrigieren, der Papst brauche nur zu befehlen und das Zentrum würde dann in allen Fragen, von den Eisenbahnen über das Tabaksmonopol bis zu den Zöllen wie befohlen abstimmen. Diese Sicht des Zentrums zeigte sich in Bismarcks Versuchen, sich in den Verhandlungen mit Rom den Abbau der Kulturkampfgesetzgebung mit der Botmäßigkeit des Zentrums honorieren zu lassen, also das Zentrum zur 'gouvernementalen Partei' zu machen, wie man damals gesagt hätte.

Durch die Betonung der Unabhängigkeit des Zentrums versuchten die HpBl dessen Stellung in der deutschen Politik festigen zu helfen und dem Gerede von der 'römischen Fraktion' und der 'schwarzen Internationale' zu begegnen. Der Grund dieser Diffamierung lag in der Geschlossenheit des Zentrums in kirchenpolitischen Belangen - im Gegensatz zu seine Meinungsvielfalt in den übrigen politischen Fragen. Letztere

---

1) Vgl. Bd. 99, S. 485.
2) Vgl. Bd. 99, S. 488 und 492.
3) "Sobald wir erst einmal dahin gekommen wären, uns mit unserer k i r c h l i c h e n A u t o r i t ä t zu überwerfen, so hätten wir trotz aller errungenen Siege im 'Culturkampfe' verloren." (Bd. 99, S. 492 - Hervorhebung im Original).

sahen die HpBl als großen Vorteil an[1]; damit konnte man zeigen, daß das Zentrum keine Partei partikularer Interessen war. Die kirchenpolitischen Forderungen, die partikular erscheinen konnten, wurden ja (wie bereits erwähnt) in engen Zusammenhang mit dem Verständnis der allgemeinen religiösen und bürgerlichen Freiheit gebracht. Demnach konnten sie nicht als 'Interessen' im Sinne z.B. wirtschaftlicher Interessen gelten.

Ein der Septennatsfrage vergleichbarer Fall in Frankreich fand ebenfalls eine ausführliche Besprechung[2]. Hier handelte es sich um einen Streit zwischen der Kurie und einer katholisch-konservativen Fraktion (der auch Bischöfe angehörten) um die vom Papst zunächst erbetene, dann geforderte Loyalität gegenüber der republikanischen Staatsform. In beiden Fällen ging es also um eine Einwirkung Roms auf eine nationale katholische Partei. Das Problem war aber hier schwerer lösbar als das oben erwähnte Septennatsproblem; der französische Konservativismus war, wie aus einer früheren Besprechung[3] ersichtlich, identisch mit monarchistischem und republikfeindlichem Legitimismus. Von diesem war auch der gesamte französische Ultramontanismus geprägt; das Kaisertum Napoleons III. vermochte dieses monarchische Bedürfnis nur zu geringen Teilen auszufüllen, und ihm folgte nur ein kleiner Teil der französischen Katholiken[4], da Napoleons III. Stellung auf einem Staatsstreich beruhte. Nach dem Sturz der III. Republik brachen dann die Gegensätze verschärft hervor.

---

1) Vgl. Bd. 99, S. 320 und 487.
2) Vgl. Bd. 110, S. 130 ff.
3) Vgl. Bd. 43, S. 5.
4) Der Streit im französischen Katholizismus um die Stellung zum Staatswesen unter Napoleon III. wurde ausgetragen in langjähriger Fehde zwischen den bekannten Organen 'Univers' (napoleonfreundlich) und 'Correspondent' (legitimistische Haltung bzw. Ablehnung der napoleonischen Politik aus anderen Gründen). Dazu verschiedene Darstellungen der HpBl, hier vor allem Bd. 43, S. 1 ff.

Zwar lehnten auch der Papst[1] und die HpBl[2] die republikanische Staatsform ab, forderten aber eine Gehorsamspflicht der französischen Katholiken der Republik gegenüber; diese sahen ihre Haltung zur Republik als eine rein innerfranzösische Frage an.

Die HpBl gaben die Schuld an der zeitweiligen Entzweiung einem ungeschickten und übereifrigen Auftreten des 'Osservatore Romano'[3]. Doch mit ihrer eigenen, etwas sophistischen Beweisführung für die indirekte päpstliche Vollmacht waren sie nicht mehr weit entfernt von der Stellungnahme des römischen Blattes. Die HpBl argumentierten: "...so liegt denn die indirekte Gewalt der Kirche über das Politische t i e f b e g r ü n d e t in der absoluten Superiorität der religiösen Ziele der Menschheit über die politischen"[4]. "Von dieser indirekten Gewalt über die politischen Dinge macht die Kirche immer Gebrauch, wann sie muß"[5]. Nur etwas plumper dagegen, aber in der Beurteilung letztlich gleich fiel die Aussage des 'Osservatore Romano' dazu aus: "Rechtlicher Träger des Glaubens-Depositums und unfehlbarer Ausleger dieses Schatzes ist der Papst. Demgemäß ist der Papst die erste und zwar ständige Autorität, religiös-sittliche wie politisch-sociale"[6]. Deshalb ist die Heftigkeit der Angriffe in den HpBl auf die Redaktion des 'Osservatore' (auch an anderer Stelle)[7] schwer erklärbar; undenkbar ist auch eine ernste

---

1) Vgl. Bd. 110, S. 135.
2) Viele Stellen seit Bd. 22, S. 290.
3) Vgl. Bd. 110, S. 132.
4) Bd. 110, S. 134 (Hervorhebung im Original).
5) Bd. 110, S. 135.
6) Zit. nach der übersetzten Wiedergabe in den HpBl, Bd. 110, S. 139.
7) Z.B. Bd. 108, S. 346. Hier findet sich neben der Kritik am 'Osservatore' auch Kritik am 'Moniteur de Rome' aus dem gleichen Grund; dazu gibt es Parallelen in der 'Kölnischen Volkszeitung', nämlich Tadel an der 'Correspondenc de Rome' und an der Florentiner 'Unita Cattolica'. Letztgenannter Streit war eine Anknüpfung an den geschilderten. (Vgl.: Cardauns, Hermann. Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs. Köln 1912, S. 213).

sachliche Differenz zwischen dem Papst und der kurialen Zeitschrift. Wie das Zentrum sahen die HpBl in nicht-religiösen Fragen keine verbindliche Autorität des Papstes; hingegen erkannten sie dessen indirekte Autorität schon in denjenigen Fällen an, die nur im weitesten Sinne mit dem Schicksal des Katholizismus zusammenhingen (wie die obigen Beispiele gezeigt haben). Dies konnte das Zentrum nicht immer wegen seiner Stellung in der praktischen Politik. Als unterschiedliche Voraussetzung von Zentrum und HpBl (bzw. katholischer Presse allgemein) in der Stellung zur katholischen Autorität in Rom ist also die Tatsache anzusprechen, daß ersteres praktische politische Kompromisse suchen mußte, letzteren die Aufgabe der theoretischen Klärung der Positionen zufiel. Daß die Unterschiedlichkeit dieser Voraussetzungen in der Praxis kaum Differenzen verursachte, lag einerseits in der faktischen Zentrumsnähe der HpBl und der katholischen Presse allgemein bis zum Ende meines Betrachtungszeitraums[1], andererseits in der Betätigung vieler Mitarbeiter der HpBl in der Politik sowie andererseits vieler Zentrumsabgeordneter in der katholischen Presse.

Die gegnerischen Differenzierungen zwischen 'katholisch' und 'klerikal' bzw. zwischen 'religiösem' und 'politischem' Katholizismus, welche später auch in Angriffen der Altkatholiken auf den Ultramontanismus eine Rolle spielten, wies man zurück; sie stellten ja nicht auf das Ideal der Zeitschrift von einer katholischen Politik ab, sondern auf Partikularinteressen einer katholischen Partei. Die Widerlegung erfolgte stets mit dem Hinweis, daß die angestrebte Unabhängigkeit der katholischen Kirche von der Staatsgewalt sich nicht trennen lasse von der allgemeinen bürgerlichen Freiheit

---

1) In den letzten Jahren der HpBl gab es Anzeichen für eine größere Reserviertheit (eventuell analog zur BVP) gegenüber dem Reichszentrum. Darüber in Kapitel II.2. des Teils B.

und somit kein Partikularinteresse bilde. Vielmehr müßten die Liberalen bei konsequenter Verfolgung ihrer Freiheitsideale diese Ziele miteinschließen. Zu den Freiheitsforderungen der katholischen Kirche gehörte also die Respektierung ihrer Supranationalität, gegen welche der Widerstand der oft in rein nationalstaatlichen Kategorien denkenden Liberalen am größten sein mußte.

'Klerikal' waren die HpBl auch in dem Sinn, da sie aus dem Vergleich der katholischen Kirche mit dem modernen Staat kraft des Alters derselben verschiedene vorstaatliche Rechte für sie ableiteten; die katholische Hierarchie wies sich also geschichtlich aus und harmonierte mit dem historischen Rechtsdenken der Zeitschrift. Diese Übereinstimmungen brachten das 'klerikale' Element auch in Betrachtungen, die nicht unmittelbar mit kirchenpolitischer Materie zusammenhingen; dazu kam natürlich das Äußerliche der praktischen Vertretung kirchlicher Belange.

II.3. DER AUFSCHWUNG DES KATHOLIZISMUS NACH 1848 ALS TEIL DER KATHOLISCHEN POLITIK

Die äußeren Voraussetzungen für den Aufschwung katholischen Lebens auf allen Gebieten lagen in den Errungenschaften einer freieren Bewegung der Presse und des Vereinslebens, welche nicht speziell für die katholische Kirche gewährt wurden. Daneben bildete die preußische Verfassung von 1850 einen zusätzlichen Schutz kirchlicher Freiheit. Doch auch in Ländern, welche sich der Kodifizierung allgemeiner und kirchlicher Rechtsgarantien verschlossen oder diese wieder zurückgenommen hatten (z.B. Österreich), erfreute sich die katholische Kirche unmittelbar nach der Revolution mancher Begünstigung, da man in ihr ein Bollwerk gegen revolutionäre Tendenzen sah. Doch diese Zeitstimmung war nicht anhaltend, und so mußte sich die Vertretung katholischer Interessen auch in Staaten mit überwiegend katholischem Charakter, in denen

sie nun aus einer 'wohlwollenden' Bevormundung entlassen war, in veränderter Situation der neuen Möglichkeiten auch bedienen: "Wer in unseren Tagen nicht auf dem öffentlichen Markt mitspricht, wessen Stimme in der Presse nicht gehört wird, der wird auch nicht mitgezählt, über seinen Glauben, über seine Rechte, über seinen Besitz wird von dem das große Wort führenden Gegner verfügt..."[1)]

Daß die HpBl das vormärzliche System nachträglich auch in Staaten mit überwiegend katholischer Bevölkerung als drückend empfanden, zeigt ihr Urteil über Abel, das auch kritische Töne enthält. Dieses Regiment wurde zwar gelobt wegen der Pflege des 'positiv' christlichen Elements[2)], aber man setzte hinzu: "... die Reaktion war eine Reaktion von oben, die kein anderes Werkzeug kannte und zuließ als die Bureaukratie: das war der große Irrthum. Denn der Weg der Bureaukratie ist noch nie ein wahrhaft christlicher gewesen"[3)] Einige Jahre nach der Revolution von 1848 hatte es über das System Abel in Bayern geheißen: "Es herrschte damals ein wohlwollender Bureaukratismus, aber immerhin ein arger Bureaukratismus"[4)]. In Schutz genommen wurde Abel aber gleichzeitig mit dem Hinweis auf die Gefährdung aller Throne in dieser Zeit.

Aus Österreich brachte man ebenfalls Urteile und Beispiele vormärzlicher Beschränkungen. Die folgende Stelle entstammt einem Artikel, der sich mit Sebastian Brunners[5)] Erinnerungen' beschäftigte und mit dessen Worten die Zensurmaßnahmen josephinischer Geisteshaltung schilderte: "So wurde mir einmal aus einem Erbauungsbuch eine Stelle gestrichen,

---

1) Bd. 20, S. 53.
2) Vgl. Bd. 59, S. 38.
3) Bd. 59, S. 38 f.
4) Bd. 50, S. 70.
5) Mitarbeiter der HpBl, dem jüngeren und aktiven Wiener Klerus zugehörig. Über ihn außer im Kap. II.6. über die Mitarbeiter auch in Kap. I.4.4. (jeweils in Teil B).

die aus dem heiligen Augustinus übersetzt war. Eine Übersetzung des Thomas von Kempis... hatte man mir bei der Censur drei Monate lang behalten"[1].

Trotz Ablehnung der Revolution und Festhalten am Legitimismus aus Gewissensgründen - was nicht ohne belastende Verbindungen zu restaurativen Regierungen bleiben konnte - [2] hatte man doch keinen Anlaß, vormärzlichen Zuständen nachzutrauern. Das kommt in der folgenden und bereits während der Revolution gebrachten Analyse des Geistes der Regierungsausübung gegenüber der katholischen Kirche zum Ausdruck: "Zurückgehen können wir nicht mehr. Was gefallen ist, fiel, weil es innerlich morsch und faul und ohnmächtig war; weil der Geist, der es einst belebt hatte, längst aus ihm entwichen war"[3].

Der rheinische Katholizismus hatte diese Einsichten schon in praktische Forderungen umgesetzt; für ihn hatten die Kölner Wirren einschneidendere Bedeutung als das Jahr 1848, was ihm die Anpassung nach der Revolution erleichterte. Bergsträßer bezeichnet das Sich-Abfinden des 'Katholiken' mit dem Zeitalter des Parlamentarismus als "verblüffend schnell"[4] "Wir akzeptieren alle uns in der jüngsten Zeit gewordenen Reformen"[5] schrieb der 'Katholik' schon im März 1848.

Im Kampf um mehr Selbstverwaltung stützte sich die Bevölkerung der Westprovinzen Preußens auf die überlieferten, französisch geprägten Rechtseinrichtungen und verfocht dazu liberale und konstitutionelle Ideen. Die Tatsache, daß die HpBl sich nur zögernd auf die e i n d e u t i g e Befür-

---

1) Bd. 62, S. 980.
2) Vgl. Bd. 43, S. 5.
3) Bd. 22, S. 281.
4) Bergsträßer, a.a.O., Bd. 1, S. 11.
5) Zit. nach: Buchheim, Karl. Der deutsche Verbandskatholizismus. Eine Skizze seiner Geschichte. In: Hanssler, Bernhard (Hrsg.). Die Kirche in der Gesellschaft. Der deutsche Katholizismus und seine Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert. Reihe: Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland, o.Nr. Paderborn 1961, S. 30 ff., hier S. 31.

wortung des konstitutionellen Systems umstellten, zeigt auch an, daß in ihnen der rheinische Kreis trotz vieler Mitarbeiter noch nicht maßgebend war. Er dürfte während des Kulturkampfes als maßgebend bezeichnet werden (Anzahl und Wichtigkeit der Aufsätze), sofern man von dieser Zeit bis zur Jahrhundertwende überhaupt von ausgeprägten Richtungen im deutschen Katholizismus sprechen kann. Die langsamere Öffnung der HpBl gegenüber einer veränderten Situation war darauf zurückzuführen, daß ihre Ausgangsposition sehr verschieden war. Die Zeitschrift wurzelte trotz ihrer Erfolge in ganz Deutschland noch mehr in Staaten mit überwiegend katholischer Bevölkerung und war trotz ihrer Kritik an vormärzlichen Zuständen noch stärker in der politischen Restauration verhaftet.

Mit diesen Reaktionen des Katholizismus auf veränderte Umstände sowie mit seiner inneren Organisation verbindet sich auch der Streit um das demokratische Potential des Ultramontanismus, der sich stark auf Buchheims Werk 'Ultramontanismus und Demokratie' bezieht. In Widerspruch zu Buchheim wurde von Weiss[1] bemängelt, daß sich der Demokratiebegriff höchstens auf die äußeren Agitationsformen des Ultramontanismus anwenden lasse. Man mag Weiss' Begriffsbestimmung des 'Ultramontanismus' in vielem recht geben, vor allem seiner Trennung der umschriebenen Sinnschicht ("beharrende und zugleich zentralistische Richtung im deutschen Katholizismus"[2]) von den im Schlag- und Schimpfwort implizierten Bedeutungen; seine Kritik an Buchheims gedanklicher Verbindung zwischen Ultramontanismus und Demokratie übersieht aber dessen eigentliche Aussage, die auf einen Vergleich mit den Liberalen und auf die Ausgangssituation der Ultramontanen als Kammeropposition

---

1) Vgl.: Weiss, Otto. Der Ultramontanismus. Grundlagen-Vorgeschichte-Struktur. In: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte. Bd. 41. Heft 3. München 1978, S. 821 ff., hier S. 826.
2) Daselbst.

abstellt. Liberale wie Hohenlohe, Lutz, Jolly und Falk standen demokratisch-parlamentarischer Praxis schon aus dem Grund fern, da ihre Kabinette ihr Entstehen meist dem bestehenden Wahlrecht (Einteilung der Wahlkreise, indirekte Wahl mit Wahlmännersystem) oder dem Willen der Monarchen verdankten (Minderheitskabinette). Dadurch sollen nicht die wichtigen und notwendigen Neuerungen durch liberale Regierungen in Abrede gestellt werden, doch waren sie hauptsächlich bürokratischen Ursprungs. Wie kann man aber ein demokratisches Potential, um das es in diesem Streit geht, besser messen als in der Fortentwicklung parlamentarischer Formen, welche die übliche Verwaltungspraxis ablösen sollten? Natürlich strebte keine der beiden Hauptrichtungen eine parlamentarische Demokratie in heutigem Sinne an, doch war beispielsweise die Herbeiführung des direkten Wahlrechts in Bayern im Jahr 1906 eine dieser Errungenschaften, welche das Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratie verwirklichen konnte. Es lag mehr als nur Taktik oder äußere Form in manchen demokratischen Erscheinungsformen beim Ultramontanismus; dem widerspricht auch nicht der Ursprung dieses demokratischen Potentials in der aktuellen Situation liberaler Verwaltungspraxis und aufgrund ultramontaner Kammermehrheiten. Zudem bestand eine gewisse 'innerparteiliche' Demokratie im Ultramontanismus durch seine stärkere Verankerung in den Schichten unterhalb des gehobenen Bürgertums; dies wirkte in populistisch-demokratischem Sinn.

Die unabdingbare Voraussetzung für den Aufschwung des deutschen Katholizismus nach 1848 wird deutlich in dem von den HpBl beschriebenen Wandel des Ultramontanismus: "Soweit der sogenannte Ultramontanismus durch die politischen Verwicklungen der vorigen Generation mit dem Legitimismus, dieser aber mit dem Absolutismus oder Patriarchalismus oder wohlmeinendem Bureaukratismus identisch geworden ist - existiert er unter uns nicht mehr. ... Was man hier heutzutage noch als die katholische oder klerikale Partei betrachtet, ist sehr wesentlich von jenem alten 'Ultramontanismus' aus

den dreißiger Jahren verschieden, politisch nämlich, denn auf einen kirchlichen Zwiespalt rechnen die Gegner umsonst. Sie ist viel ausgedehnter und mannigfacher Schattirung fähiger, innerlich freier und ungleich weniger auf äußere Stützpunkte angewiesen, daher auch unvermischter mit fremdartigen Bestandtheilen, und gefährlichen Allianzen minder ausgesetzt"[1].

Diesem Urteil ist wohl im großen und ganzen zuzustimmen; es beinhaltet keine parteiische Rechtfertigung, sondern läßt sich recht einfach an verschiedenen Indizien überprüfen. Da ist zunächst der langsame Wandel der HpBl selbst, auf den ich im folgenden noch zu sprechen komme. Ins Auge springt ebenfalls die Vergrößerung der ultramontanen Anhängerschaft von kleinen Kreisen und Gruppen zu einer breiteren Bewegung und einer mehrheitsfähigen Partei. Dies alles wäre undenkbar gewesen bei einer engen Anlehnung an 'wohlmeinenden' Patriarchalismus.

Besagter Aufschwung und Wandel wurde von den HpBl verschiedentlich erwähnt, der Begriff 'Aufschwung' aber nie mit Euphorie verbunden, da man als Augangspunkt ja die Epoche relativer Rechtlosigkeit der Kirche und mangelnder publizistischer Vertretung zu Beginn des 19. Jahrhunderts dagegenhielt. Auch Schnabel verwendet den Begriff 'Aufschwung' des Katholizismus für das 19. Jahrhundert nur mit großen Vorbehalten[2]; allerdings hält er nicht nur die Wende zum 19. Jahrhundert dagegen, sondern zieht auch den Vergleich mit dem Barockzeitalter.

Positive Ergebnisse des neu erwachenden katholischen Presse- und Vereinswesens wollten die HpBl nur in geringem Maß zugestehen. Auch noch um die Jahrhundertwende sah man

---

1) Bd. 43, S. 4. Mit den 'gefährlichen Allianzen' waren kompromittierende Verbindungen sowohl mit restaurativen Regierungen vor 1848 als auch noch mit reaktionären Regierungen kurz nach 1848 gemeint. (Vgl. dazu die Selbstkritik in Bd. 76, S. 356 f.)

2) Schnabel (Deutsche Geschichte, IV), a.a.O., S. 5 und S. 46.

häufig die katholischen Belange in der Defensive und beklagte die Religionsfeindlichkeit des modernen Geisteslebens[1]; hoffnungsvollere Beurteilungen fanden sich aber auch sehr selten in den 50-er und 60-er Jahren, also in der Zeit des Aufschwungs selber. Insgesamt gesehen überwog noch der Apologiecharakter, besonders was die Benachteiligung der Katholiken gegenüber Protestanten im Staatsdienst sowie das Verhältnis der Konfessionen überhaupt betraf. Der Vorteil katholischer Verbandspolitik wurde in leichter Untertreibung nicht in direkten Ergebnissen gesellschaftspolitischer Art gesehen, sondern zumeist nur in der Herausarbeitung größerer Klarheit über die eigenen und die gegnerischen Standpunkte. Einen gewissen Erfolg sah man nur darin, daß durch eine Einigung unter den Katholiken[2] künftige Benachteiligungen erschwert würden[3].

Die Beiträge in der neueren Literatur zu diesem Rückzug auf sich selbst, zum Weg ins gesellschaftliche 'Ghetto' sind zahlreich[4]. Doch diese Diskussion konnte erst aus der Rückschau des 20. Jahrhunderts geführt werden. In den HpBl und innerhalb des deutschen Katholizismus stellte sich die Frage natürlich nicht in dieser Form. Doch war deswegen das Problem nicht völlig unbekannt. Bei manchen weiterdenkenden Mitarbeitern klingt schon Furcht oder Warnung vor Selbstmitleid bzw. selbstgewähltem Rückzug aus einigen gesellschaftlichen

---

1) Vgl. Bd. 117, S. 116.

2) Ersichtlich z.B. in der hohen Identität zwischen Katholiken und Zentrumswählern zur Zeit des Kulturkampfes. Repgen nennt für die Reichstagswahl von 1874 den Quotient von 80 %. (Vgl.: Repgen, Konrad. Entwicklungslinien von Kirche und Katholizismus in historischer Sicht. In: Rauscher, a.a.O., S. 11 ff., hier S. 24.

3) Vgl. Bd. 29, S. 552.

4) Vgl. dazu neben den bereits genannten Sammelwerken von Rauscher und Hanssler auch: Köhler, Oskar. Der katholische Eigenweg seit dem 19. Jahrhundert. Die 150-jährige Geschichte des Verlages Herder im Katholizismus. In: Der Katholizismus und der Verlag Herder 1801-1951. Freiburg i.Br. 1951, S. 1 ff., sowie: Morsey, Rudolf. Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und erstem Weltkrieg. In: Historisches Jahrbuch. Bd. 90. München 1970, S. 31 ff.

Bereichen an. Als augenfälligste Beispiele seien nur genannt der bekannte 'Turmartikel'[1] Bachems zur weiteren Öffnung des Zentrums oder Hertlings Aufsatzserie, welche die eigene Trägheit (den 'Quietismus') der Katholiken im höheren Bildungswesen beklagte[2]. Mehr als vereinzelte Warnungen, die neben Zustimmung auch lebhaften Widerspruch erfuhren, sind damals natürlich noch nicht zu finden. Das Problem soll auch nic überschätzt werden; das ist der Tenor der angegebenen neueren Forschung zu diesem Problem.

Keine Illusionen machte man sich um die Gewinnung von Anhängern aus dem liberalen Lager. Man wollte aber das liberale Konzept der freien Konkurrenz beim Wort nehmen und aufzeigen, daß der Liberalismus seine Maximen in Bezug auf die Haltung zur Kirche bisweilen selbst außer Acht ließ, d.h. allgemeine Freiheitsforderungen bei gleichzeitiger verwaltungsmäßiger Behinderung der katholischen Kirche zu befördern suchte. Deshalb wollten ihm die HpBl auf allen Gebieten der Gesellschaft eigene Anstrengungen gegenüberstellen und keinen Teilbereich als Monopol überlassen. Besonders gefährdet durch ein staatliches Monopol sah man den Bereich von Schule und Erziehung. Dieses Programm der katholischen Konkurrenz auf allen Gebieten[3] war im Sinne der angesprochenen Unterscheidung Maiers mehr 'katholische Politik' im Gegensatz zum 'politischen Katholizismus'; allerdings konnte man es nur zum Teil verwirklichen. Doch schon durch die Absicht dazu setzte man sich dem Vorwurf 'klerikaler Politik' aus.

Die Förderung katholischen Eigenlebens griff auf überlieferte Traditionen zurück, denen zu Folge die Kirche eine Gemeinschaft ist, die sich auf alle Lebensbereiche bezieht[4].

---

1) Bd. 137, S. 503 ff.
2) Vgl. dazu das Kap. über katholisch/protestantische Polemik (IV.3.).
3) "Gegen die Concurrenz gibt es nur ein Mittel, das ist: 'Besseres leisten'!" (Bd. 91, S. 85).
4) Vgl. Bd. 29, S. 550.

Die HpBl bezeichneten die Anwendung des Vereinsrechts nach allen Seiten hin als eines der vorzüglichsten Mittel, um den Gefahren der in ihren Augen zwischen Gesetzlichkeit und Revolution schwankenden Zustände zu begegnen[1]. Damit war auch eine Öffnung in Richtung auf die 'Märzerrungenschaften' unausbleiblich, auch wenn man die 'Errungenschaften' zuerst persifliert hatte[2]. Man nahm sie dann doch auf, auch wenn man andere Motive für sie geltend machte als die Liberalen: so wurden in den HpBl die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Strafrechtspflege mit altgermanischen Traditionen und das freie Assoziationsrecht mit dem mittelalterlichen Charakter desselben begründet[3]. In Bezug auf die Pressefreiheit aber blieb man skeptisch. Der Zustand allgemeiner Pressefreiheit wurde nicht als ein 'an und für sich' Guter gesehen[4] noch um die Jahrhundertwende erklärte man: "... jede weitere Steigerung und Ausdehnung der Presse vermindert die Wirksamkeit der Kirche"[5]. Bezeichnend für die Selbsteinschätzung der katholischen Presse im 19. Jahrhundert, zumindest nach der Häufigkeit des folgenden Zitats in der Literatur (auch in der heutigen) ist die Einstellung: "Wir können nicht wahrhaft heimisch werden auf diesem Gebiet, das ursprünglich nicht unser ist"[6]. Von dieser Einschätzung, die tatsächlich innerhalb der katholischen Presse (ausgenommen die großen Tageszeitungen wie 'Kölnische Volkszeitung', 'Germania' u.s.w.) bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts von Bedeutung war, sollte man sich allerdings nicht allein beein-

---

1) Vgl. Bd. 22, S. 290.
2) Vgl. die Artikelserie in Bd. 24 und Bd. 25 (siehe weiter oben).
3) Vgl. Bd. 21, S. 431 f.
4) Vgl. Bd. 24, S. 576 (siehe weiter oben).
5) Bd. 117, S. 115.
6) Bd. 48, S. 85. Wieder aufgenommen bei: Niedermayer, Andreas (anonym). Die katholische Presse Deutschlands. Freiburg i.Br. 1861, S. 4. Niedermayer fuhr daraufhin fort: "Eine barmherzige Schwester wirkt mehr als 10 Zeitungsschreiber." (Daselbst).

flussen lassen. In manchen diesbezüglichen Urteilen spielte auch taktische Untertreibung eine Rolle.

Wie schon theoretisch in den Ausführungen der HpBl über 'alten' und 'neuen' Ultramontanismus wird auch praktisch in der Wahrnehmung eines größeren politischen Spielraums eine gewisse Wandlung sichtbar, die sich wiederum in der Zeitschrift niederschlug. Sie soll zwar nicht überschätzt werden, ist aber dennoch nicht zu übersehen; man erkennt sie in leicht gewandelten Ansichten über den Frühliberalismus und über die Diskussionswürdigkeit einer Trennung von Staat und Kirche (hier flossen im Zuge des Kulturkampfs allerdings auch stark rhetorische Elemente mit ein.) Die Wandlung wurde verursacht durch die Notwendigkeit der Nutzung des größeren politischen und verbandspolitischen Spielraums nach 1848. Die folgenden Zitate, beginnend mit der Frage der Trennung von Staat und Kirche, sind doch in der vorausgegangenen Zeit, als Jarcke u.a. durch seine 'Zeitläufte' stark richtungsgebend wirkte, nicht denkbar.

Eine Änderung der Ansichten in der Frage der Diskussionswürdigkeit einer Trennung von Staat und Kirche nach nordamerikanischen Beispiel ist zumindest anhand der Aussagen festzumachen. Wir finden den Gedanken ausgesprochen, daß eine völlige - aber konsequente - Trennung von Staat und Kirche für letztere vorteilhafter sei als ihre Entmündigung durch den Staat[1]. Natürlich enthält diese Äußerung schon eine zugespitzte Alternative, die sich aus den Erfahrungen des eigentlichen Kulturkampfes erklärt. Zudem waren die HpBl von der Unmöglichkeit einer Übertragung des amerikanischen bzw. belgischen Vorbilds auf Deutschland überzeugt, womit zusätzlich Rhetorik einfloß. Trotzdem wäre diese Äußerung früher aus grundsätzlichen Gründen nicht gefallen. Die Tatsache, daß eine völlige Trennung und Unabhängigkeit der beiden Gewalten voneinander in Deutschland nicht möglich sei,

---

1) Vgl. Bd. 76, S. 233.

sah man in einem Mangel an bürgerlicher Freiheit begründet. Dieser Hinweis auf das Zusammenfallen von bürgerlicher und kirchlicher Freiheit ist schon angesprochen worden und soll hier durch zwei Zitate noch einmal deutlich werden: "Die Unterdrückung der Kirche findet sich ... überall da, wo es an bürgerlicher Freiheit fehlt"[1]. Ein Erfolg in der Trennung von Staat und Kirche sei nur dann zu erwarten, "wenn die volle bürgerliche Freiheit die unumstößliche Grundlage des Staates bildet"[2]. Unter bürgerlicher Freiheit verstanden die HpBl natürlich mehr die korporativ-ständische als die individual geprägte des Frühliberalismus (und eine sehr wichtige Korporation war die katholische Kirche), auch wenn man später die individual geprägten Rechte befürwortete. Nur, ohne Einbindung in korporative Rechte sah man sie als zu einer Atomisierung der Gesellschaft und in letzter Konsequenz zur Anarchie führen[3]. Über das Verständnis, das die HpBl von bürgerlicher Freiheit hatten, handelt das Kapitel über den bestmöglichen Staat.

Auch wenn die bürgerliche Freiheit überwiegend als korporativ-ständische Freiheit gesehen wurde, so konnte man sich doch vielen Individualrechten nicht verschließen. Sonst hätte man wohl nicht zu den späteren maßvollen Urteilen über den Frühliberalismus gefunden. Diese neue Würdigung dokumentierte sich etwa ab Mitte der 50-er Jahre in verschiedenen Aussagen, von denen die erste auch etwas Selbstkritik enthält: "Es ist möglich, daß man auf unserer Seite vor zwanzig Jahren die Staatskrankheit allzu ausschließlich den liberalen Verkehrtheiten von unten zugeschrieben hat"[4]. Eindeutig wird der Frühliberalismus rehabilitiert in der nächsten Aussage:" Damals (Anm.: die HpBl bezogen sich auf die Zeit vor 1848) hatte das Schlagwort 'liberal' noch eine

---

1) Bd. 102, S. 576.
2) Bd. 102, S. 578.
3) Vgl. dazu die Anführungen in Kap. II.5.
4) Bd. 48, S. 839.

annehmbare Bedeutung; es hatte seinen Gegensatz im Ausdrucke 'aristokratisch' und seinen Nebenbuhler im Worte 'radical'"[1]. Diese beiden Feststellungen werden nur verständlich im Zusammenhang der Kritik an der 'Neuen Aera', der Bezeichnung für liberale Wandlungen in Preußen in Baden (in Preußen zuerst nur auf die Erwartung eines Kurswechsels durch den Kronprinzen angewendet). Sie waren noch keine positive Würdigung des Liberalismus insgesamt, den man wegen seiner Individualisierung und 'Atomisierung' der Gesellschaft nach wie vor als weltanschaulichen Gegner betrachtete. So wurde lediglich der oppostionelle Frühliberalismus des Vormärz auf dem Hintergrund des als drückend empfundenen regierungsfähigen Liberalismus von früheren Überzeichnungen freigemacht. Bei diesem Vergleich fiel zuweilen auch Lob ab für einzelne Vertreter des Frühliberalismus (beispielsweise für Rotteck[2]), denen trotz unterschiedlicher Weltanschauung Billigkeit gegen die katholische Kirche bescheinigt wurde. In diesem Zusammenhang erwähnte man die Liberalen der Paulskirche als Gesamtheit; ihnen sei es vielfach mit ihren Freiheitsforderungen noch wirklich ernst gewesen[3].

Mit diesen neuen Einschätzungen mußte auch eine neue Sicht der Revolution von 1848 einhergehen. So sehr man Revolutionen immer aus der christlichen Gehorsamshaltung heraus verwarf, so sah man sie doch später als einen wichtigen Meilenstein für die kirchliche Freiheit: "Das Staatskirchenthum, das fürstliche Summepiscopat, die politische Intoleranz, das c u j u s r e g i o , i l l i u s r e l i g i o ... sie haben alle E i n e Quelle. Diese, der Absolutismus, wurde durch die Bewegung des Jahres 1848 beseitigt. Mit dem Erwachen der Völkerfreiheit ging das der Kirche Hand in Hand..."[4]

---

1) Bd. 53, S. 674.
2) Vgl. Bd. 45, S. 744.
3) Vgl. Bd. 76, S. 352.
4) Bd. 65, S. 929. (Hervorhebungen im Original).

In diesen Worten und an anderen Stellen kommt auch die Überzeugung zum Ausdruck, daß die vielfach noch bestehenden staatskirchlichen Rechte nicht von Dauer sein konnten, ihre Anwendung also einen Anachronismus darstellte.

Die Katholiken hatten keinen Grund, der Zeit vor 1848 nachzutrauern, da sie Presse- und Vereinsfreiheit sowie die Möglichkeiten wirksamer parlamentarischer Vertretung zu nutzen verstanden.

Mit all diesen Zitaten wird ein grundsätzlicher Wandel der HpBl von den restaurativen Ideen Karl Ludwig v. Hallers zu einer gewissen Öffnung gegenüber manchen frühliberalen Errungenschaften deutlich. Darüberhinaus kam die Zeitschrift auch zur Forderung nach Ministerverantwortlichkeit gegenüber der Kammer[1] (später verstärkt durch die Erfahrungen mit konservativen Kammermehrheiten, aber liberalen Ministerien[2]) und nach Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts[3], da es die zum Liberalismus tendierenden wohlhabenden Schichte begünstigte. Dies sind ebenfalls noch Beispiele zur weiter oben behandelten Frage des demokratischen Potentials im Ultramontanismus. Man glaubte also, den ministeriellen Liberalismus an seinen eigenen Forderungen messen zu müssen.

Der Wandel der Zeitschrift und ihre dafür sehr wichtige Haltung zur Ideenwelt Hallers sollen auch noch im Kapitel über ihre Staatsvorstellungen zur Sprache kommen. Doch zuvor will ich die katholische Verbandspolitik ansprechen, da sie eng mit dem bisher behandelten Komplex des 'Aufschwungs' zusammenhängt.

---

1) Vgl. Bd. 44, S. 437 f.
2) Besonders ausgeprägt in Bayern seit 1869. Über das 'System Lutz' und die konservative Kammermehrheit, siehe: Rummel, Fritz Frhr. v. Das Ministerium Lutz und seine Gegner. Reihe: Münchener Historische Abhandlungen. 1. Reihe. Heft 9. München 1935.
3) Vgl. Bd. 50, S. 686.

II.4. DIE UNTERSTÜTZUNG KATHOLISCHER VERBANDSPOLITIK DURCH DIE HPBL

Da die Zeitschrift in Hinsicht auf eigene Wirkungsmöglichkeiten stets Zurückhaltung übte, kommt einer Äußerung wie folgender besondere Bedeutung zu: "Die katholische Presse, insbesondere die 'Historisch-politischen Blätter' und der 'Katholik', trat mit Erfolg gegen den Synodal- und gegen den von der badischen und hessischen Kammer protegierten Concordatssturm auf"[1]. Konvertiten schrieben ihre Umkehr bisweilen der Lektüre der HpBl[2] oder dem Verkehr mit dem Münchner Kreis zu. Wenn der Altkatholik und Döllinger-Biograph Friedrich die Zeitschrift auch als treibende Kraft bei der Absetzung des staatskirchlich gesinnten Fürstbischofs von Breslau, Leopold Graf v. Sedlnitzky wirksam sah[3], so liegt hier sicher eine Überschätzung vor. Von Bedeutung ist noch die von Papst Pius IX. im Jahr 1877 ausgesprochene Belobigung für Jörgs 25-jährige Herausgebertätigkeit "del celebre periodico 'I fogli storico-politici"[4], die von den HpBl im italienischen Original wiedergegeben wurde. Die schwierige Frage der Messung des Einflusses soll hier etwas zurückgestellt werden, da im Teil B der Arbeit darauf noch eingegangen wird. Sicher ist jedoch, daß die Rezensionen[5] und Aufrufe in den HpBl wegen deren Einfluß beachtet wurden.

Schriften kulturellen, philosophischen, kulturpolitischen

---

1) Bd. 65, S. 921.
2) Z.B. Frhr. von Erstenberg-Freyenthurn, vgl. Bd. 80, S. 87; G. Evers, vgl. Bd. 91, S. 779 f; Wilhelm Volk (Pseud.: Ludwig Clarus), vgl.: Rosenthal, David Friedrich. Convertitenbilder aus dem neunzehnten Jahrhundert. 3 Bde. Schaffhausen 1866 ff. Bd. 1.3., S. 155.
3) Vgl.: Friedrich, Johann. Ignaz von Döllinger. Sein Leben auf Grund seines schriftlichen Nachlasses dargestellt .. 3 Bde. München 1899-1901. Bd. 2, S. 53.
4) Bd. 80, S. 268.
5) Vgl. Bd. 68, S. 85.

und historischen Inhalts wurden in großer Zahl besprochen: dabei überwogen die Neuerscheinungen, deren weltanschauliche Richtung derjenigen der HpBl entsprach. Ob diese zuweilen zu günstig besprochen wurden, kann heute kaum mehr beurteilt werden, denn dazu müßten zahlreiche Bücher mit den entsprechenden Kritiken verglichen und der Zeithintergrund sowie das Aufeinanderfolgen von Schriften und Gegenschriften wieder hergestellt werden. Einen Beweis dafür, daß sogenannte Gefälligkeitsrezensionen keine Rolle spielten, sehe ich in der Kritik selbst an Mitarbeitern, die wie Friedrich Pilgram, Karl Bader oder Reinhold Baumstark viele Artikel in den HpBl veröffentlicht hatten; trotz einer scharfen Polemik zwischen der Zeitschrift und Franz v. Florencourt[1] blieb letzterer ('rheinpreußischer Jurist') weiter gelegentlicher Mitarbeiter. Der klare Kurs der HpBl in kirchenpolitischen Fragen, die relative Offenheit in allgemeinpolitischen Fragen und das dadurch abgeleitete 'Image' als führendes Organ und Forum des deutschen Katholizismus sprechen ebenfalls für große Unbestechlichkeit der in den Rezensionen ausgesprochenen Urteile. Daß der Verlag eine gewisse Garantie für die Gediegenheit und wissenschaftliche Qualität eines verlegten Buches bot, war damals vielleicht noch selbstverständlicher als heute. Verlage wie Herder, Hurter, Manz, Rieger, Schönigh und Bachem waren auch eine Vorempfehlung für die HpBl[2], allerdings nur vorderhand, d.h. was die weltanschauliche Richtung betraf. Das schloß Kritik in anderen Punkten natürlich nicht aus.

Die heutigen Literaturkritik würde die Besprechung der 'Vielschreiber' August Lewald und Gräfin Ida Hahn-Hahn als viel zu unkritisch[3] verwerfen, doch den HpBl ging es nicht um (autonomie)ästhetischen Genuß und Genialität, sondern

---

1) Vgl. dazu Kap.II.1.
2) Vgl. Bd. 87, S. 311 in Bezug auf den Verlag Herder.
3) Vgl. Bd. 68, S. 769 f. und Bd. 60, S. 952 zu Lewald, und Bd. 52, S. 644 ff., Bd. 55, S. 80 f. und Bd. 63, S. 636 zu Hahn-Hahn.

um die Verbreitung katholischer Gebrauchsliteratur. Es gab also auch eine k a t h o l i s c h e Zweckästhetik. Beispiele dafür sind die Empfehlungen der Kalender von Adolf Kolping und Alban Stolz. Da also der Maßstab vom heutigen verschieden war und offengelegt wurde, kann man auch hier nicht von Gefälligkeitsrezensionen sprechen.

Auch Leistungen von Personen und Organisationen, die der Richtung der HpBl fernstanden, erfuhren Beachtung. So oft auch die (Augsburger) 'Allgemeine Zeitung' in kirchenpolitischer und sonstiger Hinsicht kritisiert, ja bisweilen als bösartig hingestellt wurde, so übernahm man doch von ihr unzählige Auslandskorrespondenzen und stimmte auch manchen ihrer außenpolitischen Urteile zu[1], wovon Jörgs 'Zeitläufe' zeugen. Diese wertvollen Informationen des Weltblattes lagen oft auch dann zugrunde, wenn die Folgerungen daraus verschieden waren. Bei einem Artikel Jörgs über Rußland habe ich elfmal die 'Allgemeine Zeitung' als Quelle genannt gefunden[2], oft zustimmend,und Artikel dieser Art bildeten keine Einzelfälle.

Döllingers Werke, die bis etwa 1860 erschienen waren, wurden auch nach seinem Zerwürfnis mit Jörg häufig in zustimmendem Sinn zitiert[3], und Bluntschli wurde bei der Beurteilung der Schweizer Verfassung, trotz seines unterschiedlichen weltanschaulichen Ausgangspunktes große Kompetenz eingeräumt[4]. Bei Döllinger dürfte dies den HpBl und Jörg nicht immer leicht gefallen sein; Jörgs Bereitschaft zu wissenschaftlichem Wettstreit findet sich mehrfach angedeutet und der Einstufung Döllingers als 'größtem deutschen Theologen' widersprach er häufig[5].

---

1) "Wir gebrauchen hier die Worte einer ausgezeichneten Abhandlung über Spanien in der 'Allgemeinen Zeitung' vom ..." (Bd. 62, S. 808 - Anm.).
2) Vgl. Bd. 79, S. 554 ff.
3) Vgl. Bd. 52, S. 276.
4) Vgl. Bd. 64, S. 801.
5) Vgl. Bd. 64, S. 323, Bd. 65, S. 710 und Bd. 105, S. 237.

Die Frage der Redlichkeit der HpBl gegenüber Werken eigener und gegnerischer Richtung wurde hier aufgeworfen, da sie eng verbunden ist mit der Patronage für verbandspolitische Belange, denn diese fanden sich ja nicht nur in Veröffentlichungen von Vereinen und Komitees in der Zeitschrift, sondern eben auch in Rezensionen.

Darüberhinaus machten sich die HpBl zum Forum für verschiedenste Anliegen im In- und Ausland, die der katholischen Kirche dienlich waren. Dazu einige Beispiele: Nach der weitgehenden Beseitigung des Kirchenstaates im Jahre 1859 riefen sie zur Sammlung des 'Peterspfennigs im 19. Jahrhundert' auf. In ihnen wurde weiter aufgerufen zu Kollekten für die Erneuerung bzw. Errichtung von Kirchenbauten (vor allem in katholischen Diasporagebieten), für die Errichtung eines Eichendorffdenkmals in Neiße, für katholische Volksbildungsvereine, für in- und ausländische Missionen, für das heilige Grab in Jersualem und für die Katholiken im Orient, zur Subskiption für die Veröffentlichungen des 'Frankfurter Broschürenvereins', der 'Genfer Korrespondenz' und des 'Vereins zur Erforschung der Schweizer Reformationsgeschichte'.

Katholische Vereine und die Görres-Gesellschaft wandten sich über die HpBl an Mitarbeiter, Förderer und Freunde zwecks Vorbereitung von Versammlungen, und die Redaktion berichtete von Zeit zu Zeit über die Erfolge all dieser Unternehmungen, was zur weiteren Nutzung dieses Weges beitrug. All diese Einrückungen waren unentgeltlich. Die Redaktion selbst nahm schließlich im Jahr 1848 auch noch Anmeldungen zu Zweigvereinen des 'Vereins für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit' entgegen[1]. Auch zahlreiche Gelehrte wandten sich auf dem Weg über die Zeitschrift an ein sachverständiges Publikum sowie an Kollegen mit der Bitte um Unterstützung ihrer wissenschaftlichen Vorhaben durch Überlassung von Ma-

---

1) Vgl.: Staudinger, Melchiora. Die katholische Bewegung in der Zeit des Frankfurter Parlaments. Regensburg o.Jg. (als Dissertation: München 1925), S. 86.

terial, durch Hinweise und durch den Austausch von Erfahrungen.

Keine bedeutenden Neugründungen von Vereinen, Gesellschaften oder Presseorganen wurden zu besprechen versäumt; aus bereits bestehenden Organisationen kamen von Zeit zu Zeit Arbeitsberichte und Forschungsergebnisse. Als die Görres-Gesellschaft den Plan zur Herausgabe eines Staatslexikons auf der Grundlage katholischer Weltanschauung faßte, riefen die HpBl überzeugte Katholiken in wissenschaftlichen Positionen auf, die Bearbeitung von Stichworten zu übernehmen[1]. All diese Schritte waren von der wiederholt geäußerten Meinung getragen, daß das öffentliche Leben nicht dem Monopol einer Richtung überlassen werden dürfe; speziell beim Staatslexikon wollte man ein Gegenstück schaffen zu den liberalen Lexika von Rotteck-Welcker und Bluntschli-Brater[2].

Im modernen Staat sah man liberalen 'Partei-Absolutismus' wirken, "welcher der alten Bureaukratie die Schuhe ausgetreten hat"[3]. Besonders hart fiel das Urteil über die badischen Liberalen der 'Neuen Aera' aus: "Die liberalen Juristen und Bourgeoisie sind eben die kleinen Epigonen der Männer von 1789"[4]. Dieser Richtung wollte man in Staat und Gesellschaft möglichst starke Konkurrenz bereiten; das ging bis zu Einzeldingen, die uns heute obsolet erscheinen. So gab beispielsweise der Verleger Leo Woerl in Würzburg eine Reihe katholischer Reiseführer heraus, und die HpBl betonten, daß sich diese gegen die Dominanz liberaler Reiseführer, besonders des 'Baedeker' wenden sollten[5]. Auch bei Literaturgeschichten und Literaturkalendern suchten die Katholiken - aus der Einschätzung einer Unterbewertung der eigenen Seite

---

1) Vgl. Bd. 129, S. 467.
2) Vgl. Bd. 80, S. 560.
3) Bd. 52, S. 859.
4) Bd. 57, S. 496.
5) Vgl. Bd. 91, S. 81.

auf dem von liberalen Produkten bestimmten Mark heraus - die Konkurrenzsituation: "Der 'Keiter' (Anm.: Keiters katholischer Literaturkalender) entstand z.T. als ein Protest gegen den 'Kürschner', der bis nach 1900 katholische Schriftsteller übersah oder durch ein Sternchen vor dem Namen stigmatisierte"[1]. In zunehmendem Maße bemühten sich auch die katholischen Tageszeitungen, den Wirtschafts- und Börsenteil ähnlich reichhaltig zu gestalten wie die liberale Konkurrenz.

Die HpBl nannten den weltanschaulichen Liberalismus als Grund dieser Gegenbemühungen auf allen Gebieten: "Solange wird man nicht erwarten dürfen den Liberalismus auf dem Boden des staatlichen Lebens zurückweichen zu sehen, solange es nicht gelungen ist, seine Herrschaft auch auf allen anderen Gebieten zu brechen, dem gesellschaftlichen wie dem künstlerischen, dem wissenschaftlichen und literarischen"[2].

Die Ergebnisse entsprachen meist nicht den Erwartungen, da man den Liberalismus wegen seiner kirchenfeindlichen Tendenzen oft negativ überzeichnete und ihm nicht gerecht wurde. Erst die schlechten Erfahrungen mit dem regierungsfähig gewordenen Liberalismus ließen eine gewisse Rehabilitierung des f r ü h e n Liberalismus zu. Diese bezog sich aber meist auf die Billigkeit einzelner seiner Vertreter der katholischen Kirche gegenüber und auf einige seiner Forderungen, nicht jedoch auf seine Quelle - die Aufklärung. Des weiteren konnten die HpBl bei vielen Katholiken kein Verständnis dafür erwarten den katholischen Glauben auf allen Gebieten offensiv zu vertreten, nicht nur auf dem Gebiet der Kirchenfragen.

Nur das Engagement auf dem Schul- und Erziehungssektor hatte einige Erfolge zu verzeichnen, des weiteren die katholischen Volksbildungsvereine, die Leihbibliotheken für Arbei-

---

1) Sacher, Hermann. Die Lexika. In: Der Katholizismus in Deutschland und der Verlag Herder, a.a.O., S. 242 ff, hier S. 269.
2) Bd. 77, S. 160.

ter und Kolpings Gesellenvereine.

Besonders wandten sich die HpBl an die Katholiken unter den Hochschullehrern. Sie sollten ihren Einfluß bei Berufungen geltend machen[1]. Auf diesem Gebiet gab es in der Tat Benachteiligungen für Katholiken, meist durch den Versuch ihre Habilitation zu verhindern. Dazu gibt es zahlreiche Beispiele, auf die ich im Kapitel über die katholisch-protestantische Polemik eingehen werde. Den Ministerien empfahlen die HpBl, in Berufungsfragen auch Kontakt mit der Görres-Gesellschaft aufzunehmen[2]. Ebenso selbstbewußt gingen sie auch in anderen Fällen publizistisch vor: Nach dem Scheitern des Giesebrechtschen Planes, mit der obersten Leitung des Geschichtsunterrichts aller bayerischen Gymnasien betraut zu werden, wandten sie sich mit folgender Forderung an die bayerische Regierung und zeichneten ihr mit der Deutlichkeit eines 'offenen Briefes' den nächsten Schritt vor: "... die bayerische Staatsregierung wird ... nicht umhin können ihm (Anm.: Giesebrecht) a u c h d e n Einfluß zu entziehen, den er jetzt schon auf die künftigen Geschichtslehrer als Vorstand des historischen Seminars in München übt. Die Katholiken Bayerns haben ein sehr bestimmtes Recht solche Maßregeln zu erwarten"[3].

Ein Einfluß katholischer Verbandspolitik war am ehesten noch im Elementarschulwesen gegeben, dagegen kaum im Hochschulbereich. Größer wurde ihr Einfluß nach der konservativen Wende in vielen Ländern etwa mit Beginn der 90-er Jahre. In Bayern kann man nach Körners[4] Vorschlag das Jahr 1886 als einen gewissen Wendepunkt ansehen, sicher jedoch das Jahr 1890 mit dem Ende der 'Aera Lutz'. In den letzten Amtsjahren

---

1) Vgl. Bd. 109, S. 182.
2) Vgl. Bd. 109, 176.
3) Bd. 58, S. 263. (Hervorhebung von mir.)
4) Körner, a.a.O., S. 18, 21 und 23.

dieses Ministers häuften sich die Anzeichen[1] für eine Kursänderung, die seit den ausgleichenden Bemühungen des Prinzregenten Luitpold sichtbar waren. Ähnliche Tendenzen gab es auch in anderen Ländern. Zedlitz (preußischer Kultusminister von 1891-1892) bemühte sich um ein konservatives Schulgesetz - allerdings ohne Erfolg; Österreich erhielt im Jahr 1895 in Badeni einen konservativen Ministerpräsidenten, und im selben Jahr kam in Wien eine konservative Stadtratsmehrheit[2] und die Gründung eines 'katholischen Schulvereins' zustande.

In dieser Aera liberalen Niedergangs wurde der Einfluß katholisch-konservativer Verbandspolitik zunehmend größer, weshalb aber auf der Gegenseite die Notwendigkeit einer harten publizistischen Verfechtung katholischer Verbandsinteressen abnahm. Vielleicht nicht zufällig bewegten sich die Verkaufszahlen der HpBl in diesen Jahren auf einem sehr niedrigen Niveau[3].

II.5. DIE IDEE DER HPBL VOM BESTMÖGLICHEN STAAT

Einiges aus der politischen Gedankenwelt der Zeitschrift wurde bereits im Kapitel über die 'klassischen' Kirchenfra-

---

1) So z.B. die Ministerialentschließung vom 28.3.1889 (vgl. Weber, a.a.O., Bd. 19, Nr. 6616, S. 452 ff.), die in Bezug auf die Auslegung des Konkordats die Ministerialentschließung vom 20.11.1873 (vgl. Weber, a.a.O., Bd. 10 Nr. 3657, S. 155 ff.) zurücknahm. In der angesprochenen Entschließung von 1889 wurde versprochen: "Bei Besetzung der Lehrstellen an den Lyzeen wird auf die Gutachten und Wünsche der Bischöfe thunlichste Rücksicht genommen werden. ... Bei Bestellung der Distriktsschulinspektoren ... sollen die Bischöfe gehört werden." (Weber, a.a.O., Bd. 19, Nr. 6616, S. 452).

2) Vgl.: Funder, Friedrich. Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik. Wien 1952, S. 118.
Bei den Neuwahlen kurz darauf ergab sich eine noch größere Mehrheit (daselbst).

3) Vgl. dazu die Graphik der Verkaufszahlen in Kap. I.4.2. des Teils B.

gen ausgeführt. Hieran knüpfen die folgenden Betrachtungen an. Dabei fällt es nicht leicht, die Fülle der Äußerungen über Staat und Gesellschaft zu überschauen[1].

Der Ausgangspunkt der Kritik am modernen Staat war, daß er sich zur Q u e l l e des Rechts gemacht und deshalb das Gemeinwesen von Ständen und Korporationen mit ihren Rechten absorbiert habe, anstatt nach dem geschichtlich entwickelten Recht seine eigene Machtbegrenzung einzuhalten[2]. Die Staatsangehörigen standen im Verständnis der Zeitschrift sowie aller Konservativen im 19. Jahrhundert dem Staat nicht isoliert gegenüber, sondern waren bereits in älteren, gewachsenen Rechtsbindungen untereinander organisiert. So wurde auch bezüglich der katholischen Kirche eine Beschränkung des Staates "mit Rücksicht auf die geschichtlich entwickelten religiösen Überzeugungen seiner Angehörigen"[3] gefordert. Mit diesen Präpositionen befand man sich noch in Einklang mit Hallers Staatsideen[4]. Doch von seiner Theorie einer privatrechtlichen Verfaßtheit des Staates (die staatliche Organisation eine Korporation neben anderen) distanzierte man sich wiederholt und ausdrücklich, da diese Theorie das staatliche Recht nur negativ definiere und keinen übergeordneten Zweck des Staates sehe[5]. Damit war dessen Aufgabe, die Einzelrechte zu schützen, nicht mehr gewährleistet, denn dazu gehörte sein Schiedsrichteramt im Konflikt zwischen widerstrebenden Einzelrechten bzw. das Sanktionsrecht bei einem möglichen

---

1) Staudinger bemerkt in ihrer Arbeit über die katholische Bewegung in Bayern: "Als Hauptmünzstätte für katholisches Denken über Staat und Gesellschaft erwiesen sich die Historisch-politischen Blätter." (Staudinger, a.a.O., S. 5).
2) Vgl. Bd. 66, S. 880 und Bd. 68, S. 675.
3) Bd. 81, S. 392.
4) Jarckes Übereinstimmung mit Haller betraf nach seiner eigenen Aussage die psychologische, nicht aber die praktische Seite (vgl. Bd. 19, S. 142 f.; das entsprechende Zitat in Kap. I.4.3. des Teils B.)
5) Vgl. Bd. 68, S. 669 f.

Mißbrauch derselben. Deshalb mußte es ein staatliches Recht geben, das zwar durch die geschichtliche Herausbildung der Gruppenrechte eingeschränkt war, aber "Bezug auf alle"[1] hatte.

Die Kritik am modernen Staat stellte nicht auf die äußere Regierungsform ab. So konnten sich die HpBl die Freiheit der Kirche auch in Ländern ohne monarchische Spitze vorstellen[2], auch wenn diese Staatsform nicht befürwortet wurde. Die Kritik am modernen Staat fußte vielmehr auf der alleinigen Rechtsetzungskompetenz, welche als revolutionär angesehen wurde. Im Zusammenhang mit der kirchenpolitischen Gesetzgebung war auch der Hinweis auf die Ordnung des Mittelalters, die diesbezüglich dem eigenen Ideal nahekam, gefallen[3].

Die geistigen Wurzeln des staatlichen Anspruchs, Quelle des Rechts zu sein, sah man in der Aufklärung, welche gerade die bewußte Setzung als theoretisches Produkt des Geistes gegen die gewachsenen Bindungsformen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen gestellt habe. Die Folge sei eine Individualisierung und Isolierung des Einzelnen, welcher so den Parteien, dem Kapital und der Loge (!) mindestens ebenso ausgeliefert sei wie früher absolutistischer Willkür[4]. Von hier aus ergibt sich die Parallele zwischen dem Liberalismus und dem ebenfalls bekämpften Nationalismus; ersterer brachte die Individualisierung des einzelnen, letzterer die der modernen Nationalstaaten, da er sich in der Abkehr vom universellen und supranationalen Denken zeigte. Deshalb sah man auch den Nationalismus als revolutionär an und hatte dabei sicherlich das Bild der Habsburger Monarchie vor Augen, in der der Na-

---

1) Bd. 68, S. 670.
2) Vgl. Bd. 27, S. 372 und Bd. 130, S. 679.
3) Vgl. Bd. 29, S. 356; das entsprechende Zitat in Kap. I.2.
4) Vgl. Bd. 130, S. 674. Der Einfluß der Freimaurerei wurde wirklich überschätzt, auch wenn sie in Italien und Belgien beachtliche Stützpunkte hatte.

tionalismus als Sprengstoff erlebt wurde[1].

Man wird den Kampf der HpBl gegen Nationalismus und Militarismus nur richtig verstehen, wenn man über den Konservativismus des 20. Jahrhunderts zurückgeht und das politische Denken in nationalstaatlichen Kategorien des 19. Jahrhunderts als zeitbedingt modern und nicht als konservativ ansieht. In Bezug auf den 'modernen' Nationalismus des 19. Jahrhunderts waren die Standpunkte derHpBl weitschauender und somit eigentlich moderner. Modern umdeuten darf man die Zeitschrift allerdings nicht - sie war vielmehr aus der Sicht des heutigen Konservativismus 'vor-konservativ'. Daneben muß man auch ihre zuweilen vorhandene apologetische Enge und manche Überzeichnungen ihrer Gegner berücksichtigen, um der Stellung in i h r e r Zeit gerecht zu werden.

Ein religionsloser Staat war für die HpBl undenkbar; er entsprach also nicht nur nicht ihrem Ideal eines Staates, sondern war nach ihrer Überzeugung gar nicht überlebensfähig. Trotz mancher eingestandenen Unzuträglichkeiten in der Verbindung zwischen Kirche und Staat sowie Religion und Politik glaubte man, daß eine 'neutrale', also religionslose Moral eine Illusion sei und es "ohne Religion keine Sittlichkeit, keine wahre Gerechtigkeit, keine Staatsordnung (gibt)"[2]. Deshalb sah man im Liberalismus nicht einen unter mehreren weltanschaulichen Opponenten, sondern die Gefährdung jeder Staatsordnung überhaupt. Ohne diese Voraussetzung ist die Heftigkeit der Angriffe gegen den Liberalismus nicht zu erklären. Auch der Plan einer Konkurrenz auf allen Gebieten der Gesellschaft bis hin zu den katholischen Reiseführern erscheint auf diesem Hintergrund in neuem Licht. Es geschah also nicht aus wissenschaftlicher Eitelkeit, wenn man den liberalen Staatslexika das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft entgegenstellte.

---

1) Z.B. in der Agitation des 'Alldeutschen Bundes' sowie der 'Los-von-Rom'-Bewegung im Vielvölkerstaat. (Darüber in Kap. IV.1.)
2) Bd. 118, S. 157.

Man folgerte ebenfalls, daß der Liberalismus als Regierungsweise nicht von Bestand sein könne. Das wurde erklärt durch eine Genalogie der geistigen Strömungen 'Aufklärung', 'Liberalismus' und 'Sozialismus'. Der Liberalismus nahm in dieser Abstammungsreihe als Kind der Aufklärung und als Revolution des dritten Standes seinen Platz ein; der Sozialismus würde dann die Revolution des vierten Standes und der Enkel der Aufklärung werden[1].

Solange im Volk noch der Glaube vorhanden war, wie es für das 19. Jahrhundert von den HpBl durchweg noch als gegeben angesehen wurde, sah man trotz religionsfeindlicher Bougeoisie und Professorentum die Staatsordnung noch gesichert Aber wenn erst die Masse atheistisch würde[2], seien die Fundamente gefährdet. Als Fundament des Staates wurde nicht nur der Katholizismus gesehen, sondern jede 'postive', d.h. sichtbar verfaßte Religion im Gegensatz zur Vernunftreligion der Aufklärung: "Der Staat, der ohne eine bestimmte Religion ist, ist ohne alle Religion und der Staat, der ohne eine bestimmte christliche Confession ist, ist ohne Christenthum. ... die Religion ist nur real als eine bestimmte, und das Christenthum als eine Confession"[3].

Diese Gedanken wurden nicht auf die Außenpolitik angewandt, auch wenn man zuweilen von Preußen als 'protestantischer' und Österreich als 'katholischer' Macht sprach. Vielmehr wurde der verbindende Charakter Europas, dessen Identität man im Christentum sah, betont. Im außenpolitischen Zusammenhang findet sich die Synthese von Politik und christlicher Identität vor allem in Jörgs Neujahrsbetrachtungen. In ihnen kommt er beispielsweise von der Besprechung des österreichischen Konkordats von 1855 zur 'orientalischen Frage' (Österreich und Rußland im Verhältnis zueinander auf dem

---

1) Vgl. Bd. 121, S. 14 f.
2) Damit beschäftigten sich die HpBl vor allem um 1900; beispielsweise Bd. 127, S. 555 und 621.
3) Bd. 63, S. 957.

Balkan und wegen der Türkei), von dort zur Alternative 'christlicher Rechtsstaat' oder 'asiatische Despotie', danach über die konfessionelle Zerrissenheit Deutschlands zum Krimkrieg u.s.w.[1]. Bei solchen Gedankensprüngen ist es schwer, das Spezifische seiner Sicht von 'katholischer Politik' herauszufinden. Es zeigt sich oft nur als kleinster gemeinsamer Nenner darin, daß für ihn die europäische Identität im 'positiven' (im oben erklärten Sinn) Christentum bestand.

Auch wenn dem Nationalismus in Europa ein Universalismus entgegengestellt wurde, wurde dies religiös motiviert. Die Lösung von Problemen wirtschaftlicher und sozialer Natur suchte man nicht in neuen und unbekannten, sondern in einer Synthese geschichtlicher Formen; diese geschichtlich manifesten Elemente wurden durchaus als zur Schaffung von wirklich Neuem und Problemlösendem fähig erachtet.

An den Umschreibungen der besten Staatsordnung in den HpBl überwiegen die negativen Definitionen, also Erklärungen dessen, was man nicht wollte und für schädlich hielt. Wenn man demzufolge die Frage nach der Stabilität eines politischen Systems stellte (also eine Kernfrage des Gebiets, das heute mit 'politische Kultur' bezeichnet wird), so suchte man zunächst die Ursachen der Gefährdung der Staatsordnung; diese Gefährdung sah man hauptsächlich im Liberalismus.

Der Liberalismus wurde wegen seiner theoretischen Setzung anstelle der Synthese aus gewachsenen Formen als revolutionär gesehen. Das dem revolutionären Prinzip gegenteilige hieß 'Kirche'[2]. Die großräumige historische Argumentationsweise der Zeitschrift ging über Aufklärung und Liberalismus, zuweilen auch über die Reformation zurück und argumentierte mit geschichtlicher Raffung von zwei Jahrtausenden. So beginnt beispielsweise ein Artikel über die Universitäten mit

---

1) Vgl. Bd. 37, S. 1 ff.
2) Vgl. Bd. 51, S. 344.

römischer Geschichte[1] und ein anderer vergleicht die Situation Österreichs vor Abschluß des Konkordats von 1855 mit der Ostroms[2]. Was man damit bezweckte, war die Herstellung eines Zusammenhanges zwischen dem Aufstieg der Reiche und dem Charakter der Völker einerseits und der Kraft der Religion andererseits; wenn dieser Zusammenhang gegeben sei, führe er zur Verwirklichung eines 'Weltzwecks'[3] -wie man ihn z.B. im Römischen Reich sah. Dieses Bild beruhte auf der kulturgeschichtlichen Ausdeutung des eingangs gebrachten Axioms, daß Kirche und Revolution die entscheidenden Gegensätze der Weltgeschichte darstellten: "Je inniger der Anschluß eines Staates an die Kirche ist, je weiter er sich von den Lehren der Revolution entfernt desto sicherer auch sein Bestand ..."[4] Deshalb mußte der Rechtsstaat im eigenen Interesse den Schutz und die Unabhängigkeit der Kirchen garantieren.

In einer Artikelserie[5] setzte sich Strodl mit den Begriffen 'Rechtsstaat' und 'Kulturstaat' auseinander. Ersterer sorgte nach seiner Ansicht auf dem Weg über die Garantie der Einzelrechte und durch das höhere Schiedsrichteramt für das Gesamtwohl; letzteren sah er umgekehrt vorgehen, nämlich nach subjektiver Einschätzung der ihn jeweils Regierenden das Gesamtwohl a priori festlegen. Dieses, von den HpBl auch an anderen Stellen mit den abstrakten und füllbaren Begriffen 'Humanität', 'Wissenschaft' oder 'Fortschritt' bezeichnet, stand dann mit vielen Einzelrechten in Widerspruch und mußte mit den Mitteln des Zwangs durchgesetzt werden. Wenn sich die Reihenfolge dieser Zielsetzung (Schutz der Einzelrechte bzw. Festlegung des Gemeinwohls a priori) erst einmal verkehrt hatte, so herrschte einer andernorts vorgebrachten

---

1) Vgl. Bd. 54, S. 161 ff.
2) Vgl. Bd. 36, S. 1145.
3) Vgl. Bd. 21, S. 178.
4) Bd. 51, S. 344.
5) "Studien über den Staat", Bd. 66 - fortgesetzt in Bd. 68.

Meinung der Zeitschrift zufolge "die Diktatur der Clubs, der Straße, die Aula der Studenten, ... die Intrige der Cliquen und geheimen Conventikel, ..., die Loge ..., die Kanzlei der Subalternbeamten..."[1)]

Als Ideal galt der hinsichtlich eigener Initiativen "in sich ruhende"[2)] Staat. Damit war man Hallers Ideen wieder nahegekommen, doch der Unterschied zu ihm lag darin, daß man den Rechtsschutz zwar als ersten und wichtigsten, keinesfalls aber als einzigen Staatszweck sah. Die rechtsstaatliche Aufgabenstellung sollte nämlich ergänzt werden dadurch, daß der Staat auch über sie hinausging, also seine integrierende Aufgabe in der äußeren Beihilfe zu Zielen von Einzelgruppen (Kirche!) wahrnahm[3)] und dabei durchaus deren Ziele an seinem übergeordneten (aber historisch gewachsenen) Integrationsstandpunkt maß. Dazu war ein gewisses Maß eigener Interpretationsfreiheit unerläßlich. Die HpBl gaben an dieser Stelle keine Beispiele, doch wenn man sich an früher Gesagtes erinnert, so weiß man, daß auf kirchenpolitischem und kulturellem Gebiet die Abneigung gegen einen größeren staatlichen Ermessensspielraum am größten war. Größer war derselbe noch auf dem Feld der Sozialpolitik, worüber allerdings die Meinung in den HpBl selbst nicht immer einheitlich war[4)].

---

1) Bd. 130, S. 674.
2) Bd. 68, S. 769.
3) Vgl. Bd. 68, S. 762.
4) Vgl. Stegmann, Franz Josef. Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Der Beitrag der Historisch-Politischen Blätter zur Lösung der sozialen Frage. Reihe: Politische Studien. Beiheft 4. (Unter anderem Titel als Münchner Diss. von 1965). München und Wien 1965.

III. DAS ERZIEHUNGS- UND AUSBILDUNGSWESEN

Den Hauptaspekt kulturpolitischer Erörterungen der HpBl bildete der Bereich Erziehung und Ausbildung. Die kritischen Einwände zu praktischen Maßnahmen staatlicher Kulturpolitik müssen stets unter der Hauptvoraussetzung gesehen werden, daß eine staatliche Aktivität auf diesen Gebieten überhaupt bedenklich erschien. Der ideale Staat durfte "auch um die Culturzwecke selbst sich nicht annehmen, sie sind ihm mehr oder weniger fremd. Dagegen aber sind die einzelnen, wie die besonderen Lebenssphären vollkommen frei und sie können innerhalb der rechtlichen Schranken vollkommen selbständig sich bewegen und ihre besonderen Culturzwecke verfolgen"[1].

In der Praxis bedeutete diese Vorstellung, daß der Staat sich auf die Verhinderung von Benachteiligungen einzelner Korporationen (z.B. einer der Konfessionen)[2] beschränken mußte und im übrigen nicht in die Rechte der Verbände eingreifen durfte. Katholische Kulturpolitik war also die Aufgabe engagierter Katholiken unter staatlichem Schutz in Parteien und Vereinen.

Auf schulpolitischem Sektor wurde die Familie als wichtigster Verband angesehen und die Volksschule wiederholt als 'Hilfsanstalt' der Familie[3] bezeichnet. 'Positiv christliche' Verbandspolitik auf schulischem Sektor beanspruchte das Hinausgehen über Partikularinteressen.

---

1) Bd. 68, S. 667.
2) Als Beispiel dafür die von den HpBl lobend hervorgehobene Schaffung einer 'katholischen Abteilung' im preußischen Kultusministerium (vgl. Bd. 48, S. 851).
3) Z.B. Bd. 89, S. 108 und Bd. 123, S. 191.
4) 'Positiv' in Bezug auf Christentum hieß bei den HpBl stets 'in Form einer bestimmten, sichtbaren und tradierten Konfession'. Echtes Christentum bedurfte eigentlich nicht des Zusatzes 'positiv'; dieser wurde verwendet in Abwehr gegen den im Protestantismus gesehen Subjektivismus (z.B. moderne Bibelkritik des NT), der das Überlieferte angriff

Der große historisch-politische Rahmen in der Sicht aller kulturpolitischen Fragen wurde vielfach hergestellt. Eine Besprechung der zweckmäßigsten Organisation des Jurastudiums verwies auf die Bedeutung jeder akademischen Ausbildung für die Arbeit am Zusammenhalt des Deutschen Bundes[1]. So fand sich die 'hohe' Politik wieder im Bereich der kulturpolitischen Aufgaben, an deren Lösung die Katholiken mitarbeiten sollten.

Die Schwerpunktsetzung auf Schulen und Universitäten im Bereich der Kulturpolitik überrascht keineswegs; war es doch das einzige kulturpolitische Gebiet, auf dem man dem Staat überhaupt ein Mitspracherecht - im Zusammenwirken mit Kirchen Gemeinden und Eltern - zugestand. Dazu war auf diesem Gebiet die Betroffenheit der katholischen Publizistik überhaupt am größten. Wohl über einhundertmal und mit großen Ernst und Engagement wurden Elementarschulwesen und Universitätsberufungen besprochen, während man beispielsweise für staatliche Berufungen auf künstlerischem Gebiet lediglich einige kurze und beißende Kommentare erübrigte[2].

Durch geistlich/weltliche Auseinandersetzungen (Simultanisierung, Schulaufsicht) und konfessionelle Polemik gehört auch die Erziehungs- und Ausbildungsproblematik zu den Kirchen- und Konfessionsfragen. In vielen Ländern (z.B. in Bayern und Baden) ging dem Kulturkampf ein 'Schulkampf' in den 60-er Jahren voraus. Auch die HpBl betonten den engen Zusammenhang der beiden[3]. Alle erziehungspolitischen Fragen waren meist noch mit konfessioneller Polemik angereichert, die sich sowohl um das richtige Verständnis von Parität als auch um genaue Nachweise für die Berechtigung katholischer

---

1) Vgl. Bd. 36, S. 591 ff.
2) Z.B. über Dingelstedt: Bd. 29, S. 569 f.; über Wagner: Bd. 56, S. 942 ff., besonders S. 948. - Über die Berufungen, siehe auch in Kapitel III.2. über Nationalisierungstendenzen in der Kulturpolitik.
3) Vgl. Bd. 83, S. 613 und Bd. 80, S. 286.

Klagen drehte. Schulen und Universitäten wurden vielfach unter dem Blickwinkel von Konfessionsstatistiken gesehen. Dieses Problem soll nur stellenweise angedeutet werden, weil es einen Gegenstand des Kapitels über katholisch/protestantische Polemik bildet. Paritätsfragen konnten auch mit Eigentumsfragen verknüpft sein, wenn z. B. staatliche oder kommunale Behörden katholische Schulfonds für konfessionell gemischte Schulen verwendeten. Diese Verbindungen werden hier nicht immer angesprochen, bildeten jedoch vielfach den Hintergrund der Erziehungs- und Unterrichtsfragen.

Historische Ursache für die 'Verstaatlichung' der Kulturpolitik war in der Sicht der HpBl das Zeitalter der Aufklärung, das große Gebiete gesellschaftlicher Autonomie dem Staat überliefert habe. Dadurch war es unmöglich gemacht worden, daß sich Kulturpolitik durch das Zusammenwirken der verschiedenen Korporationen der Gesellschaft als Grundidee derselben herausbildete, wie das die HpBl umschrieben[1]; dieses Verständnis des 'Organischen' der Geschichte gegenüber momentaner und subjektiver Festsetzung begegnet in den HpBl durchwegs. Die Betonung der Grundidee der Geschichte, woraus sich die Identität der Kulturpolitik mit Teilen der bisherigen Kulturgeschichte ergab, führt auch zurück zur weltlichen und kirchlichen Einheit, wie man sie im Mittelalter teilweise erblickte. Erziehung und Ausbildung wurden mehr als Tradierung denn als Vermittlung des jeweiligen Standes der Pädagogik gesehen. Das was die 'neue Pädagogik' ausmachte, sah man in der Umkehrung jenes Verhältnisses, welches ursprünglich die Geschichte der Völker und deren Tradierung als Ausgangspunkt und die Erziehungsweise als Resultierende annahm. Seit Rousseau sah man den umgekehrten Weg eingeschlagen[2]; die Tradierung der Merkmale einer Gesellschaft habe aufgehört, Erziehungsziel zu sein, und statt dessen werde ver-

---

1) Vgl. Bd. 68, S. 662 f.
2) Vgl. Bd. 116, S. 563.

sucht, dem Volk auf dem Weg über die Schule einen anderen geistigen Stempel aufzudrücken[1].

III.1. SCHULPFLICHT, SCHULMONOPOL UND KONFESSIONELLER CHARAKTER DER AUSBILDUNG

Wo in den HpBl von Schulpflicht die Rede ist, stößt man stets auf die Bezeichnung 'Schulzwang'[2]. Dieser wurde prinzipiell verworfen, gleichgültig ob er die Ableistung auch in privaten, z.B. kirchlichen Anstalten zuließ oder nicht. Im letztgenannten Fall verband er sich mit einem staatlichen Schulmonopol. Diese Konstellation war nicht zwangsläufig, was man am staatlichen Schulmonopol unter Napoleon I. oder an Tit. XII des 'Allgemeinen Landrechts' in Preußen - beide o h n e allgemeine Schulpflicht - ersehen kann. Die Begriffe 'Schulpflicht' (resp. 'Schulzwang' in den HpBl) und 'staatliches Schulmonopol' waren also verschiedene Ausprägungen und auch in der Praxis getrennt möglich.

Meist bestand auch bei staatlicher Schulpflicht die Möglichkeit zu privaten Schulgründungen. So bestimmte Art. 22 der preußischen Verfassung von 1850: "Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten, steht jedem frei, wenn er seine sittliche, wirtschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat"[3]. In der Praxis mußte dieses Recht (ähnlich wie auch in anderen Ländern) in jedem Einzelfall erstritten werden. Zahlenmäßig gesehen war jedoch in anderen Ländern die

---

1) Vgl. Bd. 116, S. 563.

2) Ebenso wie der Schulzwang wurde auch der 'Seminarzwang' für angehende Lehrer verworfen (vgl. Bd. 67, S. 811 ff.). So sollte es nach dem hier empfohlenen holländischen Vorbild den Aspiranten anheimgestellt werden, sich auf die Anstellungsprüfung selbst vorzubereiten. In Bayern war die Abschaffung der privaten Vorbereitungsmöglichkeit schon durch die Ministerialentschließung vom 4.9.1823 (nicht bei Weber) erfolgt.

3) Zit. nach HpBl, Bd. 107, S. 226.

Bedeutung der privaten Trägerschaft größer.

Aus der Beobachtung der Zeitschrift, daß in Territorien mit protestantischen Herrscherhäusern die Schulpflicht meist früher zustandegekommen war, leitete man die These vom 'Schulzwang' als einem protestantischen Prinzip ab: "Daß der Schulzwang thatsächlich erst lange Zeit nach der Kirchenspaltung in den protestantischen Ländern wirklich durchgeführt wurde, ändert durchaus nichts an der ganzen Sache. So lange trotz des neuen Bekenntnisses immer noch ein wesentlicher Rest des Katholizismus in dem Geiste und in den Gewohnheiten des Volkes fortlebte, so lange machte sich auch die Leere der Herzen weniger fühlbar. Die fortschreitende Abschwächung dieses katholischen Restes wird dem entsprechend von einer seitens der Regierungen und der stets in deren Diensten stehenden Prediger immer stärker werdenden Nöthigung zum Schulbesuch begleitet"[1].

Daß der Charakter des 'Schulzwangs' ein protestantischer war, bewies man auch mit der Ablehnung, den derselbe in romanischen Ländern erfuhr. In keinem Land dieser Welt lasse sich dieser Zwang durchsetzen; dagegen werde er in Deutschland sogar begrüßt und trage zum deutschen Hochmut gegenüber den romanischen Völkern bei[2]. In der Ansicht, daß der preußische Schulmeister bei Sedan gesiegt habe[3], findet sich dieser Gedanke widergespiegelt. Die HpBl erachteten die Idee der Freiheit in Frankreich und besonders in England, wo die germanische korporative Freiheitsidee noch nicht verlorengegangen sei, für stärker als in deutschen Ländern, weshalb das deutsche Volk "jetzt politisch das verachtetste und als das

---

1) Bd. 55, S. 1019. Dazu: "Der Protestantismus ist keine Religion des Bekenntnisses, sondern eine Religion der Schule." (Daselbst).
2) Vgl. Bd. 55, S. 1018.
3) Ähnlich auch Ernest Renan und andere französische Intellektuelle. Renan forderte deshalb in seinem Werk 'La Reforme intellectuelle et morale' (Paris 1871) Schulreformen in Frankreich.

'Bedientenvolk' Europas verschrien"[1] sei.

Seitdem die Ferry'schen Schulgesetze (1879-1882) auch in Frankreich die allgemeine Schulpflicht gebracht hatten, betonte man verstärkt ein sozialistisches Prinzip im 'Schulzwang'. Der Gedanke findet sich schon in einem früheren Artikel[2], in dem die Schulgesetzgebungen deutscher Länder mit dem Gedanken des alten Sparta und der Französischen Revolution verglichen wurden, nämlich daß die Kinder in erster Linie dem Staat und erst dann der Familie gehörten. Die HpBl wollten keinen Unterschied sehen zwischen der Entmündigung des Vaters durch den 'Lehrzwang' für seine Kinder und der durch einen hypothetischen 'Nährzwang': "Der Schulzwang und die Spartanersuppe sind die leibhaftigen Inseparables, von denen eines ohne das andere nicht leben kann. Der Staat hat nicht mehr Recht und Befugniß die geistige Qualifikation der Kinder ... als die leibliche Qualifikation eines Kindes zu prüfen"[3]. Deshalb bezeichnete man den 'Schulzwang' als "staatlich organisierten Communismus auf geistigem Gebiet"[4]. An anderer Stelle wurde die Frage aufgeworfen, ob der Staat, der den 'Schulzwang' einführe, bei der Verfügung über das Kind stehenbleiben oder folgerichtig zur Verfügung über Grund und Boden übergehen werde[5].

Diese pessimistischen Betrachtungen waren keineswegs untypisch für die Zeit[6], doch argumentierte man beispielsweise in den Landtagen pragmatischer. Dort stand ja kaum die Schulpflicht, sondern nur ihre Wirksamkeit und ihre Dauer zur Debatte. Praktische Argumente finden sich in den HpBl weniger als Klagen über die Entchristlichung Europas oder über die

---

1) Bd. 56, S. 308.
2) Bd. 56, S. 300 ff.
3) Bd. 61, S. 95.
4) Bd. 61, S. 101.
5) Vgl. Bd. 122, S. 105.
6) Der Verweis der Zeitschrift auf die Situation in anderen Ländern, in denen man die Schulpflicht noch nicht kannte, zeigt, daß man gegen die Schulpflicht keineswegs nur rückwärtsgewandt argumentieren mußte.

künstliche Schaffung einer Schulfrage 'gegen das christliche Volk'[1]. Die wenigen praktischen Einwände betrafen die Wirksamkeit einer staatlich verordneten Schulpflicht, die ja tatsächlich nicht automatisch angenommen werden konnte. Dazu wählte man eine Region Frankreichs vor dem Erlaß der allgemeinen Schulpflicht, in der der Lebensstandard ziemlich hoch war, und eine arme Region Schlesiens mit allgemeiner Schulpflicht[2]. Mit Hilfe von Zahlenmaterial wies man nach, daß in dem ausgesuchten französischen Gebiet ohne Schulpflicht die reale Schulbesuchsquote höher war als in der armen Region Schlesiens mit Schulpflicht[3]. Daraus folgerte man zu Recht, daß die Schulbesuchsquote vielmehr eine Funktion von Armut oder Reichtum einer Region als von staatlichen Erlassen war, welche die ländliche Bevölkerung härter trafen als die städtische. Den Bauernstand sah man neben der bestehenden Militärpflicht durch die 'Konskriptionsanstalt Schule'[4] ein zweites Mal geschädigt.

Die Beurteilung des 'Schulzwangs' als protestantisches und sozialistisches Prinzip findet sich sehr oft und über fast alle Jahrgänge verstreut. Aber ich fand auch zwei Aufsätze mit differenzierteren Beurteilungen der allgemeinen Schulpflicht. Der erste Autor[5] wies auf die weitgehende Billigung der Schulpflicht durch die Bevölkerung hin und wollte nur das elterliche Mitspracherecht gestärkt wissen; dazu verwies er auf die Institution der freien Lehrerwahl durch die Eltern schulpflichtiger Kinder in verschiedenen Ländern sowie auf das Recht des Pfarrers zur Lokalschulinspektion und kam zu dem Schluß: "Wo wie in den deutschen Staaten das Gesetz den Schulbesuch für sämmtliche Kinder auf eine Reihe von Jahren gebietet und das Volk selbst dieses Gesetz billigt,

---

1) Bd. 116, S. 499.
2) Vgl. Bd. 85, S. 215 ff.
3) Daselbst.
4) Bd. 83, S. 762.
5) In Bd. 63, S. 612 ff. und S. 677 ff.

den s o g e n a n n t e n Schulzwang als wohlthätig betrachtet, da sollte von kirchlicher Seite keine Opposition eintreten"[1]. Diese Haltung dürfte repräsentativ für eine Mehrheit der Bevölkerung gewesen sein, denn die Eingaben an den Landtag auch aus ländlichen Gebieten wendeten sich meist nur gegen die Dauer der Schulpflicht (also gegen das 7. Schuljahr), die Höhe des Schulgeldes oder die Ausdehnung der Unterrichtsgegenstände über das Trivium ('Trivialschule') Lesen, Schreiben und Rechnen hinaus.

Der zweite Aufsatz[2] billigte die Schulpflicht unter der Voraussetzung der Freiheit zur Errichtung privater Schulen. Wie bereits gezeigt wurde, waren ja Schulpflicht und staatliches Schulmonopol voneinander zu trennen.

Überwiegend war jedoch die völlige Ablehnung der Schulpflicht, d.h. also auch unter der Voraussetzung privater Gründungsmöglichkeiten. Mit Eigengründungen hätte man wenigstens das praktische Aufsichtsrecht (unbeschadet eines staatlichen Oberaufsichtsrechts) besessen, andererseits aber gerade den Staat aus seiner Verpflichtung, die Rechte der Kirchen, Eltern und Gemeinden zu wahren, entlassen. Dieser Gedanke findet sich in den HpBl bezüglich des Volksschulwesens nicht, wurde aber bei der Schaden-Nutzen-Abwägung für die Gründung einer katholischen Universität vorgebracht (natürlich hier nur das Verhältnis Staat und Kirche betreffend). Nur zögernd rang man sich dazu durch, in Volksschulen und Lehrerseminaren höhere Anforderungen als das Lernen resp. Vermitteln der Trivialkenntnisse Lesen, Schreiben und Rechnen anzuerkennen[3]; man befand sich aber auch damit nicht im Widerspruch mit den Anschauungen der Zeit. Natürlich waren Pläne zur Ausweitung der Lehrerpläne illusorisch, solange die meisten Volksschulen einklassig waren, was auf dem Land sogar die Regel darstellte.

---

1) Bd. 63, S. 690. (Hervorhebung im Original.)
2) Bd. 107, S. 219 ff.
3) Das erste diesbezügliche Zugeständnis entdeckte ich im Jahr 1869 (Bd. 63, S. 678).

Nach Angaben der HpBl[1] waren im cisleithanischen Österreich noch im Jahr 1881 von 15.000 Volksschulen 9.000 einklassig, obwohl seit dem Jahr 1869 (Reichsvolksschulgesetz) die achtjährige Schulpflicht mit wenigen Ausnahmen (Triest, Galizien, Bukowina und Dalmatien) bestand. Dagegen konnte man auf das Beispiel der meist mehrklassigen Ordensschulen verweisen[2].

Der konfessionelle Charakter der Erziehung und Ausbildung wurde bei der Volksschule am heftigsten verteidigt. An Gymnasien drehte sich die Konfessionsfrage hauptsächlich um den Geschichtsunterricht; dieser wurde z.T. nach Konfessionen getrennt erteilt. Bei den Universitäten spiegelte sich die konfessionelle Problematik wider im allgemeinen Charakter und bei den Berufungen.

Bei den Volksschulen war der Charakter einer Konfessionsschule nicht zwangsläufig dadurch aufgehoben, daß sie von Kindern auch anderer Konfessionen besucht wurde (sofern ihr Anteil ein Drittel der Gesamtzahl nicht überstieg). Er war im 'Geist' des erteilten Unterrichts begründet, eine Tatsache, die erklärt, daß an Konfessionsschulen nur Lehrer der betreffenden Konfession angestellt werden durften. Das Kriterium einer Konfessionsschule war demnach die Konfessionszugehörigkeit der Lehrer und nicht primär der Schüler. Nur eine Schule mit Lehrern und Schülern verschiedener Konfessionen war eine 'reine' Simultanschule, während man lediglich von einer 'konfessionell gemischten' Schule sprach, wenn Schüler verschiedener Konfessionen von Lehrern einer Konfession unterrichtet wurden[3].

Diese sachliche Differenzierung wurde im politischen Streit häufig übergangen, auch von den HpBl. Wenn die Kultusministerien Simultanschulen als 'konfessionell gemischte'

---

1) Vgl. Bd. 87, S. 931.
2) Vgl. Bd. 83, S. 613 ff. und Bd. 106, S. 593 ff.
3) Genauere Ausführungen zu diesem Problem bei: Schuegraf, Elmar. Die Geschichte der christlichen Bekenntnisschule im rechtsrheinischen Bayern von Beginn der Reformation bis 1902. Diss. München 1954, S. 52.

Schulen bezeichneten, so beruhte dies nicht auf Unkenntnis des Unterschieds, sondern hatte seinen Grund darin, daß dem Begriff 'Simultanschule' in der damaligen Diskussion ein negativer Beigeschmack eigen war. Die HpBl kannten den Unterschied sicher ebenfalls, doch ihren publizistischen Zielen kam der negative Beigeschmack entgegen, wenn sie umgekehrt konfessionell gemischte Schulen als 'Simultanschulen' bezeichneten. Die Zeitschrift sah jedes Infragestellen des konfessionellen Prinzips als langfristige Gefährdung mit der weiteren Konsequenz einer völlig religionslosen Schule an[1]. Forderungen nach einem völligen Ausschluß der Religion aus der Volksschule, wie sie beispielsweise vom Pädagogen Dittes (Leiter des Wieners Pädagogiums als Musterlehrerbildungsanstalt von 1868 - 1881) vertreten wurden, schienen die Befürchtungen der Zeitschrift genährt zu haben[2]. Durchgeführt oder einer Durchführung nahe waren jedoch diese Modelle, die den Religionsunterricht durch eine neutrale Sitten- oder Humanitätslehre ersetzen wollten, in Deutschland im betrachteten Zeitraum nie.

Den konfessionellen Charakter der Volksschule sah man besonders in Preußen am reinsten bewahrt[3] und hatte selbst während des Kulturkampfs Lob für diese Einrichtung übrig. Auch das preußische Schulaufsichtsgesetz von 1872[4] änderte wenig an dieser Tatsache, da es die konfessionelle Trennung nicht berührte, sondern lediglich die katholische geistliche

---

1) Vgl. Bd. 68, S. 649 und S. 656 sowie Bd. 81, S. 402.
2) Vgl. Bd. 127, S. 895.
3) Vgl. Bd. 63, S. 692.
4) Es bestand eigentlich nur aus 2 Paragraphen, die alle Unterrichtsanstalten der staatlichen Aufsicht unterstellten. Die §§ 3 und 4 enthielten nur noch Ausführungsbestimmungen. Abgedruckt bei: Kremer-Auenrode (Hrsg.). Actenstücke zur Geschichte des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im 19. Jahrhundert. Reihe: 'Das Staatsarchiv', Bde. 23 und 24, mit Supplementbänden. Leipzig 1873 ff. I. Suppl. Bd. zu Bd. 23 und 24, Leipzig 1877, Nr. 4983, S. 101.

Schulaufsicht traf (vor allem die Ernennung und Abberufung der Inspektoren) und somit nur indirekten Bezug auf das konfessionelle Prinzip hatte.

In manchen Ländern (z.B. in Baden) war die gemeindliche Autonomie stark ausgeprägt, weshalb dort die simultane Volksschule häufig auftrat. Auch in Bayern gab es zwei wichtige Ausnahmen: zum einen die Pfalz (linksrheinisches Bayern), zum anderen die Landeshauptstadt München. In letzterer waren durch ein Schulstatut[1] (1871) und ein Oberlehrerstatut[2] (1872), welche Teile der geistlichen Aufsicht durch eine 'Fachaufsicht' ersetzten, Teile des gescheiterten liberalen Gresserschen Schulgesetzentwurfes von 1867[3] "auf dem Wege der Gemeindeautonomie"[4] eingeführt worden. Daß beide Statuten allerdings die Simultanisierungsmöglichkeiten verändert hätten, ist eine Fehlbeurteilung der HpBl[5].

An einigen Gymnasien in Bayern war der Geschichtsunterricht nach Konfessionen getrennt und wurde von Geistlichen erteilt, die zwar ein theologisches, aber kein geschichtswissenschaftliches Examen hatten. Diese Praxis wurde von den HpBl begrüßt, wobei als Hintergrund ihrer Argumentation die Angst vor nationalliberalem Geschichtsunterricht im Sinne Droysens und Sybels sichtbar wird[6]. Der Zusammenhang ist zudem unschwer herzustellen, nachdem man den 'Bayerischen Lehrerverband' (BLV) spätestens ab dem Jahr 1866 als eindeutig nationalliberal einschätzte[7]. Dazu brachte man praktische Beispiele wie die Behandlung der Reformation, eines

---

1) Abgedruckt mit Kommentar bei: Gebele, Josef. 100 Jahre Münchener Volksschule. München 1903, S. 147 ff.
2) Gebele a.a.O., S. 236 ff.
3) Abgedruckt in: Stenographische Berichte von den Verhandlungen der II. Kammer des bayerischen Landtags, 1866-1869. Beilagenband III, S. 1-15 (Motive dazu S. 15-46).
4) Bd. 68, S. 900. (Dabei auch Kritik, daß man durch eigene Laschheit die liberale Mehrheit in den städtischen Gremien ermöglicht habe.)
5) Vgl. Bd. 68, S. 915.
6) Vgl. Bd. 93, S. 753.
7) Vgl. Bd. 70, S. 908.

Gustav Adolf oder eines Friedrich II. im Geschichtsunterricht[1], wobei man zu bedenken gab, daß man neben der Sache auch noch das konfessionelle Klima berücksichtigen müsse.

Die Argumentation der Zeitschrift zur Schulpflicht und zum konfessionellen Charakter war oft der praktischen Diskussion entrückt und bestand im Festhalten an Grundsätzen, die nur schwer zur Geltung gebracht werden konnten. Dieses Beharren wirkt aus heutiger Sicht sehr zäh. Man muß aber den HpBl zugutehalten, daß es nicht selbstgerechter und kleinlicher Rechthaberei, sondern einem einheitlichen Ideengebäude aus einer Quelle entsprang.

III.2. VERSTAATLICHUNGSTENDENZEN UND NATIONALISMUS IN DER BILDUNGSPOLITIK

Verstaatlichungstendenzen wurden von den HpBl in allen Bereichen der gesellschaftlichen Ordnung gesehen, da man die Rolle des Staates grundsätzlich anders definierte[2]. Neben staatlichen Organen wurden liberale Lehrervereine und die moderne Pädagogik für diese Entwicklungen verantwortlich gemacht.

Antikirchliche Forderungen hatten sich schon vor den Auseinandersetzungen des Kulturkampfes mit nationalistischen Tendenzen verbunden. Seit 1863 war es beispielsweise in Preußen zu zahlreichen Eingaben der Unterrichtskommission des preußischen Landtags gekommen, dahingehend, "daß ein abgeschlossenes Kirchenthum ohne N a t i o n a l i t ä t und Humanität nicht länger die Richtschnur für den Volksunterricht seyn könne"[3]. Gemeint war in diesem Zitat wohl die katholische Kirche. Diesen roten Faden nationalistischen

---

1) Vgl. Bd. 93, S. 839.
2) Vgl. dazu die Ausführungen über die Staatsidee der HpBl weiter oben (Kap. II.5.).
3) Zit. nach HpBl, Bd. 63, S. 267. (Hervorhebung im Original)

Kulturdünkels zeigte man bei fast allen kulturpolitischen Streitfragen.

Im Bereich der modernen Pädagogik wurde ebenfalls häufig ein enger Zusammenhang zwischen nationalistischen und antikirchlichen Momenten betont. Die Pädagogik war noch eine junge Wissenschaft und stand im beginnenden Zeitalter des positivistischen Wissenschaftsbetriebes besonders unter dem Zwang, sich entscheidend aus der früheren Verbindung mit der Theologie zu lösen, um endlich als eigenständige Disziplin anerkannt zu werden. Sie trug daneben durch die Forderung nach längerer Ausbildung und besserer Besoldung der Lehrer zur Anhebung seines Sozialprestiges bei. So kam es zur engen Anlehnung der organisierten Lehrerschaft an die pädagogischen Forderungen der Zeit und auch an den liberalen Staat, von dem man sich die Verwirklichung dieser Forderungen erhoffte. Vieles wurde so tatsächlich erreicht, wobei vor allem die finanzielle und psychologische Besserstellung des Lehrers hervorzuheben ist. Das mußte auch Auswirkungen auf sein Verhältnis zur Kirche, speziell zum Pfarrer als Lokalschulinspektor haben und das in den HpBl gezeichnete Bild vom Lehrer als "Gehilfen des Pfarrers"[1] illusorisch machen. Auch die Verbindung zwischen Schul- und Mesnerdienst[2] wurde dadurch langsam in Frage gestellt.

Die HpBl vermuteten oft einseitig in den neuen Lehrerinteressensverbänden Aufsässigkeit gegenüber dem geistlichen Inspektor und hinter vielen Neuerungen freimaurerische 'Wühlar-

---

1) Bd. 70, S. 908 u. noch mehrfach wörtlich.

2) In den 70-er Jahren wurde die Trennung von Schul- und Kirchendienst weitgehend durchgeführt (Hessen, Sachsen,..) Dagegen waren in Bayern noch im Jahr 1899 von 7.100 Schulstellen 5.332 mit dem Kirchendienst allgemein, 4.432 davon mit den niederen Kirchendiensten wie dem Mesnerdienst verbunden. Vgl.: Nissl, Josef. Die Schulpolitik in Bayern von 1850 bis 1914 im Volksschulwesen. Staffelstein 1919 (als Diss.: Würzburg 1919), S. 259.

beit[1]. Dabei wurde meist nicht erwähnt, daß die Lehrervereine die Hauptarbeit leisteten für die notwendige finanzielle Besserstellung und soziale Absicherung der Lehrer, welche man selbst vielfach für notwendig erklärte. Vielmehr war man fixiert auf die Äußerungen pädagogischer Kongresse und Lehrerversammlungen und die dort tatsächlich zutage tretenden kirchenfeindlichen und nationalistischen Töne.

Auf dem Gebit der Volksschule wurden die Verstaatlichungtendenzen am gravierensten in den deutschen Ländern gesehen; vielleicht hängt das mit der zahlenmäßig geringeren Bedeutung privater und kirchlicher Schulträger in Deutschland (verglichen beispielsweise mit Frankreich) zusammen. Hier sahen die HpBl die Schule "gar zu sehr unter den Gesichtspunkt eine neuen Sparte der öffentlichen Verwaltung, gleich z.B. dem Hochbau-, Straßen- und Wasserbau-Wesen (fallen)"[2]. Diese Urteile über die Verstaatlichung stehen nicht für sich; es sei nur an die große Nationalisierungstheorie im Zusammenhang der Erklärung des Kulturkampfes erinnert[3]. War bei den konfessionellen Fragen der Elementarerziehung der Schwerpunkt auf den süddeutschen Ländern gelegen, so führte der Aspekt der nationalen Vereinheitlichung wieder mehr nach Preußen - abgesehen davon, daß es in der Hauptsache um den modernen Staat des 19. Jahrhunderts überhaupt ging. In verschiedenen Provinzen der preußischen Monarchie kam es zur Überschneidung von ethnischen und konfessionellen Gesichtspunkten. So wurde in den überwiegend von Katholiken besiedelten Provinzen Schlesien, Westpreußen und Posen das preußische Schulaufsichtsgesetz am schärfsten zur Geltung gebracht[4]; dabei berief sich Bismarck auf den für das Reich gefährlichen polni-

---

1) Vgl. Bd. 84, S. 502.
2) Bd. 83, S. 757.
3) Vgl. Kap. I.2.2.
4) Wie Bismarck selbst zugestand in seiner Autobiographie, a.a.O., S. 154 f. Dazu auch: Schmidt-Volkmar, Erich. Der Kulturkampf in Deutschland. Göttingen 1962, S. 82.

schen Separatismus[1]. Die HpBl bezeichneten den Reichskanzler als faktischen preußischen und durch Preußens Übergewicht im Reich auch als einen in der Verfassung nicht vorgesehenen - 'Reichs-Kultusminister'[2].

Die Nationalitätenfrage ging auch im neuen Reichsland Elsaß-Lothringen Hand in Hand mit der konfessionellen Problematik. Dort behielt zwar das Elementarschulwesen durch die preußisch geprägte Verwaltung die konfessionelle Trennung, jedoch war die höhere Schulbildung fast ausnahmslos protestantisch geleitet, der Orden der Schulbrüder vom Lehramt ausgeschlossen und die Lehrerbildung auf ausdrückliche Anordnung Bismarcks konfessionslos[3]. Den starken preußischen Einfluß im neuen Reichsland konnte man auch äußerlich in den vielen 'Wilhelms-Gymnaisen' sowie in den heftigen Reaktionen[4] auf die Berufung des Katholiken Martin Spahn als Professor für Geschichte an die Universität Straßburg (1901) erkennen. Die HpBl machten sich zum Sprecher der berechtigten Klagen aus dem neuen Reichsland, wiesen aber in objektiver Weise auf die unterschiedliche Besetzung des Amtes eines 'Oberpräsidenten' (ab 1879 'Reichsstatthalters') hin. Moellers herrisches Auftreten[5] habe eine tiefe Entfremdung zur einheimischen Bevölkerung geschaffen, dagegen sei es Mateuffel durch Einfühlungsvermögen gelungen, Vertrauen zu erwerben[6].

Die HpBl brachten viele Beispiele dafür, daß nichtdeutschsprachige Minderheiten wie Polen und Elsässer das Deutschtum meist in protestantisch-preußischer Ausformung er-

---

1) Vgl. Bismarck, Autobiographie, a.a.O., daselbst.
2) Bd. 69, S. 462.
3) Lt. Bd. 69, S. 474.
4) Darüber: Weber, Christoph. Der 'Fall Spahn' (1901). Ein Beitrag zur Wissenschafts- und Kulturdiskussion im ausgehenden 19. Jahrhundert. Rom 1980, S. 2 f.
5) Er wurde mit dem Ausspruch zitiert: "Das Elsaß wird nur gut deutsch werden,wenn es einmal protestantisch ist." (Bd. 113, S. 598).
6) Vgl. Bd. 87, S. 50 f.

fuhren. Ein verwandtes Problem gab es in Österreich durch den zwar zahlenmäßig geringen, aber lautstarken und auch im Parlament vertretenen 'Alldeutschen Verband'. Seine reichsdeutsch nationalistische Agitation wurde begleitet von der ebenfalls nationalistischen und antikatholischen 'Los-von-Rom'-Bewegung; als beider eigentliche Ziele trat die Zerschlagung des föderalistischen Vielvölkerstaates und der Anschluß des verkleinerten Deutsch-Österreich an das Wilhelminische Reich offen zutage[1].

Waren die HpBl bei der politischen Verfassung des Habsburger Reiches noch als Bewahrer einer einheitlichen Verfassung und gegen die Autonomiebestrebungen der Ungarn aufgetreten, so unterstützen sie die kulturelle Autonomie der nichtdeutschsprachigen Bevölkerungsteile gegen starke österreichische Germanisierungstendenzen; damit sind nicht die oben angedeuteten extrem nationalistischen Aktivitäten gemeint. Man bewies statistisch die Benachteiligungen nicht-deutschsprachiger Gebiete, z. B. auf dem Gebiet der weiterführenden Schulen[2].

An den Universitäten schlug sich der Zusammenhang zwischen Nationalismus und konfessionellen Gesichtspunkten hauptsächlich bei den Geisteswissenschaften nieder. Auf dem Gebiet der Theologie wurde ein Gegensatz zwischen germanischem und romanischem (das hieß oft 'unnationalem') Element hochstilisiert. Diese Zusammenhänge gehen hier nicht auf Deutungen der Zeitschrift zurück.

Das Ideal einer Universität, wie es in den HpBl gesehen

---

1) Darüber sehr viele Artikel in den HpBl der 90-er Jahre. Daß die oben genannten Ziele der nationalistischen und reichsdeutschen Agitation nicht eingebildet waren, ersieht man aus zahllosen Äußerungen der verschiedenen Bewegungen und Vereine; viele Beispiele (vor allem Proklamationen und Absichtserklärungen in eigenen Zeitungen zu ihren Zielen) finden sich erwähnt bei Funder, a.a.O., S. 219 ff. u. passim. Vgl. dazu Kap. IV.1.

2) Vgl. Bd. 57, S. 259 ff. u. Bd. 94, S. 200 f.

wurde mit ihrer korporativen Selbständigkeit in Berufungsfragen, in Lehrinhalten und selbst im Gebrauch eines universitären Zensurrechts, war weit entfernt von der Realität, welche man vorfand. Abgesehen davon hatte es diesen Zustand auch in früheren Jahrhunderten nicht gegeben. Neben dem Verhalten des zeitgenössischen Professorentums, das durch die Topoi 'staatliche Protektion', 'Cliquenbildung' u.s.w. einen ausgesprochen zeitlosen Charakter trug und deshalb hier nicht von Bedeutung ist, wurde der Protestantismus als für die Entselbständigung der Universitäten verantwortlich angesehen; territorialistisches Denken und Landesuniversitäten mit verpflichtendem Besuch für die spätere Anstellung im Staatsdienst schrieb man seinem innersten Wesen zu[1]; für diejenigen Universitäten, die ursprünglich auf katholischen Stiftungen beruhten, pochte man auf die Autonomiegarantien. Dabei galten den HpBl auch die Bestimmungen des Westfälischen Friedens als einklagbar[2]. Die Praxis der Gerichte sprach allerdings dagegen. So beschied im Jahr 1889 der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Klage eines Katholiken mit der Feststellung, daß die bayerischen Universitäten des konfessionellen Charakters entbehrten[3].

Daß man auf protestantischer Seite eifersüchtiger über den Charakter 'eigener' Universitäten wachte, sah man als verantwortlich an für die geschilderte Disparität: "Rein protestantische Universitäten gibt es in Deutschland mehrere, rein katholisch keine einzige"[4]. Diese Situation lag der Diskussion zugrunde, ob man den Charakter katholischer Stiftungsuniversitäten mit Hilfe juristischer Schritte wahren und an den übrigen Universitäten auf wirkliche Parität pochen

---

1) Vgl. Bd. 54, S. 333.
2) Vgl. Bd. 60, S. 806 und das entsprechende Zitat in Kap. I.2.4.
3) Vgl. Bd. 103, S. 241.
4) Bd. 101, S. 300.

oder ob man eine katholische Universität mit allen Fakultäten gründen sollte. In einer Schaden-Nutzen-Abwägung gab man zu bedenken, daß in letztgenanntem Fall "vielleicht ein kirchenfeindlicher Bureaukrat uns zurufen könnte: da habt ihr Eure katholische clericale Universität, überlaßt uns nur die übrigen..."[1]; dennoch entschieden sich der Katholikentag in Aachen (1862) und die HpBl für die gleichzeitige Verfolgung beider Strategien. Bereits bestehende katholische Universitäten, beispielsweise in den Vereinigten Staaten (Washington), in der Schweiz (Fribourg) und in Frankreich (mehrere; ihnen wurde nur wegen des staatlichen Universitätsmonopols der Name 'Universität' vorenthalten) diente als Ermutigung. Doch die finanziellen Ergebnisse der Anstrengungen reichten zur Gründung nicht aus.

Am Beispiel der Berufungen unter König Maximilian II. nannten die HpBl die 'Gravamina' der bayerischen Universitäts und Kulturpolitik und machten die Verbindungen zu preußisch-kleindeutschen Absichten deutlich. Damit gehört diese ganze Problematik im weiteren Sinn den Nationalisierungstendenzen zu. Entscheidend für die Urteile der HpBl war, daß die Berufenen als Propagandisten eines hohenzollerischen Kleindeutschland angesehen wurden und sich z.T. auch wohl selbst als 'gothaische' Vorposten verstanden (Sybel). Dazu sah man sie als Protestanten im Sinne des vom König verschiedentlich gewünschten 'Reinigens der Konfessionen von ihren Schlacken'[2] wirken. Die Ursachen der Öffnung nach Norddeutschland und der langsamen Entfremdung zu Österreich wurden mit den 'Zumuthungen der deutschen Politik'[3] wiedergegeben. Dazu etwas später.

Um die Berufenen nicht über Gebühr aufzuwerten, waren die einschlägigen Artikel von persönlichen Angriffen weit-

---

1) Bd. 51, S. 341 f.
2) Bd. 59, S. 960.
3) Bd. 56, S. 946 und S. 949 sowie Bd. 59, S. 954 und S. 956 (jeweils wörtlich).

gehend frei (Ausnahmen: Sybel und die früheren Berufenen unter König Max I.) und boten das Problem meist in Form übergreifender Zeitanalysen dar. Dazu hießen die Stichworte 'Triaspolitik', 'preußisches Hegemoniestreben' und 'Verhältnis von Regierung, Ultramontanismus und Volk in Bayern'.

Die Zurückhaltung gegenüber den Berufungen in den ersten Jahren der Regierung Maximilians II. war so demonstrativ angelegt, daß ihre Wirkung einer intensiven Beschäftigung mit dem Problem gleichkam. Indem nämlich die HpBl deutlich machten, welches Thema sie aussparten, brachten sie es nur um so prononcierter zur Sprache. Als ihnen nämlich die Berufungspolitik des Königs in den Jahren 1848 bis 1852 besonders auf den Nägeln brannte, brachten sie eine Aufsatzserie mit dem Titel "Historischer Commentar zu den neulichen Berufungen in Bayern"[1], die sich strikt auf die Zeit Max' I. beschränkte (Thiersch, Niethammer, Feuerbach ...). Als Feuerbach, selbst kein 'Nordlicht', damals aber an der Universität Kiel tätig, nach Bayern berufen worden war, hatte er zwei Freunde aus Jena nachgezogen: "Die bayerischen 'Berufungen' verbreiteten Erstaunen, wo immer man die 'Berufenen' kannte; wenn einer Protestant und Norddeutscher, oder gar Freimaurer war, brauchte er nur an irgend einen Vorläufer in München den Wunsch zu befördern, einen 'wissenschaftlichen Ruf nach Bayern anzunehmen', und sich sofort reisefertig zu halten, denn der 'Ruf' mit reicher Besoldung stand immer in Bereitschaft"[2].

Dieses Schema sah man auch bei den 'gothaischen' Berufungen unter Maximilian II.; dort spielte die Empfehlung Dönniges eine große Rolle[3].

Doch zurück zur Verbindung der Universitätspolitik mit der deutschen Politik, speziell mit der bayerischen Triaspoli-

---

1) 5 Artikel in Bd. 30.
2) Bd. 30, S. 282.
3) Vgl. Bd. 96, S. 567. Die folgenden Ausführungen stammen alle von Jörg.

tik. Was hatte sie mit den Berufungen zu tun? Jörg sah bei der bayerischen Regierung und vor allem bei König Maximilian II. die Idee zugrundeliegen, über eine erhöhte wissenschaftliche Bedeutung Bayerns den Anspruch auf eine politische, militärische und moralische Führungsstellung unter den Mittelstaaten zu erreichen[1]. Deutschland sollte auf Bayern blicken und Bayern sollte sich als das dritte, das eigentliche Deutschland zeigen. Dazu war es nötig, sich in politischer, militärischer, wissenschaftlicher und konfessioneller Beziehung in eine Mittelstellung zwischen die Großmächte Preußen und Österreich zu begeben. Die Spitze dieser Triaspolitik, die als bayerische Großmachtspolitik in illusionärer Weise Bayerns Beruf verkannt, seine Kräfte überschätzt und das Mißtrauen der anderen Mittelstaaten erregt habe, sah er in ungeschickter Diplomatie gegen den natürlichen Verbündeten Österreich und seine schützende Nähe gerichtet[2]. Erst infolge dieser Triaspolitik sei ein Königgrätz und eine preußische Hegemonie möglich geworden. Die Kontinuität dieser abschüssigen Bewegung lag für ihn seit etwa 1850 vor: "Um sich der Unterordnung in einem wiedergeborenen Deutschland zu entziehen, hat man im eigenen Land eine unerhörte Fremdherrschaft aufgerichtet"[3]. Das Ziel dieser Berufungspolitik wurde also darin gesehen, daß Bayern nicht zuletzt durch sie zu einer Vorhut der deutschen Bewegung werden sollte. Dabei seien einflußreiche Stellungen an Gelehrte vergeben worden, die sich nur nach außen hin zur Triaspolitik bekannt, sie aber innerlich verlacht hätten und deren Credo die preußische Hegemonie in Deutschland gewesen sei[4]. Jörg bezeichnete Sybel als den geschicktesten Taktiker des geschilderten Verhaltens: "Er ging nach München als oberster Leiter der Historischen Heranbildung Bayerns, dessen

---

1) Bd. 59, S. 956 und S. 959.
2) Vgl. Bd. 59, S. 962. Die bayerische Selbständigkeit glaubte Jörg nur garantiert im "Anschluß an die Erbmacht der alten deutschen Kaiser." (Bd. 59, S. 954).
3) Vgl. Bd. 56, S. 947.
4) Vgl. Bd. 59, S. 51 und S. 963.

Existenz-Berechtigung er heimlich läugnete. Er ging auch nach München als einflußreicher Rathgeber in der Umgebung des Souveräns, dessen Unterjochung durch preußische Diplomatie oder preußische Kanonen ihm als Postulat seiner wissenschaftlichen Forschungen feststand"[1].

Das Zitat stammt aus dem Jahr 1863, entstand also nicht rückschauend nach dem Deutschen Bundeskrieg. Dies zeigt, daß Jörgs ideengeprägt-hermeneutische Geschichtsbetrachtung in Verbindung mit psychologischen Urteilen über die Handelnden oft weitsichtig und richtig war.

In der Ursachenfindung für das Scheitern des bayerischen Triasprojektes dominierte ein österreichisch geprägter Blickwinkel, dem insofern zuzustimmen ist, daß Bayerns Bestrebungen, sich an die Spitze der Triaspolitik zu stellen und die genaue und ehrlich maklerische Mitte zwischen den Großmächten einzuhalten, von den anderen Mittelmächten mit Eifersucht beobachtet wurden. Dadurch sah sich der mittelstaatliche Standpunkt geschwächt und Preußens Politik erleichtert. Man wird vielleicht Jörg nicht in allem zustimmen können, doch kann man an seinem Ideengebäude, das er als Zeitgenosse entwarf, und an seiner psychologischen Zeichnung der handelnden Charakters nicht vorbeigehen.

Im Zuge dieses Strebens nach geistiger und politischer Vormacht Bayerns glaubten die HpBl auch dessen Stellung als 'katholischer Vormacht' in ideellem Sinn - so wie man sie unter König Ludwig I. gegeben sah - gefährdet. Als Triaspolitik auf kirchlichem Gebiet wurden die Bemühungen König Maximilians II., die Konfessionen "von ihren Schlacken zu reinigen"[2], interpretiert.

---

1) Bd. 49, S. 992 (mit der Leitung der 'Historischen Heranbildung Bayerns' war die ihm übertragene Leitung der 'Historischen Kommission' bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gemeint.)
2) Die HpBl beriefen sich mehrfach auf diese Äußerung Maximilians II. auf einem Symposium (Bd. 59, S. 960).

Daß es König Maximilian II. mit all den geschilderten Triasbemühungen ernst gemeint, an ihren Erfolg geglaubt und die verhängnisvollen Folgen nicht gesehen habe, wurde entlastend hervorgehoben; er sei der Lobhudelei in seiner Umgebung zum Opfer gefallen[1].

Die Kritik der Souveräne war in der journalistischen Freiheit der HpBl selbstverständlich inbegriffen. Doch war es für den konservativen und monarchischen Standpunkt der Zeitschrift bezeichnend, daß die Kritik an Souveränen anders ausfiel als die an Ministern; zudem war dies in jedem einzelnen Fall eine Frage der persönlichen Nähe. Während beispielsweise die Berufenen in der Umgebung König Maximilians II. erbarmungsloser Kritik preisgegeben wurden, nannte man die Politik des Königs selbst verschiedentlich nur 'unglücklich'[2]. Der badische Großherzog trat hinter das - allerdings politisch nur ihm verantwortliche - Ministerium Lamey oder Jolly zurück und wurde von der Kritik weitgehend ausgespart. Eine ähnliche Zurückhaltung wird sichtbar im Urteil über Kaiser Franz Joseph, dem man nach Einschätzung der HpBl den Abschluß des österreichischen Konkordats verdankte. Auch er verdiente deshalb Sachlichkeit in der Kritik, die man anläßlich der Kündigung des Konkordats auch an ihm vorbrachte: "Selbst bei der mildesten Beurtheilung kann allerdings der Thron nicht ganz von einem Theile der Mitschuld freigesprochen werden; denn von dem Moment an wo der von der liberalen Partei geforderte Pairsschub bewilligt worden war, wodurch die Regierungsmajorität im Herrenhause gesichert wurde, war ei-

---

1) Vgl. Bd. 63, S. 762. Auch die traditionelle Abneigung der Wittelsbacher gegen 'Ultramontanismus' und 'Jesuitismus' sei dabei geschickt ausgenutzt worden: Die Umgebung des Königs "brauchte nur eine ihr widrige Person oder mißliebige Sache als ultramontan darstellen, um dem überwindlichen Widerwillen des Königs den gewünschten Impuls zu geben. Daß aber der politische Anschluß an Österreich und die Solidarität der conservativen Interessen in den Bereich der ultramontanen Ideen mit eingeschlossen waren: das unterlag allerdings von vornherein keinem Zweifel." (Bd. 59, S. 955).

2) Wörtlich in Bd. 59, S. 50, S. 953 und S. 964.

gentlich das Schicksal der sogenannten confessionellen Gesetze schon entschieden"[1].

Dagegen wurde Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha als preußischer Parteigänger und Kleinfürst dem Spott preisgegeben: "Aber das wissen wir, daß er es fertig gebracht hat, vom Januar bis zum November e i n e s Jahres zwei Programme auszugeben, von welchen das eine ebenso entschieden großdeutsch als das andere entschieden kleindeutsch war. Jetzt geht Herr Ernst in die Wüste und schämt sich"[2].

In den letzten Regierungsjahren Maximilians II. glaubten die HpBl einen gewissen Stimmungsumschwung konstatieren zu können. Dönniges, Bluntschli und Sybel hatten 'zu hoch gepokert' (letzterer wollte angesichts der zunehmenden Anfeindungen seiner Person die Garantie einer lebenslänglich gesicherten Anstellung[3]) und wurden deshalb 'nicht gehalten', als ihnen Stellungen in anderen Staaten angeboten wurden. Zum Beweis der endlichen Berechtigung dieses Stimmungsumschwunges konnte man selbst auf einen Sinneswandel der den HpBl gewiß nicht sonderlich gewogenen 'Allgemeinen Zeitung' verweisen, die sich vorsichtig korrigierte bezüglich der Bedeutung bisher von ihr herabgespielter gothaischer Tendenzen[4].

Seitdem der Nationalliberalismus durch die Berufungen mit dem Ziel bayerischer Großmachtspolitik (so die Interpretation der Triaspolitik in den HpBl) in einflußreiche Stellungen gelangt war, sah man eine konservative Partei zur Opposition gezwungen; das Volk, das in den Landtagswahlen mehrheitlich diese konservative Politik wünschte, habe dadurch in der Kammeropposition und in der katholischen Kirche seine Verbündete

---

1) Bd. 62, S. 161 (die sog. 'confessionellen Gesetze' folgten der Kündigung des Konkordats im Zusammenhang mit dem Staatsgrundgesetz und brachten eine der katholischen Kirch ungünstigere Neuregelung).
2) Bd. 49, S. 430. (Hervorhebung im Original).
3) Vgl. Bd. 49, S. 996.
4) Lt. Bd. 49, S. 995.

gesehen[1]. Die als 'ultramontan' gekennzeichnete Politik wurde also von den HpBl als Volkspolitik ausgewiesen; daher könne man "in Bayern als 'Ultramontaner' passieren ... ohne der katholischen Kirche überhaupt anzugehören ..."[2], und es wäre dazu gekommen, daß "sowohl Ministerium als Kammer jede Berufung auf den Willen des bayerischen Volkes als eine Art Beleidigung empfanden"[3]. Die Minister wurden beschuldigt, auf den Beifall des fremden Professorentums zu schielen[4].

Die Ursache für die unglückliche Politik Bayerns in den Jahren 1864 bis 1866 erblickten die HpBl in der schwierigen Erbschaft, die König Ludwig II. angetreten habe und in den 'fremden Fehlern'[5], womit die oben beschriebene Politik gemeint war. Ein Kurswechsel des jungen Königs sei dadurch verhindert worden, daß die Vertrauten seines Vaters ihn auf die Fortsetzung von dessen Politik festgelegt hätten[6].

Die meisten der zu dem Problem der Berufungen und der Universitäten in Bayern Bezug nehmenden Artikel sind von Jörg selbst, und wenn dabei mehr von der 'Deutschen Frage' als von den Universitäten und der Akademie die Rede ist, so sieht man die in seinen Augen wichtigsten Konsequenzen der Nationalisierungs- und Vereinheitlichungstendenzen.

War von Berufungen norddeutscher und kleindeutsch gesinnter Professoren die Rede, so fiel der Blick häufig auch auf Baden. Dort sah man die 'Neue Aera' im Anschluß an die proklamierte 'deutsche Politik Preußens' mit der Kündigung des Konkordats beginnen, mit der das Land in die Hände einer 'nationalvereinlichen Professorenclique'[7] gefallen sei. In Baden war es schon in den 40-er Jahren zum Streit um die

---

1) Vgl. Bd. 63, S. 766 ff.
2) Bd. 63, S. 766.
3) Bd. 63, S. 760.
4) Daselbst.
5) Bd. 56, S. 943.
6) Vgl. Bd. 59, S. 41.
7) Bd. 52, S. 859.

Berufungen an die Universitäten Heidelberg und Freiburg gekommen. An letzterer wurden in den Jahren 1840 bis 1852 gegenüber 11 Protestanten nur 7 Katholiken berufen[1]. Dabei war die Universität Freiburg - wie man betonte -[2] aus einer katholischen Stiftung hervorgegangen."

Zum Schluß dieses Kapitels sei noch eine krasse und konkret sichtbare Schädigung bedeutender Kulturwerke durch Verstaatlichung genannt, welche in den HpBl ihren Niederschlag fand; es handelte sich um die im Jahr 1873 im Königreich Italien verfügte Vereinigung von 63 Klosterbibliotheken zur 'Bibliotheca Vittorio Emmanuele'. Der Untertitel des Aufsatzes lautete bezeichnenderweise: "Eine italienische Räubergeschichte"[3]. Beklagt wurde nicht nur die formal legalisierte Enteignung, sondern auch die unersetzlichen Verluste im Zuge der Durchführung dieser Maßnahmen; dabei war es zu einem bedeutenden Ausmaß an Diebstählen und Verschleuderungen zu Spottpreisen gekommen, "und dieß alles im Zeitalter glorreichster Aufklärung, unter der Herrschaft der geräuschvollsten Propheten der Humanität, der absoluten Wissenschaft und des unendlichen Fortschritts"[4].

---

1) Vgl.: Dor, Franz. Franz Joseph Ritter v. Buß in seinem Leben und Wirken geschildert. Freiburg i.Br. 1911, S. 140.
2) Vgl. das Kapitel über die Eigentumsproblematik (I.2.4).
3) Bd. 87, S. 424 ff.
4) Bd. 87, S. 447.

IV. KATHOLISCH/PROTESTANTISCHE POLEMIK

IV.1. DAS GEBIET DER PARITÄT UND DER KATHOLIKENFEINDLICHE ZEITGEIST

Unter 'Polemik' soll hier auch noch neutral verstanden werden: harte und streitbare Auseinandersetzung, hauptsächlich in wissenschaftlich-publizistischer Form[1]. Die abwertende Komponente trat dann vielfach hinzu, und Gehässigkeiten auf beiden Seiten kommen hier ebenfalls zur Sprache. Es sollte nur zu Beginn des Kapitels klargestellt werden, daß das Abwertende nicht notwendig zum Begriff der Polemik gehört, auch wenn es sich in der Praxis vielfach ergab.

Das Streitbare, das dem Begriff 'Polemik' eignet, wäre ohne das Beisein des Staates zwangsläufig auf das theologische Gebiet beschränkt geblieben; das klingt zwar banal, aber es soll doch angedeutet werden, daß ein großer Teil der Polemik ohne das Beisein eines Dritten (des Staates) und sein Verhältnis zu beiden Konfessionen wesentlich weniger Konfliktfelder umfaßt hätte. Auf theologischem Gebiet wurde der Auseinandersetzung mit abweichenden Meinungen im Katholizismus - im Rahmen des ohnehin beschränkten theologischen Spektrums der HpBl - mehr Bedeutung beigemessen als der Auseinandersetzung mit dem Protestantismus, wie schon die Lektüre weniger Jahrgänge zeigt. Die Auseinandersetzung mit dem Protestantismus trug also wesentlich politische Züge und stellte beispielsweise auf die Kirchenverfassung ab, die ja nicht mehr zum rein Theologischen gehört.

Von 'Parität' erwarteten sich die HpBl die Respektierung der Verschiedenheit der Kirchenverfassungen und den Schutz

---

1) So sprachen die HpBl selbst von 'katholischer Polemik' (Bd. 31, S. 855); auch auf protestantischer Seite gibt es Beispiele dieser Verwendung, so Karl Hases 'Handbuch der protestantischen Polemik gegen die römisch-katholische Kirche' (Bespr. in Bd. 73, mehrere Artikel).

für eine freie Entwicklung gemäß derselben für jede Religionsgemeinschaft als rechtliche Konsequenz[1]. Parität setzte also den von einem Dritten (dem Staat) gesteckten Rahmen voraus. Deutlich schied man 'echte' Parität von mechanischer Gleichbehandlung ('Zählparität'), welche man einer Intoleranz gleichkommen sah; als Beispiel 'echter' Parität im Sinne der Respektierung der Angelegenheiten einer Minderheit sei zum wiederholten Mal auf die Erwähnung der Errichtung einer 'katholischen Abteilung' im preußischen Kultusministerium im Jahr 1849 verwiesen[2].

Wieder überrascht nicht, daß Einzelnachweise von Benachteiligungen der katholischen Kirche oder des katholischen Bevölkerungsteils einer grundsätzlichen Betrachtung nur angegliedert waren und nie ohne größeren Zusammenhang gebracht wurden, denn man wollte die Wurzeln 'systematischer' Benachteiligung bloßlegen. Als psychologische Voraussetzung aller Aussagen der HpBl über diesen Gegenstand muß dabei die Einschätzung zugrundegelegt werden, man habe sich "in Deutschland auf allen Gebieten des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens auf Schritt und Tritt gegen den Protestantismus zu vertheidigen, der von allen Regierungen unterstützt, im Besitz aller Machtstellungen sich befindet"[3]. Dazu kamen viele Klagen über die Feindseligkeit des öffentlichen Lebens und der modernen Kultur insgesamt gegenüber dem Katholizismus. Diese Einschätzung sprach aus der Sicht vieler Protestanten gegen den Ankläger selbst und erwies dessen Feindschaft gegenüber der modernen, auch wissenschaftlich-technischen Kultur; damit verband sich auch der häufige Vorwurf der 'Rückständigkeit' an die Adresse des Katholizismus. Erst mit der Regierungsbeteiligung des Zentrums und der vielerorts erfolgten konservativen Wende der 90-er Jahre war

---

1) Vgl. Bd. 59, S. 552.
2) Vgl. Bd. 48, S. 851. (vgl. auch frühere Kapitel.)
3) Bd. 103, S. 303 f.

eine breitere Aussöhnung dieser Gegensätze möglich.

Natürlich gab es auch einflußreichen protestantischen Widerstand gegen Neuerungen in Staat und Gesellschaft. Doch cum grano salis war die im Anschluß an das Zitat geschilderte Konstellation als Hintergrund der katholisch/protestantischen Polemik anzusehen, und die Einschätzung des Zeitgeistes als dem Katholizismus feindselig verursachte das Bewußtsein, daß die Auseinandersetzungen um die Parität oft nicht zwischen zwei gleichermaßen unabhängigen und gleichstarken Parteien, sondern zwischen einem angreifenden und einem angegriffenen Teil ausgetragen wurden. Nicht immer konnten sich die HpBl von den Konsequenzen dieser Vorstellung freimachen und gelassener argumentieren.

Das Gefühl des Angegriffenseins brachte neben der generellen Paritätsdiskussion auch statistisches Material in die Zeitschrift. Dieses gab nie Anlaß zu Gegendarstellungen und untermauerte eine in der Tat oft real existierende Unterrepräsentation sowie einige Fälle klarer Benachteiligungen, vor allem in der Staatsverwaltung und bei den Hochschullehrstühlen. Strittig war am Problem der Unterrepräsentation, ob ihre Ursachen in einem resignativen Rückzug der Katholiken aus vielen gesellschaftlichen Bereichen (besonders Wirtschaft und Technik) oder hauptsächlich in Benachteiligungen lagen. Diese Frage wurde lange nicht eindeutig beantwortet, doch verharrte man auch z.T. in den HpBl in einer Haltung, die später von Frhrn. v. Hertling im Zusammenhang mit dem Problem 'Bildungsdefizit der Katholiken?' als 'Quietismus' bezeichnet und für die zahlenmäßige Unterrepräsentation der Katholiken an weiterführenden Schulen, Universitäten und im Staatsdienst zumindest m i t verantwortlich gemacht wurde. Wenn sich dieser Quietismus auch zuweilen in den HpBl findet, so muß dies noch kein Widerspruch sein zu dessen kämpferischem Charakter, da insgesamt der Quietismus erstens nicht dominierte und zweitens nicht die Haltung in der Situation einer freien und gleichen Konkurrenz darstellte, sondern auf der Annahme einer Vorweg-Benachteiligung des Katholizismus

basierte und von daher zu pessimistischen Einschätzungen kam.

Da die statistischen Aufstellungen nicht selbst Anlaß zu Kontroversen boten, sind Einzelheiten unwichtig; die Mehrheit des dargebotenen Zahlenmaterials betraf die Parität auf den eben angesprochenen Gebieten sowie bei Besoldungsfragen und staatlichen Zuschüssen für verschiedene Vereinigungen auf konfessioneller Grundlage[1]. Deutlich muß betont werden, daß die HpBl - wie es in dem Eingangszitat zum Ausdruck kommt - die Entfaltung des Katholizismus fast überall behindert sahen und nicht nur in Staaten mit überwiegend protestantischer Bevölkerung. Von der Beilegung der Kölner Wirren bis zur Reichsgründung wurden die katholischen Angelegenheiten in Preußen vielfach sogar als besser geschützt gesehen als in Bayern oder Österreich. Für Preußen wurde jedoch stets unterschieden zwischen der anerkannt hervorragenden Rechtsstellung der katholischen Kirche aufgrund der Verfassung von 1850 und ihrer tatsächlichen Benachteiligung im öffentlichen Leben, vor allem durch die niederen und lokalen Verwaltungen. In Bayern blieb trotz des liberalen Vereinsgesetzes von 1850 das Verbot des Jesuitenordens bestehen, welcher hingegen in Staaten mit überwiegend protestantischer Bevölkerung wie England, Holland und Preußen (als auch in China, wie man hinzufügte, um das bayerische Verbot ins rechte Licht zu rücken) ungehindert seine Tätigkeit entfalten durfte[2]. Am Beispiel Badens mit seiner zu zwei Dritteln katholischen Bevölkerung sah man eine starke Amalgamierung des Protestantismus mit einem preußenfreundlichen Nationalliberalismus[3]. An diesen Einschätzungen wird deutlich, daß in der Benachteiligung des Katholizismus ein weitgehend länderunab-

---

1) Dazu einige Aufstellungen in den HpBl, z.B. Bd. 50, S. 514, Bd. 65, S. 171, Bd. 109, S. 526 ff. und Bd. 117, S. 272 ff.
2) Vgl. Bd. 60, S. 390.
3) Vgl. Bd. 52, S. 859.

hängiges und eigentlich zeitbedingtes Phänomen erblickt wurde.

Die von den HpBl behauptete staatliche Favorisierung des Protestantismus wurde ergänzt durch protestantische Parteinahme für den Staat und gegen die katholische Kirche. Als deutlichste Indizien wurden die Weigerung der Mehrheit protestantischer Abgeordneter, die Autonomiegarantien der preußischen Verfassung von 1850 in die Reichsverfassung aufzunehmen[1] sowie die Agitation des 'Evangelischen Bundes' gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes[2] vorgebracht. Der Kulturkampf trug ein weiteres dazu bei, daß sich auch die Orthodoxie des deutschen Protestantismus, verkörpert in der 'Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung', mit den staatlichen Maßnahmen solidarisierte. Teile des folgenden Zitats aus diesen Organ im Jahr 1872 wäre sowohl einige Zeit früher als auch einige Zeit später undenkbar gewesen: "Das Papstthum ist von Übel, und das römische Wesen ist wider das Evangelium, und zwischen ihm und uns ist kein Friede ... Man hat den Krieg begonnen, man muß ihn energisch führen, wenn nicht das Übel ärger werden soll. Wir wiederholen: wir müssen in dem Kampf zwischen dem Staat und der römischen Kirche auf der Seite des Staates stehen; denn er vertritt das göttliche Recht und der Sieg der römischen Kirche wäre unser Unglück .. Was Rom an den Hohenstaufen gesündigt ... (u.s.w.)"[3] Der Hinweis auf die Hohenstaufen zeigt den häufigen Anspruch protestantischer Intellektueller, das Deutschtum reiner und besser zu verkörpern. Er gibt auch einen Hinweis auf die zeitweilige Vergiftung des konfessionellen Klimas.

Den deutlichsten Beweis des Zusammenwirkens zwischen alldeutsch geprägtem Nationalismus und (allerdings verschwindend kleinen Teilen des) Protestantismus erblickte man in der

---

1) Vgl. Bd. 67, S. 834 ff.
2) Vgl. Bd. 112, S. 917.
3) Zit. nach HpBl Bd. 70, S. 542 f.

'Los-von-Rom'-Bewegung, die vor allem in Österreich und Bayern agitierte. Ihr Entstehen fiel zeitlich zusammen mit der Ausdehnung des 'Alldeutschen Verbandes' (gegr. 1891), von dem sie auch - wie noch vom 'Evangelischen Bund' und dem 'Gustav Adolf-Verein' - unterstützt wurde[1]. In Österreich wurde als das Ziel der 'Los-von-Rom'-Bewegung vor allem die Schürung von Nationalitätenproblemen angegeben[2], also eindeutig politische Ziele. Dazu sei noch einmal auf die zahlreichen Beispiele extrem völkischer und antirömischer Äußerungen bei Funder verwiesen[3]. Viele der Initiatoren der österreichischen 'Los-von-Rom'-Bewegung waren Reichsdeutsche. Flugblätter dieser Bewegung, die sich als 'Organisation kirchlicher Reformbestrebungen'[4] bezeichnete, zeigen eine Mischung konfessioneller und extrem nationalistisch-völkischer Agitation. Die HpBl betonten allerdings stets, daß der konfessionelle Gesichtspunkt nur vorgeschoben werde und nur einige wenige irreführe; im übrigen habe die Bewegung politische Ziele. Zum Beweis zitierten sie aus einem der Pamphlete: "Ja, es ist unbedingt notwendig, s o l l u n s e r g e l i e b t e s d e u t s c h e s O s t m a r k v o l k n i c h t n a t i o n a l , w i r t h s c h a f t l i c h

---

1) Lt. HpBl, Bd. 125, S. 690.
2) Vgl. auch (zustimmend) Funder, a.a.O., S. 228.
3) Georg von Schönerer in der Leipziger Wochenschrift 'Der Hammer': "Los von der Weltwölfin Rom! An der Wende des Mittelalters ist eines entstanden, das der Weltwölfin, soweit sie sich in deutschen Landen sattgefressen, beinahe den Garaus gemacht hätte: von der Nordsee bis zur Adria, vom Rhein bis zur Memel war die Losung: Los von Rom!" (vgl. Funder, a.a.O., S. 219). Die völkischen Elemente (z.B. 'Wotansgedichte') waren in dieser Bewegung schon damals an der Tagesordnung (vgl. Funder, a.a.O., S. 222 f.). Die Abtrennung der nicht-deutschsprachigen Gebiete von Österreich und der Anschluß des verkleinerten Österreich wurden selbst als Ziele genannt, z.B. in der 'Ostdeutschen Rundschau' (vgl. Funder, a.a.O., S. 222 f.). Schönerer im österreichischen Abgeordnetenhaus: "Hoch und Heil den Hohenzollern!" (Vgl. Funder, a.a.O., S. 228).
4) Das Organ dieser Bewegung, hrsg. von Julius Lang, trug den Titel: 'Los-von-Rom. Organ der kirchlichen Reformbestrebungen in Ungarn, Österreich und Deutschland.'

und sittlich verkommen, daß wir von der Römerkirche uns lösen und einem freien, deutschen, durch und durch sittenreinen Bekenntnisse, dem evangelischen Glauben uns zuwenden."[1)]

Auch in Bayern war diese Bewegung anzutreffen, allerdings beschäftigten sich die HpBl nur mit der Agitation dieser Bewegung in Österreich. In einem Aufruf an die 'katholischen Männer Bayerns'[2)] hieß es: "Ein Vernichtungskampf ist entbrannt, aber nicht gegen das wahre Christenthum, sondern gegen die Hierarchie, gegen die römisch jesuitische Herrschaft... Nur derjenige, der sein Vaterland nicht liebt, kann sich in Rom einen Herrn denken, dem unser edles Herrscherhaus für ewige Zeiten unterstellt sein soll! Wer ist da der Hochverräther? Der Römling, der seinen Herrn im fremden Lande allein anerkennt... Kein Bayer wird solch ein Römling sein wollen!"[3)]

Da die Erfolgsmeldungen der 'Los-von-Rom'-Bewegung stets in erfolgten Übertritten zum Protestantismus bestanden[4)] bildeten sie für die HpBl einen Teil der Polemik, wobei sich allerdings eine breite Mehrheit im Protestantismus mit diesem im Grund nationalistischen Treiben nicht identifizierte. Doch sah man im 'Evangelischen Bund' und im 'Gustav Adolf-Verein' nützliche Helfer einer politischen Bewegung, welche die religiöse Emotion nur als Mittel einsetzte[5)]. Das, und die politische Führerschaft der 'Alldeutschen' konnte man durch einen Ausspruch ihres bekanntesten Repräsentanten und Vertre-

---

1) Bd. 126, S. 523. (Hervorhebung im Original).
2) Broschüre im BHSt (M Ju 17 327). Herausgeber war ein 'katholischer Preßverein für Bayern'.
3) Daselbst, o.S. (Hervorhebungen im Original).
4) Vgl. Bd. 125, S. 689.
5) Vgl. Bd. 125, S. 432.

ters im österreichischen Abgeordnetenhaus, Georg Schönerer klar erweisen: "Uns Alldeutschen ist auch die Los von Rom-Bewegung keine religiöse Bewegung, sondern eine Regung der deutschen Volksseele gegen Pfafferei"[1].

Solch plumpe Vereinnahmungen des Deutschtums waren einer Widerlegung nicht wert, aber mit dem häufigeren Vorwurf der Reichsfeindlichkeit und des mangelnden Deutschtums, die von Seiten Bismarcks und der Nationalliberalen und nicht in dieser Form kamen, setzte man sich doch ernsthaft auseinander. Man suchte zu erweisen, daß katholischer Universalismus und eine Verteidigung des Sonderlebens der österreichischen Völker keineswegs mit wohlverstandenem deutschem Patriotismus in Widerspruch standen. Das einigende Band eines Volkes wurde in übergreifender (beispielsweise europäischer) kultureller Gemeinsamkeit unbeschadet des Zusammenlebens verschiedener Nationalitäten in einem Staat gesehen. Dieser bedurfte nicht notwendigerweise einer starken militärischen und bürokratischen Klammer; dies lebte trotz der Aussöhnung mit dem Deutschen Kaiserreich als Idee in den HpBl weiter.

Der zuweilen als stark protestantisch empfundene Meinungsdruck im Deutschen Reich ließ ein Schweigen der Zeitschrift in dieser Frage nicht zu. Daß man sich dabei auf Argumente stützen konnte, die, wie der Hinweis auf den stabilisierenden Faktor der katholischen Kirche gerade in Monarchien schwer wogen, brachte ein großes Maß an Gelassenheit in die Widerlegungen. Dieses Maß blieb auch gewahrt trotz der Veröffentlichung einer Statistik[2], welche ein starkes Anwachsen der Sozialdemokratie gerade in überwiegend protestantisch besiedelten Gebieten untermauern sollte. Diese Art von Argumentation ist erklärbar durch den oft erkennbaren Zug der Zeit, einen Widerspruch zwischen deutschem Wesen und Katholi-

---

1) Zit. nach HpBl, Bd. 125, S. 432. Viele ähnliche Stellen dazu bei Funder, a.a.O., S. 222 f. und passim.
2) Vgl. Bd. 123, S. 168.

zismus zu behaupten.

Als einen wichtigen Grund für vielfache Benachteiligung des Katholizismus machten die HpBl stets auch staatliche Reaktionen auf die Verfaßtheit der katholischen Kirche im weitesten Sinn aus, d.h. auch auf ihre sichtbare Präsenz; den Protestantismus sah man analog dazu favorisiert, da seine Kirchenverfassung eine weltliche Mitregierung in den Synoden und die oberste Leitung durch den Landesherrn vorsah.

Im Zusammenhang mit der Kirchenverfassung stößt man in den HpBl immer auf die Begriffe (katholische) 'Objektivität' und (protestantische) 'Subjektivität'. Objektivität und Subjektivität lagen dabei nicht auf der Stufe von Meinungen einzelner Mitglieder der Glaubensgesellschaften, sondern betrafen die gesamte Verfaßtheit. Die Hierarchie der katholischen Kirche ermöglichte nach Meinung der Zeitschrift die unverfälschte und nicht durch Einzelansichten (z.B. in der Bibelauslegung) beeinflußte Tradierung der Glaubenswahrheiten[1]. Das Traditions- und Gehorsamsprinzip der katholischen Hierarchie wurden dabei als Schranke gegen den Subjektivismus von Einzelmeinungen hervorgehoben.

In den protestantischen Bekenntnissen schützte man nach Ansicht der Zeitschrift die Kirche zu wenig als übernatürliche Heilsanstalt und zu sehr als Menschenwerk ein. Die synodale Verfaßtheit bringe zwangsläufig auch Abstimmungen über Bekenntnisse, d.h. in Glaubensfragen, mit sich.

Dabei wurde die'per majora' gebilligte "'bekenntnislose' preußische Union"[2] als besonders willkürlich bezeichnet; in ihrer Entstehung versuchte man Verbindungen zur politischen Unionspolitik Preußens aufzuzeigen[3]. Da über Glaubensangelegenheiten von wechselnden Regierungen und Synoden mitentschieden werde, machte man eine Gefährdung der Religion durch tagespolitische Meinungen aus und begründete so den

---

1) Vgl. Bd. 35, S. 456.
2) Bd. 32, S. 552.
3) Vgl. Bd. 32, S. 553.

Vorwurf der 'Subjektivität': "Weil der Protestantismus seine Wurzeln in die Zeitlichkeit einschlug, entbehrte er auch der inneren Selbständigkeit und war den Zeitrichtungen preisgegeben"[1]. Als solche nannte man meist Liberalismus und Rationalismus; letzterer habe beigetragen zur Ersetzung des Übernatürlichen durch eine philosophische Grundlage[2].

Nach Jörgs Bild[3] zerfiel jedes der drei protestantischen Hauptbekenntnisse (lutherisches, calvinistisches, preußische Union) wieder in verschiedene Strömungen (z.B. 'Altlutheraner', 'Neulutheraner'), welche oft auf theologisch Schulen verschiedener Universitätsstädte zurückgingen. Dadurch sah er die katholische Polemik stets zu einschränkenden Ausnahmen[4] gezwungen: "Die katholische Polemik hat ihre wahre Qual an dem ins Unbestimmte dehnbaren Umfang des Begriffs 'Protestant' oder 'evangelischer Christ'! Wenn man von K a t h o l i k e n spricht, so weiß Jedermann, was damit gemeint ist; der Titel 'Protestant' aber, oder auch 'evangelischer Christ', vindicirt sich alles vom buchstabengläubigsten Confessionalisten bis zum gemeinsten Aufkläricht des Freimaurers und den inspirirten Heiligen der unzähligen Sektlein"[5].

Damit wurde Partei genommen für die orthodoxere Richtung innerhalb des protestantischen Spektrums[6] und die Frage der Kircheneinheit in den 50-er Jahren neu und hoffnungsvoll auf-

---

1) Bd. 21, S. 85.
2) Daselbst. In diesem Zusammenhang wurden häufig die philosophischen Systeme Kants und Hegels angeführt.
3) Vgl. die Artikelserie Jörgs von Bd. 33 bis Bd. 40 ('Streiflichter') und die Ausführungen dazu in Kap. II.2.
4) Vgl. Bd. 35, S. 1008 sowie das folgende Zitat.
5) Bd. 31, S. 855 (Hervorhebung im Original).
6) Z.B. im Streit zwischen dem orthodoxen Oberkirchenrat in Baden und den sog. 'freien Gemeinden' (vgl. Bd. 45, S. 217 ff.). In der Unionskirche sahen sich die Lutheraner unterrepräsentiert und verurteilten "die Irrthümer der Reformierten nicht weniger als die der Katholiken." (Bd. 35, S. 671).

geworfen, übrigens auch, was die Überwindung des Schismas zur orthodoxen Kirche des Ostens betraf. Die Tatsache, daß man sich in dieser Differenzierung innerhalb des Protestantismus auch geeigneter Kommentare der anderen Seite bediente, war nicht sensationell. So wurde die orthodoxe 'Evangelische Kirchenzeitung' anläßlich einer bevorstehenden Berliner Generalsynode mit der resignierenden Feststellung zitiert: "So verwirrend sind die Verhältnisse unserer Kirche, so abhängig von den Maßregeln, welche in den nächsten Wochen und Monaten getroffen werden müssen, so verflochten in die Irrgänge einer hohen und niederen Politik, daß Niemand, er müßte denn Prophet seyn, das Bild der kommenden Tage zeichnen kann"[1].

Auf konservativ protestantischer Seite war man sich nach Meinung der HpBl unklar über die Gefährdung jedes positiven Bekenntnisses durch das angesprochene subjektive Prinzip. Ausgenommen von diesen und früheren Vorwürfen wurde nur eine Minderheit: Ernst Ludwig Gerlach, Heinrich Leo, Justus Gruner, Julius Stahl und Otto von Manteuffel[2].

IV.2. KONVERSIONEN UND GEGENSEITIGE MISSIONSTÄTIGKEIT; DIE ZUSPITZUNG DER KONFESSIONELLEN POLEMIK

Wie bereits bei der Besprechung der neuesten Entwicklung im Protestantismus (Jörgs Aufsatzserie) angesprochen wurde, zeigte sich in den HpBl die Hoffnung auf einen Klärungsprozeß, im Laufe dessen sich die 'positiven' und 'einsichtigen' Protestanten entweder von Rationalisten und Schwärmern in ihrer Kirche trennen und eine dogmatisch gefestigte Kirche errichten oder aber -konvertieren würden. Die Entwicklung der Konversionen seit der Romantik verleitete vielfach zu großen Hoffnungen.

---

1) Bd. 77, S. 221.
2) Vgl. Bd. 103, S. 298 (Weitere Ausnahmen in Bd. 35, S. 298).

Anders sah es dagegen bei den summierten Konfessionsstatistiken im gesamten Deutschen Reich (vorher lassen sich solche Zusammenstellungen nicht finden) aus. Dort wurden stetige Verluste im Verhältnis zu den Protestanten ausgemacht. Die Konfessionsstatistiken beider Religionsgesellschaften im 19. Jahrhundert waren von einem heute nicht mehr existenten Bewußtsein getragen, daß ein zahlenmäßiger Verlust der eigenen Konfession schwerwiegende Folgen für ihre Bedeutung mitbringen werde; das galt besonders für Gebiete mit konfessioneller Minderheiten. So wurde gerechnet mit 'Aufholen' und 'Überholen', mit der Vermehrung und Verminderung des Standes an Glaubensgenossen (absolut und prozentual), und es wurden Statistiken erstellt über Geburten, Taufen, Anzahl der Theologiestudenten u.s.w. Dabei traf das Rechnen mit Zu- und Abgängen auf Interesse bei den Zeitgenossen, auch wenn uns heute diese Rechnungen als unwichtig erscheinen.

So wurde beispielsweise die Entwicklung des zahlenmäßigen Verhältnisses der Katholiken zu den Protestanten zwischen 1871 und 1885 verglichen, und resümiert: "Hätten sich diese (Anm.: die Katholiken) aber ebenso stark gemehrt als die Protestanten, so wären es 17.070.393 gewesen. Es fehlen also 288.421 Katholiken, um gleichen Fortschritt mit den Protestanten zu halten. In 15 Jahren eine Minder-Mehrung von 288.421 Seelen macht jährlich einen Verlust von 19.228 Seelen, in einem Jahrhundert einen Abgang von 1.922.800 Seelen, also fast zwei Millionen"[1]. An anderer Stelle heißt es beim analogen Vergleich zwischen 1867 und 1891: "Die Katholiken haben also 6 Tausendstel verloren, die Protestanten 7 Tausendstel gewonnen"[2]. Solche Zählungen sind erst seit der Reichsgründung angestellt worden[3], was z.T. auch als Erklärung für diese Beschäftigung herangezogen werden kann; sie entsprang nämlich der Sorge, im Neuen Reich zunehmend

---

1) Bd. 106, S. 116.
2) Bd. 112, S. 422.
3) Zum erstenmal in Bd. 68, S. 41 ff.

majorisiert zu werden. Als Ursache dieser zahlenmäßigen katholischen Verluste gab man die Benachteiligung vor allem in norddeutschen Gebieten an, welche für katholisch getaufte Kinder zu erwarten waren[1]. Deshalb würden Kinder aus konfessionell gemischten Ehen fast immer dem katholischen Bekenntnis verlorengehen.

Ansonsten war man sich aber des psychogisch wichtigen 'Konversionsgewinnes' bewußt, der seit der Romantik anhielt und bedeutende Namen - auch unter den Mitarbeitern der HpBl -[2] enthielt. Die Besprechung der 'Konvertitenlexika' von Rosenthal[3] (für das 19. Jahrhundert) und Räß[4] (auch frühere Jahrhunderte) sowie die Veröffentlichung von Konversionsschriften[5] sollten den bedeutungsmäßigen Aufschwung der katholischen Kirche, vor allem in überwiegend protestantisch besiedelten Gebieten wie England[6] und Preußen[7] erweisen. Am Konvertitenlexikon des Bischofs Räß und an seiner Besprechung in den HpBl fällt allerdings auf, daß politisch motivierte Konversionen wie die des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg, des Herzogs Ulrich von Württemberg oder des Kurfürsten August des Starken von Sachsen unbedenklich mitgezählt wurden. Zur letztgenannten Konversion aufgrund der angestrebten polnischen Königskrone schrieben die HpBl: "Daß er aber nicht aus innerer Überzeugung Katholik geworden,

---

1) Vgl. Bd. 68, S. 47 und Bd. 106, S. 117.
2) Vgl. dazu Kap. II.6. in Teil B.
3) Rosenthal, a.a.O. Besprechungen in Bd. 58, S. 906 ff., Bd. 65, S. 359 ff. und Bd. 69, S. 613 ff.
4) Räß, Andreas. Die Convertiten seit der Reformation nach ihrem Leben und aus ihren Schriften dargestellt. 10 Bde. Freiburg i. Br. 1867-1871. Besprechungen in Bd. 59, S. 116 ff., Bd. 72, S. 776 ff. und Bd. 87, S. 874 ff.
5) Bd. 11, S. 493 ff., Bd. 91, S. 778 ff. und S. 839 ff., Bd. 94, S. 57 ff., Bd. 110, S. 598 ff. und Bd. 111, S. 747 ff.
6) Vgl. Bd. 15, S. 60 ff., Bd. 28, S. 45 ff., Bd. 32, S. 620 ff. und Bd. 53, S. 390.
7) Vgl. Bd. 30, S. 148 ff. und Bd. 67, S. 869.

kann eben doch niemand nachweisen"[1].

Als Ursache des katholischen Konverionsgewinnes machte man die große theologische Uneinigkeit im protestantischen Lager aus, welche man als das protestantische Dilemma überhaupt ansah. Dieses beschrieb man als "Widerspruch zwischen dem innersten Princip des Protestantismus, dem freien Subjektivismus, und der äußeren Einengung durch das Landeskirchenthum, dem äußeren Princip der Autorität ..."[2]. In der theologischen Uneinigkeit erblickte man auch den Grund für die behauptete theologische Unkenntnis des Durchschnittsprotestanten, sowohl was die eigene Lehre[3] als auch die 'anerzogenen Vorurtheile'[4] gegen die 'Römischen' betraf. Auf diese Interpretation stellte man auch die eigene publizistische Arbeit ab und bezeichnete beispielsweise die Konversionen (der Mitarbeiter) Friedrich Hurter, Onno Klopp und August Friedrich Gfrörer als Ergebnis vorurteilsloser, kritischer Geschichtsforschung[5]. Die Anerkennung und das Lob der Sachlichkeit, welche Jörg für seine Aufsatzserie über die 'Neueste Geschichte des Protestantismus' auch von konservativ lutheranischer Seite erntete, bestärkte ihn in dieser Sicht. Einem ähnlichen Vorgehen sind auch Friedrich Pilgrams Artikelserien[6] 'Quasi-katholische Glaubens- und Lebensansichten protestantischer Persönlichkeiten' und 'Mittheilungen aus protestantischen Denk- und Lebensweisen' zuzuordnen, welche das Vorhandensein von Katholizität bei vielen Protestanten erweisen sollte, auch ohne daß es zur Konversion gekommen war. Pilgrams Aufsätze beschäftigten sich mit Protestanten, die von der katholischen Mystik des Barock beeinflußt waren: den

---

1) Bd. 72, S. 787.
2) Bd. 128, S. 206.
3) Vgl. Bd. 79, S. 60.
4) Bd. 90, S. 931.
5) Vgl. Bd. 93, S. 759 f. (Vgl. dazu auch die Ausführungen über den wissenschaftlichen Wettbewerb auf dem Gebiet der Geschichtsforschung in Kap. IV.3.)
6) Bd. 32 bis Bd. 35.

Dichtern, Theologen und Volksschriftstellern Johann Arndt, Gerhard Tersteegen, Graf Nikolaus Ludwig v. Zinzendorf und Johann Heinrich Jung-Stilling.

Viel Feindseligkeit zwischen den Konfessionen entstand durch den Vorwurf gegenseitiger Missionsversuche. Diese 'innere Mission', als deren Ziel die Betreuung der Glaubensgenossen in der Diaspora galt, nahm durch öffentliche Predigten auch Einfluß auf die jeweils andere Konfession. Protestantischerseits wurde sie betrieben durch Bibelvereine, den 'Evangelischen Bund' und den 'Gustav Adolf-Verein', katholischerseits durch Jesuitenprediger und den 'Bonifatiusverein.' Die katholischen Missionare waren vor allem in der norddeutschen Diaspora anzutreffen, während englische und preußische Prediger in Österreich und Italien sehr verbreitet waren. Die gegenseitigen Vorwürfe der 'Proselytenmacherei' finden sich zahlreich in der zeitgenössischen Publizistik der beiden Glaubensgesellschaften; von den HpBl wurden protestantische Missionsversuche oft in Zusammenhang mit den politischen Zielen Preußens gebracht. So stellte man innerhalb der italienischen Einigungsbewegung, vor allem auf dem Territorium des Königreichs Sardinien-Piemont, eine eifrige Tätigkeit protestantischer Prediger fest[1] und sah Hand in Hand mit preußischer Germanisierungspolitik gegenüber Provinzen mit starkem polnischen Bevölkerungsanteil (Sprachenfrage und Schule, Ansiedelung) eine preußische Politik der Protestantisierung einhergehen[2].

Ein grundsätzlicher Unterschied zwischen katholischer und protestantischer 'innerer Mission' lag in der Sicht der HpBl darin, daß erstere sich hauptsächlich um die Betreuung eigener Glaubensangehöriger in Diasporagebieten annehme, während letztere offensiv auf 'Proselytenmacherei' ausgehe. Zum Beweis der ersten Behauptung führte man katholische Sche-

---

1) Vgl. Bd. 33, S. 108 ff.
2) Vgl. Bd. 97, S. 462.

matismen an, die bewiesen, daß in der katholischen Diaspora erst dann eine Missionsstation errichtet werde, wenn die Seelenzahl 100 übersteige[1]. Dagegen brachte man Beispiele protestantischer Missionsstationen und die Tätigkeit von Bibellesevereinen in italienischen Gebieten, in denen praktisch keine Protestanten lebten[2]. Die HpBl glaubten auch, im Protestantismus eine ausgedehntere Beschäftigung mit Rom zu erkennen als umgekehrt und werteten diese Beobachtung als eine Art 'Anti-Prinzip', das gerade die unfreiwillige Anerkennung der Bedeutung der katholischen Mutterkirche beweise[3].

Eine päpstliche Ermahnung im Jahr 1869 an alle Protestanten zur Rückkehr in die alte Kirche und der daraufhin entfachte Streit, in welchem die päpstliche Position durch die HpBl verteidigt wurde, zeigt einerseits die Bedeutung der Kircheneinigungsthematik im 19. Jahrhundert, andererseits auch die dogmatische Härte der Münchner Zeitschrift. Sie stützte sich in ihrer Verteidigung des päpstlichen Vertretungsanspruches für alle Christen auf formale dogmatische Definitionen und nahm ihrerseits keine Rücksicht auf die psychologische Stimmung in diesen Jahren.

Der Verwahrung des Evangelischen Oberkirchenrates in Berlin wurde entgegengehalten, er könne aus Gründen des fehlenden Bekenntnisses der künstlichen preußischen Unionskirche gar nicht für eine "evangelische Landeskirche in ihrer Gesammtheit"[4] sprechen.

Die dogmatische Härte der Zeitschrift zeigt sich auch noch andernorts in dem Ausspruch: "Die Wahrheit ist ihrem innersten Wesen nach gegen die Unwahrheit intolerant ... Folglich muß jede Religion auf dem kirchlichen Gebiete intolerant, sie darf nicht indifferent seyn. Die kirchliche In-

---

1) Vgl. Bd. 118, S. 505.
2) Daselbst.
3) Vgl. Bd. 106, S. 691.
4) Bd. 63, S. 227.

toleranz ist also ein Postulat der Überzeugungsfreiheit"[1]. Hier muß man allerdings den HpBl zugutehalten, daß die Begriffe 'Toleranz' und 'Intoleranz' mit Blick auf die 'Indifferenz' definiert wurden, mit anderen Worten der Begriff 'Intoleranz' als Gegensatz zum Begriff 'Indifferenz' gesehen wurde. Die Begriffe haben hier also nicht ihren sonstigen (auch in den HpBl sichtbaren) Stellenwert, weshalb man hier zwar von dogmatischer Härte, nicht aber von Intoleranz sprechen kann.

Der Ton der katholisch/protestantischen Polemik wurde z.T. unerträglich, auch wenn er natürlich nicht die Ausmaße des 16. Jahrhunderts erreichte[2]. Die HpBl konstatierten im Protestantismus häufig 'Verfallserscheinungen', 'Auflösung' und 'Zersetzung'[3], beginnend mit der Uneinigkeit und dem 'Subjektivismus' auf theologischem Gebiet, und aufgrund einer erkannten äußeren Entwicklung, der zufolge der moderne Staat nach der Beendigung des Kulturkampfes seine schützende Hand vom Protestantismus ziehe, welcher 300 Jahre lang nur vom Staat und nicht aus sich selbst heraus gelebt habe[4]. Auf protestantischer Seite erhob man öfters den Vorwurf einer Inferiorität der Katholiken in moralischer Hinsicht unter Hinweis auf den größeren Prozentsatz unehelich geborener Kinder in Gebieten mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Das führte in vielen Anschuldigungen schließlich zur gegenseitigen Aufstellung von Moralstatistiken (uneheliche Geburten, Selbstmorde, Kriminalität), auf die ich aber nicht eingehen will.

Eine Welle konfessioneller Gehässigkeiten wogte nach einer Phase ruhigeren Wettstreites im Gefolge des Krieges von 1866 auf. In der neuen Zuspitzung sahen sich die HpBl mehr als der angegriffene Teil, was in dieser Phase nicht

---

1) Bd. 59, S. 553.
2) Wie z. B. "Säue im Weinberg des Herrn" u.a. Diffamierungen.
3) Wörtlich, zahllose Stellen.
4) Vgl. Bd. 118, S. 506.

ganz unrichtig war, da der preußische militärische Sieg vielfach konfessionell ausgedeutet wurde (Beispiele dazu weiter unten). Das verstärkte den in der Zeitschrift ohnehin vorhandenen Kulturpessimismus und die Einschätzung des Zeitgeistes als dem Katholizismus feindlich[1]. Einige Beispiele, die die konfessionelle Stimmung nach 1866 kennzeichnen will ich hier wiedergeben. Ein Teil dieser Gehässigkeiten betraf allerdings nicht die Konfessionen in ihrer Gesamtheit, sondern vor allem die Presse; da diese jedoch eine bedeutende Ausdehnung hatte, ist ihr eine Breitenwirkung nicht abzusprechen.

Scharf angegriffen sahen die HpBl den Katholizismus seit Gründung des Nationalvereins im Jahr 1859, verstärkt dann während des Bundeskrieges von 1866 und zu Beginn des Kulturkampfes. Diese Periode erlebte man tatsächlich mehr defensiv, da zu der bisherigen, beiderseitig hart geführten Polemik neue Elemente hinzutraten. Die angesprochene Zeit war von nationalistischen Tönen gegen die 'Römischen' geprägt. Dabei zitierte man Redner des Nationalvereins, die von der Notwendigkeit einer politischen u n d religiösen Einheit Deutschlands und von der 'Vollendung' der Reformation gesprochen hatten[2]. Der Rektor der Universität Greifswald gab die Parole vom 'Gustav-Adolfs-Ritt' in katholisches Land aus, nachdem er gefolgert hatte: "Es muß zum Kriege kommen zwischen dem protestantischen Norddeutschland und dem südlichen Österreich, denn in Österreich herrscht der starre päpstliche Katholizismus, der die Freiheit der Gedanken behindert"[3]. Die konfessionelle Ausdeutung des Deutschen Bundeskrieges (wie später des deutsch-französischen Krieges) schuf eine Gehässigkeit, welche weder vorher noch nachher im Kultur-

---

1) Vgl. vor allem Bd. 63, S. 562 ff.: Hetze gegen den Papst, tätliche Angriffe auf Jesuiten in Mannheim, Fast-Heidentum in englischen Industriestädten, glaubenslose Gelehrte, französische Romanschreiber (Eugen Sue) ...
2) Vgl. Bd. 75, S. 383.
3) Zit. nach HpBl, Bd. 58, S. 659.

kampf erreicht wurde[1]. In dieser konfessionellen Stimmung galt selbst der zurückhaltenden 'Allgemeinen Zeitung' die Wahl von 40 'ultramontanen' Abgeordneten aus den Rheinlanden und Westfalen in den preußischen Landtag für ein größeres Unglück als eine verlorene Schlacht an der Loire[2]. Den Grundsatz 'lieber türkisch als papistisch' sahen die HpBl auch noch zu dieser Zeit als für weite Kreise des deutschen Protestantismus bezeichnend an[3]. "Den Funken des Brandes ins Land geschleudert zu haben"[4], wurden die 'Norddeutsche Allgemeine Zeitung' und die 'Kreuzzeitung' beschuldigt. Die Redaktion der 'Berliner Protestantischen Kirchenzeitung' brachte diese nationalistische Deutung auf den Nenner: "In der Schlacht bei Königgrätz hat endlich der dreißigjährige Krieg seinen Abschluß gefunden, der nationale Gedanke und der Protestantismus haben gesiegt"[5].

Der dem 'Ultramontanismus' angesagte Kampf galt den HpBl als Drohung gegen die katholische Kirche überhaupt, und "je weiter man voranschreitet auf der betretenen Bahn, desto weniger wird es sich verhehlen lassen, daß der Krieg der Verbündeten auch nicht bloß gegen die katholische Kirche als solche gerichtet ist, sondern gegen den Begriff 'Kirche' an und für sich"[6]. Darin sah man sich bestätigt durch die Angriffe des 'Evangelischen Bundes', welcher später die Freiheit der deutschen Protestanten durch den Abbruch des Kulturkampfes bedroht sah, gegen 'protestantischen Jesuiten' und 'protestantischen Papismus' im eigenen Lager[7].

---

1) Beispiele in Bd. 58, S. 663 f.
2) Vgl. Bd. 70, S. 702.
3) Vgl. Bd. 118, S. 502 und S. 507.
4) Bd. 58, S. 675 (durch die Satzkonstruktion in den HpBl auch dort indirekte Rede).
5) Zit. nach HpBl, Bd. 58, S. 784.
6) Bd. 70, S. 480.
7) Bd. 70, S. 703.

Die von den HpBl gesehene Ungleichheit der katholischen und der protestantischen Polemik wurde einem grundsätzlich andersartigen, aggressiven Charakter der letzteren zugeschrieben; diesen erklärte man immer historisch mit der konstituierenden Protestation von 1529. Die protestantische Kirche so führte man aus, müsse sich als Abspaltung aus der Einen Kirche immer selbst rechtfertigen und distanzieren durch die Notwendigkeit der Herausarbeitung von Unterschieden[1]. Auf dieser Basis erklärte man auch den eigenen, zuweilen selbst eingestandenen apologetischen Charakter[2]. Daß die HpBl aber nicht stets der angegriffene Teil waren, haben ihre zahlreichen Analysen von 'Zerfallserscheinungen' im Protestantismus deutlich gemacht.

Bisweilen ging das Gefühl des Angegriffenseins so weit, daß die Aufsatzschreiber die katholische Kirche oder sich selbst zum Märthyrer stilisierten: dann erinnerte die Zeit zwischen 1866 und der Reichsgründung bzw. der Kulturkampf an die Katholikenverfolgungen unter den römischen Kaisern: "... denn dieser Plan ist nach der uralten Schablone, die schon von den römischen Kaisern -blutigen Andenkens- verwendet worden war, einfach abgeklatscht worden"[3]. Nur mit der oben angesprochenen Vergiftung des konfessionellen Klimas ist auch das zweite 'Märthyrerzitat' zu erklären. So schrieb ein Mitarbeiter aus Westfalen im Jahr 1873 in den HpBl: "Vor einiger Zeit theilte mir jemand als sicher mit, daß ein hoher Militär in Berlin sich in einem Brief dahin geäußert habe, mit den G e s e t z e n gegen die Katholiken sei es nichts, man möge ihn nur mit seinen K a n o n e n kommen lassen, das werde besser wirken... Ich hoffe zuversichtlich, daß Gott mir die Gnade verleihen wird, mit freudigem Muthe und auch trotz meiner achtzig Jahre mit festem Schritte vor

1) Vgl. Bd. 102, S. 575 und Bd. 106, S. 691.
2) Vgl. Bd. 118, S. 890.
3) Bd. 70, S. 431.

die Mündung derselben hinzutreten. Und wenn die Flamme aufblitzt und die Kugel meine Brust durchbohrt, dann werde ich meinen letzten Gruß dem heiligen Vater in Rom senden, mein letztes Gebet wird seyn: 'Herr rechne es ihnen nicht zur Sünde' und mein letzter Gedanke: Gott und die heilige katholische Kirche"[1].

IV.3. KATHOLISCH/PROTESTANTISCHE POLEMIK AUF DEN GEBIETEN VON WISSENSCHAFT UND BILDUNG

Der den Katholiken häufig gemachte Vorwurf mangelnder Leistungen auf wissenschaftlichem Gebiet, vor allem in den Wirtschafts-, Staats- und Rechtswissenschaften, konnte über das Problem der Anstellungen im Staatsdienst wieder Paritätsgesichtspunkte berühren, doch sollen hier die Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Wissenschaften hauptsächlich als Problem sui generis betrachtet werden. Im Mittelpunkt steht also die gegenseitige Kritik wissenschaftlicher Leistungen; dabei maßen die HpBl der Geschichtswissenschaft die größte Bedeutung zu. Der rein theologischen Polemik war in der Zeitschrift (wie schon erwähnt) kaum Platz eingeräumt; sie stand im Hintergrund, und nur gelegentlich beschäftigte man sich mit dem Vergleich, wieviel der durchschnittliche protestantische Laie - im Vergleich zum durchschnittlichen katholischen Laien - von seiner Religion wisse[2].

Zwei Problemkreise vor allem waren es, mit denen man sich auseinandersetzte, da man die diesbezügliche Geschichtsschreibung als überwiegend protestantisch geprägt ansah: zum einen das Zeitalter der Reformation, zum andern die Zeit der Entwicklung des deutschen Dualismus bis zur Gegenwart.

Einem einseitig idealisierenden Luther- und Reforma-

---

1) Bd. 71, S. 285 (Hervorhebungen im Original).
2) Z.B. Bd. 24, S. 634.

tionsbild galt der Hauptwiderstand der HpBl. Zwar gab es über diese Zeit auch zahlreiche Darstellungen aus katholischer Sicht[1], aber ihre Breitenwirkung wurde geringer eingeschätzt als diejenige protestantischer popularisierender Werke, die Luther als Begründer der deutschen Geistesfreiheit feierten; deshalb nahm man dieselben ebenso ernst wie das wissenschaftliche Werk Rankes über diese Zeit. Das Ziel der Rezensionen und der eigenen Aufsätze über diese Zeit lag im Nachweis der 'Unnötigkeit' der Reformation auf geistesgeschichtlichem und speziell auf theologischem Gebiet: "Dem Katholiken wird das Auftreten Luthers immer als unberechtigt erscheinen, weil es sich nicht bloß gegen wirkliche oder auch nur vorgebliche Mißstände und Unordnungen, sondern gegen Dogma und Verfassung der Kirche richtete, also gegen göttliche Institutionen, welche einer Reform nie bedürfen"[2].

Abgestritten wurde auch die Berechtigung der Bezeichnung 'Reformation', die zwar der Einfachheit halber weiter im Gebrauch gelassen, aber vielfach in Anführungszeichen gesetzt oder durch die Umschreibung 'kirchliche Revolution'[3] ersetzt wurde. Wo dies nicht geschah, wurde das Unpassende ihrer Verwendung von Zeit zu Zeit erklärt.

Die Person Luthers stand häufig im Zentrum der Polemik. Das betraf den Streit um den 'frühen' und den 'späten' Luther[4], sein Verhältnis zu Fürsten, Rittern und Bauern oder auch seine Verdienste um das deutsche Kirchenlied. Stark beschäftigte man sich mit Luthers menschlichen Schwächen, z.B. seinem Jähzorn und seiner Grobheit, die auch protestantisch-parteiische Historiker nicht ableugnen konnten; die Grobheit war allerdings - was man in den HpBl n i c h t liest - auch bei seinen Gegnern zu finden. Man glaubte dieselbe von

---

1) Janssen, Döllinger, Denifle ...
2) Bd. 93, S. 762.
3) Z.B. Bd. 122, S. 809.
4) Die Frage, ob der Luther des Thesenanschlags schon der 'ganze' Luther gewesen sei, wurde von den HpBl mit einem eindeutigen JA beantwortet.

einer einseitigen Geschichtsschreibung zur biderben Volkstümlichkeit uminterpretiert[1]. Die Weglassung einiger Passagen aus seinen Tischreden in volkstümlichen Veröffentlichungen wertete man als Vertuschung und lieferte diese Stellen nach oder umschrieb sie[2]. Gerade diese persönlichen Dinge, auch sein Privatleben und seine Ehe in die Polemik einzubeziehen glaubte man sich aus Gründen seiner ungerechtfertigten Stilisierung zum deutschen Geisteshelden gezwungen. Darin lag noch nichts Verwerfliches, da es noch zum Stil der Auseinandersetzung um die Reformation gehörte; einige Beiträge jedoch zeichneten sich durch besondere Maßlosigkeit aus und trübten das Bild der Zeitschrift von sachlicher Schärfe bei persönlicher Konzilianz, welches ansonsten im großen und ganzen gewahrt wurde. Diese Überschreitungen gingen auf das Konto Majunkes und betrafen seine These von Luthers Selbstmord, die auch unter den Mitarbeitern der Zeitschrift (Paulus, Cardauns) Widerspruch fand, sowie das Aufgreifen eines Gerüchts, Luthers Vater sei ein Totschläger gewesen und sei deshalb von Möhra nach Eisleben geflohen. Das ergäbe sich "auf Grund der archivalischen Dokumente, welche hier klar und deutlich sprechen. Darnach muß die ganze Sippschaft eine rohzornige und unbändige gewesen sein"[3].

Alle Aufsätze über Luther und die Reformation ordneten sich unausgesprochen dem versuchten Beweis von der Unnötigkeit der Reformation und daraus folgend dem Versuch der Rektifizierung früherer Urteile über die der Reformation vorausgegangene Zeit unter. Auch viele auf den ersten Blick völlig unpolitisch erscheinende Artikel, die sich meist mit den künstlerischen und wissenschaftlichen Leistungen des Christentums vor der Reformation beschäftigten[4] (Kirchengesang,

---

1) Vgl. Bd. 116, S. 219.
2) Vgl. Bd. 113, S. 262.
3) Bd. 120, S. 425.
4) Z.B. lokalgeschichtliche Forschungen vom Mittelrhein: Bd. 76, S. 329 ff.

kirchliche Buchkunst, Architektur, Malerei, Plastik und Geographie) enthielten - in der allergrößten Anzahl der Fälle nicht direkt ausgesprochen - den Hinweis auf die Unnötigkeit der Reformation sowie auf den künstlerischen und wissenschaftlichen Niedergang in den Jahren danach. Die Einschätzung der Reformation als nicht zwangsläufig, als unnötig bzw. als 'kirchliche Revolution' verbindet sich vor allem mit den Namen des Historikers (und Mitarbeiters an den HpBl) Johannes Janssen, doch bestimmte sie trotz einiger Einwände die Sicht der Reformation durch die HpBl insgesamt. Das Ergebnis der Beschäftigung mit dieser Zeit war: man hatte gezeigt, daß die der Reformation vorausgegangene Epoche keine dunkle und ungeistige war, und dies wiederum erleichterte die Vertretung der These vom radikalen Bruch.

Die Darstellungen der Leistungen katholischer Historiker galten den HpBl als 'historische Berichtigungen'[1], als 'Widerlegung von Geschichtslügen'[2] und als 'katholische Siege auf dem Gebiete der historischen Forschung'[3]; diese Berichtigungen wurden getragen vom Bewußtsein, daß der katholischen Geschichtsschreibung bisher nie die ihr zustehende Beachtung geschenkt worden sei. Diese vergleichende Kritik mußte zwangsläufig Namen nennen: So wurde Ranke als von Janssen übertroffen und überholt bezeichnet[4], was die Darstellung der Reformation betraf, und Pastor wurde bescheinigt, Rankes Geschichte der Päpste im 16. und 17. Jahrhundert vom Quellenmaterial her in den Schatten gestellt zu haben[5]. Pastor genoß aber gegenüber Ranke den Vorteil, das päpstliche Geheimarchiv benützen zu dürfen, was man auch eingestand. Allerdings vermißt man hier den Hinweis auf die Verschiedenheit der Absichten beider Historiker: Pastor bezweckte vor allem eine Apologie der Kirche, die quellenmäßig gegen

---

1) Z.B. Bd. 2, S. 470 ff.
2) Z.B. Bd. 94, S. 927 ff.
3) Z.B. Bd. 98, S. 388 ff.
4) Vgl. Bd. 46, S. 143 und S. 157, und Bd. 97, S. 304 und S. 626.
5) Vgl. Bd. 98, S. 392.

antikatholische Angriffe abgestützt sein sollte, auch wenn er hie und da an einzelnen Päpsten Kritik übte; Ranke ging es in seinen Werken stets auch um geschichtstheoretische Studien über die Einzelforschungen hinaus. Den übergeordneten Ergebnissen Rankes hätten eigentlich auch die HpBl zustimmen können, beispielsweise der Bedeutung der Religion in der Geschichte der romanisch-germanischen Völker [1] und der den Völkern und Staaten innewohnenden 'Idee' ('Idee' des Römischen Imperiums, des mittelalterlichen deutschen Reiches, des preußischen Staates u.s.w.) als bewegender Kraft[2].

So wie man für die Zeit der Reformation und der Glaubenskriege Janssen, Pastor und auch Klopp[3] der gefeierten Größe Ranke gegenüberstellte, so wollte man J. Fr. Böhmers 'Regesta Imperii' einen gleichberechtigten Platz neben den von Pertz herausgegebenen 'Monumenta Germaniae historica' sichern[4]. Dabei verwies man auf die Unentbehrlichkeit der 'Regesta' wegen der Erwähnung von Urkunden, die nicht mehr vorliegen, sondern nur erschlossen sind. Schließlich bezog man auch Stellung im Sybel/Ficker-Streit[5]. Das Defensive und Unfreiwillige all dieser Gegenüberstellungen wurde wiederholt betont. Man wollte vielen eigenen Aussagen zufolge nur die Behauptung einer katholischen Inferiorität auf wissenschaftlichem Gebiet widerlegen und keineswegs den Konfessionsgegensatz im wissenschaftlichen Streit neu beleben; so seien die Vorarbeiten zu den jetzt anerkannten katholischen Leistungen auf historischem Gebiet nicht in der Absicht geleistet worden, um dereinst "zum Ausbau katholischer Geschichtswerke zu dienen"[6].

---

1) Vgl.: Ritter, Moriz. Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft an den führenden Werken betrachtet. München/Berlin 1919, S. 365.
2) Vgl. Ritter, a.a.O., S. 367.
3) Vgl. Bd. 120, S. 425.
4) Vgl. Bd. 46, S. 154 f. (Böhmer hatte zuvor selbst bei der Herausgabe der 'Monumenta' mitgearbeitet).
5) Vgl. Bd. 49, S. 1000 ff.
6) Bd. 98, S. 391 f.

Ebenso stark durch Konfessionsgegensätze geprägt wie die Geschichtsschreibung des 16. Jahrhunderts erachteten die HpBl die Geschichtsschreibung Deutschland seit dem Beginn des deutschen Dualismus. Im aktuellen Teil dieser Kontroverse lag ihrer Meinung nach die große Gefahr einer nachträglichen Interpretation vom jeweiligen gegenwärtigen Standpunkt aus, den man zur Frage der deutschen Einheit und zu ihren Organisationsformen (Kaiserreich, Staatenbund, Bundesstaat) einnahm. Das gleiche gilt für die Sicht des Sybel/Ficker-Streits, auf die ich weiter unten noch eingehen werde. Friedrich der Große stand natürlich im Mittelpunkt, wenn es um die Ursachen des deutschen Dualismus ging. Er, der von einer 'Nation Prussienne'[1] gesprochen hatte, war natürlich geeignet, den Vorwurf eines undeutschen Charakters des Katholizismus zu kontern: "Und er, der bornirteste Verächter allen deutschen Wesens, der seine Muttersprache nicht einmal zu lesen vermochte, der sich die Schriften des Philosophen Wolff ins Französische übersetzen ließ um sie zu verstehen... spielte im Bunde mit Franzosen und Russen gegen das Oberhaupt des deutschen Reichs den patriotischen Ritter der 'deutschen Freiheit'..."[2].

Den 'Gothaern' unter den deutschen Geschichtsschreibern widmeten die HpBl besonderes Interesse und warfen ihnen vor, ihre Werke zwecks Rechtfertigung gegenwärtiger kleindeutscher Bestrebungen zu schreiben. Ihnen, den 'kleindeutschen Geschichtsbaumeistern'[3] galten verschiedene Rezensionen Onno Klopps, die mit der Geschichtsschreibung der Reformation einsetzten und mit der des ausgehenden 18. Jahrhunderts endeten; dabei setzte er sich mit den Historikern Droysen, Häusser und Sybel auseinander. Der Hauptvorwurf an sie war

---

1) Bd. 47, S. 715.
2) Daselbst.
3) Aufsatzserie von Bd. 48 bis Bd. 50 (enthält die Rezensionen von Geschichtswerken 'kleindeutscher' Tendenz).

'Mißbrauch der Wissenschaft' im Dienst preußisch-kleindeutscher Agitation: "Er (Anm.: Sybel) brauchte nur hineinzugreifen in den reichen Vorrath dessen, was zuerst Sleidan als besoldeter Geschichtsschreiber des schmalkaldischen Bundes, was dann die Haus- und Hofhistoriker einzelner deutscher Fürstenhäuser, was ferner die Franzosen und Andere gegen die deutsche Kaisermacht an Vorwürfen und Anklagen zusammengehäuft"[1].

Immer wieder war bereits die Sicht der Reformation Ausgangspunkt im Streit zwischen 'großdeutscher' und 'kleindeutscher' Geschichtsschreibung und deckte sich im grossen und ganzen mit dem konfessionellen Gegensatz. Der Zusammenhang der als teleologisch in Bezug auf die kleindeutsche Lösung geschilderten Geschichtsschreibung mit der deutschen Politik erhellt aus dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Rezensionen, nämlich zwischen den Gründungsdaten von 'Nationalverein' und 'Reformverein'.

Der größeren Anfälligkeit des deutschen Protestantismus im 19. Jahrhundert für nationalistische Tendenzen stellte man die immunisierende Universalität des Katholizismus gegenüber. Das war aber nicht durchgehend möglich. Gerade um die Wende zum 20. Jahrhundert, als partikularistische Tendenzen ausliefen, konnte man eine demonstrative Annäherung vieler Katholiken an den Nationalismus beobachten[2], die vielfach der Überzeugung entsprang, man habe eine Korrektur an der bisher als unnational verdächtigten Haltung vorzunehmen. Nur in Einzelfällen, z.B. bei Johannes Janssen, sind nationalistische Töne schon früher zu vernehmen[3]. Die HpBl machten solche Einschränkungen nicht, da sie im 19. Jahrhundert die Ausnahme bildeten. Ihre eigene Haltung ließ

---

1) Bd. 49, S. 1022.
2) Vgl. dazu die zahlreichen Beispiele bei Morsey im Historischen Jahrbuch (Bd. 90), a.a.O., besonders S. 62 ff.
3) Z.B. in seiner Schrift 'Frankreichs Rheingelüste und deutsch-feindliche Politik in frühern Jahrhunderten'. (Frankfurt 1861).

auch nie Zweifel aufkommen: "Katholik und Nationalist schließen sich aus"[1], hieß es noch im letzten Band der Zeitschrift.

Der Sybel/Ficker-Streit betraf die Politik der Gegenwart aus zwei Gründen: in Bezug auf Ursache und Beginn der Auseinandersetzung anläßlich der Mißerfolge der österreichischen Italienpolitik mit den militärischen Niederlagen von Solferino und Magenta, und bezüglich der ideellen Verbindung des alten Kaisertums mit der neuen großdeutschen Kaiseridee des österreichischen Reformprojektes unter Miteinschluß auch nichtdeutsch besiedelter Territorien Österreichs.

Die HpBl stellten sich zwar eindeutig auf die Seite Fickers, dem sie "eine völlig ungekünstelte Fülle historisch-politischer Ideen und eine geordnete Durchdringung des mächtigen Stoffes"[2] bescheinigten, doch war ein kritischer Einwand gegen ihn nicht zu übersehen. Dieser betraf die Vernachlässigung des religiösen Aspektes[3] der Kaiseridee durch Ficker, wodurch die Auseinandersetzung der beiden Historiker zu einer rein politischen, "so zu sagen unter Liberalen"[4] geworden sei, in der den Katholiken die Rolle eines unbeteiligten Beobachters zufalle. Diese Kritik wurde in sehr milder Form vorgetragen und von einem ausdrücklichen Vorwurf abgegrenzt, da man in der Vernachlässigung der religiösen Idee einen allgemeinen Zug der politischen Historik erblickte[5]. Insofern läßt sich das Gegensatzpaar Sybel/Ficker nicht den bisherigen Gegenüberstellungen von Historikern zuordnen. Ganz anders fiel die Kritik an Sybel aus. Ihm wurde vorgeworfen, den jungen Gedanken einer nationalstaatlichen Abgrenzung in die mittelalterliche Geschichte hineingetragen und somit das Nachfolgende zum Vorausgehenden gemacht zu ha-

---

1) Bd. 171, S. 113.
2) Bd. 49, S. 1017.
3) Vgl. Bd. 49, S. 1006.
4) Bd. 49, S. 1010.
5) Vgl. Bd. 49, S. 1007.

ben. Durch diesen eindeutigen Fehler und aufgrund früherer Beschäftigungen mit Sybel glaubte man hier, nicht bei allzuernster Beschäftigung mit ihm stehenbleiben zu müssen, was im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt: "So werden sie denn alle, bis auf den großen Karl zurück ins Verhör genommen, ob sie die deutschen Völker angeleitet haben ein abgerundeter Nationalstaat zu werden, oder umgekehrt. Wer im Examen nicht besteht, muß auf dem Esel reiten; und siehe da, sie reiten alle, mit einziger Ausnahme des ersten Heinrich und des zweiten Konrad"[1]. Die Bezeichnungen 'des ersten Heinrich' anstelle 'Heinrichs I.' etc. sollen das Mechanische an seiner Vorgehensweise unterstreichen.

Der hohe Stellenwert, den die HpBl der Geschichtswissenschaft zumaßen, tritt in der Einschätzung zutage, daß vielen Protestanten durch historische Studien die "Binde der Befangenheit"[2] von den Augen gefallen sei, "so Schlegel, Stolberg, Hurter, Gfrörer, Klopp, die eben durch das Studium der Geschichte zur Kirche geführt worden sind"[3].

Der häufige Vorwurf an die Adresse des Katholizismus, das Licht der freien Forschung zu scheuen, 'rückständig' zu sein, wurde vor allem beim höheren Bildungswesen, besonders an Universitäten (und hier bei Staats- und Rechtswissenschaften) laut. Diese 'katholische Rückständigkeit' zeigte sich äußerlich an den geringeren Studenten- und Professorenzahlen mit katholischem Taufschein. Die Unterrepräsentation war auch u.a. einer diesbezüglichen Zurückhaltung der Katholiken zuzuschreiben. Kinder katholischer Eltern wandten sich mehr literarischen und philosophischen Studien sowie geistlichen Berufen als naturwissenschaftlicher oder staatswissenschaftlicher und juristischer Ausbildung zu. Deshalb kamen die HpBl und Teile der katholischen Presse später davon ab, aus dem vorliegenden Zahlenmaterial stets nur eine Benach-

---

1) Bd. 49, S. 1000.
2) Bd. 93, S. 759.
3) Daselbst.

teiligung des katholischen Volksteils auf dem wissenschaftlichen Sektor, z.B. bei der Berufungspraxis für Universitätslehrstühle, herauszulesen. Doch gibt es keine Zweifel, daß es diese Benachteiligungen auch wirklich gab[1]. Die Behauptung einer 'systematischen'[2] Benachteiligung wurde deshalb trotz des Eingeständnisses eigener Versäumnisse aufrechterhalten; neben den unten in der Fußnote 1) von mir angeführten Beispielen sei noch verwiesen auf die Erstellung einer Übersicht in den HpBl über alle Universitäten im Deutschen Reich (aus offiziellem statistischem Material), aus der unter anderem hervorgeht, daß die protestantischen theologischen Fakultäten zweieinhalb Mal besser besetzt waren als die katholischen theologischen Fakultäten (jeweils im Verhältnis zur entsprechenden Studentenzahl)[3].

Erst durch die zusätzliche Erklärung mancher zahlenmäßiger Unterrepräsentation auf wissenschaftlichem Gebiet durch eigene Versäumnisse wurde der Weg frei, der in Hertlings Aufsätzen gegen den 'Quietismus'[4] als zukunftsweisend

---

1) Pastor wurde von einem Ordinarius der Geschichte in Innsbruck (nach dem Erscheinen des ersten Bandes seiner Papstgeschichte) gesagt, daß er "noch zwölf solcher Bände verfassen könne, es werde ihm trotzdem nicht gelingen, zum Professor vorgeschlagen zu werden, wenn er seine katholische Richtung nicht ändere." (Pastor, Ludwig Frhr. v. Charakterbilder katholischer Reformatoren des XVI. Jahrhunderts. Freiburg i.Br. 1924, S. 153). - Cardauns, der selbst aufgrund von Benachteiligungen nach seiner Habilitation zum Journalismus überwechselte (vgl. Autobiographie: Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs. Köln 1912, S. 63 f.), schrieb über Hertlings Anfangsschwierigkeiten: "Eines Tages stehe ich mit dem Frhrn. v. Hertling und einem dritten Privatdozenten im Quadrum der Universität und der letztere ... sagte hohnlächelnd: 'Herr Kollege v. Hertling, von Professor X. ist mir eine freundschaftliche Warnung zugegangen, weil ich bei Ihnen zu Tisch eingeladen war, das könne mir schaden.'" (Cardauns, a.a.O., S. 65). Beispiele dieser Art finden sich in Biographien noch mehr.

2) Bd. 121, S. 174 und S. 181 (in Bezug auf Preußen).

3) Vgl. Bd. 75, S. 57.

4) Bd. 117 bis Bd. 120. Da die betreffenden 7 Aufsätze trotz ihrer thematischen Zusammengehörigkeit unter 5 verschiedenen Titeln erschienen sind, seien hier die Fundorte genannt: Bd. 117, S. 585 ff., S. 676 ff. und S. 914 ff., Bd. 118, S. 269 ff., Bd. 119, S. 897 ff., Bd. 120, S. 131 ff. und S. 220 ff.

angedeutet ist. Zuvor ist das Eingeständnis eigener Versäumnisse äußerst selten. Ich fand aus der Zeit vor dieser Aufsatzserie Hertlings nur eine Stelle aus dem Jahr 1869, die in der Beantwortung des Problems einen ähnlichen Standpunkt einnahm: "In den paritätischen deutschen Staaten liefert die protestantische Bevölkerung unverhältniß mäßig mehr Juristen, Kameralisten, Mediciner und höhere Lehramtscandidaten als die katholische, daher sind auch die Beamtungen in unverhältniß mäßiger Zahl in der Hand von Protestanten ... Wo liegt die Ursache von diesem Übelstande? Darin hauptsächlich, daß das niedere und höhere Schulwesen von katholischer Seite nicht mit mehr Eifer und Kraft gepflegt wurde. Man mache also diesen Fehler gut!"[1)]

Die HpBl erklärten die verspätete Einsicht katholischer Versäumnisse damit, daß man lange Zeit einseitig die Sympathien für den Protestantismus in der hohen Verwaltung sowie den Kulturkampf als für die Unterrepräsentation von Katholiken in wissenschaftlichen Berufen verantwortlich angesehen hätte[2)]. Einige Jahre nach Gründung der 'Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland' wurden bezüglich der Behandlung von Paritätsfragen in den HpBl Aufrufe an die eigenen Glaubensgenossen ebenso zahlreich und bezeichnend wie Klagen über Benachteiligungen. Hertling unterschied auf dem Gebiet der von Katholiken betriebenen Wissenschaft im Laufe des 19. Jahrhunderts drei Epochen[3)]: einer romantischen folgte eine ausschließlich apologetische und dann eine streng wissenschaftliche, für welche letztere er die Gründung der 'Görres-Gesellschaft' als konstituierend

---

1) Bd. 63, S. 693.
2) Vgl. Bd. 117, S. 921.
3) In seinen Lebenserinnerungen, wiedergegeben nach: Kramer, Wolfgang. Zeitkritik und innere Auseinandersetzung im deutschen Katholizismus um die Jahrhundertwende im Spiegel der führenden katholischen Zeitschriften Deutschlands (1895-1914). Diss. (masch.) Mainz 1955, S. 127.

ansah. Durch die enge Verbindung zwischen der 'Görres-Gesellschaft' und den Mitarbeitern an den HpBl war diese neue Richtung schnell auch hier spürbar.

Das Bewußtsein einer ungleichen Ausgangsposition im Vergleich zum Protestantismus auf dem Gebiet der Wissenschaft wurde durch das neue Selbstbewußtsein vermindert. Man glaubte jetzt, sich trotz dezidiert geäußerter katholischer Gesinnung erfolgreich in der Konkurrenz mit protestantischen Bewerbern behaupten zu können. Zuvor mußte man allerdings Kandidaten in genügender Anzahl stellen, um das Argument von einem ungleichen Kandidatenangebot in Zukunft entkräftigen zu können. Statistiken zeigten den HpBl, daß man dazu schon beim zahlenmäßigen Mißverhältnis auf den weiterführenden Schulen ansetzen mußte[1]. Das wissenschaftliche Selbstbewußtsein, das bei der Zeitschrift stets schon vorhanden war, wurde ab den 80-er Jahren vermehrt zum Ausdruck gebracht. Franz Xaver Kraus' 'Kirchengeschichte' wurde zum Vorwurf gemacht, eine Menge historischer Arbeiten in den HpBl vernachlässigt zu haben[2]. Eine Vernachlässigung wissenschaftlicher Arbeiten der HpBl wurde auch verschiedenen anderen Autoren angekreidet[3].

Die erwähnten Eingeständnisse eigener Versäumnisse bezogen sich in stärkerem Maße auf wissenschaftliche Laufbahnen als auf den Staatsdienst in der Verwaltung. Dort blieb die Einschätzung in Bezug auf Benachteiligungen skeptischer. In Bezug auf die Konkurrenz im Staatsdienst wurde sie auf den Nenner gebracht: "Je höher die Stellungen, desto bescheidener

---

1) Vgl. Bd. 117, S. 680 f.
2) Vgl. Bd. 102, S. 662.
3) Vgl. Bd. 100, S. 860 und Bd. 105, S. 948. Dazu: "Wer die Geschichte Deutschlands in unserer Zeit künftig mit ernstem Streben nach Wahrheit schreiben wird, der wird die 'Historisch-politischen Blätter' ohne Zweifel ansehen müssen." (Bd. 70, S. 299).

die Zahl der katholischen Inhaber"[1].

Den folgenden Ausführungen zum 'Bildungsdeficit' der Katholiken liegen die Gedanken Hertlings in seiner Aufsatzreihe (vgl. weiter oben) zugrunde. Neben den beiden schon angesprochenen Ursachen der zahlenmäßigen Unterrepräsentation der Katholiken (Benachteiligung und eigene Versäumnisse, 'Quietismus' genannt) verwies Hertling - mit Recht -[2] auf den gewaltigen Rückschlag, den das katholische Geistesleben durch die Säkularisation erlitten hatte. Doch gegen diese Voraussetzungen konnte man nicht mehr angehen und sah - die Folgen des Quietismus auch in wirtschaftlicher Hinsicht für den katholischen Bevölkerungsteil vor Augen - die wichtigste Aufgabe in der "Vermehrung der berufsmäßigen Vertreter der Wissenschaft"[3]. Der 'Augsburger Postzeitung', welche Bedenken bezüglich des Erfolges dieser katholischen Konkurrentstrategie gezeigt hatte, warf man das Verharren in Resignation vor[4].

In Hertlings Aufsätzen ging es nicht um Schuldzuweisung. Er besprach charakteristische Fehlhaltungen in der Einstellung der Katholiken zur Wissenschaft, welche ein derselben abträgliches Milieu schufen; aus diesem Grund berührte seine Analyse den Protestantismus nur am Rande und stellte ohne Scheu bisherige Fehler der Katholiken in den Vordergrund: "Wenn ich dadurch dem einen oder anderen Predigerblatt eine billige Freude bereite, so ist mir das gleichgültig"[5].

Die Analyse von Hertlings Aufsätzen, die ich der Länge

---

1) Bd. 121, S. 181. (Beispiele dafür: 'Justizdienst': daselbst; 'Oberpräsidenten': Bd. 50, S. 502 f.).
2) Wenn man an die katholischen Universitäten und Hochschulen von Mainz, Köln, Trier, Münster, Bamberg und Dillingen denkt, die der Säkularisation zum Opfer fielen. Klösterliche Elementar- und Lateinschulen hatten für Unterricht auch in wenig besiedelten ländlichen Gebieten gesorgt.
3) Bd. 118, S. 283.
4) Vgl. Bd. 118, S. 268 f.
5) Bd. 120, S. 139.

wegen im Indikativ bringen will, sah in den verschiedenen Einstellungen der beiden Religionsgesellschaften zur Wissenschaft den Hauptgrund für das zahlenmäßige Mißverhältnis auf diesem Gebiet. Trotz vielfacher Ü b e r schätzung der Wissenschaften auf protestantischer Seite wurde doch durch den Respekt vor wissenschaftlicher Betätigung eine Atmosphäre geschaffen, die dem weltlichen Forschen günstig war. Dagegen konnte man vielfach katholische Skepsis gegenüber den Wissenschaften beobachten, die aus einer falsch verstandenen Frömmigkeit entsprang. Diese katholische Reserve schuf eine falsche Alternative zwischen Dingen, die sich nicht ausschlossen; der Besitz und die Tradierung übernatürlicher Glaubenswahrheiten entbanden nach Hertlings Ansicht nicht von der Pflicht zur weltlichen Betätigung. Das klang zwar selbstverständlich, war es aber nicht; die Unterschätzung des Weltlichen war eben nicht eine bewußte und ausgeprägte Ansicht, sondern viel eher eine unterschwellige Stimmung.

Um sich für den Appell gegen einen selbstauferlegten Quietismus eines Gleichnisses zu bedienen, zog Hertling das in der Bibel gezeichnete Bild vom Knecht heran, der mit dem überantworteten Pfund nicht gearbeitet, sondern es vergraben hatte, und folgerte dann: "Je umfassender und je energischer gläubige Katholiken an diesen Aufgaben der modernen Cultur und der modernen Wissenschaft mitarbeiten, desto mehr schwindet die Gefahr, daß die Errungenschaften der einen wie der andern in einem der katholischen Kirche feindlichen Sinne ausgebeutet und verwerthet werden könnten... ...ein einziger Gelehrter, der erfolgreich in die Forschung eingreift ...und der sich zugleich in seinem Leben stets als treuer Sohn der Kirche bewährt hat, wiegt ganze Bände Apologetik auf"[1].

Die Furcht, durch die Betätigung der wissenschaftlichen Kräfte das Übernatürliche aus den Augen zu verlieren, galt Hertling als falscher Konservativismus. Die Gefahren deselben

---

1) Bd. 119, S. 917.

lagen in einem apologetischen Rückzug. Diese Haltung konnte ich auch in einzelnen Aufsätzen der HpBl feststellen, in denen sich die Apologie verselbständigte und zu Aussagen führte, die innerhalb der katholischen Presse nicht mehr geteilt wurden (so beispielsweise in der Beschäftigung mit der spanischen Inquisition unter Philipp II.[1]).

Hertling nannte zwei Beispiele für die zähe Behauptung überwundener Standpunkte, von denen er das erste als für den Katholizismus der Gegenwart noch wirksam ansah. Es betraf das romantische und harmonisierende Bild des Mittelalters: "Das goldene Zeitalter war in keinem Abschnitte der mittelalterlichen Geschichte auf Erden v e r w i r k l i c h t , auch nicht das allein richtige und für alle Zeiten giltige Verhältniß von Kirche und Staat"[2]. Für die Apologiehaltung früherer Jahrhunderte brachte er das Beispiel der "Zähigkeit, mit der noch viele Generationen nach Kopernikus, Kepler und Galilei in kirchlichen Kreisen das ptolemäische Weltsystem vertheidigt wurde"[3].

Ich habe diese Artikel Hertlings in das Kapitel über katholisch/protestantische Polemik aufgenommen, obwohl darin die Auseinandersetzung mit Fehlhaltungen innerhalb des Katholizismus im Vordergrund steht und der Vorwurf der Benachteiligung gegenüber Protestanten zurücktritt; der Grund liegt darin, daß sich mit besagten Artikeln eine Änderung in der konfessionellen Auseinandersetzung bemerkbar machte. Sie zeigt sich in der Abkehr von Verteidigungsstellungen, die noch aus dem Kulturkampf herrührten. Mit dieser Änderung hingen auch übergeordnete Gesichtspunkte wie der sich abzeichnende endgültige Sieg der interkonfessionellen Rich-

---

1) Vgl. Bd. 90, S. 325 und Bd. 91, S. 166.
2) Bd. 120, S. 234 (Hervorhebung im Original). Vgl. damit: "Jene politische Ordnung, die wir im Mittelalter erblicken, wenn auch nicht vollkommen durchgeführt, ist die einzige, die sich mit der Freiheit der Kirche verträgt ..." (Bd. 29, S. 356; vgl. Kap. I.2.).
3) Bd. 120, S. 228.

tung in Zentrum und Gewerkschaften zusammen, welche durch die HpBl eindeutige publizistische Unterstützung erhielt. Da Hertlings - und in Bezug auf den Zentrumsstreit auch Bachems - Stimme von einiger Bedeutung in der Zeitschrift war, entstand ein selbstbewußtes und konstruktives Klima, und es wurde verhindert, daß eine sich verselbständigende Apologiehaltung stärkeren Einfluß gewann.

Die Auseinandersetzung auf allen Gebieten der Wissenschaft schnitt auch die Behandlung der volkswirtschaftlichen und somit der sozialen Frage an. Die katholische Skepsis gegenüber dem modernen kapitalistischen System der Industrie wurde protestantischerseits oft als katholische Rückständigkeit interpretiert; dagegen nahmen die HpBl für sich selbst eine vorausschauende Haltung in Anspruch und gaben dem uneingeschränkten wirtschaftlichen Liberalismus keine Zukunftschance. Ihre Kritik am liberalen Kapitalismus wie am Sozialismus lag im christlichen Menschenbild und im ständischen Gesellschaftsbild begründet. Man verwies vor Max Weber auf einen Zusammenhang zwischen Protestantismus und Wirtschaftsliberalismus[1] (allerdings nur in wenigen ideengeschichtlichen Andeutungen), und wer diesem Wirtschaftsliberalismus als dem Verursacher der sozialen Frage nicht ablehnend gegenüberstand, trug Mitschuld an deren Brisanz. Das traf also nach Meinung der HpBl auf große Teile des Protestantismus zu, wobei man Viktor Aimé Huber von der Kritik ausnahm[2] (Johann Heinrich Wichern erstaunlicherweise in diesem Zusammenhang gar nicht nannte), aber die Entdeckung und die Lösung der sozialen Frage doch im großen und ganzen für die katholische Wissenschaft und Publizistik in Anspruch nahm. Dem 'frevlen Übermut'[3] großer Teile des Protestantismus begegnete Jörg sogar durch die D r o h u n g mit der sozialen Frage: "Ja,

---

1) Vgl. Bd. 46, S. 512.
2) Vgl. Bd. 23, S. 340 (sowie Bd. 39, S. 48 ff. und S. 260 ff., passim).
3) Bd. 46, S. 512.

die sociale Frage! - ihr habt sie vergessen, aber sie nicht euch ... ..so wird sie nicht von den längst ausgeplünderten 'Finsterlingen' Rechenschaft fordern, sondern von allen den üppigen Prassern und Raffern, die sich jetzt die Herren der Welt zu seyn dünken. Da baut vor, wenn ihr könnt"![1)]

Die katholisch/protestantische Polemik wurde auf allen Gebieten der Wissenschaft ausgetragen, wovon ich die für die HpBl wichtigsten ausgewählt habe. Sie ging aber auch über einzelne Disziplinen hinaus und berührte - der Zeitschrift mehr aufgezwungen - Diskussionen um die größere Reichstreue, den Einfluß der Konfession auf die Sittlichkeit (gemessen in 'Moralstatistiken') u.s.w. Dahinter stand die Frage des Verhältnisses der beiden Religionsgesellschaften zur 'nationalen Kultur', eine 'Frage', die schon vor den Auseinandersetzungen des Kulturkampfes gegen den Katholizismus aufgeworfen worden war. Dieser Themenkreis wurde bereits angesprochen, und die Sinnlosigkeit eines Streits um die größere Reichstreu war offensichtlich, so daß er schon ab Mitte der 80-er Jahre fast ganz aus der gegenseitigen Polemik verschwand.

---

1) Bd. 46, S. 512. Daß der Adressat dieser Drohung neben dem nationalen Liberalismus auch der Protestantismus insgesamt ist, geht aus der einschränkenden Ausnahme des Luthertums "der Herren Hengstenberg und Stahl, Klierfoth und Löhe, Gerlach und Nathusius" (a.a.O., S. 505) und aus dem gesamten Zusammenhang (a.a.O., S. 503, 504 und 511) hervor.

V. DIE AUSEINANDERSETZUNGEN INNERHALB DES KATHOLIZISMUS UM DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN STAAT UND KIRCHE

V.1. DER KAMPF GEGEN STAATSKIRCHLICHE TRADITIONEN IM KLERUS

Das Fortwirken staatskirchlicher Traditionen im Klerus, vor allem unter den Bischöfen, war für die HpBl nicht ein Thema wie andere auch, sondern ihrer Meinung nach direkt für die Entstehung der Kölner Wirren[1] und somit indirekt auch für die eigene Gründung verantwortlich. Inwieweit hier Fehlurteile über den Erzbischof Spiegel (ähnlich über Keller) eingingen, darauf werde ich bei der Einzelkritik in der Zeitschrift noch zu sprechen kommen. Auf jeden Fall war für die HpBl die Beschäftigung mit staatskirchlichen Traditionen im Klerus keine historische Reminiszenz, sondern in den ersten Jahrgängen (und in Ausnahmefällen auch noch später) aktuelle Auseinandersetzung. Eine Zeitschrift, die gegründet war, um die Rechte der Kirche gegenüber der staatlichen Gesetzgebungskompetenz zu verteidigen, mußte natürlich besonders hart den Mitgliedern der eigenen Glaubensgesellschaft entgegentreten, von denen sie - zu Recht oder zu Unrecht - annahm, sie würden aus Furcht oder aus überlieferten staatskirchlichen Denktraditionen dazu nicht in der Lage sein. Beide Ursachen einer zu staatsfreundlichen Einstellung, Furcht und alte Denktraditionen, wurden durch Beispiele belegt. Aufgrund des durch ihre Entstehungsgeschichte verursachten Selbstverständnisses mußten den HpBl die Differenzen um das Fortleben staatskirchlicher Traditionen wichtiger erscheinen als die Unterschiede in den Lehrmeinungen der verschiedenen katholischen Schulen. Wenn im folgenden mehr vom hohen als vom niederen Klerus die

---

1) "... und insbesondere dürfen wir nicht vergessen, daß der status quo zum Theil von nicht immer gut berathenen Bischöfen herbeigeführt wurde...", hieß es bezüglich der Kölner Wirren (Bd. 7, S. 291; das Zitat auch in Kap. I.2.1

Rede ist, so liegt das zum einen daran, daß dem Verhalten der Bischöfe eine außerordentliche Bedeutung beigemessen wurde[1] (und wohl auch zukam, wenn die Neubelebung des katholischen Lebens von Dauer sein sollte), zum anderen befand sich der niedere Klerus weniger im politischen Zwiespalt und wirkte meist selbst mit engagierten Laien zusammen (erregte so auch zuweilen das Mißtrauen der um ihre Autorität fürchtenden Bischöfe). Am gravierendsten trat nach Meinung der HpBl das Problem in Österreich auf, eine Beurteilung die auch Schnabel teilt: "Hier war der Neukatholizismus nur in den niederen Klerus gedrungen, während der Episkopat bei dem alten Staate und auch bei seiner Kirchenpolitik ausharrte"[2]. Hauptsächlich am Beispiel Österreichs schilderte man also die Spannungen zwischen dem niederen und meist jüngeren Klerus, der um 1848 kirchliche Freiheitsforderungen mit modernen Agitationsformen[3] vertrat, und dem hohen und - in der Natur der Sache liegend -[4] meist älteren Klerus, der in josephinischen Denktraditionen stand. Diese sah man als verantwortlich an für das passive Verhalten der österreichischen Bischöfe in der Frage der kirchlichen Emanzipation aus staatlicher Bevormundung im Jahr 1848 und sogar noch im verlorenen Kampf um das Konkordat[5], d.h. für dessen Kündigung. Zur Haltung der Bischöfe im Jahr 1848 zitierte man aus einem Werk Helferts: "Warum war unter den 'Volkswünschen' (frägt Baron Helfert) nirgends von Befreiung der Kirche aus der Bevormundung des Polizei-Staates etwas zu hören? Weil

---

1) Vgl. Bd. 85, S. 175.
2) Schnabel (Zusammenschluß), a.a.O., S. 36 f.
3) Z.B. Sebastian Brunner. Sein Versuch zur Gründung einer Kirchenzeitung in Wien im Jahr 1847 scheiterte an der Reserviertheit des Wiener Erzbischofs. (Vgl. dazu Kap. I.4.4. des Teils B).
4) 17-jährige Bischöfe waren eben im 19. Jahrhundert nicht mehr denkbar.
5) Vgl. dazu weiter unten.

das Volk davon nichts wußte und die Bischöfe schwiegen"[1] Nach Helferts Worten waren die österreichischen Bischöfe dieser Zeit "... in Bezug auf die Stellung und Aufgabe der Kirche im Staate und der Gesellschaft, sowie hinsichtlich des Verhaltens ... gegenüber den staatlichen Faktoren und der öffentlichen Meinung ... 'Josephiner, Bureaukraten und Absolutisten vom reinsten Wasser'"[2]. Von den HpBl wurden si als 'bischöfliche Staatsfunktionäre'[3] bezeichnet.

Die Gegensätze brachen vor allem dann in größerem Ausma auf, als in der Generation der jungen und niedrigen Kleriker Forderungen nach Einberufung von Provinzialkonzilien vertreten und bei bischöflicher Ablehnung eigene Versammlungen ohn und gegen die hohe Geistlichkeit organisiert wurden. Von diesen entsprangen Petitionen an Minister und Bischöfe; letz re sahen darin eine Untergrabung ihrer Autorität[4]. Das Verhalten des niederen Klerus findet sich stets mit warmer Sympathie kommentiert und mit dem Hinweis auf das Dilemma der katholischen Kirche in der Revolution, sich sowohl gegen den 'hergebrachten Schlendrian'[5] als auch gegen neue, radikale Kirchenfeindlichkeit wehren zu müssen, begründet. Über die Situation in der Hauptstadt Wien und über das selbständige Vorgehen des niederen Klerus heißt es: "Wie wenig Erz-

---

1) Bd. 104, S. 109 (Klammer im Original).
2) Bd. 104, S. 114.
3) Daselbst.
4) Das Problem wurde zwar in Österreich als am gravierendste angesehen, war aber auch in anderen Ländern gegeben. So sieht Dor in der Haltung des Freiburger Erzbischofs Demeter die Ursache dafür, daß in den 30-er und 40-er Jahren mehrere Versuche scheiterten, in Freiburg einen Verein katholischer Laien über längere Zeit am Leben zu halten. (Dor-Buß, a.a.O., S. 98). - Als Frhr. von Andlaw das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Staat in Baden zum Gegenstand einer Beschwerde im Landtag machen wollte, schrieb ihm Erzbischof Demeter: "Non amo veritatem seditiosam, d.h. ich liebe nicht die Wahrheit, welche Aufruhr hervorruft!" (Dor, Franz. Heinrich Bernhard v. Andlaw, ei badischer Politiker und Vorkämpfer des Katholizismus in seinem Leben und Wirken geschildert. Freiburg i.Br. 1910, S. 54.)
5) Vgl. Bd. 104, S. 115.

bischof Milde das Vorgehen seines Klerus billigte, erfuhr dieser gar bald, als er im Interesse der Abhaltung einer kanonischen Diöcesan-Synode die ersten Schritte unternahm. Der Erzbischof erließ ein Rundschreiben an die gesammte Pfarrgeistlichkeit Wiens, worin er die Schritte, welche 'einige irregeführte Priester' unternommen, für ebenso unkirchlich als der heiligen Religion verderblich erklärte und dem Klerus auftrug, sich jeder ferneren Verhandlung zu enthalten und um so vertrauensvoller ihrem Bischofe anzuschliessen, der seine Stimme zur rechten Zeit erheben werde"[1]. Da dieser aber seine Stimme nicht erhoben habe, sei das gegenseitige Verhältnis nachhaltig gestört worden[2].

Noch zur Zeit des Streits um das österreichische Konkordat, als sich Kaiser Franz Joseph wegen seines Festhaltens an demselben harter Kritik der Liberalen aussetzte, fragten die HpBl bitter: "Was thut der Episcopat? Er thut einfach bis jetzt nichts, gar nicht!"[3] Die schließliche Kündigung des Konkordats stellte man als Folge dieses passiven Verhaltens hin: "Ein Bischof Ketteler von Mainz, ein Dupanloup von Orleans hätten schon längst Gelegenheit gefunden, wenigstens in tüchtigen Hirtenbriefen die vertrauende Heerde über die Zeitfragen aufzuklären und dem Klerus verlässige Richtschnur zu geben"[4].

In Baden und Württemberg sahen sich die Bischöfe von Laien[5] zur härteren Verfechtung kirchlicher Forderungen gedrängt; diese Laien wie Hornstein im württembergischen sowie Buß und Andlaw im badischen Landtag traten wesentlich härter

---

1) Bd. 104, S. 163 f.
2) Daselbst.
3) Bd. 60, S. 333.
4) Bd. 60, S. 334.
5) Scheffczyk hebt darüberhinaus die Bedeutung der Laien auch für die katholische Theologie hervor. (Scheffczyk, Leo. Theologie in Aufbruch und Widerstreit. Die deutsche katholische Theologie im 19. Jahrhundert. Reihe: Sammlung Dietrich, hrsg. von Elger Blühm und Lutz Mackensen. Bd. 300. Bremen 1965, S. XXXIV f.)

auf als der Klerus. Meist ging es dabei um Forderungen nach kirchlicher Autonomie in Bezug auf die katholische Vermögensverwaltung. Wiederum Laien organisierten Adressenbewegungen an die Landtage zur Neuordnung der Rechtstellung der katholischen Kirche im Staat. Diese Bewegungen finden sich abgebildet in den ersten 20 Bänden der HpBl in Form unzähliger Einsendungen über die Lage der Kirche in verschiedenen Staaten und über kirchenpolitische Angelegenheiten in den Landtagen. Sie dürften wohl in den meisten Fällen von Laien stammen und wurden unter der Ruprik "Briefliche Mittheilungen aus ..." (Baden, Württemberg, den Rheinlanden, Schlesien...) wiedergegeben. Nach 1848 ist ein deutlicher Rückgang im Einsatz dieses journalistischen Mittels der Berichterstattung 'vor Ort' zu verzeichnen.

In einer "Brieflichen Mittheilung aus Württemberg" findet sich ein besonders deutlicher Hinweis auf die angesprochene Polarisierung zwischen hohem Klerus einerseits und niederem Klerus und Laien andererseits. Als Frhr. v. Hornstein in der Kammer der Abgeordneten die Beeinträchtigung der katholischen Kirche durch eine restriktiv gehandhabte Zensur beklagte, sei ihm Bischof Keller[1] von Rottenburg in den Rücken gefallen und habe diese Vorwürfe als nicht haltbar und die Klagen über Parteilichkeit der Regierung als unbegründet bezeichnet[2].

Das erste Auftreten Bischof Kellers mit einer Beschwerde vor dem Landtag (1841) erklärte man mit dem Druck, der von einer erfolgreichen Petitionsbewegung mit mehreren tausenden von Unterschriften ausgegangen sei, und erinnerte daran daß dies sein erstes Auftreten für die Rechte der Kirche dar-

---

1) Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, z.B. Bayern, war der (einzige) württembergische Bischof nicht in der I., sondern in der II. Kammer vertreten. Auch dagegen richteten sich Einsprüche im Landtag.
2) Vgl. Bd. 4, S. 568.

gestellt habe[1]. Seiner mutigen Erklärung wäre allerdings kein Erfolg beschieden gewesen, denn "vom Wort zur beharrlichen That war leider immerhin noch ein ziemlicher Schritt"[2]. Zu seiner Entlastung wurden lediglich die fehlende Unterstützung durch sein Domkapitel und sein gesundheitlicher Zustand angeführt.

Bei der Beurteilung des Kölner Erzbischofs Graf Spiegel standen sich zwei Interpretationen gegenüber, eine, die seine persönliche Lauterkeit herausstrich und nur milden Tadel an seiner mangelnden Selbstbehauptungskraft gegenüber den preußischen Ministern anbrachte[3], und eine andere, welche seine kirchentreue Gesinnung in Zweifel zog[4]. Letzterwähnter Aufsatz erinnerte daran, daß der Erzbischof gar keinen Versuch unternommen habe, das Verbot des freien Verkehrs mit Rom zu beseitigen oder zu umgehen, sondern selbst dem Klerus seiner Diözese diese Verordnung unnötig oft ins Gedächtnis gerufen habe. Der Artikel verschweigt allerdings Spiegels lange und zähe Verhandlungen in der Mischehenfrage, die aus seinem Nachlaß, speziell aus dem Briefwechsel mit seinem Bruder hervorgehen. Der neuere Forschungsstand ergibt eindeutig, daß Spiegel "keineswegs der 'Staatsbischof' gewesen (ist), als den ihn die katholische Publizistik und Geschichtsschreibung unter dem Eindruck der Kölner Wirren oft dargestellt hat"[5]. Das genaueste Bild Spiegels und seiner

---

1) Vgl. Bd. 62, S. 698.
2) Bd. 62, S. 705.
3) Vgl. Bd. 89, S. 50 ff.
4) Vgl. Bd. 120, S. 732 ff.
5) Lill, Rudolf. Die Beilegung der Kölner Wirren 1840-1842. Vorwiegend nach Akten des Vatikanischen Geheimarchivs. Reihe: Studien zur Kölner Kirchengeschichte, hrsg. vom Historischen Archiv des Erzbistums Köln. Bd. 6. Düsseldorf 1962 (als Kölner Diss. 1960), S. 21.

publizistischen Verzeichnungen findet sich bei Lipgens[1], welcher ebenfalls die beiden unterschiedlichen Aufsätze der HpBl erwähnt. Der erste (die Ehrenrettung Spiegels) erschien bezeichnenderweise anonym und wurde über eine dritte Person (Julius Bachem) an die Redaktion gesandt. Er stammte von Domkapitular Dumont aus Köln, wie aus einem Brief im Redaktionsarchiv hervorgeht[2]. Dieser Anonymität bedurfte es noch, was auch aus einer anderen anonymen Ehrenrettung Spiegels, die bei Lipgens erwähnt wird, hervorgeht: J.F. Baudri, der spätere Generalvikar Geissels, hatte es 1880 gewagt, "freilich nur anonym, zu behaupten ..., daß Spiegel 'von redlichem Willen' beseelt war, der langverwaisten Herde als katholischer Bischof vorzustehen, daß er für die Bildung seines Volkes wie des Klerus und für die Läuterung und Hebung des Kultus vieles gewirkt und geschaffen ...habe"[3].

Auch bei der Beurteilung des Rottenburger Bischofs Keller dürften die HpBl die schwierige Situation in der Oberrheinischen Kirchenprovinz zuwenig bedacht haben. Anders verhält es sich dagegen bei der Beurteilung des Breslauer Fürstbischofs[4] Grafen Sedlnitzky, der eindeutig in staatskirchlichen Traditionen verhaftet war. Ihm wies man sogar nach, daß er Eingaben von Gläubigen in denunziatorischer Weise an die Staatsbehörden weitergeleitet und sich damit "das ungetheilte Lob gewisser Zeitungen"[5] gesichert habe.

---

1) Lipgens, Walter. Ferdinand August Graf Spiegel und das Verhältnis von Kirche und Staat 1789-1835. Die Wende vom Staatskirchentum zur Kirchenfreiheit. Reihe: Veröffentlichungen der Historischen Kommission Westfalens XVIII, Westfälische Biographien IV. 2 Teilbände. Münster 1965 (als Habilitationsschrift, Heidelberg 1963), 1. Teilband, S. 1-11, besonders S. 1-6.
2) Brief Dumonts an Binder, Köln, 2.8.1882. Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton).
3) Lipgens, a.a.O., S. 2.
4) Der Titel 'Fürstbischof' erinnerte noch an die frühere Zugehörigkeit Schlesiens zu Österreich.
5) Bd. 2, S. 485.

Auf die Bedeutung, welche die HpBl der Haltung der Bischöfe für die Rechtsstellung der katholischen Kirche beimaßen, wurde bereits hingewiesen. So führten sie auch verschiedene Mißstände wie die Vakanz von Pfarrstellen bei einem staatlich/kirchlichen Streit um die Pfründenrechte, die Übergehung katholischer Professoren an Universitäten, die Besetzung der Domkapitel u.s.w.[1], als auch kleinere Einzelheiten wie z. B. die fortdauernde Gültigkeit einer Gottesdienstordnung staatskirchlichen Geistes[2] auf Versäumnisse des hohen Klerus zurück.

Das Problem der staatskirchlichen Traditionen bzw. des zu unentschlossenen Auftretens des hohen Klerus wurde vor alle als Generationsproblem und damit zusammenhängend als Ausbildungsproblem gesehen. Dafür spricht, daß die Zeitschrift im Zusammenhang mit Kritik an verschiedenen Bischöfen fast immer lobend von der jungen Geistlichkeit sprach. In vielen Domkapiteln beobachtete man das Generationsproblem analog. Diese Interpretation als Generationsproblem wird auch in Verweisen auf den Entwicklungsgang der jeweils angesprochenen Kleriker deutlich. Bei Bischof Keller betonte man, daß er in den 20-er Jahren das Amt eines Ministerialrates der Katholischen Kirchensektion in Karlsruhe bekleidet habe[3], und Erzbischof Spiegel wurde sein vertrauter Umgang mit der preußischen Ministerialbürokratie vor seiner Amtszeit in Köln angekreidet[4]. Dadurch glaubte man die Bischöfe nicht genügend gegen aufklärerische Gedanken und gegen eine Obödienzhaltung den Staatsbehörden gegenüber immunisiert. Daß aber frühere Haltungen nicht zwingend belastend sein mußten für das neue Amt,

---

1) Vgl. Bd. 4, S. 568 sowie Bd. 85, S. 175.
2) Die Gottesdienstordnung für die katholische Kirche in Württemberg (von 1839) war nach Ansicht der HpBl noch ganz im Wessenbergischen Sinn gehalten und wurde erst 1859 durch eine neue ersetzt (vgl. Bd. 63, S. 877).
3) Vgl. Bd. 18, S. 302.
4) Vgl. Bd. 120, S. 738.

kann man am Wandel Spiegels ersehen, auch wenn man - wie Schnabel - die Frage, wie weit er sich vom Rationalismus der Aufklärung abgewandt habe, als "schwer zu ermessen"[1] bezeichnet. Ein weiteres Beispiel ist das anfängliche Zögern der Kurie, die Wahl Hermann von Vicaris zum Erzbischof von Freiburg zu bestätigen[2], wobei man sich allerdings später durch dessen mutige Haltung, die zu seinem Arrest führte, eines Besseren belehrt sah. Am direktesten verantwortlich wurden die Zeitumstände der Ausbildung für die spätere Haltung Sedlnitzkys gemacht: "In der Zeit des Indifferentismus aufgewachsen, hat Graf Sedlnitzky nur solche theologischen Vorlesungen gehört, die ihm eben keine großen Begriffe von der theologischen Wissenschaft beigebracht, und jene Abneigung gegen dieselbe in ihm erzeugten, die der Diöcese und ihm selber zu so großem Nachtheile gereichte"[3]. Bei den kritisierten österreichischen Bischöfen lag der Tenor der Beurteilung im Vorwurf der alleinigen Bindung an die Kirche durch Stellung und Einkünfte[4].

Neben dem Generationsproblem wurde auch ein soziologischer Aspekt angesprochen: die Beharrung vieler Bischöfe in den Denktraditionen des hohen Adels. Doch daß hierbei wieder gerade an Spiegel Kritik geübt wurde[5], war wohl nicht angemessen, denn sein Einfluß aufgrund seines Standes war im Verkehr mit der preußischen Regierung nicht ohne Bedeutung. I der Kritik wurde Spiegel etwas hämisch mit dem " B a u e r n s o h n Geissel" und dem "M a l e r s o h n Förster"[6] ve glichen - welche aber nicht seiner Generation angehörten.

Die bisher gebrachten Beispiele beschäftigen sich ausschließlich mit dem hohen Klerus; es finden sich aber auch

---

1) Schnabel (Deutsche Geschichte IV), S. 129.
2) Vgl. Lill, a.a.O., S. 241.
3) Bd. 6, S. 761.
4) Vgl. Bd. 26, S. 178.
5) Vgl. Bd. 120, S. 751.
6) Daselbst. (Hervorhebungen im Original.)

(allerdings ungleich seltener) Darstellungen über staatskirchliche Einstellungen des niederen Klerus. Ein Berichterstatter aus Württemberg schrieb, daß sich die jüngeren und gemäß den tridentinischen Bestimmungen ausgebildeten Pfarrer erfolgreich gegen Gebets- und Erbauungsbücher Wessenbergs wehrten, welche bei den älteren Pfarrern noch vielfach in Gebrauch waren[1]. Daß der Geist Wessenbergs bei den alemannischen Pfarrern noch bis zur Jahrhundertmitte nachwirkte, findet sich auch bei Schnabel erwähnt[2].

Von der Interpretation des Verhaltens verschiedener Bischöfe hängt auch die Beantwortung der Frage ab, wann sich der Episkopat allgemein an die Spitze des neuerwachten katholischen Lebens gestellt habe. Abgesehen sei hier einmal von der Sonderstellung der Laien im Vereinswesen und der katholischen Presse, wo ihre laizistische Eigenständigkeit nie Frage gestellt wurde[3]. Dafür soll hier mehr auf die rein politische Vertretung kirchliche Belange abgestellt werden. Was für die katholische Kirche in Österreich von den HpBl noch lange Zeit nach 1848 als Problem gesehen wurde und es zumindest 1848 noch eindeutig war, das stand in anderen Ländern des Deutschen Bundes zu dieser Zeit nicht mehr zur Debatte. Hier hatten sich schon zwischen 1840 und 1848 die Bischöfe an die Spitze der Erneuerung gestellt und spätestens im Jahr 1848 eindeutig die Richtung bestimmt. Grundlegend für die Vermittlung der in Frankreich und im Elsaß einsetzenden kirchlichen Erneuerung zunächst an die Frankreich nahegelegenen deutschen Gebiete war der Kreis um die Herausgeber des 'Katholiken', meist Schüler Liebermanns. Da das Interesse der HpBl aber vor allem ihrer Generation galt, ist von ihnen

---

1) Vgl. Bd. 15, S. 327.
2) Schnabel (Deutsche Geschichte IV), a.a.O. S. 101.
3) Casper, Bernhard. Die Einheit aller Wirklichkeit. Friedrich Pilgram und seine theologische Philosophie. Freiburg 1961, S. 29. (In diesem Zusammenhang hebt Casper die Namen Buß, Vogelsang und Jörg hervor).

nur am Rande die Rede. Die allgemeine Führung des Epikopats kann spätestens für das Jahr 1848 gezeigt werden. Zuvor war es in der Oberrheinischen Kirchenprovinz noch zu kanonisch angefochtenen Bischofswahlen und zum Streit um die Besetzung von Domkapitularsstellen gekommen. Schnabel gibt dem ersten Kapitel seines Werkes "Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahr 1848" die bezeichnende Überschrift "der Episkopat als Führer"[1] und hebt in diesem Zusammenhang vor allem die Vermittlungsbemühungen Geissels zwischen zu weitgehenden kirchlichen Forderungen (Trennung von Kirche und Staat) und staatlicher Unnachgiebigkeit hervor. Lill resumiert am Schluß seines Werkes über die Kölner Wirren, daß eine "neue Generation kurialistisch gesinnter, tatkräftiger und junger Bischöfe ... seit 1840 die Führung des deutschen Katholizismus (übernahm)"[2] und hebt von dieser Gruppe lediglich den irenischen Sailer-Schüler Diepenbrock a

Der Streit um staatskirchliche Gesinnungen mit mancherlei Überzeichnungen in den HpBl und zeitgenössischen Denunziationen lenkt etwas ab von der Vielfalt möglicher Positionen innerhalb der dennoch im Ursprung einheitlichen Erneuerungsbewegung, die sich in fließenden Übergängen zeigte und erst später dogmatisch klare Formen annahm. Da die HpBl darauf nicht eingingen, möchte ich verschiedene Ausprägungen selbst kurz ansprechen. Sailer und Möhler gehörten ebenso wie Hermes und Günther der katholischen Erneuerung durch Überwindung des aufklärerischen Rationalismus an, auch wenn Hermes beispielsweise noch idealistische Verbindungen zu ihm schlug. Die in den 30-er Jahren zögernd einsetzende dogmatische Verhärtung nach der Verwerfung der Lehren Lamennais' hat auch Möhler gespürt, der nicht zuletzt wegen der geplanten Mitarbeit an den HpBl (abgesehen von seinem neuen Lehrstuhl)

---

1) Schnabel, a.a.O., S. 6.
2) Lill, a.a.O., S. 241.

nach München übergesiedelt war, aber durch seinen Tod nur noch die Herausgabe des ersten Heftes erlebte. So zitiert Lösch aus einem Brief desselben an Beda Weber: "Männer wie Döllinger, die beiden Görres, Seyfried, Phillips und andere werden stets ehrfürchtig vor meiner Seele stehen, aber der Umgang mit ihnen wird mir in manchen Stunden schwer. Das Scharfmarkierte ihres Kirchentums ist auch meine Ansicht und Überzeugung, aber die Art des Vortrages, die Verlautbarung der inneren Welt und die Stellung zur Gegenwart, welche diese Männer charakterisiert, greift mich oft an; es verletzt meine Nerven"[1].

Die katholische Tübinger Schule stand zuweilen im Odium des Liberalismus, was in der Reaktion der 'Ultramontanen' auf die Tübinger Haltung zur Frage der katholischen Universität in Deutschland einige Male spürbar wurde. Jedoch die wissenschaftlichen Leistungen der Tübinger Schule wurden von den HpBl, deren Mitarbeiter selbst oft Aufsätze für die 'Theologische Quartalsschrift' lieferten[2], verschiedentlich lobend erwähnt[3].

Günthers Einsatz für die katholische Kirche in Österreich im Jahr 1848[4] verdeckte noch die Problematik seiner Beziehungen zum Vatikan. Auch in der Beurteilung seiner Person wird die fortschreitende Aufspaltung und Abgrenzung zwi-

---

1) Lösch, Stefan. Prof. Dr. Adam Gengler. 1799-1866. Die Beziehungen des Bamberger Theologen zu J.J.I. Döllinger und J.A. Möhler. Ein Lebensbild ... Zugleich ein Beitrag zur Gelehrtengeschichte Bambergs im XIX. Jahrhundert. Reihe: Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe 9, Bd. 17. Würzburg 1963, S. 161 -Anm. 8. (Vgl. das vollständige Zitat in: Weber, Beda. Charakterbilder. Frankfurt a.M. 1853, S. 12 -bei Lösch etwas gekürzt.)

2) Vgl. Kap. II.4. des Teils B.

3) Z.B. Bd. 52, S. 694.

4) "Ganz ebenso (Anm.: wie der spätere Altkatholik Knoodt) stand auch Günther selber, der bald so grimmig Verfolgte, 1848 mit seinen Schülern an der Spitze der Wiener Neukatholiken gegen den Josephinismus." (Schnabel, -Zusammenschluß-, a.a.O., S. 78.)

schen verschiedenen Gruppen einer in Ursprung und Zielen einheitlichen Bewegung sichtbar.

Die späteren Differenzierungen innerhalb der katholischen Erneuerungsbewegung in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts konnten auch Bedeutung für das Verhältnis von Staat und Kirche haben, auch wenn die abwertende Bezeichnung 'staatsfreundlich' auf den Kreis der oben Erwähnten nicht zutrifft. Sie wurde bezüglich der Ireniker Sailer und Schwäbl aber von einigen 'Falken' im ultramontanen Lager vorgebracht, z.B. vom Hofprediger Eberhard[1]. Überspitzt ausgedrückt möchte ich aufgrund meiner kirchenpolitischen Lektüre in den HpBl die Unterschiede zwischen den Verfechtern eines härteren (dazu rechneten im großen und ganzen die HpBl selbst) und eines mehr vermittelnden Kurses in drei Punkten präzisieren, denn um diese beiden Richtungen ging es auch stets innerhalb der Erneuerungsbewegung. Die drei genannten Punkte haben nicht alle eine direkte Beziehung zur kirchenpolitischen Problematik.

a) Der Betonung einer gefühlsmäßigen Bindung an Religion und Kirche standen auch in der Erneuerungsbewegung noch etwas rationalistischere Begründungen auf philosophischer Grundlage gegenüber.
b) Neben dem der politischen Praxis zugewandten Katholizismus existierte auch eine Richtung im deutschen Katholizismus, welche bei der Abgrenzung der staatlich-kirchlichen Sphäre mehr auf den geistlichen Bereich und Auftrag der Kirche abstellte.
c) Das Verhältnis zum Jesuitenorden wies ebenfalls noch Unterschiede auf.

Selbstverständlich kann man solche Nuancierungen nicht unbedenklich mit dem Prädikat 'staatsfreundlich' oder 'staatskirchlich' belegen, aber im Zuge der dogmatischen Klärung und Verhärtung spielten diese Abweichungen dann in der Publizist

---

1) Vgl. Reinkens, Joseph Hubert. Melchior von Diepenbrock. Ein Zeit- und Lebensbild. Leipzig 1881, S. 201 ff.

eine immer größere Rolle. Den HpBl muß zugute gehalten werden, daß sie die genannten Begriffe in diesem Zusammenhang nicht verwendeten; bisweilen wurde aber auf die Konsequenzen solcher Abweichungen - wie man sie zu sehen glaubte - aufmerksam gemacht.

V.2. DER LIBERALE KATHOLIZISMUS, DER ALTKATHOLIZISMUS UND DIE PERSON DÖLLINGERS

Die Unvereinbarkeit von Liberalismus und Katholizismus stand für die HpBl und die überwiegende Mehrheit der d e u t s c h e n Katholiken nicht erst mit der Verwerfung des Liberalismus im Zusammenhang mit anderen 'Zeitirrtümern' ('Syllabus Errorum') durch Papst Pius IX. fest. Kontakte zwischen dem Eos-Kreis und dem Kreis der Herausgeber der liberalen Tageszeitung 'L'Avenir' zu Beginn der 30-er Jahre hatten schon nach kurzer Zeit die Verschiedenheit der Richtungen erwiesen; gefördert wurde die Trennung durch die Verwerfung des theologischen Liberalismus in der Enzyklika 'Mirari Vos' Papst Gregors XVI. von 1832 und durch die Ablehnung der Lehren Lamennais' durch Rom in den folgenden Jahren. Theoretisch begründet wurde die Unvereinbarkeit von Liberalismus und Katholizismus in den HpBl mit der notwendigerweise antireligiösen Einstellung des Liberalismus aufgrund der 'Ahnenreihe' Aufklärung-Liberalismus - Sozialismus[1].

Der theologisch-kirchliche Liberalismus in Frankreich bildete in den Augen der Zeitschrift eine gewisse Ausnahme, da er sich für die weltliche Herrschaft des Papstes und gegen ein staatliches Schulmonopol einsetzte; deshalb gestand man ihm - im Gegensatz zu kirchlich-liberalen Strömungen in

---

1) Vgl. Bd. 121, S. 12 (Vgl. auch an anderer Stelle die Bezeichnung des Liberalismus als "Kind der sogenannten Philosophie des 18. Jahrhunderts." - Bd. 65, S. 897).

deutschen Ländern und im übrigen Europa noch am ehesten katholische Haltung zu: "Es dürfte überhaupt, nebst dem innig frommen Gemüthe der ursprünglichen Volksnatur sicherlich nur dem Ernst der früheren Zeitumstände zu danken seyn, wenn der liberale Katholizismus in Frankreich sich fast vierzig Jahre lang auf der schmalen Schneide erhielt ohne zu straucheln"[1]. In Deutschland maß man dem kirchlichen Liberalismus weniger Bedeutung bei, "vielleicht mit Ausnahme einzelner Samenkörner, die durch naheliegende Umstände in den deutschen Rheinlanden verstreut worden sind"[2].

Aus diesem Grund beschäftigte man sich erst ab dem Auftreten des Altkatholizismus, den man als deutsche Form des liberalen Katholizismus interpretierte, mit dieser Verbindung; folgerichtig sah man im Streit um die Infallibilität nicht dessen eigentlichen Ursprung. Die Sicht der HpBl vom liberalen Katholizismus und vom Altkatholizismus war zeitweise stark durch die Person Döllingers geprägt, nicht, weil man eine Abstraktion oder Einordnung in größere Zusammenhänge unterließ, sondern da man (d.h. hier Jörg!) gerade in Döllinger viele der allgemein beschriebenen Phänomene sich zusammendrängen und verkörpern sah. Als unmittelbare Wurzel der Bewegung gegen die Konzilsbeschlüsse faßte man das Scheitern des Schlichtungsversuches der Münchner Gelehrtenversammlung von 1863 zwischen den Vertretern der 'deutschen Theologie' einerseits und den 'Romanern' andererseits sowie Döllingers 'Odeonsvorträge' von 1861 auf. Über die Berechtigung, den Altkatholizismus als Teil des liberalen Katholizismus zu interpretieren und ihm zudem einen politischen Charakter zuzuschreiben, bestand für die Münchner Zeitschrift kein Zweifel. Deshalb werde ich auf diesen Punkt eingehen; von seinem behaupteten politischen Charakter ausgehend,

---

1) Bd. 65, S. 548.
2) Daselbst.

sagte man dem Altkatholizismus eine theologische Bedeutungslosigkeit voraus[1].

Die HpBl sprachen meist vom 'sogenannten Altkatholizismus' und gebrauchten auch den Namen 'Staatskatholizismus' und 'Staatskatholiken'[2]. In Wirklichkeit bestand der 'politische Charakter' des Altkatholizismus lediglich darin, daß der staatliche Schutz für das Verbleiben innerhalb der Kirche gesucht wurde. Zwar ließen sich einzelne Professoren der altkatholischen Glaubensrichtung im Kulturkampf von Seite des Staates propagandistisch einspannen, aber ansonsten war ein politischer Charakter nicht erkennbar. Dagegen kam es oft zur taktischen Bevorzugung der Altkatholiken durch staatliche Stellen, vor allem in Preußen und in der Schweiz; in letzterer blieb die finanzielle Unterstützung des Altkatholizismus ohne Beispiel[3].

Dennoch war von Anfang an vorauszusehen, daß weder Lutz noch Bismarck ihre gesamte Kirchenpolitik auf eine zahlenmäßig so kleine Gemeinschaft abstellen konnten, sondern diese eben nur momentan im Kulturkampf als Gegengewicht zur katholischen Kirche zu benützen suchten. Von Ausnahmen abgesehen gingen sie in der Praxis nicht über die formale Gleichbehandlung, z.B. bei der Besetzung von Pfründen, hinaus. Überschwengliche Vorstellungen auf beiden Seiten blieben demnach auf einzelne Vertreter und Presseorgane beschränkt, auch wenn die HpBl in Preußen starke altkatholische Sympathien für eine protestantisch geprägte nationalliberale Politik sahen[4]. Völlig unrealistisch blieben dagegen Vorstellungen, wie sie die der Bismarckischen Politik verpflichtete 'Nord-

---

1) Vgl. Bd. 67, S. 504.
2) Z.B. Bd. 72, S. 720.
3) Die HpBl berichteten hier glaubwürdig von verschiedenen Fällen, beispielsweise von einer Besoldung der 10 altkatholischen Theologiestudenten (denen 5 Professoren gegenüberstanden!) an der altkatholischen theologischen Fakultät in Bern. (Vgl. Bd. 75, S. 239).
4) Vgl. Bd. 75, S. 387.

deutsche Allgemeine Zeitung' noch 1877 bezüglich des Altkatholizismus geäußert hatte: "Wenn endlich nach langer mühevoller Arbeit alle religiösen Fanatiker, alle vaterlandslosen und vaterlandsfeindlichen Römlinge verdrängt und durch deutsche Priester ersetzt sind, dann werden unsere Kinder und Enkel ihren evangelischen Brüdern die Hand zum Bruderbande, zur deutschen Kirche ohne Dogmenzwang und Formelkram reichen"[1].

Zum Zeitpunkt dieser euphorischen Beurteilung war eine zahlen- und gewichtsmäßige Bedeutung des Altkatholizismus nicht mehr zu erwarten. Die Voraussage der HpBl hatte sich bewahrheitet und auch in der Schweiz beobachtete man seinen Rückzug nach dem Wechsel im Pontifikat und der leichten Annäherung zwischen Papst Leo XIII. und dem Schweizer Bundesrat[2]. Was dagegen als Problem noch weiter fortbestand, war die Mitbeteiligung der Altkatholiken am katholischen Kirchenvermögen. In Bayern fiel sie durch das Fallenlassen des Altkatholizismus[3] im letzten Amtsjahr des Kultusministers Lutz.

Die Sicht der HpBl von den Hauptirrtümern des Altkatholizismus berechtigt hier, wo die Zeitschrift im Vordergrund steht, ihn bei den Kirchen- und Konfessionsfragen zu behandeln. Als Grundirrtum konstatierte man - analog der Polemik gegen Teile des Protestantismus - die Verkennung der "wesentlichen Zusammengehörigkeit von Religiosität und Kirchlichkeit"[4]. Die Kirchlichkeit, bestehend aus Autorität und Einheit im Glauben, war nach Meinung der HpBl das Wesentliche und Sichtbare der katholischen Amtskirche im Gegensatz zur ratio-

---

1) Zit. nach HpBl, Bd. 80, S. 501.
2) Vgl. Bd. 86, S. 422.
3) Ministerialbekanntmachung vom 2.4.1890, vgl. Weber, a.a.O. Bd. 20, Nr. 6738, S. 110. Durch diese wurde der Altkatholizismus zu einer 'Privatkirchengesellschaft' erklärt.
4) Bd. 68, S. 553.

nalistischen Vergeistigung, welche man dem Altkatholizismus zuschrieb. Die Kirchlichkeit hielt man für notwendig, da die Kirche eine 'Gemeinschaft der Gläubigen' und nicht eine 'Gemeinschaft der Wissenden'[1] sei: "Was einen der bezeichnendsten Irrthümer des Altkatholizismus bildet: daß religiöse Fragen nach dem Gewichte menschlicher Autoritäten zu entscheiden seien"[2]. Durch diesen Grundirrtum sah man den Altkatholizismus verurteilt, zu einer Professorenbewegung zu werden, die keine Verankerung im Volk besitze[3]. Der Vorwurf einer Überschätzung der wissenschaftlichen Theologie, welche von der Überzeugung einer Rückständigkeit der katholischen Kirche ausgehe, wurde auf Döllinger persönlich gemünzt, den Jörg als den Vertreter "der u n f e h l b a r e n Wissenschaft"[4] bezeichnete. Im Nekrolog sagte er ihm nach, "daß der Gelehrte dem Priester allmählich über den Kopf gewachsen (war)"[5]. In Conzemius' Aufsatz[6] erkennt man die wissenschaftliche Rivalität zwischen dem Professor und seinem ehemaligen Amanuensis wieder, die wohl hauptsächlich von letzterem gesucht wurde, wie auch aus mancher angestrebten Konkurrenzsituation in den HpBl hervorgeht.

Das Phänomen des liberalen Katholizismus hatte für die HpBl im Altkatholizismus nur eine zeitgeschichtlich-konkrete Form angenommen, enthielt aber die grundsätzliche und ältere Frage für jede Kirche: 'Vergeistigung oder Institut?' Da der Staat des 19. Jahrhunderts die erstgenannte Form der 'ecclesia invisibilis' etwas favorisierte, ergab sich die Behauptung eines politischen Charakters des Altkatholizismus.

---

1) Bd. 68, S. 385.
2) Bd. 68, S. 560.
3) Vgl. Bd. 71, S. 478.
4) Bd. 65, S. 549 (Hervorhebung von mir).
5) Bd. 105, S. 241.
6) Conzemius, Victor, in Festschrift Spindler, a.a.O., passim.

Wenn also die Beschlüsse des I. Vatikanums nur als Signal, aber nicht als tiefere Ursache zur Abspaltung interpretiert wurden, mußte man den Beweis dafür auch noch in anderen Erscheinungsformen im Altkatholizismus erblicken. Als solche machte man auf theologischem Gebiet die Forderung mancher Altkatholiken nach Abschaffung des Zölibat[1], auf kirchenpolitischem Gebiet die beobachtete Nähe vieler Altkatholiken zum politischen Liberalismus[2] aus.

In späteren Jahren unterschied man zwischen der Positio Döllingers und der vieler anderer Altkatholiken. Von Dölling zitierte man mehrfach Äußerungen, wonach der altkatholische Gedanke innerhalb der Einen Kirche fruchtbar werden sollte[3]. Da er aber mit seiner Meinung unterlag, daß vom päpstlichen Irrtum nicht zur Aberkennung der Rechtmäßigkeit des Papstes geschritten werden durfte[4], hatte man den Beweis, "daß Herr von Döllinger (Anm.: innerhalb des Altkatholizismus) bereits zu den völlig überwundenen Standpunkten zählt"[5].

Zum Döllingerbild der Zeitschrift, das fast ausschließlich auf Jörg zurückgeht, ist ein 'Korrektiv' durch Aufsätze aus der neueren Forschung unerläßlich. Dazu möchte ich die Aufsätze Conzemius'[6] und Schwaigers[7] nennen. Der erste Aufsatz ist deshalb von Bedeutung, da er tatsächlich frühere Belege für eine Entfremdung zwischen Döllinger und Jörg in

---

1) Vgl. Bd. 65, S. 685 f. Aufgrund der über das Dogma hinausgehenden Unterschiede sprachen die HpBl mehrfach vom Altkatholizismus als von einer 'Sekte' (z.B. Bd. 68, S. 736 und Bd. 72, S. 720 und S. 726).
2) Vgl. Bd. 75, S. 387.
3) Vgl. z.B. Bd. 68, S. 728. Dieser ernsthafte Wille, eine Abspaltung zu vermeiden, wird von Schwaiger belegt: Schwaiger, Georg. Ignaz von Döllinger im Licht der neueren Forschung. In: Münchener Theologische Zeitschrift, hrsg. von Wilhelm Keilbach und Leo Scheffczyk. 18. Jg. Heft 1, München 1967, S. 143 ff., hier S. 148.
4) Vgl. Bd. 70, S. 634.
5) Daselbst.
6) Conzemius, a.a.O.
7) Schwaiger, a.a.O.

kirchenpolitischen Fragen (anhand des Briefwechsels) bringt und somit einige von Jörgs Urteilen als richtig erweist. Dabei wird auch die Rolle der unterschiedlichen Temperamente deutlich. Der zweite Aufsatz zeigt Ansätze und Möglichkeiten der deutschen katholischen Theologie im 19. Jahrhundert, betrachtet Döllinger also in diesem großen Zusammenhang und rehabilitiert ihn gegen manche Vorurteile, welche im Zuge einer apologetischen Enge seiner Zeit entstanden waren.

Jörg prägte das Bild Döllingers in den HpBl am eingehendsten, da er die rein theologische Apologie dem Kardinal Hergenröther überließ und selbst als ehemaliger Schüler Döllingers auf die Person seines Lehrers und dabei auf seine menschlichen Schwächen abstellte. Man muß hier sehr vorsichtig sein, auch wenn sich in der Biographienliteratur der Zeit eine große Menge ähnlicher Äußerungen über Döllingers Charakter finden, auf die ich weiter unten noch eingehen werde.

Die Beurteilungen Döllingers einerseits in der Zeit der erbitterten Auseinandersetzung um die 'Konziliumsbriefe' in der 'Allgemeinen Zeitung' und andererseits nach seinem Tod differierten nicht unbeträchtlich. Seit der ersten Entlarvung[1] Döllingers als dem Urheber der 'Konziliumsbriefe' war der Ton ausgesprochen feindselig ("indeß scheint es doch gerathen, vorerst noch näher zuzusehen, was der Mann denn eigentlich und positiv will"[2] und der Tenor der Artikel lautete auf wissentliche und bösartige Fehlinformation sowie Charakterlosigkeit und gekränkte Eitelkeit (da ihn das Konzil nicht zum Berater bestellt habe). Ein theologischer Irrtum wurde ihm nur ganz am Rande zugebilligt und statt dessen seine Ausrichtung nach dem Zeitgeist und Tendenzlüge im Dienst der Regie-

---

1) Vgl. Bd. 64, S. 323 (Fußnote). Conzemius hat in der 'Römischen Quartalsschrift' Döllingers Quellen ermittelt und nachgewiesen, daß auch Lord Acton manche der Briefe selbständig geschrieben hat (vgl. Schwaiger, a.a.O., S. 147).
2) Bd. 64, S. 324.

rungen behauptet. Dagegen sprach ihm Jörg im Nekrolog[1] ausdrücklich eine ehrenhafte Haltung zu ('heiliger Ernst'[2], 'Charaktereinheit'[3], 'redlichste Absicht')[4], wobei er wahrscheinlich das spätere Bemühen Döllingers um einen Ausgleich im Auge hatte. Er hielt jedoch fest an einigen Urteilen, die Schwaiger aufgrund des neueren Forschungsstandes als 'Klischees'[5] bezeichnet. Es sind dies folgende Vorwürfe Jörgs an Döllinger, die sich alle in dem bezeichneten Nekrolog wiederfinden: Unselbständigkeit gegenüber äußeren Eindrücken, die nicht unmittelbar mit seinem Fachwissen zusammenhingen, darauf folgend ein Mangel fester Ideen über Staat und Gesellschaft[6] und zu große Gutgläubigkeit gegenüber kirchenfeindlichen Bestrebungen. Ferner glaubte Jörg bei Döllinger ausgeprägte Eitelkeit in Verbindung mit reizbarem Naturell und menschlicher Kälte feststellen zu können.

Am meisten beschäftigt hat die HpBl die Frage vom 'Bruch' in Döllingers Leben. Nach ihrer Ansicht hatte sich Döllinger, der in der 'Kniebeugenfrage' und zum Zeitpunkt seiner erzwungenen Quieszierung an der Universität (zusammen mit den anderen Mitgliedern des Görres-Kreises im Zuge von dessen Verhalten in der Lola Montez-Affaire) noch als Kopf der Ultramontanen galt und der unter König Maximilian II. nur zögernd rehabilitiert wurde, langsam und fast unmerklich der Regierungspolitik einen gemäßigten Liberalismus angenähert. Im Jahr 1861 erklärte sich dann Döllinger in einem Brief an Jörg gegen jeglichen Absolutismus in Staat u n d Kirche[7].

Zum Zeitpunkt der 'Konziliumsbriefe' waren Döllingers Beziehungen zu ultramontanen Kreisen schon auf einem Tiefpunkt angelangt; daß der Bruch zwischen Döllinger und Jörg schon

---

1) Bd. 105, S. 237 ff.
2) Bd. 105, S. 238.
3) Bd. 105, S. 239.
4) Bd. 105, S. 253.
5) Schwaiger, a.a.O., S. 145.
6) Dieser Vorwurf findet sich bezeichnenderweise nur bei Jörg
7) Die ganze Entwicklung wird in den erwähnten Nekrolog dargestellt, hier S. 245.

vor dem I. Vatikanischen Konzil erfolgt war, wurde in den HpBl betont[1]. Die Richtigkeit dieser Äußerung zeigt sich auch im Briefwechsel zwischen den beiden, dessen an Jörg gerichteten Teil ich in Conzemius' Abschrift im Redaktionsarchiv in Regensburg einsah.

Interessant ist, daß sich über eine frühe Entfremdung zwischen Döllinger und dem Münchner Görreskreis bzw. Mitarbeitern der HpBl in der Biographienliteratur schon sehr frühe Hinweise finden[2], so daß dieser Aspekt nicht v ö l l i g

---

1) Vgl. Bd. 67, S. 692.

2) Bischof Sailer an den späteren Innenminister Schenk: "Der junge Gelehrte ist mir aus Aschaffenburg zwar als ein fähiger, aber auch als ein ungemein hoffärtiger, eitler Mensch geschildert worden." (Zit. nach: Zinkl, Johannes. Magnus Jocham. Johannes Clericus. 1808-1893. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Theologie und Frömmigkeit im neunzehnten Jahrhundert. Freiburg 1950, S. 52 -Anm. 47). - Döllingers Antwort an Böhmer, der ihn zur Fortsetzung seiner Kirchengeschichte drängte: "Ja sehen Sie, das kann ich nicht; denn ich stehe jetzt auf einem Standpunkte der Forschung, bei dem das Ende zum Anfang nicht mehr passen würde; die Fortsetzung der Kirchengeschichte würde ganz protestantisch ausfallen." (Zit. nach HpBl, Bd. 67, S. 703). - In einem Nachruf auf Phillips schrieben die HpBl: "Interessant ist die von Phillips bereits am 3. März 1854 gegen Schulte gefallene Äußerung, Döllinger hat keine Liebe zum heiligen Vater, ist angeweht vom protestantischen Geiste..." (Bd. 133, S. 62). - Vgl. dazu auch noch Schulte, Johann Friedrich v. Geschichte der Quellen und Literatur des kanonischen Rechts ... 3 Bde. Stuttgart 1880. Bd. 383. - Weitere Äußerungen in gleichem Sinn von J. Görres (vgl.: Buchheim, Karl. Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert. München 1963, S. 115); von Joh. Theodor Laurent (vgl.: Möller, Karl. Leben und Briefe von Johannes Theodor Laurent, Titularbischof von Chersones, ... Als Beitrag zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. 3 Bde. Trier 1887-1889. Bd. 3, S. 73); von Clemens Brentano (vgl.: Diel, Johann Baptist. Clemens Brentano. 2 Bde., hrsg. von Wilhelm Kreitten. Freiburg i. Br. 1877. Bd. 2.S. 462); von Ernst Lieber (Cardauns, Hermann. Ernst Lieber. Der Werdegang eines Politikers bis zu seinem Eintritt in das Parlament (1838-1871). Wiesbaden 1927, S. 91 f. u. S. 165); von J.N. Ringseis (Erinnerungen des Dr. Johann Nepomuk von Ringseis, hrsg. von Emilie Ringseis. 4 Bde. Regensburg 1888, Bd. 4 S. 237 ff.) Dazu -nachträglich-: Vogel, Paul. Beiträge zur Geschichte des Kölner Kirchenstreites. Reihe: Studien zur rheinischen Geschichte, hrsg. von Albert Ahn. Heft 5. Bonn 1913, S. 52.

außer Acht gelassen werden kann. Manche dieser Vorwürfe sind sicher aus späterer Einstellung zurückprojiziert oder gegenseitige Übernahmen, doch erklärt das noch nicht die Fülle der Aussagen der verschiedensten Personen. Sicher ist, daß Döllingers katholische Kollegen und Freunde mit Verständnislosigkeit auf den Abbruch der Arbeit an seiner Kirchengeschichte reagierten; auch seine abnehmenden Kontakte zu bekannten katholischen Persönlichkeiten und seine Rolle in der näheren Umgebung König Maximilians II. könnten zu einer gewissen Entfremdung beigetragen haben. Seine Mitarbeit an den HpBl setzte schon in den 50-er Jahren weitgehend aus[1]. Niedermayer erwähnte immerhin noch 1861, daß Döllinger eine Art von Beratertätigkeit in theologischen Fragen für die HpBl ausübe[2]. Wahrscheinlich hörte diese spätestens nach der Entfremdung durch die 'Odeonsvorträge' auf.

Den Schlüssel zu Jörgs politisch geprägtem Verständnis von Döllinger und der altkatholischen Bewegung liefert einer seiner Artikel, in dem er die vermeintlichen charakterlichen Schwächen seines Lehrers in Verbindung zu den politischen Tendenzen der Aera Maximilians II. brachte. Diese Aera war für die HpBl ein 'rotes Tuch', wobei die Kritik allerdings den König zumeist aussparte oder seine Politik lediglich auf den Nenner 'unglücklich'[3] brachte und sich dafür auf die Minister konzentrierte. Der Streit Jörgs mit dem Innenminister Grafen v. Reigersberg[4] (der zu Jörgs Strafversetzung führte) ist dazu ein typisches Beispiel. In der folgenden Äußerung Jörgs werden diese Momente in Verbindung mit psychologischer Zeitbetrachtung gebracht. "Jeder treue Katholik mußte seit dem Beginn einer gewissen Periode der neuesten Geschichte

---

1) Vgl. Kap. II.6. des Teils B über die Mitarbeiter.
2) Vgl. Niedermayer, a.a.O., S. 22. Doch auch in dieser entgegengesetzten Stellungnahme Niedermayers ist der Zeitpunkt seiner Information nicht auszumachen.
3) Vgl. Kap. III.2.
4) Mehr dazu in Kap. V.2.2. des Teils B.

Bayerns mit der Kirche unter dem Kreuze liegen, und es ist nicht jedem die Kraft der Selbstverläugung und die Hoheit des Geistes gegeben die Zurücksetzung und Verkennung als seinen Theil zu wählen, wenn man sich nur zu bücken braucht nach dem Füllhorn aller Ehren der Welt. Es ist die Krankheit der neuen Zeit der unser alter Lehrer unterlag"[1].

Zusammen mit der Wandlung Döllingers behauptete Jörg auch dessen Wendung vom Kirchenhistoriker zum Politiker, "was seine starke Seite nie war und bei seiner natürlichen Leichtgläubigkeit auch nie seyn konnte"[2]. Als seine letzten wissenschaftlichen Leistungen wurden in den HpBl nur seine Arbeiten vor der Abhaltung der 'Odeonsvorträge' anerkannt; spätestens mit der Infallibilitätsdebatte vor dem Konzil sah man die "Periode der Advokaten-Schriften des verbitterten Parteimannes ... beginnen"[3].

Eine Nähe des Altkatholizismus zum Nationalliberalismus und ein dadurch verursachter antirömischer Einschlag stand für die HpBl ebenfalls fest; allerdings sah man diese Erscheinungen mehr bei Döllingers Anhängerschaft als bei ihm selbst. Ihm warf man nur Blindheit vor, welche ihn eine Verbindung zwischen dem Krieg gegen Frankreich und dem Krieg gegen Rom verbarg: "Der National-Liberalismus hatte sich kaum ausgeruht von seinen Mühen bei der Ruinierung des großdeutschen Vaterlandes und bei der Mediatisierung Bayerns, und schon präsentierte sich unter der Fahne Döllingers dieselbe Partei um zur Erfüllung ihrer nächsten und größten Aufgabe, der Vernichtung der katholischen Kirche in Deutschland beizuhelfen"[4]. Döllinger wird von all diesen Vorwürfen nicht direkt getroffen, zum einen wegen der entschuldigenden Erklärung, er sei immer das "Produkt seines Umganges"[5] gewesen,

---

1) Bd. 67, S. 693.
2) Bd. 67, S. 705.
3) Daselbst.
4) Bd. 67, S. 713 f.
5) Bd. 67, S. 695.

zum andern durch die deutliche Trennung von seinen Anhängern, unter denen die HpBl u.a. Deutschkatholiken, Freikirchler, Protestanten, Rationalisten und Nationalliberale[1] sahen: "...er dachte bereits entfernt nicht mehr daran, sich die Leute genauer anzusehen"[2]. Deshalb wurde ihm von den HpBl auch das Recht abgesprochen, "sich derlei Folgerungen ein für allemal zu verbitten"[3]. Auf theologischem Gebiet sahen die HpBl seine Wandlung so evident vorliegen, daß ihnen der 'spätere' Döllinger vom 'früheren' Döllinger als leicht zu widerlegen galt[4], "selbst vom einfältigsten Kaplan"[5].

Wissenschaftliches Lob wurde Döllinger nach wie vor gezollt, doch galt es - wie erwähnt - seinem Werk bis etwa zum Jahr 1860. Nicht verziehen wurde ihm aber die kirchenpolitische Beratung Hohenlohes in der Ausarbeitung der Circulardepesche an die europäischen Kabinette und die Beratung Lutz' in verschiedenen Gutachten.

Die Wirkung der 'Briefe vom Konzil' schätzte man als gegen die Absicht ihres Urhebers sich entwickelnd ein. Vielen Katholiken, die zuvor die Zweckmäßigkeit einer Dogmatisierung der Infallibilität bezweifelt hätten, sei erst durch den Anspruch "einer Handvoll deutscher Professoren ... als Repräsentanten der deutschen Wissenschaft und der öffentlichen Meinung von Fall zu Fall die Controlle zu üben über jede andere Autorität in der Kirche"[6], die Bedeutung des Dogmas klar geworden[7]; Jörg zählte sich ausdrücklich selbst zu diesem Personenkreis[8].

Die überragende Aufmerksamkeit der Zeitschrift bei der Besprechung des Altkatholizismus galt der Person Döllingers

---

1) Vgl. Bd. 67, S. 706.
2) Daselbst
3) Bd. 67, S. 701.
4) Vgl. Bd. 64, S. 326.
5) Bd. 68, S. 385.
6) Bd. 66, S. 496.
7) Vgl. Bd. 66, S. 495.
8) Daselbst.

sowie Berichten über die Entwicklung der neuen Glaubensgesellschaft in verschiedenen europäischen Ländern. Dabei suchte man den Altkatholizismus in Beziehung zu allgemeinen Zeittendenzen zu bringen und ließ ihn nur nach außen als Reaktion auf die Dogmatisierung der Infallibilität gelten. Im Vergleich zur intensiven Beschäftigung der HpBl mit der Person Döllingers fällt auf, daß andere Altkatholiken wie Schulte, Reinkens, Friedrich, Sepp und Huber kaum einer Entgegnung für würdig erachtet wurden. Wenn dies einmal geschah, dann in scharfer Ironie. So liest man zum Erscheinen des dritten Bandes von Friedrichs Döllingerbiographie und zu ihrer Aufnahme: "Nun hat eine Freundeshand, durch altkatholischen Chauvinismus bereits genugsam bekannt, große Eile gehabt, bald nach dem Erscheinen des Bandes in der Beilage zur 'Allgemeinen Zeitung' (Nr. 140) denselben zu beräuchern, und hat dabei das ganze Elaborat mit desselben Verfassers 'Geschichte des Vatikanischen Concils' als 'Monumentalwerk' auf die gleiche Stufe gestellt. Zutreffender hätte diese Kritik schwer gegeben werden können. In der That halten beide Werke sich die Wage"[1].

1) Bd. 128, S. 365.

Teil B

Zum Äußeren der Zeitschrift

I. DAS BILD DER ZEITSCHRIFT UND IHRE RESONANZ

I.1. DIE INITIATOREN

Die Widerspiegelung einzelner Probleme wie Sozialpolitik[1] und Reichsgründung[2] in den HpBl war schon Gegenstand verschiedener Untersuchungen. Dagegen blieb das 'Äußere' der Zeitschrift, worunter ich Auflage, Verbreitung, Bedeutung, Lesepublikum, den finanziellen Rahmen des Unternehmens und Forschungen über die Mitarbeiter verstehe, aber auch Fragen miteinschließe, die mit dem gesamten Inhalt zusammenhängen wie Programm, Selbstverständnis und Stellung innerhalb der katholischen Presse, weitgehend unberücksichtigt[3].

Daß die Kölner Wirren zum Gründungsanlaß wurden, ist unzählige Male in den HpBl selbst (hauptsächlich in den ersten

---

1) Vgl. Stegmann, a.a.O.

2) Vgl.: Doeberl, Anton. Die katholisch-konservative Richtung in Bayern und die 'Deutsche Frage'. Mit besonderer Berücksichtigung der Haltung Edmund Jörgs. In: Gelbe Hefte, hrsg. von Max Buchner. I. Jg. (1924). 2. Halbband. München 1924. S. 1111 ff.

3) Allerdings findet sich die Gründung der HpBl und ihr erstes Dezennium ausführlich dargestellt in Pölnitz' Einleitung zu Bd. 16.1. der Gesammelten Werke Joseph Görres. Dies ist die einzige Geschichte der HpBl, aber nur in besagtem Zeitraum. Verschiedene seiner Quellen sind heute nicht mehr vorhanden. Siehe: Pölnitz, Götz Frhr. v. Joseph Görres' Aufsätze in den Historisch-politischen Blättern. 1. Teil: 1838-1845. In: Joseph Görres. Gesammelte Schriften, hrsg. von Wilhelm Schellberg, Götz Frhr. v. Pölnitz u.a. 16 Bde. Köln 1936 ff. Bd. 16.1., S. IX - LIV (Einleitung).
Rhein geht teilweise auf diese Punkte ein, doch ebenfalls nur im Rahmen des ersten Dezenniums. Siehe: Rhein, Franz. Zehn Jahre 'Historisch-politische Blätter'. 1838-1848. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zentrums. Diss. Bonn 1916." Engelbrecht unternahm den Versuch, in einem eng gewählten Zeitraum die österreichischen Mitarbeiter an den HpBl zu ermitteln und zu charakterisieren. Siehe: Engelbrecht, Helmut. Die österreichischen Mitarbeiter der Historisch-Politischen Blätter zwischen 1867 und der Jahrhundertwende. Diss. Wien 1948.

Jahrgängen) und im 'Katholiken' sowie in Briefen und Biographien aus dem Umkreis der Initiatoren und Mitarbeiter bezeugt, so daß wir keine Ursache haben daran zu zweifeln[1]. Dieser konkrete Gründungsanlaß traf auf eine langfristige Publikumsresonanz, welche für die ungewöhnlich lange Lebensdauer (bis 1923) für eine sich als politisch verstehende Zeitschrift sorgte. In späteren Jahren trat allerdings ein empfindlicher Rückgang an Abonnenten und auch an Bedeutung ein.

Daß die Gründung der Zeitschrift bereits zum 1. Januar 1838 geplant war[2], ist noch ein weiteres Indiz für die direkte Reaktion auf die Verhaftung des Kölner Erzbischofs; vielleicht ist die Gründung abgesehen von den organisatorischen Schwierigkeiten auch deshalb noch nicht zum 1. Januar zustandegekommen, da Jarcke und Phillips noch versuchten, die Stellungnahme des 'Berliner Politischen Wochenblattes' (des-

---

1) Der Versuch Schmolckes, den Plan zur Gründung der HpBl ins Jahr 1833 vorzuverlegen, geht fehl. (Schmolcke, Michael. Die schlechte Presse. Publizistik zwischen 'Katholik' und 'Publik'. 1821-1968.Münster 1971 - zugleich Habilitationsschrift -, S. 51 und die entsprechende Anm. 40 auf S. 361). Schmolcke interpretiert ein bei Pölnitz (16.1., a.a.O., S. 236 - Anm. 14) erwähntes Gesuch Phillips' an den Minister von Öttingen-Wallerstein vom 5.6.1833 fälschlicherweise als Bitte um die Erlaubnis zur Herausgabe einer neuen Zeitschrift, wohingegen bei Pölnitz hervorgeht, daß Phillips' Gesuch zu dieser Zeit nicht die HpBl betreffen kann (Pölnitz 16.1., a.a.O., S. 11), sondern seine Anstellung am Kultusministerium bzw. seine Professur beinhalten muß. (Wegen seiner Konversion hatten sich Pläne zu einer Professur in Halle zerschlagen). Schmolcke konnte das betreffende Gesuch gar nicht prüfen. Es ist laut Repertorienbuch MK, Bd. II im BHSt zusammen mit Phillips' Personalakt im Krieg verbrannt.

2) "Aller Anstrengungen ungeachtet war es nicht möglich, das Unternehmen schon bis zu Neujahr in Fluß zu bringen." (Handschriftliche Biographie Guido Görres' im Redaktionsarchiv Regensburg, S. 335). Diese Biographie wird von Pölnitz Guidos Tochter Sophie zugeschrieben (Pölnitz 16.1., a.a.O. S. 235 -Anm. 8); diese war aber nur die Schreiberin. Für Binders Autorschaft zeugt ein Hinweis im Nekrolog auf ihn in den HpBl, Bd. 154 S. 396. Die Biographie ist unvollendet und bricht mit dem Jahr 1844 ab.

sen Gründer Jarcke war) in ihrem Sinn zu beeinflussen. Die erste Beschäftigung dieses Journals mit den Kölner Wirren da tierte nach meiner kursorischen Durchsicht erst vom 13. Januar 1838 und war gemäßigt regierungsfreundlich ausgefallen; ebenso regierungsfreundlich und mit scharfen Angriffen auf die 'Göttingen Sieben' war die Stellungnahme des Blattes kurz vorher im Verfassungskonflikt des Königreichs Hannover gewesen. Bekanntlich schieden wegen der Parteinahme des Wochenblattes für die preußische Regierung Jarcke und Phillips aus der Redaktion aus[1], und, so scheint es endgültig festzustehen, faßten als erste den Plan der Herausgabe einer Zeitschrift zur Verteidigung der katholischen Kirche. Joseph und Guido Görres stimmten dann zu, letzterer wegen seiner literarischen Pläne nicht sofort.

Joseph Fick, einer der ersten Mitarbeiter[2], verteilt unter den beiden Gründern noch die Gewichtung und nennt Jarcke als Hauptinitiator[3]. Diese Meinung wird erhärtet in der handschriftlichen Biographie Guido Görres' von Binder (im Redaktionsarchiv.) Binder[4] berichtet unter Berufung auf ein persönliches Gespräch mit Phillips in dessen Wohnort Aigen (nördlich von Linz), daß Jarckes Plan bei Phillips und durch diesen in Görres' Haus Anklang fand, und daß Guidos anfängliche Bedenken durch das Versprechen seiner Schwester Marie, bei der Redaktionsarbeit mitzuhelfen[5], überwunden wurden.

---

1) Erklärung des ersteren in der Beilage zur 'Allgemeinen Zeitung' Nr. 23 vom 23.1.1838; des letzteren ebenda in Nr. 41 vom 10.2.1838.

2) Von ihm stammen die beiden "Sendschreiben an Heinrich Leo" in Bd. 2, S. 329 ff. und Bd. 3, S. 94 ff. und 151 ff. Ein drittes 'Sendschreiben an Heinrich Leo' aus seiner Hand befindet sich in Bd. 71 (1873/I), S. 337 ff.

3) Vgl.: Fick, Josef. Friedrich August Klinkowström und seine Nachkommen. Wien 1877, S. 375.
Bei Rhein findet sich diese Gewichtung schon angedeutet (Rhein, a.a.O., S. 13) aufgrund der Hinweise in den HpBl, Bd. 31, S. 66, Bd. 95, S. 733 sowie Bd. 154, S. 404.

4) Vgl. G. Görres-Biographie, a.a.O., S. 334 f.

5) Vgl. das Kapitel II.5. über die Redaktion.

Um der neuen Zeitschrift zu einem erfolgreichen Start zu verhelfen, kündigten die Herausgeber deren Erscheinen in verschiedenen Tageszeitungen und Zeitschriften an. Pölnitz[1] erwähnt als erste offizielle Ankündigung das Inserat der Herausgeber in Nr. 41 der 'Münchener Politischen Zeitung' vom 16.2.1838, nachdem Spekulationen über das Unternehmen schon einen Monat früher ihren Weg in die Presse Süd- und Norddeutschlands gefunden hatten[2]. Zusätzlich zu der ebenfalls noch von Pölnitz genannten Vorankündigung im 'Westfälischen Merkur' fand ich noch zwei weitere, die eine in Nr. 58 der 'Allgemeinen Zeitung' vom 27.2.1838, die andere im 'Katholiken', Aprilheft 1838[3].

Datiert waren alle diese Ankündigungen der Unterzeichner George Phillips und Guido Görres auf den 10.2.1838.

I.2. VORANKÜNDIGUNG, NAME UND ZIEL

Zwei Originaldrucke der Vorankündigung liegen in preußischen Archiven[4]. Mir standen die Vorankündigungen in den erwähnten Ausgaben des 'Katholiken' und der 'Allgemeinen Zeitung' sowie in Bergsträßers[5] Werk über den politischen Katholizismus zur Verfügung. Die Anzeige in der 'Allgemeinen Zeitung' geht kaum auf das Programm ein und erwähnt stattdessen vor allem die Bezugsbedingungen; die Vorankündigung bei Bergsträßer ist gegenüber der vollständigen des 'Katholiken' verkürzt um die Angabe der zukünftigen Hauptthemen und der Bezugsbedingungen.

Aus Vorankündigungen der HpBl wurde bereits in verschiedenen Arbeiten über das Pressewesen auszugsweise zitiert. Ich werde versuchen, das in der Vorankündigung geäußerte Selbst-

---

1) Vgl. Pölnitz 16.1., a.a.O., S. XV.
2) Vgl. Pölnitz 16.1., a.a.O., S. XIV.
3) Bd. 68. Heft 4. Beilage IV. Mainz 1838, S. XLVI ff.
4) Vgl. Pölnitz 16.1., a.a.O., S. 237 -Anm. 39.
5) Vgl. Bergsträßer, a.a.O., Bd. 2., S. 78 ff.

verständnis zu erfassen und mit Rankes Vorstellungen über seine 'Historisch-politische Zeitschrift' (vom Verleger Perthes, konservativen Publizisten und preußischen Regierungsbeamten initiiert und von Ranke redigiert) in Beziehung zu setzen. Doch zuvor zur Quintessenz der übrigen Inhalte dieses Rundschreibens. Es beginnt mit der Beklagung der Tatsache, daß die Presse bisher im Dienste der Zerstörung von Recht und Freiheit gestanden und es dem katholischen Deutschland an einem Organ ermangelt habe, welches die Erscheinungen der Gegenwart im Sinne der Verteidigung der vielfach angegriffenen katholischen Kirche interpretierte. Man wollte ein Organ schaffen, "welches seine Überzeugung auf eine seiner würdige Weise im Gebiete der Geschichte und des Rechts vertrete, und das als ein geistiger Mittelpunkt alle Gleichgesinnten zur Vertheidigung der kirchlichen und politischen Ordnung, den mannichfachen Bekämpfungen und Anfeindungen gegenüber, vereinigte"[1].

Dazu drei Bemerkungen: In der Formulierung "auf eine seiner würdige Weise" hat man einen Tadel an der maßlosen Polemik Zanders in der 'Neuen Würzburger Zeitung' (NWZ) sehen wollen[2]; eine solche Anspielung ist nicht von der Hand zu weisen, jedoch ist es auch möglich, daß das angesprochene Organ nicht wegen des von Zander bestimmten Tones in katholischen Kreisen verschiedentlich in Mißkredit geraten war, sondern deshalb nicht als Mitkämpfer angesehen wurde, weil es nach seinen Herausgebern keine katholische Zeitung aus Über-

---

1) Zit. nach 'Katholik' 1838, a.a.O., S. XLVII.
2) So z. B. Rhein, a.a.O., S. 11 -Anm. 3.

zeugung war. Das weist Grisar[1] anhand der häufigen Wechsel der NWZ in Richtung auf die vermutete Volksstimmung nach. Die Zeitung war vor Zanders Berufung liberal gewesen, zu Beginn der 30-er Jahre sogar dezidiert liberal und wurde nach Zanders Entlassung völlig farblos.

Die Erwähnung der Gebiete 'Geschichte' und 'Recht' ist nicht nur die konkrete Bezeichnung derjenigen Sachgebiete, denen die meisten Artikel zugehören, sondern darüberhinaus eine programmatische Zielsetzung als Hintergrund für den gesamten Inhalt. Geschichte und Recht aus katholisch-konservativer Sicht waren die Maßstäbe, die auch auf die Vorstellungen vom bestmöglichen Staat sowie von theologischen, literarischen und künstlerischen Erscheinungen angewendet wurden. Beide Begriffe tauchten auch immer im Zusammenhang auf und dabei wurde das Recht als aus organisch-geschichtlicher Sicht gewonnen verstanden.

In der Verteidigung der kirchlichen und politischen Ordnung, die als Hauptziel der Zeitschriftengründung angesehen wurde[2], wollte man nicht eine 'gewöhnliche' Zeitschrift wie andere auch sein, sondern der Mittelpunkt aller Gleichgesinnten im katholischen Deutschland; in diesem Führungsan-

---

1) Vgl.: Grisar, Joseph. Aus Sturmtagen der katholischen Publizistik. (Der Kampf um die 'Neue Würzburger Zeitung' 1837-1839). In: Stimmen der Zeit (früher: Stimmen aus Maria Laach). Monatsschrift für das Geistesleben der Gegenwart. Bd. 106. Heft 3/4.Freiburg i. Br. 1924, S. 112 ff. Hier S. 112 f.
Unter diesem Aufsatztitel erwartet man auch eine Beschäftigung mit den HpBl. Doch leider ist ihnen kein Artikel gewidmet. Ein zweiter Aufsatz desselben Titels ("Aus Sturmtagen...") findet sich in Bd. 107 der Stimmen der Zeit, Heft 12,S. 426 ff. und widmet sich dem 'Fränkischen Courier'.
Ein dritter Artikel ist nicht vorhanden, was auch aus dem Separatdruck der Aufsätze (Freiburg i.Br., o.Jg.) hervorgeht.

2) J. Görres in den HpBl: "Der Zweck der Zeitschrift ist schlechthin Vertheidigung der Kirche, Geschichte und Politik werden nur subsidiarisch zugezogen." (Bd. 18, S. 574). Vgl. auch die Wertung dieses Zitates im Vorwort.

spruch, das wichtigste Forum des katholischen Deutschland zu sein, kommt das Selbstverständnis der HpBl zum Ausdruck, welches sich auch in der späteren Praxis zeigte. Ein Streit, den die HpBl abbrachen, wurde auch von anderen katholischen Zeitschriften als erledigt betrachtet; ihr Einfluß auf andere katholische Organe ist von Zeitgenossen[1] beobachtet und die Übernahme von Artikeln kirchenpolitischen Inhalts aus ihnen in andere Zeitschriften durch eine neuere Untersuchung[2] festgestellt worden. Die Vorrangstellung der HpBl innerhalb der katholischen Zeitschriftenpresse wurde von dieser wiederholt anerkannt, da sie weniger auf Unterordnung beruhte als auf der politischen Bedeutung der Kirchenfragen, deren prinzipielle Betrachtung man der Münchner Zeitschrift überließ. Diese war zudem durch die Bekanntheit ihres Mitarbeiterstabes wie keine zweite zu dieser Aufgabe geeignet. Der 'Katholik' brachte seine unterschiedliche Ausrichtung sc durch die Untertitel 'Eine religiöse Zeitschrift zur Belehrung und Warnung' bzw. ab 1859 'Zeitschrift für katholische Wissenschaft und kirchliches Leben' zum Ausdruck. Damit kam er trotzdem noch näher an die kirchenpolitischen Ziele der HpBl heran als die rein fachwissenschaftlich und mehr die katholische Tübinger Schule vertretende 'Theologische Quartalsschrift'. Diese drei bekannten Zeitschriften standen lange Zeit allein in der katholischen Zeitschriftenjournali-

---

1) Vgl.: Niedermayer, Andreas -anonym . Die katholische Press Deutschlands. Freiburg i. Br. 1861, S. 22. Die Autorschaf Niedermayers ist in der zeitgenössischen und späteren Literatur vielfach bezeugt. Dazu geht sie auch hervor aus: Cramer, Valmar. Bücherkunde zur Geschichte der katholisch Bewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert. In sachlicher Anordnung, mit Rezensionen... Reihe: Apologetische Tagesfragen. Heft 16. Mönchengladbach 1914, S. 177.

2) Vgl.: Pesch, Rudolf. Die kirchlich-politische Presse der Katholiken in Deutschland vor 1848. Ein Überblick über di Entwicklung der katholischen Kirchenblattpresse in Deutsc land mit einer Spezialuntersuchung der Kirchenblätter im preußischen Rheinland, einem Katalog und einer Dokumentation. Diss. Freiburg i. Br. 1964, S. 36.

stik. Auch im Vergleich mit den 'Stimmen aus Maria Laach' wird der Unterschied zwischen einer kirchlichen und einer kirchenpolitischen (und politischen) Ausrichtung deutlich. Somit kam auf dem Gebiet der Verteidigung der Rechtsansprüche der katholischen Kirche den HpBl die Vorrangstellung zu, da ihm von anderen Zeitschriften nicht die gleiche überragende Präferenz eingeräumt wurde. Auch unter den katholischen Zeitschriftengründungen der 60-er Jahre und der Epoche des Kulturkampfes finden sich keine ausgesprochen kirchenpolitisch, dagegen sehr viele literarisch ausgerichtete.

Die Vorankündigung lieferte durch die Betonung der Rolle von Geschichte und Recht eine Erklärung für den Namen 'Historisch-politische Blätter'; wenn die Politik nicht als auf Theorien aufgebaut[1], sondern in erster Linie als aus der Geschichte abgeleitet verstanden wurde, so war eben durch diese Namenszusammensetzung nur eine konservative Zeitschrift zu erwarten. Der Begriff 'historisch-politisch' war zudem ein für die Epoche der Restauration zeittypischer und man findet ihn noch mehrmals[2], ganz abgesehen von der singulären Ver-

---

1) Auch Ranke sprach sich gegen die Oberhand politischer Theorien aus und nannte sie auch 'gleichmachende Theorien'. Vgl.: Varrentrapp, Conrad. Rankes Historisch-politische Zeitschrift und das Berliner Politische Wochenblatt. In: Historische Zeitschrift. Bd. 99. (3. Folge, dritter Band). Heft 1. München und Berlin 1907, S. 55.

2) Neben Rankes Zeitschrift sind noch zu nennen: Eilers' 'Deutsche Blätter für Protestanten und Katholiken, eine historisch-politische Zeitschrift in zwanglosen Heften.' (Erschien 1838-1841). Auch bei Aufsätzen findet sich der Begriff. So nennt Radowitz die Aufsätze in Bd. 3 seiner 'Gesammelten Schriften' "historisch-politisch". (Radowitz, Joseph v. Gesammelte Schriften. 5 Bde. Berlin 1853. Bd. 3, Vorwort, S. 6).
Sieht man zudem von den Namen einmal ab (wie Kirchner) und klassifiziert nach inhaltlichen Gesichtspunkten, so kommt man für die Zeit von 1790 bis 1850 auf etwa 200 Gründungen 'historisch-politischer' Periodika. Vgl.: Kirchner, Hans-Martin. Geschichte der Zeitschrift von den Anfängen bis 1900. In: Handbuch der Publizistik, hrsg. von Emil Dovifat. 3 Bde. Berlin 1969. Bd. 3: (Praktische Publizistik, 2. Teil). S. 384 ff., hier S. 389 f.

wendung seiner beiden Komponenten. Ranke wies seiner 'Historisch-politischen Zeitschrift'[1], die zwar mehrere berühmte Namen[2] unter ihren Mitarbeitern zählte, deren Inhalt aber zunehmend von ihm selbst bestritten werden mußte[3], eine ähnliche Aufgabe zu wie Phillips und G. Görres in ihrem Rundschreiben den HpBl. Das erkennt man beim Vergleich der programmatischen Aussagen, wenn man einmal vom katholischen Standpunkt des Münchner Journals absieht.

So hieß es im Rundschreiben der HpBl: "Am 1. und 15. jeden Monats wird dieselbe erscheinen und hat zunächst den Zweck, auf dem staatsrechtlichen und politischen Gebiete die revolutionäre, wie die despotische Doctrine der falschen Staatsweisheit durch die Verkündigung der Grundsätze wahrer Freiheit und des Rechts zu bekämpfen ..."[4]

Ranke hielt "nichts für dringender, als den Unterschied zwischen gesetzmäßigem Fortschritt und ungeduldiger, zerstörender Neuerung, zwischen verständiger Beharrlichkeit und einer einseitigen Behauptung des veralteten und nunmehr Leblosen in Erinnerung zu halten"[5].

In beiden Ankündigungen ist von der französischen Julirevolution nicht expressis verbis die Rede, deren Wirkung ha

---

1) Übrigens ebenso vom preußischen Staat subventioniert wie das 'Berliner Politische Wochenblatt'. Das geht hervor aus einem Brief Perthes' an Varnhagen, zit. bei Schoeler, a.a.O., S. 45. Die jährliche Unterstützung betrug 600 Taler. (Vgl. Varrentrapp, a.a.O., S. 61).

2) Auch Joseph von Eichendorff war als Mitarbeiter eingeplant. Varrentrapp, a.a.O., S. 58 -Anm. 1.

3) "...das erste Heft bis auf einen einzigen Korrespondenzartikel aus München." (Varrentrapp, a.a.O., S. 64).

4) Zit. nach 'Katholik' 1838, a.a.O., S. XLVII f.

5) Ranke an den preußischen Minister Bernstorff über seine Vorstellungen, zit. nach Varrentrapp, a.a.O., S. 55.

aber beide Präpositionen sichtlich mitgeprägt[1]. Bei der Lektüre der HpBl erkennt man die Zumessung einer zentralen Bedeutung an die Julirevolution über das Jahr 1848 hinaus.

Beide Zielbestimmungen lassen eine Distanz nach zwei Seiten erkennen: zum einen gegen 'revolutionäre' Neuerungen (den Frühliberalismus miteingeschlossen), zum anderen gegen Absolutismus und Reaktion, wobei vielleicht bei Ranke die Formulierung des juste milieu noch ausgeglichener durchdringt. Zwar ist dadurch die Mitte noch nicht ausreichend bezeichnet, da Rankes Preußenbild den Idealismus der Reformaera noch nicht abgelegt hatte[2] und die HpBl in der Praxis unter dem Einfluß Jarckes -von den kirchlichen Freiheitsforderungen abgesehen- zuweilen stark in die Nähe des der Reaktion verpflichteten 'Berliner Politischen Wochenblattes' gerieten, doch in der bisherigen und in großen Teilen veralteten Forschung über die HpBl wurde der Einfluß Hallers[3] und Jarckes -der sich zweifellos stark bemerkbar machte- doch im Ausmaß überschätzt. Viele der Mitarbeiter, vor allem J. Görres selbst, waren gemäßigt konstitutionellen Ideen verpflichtet. Zudem wurde das Vorhandensein von Differenzen zwischen Haller und Jarcke - wenn sie auch geringfügigerer Natur waren - völlig übergangen[4]. Ihre weitere Entwicklung führte die HpBl sogar zu einer eindeutigen Distanzierung von den Staatsideen Hallers[5], doch dazu benötigten sie längere Zeit und die Unter-

---

1) Bei Ranke direkt ausgesprochen, vgl. Varrentrapp, a.a.O., S. 35, S. 57 und S. 66.
2) "Mein Sinn war nur die inmitten der beiden Systeme (Anm.: des revolutionären wie des dezidiert antirevolutionären -in diesem Zusammenhang Distanzierung vom 'Berliner Politischen Wochenblatt') bereits ausgebildete Haltung des preußischen Staates zu verfechten." (Zit. nach Varrentrapp, a.a.O., S. 35). Damit hatte Ranke sicher mehr die noch spürbaren Ideen Steins und Hardenbergs als die momentane Regierungspraxis im Auge.
3) Für den sich nur ein Artikel in den HpBl mit Sicherheit nachweisen läßt. (Vgl. statistischer Anhang, Kap. II.6.).
4) Rhein verwendet die Namen Hallers und Jarckes fast wie die einer Person. Vgl. z.B. Rhein, a.a.O., S. 22.
5) Vgl. Bd. 19, S. 142 f.; Bd. 68, S. 657 ff. sowie Kap. I.4.3.

suchung Rheins endet mit dem Jahr 1848. Zuletzt noch ein Urteil über Ranke von seinem Mitarbeiter Theodor Wiedemann: "Er stand nur einen Schritt nach links von der Gruppe Gerlach - Leo - Stahl."[1)]

Daraus erhellt die Berechtigung eines Vergleiches zwischen den Absichten der HpBl und der 'Historisch-politischen Zeitschrift' sowie die Konstatierung einer gewissen Allgemeingültigkeit einer historisch-politischen Zielsetzung in der Restaurationszeit. Andererseits lag ein großer Unterschied im Verhältnis zum Staat darin, ob eine konservative Zeitschrift diese allgemeine Zielsetzung mit katholischen oder protestantischen Maximen verfolgte. Auf dieses Problem wurde schon bei den Schwierigkeiten der Definition einer 'katholischen Politik' und dem Scheitern einer gemeinsamen konservativen Allianz zwischen Katholiken und Protestanten hingewiesen[2)].

Eine weitere Parallele bestand darin, daß beide Zeitschriften der Geschichte eine überragende Bedeutung zuwiesen. Die Rolle der Geschichte im Zusammenhang mit der Zielsetzung der beiden Zeitschriften offenbart aber Unterschiede. Ranke glaubte durch ruhige Betrachtung und verständige Erörterung der Geschichte von allein zur Mäßigung aller Extreme in der Politik hinzuführen. Dagegen halfen die kämpferischen HpBl diesem Vorgang kräftig nach, und so erschien in ihrer Polemik (das Wort nach in ursprünglichem Sinn, d.h. neutral verstanden) die Geschichte im Vergleich zur Politik eindeutig in einer dienenden Funktion[3)]. Rankes Zeitschrift war

---

1) Zit. nach Varrentrapp, a.a.O., S. 36.

2) Victor Aimé Huber, der protestantische Sozialpolitiker über die HpBl: "...gewisse Münchener Blätter, die ihre Ansichten für conservativ ausgeben, aber der guten Sache fast so gefährlich sind als die Feinde, insofern sie so manch wichtigen Momente des conservativen Standpunktes, zumal vieles, was der ihm innewohnenden Freiheit angehört, verkennen, preisgeben, wohl gar anfeinden." (Zit. nach Schoeler, a.a.O., S. 169 f.).

3) Vgl. dazu noch einmal das bereits mehrfach gebrachte Zitat J. Görres' aus den HpBl, Bd. 18, S. 574.

deshalb für ein Ansprechen weiter Kreise völlig ungeeignet; dagegen gelang dies den HpBl in gewissem Ausmaß, obwohl sie sich ebenfalls als Organ für eine geistige Elite verstanden.

Die 'Blätter' stießen neben unerwartet großer positiver Resonanz auch auf entschiedene Ablehnung, was schon vor dem Erscheinen des ersten Heftes Reaktionen zeitigte. Dazu trug ihre historisch-politische Ausrichtung insofern bei, als dieselbe mehr als nur ein punktuelles Eingehen auf die Kölner Wirren erwarten ließ. Dieses Mehr aber lag eindeutig in der Beschäftigung mit Konfessions- und Paritätsproblemen. Die Gegnerschaft preußischer Protestanten in erster Linie, von denen viele im Staatsdienst tätig waren, ergab sich somit automatisch trotz des gemeinsamen Standpunktes eines weltanschaulichen Konservativismus . Selbst diesen gestand man sich gegenseitig nicht automatisch zu, wie das obige Zitat V.A. Hubers und manche konfessionelle Polemik in den HpBl zeigen. Letztere erblickten - in weitem historischem Rückgriff - im Protestantismus bereits das frühe Auftreten eines revolutionären Prinzips, das weitere Revolutionen im staatlichen Bereich mit sich gebracht habe[1]. Dazu kamen noch die Namen der Gründer, die zusätzliche Gegnerschaft erwarten ließen. J. Görres, dessen 'Athanasius' reißenden Absatz fand[2], galt

---

1) Vgl. Bd. 24, S. 198.

2) Die 'Allgemeine Zeitung', welche ansonsten in kirchlichen Streitfragen die Tendenz zum 'Tieferhängen' hatte, schrieb darüber in Nr. 43 vom 12.2.1838: "Die hier (Anm.: in München) vor drei Tagen angelangten Exemplare waren in wenigen Stunden vergriffen, und in den Buchhandlungen sind zahlreiche Bestellungen darauf vorgemerkt. Es soll in Regensburg bereits an der zweiten Auflage gearbeitet werden."
Schon in Nr. 101 vom 11.4. findet sich dann eine weitere Erfolgsmeldung: "Von Görres' 'Athanasius' wird nun die v i e r t e Auflage gedruckt, ungeachtet die ersten Auflagen im Ganzen über z e h n t a u s e n d Exemplare stark waren." (Hervorhebungen im Original).

in Preußen noch als 'Demagoge'[1], nur in neuer äußerer Form[2]. Die Tatsache, daß die beiden preußischen Konvertiten Phillips und Jarcke als Mitbegründer und Herausgeber der Zeitschrift eine so hervorragende Rolle spielten, nährte den Verdacht, daß dieselbe in erster Linie mit dem Ziel der Agitation gegen den Protestantismus gegründet worden sei. Mit diesem Vorwurf hatten sich die HpBl vielfach auseinander zusetzen, und selbst eine flüchtige Lektüre der ersten Bände zeigt die zahlreichen Versuche diese Unterstellung zu entkräftigen. Ursächlich hatte die Gründung der Münchner Zeitschrift nichts mit dem Protestantismus zu tun, dagegen wuchs die Polemik gegen ihn durch seine Parteinahme für den preussischen Staat im Kölner Konflikt[3] außerordentlich an.

Die journalistische Bedeutung der beiden Konvertiten erhellt daraus, daß nach ihrem Rückzug (und dem stillschweigenden Rückzug einiger anderer Mitarbeiter, darunter auch des Frhrn. von Radowitz) das 'Berliner Politische Wochenblatt' trotz massiver Regierungsunterstützung nur noch so lange fortgeführt werden konnte, daß man eine offene Blamage vermied[4]. Ein im 'Wochenblatt' vom 15. Dez. 1838 noch hefti

---

1) Die Schwierigkeiten, die vor Görres' Berufung nach München zu überwinden waren,und Preußens hektische diplomatische Bemühungen, die Berufung zu verhindern, sind beschrieben bei: Müller, Karl Alexander von. Görres' Berufung nach München. In: Görres-Festschrift. Aufsätze und Abhandlungen zum 150. Geburtstag von Joseph Görres, hrsg. von Karl Hoeber. Köln 1926, S. 216 ff.
Seinem Sohn Guido gab Joseph Görres den Rat, auf seinen Reisen keinesfalls preußisches Gebiet zu betreten. Vgl. Brief aus München vom 15.12.1839, in: Joseph von Görres. Gesammelte Briefe, hrsg. von Marie Görres. Bd. 1: Familienbriefe. (Bd. 7 der Gesammelten Schriften Joseph von Görres hrsg. von derselben.). München 1859, o. Numerierung, S. 40

2) Dazu der bezeichnende Titel einer von Gutzkow gegen Görres gerichteten Flugschrift: "Die rote Mütze und die Kaputze" (was den Jakobiner und den Ultramontanen symbolisieren sollte).

3) Weshalb die HpBl überspitzt formulierten: "Nicht der preussischen Regierung als Solcher gilt dieser Streit, mit dem Protestantismus haben wir es allein zu thun." (Bd. 15, S. 636).

4) Vgl. Varrentrapp, a.a.O., S. 109.

dementiertes Gerücht über die baldige Einstellung des Erscheinens durfte sich eben nicht bewahrheiten -auch wenn das Gerücht die Situation treffend kennzeichnete-, und so ließ man das Journal erst im Jahr 1841 eingehen.

Die zuletzt genannten konfessionellen Gesichtspunkte, nämlich der Verdacht der antiprotestantischen Zielsetzung der neuen Zeitschrift und der Streit in der Redaktion des 'Wochenblattes' um die Stellungnahme zum Kölner Ereignis, waren auch verantwortlich für gezielte Gegengründungen zu den HpBl. Rhein[1] nennt deren drei, welche sich entweder selbst als gegen die HpBl gerichtet bezeichnet hatten oder eben unmittelbar auf deren Gründung mit eindeutiger Anti-Tendenz und zur Rechtfertigung des Vorgehens der preußischen Regierung entstanden waren: Die 'Zeitschrift für Protestantismus und Kirche' des Erlanger protestantischen Theologen und späteren Reichsrates (als Oberkonsistorialpräsident) Harleß, 1838 gegründet und als einziges der drei Gegenunternehmungen noch lange Zeit fortgeführt (bis 1876); des weiteren die 'Deutschen Blätter für Protestanten und Katholiken, eine historisch-politische Zeitschrift in zwanglosen Heften', begründet im Jahr 1839 vom preußischen Regierungsrat Eilers und eingegangen im Jahr 1841, und zuletzt noch die 'Historisch-kirchenrechtlichen Blätter für Deutschland' von Joseph Otto Ellendorff, welche, ebenfalls im Jahr 1839 gegründet, nur bis zum Jahr 1842 erschienen. In den HpBl selbst fand ich verschiedentlich[2] noch eine vierte, spätere Zeitschrift genannt, welche sich anläß-

---

1) Vgl. Rhein, a.a.O., S. 42 ff. Er stützt sich dabei auf eine Andeutung in den HpBl, in der das preußische Verbot für die HpBl als Beweis besonderer Feindlichkeit der preußischen Regierung gegenüber dem katholischen Volksteil gewertet wurde, "während sie drei anderen Zeitschriften, die ausdrücklich gegen die unsrige gerichtet sind und wovon die eine in Berlin selbst, die zweite in Heidelberg, die dritte in Erlangen erscheint, nicht das geringste Hinderniß in den Weg legt ..." (Bd. 6, S. 497 f.).

2) Vgl. Bd. 30, S. 844, Bd. 31, S. 408 sowie Bd. 41, S. 113.

lich der Abonnentenwerbung als 'Antwort' auf die HpBl bezeichnet haben soll: Gelzers 'Protestantische Monatsblätter' die in Gotha erschienen.

I.3. DAS SELBSTVERSTÄNDNIS

Zu diesem Aspekt sollen vor allem Aussagen der Zeitschrift selbst über die Sicht ihrer Stellung innerhalb der katholischen Publizistik herangezogen werden, um die Verwirklichung des bereits in Grundzügen vorgestellten Programms weiter zu verfolgen. Die Fremdeinschätzung ist dazu eine wichtige Ergänzung, doch ist hier nur ein Aspekt derselben angesprochen nämlich die verschiedenartig vorgenommene Einordnung in Pressekataloge. Die weitergehende Beurteilung der HpBl findet sich im Kapitel über ihre Bedeutung und Verbreitung.

Daß sich die HpBl in erster Linie als 'politisch' verstanden, hat das erste Rundschreiben und Görres' bereits mehrfach zitierte Aussage über den Zweck der Zeitschrift gezeigt. In der Vorankündigung hatte es geheißen, daß "endlich dem katholischen Deutschland Materialien, Hülfsmittel und Winke zur Bildung eines selbständigen Urtheils über die politische wie über die literarischen Tagesereignisse"[1] geliefert werden sollten. Daran schlossen sich Aussagen zu den projektierten inhaltlichen Schwerpunkten an, welche unter drei Gruppen subsumiert wurden:

a) Chronik der laufenden Begebenheiten, von Zeit zu Zeit in größeren Zusammenstellungen (damit war die Institution der 'Zeitläufte' angesprochen).
b) Aufsätze politischen, nationalökonomischen und historischen Inhalts aller Art.
c) Rezensionen und kritische Notizen.

---

1) 'Kath.' 1838, a.a.O., S. XLVIII.

Zu Punkt b) bemerkten die HpBl noch: "Auch t h e o l o g i s c h e Gegenstände, in so fern sie mit dem Zwecke des Ganzen zusammenstimmen und für das größere Publikum ein Interesse haben, sind hiervon nicht ausgeschlossen"[1].

In dieser Inhaltsvorstellung sind bereits mehrere Festlegungen enthalten. Zuerst werden die theologischen Gegenstände als "nicht ausgeschlossen" bezeichnet, rangieren also bedeutungsmäßig hinter den anderen Nennungen. Innerhalb der erst in zweiter Linie zu behandelnden Theologie waren diejenigen Inhalte vorrangig, "welche mit dem Zwecke des Ganzen zusammenstimmen "[2], also eine Beziehung zu Kirchen- und Konfessionsfragen aufwiesen[3]. Das beste Beispiel dafür ist die 'verspätete' Beschäftigung der Zeitschrift mit dem aufkeimenden Streit zwischen 'deutscher' und 'romanischer' Theologie. Die theologische Kontroverse zwischen dem Mitarbeiter der HpBl, Schaezler, und dem Vertreter der katholischen Tübinger Schule, Kuhn, die sich um Wissenschaft und kirchliche Autorität, allgemein um das Verhältnis zwischen Natürlichem und Übernatürlichem drehte, wurde bezeichnenderweise erst auf dem Hintergrund des praktisch sichtbaren innerkatholischen Streits um die vom Aachener Katholikentag (1862) geplante katholische Universität ausgetragen.

---

1) 'Kath.' 1838, a.a.O., S. XLVIII. (Hervorhebung im Original)
2) Daselbst.
3) Im 'Katholiken' hieß es zur Charakterisierung der HpBl: "Ihr Verhältniß zu rein theologischen Zeitschriften bezeichnen wir vielleicht am richtigsten dadurch, daß wir sagen sie bringe nur solche theologischen Gegenstände zur Behandlung, welche mit dem socialen Leben der Gegenwart in unmittelbarer Berührung stehen, und betrachte dieselben mehr in ihrer Allgemeinheit nach ihren wissenschaftlich anerkannten Grundzügen und Beziehungen, indessen der Theologe sich ganz specielle Momente zum Vorwurfe nimmt und neue Resultate und Beziehungen aufsucht, zu dem ist es vorzugsweise das Verhältniß zwischen Kirche und Staat, das nach seinem ganzen Umfang in den Kreis ihrer Besprechungen fällt." ('Katholik'. Bd. 87. Heft I. Mainz 1843, S. 10).

Die Betonung der "kirchlichen und politischen Ordnung"[1] als Anliegen der Zeitschrift zeigt zusätzlich noch die Verknüpfung zwischen kirchen- und allgemeinpolitischen Gegenständen[2]. Diesem Gedankengang vermochte die Tübinger Schule nicht immer zu folgen, sondern glaubte bei streng wissenschaftlicher Anwendung der historischen Methode die Disziplinen der Theologie und der Geschichte von der Politik absetzen zu können.

Die bereits mehrfach erwähnte Aussage J. Görres', Ziel der HpBl sei die Verteidigung der Kirche schlechthin, kann man als eine charakteristische Übertreibung werten, die noch in den Entstehungsjahren der Zeitschrift wurzelt. Für die HpBl nämlich waren kirchliche und politische Ordnung nicht teilbar; dies scheint durch alle Einzelbetrachtungen hindurch. Es genügt hier, an die politische Interpretation der Reformation als einer 'kirchlichen Revolution' zu erinnern, welcher Erschütterungen auf weltlichem Gebiet zwangsläufig folgen mußten. Mit dieser These wurde später meist der Name des Mitarbeiters Johannes Janssen[3] verbunden, doch wurde sie in den HpBl fast ausnahmslos vertreten. Auch der Zerfall des Alten Reiches wurde noch als eine der Folgewirkungen gesehen.

Angesichts des Programmes betonter Apologie der als richtig erachteten weltlichen und kirchlichen Ordnung überrascht es nicht, daß man das Selbstverständnis nicht in Form politischer Theorien in den HpBl selbst findet. Joseph Görres erklärte deshalb in seinem Artikel, überschrieben mit "Kurze Antwort auf eine weitläufige Frage, oder 'was wollen die

---

1) 'Katholik' 1838, a.a.O., S. XLVII.
2) Dazu eine Charakterisierung der HpBl durch die 'Stimmen aus Maria-Laach'. "Man muß übrigens, falls man den Werth der Zeitschrift in politischer Hinsicht ganz würdigen will, das Wort 'Politik' in seiner weitesten Ausdehnung nehmen." (Bd. 33.1., Heft 6. Freiburg i. Br. 1887, S. 41.)
3) Vgl. Christoph Weber, a.a.O., S. 17.

Münchener Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland'"[1] lakonisch: "Die Blätter aber erklären sich nicht, sie sind selbst die Erklärung, wer aus ihnen nicht herausliest, was sie wollen und meinen, dessen Blödsinn ist mit den weitläufigsten Umschreibungen auch nicht zu helfen ... Im Übrigen wollen wir zusehen, wem die Zeit den Preis bringen wird."[2] Einige Jahre später findet man die Grundsätze der HpBl als "vorgefunden, keinesfalls aber... aus eigener, schöpferischer Kraft erfunden" und als "älter als die 'Blätter', ja früher als die Welt"[3] bezeichnet.

Deshalb entfiel die Erklärung der eigenen Position in Fällen, denen grundsätzliche Bedeutung beigemessen wurde. Der Leser "kann wissen, welches Urtheil aus den Prämissen folgt; ob wir schweigen, ob wir reden, jeder findet die Aufgabe schon in der eigenen Brust gelöst..."[4].

Gisela Schoeler hat in ihrer Arbeit über die Anfänge der konservativen Publizistik in Deutschland diese Erklärungsunlust treffend als eine verbreitete Einstellung der konservativen Publizistik bezeichnet und dabei auf eine Formulierung Jarckes verwiesen: "Wir wissen was wir n i c h t wollen, aber, wenigstens nicht genau und faktisch ausgedrückt, was wir wollen. Und dies eben ist die schwache Seite der Wohlgesinnten..."[5]. In ähnlichem Sinn hat sich zuweilen auch Jörg in den HpBl geäußert. Schoeler macht diese Einstellung für das Scheitern der meisten frühkonservativen Pressegründungen verantwortlich und fächert sie in drei Einzelerklärungen auf:[6]

a) Die Struktur der konservativen Idee, die keine aktivierende Wirkung ausübt.

---

1) In dieser Formulierung der Überschrift eine bewußte Wiederaufnahme der Frage, die V.A. Huber in der anonym veröffentlichten Broschüre 'Was wollen eigentlich die Münchener 'Historisch-politischen Blätter..?" (1845) gestellt hatte.
2) Bd. 12, S. 326.
3) Beide Zitate in Bd. 19, S. 380.
4) Bd. 19, S. 381.
5) Zit. nach Schoeler, a.a.O., S. 16 (Hervorhebung im Original)
6) Vgl. Schoeler, a.a.O., S. 203.

b) Die damit verbundene Vorstellung vom ethischen Recht auf der eigenen Seite, die Überschätzung der eigenen Stärke und die Unterschätzung der Ideen des Gegners.

c) Der Wille, die geistig-politische Führerschaft nur einer kleinen, aristokratischen Gruppe zuzuerkennen.

Dem ist, von Einschränkungen bei Punkt c) abgesehen, im großen und ganzen zuzustimmen. In diesem Punkt dachte die Autorin wohl an 'Eos' oder an Viktor Aimé Hubers 'Janus', weniger aber an Pfeilschifters 'Staatsmann' und seinen 'Zuschauer am Main' sowie an die HpBl; das Bemühen um breitere Wirkung, das bei Pfeilschifters Unternehmungen und bei den HpBl spürbar war, hebt diese deutlich von den zuerst genannten Organen ab.

Nach der Übernahme der Redaktion durch Jörg mehrten sich die Äußerungen in eigener Sache (zumeist auch aus dessen Feder) und es ist auch eine wichtige Neuerung festzuhalten: Jörg schrieb es seiner Redaktionstätigkeit als Verdienst zu, daß die theologischen Inhalte nach und nach ausgeschieden wurden, um sie "wie billig den nun bestehenden Fachorganen zu überlassen"[1]. Er unterstrich aber die Berechtigung der bisherigen Praxis mit dem Hinweis auf den Mangel an Fachzeitschriften zur Zeit der Gründung der HpBl. Zwar findet man in seiner Formulierung, daß philosophische und theologische Themata nicht schlechthin vom Rahmen der Zeitschrift ausgeschlossen seien[2], verbal wenig Unterschied zur Äußerung im Programm von Phillips und G. Görres; in der Praxis jedoch sieht man, daß er die Grenzen für theologische Inhalte enger zog als die

1) Bd. 53, S. 22.
2) Daselbst.

Gründergeneration[1]. Sein Kriterium war dabei noch ausschließlicher die eindeutige politische Relevanz.

Die Quintessenz der übrigen Aussagen in eigener Sache läßt sich mit 'Unabhängigkeit' und 'Überparteilichkeit' einerseits sowie 'Abneigung gegen tagespolitische Polemik' andererseits wiedergeben. Welches Journal hätte wohl die erstgenannten Eigenschaften nicht für sich in Anspruch genommen? Die HpBl jedoch sahen diese Eigenschaften bei sich selbst mehr bewahrt als bei anderen Zeitschriften und begründeten dies wie folgt: "Die andern gelten als Organe von Fakultäten oder Ordinariaten oder mindestens von Klerikern. Die 'Blätter' hingegen sind ein Laien-Organ, ihre Mitarbeiter sind größtentheils Nichtgeistliche, und verantwortlich ist für sie Niemand als die beiden Redakteure"[2]. Auf die Frage nach dem Status der Mitarbeiter wird im Kapitel über die Mitarbeiter noch ausführlicher eingegangen werden, doch soviel kann vorweggenommen werden: Es finden sich zahlreiche Indizien dafür, daß sowohl bei den Mitarbeitern als auch bei den Lesern der Anteil der Geistlichen unter demjenigen der übrigen katholischen Presse lag. In der Redaktion waren stets nur Laien vertreten.

---

1) Zu dieser rechnen J. Görres (1848 +), G. Görres und C.E. Jarcke (beide 1852 +) sowie Phillips, der sich aufgrund seiner Professur in Wien schon ab 1850 aus der Redaktionstätigkeit zurückzuziehen begann (endgültig dann 1852), auch wenn er noch vereinzelte Artikel für die HpBl schrieb (vgl. Nekrolog in Bd. 72, S. 609, und Nennung seiner Art. in Kap. II.6.). In den 50-er Jahren gingen seine Beiträge so deutlich zurück, daß Bischof Ketteler bedauernd an Frau Phillips schrieb: "Wie sehr entbehren wir jetzt ein Urtheil von der Bedeutung und dem Gewicht, wie es früher (Anm.: Im Zusammenhang des Briefes eindeutiger Bezug auf Phillips' Rückzug) die HpBl abgegeben haben." (Brief aus Mainz vom 1.6.1855, in: Raich, Johann Michael - Hrsg. Briefe von und an Wilhelm Emmanuel Freiherrn v. Ketteler, Bischof von Mainz. Mainz 1879, Nr. 132, S. 261). Auch Möhler rechnet zu dieser Gründergeneration. Er war zwar nicht Herausgeber und gehörte auch nicht der Redaktion an, doch war ihm ein wichtiger Part in moralischer und wissenschaftlicher Unterstützung der Zeitschrift zugedacht.

2) Bd. 53, S. 29.

Zu den obenstehenden Selbstcharakterisierungen ist noch zu bemerken, daß bei Fragen, die keinen Zusammenhang mit kirchenpolitischer Materie hatten, eine prinzipielle Offenheit beobachtet werden kann. Das betraf die Gebiete der Außenpolitik[1], der Sozialpolitik und der Volkswirtschaft[2] und sogar der Philosophie[3], aber auch beispielsweise die Stellung zu einigen Märzforderungen[4]. Probleme auf diesem Gebieten wurden wiederholt als 'offen' bezeichnet und in ihnen kamen die HpBl ihrem mehrfach zitierten Leitsatz "in dubiis libertas, in necessariis unitas, in omnibus caritas" tatsächlich nahe. Diese Haltung diente wohl dem Ziel, einen Mittelpunkt für das katholische Deutschland zu bilden. Dadurch war ein bestimmter Vermittlungsstandpunkt in allgemeinpolitischen Fragen erforderlich und auch möglich, da er nicht die Geschlossenheit im Verhältnis zum Staat tangieren mußte. In dieser Konstellation bietet sich eine im großen und ganzen treffende Parallele zum Zentrum an, dessen Abgeordnete in allgemeinpolitischen und wirtschaftlichen Fragen von Fall zu Fall - ohne Erschütterung der Gesamtfraktion - mit verschiedenen Parteien stimmten, dagegen in kirchenpolitischen Fragen stets geeint waren.

---

1) Vgl. Kap. II.4.
2) "Endlich aber nehmen wir in diesen schwierigen und trostl verfahrenen Fragen ein competentes Urtheil für uns nicht Anspruch." (Bd. 107, S. 774).
3) Jörg: "Ich besitze keine Kompetenz in philosophischen Din gen. Abgesehen von meinem katholischen Maßstab war mir De der liebste, welcher das erträglichste Deutsch schrieb." (Bd. 53, S. 23).
4) "Die Frage über Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege ist bekanntlich eine solche, über welche Männer von anerkannter Tüchtigkeit und wissenschaftlicher un praktischer Bildung sehr getheilt sind; die Redaction dieser Blätter sieht dieselbe als eine offene an, zu deren freier Discussion sie stimmberechtigten Beurtheilern gern ihre Spalten öffnet..." (Bd. 16, S. 761).

Von den Gegnern der HpBl wurde die behauptete Unabhängigkeit vor allem in zwei Richtungen bezweifelt: zum einen gegenüber Österreich, zum anderen gegenüber dem Vatikan. Preußische Regierungskreise glaubten an eine prinzipiell antipreußische Haltung des Journals und legten ihm sogar den Charakter eines offiziösen österreichischen Organes bei. Die HpBl leugneten ihre Sympathien für das Alte Reich und damit auch für das Kaiserhaus nicht und sahen ihre momentane Hoffnung in der größtmöglichen Bewahrung föderalistischer Vielfalt, für die nur der Verbleib des österreichischen Kaiserstaats im Deutschen Bund genügende Garantien bot.

Die Abneigung der HpBl gegen die Politik Preußens war historisch und aktuell bedingt; beides wurde in enger Verbindung gesehen dadurch, daß man Preußens Politik gegenüber Österreich, sichtbar im Krimkrieg und in der Stellung zur italienischen Einigungsbewegung, als folgerichtige Fortsetzung dessen interpretierte, was in Friedrichs des Großen gegen das Reich gerichteter Großmachtspolitik bereits angelegt war. Stets wurde betont, daß man nicht deshalb alle Hoffnungen auf Österreich setze, da es eine 'katholische Macht' sei, sondern aus Enttäuschung über den preußischen Egoismus (auch in der Frage des Bundesreformprojektes): "Hier kommen wir zum Schlusse auf den 'systematischen Haß gegen Preußen', dessen die Kreuzzeitung uns wiederholt zu denunciren beliebt. Sie hat ganz Recht, sobald sie nur für 'Preußen' setzen will: 'deutsche Politik Preußens'."[1] Erst seit dieser neuen 'deutschen Politik Preußens', deren Selbstsucht die Hoffnungen der großdeutschen Partei (von denen u.a. die Jge. 1853 und 1854 der HpBl zeugten) illusorisch gemacht hätte, habe man endlich ganz auf Österreich gesetzt[2].

Das Verhältnis zu Österreich war nicht das einer undifferenzierten Zustimmung. Deutlich schied man Ministerien, denen

---

1) Bd. 36, S. 79.
2) Vgl. Bd. 36, S. 68.

man Unterstützung zollte (in Ermangelung eines Ministerpräsidenten im Jahr 1855 dem Kultusminister v. Thun wegen des Konkordatsabschlusses), und solche, deren Politik auf entschiedene Ablehnung stieß (Schmerling und Beust, letzterer vor allem wegen der Kündigung des Konkordats).

Beinahe jeder Artikel über Österreich in den HpBl zog eine Kontroverse nach sich, was uns nebenbei auch eine Andeutung über Verbreitung und Wirkung der Zeitschrift gibt. Jörg selbst schrieb im Jahr 1886 etwas resigniert: "... ich habe es seit Jahren aufgegeben, über die inneren Angelegenheiten Österreichs selbst zu schreiben"[1]. Die Einstellung der 'Blätter' zu Österreichs Politik zeigte einige Wandlungen. Nach 1848 hatte man laut später wiederholt geäußerter Selbstkritik zu große Hoffnungen auf den Kaiserstaat[2] gesetzt und war darin durch den Abschluß des Konkordats im Jahr 1855 nocheinmal bestätigt worden. Doch im Zuge des Streites um die Herzogtümer Schleswig und Holstein wurde nicht nur die Kurzsichtigkeit der Wiener Politik, sondern sogar ein sich verstärkende Unnachgiebigkeit gegenüber gewissen Verständigungsmöglichkeiten mit Preußen kritisiert.

Ein Dementi, offiziöses Organ österreichischer Regierungspolitik zu sein, erledigte sich damit von selbst. Trotzdem findet sich ein solches in den HpBl: "Es bestand damals (Anm.: zur Zeit der österreichischen 'Germanisierungspolitik') eine österreichische Preßagentur in München, vielleicht das Muster und Vorbild des späteren preußischen 'Reptilienfonds' wenigstens war dem Herrn von Bismarck in Frankfurt das Institut nicht unbekannt. Der Chef desselben erklärte sich unsere kritische Stellung zur österreichischen 'Germanisierungs'-Ae und darüberhinaus einfach aus dem Umstande, daß 'die gelben Hefte das einzige dieser Organe draußen im Reich seien, das aus dem Wiener Preßfond nicht subventioniert sei.'"[3] Der Hi

---

1) Bd. 97, S. 712.
2) Gemeint waren wohl die Artikel in Bd. 28, S. 393 ff. und Bd. 34, S. 533 ff.
3) Bd. 97, S. 711.

weis der HpBl auf ihre finanzielle Unabhängigkeit von Österreich war schon deshalb unnötig, da die Zeitschrift dort wegen Kritik an josephinischer Verwaltung und Zensur mehrmals nahe vor einem Verbot gestanden hatte[1].

Im Verhältnis zu Rom wurde zwischen der katholischen Hierarchie in kirchlichen Dingen und einer politischen (auch kirchenpolitischen) Unabhängigkeit deutlich getrennt. Auf diese Vorwürfe, wie sie in ähnlicher Form auch das Zentrum trafen, braucht nicht mehr eingegangen zu werden, da sie bereits im Kapitel II.2. des Teils A über 'katholische Politik' Erledigung gefunden haben.

Als wichtiger Teil des Selbstverständnisses galt die Abstinenz von 'Zeitungspolemik'. Die Äußerung der HpBl, daß sie ihr 'möglichst' aus dem Wege gehen würden[2], zeigt schon, daß man in Auseinandersetzungen mit anderen Zeitschriften und mit Tageszeitungen stand. Der Hinweis auf die Zeitschriftengegengründungen sowie auf Kontroversen mit der 'Allgemeinnen Zeitung', der 'Kreuzzeitung' und der Wiener 'Neuen Freien Presse' genügt vorerst,um die Häufigkeit und auch die Schärfe[3] der Auseinandersetzungen zu erklären. Doch die Polemik hatte meist keinen tagespolitischen Charakter; um den Lesern ein tieferes Verständnis der politischen Erscheinungen zu vermitteln, war oft ein weiteres Ausholen nötig. Das zeigt sich neben den 'verspäteten' Entgegnungen auch in der verspäteten Beschäftigung mit den bayerischen Berufungen, mit Döllingers Odeonsvorträgen etc.

Das Selbstverständnis der HpBl, das führende Organ des katholischen Deutschland zu sein, wurde innerhalb der katho-

---

1) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XLVI f. sowie: Brunner, Sebastian. Woher? Wohin? Geschichten, Gedanken, Bilder und Leute aus meinem Leben. 2 Bde. Wien 1855. Bd. 2, S. 155 f.
2) Vgl. Bd. 64, S. 909.
3) "Man wird uns das Zeugniß nicht versagen, daß persönliche Controversen weder dem Geschmack noch der Gewohnheit dieser 'Blätter' entsprechen. Aber Alles hat seine Grenzen." (Bd. 97, S. 709).

lischen Publizistik geteilt. Doch es läßt sich auch in der gegnerischen Fremdeinschätzung feststellen, daß man sie als das kompetenteste Organ in der Vertretung katholischer Interessen ansah[1]. Zur Einschätzung der HpBl durch die befreundete katholische Presse zwei Beispiele. Vom 'Katholiken' wurde ausdrücklich das gute Verhältnis zwischen beiden Journalen hervorgehoben[2], und Alexander Baumgartner, Redakteur der 'Stimmen aus Maria-Laach' und Mitarbeiter an den HpBl schrieb im Jahr 1908 an Binder, daß die beiden Zeitschriften friedlich nebeneinander bestünden, "ohne daß es je zu einer Störung gekommen wäre. Sie haben einander nicht nur nicht in ihrer Thätigkeit gehemmt oder beeinträchtigt, sondern einander vielfach harmonisch ergänzt, wirksam unterstützt und in regem Wetteifer gefördert"[3]. Dies war unter Zeitschriften gleicher oder ähnlicher religiöser bzw. weltanschaulicher Einstellung nicht ausnahmslos der Fall, wie Auseinandersetzungen zwischen den Journalen 'Volksfreund' und 'Vaterland' in Österreich, zwischen 'Univers' und 'Correspondent' in Frankreich, sowie zwischen den HpBl einerseits und dem 'Vaterland' oder auch Florencourts 'Wochenschrift' andererseits zeigen. Dennoch waren die hier gesammelten Beispiele in der Tat Einzelfälle; vor allem in Deutschland waren innerhalb der katholischen Presse kaum Richtungskämpfe festzustellen.

Uneinig waren sich Außenstehende oft in der inhaltlichen Charakterisierung der HpBl. Dabei finden sich trotz grundsätzlich unveränderten Charakters der Münchner Zeitschrift im Laufe der Zeit die unterschiedlichsten Einordnungen. Der

---

1) Dazu in Kap. I.4. über Bedeutung und Verbreitung der Zeitschrift.
2) Vgl. 'Katholik'. Bd. 87, Heft I. Mainz 1843, S. 4.
3) Baumgartner aus Bellevue (Luxemburg) am 4.1.1908 an Binder. In: Redaktionsarchiv Thauernhausen. Daß die obige Stellungnahme der Standpunkt der gesamten Redaktion war, zeigt eine Würdigung des ersten Centenariums (Bandzahl) der HpBl in den Stimmen aus Maria Laach (Bd. 33.1. Heft 6. Freiburg i. Br. 1887, S. 33 ff.).

'Deutsche Zeitungskatalog'[1] von 1865 führt sie unter der Rubrik 'Politik und Tagesgeschichte' auf. Der 'Leipziger Zeitungskatalog'[2] von 1841 und die Auflage von 1845 erwähnen sie in der Sparte 'Geschichte, Archäologie, Geographie und Statistik'. In den Ausgaben von 'Sperlings Zeitungskatalog'[3] der Jahre 1910 und 1915 findet man die 'Blätter' wieder unter der Rubrik 'Geschichtswissenschaft, Erd- und Völkerkunde', dagegen in früheren Auflagen[4] desselben Kataloges unter 'Litteraturblätter, Revuen und akademische Blätter, Zeitungswesen' - ähnlich wie in der Zusammenstellung 'Die deutsche Presse'[5], wo sie unter 'Revuen, kritische und literarische Zeitschriften, Unterhaltungsblätter' rangieren. Im 'Literarischen Handweiser'[6] endlich stehen die HpBl nicht in der eigens vorgesehenen Sparte 'historische Zeitschriften', sondern unter 'Blätter vermischten Inhalts'. Diese Unschlüssigkeit in der Beurteilung setzt sich in der neueren Literatur

---

1) Vgl.: Wuttig, C. W. (Hrsg.). Deutscher Zeitungs-Katalog 1865. Verzeichnis von 2600 in Deutschland und den angrenzenden Ländern erscheinenden periodischen Schriften mit ... Leipzig 1865, S. 37.
2) Vgl.: Leipziger Zeitungs-Katalog für 1841 (bzw. 1845). Wissenschaftlich geordnetes Verzeichnis der in Deutschland erscheinenden periodischen Schriften mit Einschluß ... Leipzig 1841 (bzw. 1845), S. 8 (bzw. S. 28).
3) Vgl.: Sperling, H. O. (Hrsg.). Sperlings Zeitschriften-Adressbuch. Die deutschen Zeitschriften und hervorragenden politischen Tagesblätter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. 44. Ausgabe 1910 (bzw. 49. Ausgabe 1915). Stuttgart 1910 (bzw. 1915), S. 50 f. (bzw. S. 62).
4) Vgl. Sperlings Kataloge verschiedener Jahrgänge.
5) Vgl.: Die deutsche Presse. Verzeichnis der im Deutschen Reiche erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften. 2 Bde. Forbach 1885. Bd. 2 (Zeitschriften), S. 143.
6) Vgl.: Literarischer Handweiser. Zunächst für das katholische Deutschland, hrsg. von Franz Hülskamp. 13. Jg. (1874), Nr. 147. Münster 1874, S. 30.

fort: Kirchner[1] teilt sie den 'historischen und geographischen Zeitschriften' zu, Hausmann[2] hingegen der Sparte 'Politik und öffentliches Leben'.

Unerwähnt blieben die HpBl in den meisten Katalogen der Annoncenexpeditionen. Der Grund dafür ist einfach der, daß man sich für die wenigen Buchanzeigen (höchstens auf der Innenseite des Titelblattes oder des hinteren Deckblattes) keiner Agenturen zu bedienen brauchte. Die meisten Buchanzeigen waren ohnehin aus dem Sortiment der 'Literarisch-artistischen Anstalt' (LAA), die für den Vertrieb der HpBl sorgte (siehe Gründungsvertrag weiter unten), oder von Verlegern und Buchhändlern, deren Angebot der Tendenz der Zeitschrift entsprach. Von diesen Buchanzeigen abgesehen trugen die HpBl nie Werbung.

Weniger Unterschiede als bei der inhaltlichen Einordnung bestanden bei der Beurteilung der politischen Tendenz. Von einer Maßregelung im Jahr 1847 seitens der Regierung von Oberbayern[3] und dem Streit zwischen Jörg und dem Innenminister von Reigersberg[4] abgesehen, wurden sie von der bayerischen Regierung als 'nicht-politisch' eingestuft[5]. Auf eine Intervention des Innenministeriums bei den Kreisregierungen, Kammer des Innern, erfolgten die jährlichen Aufstellungen über die Presse ab dem Jahr 1875[6] stets mit kurzer Charakterisie

---

1) Vgl.: Kirchner, Joachim (Hrsg.). Bibliographie der Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes bis 1900. 4 Bde, bearbeitet von demselben. Stuttgart 1977. Bd. 2 (Entstehungsdatum 1831-1870). Nr. 7323, S. 48.
2) Vgl.: Hausmann, Marianne. Münchner Zeitschriften von 1870-1890. Reihe: Zeitung und Leben, hrsg. von Karl d'Ester. Bd. 74. Diss. München 1938, S. 95.
3) Vgl. Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BHSt), MInn 25 104. (Auf Initiative Maurers, vgl. Pölnitz 16.1., a.a.O., S. LI).
4) Vgl. dazu Kap. II.5.2.
5) Vgl. BHSt, MInn 46 678
6) Vgl. BHSt, MInn 46 671.

rung; diese war jedoch nicht besonders aussagekräftig, da als Klassifizierungsmuster vom Innenministerium lediglich Begriffe wie 'klerikal', 'ultramontan', 'liberal', 'demokratisch' und 'farblos' vorgesehen waren[1]. Dabei passierten die HpBl bei der Regierung von Oberbayern (als Zwischeninstanz zwischen der Polizeidirektion München und dem Innenministerium) stets unter dem Begriff 'ultramontan', der ab 1882 durch 'gemäßigt klerikal' ersetzt wurde[2].

Weiteres zur Fremdeinschätzung der HpBl wird bei der Untersuchung ihrer Wirkung und Bedeutung gebracht.

I.4. VERBREITUNG UND BEDEUTUNG

I.4.1. ABONNEMENTSMÖGLICHKEITEN UND PREISE

Ein wichtiger Faktor für den Anklang einer Zeitschrift ist die Festsetzung des Bezugspreises. Die bereits erwähnte Voranzeige der HpBl in der 'Allgemeinen Zeitung' vom 27.2.1838 war verkürzt in Hinsicht auf das Ziel der Herausgeber, enthielt aber die ausführliche Darstellung der Bezugsmodalitäten. Zwar stand man der entschieden liberalen Tendenz der 'Allgemeinen Zeitung' fern, aber als einflußreichste Tageszeitung Deutschlands und als Zeitung von europäischem Rang konnte man sie nicht umgehen. Dazu nahmen ja die Herausgeber die Dienste eines Tochterunternehmens des Freiherrn Georg von Cotta, nämlich der 'Literarisch-artistischen Anstalt' (LAA) in Anspruch für die Verbreitung ihrer Zeitschrift auf dem Wege des Buchhandels. Die erwähnte Anzeige in der 'Allgemei-

---

1) Vgl. BHSt, MInn 46 671. (Später kamen noch verschiedene Bezeichnungen dazu: 'Zentrum', 'streng-protestantisch', 'deutschkonservativ', 'sozialdemokratisch', 'agrarisch' und 'bauernbündlerisch').
2) Vgl. BHSt, MInn 46 671 - 46 676.

nen Zeitung' brachte einen Extrakt aus der ausführlichen Voranzeige, wie sie sich im 'Katholiken' findet, und kam dann auf die Bezugsmöglichkeiten und Preise zu sprechen.

[606] Da es dem katholischen Deutschland bisher an einem Organ gefehlt hat, welches seine Ueberzeugung auf eine seiner würdige Weise im Gebiete der Geschichte und des Rechts ausspräche, so haben die Unterzeichneten sich entschlossen, vom ersten April eine neue Zeitschrift erscheinen zu lassen unter dem Titel:

historisch-politische Blätter

für das katholische Deutschland

unter Mitwirkung der Herren:

Hofrath Bayer, Professor Döllinger, Baron M. v. Freyberg, Professor Görres, Möhler und v. Moy — sämmtlich in München.

Am 1 und 15 jeden Monats wird dieselbe in Heften von 2 bis 3 Bogen erscheinen, und hat zunächst den Zweck auf dem staatsrechtlichen und politischen Gebiete die revolutionäre, wie die despotische Doctrin der falschen Staatsweisheit durch die Verkündigung der Grundsätze wahrer Freiheit und des Rechts zu bekämpfen, in der Geschichte den immer mehr überhand nehmenden Anmaßungen des Secten- und Parteigeistes entgegen zu wirken, und endlich dem katholischen Deutschland Materialien, Hülfsmittel und Winke zur Bildung eines selbstständigen Urtheils über die politischen, wie über die litterarischen Tagesereignisse zu liefern.

Die Absicht der Herausgeber und ihrer Freunde ist dabei ausschließlich darauf gerichtet, in politischer wie in kirchlicher Hinsicht der Wahrheit ohne Haß und ohne Furcht zu dienen, zugleich aber auch durch den Ton ihrer Mittheilungen und Erörterungen die Ehrfurcht zu bekunden, die sie ihrem Gegenstande schuldig sind.

Zwölf der oben erwähnten Hefte bilden einen Band, zwei Bände einen Jahrgang. Für die drei kommenden Quartale dieses Jahres 1838 subscribirt man sich hier in München auf der Expedition dieser Blätter (Promenadeplatz Nr. 20, beim Buchdrucker Gieffer) mit 6 fl., von Neujahr 1839 an halbjährlich mit 4 fl.

Für das Königreich Bayern beträgt das Abonnement auf den Postämtern für die laufenden drei Quartale im ersten Rayon 7 fl. 12 kr., im zweiten 8 fl. 5 kr., im dritten, bis zur äußersten Gränze 8 fl. 19 kr.; von Neujahr 1839 an halbjährlich im ersten Rayon 5 fl. 6 kr., im zweiten 5 fl. 23 kr., im dritten 5 fl. 33 kr.

Im Auslande findet das Abonnement mit verhältnißmäßiger Porto-Erhöhung auf den Postämtern statt, oder man kann die Zeitschrift durch alle Buchhandlungen um 9 fl. für die nächsten drei Vierteljahre, und von Neujahr 1839 an um 6 fl. halbjährlich beziehen. Die auf diesem letzten Wege zu beziehenden Exemplare besorgt gegen feste Bestellung die litter. artist. Anstalt in München.

München, den 10 Februar 1838.

Dr. G. Phillips,
ord. öff. Professor der Rechte und Mitglied der k. Akademie der Wissenschaften.

Dr. G. Görres.

Aus:
'Allgemeine Zeitung' Nr. 58 vom 27.2.1838.

Mit 'Rayon' bezeichnet wurde in dieser Anzeige ein Bezirk mit festgelegtem Radius um einen bestimmten Ausgangspunkt, hier um den Erscheinungsort München. Der erste Rayon hatte einen Radius von 45, der zweite von 135, der dritte von 270 Kilometern. Ein vierter Rayon umfaßte alle Entfernungen über 270 Kilometer sowie außerbayerische Gebiete[1]. Die Preise des Postabonnements verstanden sich jeweils für Selbstabholer bei der nächstgelegenen Poststation. Wollte man eine Zeitung frei Haus geliefert haben, so war noch eine zusätzliche Gebühr zu entrichten.

Bis zum Jahr 1848 hatte jede in Bayern erscheinende Zeitung oder Zeitschrift beim Ministerium des Innern um Zulassung zum Postdebit nachzusuchen. Für die HpBl stellte die Erlangung desselben sicher weniger Schwierigkeiten dar (vor allem wegen der persönlichen Bekanntschaft der führenden Männer des Görres-Kreises mit König Ludwig I.[2] und Innenminister Abel) als für die Postverwaltung die Errechnung des auf den jeweiligen Bezieher treffenden Abonnementspreises. Bis zum Jahr 1848 galt nämlich bei der bayerischen Post ein sehr kompliziertes Tarifsystem, "das sich zusammensetzte aus einer Beförderungsgebühr nach Tarifrayon, Häufigkeit des Erscheinens, Bogenzahl (Anm.: diese veränderte sich zuweilen bei den HpBl) und einer Speditionsgebühr, die sich wiederum am Einkaufspreis der Post und der Häufigkeit des Erscheinens orientierte"[3].

Da in dieser Voranzeige die Preise über den Buchhandel

---

1) Vgl.: Kirchner, Hans Martin. Wirtschaftliche Grundlagen des Zeitschriftenverlages im 19. Jahrhundert. In: Kirchner, Joachim (Hrsg.). Das deutsche Zeitschriftenwesen, seine Geschichte und seine Probleme. 2 Bde. Wiesbaden 1958-1962 (c Leipzig 1928-1931). Bd. 2, S. 379 ff., hier S. 381.

2) Ungeachtet seiner Verfechtung der Kirchenhoheitsrechte und seines Mißtrauens gegen 'Jesuitismus'.

3) Hans-Martin Kirchner, daselbst.

schon feststanden, mußten bereits Gespräche zwischen den Herausgebern und Rudolph Oldenbourg, seit 1836[1] Geschäftsführer der LAA vorangegangen sein. Die HpBl waren also - allerdings nur was ihren Vertrieb betraf - ein Cotta-Produkt wie die angefeindete 'Allgemeine Zeitung', das 'Morgenblatt', die 'Deutsche Vierteljahresschrift' und viele andere. Deshalb konnte ich im Cotta-Archiv - Stiftung der Stuttgarter Zeitung - als Teil des Deutschen Literaturarchivs in Marbach am Neckar wertvolles Material über die HpBl finden. Ein Teil des Briefwechsels zwischen G. v. Cotta und R. Oldenbourg nimmt Bezug auf die ersten Jahrgänge der Zeitschrift; zudem fanden sich noch einige, allerdings spärliche Aufstellungen aus dieser Zeit. Das wichtigste Dokument war der Verlagskontrakt[2] zwischen George Phillips und Guido Görres als Herausgebern und der LAA als Organisator des Vertriebs, den ich hier in Ablichtung wiedergebe.

---

1) Vgl.: Bierotte, Max (Hrsg.). Offizielles Handbuch des deutschen Buchhandels. 6. Jg. 1905, o. Seitenzahlen.
2) Datiert auf den 1.4.1838, den Erscheinungstag des ersten 'Gelben Heftes' (damals noch weißer Umschlag). In: Cotta-Archiv, Sign.: Cotta Vertr. 1 Phillips.

Phillips und Kreuas

11 Decbr 1838

6 . 9

Verlags-Contract über
Historisch-politische Blät-
ter für das Katholische
Deutschland

Verlag der literar. artist.
Anstalt - München

Beilage.

§ 1.

§ 2.

§ 3.

§ 4.

§ 5.

§ 6.

Bekanntmachung.

Redaktionsangelegenheiten und Herstellung blieben durch diesen reinen Absatzvertrag unberührt. Der Cotta-Verlag übernahm durch seine Tochterunternehmung lediglich den Vertrieb der auf Kosten Phillips' und Görres' gedruckten Zeitschrift. Sicher war die Wahl der LAA als Vertragspartner kein Zufall, sondern von den Initiatoren bewußt vorgenommen worden, um das dichte Netz der Cotta'schen Sortimentsbuchhandlungen für eine ausgedehnte geographische Verbreitung der HpBl zu nutzen; vor allem öffnete sich ihnen damit der Norden und Westen des Gebietes des Deutschen Bundes, nur zeitweilig durch das Verbot der Zeitschrift in Preußen behindert.

Der große Erfolg der HpBl erklärt sich also neben dem Bedürfnis der Katholiken, speziell der preußischen für eine solche Zeitschrift in der Situation vor 1848 mit der Kombination aus Joseph Görres' publizistischer Begabung[1] und der im entscheidenden Moment vorhandenen Verfügungsmöglichkeit über das ausgedehnte Verlagsnetz Cottas. Diese Ausdehnung ist ersichtlich aus einer Zusammenstellung der Verlags- und Kommissionsartikel der LAA von 1840[2]; es zog sich hin über das gesamte Gebiet des Deutschen Bundes und das benachbarte Ausland mit einer besonders augenfälligen Verdichtung in einem gedachten Band von den westlichen Provinzen Preußens nach Sachsen und Thüringen. Es umfaßte neben den ausländischen Hauptstädten aber auch Städte wie Riga, Reval und Dorpat im Nordosten, Krakau, Olmütz und Brünn im Osten, Bukarest, Hermannstadt und Preßburg im Südosten sowie Laibach, Triest, Venedig und dazu viele (auch kleinere) Städte in der Schweiz im Süden. Von Frankreich dagegen sind in dieser Aufstellung über das Netz der Buchhandlungen Cottas nur Straßburg und Paris

---

1) "Görres Sprechsaal war von jeher die halbe Welt, und seine Leser in Europa die erlesensten ." (Sepp, Johann Nepomuk. Görres und seine Zeitgenossen 1776-1848. Nördlingen 1877, S. 468).

2) Handschriftliches Rechnungsheft der LAA im Cotta-Archiv aus dem Jahr 1840, ohne Signatur (im Geschäftszimmer des Archivs).

erwähnt, hingegen wieder verschiedene Städte in Holland und Belgien. Diese Aufstellung sollte natürlich nur die M ö g l i c h k e i t e n der Verbreitung andeuten. Daß die HpBl auch tatsächlich im Ausland verbreitet waren, wird noch genauer zu erwähnen sein[1]; dabei finden sich auch Hinweise auf einzelne Leser in den USA, die aus der Darstellung dieses Verlagsnetzes nicht hervorgehen.

Der Kontrakt zwischen den HpBl und der LAA (also Cotta) war keine Liebesehe, sondern diente lediglich den beiderseitigen Interessen, unbeschadet der ansonsten überwiegend liberalen Färbung der Cotta'schen Zeitungen und Zeitschriften[2]. Wie der Görreskreis ansonsten über die Cotta'schen Unternehmungen dachte, kommt wohl deutlich in der folgenden Stelle eines Briefes J. Görres' an seine Schwiegermutter aus dem Jahr 1807 zum Ausdruck: "In Cottas schlechte Zeitung (Anm.: gemeint war die 'Allgemeine Zeitung') schreibe ich nichts, und wenn er mir das doppelte Honorar gibt..."[3] Trotzdem schrieben sowohl Joseph als auch Guido Görres in der 'Allgemeinen Zeitung'[4]; überwogen bei Joseph Görres allerdings Richtigstellungen, so bot doch Guido der Zeitung immerhin mehrere Reiseberichte an, wovon einige veröffentlicht wurden[5].

Wichtig für meine späteren Berechnungen der verkauften Exemplare waren die vertraglichen Erlaßpreise der Herausge-

---

1) Vgl. Kap. I.4.4.
2) Daß Cotta daneben auch den beruflichen Ehrgeiz besaß, in allen möglichen Richtungen der Publizistik mit einem Organ vertreten zu sein, berichtet Kahn. Vgl.: Kahn, Julius. Die Beziehungen der J.G. Cotta'schen Buchhandlung zu München. Literarisch-artistische Anstalt. Allgemeine Zeitung. In: Kahn, (Hrsg.). Münchens Großindustrie und Großhandel. München 1891, S. 171 ff., hier S. 172.
3) Brief vom 10.2.1807, ohne Ort. In: Familienbriefe (I), a.a.O., S. 484.
4) Vgl. den Artikel von: Müller, Karl Alexander. Die beiden Görres und die 'Allgemeine Zeitung'. In: Oberbayerisches Archiv. Bd. 61. München 1918, S. 164 ff., passim.
5) Vgl. K.A. v. Müller, a.a.O., S. 191 f.

ber an die LAA (vgl. Verlagskontrakt) und die bayerische Post (8 Gulden und 32 Kreuzer)[1], die wiederum die außerbayerischen und außerdeutschen Postverwaltungen belieferte. Die Rechnungsbücher, die mir im Redaktionsarchiv in Thauernhausen zur Verfügung standen, führen nämlich die Einnahmen nicht pauschaliter auf, sondern trennen sie nach Buchhandel und Post. Somit sind genaue Angaben über die Anzahl der verkauften Exemplare möglich.

Die LAA bezog die HpBl laut Vertrag 'auf feste Rechnung' und zahlte für einen Jahrgang 7 Gulden und 30 Kreuzer bzw. halbjährlich 3 Gulden und 45 Kreuzer[2]. Ein Vergleich mit dem Erlaßpreis an die Post zeigt, welch günstige Bedingungen sich die Cotta'sche Tochterfirma zu verschaffen gewußt hatte. Sie selbst verkaufte den Jahrgang mit 25%-igem Rabatt vom Endpreis (12 Gulden) an die Sortimentsbuchhandlungen, erhielt also pro Jahrgang zunächst 9 Gulden oder eine Gewinnspanne von einem Gulden und 30 Kreuzern[3]; in den Ländern der Talerwährung betrug der Endverkaufspreis 7 Taler und 4 Groschen[4]. In München selbst abonnierte man sich am billigsten direkt bei der Buchdruckerei Gießer (siehe Vorankündigung der 'Allgemeinen Zeitung') bzw. später J.G. Weiß, dann Schöninger u.s.w.

Da das beiderseitige Interesse ein rein geschäftliches blieb und die Tendenz der Zeitschrift dabei keine Rolle spielte, wurden gegenseitige Werbeanzeigen vereinbart. Das Cotta'sche Zweigunternehmen erfüllte diese Verpflichtung mit

---

1) Broschüre 'Preis-Tarif der Zeitungen und Journale etc.'. In: Archiv der Oberpostdirektion München (OPD), Verzeichnis 2, Schachtel 712.
2) Siehe Vertrag, weiter oben. (Ein Gulden hatte 60 Kreuzer).
3) Daselbst.
4) Daselbst. Ein Taler hatte 30 Silbergroschen (Sgr.), in Sachsen ab 1840 30 Neugroschen (Ngr.), aber gleicher Wert. Verschiedene norddeutsche Länder hatten noch andere Unterteilungen. Vgl.: Meyer, Hans Friedrich. Zeitungspreise in Deutschland im 19. Jahrhundert und ihre gesellschaftliche Bedeutung. Reihe: Arbeiten aus dem Institut für Publizistik der Universität Münster. Bd. 2. Münster 1969 (Diss. Münster 1967), S. 18 f.

kostenloser Werbung für die HpBl in der 'Allgemeinen Zeitung'[1], wofür andererseits die HpBl (sicher in größerem Umfang wegen ihrer geringeren Auflage) für Bücher aus dem Sortiment der LAA warben. Leider lassen sich die Anzeigen der ersten Jahre, die ansonsten mit 6 Kreuzern die Petitzeile berechnet wurden, nicht finden, da bei den früheren Jahrgängen aller Exemplare der HpBl die gelben Umschlagseiten beim Binden herausgetrennt wurden. Daß man aber von Anfang an Buchanzeigen im Umschlag führte, geht neben der Verpflichtung im Verlagskontrakt auch aus einer zeitgenössischen Erwähnung hervor[2]. Bei späteren Bänden finden sich die Deckblätter oft eingebunden.

Weitere Punkte des Vertrages betrafen die Häufigkeit der gegenseitigen Abrechnungen und andere kleinere Details.

Die Höhe des Preises überrascht, auch wenn man von den beträchtlichen Preisen der Fachzeitschriften zu dieser Zeit weiß. Billiger war noch der 'Katholik' mit einem Buchhandelspreis von jährlich 8 Gulden[3]; er erschien zu dieser Zeit zwar nur monatlich, war aber insgesamt im Umfang etwa gleich. Der Vergleich mit dem 'Katholiken' wird noch bei verschiedenen anderen Aspekten gezogen werden. 12 Gulden - bei Bezug durch die Post in Bayern waren es je nach der Entfernung von München zwischen 10 Gulden / 12 Kreuzern und 11 Gulden / 6 Kreuzern - waren für damalige Verhältnisse ein stolzer Betrag.

---

1) Die ich nach dieser Ankündigung im Vertrag dann auch fand: In der a.o. Beilage zu Nr. 117 vom 27.4.1838 und in der a.o. Beilage zu Nr. 170 vom 19.6.1838. Weiter habe ich die Werbeanzeigen nicht mehr verfolgt.

2) Vgl.: Lorinser, Franz. Aus meinem Leben. Wahrheit und keine Dichtung. 2 Bde. Regensburg 1891, Bd. 2 S. 29 f.
Ferner: Oldenbourg an Cotta. München, den 27.12.1838. In: Cotta-Archiv. Signatur: Ältere Geschäftspapiere LAA (Brief Nr. 28).

3) Entnommen aus einer Werbeanzeige in der a.o. Beilage zur 'Allgemeinen Zeitung' Nr. 35 vom 4.2.1838.

Görres' Lehrstuhl in München wurde mit dem damals schon hohen Gehalt von jährlich 2.000 Gulden ausgestattet[1]; aussagekräftiger ist jedoch der Vergleich mit dem angenommenen Jahresgehalt eines Volksschullehrers von knapp 300 Gulden[2]. Hier hätte das Jahresabonnement bereits zwischen 4 und 5% des jährlichen Einkommens verschlungen, was zumindest ein Einzelabonnement bereits ausschloß.

Die HpBl erhöhten aber den Heftumfang schon im zweiten Jahr ihres Erscheinens von 3 auf 4 Bogen Oktav (d.h. auf 64 Seiten pro Heft). Mitte der 40-er Jahre wurde der Umfang erneut erhöht und erreichte in den Jahren um 1855 vorübergehend[3] 6 Bogen pro Heft, um sich von da an bis zur Jahrhundertwende auf etwa 5 bis 6 Bogen einzupendeln. Der Umschlag, bei den ersten Heften noch weiß, wurde später zum 'Markenzeichen'; nach ihm wurden die HpBl 'gelbe Hefte' bzw. 'gelbe Blätter' genannt.

Das Titelblatt erschien von 1838 bis 1923 in stets gleichbleibender Aufmachung, abgesehen von Zusätzen wie 'herausgegeben von...' bzw. 'redigiert von...' oder ab Band 45 'Eigenthum der Familie Görres'; es war alles andere als reisserisch gestaltet und wirkte vor allem gegen Ende des Jahrhunderts bescheiden und altmodisch im Vergleich beispielsweise mit den Vignetten des 'Literarischen Handweisers' oder den Umschlagseiten des 'Aar' und des 'Hochland'. Die Innenseite des Titelblattes der HpBl enthielt entweder Buch- resp. Zeit-

---

1) Vgl.: Dickerhoff, Harald. Joseph Görres an der Münchener Universität. Auftrag und Wirksamkeit. In: Historisches Jahrbuch, Bd. 96. München u. Freiburg 1976, S. 148 ff., hier S. 150 -Anm. 10.

2) Noch im Jahr 1851 gab es eine Ministerialentschließung im Streit um eine mit 200 fl. dotierte Schulstelle (Provisor bzw. Verweser). Vgl. Karl Weber a.a.O., Bd. 4, Nr. 1493, S. 297. Selbst noch nach dem Schulbedarfsgesetz von 1861 betrugen die Lehrgehälter je nach Ortsgröße nur zwischen 350 und 500 fl. Vgl. Karl Weber, a.a.O., Bd. 5, Nr. 1964, S. 392.

3) Verursacht durch Jörgs Serien zur Geschichte des Protestantismus ('Streiflichter').

schriftenanzeigen oder ein erweitertes Impressum mit Hinweisen auf die verschiedenen Abonnenmentsmöglichkeiten und Preise, den ermäßigten Preis alter Jahrgänge und den Inseratpreis pro Zeile für Buchanzeigen. Meist wechselten diese bei den Nutzungen im Jahresturnus. Vom hinteren Deckblatt stand nur die Innenseite buchhändlerischen Anzeigen offen, während die Außenseite das Inhaltsverzeichnis des Heftes trug.

In den Rechnungsbüchern finden sich nur ganz selten Einnahmen aus Inseraten, da diese wahrscheinlich noch lange Zeit als Gegenleistung gegen Werbung für die HpBl in Organen des Cotta-Verlags aufgenommen wurden[1]. Die wenigen Inserateinnahmen waren natürlich sehr gering, da für sie im Durchschnitt nur 1 1/2 Seiten zur Verfügung standen. Solche Einnahmen wurden ebenso wie diejenigen aus dem Honorarverzicht eines Mitarbeiters[2] oder aus einer Spende[3] von den Verkaufserlösen getrennt.

Meist entsprachen die angezeigten Schriften der Tendenz der HpBl (wie das auch im Impressum angekündigt war), doch immerhin findet sich in Band 122 eine Anzeige für die bekannte Döllingerbiographie des Altkatholiken Friedrich, welche dann nach dem Erscheinen des dritten und letzten Bandes - einem völligen Verriß gleichkommend - rezensiert wurde[4].

Der Preis der HpBl blieb, von einer Erhöhung im Jahr 1876 abgesehen, stabil vom ersten Band bis zum Jahr 1918. Diese einzige Preiserhöhung erfolgte bei der einheitlichen Umstellung auf die Markwährung im Deutschen Reich. Wie nahezu alle[5] Zeitungen und Zeitschriften benützten auch die HpBl

---

1) Ansonsten hätten die Einnahmen pro Heft etwa 5 fl., d.h. pro Jahrgang etwa 120 fl. erbracht, was dem Verkauf von nur 10 Abonnements entsprach.
2) Spielte eine große Rolle nach der Jahrhundertwende, vor allem in den beiden letzten Jahren des Erscheinens der Zeitschrift.
3) Ebenso.
4) Bd. 128, S. 365 ff.
5) Beispiele bei Meyer, a.a.O., S. 108 ff.

diese Gelegenheit der Umrechnung zur Anhebung des Bezugspreises. Dadurch verteuerte sich der Jahrgang von 9 Gulden und 36 Kreuzern (was 16,46 Mark entsprach[1]) auf 18 Mark als einheitlichen Preis für den Postbezug in ganz Deutschland. Das bedeutete einen Preisanstieg um 9,36 %. Bedenkt man aber, daß vor der Übernahme der posttechnischen Bestimmungen (über den Zeitungsdienst) des Norddeutschen Bundes vom 4.11.1867 durch Bayern am 23.11.1867 (welche damals die Vereinheitlichung des Postabonnements in Deutschland brachten[2]), das Jahresabonnement per Post mit 10 Gulden und 40 Kreuzern (≙ 18,28 Mark) sogar etwas höher gelegen hatte, so bedeutete die Erhöhung von 1876 nur in etwa eine Rückkehr zu diesem Preis bis 1867.

Bis zum Jahr 1867 gab es Preisschwankungen im Postbezug, die auf Änderungen der Postgesetze in den einzelnen Ländern bzw. auf Postverträge im Deutschen Bund zurückzuführen sind. Dazu ganz kurz die Stationen[3]:

Im Jahr 1848 fiel die umständliche Gebührenberechnung nach Bogenzahl, Entfernung, Gewicht u.s.w. weg und es wurde - nachdem man für kurze Zeit daran gedacht hatte, den Tarif zu staffeln nach politischen (mit 25 %-igem Beförderungsaufschlag) und nicht-politischen Journalen (mit 20 %-igem Beförderungsaufschlag) - für den Bereich der bayerischen Post eine einheitliche 25 %-ige Gebühr festgesetzt[4]. Die Vereinspostanstalten des Deutschen Bundes erhielten die bayerischen Zeitungen und Zeitschriften zu dem um 12,5 % verteuerten Bezugspreis der bayerischen Post. Das heißt, daß z. B. die

---

1) 1 Gulden zu 1.7143 Mark vom Wiener Münzvertrag von 1857 bis zum 1. Januar 1876. Vgl. Meyer, a.a.O., S. 17.
2) Mit 9 Gulden und 36 Kreuzern, ausgedrückt in süddeutscher Währung.
3) Die folgenden Ausführungen stützen sich auf: Brunner Johann. Der Postzeitungsvertrieb in Bayern von 1848 bis 1914. In: Archiv für Postgeschichte um Bayern. Bd. 10. München 1934, S. 98 ff.
4) Verordnung vom 4.4.1848 (nicht bei Karl Weber).

Berliner Post die HpBl aus München zum Betrag von 9 Gulden und 36 Kreuzern bezog[1] und dann selbst noch ihre Beförderungsgebühren aufschlug. Das Jahr 1867 brachte dann die erwähnte Vereinheitlichung, wobei sich die HpBl verbilligten, da sie in die Kategorie derjenigen Presseerzeugnisse fielen, welche seltener als viermal monatlich erschienen. Dadurch wurden sie nur mit einer 12,5 %-igen Beförderungstaxe belegt, während ansonsten ein Satz von 25 % galt.

Die Ausrichtung der Speditionsgebühren nach den Kriterien 'politisch'/'nicht-politisch' galt nur für Journale, welche häufiger als einmal wöchentlich erschienen. In Bayern fand sie - wie oben erwähnt - keine Anwendung. Dort operierte man mit diesen Kriterien nur anläßlich der geplanten Erhebung einer Stempelsteuer für politische Zeitungen und Zeitschriften (1853), die dann aber nicht zur Durchführung kam. Dabei waren die HpBl vom Innenministerium als 'nicht-politisch' eingeordnet worden[2]. Vielleicht hätte man sie im Jahr 1858 anders beurteilt[3], als Jörg wegen seiner Kontroverse mit dem Minister von Reigersberg nach Neuburg an der Donau strafversetzt wurde. Erst ab dem Jahr 1870 finden sich die HpBl in jährlichen Aufstellungen über 'die in Bayern erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften', denen erst ab dem Jahr 1874 das Attribut 'politischen Inhalts' zugesetzt

---

1) Der Erlaßpreis an die bayerische Post betrug 8 Gulden und 32 Kreuzer. Dazu dann die 12,5 %.

2) Vgl. BHSt, MInn 46 678. Spätere Einordnungen nach den Kriterien 'politisch'/'nicht-politisch' hatten keine finanziellen (z.B. steuerliche) Konsequenzen. Im Jahr 1864 hatten die HpBl noch gefehlt in einer Zusammenstellung über die im Regierungsbezirk Oberbayern erscheinenden Zeitschriften politischen Inhalts. (Vgl. BHSt, MInn 46 760 - Numerierung nur innerhalb von Gruppen chronologisch.)

3) Im gleichen Jahr, wahrscheinlich aufgrund der Artikel, die diesen Streit hervorgerufen hatten, wurden die HpBl zum zweitenmal unter den Zeitungen und Zeitschriften aufgeführt, gegen welche preßpolizeiliche Einschreitungen oder Rügen vorgenommen wurden. (Vgl. den Bericht der Regierung von Oberbayern an das Innenministerium. In: BHSt, MInn 46 670). Die erste Rüge war im Jahr 1847 erfolgt (Vgl. Kap. I.3.).

wurde[1].

Die Beschäftigung mit den wechselnden Bestimmungen über den Postzeitungsdienst ist kein Selbstzweck, sondern ermöglicht die Errechnung des Erlaßpreises auch für diejenigen Jahre, für welche sich im Archiv der OPD München keine Angaben finden. In Verbindung mit den Erlaßpreisen erlauben die nach Buchhandel und Post getrennt aufgeführten Verkaufserlöse in den Rechnungsbüchern der Redaktion die Ermittlung der Anzahl abgesetzter Exemplare. Im übrigen sind die Bestimmungen über den Postzeitungsdienst noch von großer Bedeutung als Voraussetzung für die Entwicklung der Presse im allgemeinen.

Der neue Erlaßpreis der Redaktion an die Post ergibt sich also, wenn man vom Endpreis die 12,5 %-ige Beförderungsgebühr ausscheidet. Der Endpreis von 18 Mark entsprach 112,5 %, was also den Erlaßpreis mit 16 Mark ergibt. Der vorher erwähnten Verteuerung des Endpreises um 9,36 % standen also Mehreinnahmen der Redaktion von 10,2 % gegenüber[2].

Im Buchhandel war die Zeitschrift spürbar teurer. Die Endpreise von 12 Gulden bzw. 7 Talern und 4 Groschen finden sich im Gründungsvertrag der HpBl erwähnt. Der 'Leipziger Zeitungskatalog' für 1841[3] sowie die 'Deutschen Zeitungskataloge'[4] von 1845 und 1865 nennen mit geringer Abweichung davon für das Gebiet der Talerwährung den Endpreis mit 7 Talern und 5 Groschen. Die Zeitschrift war also im Gebiet der Talerwährung noch etwa einen halben Gulden (in süddeutscher Währung ausgedrückt) teurer als im Gebiet der Guldenwährung. Nach der Umstellung auf die Markwährung lag der Bundeshandelspreis für einen Jahrgang der HpBl in ganz

---

1) Vgl. BHSt, MInn 46 671. (Von da an bis MInn 46 676, d.h. bis zum Jahr 1900).
2) Der alte Erlaßpreis von 8 Gulden und 32 Kreuzern hätte 14,53 Mark entsprochen. Die Erhöhung auf 16 Mark ergibt den obigen Prozentsatz.
3) Vgl. Leipziger Zeitungskatalog für 1841, a.a.O., S. 8.
4) Vgl. Deutscher Zeitungskatalog für 1845 (bzw. 1865), a.a.O., S. 28 (bzw. S. 37).

Deutschland bei 21,40 Mark[1]. Da dieser Preis nur unwesentlich höher liegt als die bereits im Kontrakt fixierten 12 Gulden, so dürfte höchstwahrscheinlich auch der Erlaßpreis der Redaktion an die LAA gleich geblieben sein. Es ist lediglich eine geringe Aufrundung denkbar, bei der dann die 7 Gulden und 30 Kreuzer zu 13 Mark gerade umgerechnet worden wären. Eine Mehreinnahme der Herausgeber war also anläßlich der Umstellung auf die Markwährung im Jahr 1876 beim Buchhandel - im Gegensatz zur Veränderung des Erlaßpreises an die Post - nicht gegeben. Dafür spricht auch die Tatsache, daß kein neuer Vertrag mit der LAA (bzw. mit dem seit 1869 als Geschäftsführer[2] derselben fungierenden Theodor Riedel) vorliegt; ein solcher Vertrag wäre nämlich auch im Falle von Kriegsverlust oder anderen Schicksalen noch verschiedentlich im umfangreichen Cotta-Material erwähnt.

Das Postabonnement auf die HpBl erhöhte sich erst wieder mit dem letzten Heft vom 15. Dezember aus dem Kriegs- und Revolutionsjahr 1918[3], und zwar von 18 auf 20 Mark jährlich. 1920 erfolgte dann eine weitere Anhebung des Preises auf 28,80 Mark, 1922 auf 38 Mark und dann im schnellen Wirbel der Inflation auf 840 Mark bis zum Jahresende 1922. Im Jahr 1923 wurde der Preis jedes Heftes einzeln festgesetzt. Nach dem am 3. Mai erfolgten Tod des Herausgebers Georg Jochner, Archivdirektor in München, komplettierte Franz Xaver Hoermann in Rosenheim den Halbjahresband 1923/I (171), indem er die Herausgabe der letzten 3 Hefte übernahm.

Der Preis der Zeitschrift war also ausgesprochen hoch,

---

1) Vgl. Verlagskatalog der J.G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart. Stuttgart 1882, ohne Seitenzahlen. In: Cotta-Archiv. Sign.: Cotta HSS Slg. Hb.
2) Durch die Herauslösung der LAA aus dem Gesamthaus Cotta wurde Theodor Riedel kurze Zeit später auch ihr Besitzer.
3) Die folgenden Zahlen sind aus dem Impressum der HpBl; für den Buchhandel waren sie nicht zu finden.

doch trat mittelbar eine reale Verminderung desselben dadurch ein, daß er nominal - von der Erhöhung im Jahr 1876 abgesehen - über fast alle Jahre des Erscheinens unverändert blieb. Die letzten Preiserhöhungen trafen lt. den weiter unten vorzustellenden Verkaufszahlen nur noch einen ausgesprochen kleinen Bezieherkreis. In all den Jahren früher dürfte die Höhe des Preises Auswirkungen auf die Anzahl der Abonnenten gehabt haben, wie am Beispiel des Volksschullehrergehalts gezeigt wurde. Doch es blieb noch die im 19. Jahrhundert häufig anzutreffende Form des gemeinschaftlichen Haltens einer Zeitschrift sowie der Bezug durch Lesevereine und das Halten in kirchlichen Bibliotheken. Dagegen wurden die 'Blätter' in öffentlichen Bibliotheken kaum gehalten[1]. Es war sicherlich nicht in erster Linie der Preis der HpBl, der die Verkleinerung des potentiellen Leserkreises auf eine selektierte Schicht bewirkte, doch ist eine diesbezügliche Wirkung nicht auszuschließen.

I.4.2. ERSTE ERFOLGE UND KRISEN

Die HpBl hatten dank der sie begünstigenden Zeitereignisse und glänzender Mitarbeiternamen ein sicheres Fundament ihres Erfolges gelegt. Die ersten Jahre der Zeitschrift finden sich ausgezeichnet und - was die Zensurmaßnahmen und ihre Auswirkungen betrifft - lückenlos dargestellt in dem bereits erwähnten ausgedehnten Vorwort Pölnitz' zu Bd. 16.1. der Gesammelten Werke Joseph Görres'. Pölnitz hat die Archive Wiens, Berlins und Münchens ausgeschöpft und ein farbiges Bild der Erfolge und Fehlschläge gegeben durch Darstellung des Verbots und seiner Auswirkungen in Preußen (vom 7.8.1839 bis zum Jahr 1848)[2], des drohenden Verbots in Österreich[3]

---

1) Dazu später in Kapitel I.4.4.
2) Ein zweites Verbot in Preußen datierte aus den Jahren von 1856-1859.
3) Darüber auch Sebastian Brunner, a.a.O., Bd. 2, S. 155 f. (Vgl. Kap. I.3).

und der Umstände sowie des Ausmaßes der gemäßigten Vorzensur in Bayern. Zum letztgenannten Punkt kann ergänzend die Publikation des Briefwechsels zwischen Ludwig I. und Friedrich Wilhelm IV.[1] herangezogen werden. Viele Punkte der äußeren Geschichte der HpBl im ersten Dezennium des Erscheinens haben also bereits ihre Erledigung gefunden; für mich ist das ein Grund, mich enger an meine Untersuchungsvorgabe zu binden.

Binder schrieb in der bereits erwähnten Biographie Guid Görres', daß "der Name Joseph Görres für sich allein schon ein Programm (war)"[2]. Die Zeitschrift wurde in Preußen gewöhnlich mit dem Namen des 'Demagogen' Görres identifiziert und dieser Umstand war nach Pölnitz' Meinung mitverantwortlich für die lange Dauer des Verbots in den preußischen Provinzen[3]. Auch hatte man in übereifriger Reaktion auf die Ankündigung der neuen Zeitschrift den Unterzeichner Guido Görres mit seinem Vater verwechselt[4].

Die Startauflage wird etwa 1.200-1.500[5] betragen haben eine Zahl, die uns heute recht gering erscheint. Für das Pressewesen des Vormärz aber bedeutete diese Auflage eine respektable Größe und ein Vergleich zu den T a g e s z e i t u n g e n 'Allgemeine Zeitung'[6] und Görres' 'Rheinischen

---

1) Vgl.: Grisar, Joseph. Friedrich Wilhelm IV. und das Kölner Ereignis. In: Stimmen der Zeit. Bd. 103. Heft 5 (August). Freiburg 1922, S. 338 ff., hier vor allem S. 347 f.
2) G. Görres-Biographie, a.a.O., S. 334.
3) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XXXVIII f.
4) Daselbst, S. XIX.
5) Bis Dezember 1838 wurden knapp über 1.000 Exemplare abgesetzt und die Bestellungen nahmen täglich zu. Im Februa 1839 kündigte G. Görres eine Zweitauflage an (Vgl. Bd. 3, S. 151). Für den Jahrgang 1839 erfolgte die Festsetzung der Auflage mit 1.900 (vgl. Pölnitz, a.a.O., 16.1., S. XXXIV).
6) Die folgenden Zahlen bei: Heyck, Eduard. Die Allgemeine Zeitung. 1798-1898. Beiträge zur Geschichte der deutschen Presse. München 1898, S. 126, S. 223-Fußnote 1 und S. 274

Merkur' darf hier einmal gewagt werden. Erstere hatte im Jahr 1823 als Blatt von führendem Rang in Europa etwa 4.000 Abnehmer und stieg nur langsam an. Nur im Jahr 1848 wies sie als kurzfristige Spitze die Zahl von gut 10.000 Abonnenten auf, pendelte sich aber zwischen 1849 und 1852 wieder auf etwa 7.000 bis 8.000 ein. Im Jahr 1838 wird die Zahl ihrer Abnehmer etwa mit 6.000 bis 7.000 angenommen werden können[1]. Der 'Rheinische Merkur' als "fünfte Großmacht" (Napoleon) hatte etwa 3.000 Bezieher gehabt[2]. Aussagekräftiger ist der Vergleich mit dem unter Görres' Regie im Straßburger Exil auf den Spitzenstand von etwa 1.800 Abnehmern[3] kletternden 'Katholiken'. Genaue Zahlen legt Kirchner[4] für die Tübinger 'Theologische Quartalsschrift' vor, die trotz ihrer sich bescheiden ausnehmenden Bezieherzahl von knapp 600 zu einem vergleichbaren Zeitpunkt das bedeutendste Fachorgan für katholische Theologie in Deutschland war. Sie sank in den 50-er und 60-er Jahren auf etwa 400 und in den 70-er Jahren weiter auf 200 bis 300 Abnehmer. Die Jesuitenzeitschrift 'Stimmen aus Maria Laach' wurde erst im Jahr 1865 gegründet[5], weshalb ihre höhere Abonnentenzahl hier weniger aussagekräftig ist.

Über die ersten Jahre der HpBl liegt eine große Anzahl von Erfolgsmeldungen vor. Die große Dichte dieser Angaben erklärt sich aus der Wichtigkeit des Zeitraums für die Gewinnung eines festen Leserkreises. Das preußische Verbot

---

1) Für die Jahre 1845 und 1846 beliefen sich die Abonnentenzahlen auf 9.172 bzw. 9.562 (Vgl. Heyck, a.a.O., S. 274).
2) Vgl. Schoeler, a.a.O., S. 200.
3) Vgl.: Schnütgen, Alexander, Das Elsaß und die Erneuerung des katholischen Lebens in Deutschland von 1814 bis 1848. Reihe: Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte, hrsg. von Martin Spahn. Bd. 6. Straßburg 1913 (unter gleichen Titel als Straßburger Diss. 1913), S. 43.
4) Vgl. Kirchner, Hans Martin. In: Kirchner Joachim, a.a.O., Bd. 2, S. 471.
5) Namensgebung erst 1871; zuvor unregelmäßige Hefte.

hatte der Zeitschrift keinen spürbaren Schaden zugefügt[1], eher das Interesse noch zusätzlich erweckt. In diesem Sinne schrieb Joseph Görres im Jahr 1839 an seine Tochter Marie über das Verbot: "Es scheint darauf abgesehen zu sein, nach kurzer Stockung das zweite Tausend der Abonnenten voll zu machen"[2]. Die Aussage scheint zu diesem Zeitpunkt noch leicht übertrieben, doch im Cotta-Archiv vorliegende Verkaufszahlen sowie Briefe Oldenbourgs an Georg von Cotta aus dem Jahr 1838, die ein weiteres Anwachsen der Bestellungen vermelden, lassen für das Jahr 1839 - bei einer Auflage von 1.900[3] - auf eine Abonnentenzahl von etwa 1.500 schließen. Die erste Erfolgsmeldung des Geschäftsführers der LAA, Oldenbourg, an Georg von Cotta spricht bereits zwei Wochen nach dem Erscheinen der Zeitschrift von 410 festen Abonnenten und der täglichen Zunahme der Bestellungen[4]. Das zeugt von respektablen Anfangserfolgen, da zu dieser Zahl noch die Postabonnenten und die direkt bei der Druckerei abonnierten Münchner Bezieher dazukamen. Das Erscheinen der Zeitschrift war also sorgfältig vorbereitet worden. Noch aus dem gleichen Jahr datiert ein weiterer Brief Oldenbourgs an Cotta, der

---

1) Vgl. Görres an Giovanelli. München, den 9.3.1840, in: Joseph von Görres. Gesammelte Briefe, hrsg. von Franz Binder. Bde. 2 und 3: Freundesbriefe (Bde. 8 und 9 der Gesammelten Schriften Joseph von Görres', hrsg. von Marie Görres). München 1874. Bd. 3, Nr. 435, S. 543. Vgl. damit auch die Behauptung der 'Neuen Würzburger Zeitung' (NWZ) unter der Redaktion Zanders, daß sich ihre eigene Bezieherzahl seit dem Verbot in Preußen verdoppelt habe (lt. 'Allg. Zeitg.', Nr. 43 vom 12.1.1838). In Nr. 181 der 'Allg. Zeitg.' vom 30.6.1838 sprach die NWZ in einer Werbeanzeige noch einmal von ihrer bedeutenden Vergrößerung. Wieweit diesen Behauptungen Glauben zu schenken ist wird heute schwer zu beantworten sein, doch auf jeden Fall hatten die NWZ wie die HpBl keinen ersichtlichen Schaden aus dem preußischen Verbot davongetragen.

2) Vgl. Biographie Guido Görres', a.a.O., S. 341. (Nicht enthalten in Familienbriefe -I-, a.a.O.).

3) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XXXIV.

4) Oldenbourg an Cotta. München, den 14.4.1838. In: Cotta-Archiv. Sign.: Ältere Geschäftspapiere LAA (Brief Nr. 22)

eine aufschlußreiche Zusammenstellung über Verkaufszahlen und Verbreitung der HpBl liefert: "Wir glauben es jetzt an der Zeit, Ihnen einmal eine Übersicht unseres Geschäfts mit den historisch-politischen Blättern zu geben, und haben daher die umstehende Zusammenstellung gemacht, in welcher wir uns freuen, Ihnen einen nicht unbeträchtlichen Gewinn nachweisen zu können. Die Zeitschrift ist noch jetzt im Zunehmen an Abonnenten, und es ist daher nicht wohl einzusehen, daß Abonnenten-Zahl für 1839 eine geringere als dießjährige seyn wird"[1]. Dann folgt die Zusammenstellung der Verkaufszahlen des ersten Jahrgangs, welche sich auf die vollständige Auslieferung (also keine Einzelhefte) der d r e i Quartale - da die Zeitschrift erst mit dem 1. April begann - bezieht: Von den HpBl, so schrieb Oldenbourg,"haben wir bis jetzt auf f e s t e R e c h n u n g ausgeliefert:

in Süddeutschland	517 Exemplare
in Norddeutschland	507 Exemplare
	1024 Exemplare"[2]

Die Unterteilung in Süd- und Norddeutschland deckte sich nach meinen Recherchen im großen und ganzen mit dem Geltungsbereich der Gulden- bzw. Talerwährung; es steht aber fest[3], daß in dieser Unterteilung das benachbarte Ausland inbegriffen war. So zählten beispielsweise die belgischen und holländischen Sortimentsbuchhändler Cottas zu Norddeutschland, die Schweizer Buchhändler zu Süddeutschland; nicht eindeutig zu bestimmen ist das Kriterium der Zuteilung in den preus-

---

1) Oldenbourg an Cotta. München, den 4.12.1838. In: Cotta-Archiv. Sign.: Ältere Geschäftspapiere LAA (Brief Nr. 27).
2) Daselbst.
3) Handschriftliches Rechnungsheft über die 'Kommissions- und Verlagsartikel der LAA' aus dem Jahr 1840 im Cotta-Archiv, ohne Signatur. Darin leider nicht -wie der Titel auszusagen scheint- die Aufführung der Sortimentsartikel und Verkaufsergebnisse, sondern nur die Adressen aller Sortimentsbuchhändler. In diesem Rechnungsheft sind alle europäischen Sortimentsbuchhändler entweder 'Süd-' oder 'Norddeutschland' zugeteilt.

sischen Provinzen Rheinlande und Westfalen. Einige Buchhändler aus Köln, Bonn, Düsseldorf und Münster sind unter 'Süd-', andere unter 'Norddeutschland' aufgeführt. Kriterium war dabei vielleicht die Abrechnungsweise der dortigen Buchhändler mit dem Hauptverlag in Stuttgart. Für die obige Zusammenstellung kann die Verwendung der Unterteilung 'Nord- und 'Süddeutschland' auch für außerdeutsche Gebiete bedeuten, daß neben der etwa gleichmäßigen Verbreitung der HpBl im Norden und Süden Deutschlands schon auf einige Exemplare früher Jahrgänge im benachbarten Ausland abonniert worden ist. Für spätere Jahrgänge der Zeitschrift gibt es dafür sichere Anhaltspunkte durch Vermerke in den Rechnungsbüchern durch Briefe an die Redaktion und durch die zeitgenössische Presse[1].

Neben der erwähnten Zusammenstellung enthält der ausführliche Brief Oldenbourgs vom 4.12.1838 noch Einnahmeschätzungen für das Jahr 1839 auf der Basis der Verkaufszahlen von 1838, wobei sicherheitshalber der Fall eines 25%-igen Verkaufsrückganges durchgespielt wurde. Bei dem cleveren Verleger Cotta scheinen einige Bedenken gegen die von den Herausgebern der HpBl durchgesetzte Abrechnungsweis für den Jahrgang 1838 bestanden zu haben, da im angegebenen Brief auf solche Bedenken angespielt wurde und diese durch den Hinweis auf die Solidität der belieferten Buchhandlungen und die geringen Versandkosten im Verkehr mit Norddeutschland - per Postpaket von Augsburg über Frankfurt und Leipzig zerstreut werden sollten.

Leider fehlen für die folgenden Jahrgänge ähnliche Übersichten und nur für das Jahr 1839 sowie indirekt für die Jahre 1845 und 1846 sind im Cotta-Archiv noch Verkaufs-

---

1) "... weit über Deutschlands Grenzen hinaus drang die Stimme der beredten Vertheidigerin der Wahrheit." (Die Stimmen aus Maria Laach in einer Würdigung zum Erscheinen des 100. Bandes der HpBl, Bd. 33.1. Heft 6, Freiburg i. Br. 1887, S. 36).

zahlen überliefert. Für das Jahr 1839 lauten sie: 462 für den Norden und 446 für den Süden[1]. Doch wahrscheinlich lagen die Zahlen für dieses Jahr genau doppelt so hoch, da in dieser Übersicht betont wurde, sie umfasse diejenigen Exemplare, über die mit der Redaktion noch in alter Rechnung abgerechnet werde. Aus dem vorhin zitierten Brief Oldenbourgs vom 4.12.1838 geht nun eindeutig hervor, daß die neue Abrechnungsweise mit 1. Juli 1839 begann. Da die Übersicht über das Jahr 1839 erst zu Beginn des Jahres 1840 angefertigt wurde, somit die Zahlen vollständig vorlagen, hat die Buchführung der LAA offensichtlich die Gesamtzahl der Jahresabonnements in zwei gleiche Teile zerlegt, wobei man sich über den einen Teil mit der Redaktion in alter Rechnung, über den anderen Teil in neuer Rechnung verglich. Deshalb war die Anzahl der verkauften Exemplare wahrscheinlich genau doppelt so hoch; das würde 924 für den Norden und 892 für den Süden bedeuten. Es versteht sich natürlich von selbst, daß die Rede nur von kompletten Jahrgängen, nicht von Einzelheften ist. Doch muß bei den Verkaufszahlen beachtet werden, daß sie diejenige Menge an Exemplaren angeben, die den Sortimentsbuchhändlern von der LAA 'auf feste Rechnung' geliefert wurden[2]. Da also die Buchhändler ein kleines Risiko für den Weiterverkauf eingingen, muß man von den 1.816 Exemplaren, die von der LAA kamen, einen gewissen Prozentsatz abziehen und käme so vielleicht auf 1.500 wirklich verkaufte Stücke. Die Redaktion der HpBl wiederum lieferte an die LAA 'auf feste Rechnung', doch ist dies kaum mehr zusätzlich zu ver-

---

1) Vgl. Cotta-Archiv. Sign.: Ältere Geschäftspapiere LAA, hier: LAA, Allgemeines, Buchverlag.
2) Das geht hervor aus dem Brief Oldenbourgs an Cotta vom 4.12.1838, a.a.O. Nur für das Jahr 1838 finden sich noch vereinzelte Lieferungen der LAA an die Sortimentsbuchhändler 'in Commission'. Vgl. Cotta-Archiv. Sign.: Ältere Geschäftspapiere LAA, hier: LAA, Allgemeines, Buchverlag.

anschlagen, da die LAA sicher nicht viel über die von den Sortimentsbuchhändlern georderte Stückzahl einkaufte, höchstens aufrundete. Wesentlich niedriger als 1.500 - 1.600 dürfte die Anzahl der wirklich verkauften Exemplare also nicht gelegen haben, da sich die Sortimentsbuchhändler ihrerseits über die bei ihnen abonnierte Anzahl hinaus nur noch Halbjahresbände und Einzelhefte für den freien Verkauf beschafften[1].

Dieser hohe Absatz im Buchhandel erklärt sich aus dem preußischen Verbot der Einfuhr und Verbreitung durch die Post; dieses erfolgte zwar erst am 7.8.1839, war aber durch verschiedene vorausgegangene Initiativen[2] Rochows und Alten steins, der preußischen Minister des Innern und des Kultus bereits seit längerer Zeit erwartet worden. Deshalb wurde bereits vor dem Erlaß des Verbotes der Postbezug von den mißtrauischen Beziehern fast gänzlich gemieden[3]. Das Verbot galt zunächst nur für den Postbezug, wogegen für den Buchhandel mit Rücksicht auf dessen finanzielle Interessen die Frist noch bis zum Jahresende verlängert wurde[4]. Der Buchhandel war sicher wesentlich schwerer zu kontrollieren als die Post, denn auch nach dem Verbot kann der Absatz nicht wesentlich zurückgegangen sein. Die meisten Buchhändler hielten sich nicht an das Verbot, und als Ersatz für die Dienste der Post scheint die Einfuhr durch Privatpersonen getre-

---

1) Für diese Bezieherzahl von etwa 1.600 sprechen neben der Angabe der Auflage für 1839 mit 1900 (Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XXXIV) auch die Zahlen für die Jahre 1845 und 1846 (siehe weiter unten).
2) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XIX ff.
3) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XX.
4) Vgl. J. Görres an Giovanelli, München, den 1.12.1839. In: Freundesbriefe (III), Nr. 429, S. 528.

ten zu sein[1].

Der preußischen Polizei blieb nur die Möglichkeit von Stichproben in Buchhandlungen, wobei sie oft auch fündig wurden. Dazu eine Zuschrift aus Schlesien in den HpBl: "In Breslau begibt sich die Polizei gewappnet und gepanzert von Kopf bis Fuß, rasselnd und klirrend, in alle Buchhandlungen, um aller Exemplare der historisch-politischen Blätter habhaft zu werden. Die armen Buchhändler ... zeigten, mit Ausnahme eines Einzigen, wie wir hören, die corpora delicti an ..."[2].

Auch die Gegner der HpBl mußten sich die Zeitschrift auf illegale Weise beschaffen, sofern ihnen nicht als Regierungsbeamten beschlagnahmte Exemplare zur Verfügung standen. Die HpBl wiesen anläßlich einer überraschend schnellen Entgegnung des Berliner Korrespondenten der 'Allgemeinen Zeitung', welche die Lektüre des gerade eben erschienenen Heftes voraussetzte, darauf hin und drückten ironisch ihre Freunde über die rasche und illegale Beförderung der Zeitschrift aus[3].

Die von mir genannten Verkaufszahlen werden noch durch Material des Cotta-Archivs für die Jahre 1845/46 untermauert. In einem Brief Oldenbourgs an Cotta[4] aus dem Jahr 1846 findet sich die Höhe der Zahlungen der LAA an die Redaktion. Diese betrugen für die Jahre 1845 und 1846 je 12.000 Gulden, was

---

1) Vgl. Vogel, a.a.O., S. 49. Siehe dazu auch Kettelers Briefe an seine Geschwister und Freunde (in Raich, a.a.O.) aus den Jahren 1838 bis etwa 1842, in denen fast noch mehr als von den Schilderungen der Hirschjagden in den Isarauen und im Gebirge von den HpBl die Rede ist. Ketteler selbst brachte die HpBl bei seinen Reisen von München nach Westfalen über die Grenze (Vgl. Brief an seinen Bruder Wilderich. München, Febr. 1840. In: Raich, a.a.O., Nr. 21, S. 49.
Weitere Verbreitungsmöglichkeiten unter der Situation des preußischen Verbots in Kap. I.4.4. dieser Arbeit.

2) Bd. 18, S. 63.

3) Vgl. Bd. 4, S. 447.

4) München, den 19.4.1846. In: Cotta-Archiv. Sign.: Ältere Geschäftspapiere LAA (Brief Nr. 61).

beim vertraglich vereinbarten Erlaßpreis von 7 Gulden und 30 Kreuzern pro Jahrgang 1.600 Exemplare ergibt. Da die Lieferung stets 'auf feste Rechnung' erfolgte[1], ebenso wie die nachfolgende Lieferung der LAA an die Sortimentsbuchhändler, gilt auch hier das vorhin Gesagte. Doch selbst nach Abzug eines gewissen Prozentsatzes sind die Verkaufszahlen noch immer beachtlich.

Der Erfolg der Zeitschrift im ersten Dezennium fand vielfachen Niederschlag in Biographien und Briefwechseln. Auch in den HpBl selbst, die sonst in eigener Sache große Zurückhaltung übten, findet man zwei Meldungen über die unerwartet große Resonanz: "Die Aufnahme derselben (Anm.: der HpBl), welche unsre kühnsten Erwartungen überstieg, lieferte zunächst den Beleg dafür, daß eine solche Zeitschrift ein dringendes Bedürfniß war, der steigende Beifall aber, dessen sie sich erfreut, beweist, daß das Publikum sein Zutrauen ihr zugewendet hat"[2]. Noch im Gründungsjahr war es Guido Görres vergönnt, die Prognose des in jungdeutscher Richtung redigierten 'Telegraph für Deutschland' zurückzuweisen, welcher den 'Blättern' ein Eingehen im selben Jahr vorausgesagt hatte. Die Jungdeutschen waren im Kölner Streit durchwegs auf Seite der Regierung zu finden, da sie in deren Reaktion ihr eigenes Ideal des aufgeklärten Staats mit Maßnahmen gegen 'Pfaffenherrschaft' sahen; sie waren durchaus für 'mehr Staat', sofern er ihren aufklärerischen Anschauungen entsprach. Guido Görres' Zurückweisung will ich hier wiedergeben, da sie neben einem ironischen Wortspiel ('eingehen') auch dazu beiträgt, die bei Pölnitz noch offene Frage einer zweiten Auflage des ersten Jahrgangs zu beantworten. Er schrieb, auf die Prophezeiung des 'Eingehens' für die HpBl sich beziehend: "...es fangen in der That ihre

---

1) In den Rechnungsbüchern im Redaktionsarchiv Regensburg befanden sich auch später keine Hinweise auf einen Rückkauf nicht abgesetzter Exemplare durch die Herausgeber.
2) Bd. 3, S. 57.

Exemplare an stark einzugehen, so daß wir bald genöthigt sind, an eine Palingenesie oder zu deutsch, eine zweite Auflage zu denken."[1] Pölnitz hatte neben der Existenz einer solchen Zweitauflage auch noch die Herstellung e i n e r Auflage durch zwei verschiedene Druckereien erwogen[2], da unter den ersten beiden Bänden sowohl Exemplare mit einer Zeilenzahl von 35 als auch von 36 pro Seite auftreten. Das bewirkte dann insgesamt auch einen unterschiedlichen Gesamtumfang der Halbjahresbände und dadurch Schwierigkeiten beim Zitieren, weshalb man vielleicht auch auf das Problem stieß. Diese Frage ist also zugunsten der Existenz einer Zweitauflage beantwortet. Von den späteren Bänden scheint es keine Neuauflagen mehr gegeben zu haben.

Das Erscheinen der beiden ersten Hefte der HpBl war ein Ereignis, dem selbst die 'Allgemeine Zeitung' außerhalb der vertraglich vereinbarten Werbung zusätzliche Aufmerksamkeit schenkte[3]. Für die Verbreitung der Zeitschrift ist neben Vorankündigungen und Zeitungsmeldungen auch die zeittypische Rolle der persönlichen Bekanntschaft im Zusammenhang mit der Werbung zu veranschlagen. J.E. Veith[4] und Clemens Brentano[5] suchten die HpBl durch Briefe und Gespräche zu verbreiten, und G. Görres schrieb es sich als Verdienst zu, den Schweizer Nuntius de Angeli, Montalambert und andere bekannte Katholiken zu Lesern angeworben zu haben[6].

---

1) Bd. 2, S. 151 f.
2) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. 243.
3) Vgl. Nr. 93 vom 3.4.1838 und (verspätet) Nr. 116 vom 26.4.1838.
4) Nach einem Brief Veiths an J. Görres, vgl.: Pfleger, Lucian. Randglossen zu Görres' Straßburger Exil. In: Görres-Festschrift. Aufsätze und Abhandlungen zum 150. Geburtstag von Joseph Görres, hrsg. von Karl Hoeber. Köln 1926, S. 191 ff., hier S. 210.
5) Vgl. Diel - Kreitten (Brentano), a.a.O., Bd. 2, S. 529 - Fußnote 2.
6) Guido Görres an seine Familie. Bern, den 21.7.1839. In: Familienbriefe (I), a.a.O., S. 388.

Die Schwankungen der Auflagenzahl[1] in den ersten Jahren waren verursacht von Zensurmaßnahmen und Warnungen verschiedener Regierungen und der dadurch sowie durch freiwillige Selbstbeschränkung zur Zeit der Kölner Ausgleichsverhandlungen tatsächlich erfolgten Änderung in der Form des Auftretens der HpBl. Dabei scheinen Verbote weniger bewirkt zu haben als die präventive Zensur in Form persönlicher Absprache. Daß die zeitweise aufgetretene Zurückhaltung der Zeitschrift gegenüber Preußen der persönlichen Einflußnahme Abels[2] auf Phillips zuzuschreiben ist, ist bezeugt[3] und zeitigte auch Auswirkungen auf die Leserzahl. Die bayerische Vorzensur, zwar von einer gewissen wohlwollenden Milde[4] in der Form geprägt, war doch in der Sache durchaus ernst, und ihre Folge war ein deutliches Absinken der Bezieherzahlen in den preußischen Provinzen Rheinlande und Westfalen. Die HpBl wurden dort im Rahmen der halb freiwilligen[5], halb von den Behörden erzwungenen Zurückhaltung "um mehrere Hunderte zu-

---

1) Nach einigen Nennungen bei Pölnitz, auf die weiter unten noch eingegangen wird. Er beruft sich dabei auf ältere Aufzeichnungen in Niederaudorf (früheres Redaktionsarchiv), die jedoch heute nicht mehr auffindbar sind.
2) Als in enger Beziehung zu Abel stehend können auch alle in seiner Amtsperiode berufenen Professoren gelten, also Moy, Lasaulx, Klee, Stadlbauer, Fuchs, Windischmann, Haneberg, Reithmayr... (Vgl. Staudinger, a.a.O., S. 39 f.).
3) Vgl. Biographie Guido Görres', a.a.O., S. 344.
4) Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XXIX. Er bringt (daselbst) auch Beispiele für eine "stillschweigende duldende Begünstigung." Dafür sprechen auch persönliche Hilfen, wie die finanzielle Unterstützung einer Englandreise Phillips', die wegen der notwendigen Umgehung preußischen Gebiets sehr teuer wurde. (Daselbst).
5) Da man selbst nicht unbeträchtliche Hoffnungen auf den Thronfolger setzte. Vgl. den Artikel J. Görres' in Bd. 6, S. 100 ff.: "Friedrich Wilhelm III. und sein Nachfolger." Das unterschied die HpBl eindeutig von der verschiedentlich durch die bayerische Regierung gerügten NWZ.

rückgeworfen"[1]. Viele Leser wollten eine leidenschaftliche Abrechnung mit der preußischen Administration finden und griffen so zu der in Preußen ebenfalls verbotenen 'Neuen Würzburger Zeitung' Zanders oder zum 'Fränkischen Kurier'; beide wurden in Preußen gelesen und letzterer von Ketteler in einem Brief an seine Schwester Sophie zur Anschaffung im heimischen Rauchclub empfohlen[2]. Vor allem die NWZ war durchaus eine Konkurrenz zu den HpBl. Grisar zitiert dazu einen Brief Geissels an Abel aus dem Jahr 1838: "Mit Begierde und steigendem Applaus wurde die NWZ gelesen. Nicht bloß in der Pfalz und Baden sowie in den näher an Preußen grenzenden Ländern, Hessen und Nassau, wurde sie vielfach verbreitet, sondern sie ging auch, wie ich seitdem verlässig erfahren habe, von vielen Grenzorten trotz des preußischen Verbotes in einer großen Menge von Exemplaren regelmäßig in die Diözesen Trier und Köln..."[3].

Wurde zeitweise eine freiwillige Zurückhaltung von der Redaktion akzeptiert, so finden sich doch auch andererseits Hinweise auf ernsthafte Differenzen zwischen Abel und Phillips[4]. Wegen der Bedeutung der Kölner Wirren auch in Bezug auf Bayerns Beibehaltung staatskirchlicher Rechte (z.B. der Genehmigung des Verkehrs mit Rom und des Plazets allgemein) und zusätzlich noch durch die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Monarchen[5] sind in dieser Zeit sicher-

---

1) Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XXXIV (dazu auch S. XXI), sowie: Biographie Guido Görres', a.a.O., S. 344: "Am Rhein und in Westfalen hat die Zeitschrift so ziemlich ihren Credit verloren."

2) München, den 6.2.1842. In: Raich, a.a.O., Nr. 49, S. 110.

3) Grisar Joseph. Bayern und Preußen zur Zeit der Kölner Wirren. 1837-1838. Diss. (masch.) München 1923, S. 29.

4) Phillips schrieb am 1.7.1841 von "einem förmlichen Disput", den er mit dem Minister gehabt habe. Vgl. Biographie Guido Görres', a.a.O., S. 344.

5) Deren Briefwechsel Grisar bearbeitet hat. Verschiedentlich hat Fr. W. IV. bei seinem Schwager darauf gedrungen, die preußenfeindliche Presse stärker zu zügeln. Vgl.: Grisar, Joseph. Friedrich Wilhelm IV. und das Kölner Ereignis. In: Stimmen der Zeit, a.a.O., S. 347 f.

lich nicht nur untergeordnete Zensoren, sondern neben Abel auch König Ludwig I. selbst als Leser denkbar. Daß Friedrich Wilhelm IV. zu den regelmäßigen Lesern der HpBl gehörte hat Lill[1] anhand einer zeitgenössischen Quelle gezeigt. Von Erzherzog Max[2] und Metternich[3] kann das gleiche bezeugt werden.

In Österreich erfolgte dank des persönlichen Einflusses Jarckes auf Metternich die Zensur ebenfalls in Form einer persönlichen Fühlungnahme vorweg. Zeitgenossen Jarckes wiesen später darauf hin, daß sein Einfluß auf Metternich kaum hoch genug zu veranschlagen gewesen sei[4]. So ist es auch zu erklären, daß das Damoklesschwert eines Verbotes, das nach einer herben Kritik an der in josephinischem Sinn gehandhabt Verwaltung - besonders der Zensur - über den HpBl gehangen hatte, nicht herabfiel. Die 'Allgemeine Zeitung', von allen Zeitungen am besten und schnellsten informiert, hatte in dieser Angelegenheit am 4.3.1847 etwas vorschnell von dem bevorstehenden Verbot (das tatsächlich geplant war, aber noch abgewehrt werden konnte) berichtet. Jarcke warnte seine Freunde in München eindringlich, daß ein einziges Wort zuviel der Zeitschrift in Österreich den Garaus machen könne[5]. Metternich ließ der Redaktion seine Warnungen, aber auch lobende Anerkennung für einzelne Artikel auf dem Weg über den österreichischen Gesandten in München, Grafen Senfft-Pilsach zukommen[6]. Eventuell dachte er auch daran, über die neue Zeitschrift österreichische Politik außerhalb der Grenzen der

---

1) Lill (Diss.), a.a.O., S. 81 - Fußnote 45.
2) Giovanelli an Görres. Bozen, den 6.1.1840. In: Freundesbriefe (III), a.a.O., Nr. 432, S. 534.
3) Heinrich Hurter bestätigt das in der Biographie seines Vaters sogar noch für das Jahr 1859, vgl.: Hurter, Heinrich v. Friedrich von Hurter, k.k. Hofrath und Reichshistoriograph und seine Zeit. 2 Bde. Graz 1876/77. Bd. 2, S. 382.
4) Z.B. Joseph Fick (vgl. Pölnitz 16.1., a.a.O., S. XIII), und Sebastian Brunner (a.a.O., Bd. 2, S. 156).
5) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XXXV.
6) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XLIV.

Donaumonarchie vertreten zu können.

In Preußen wurden die HpBl als einheitliches Ganzes gesehen, wofür auch die ursprüngliche Verwechslung zwischen Joseph und Guido Görres zeugt. Die Anonymität der Beiträge war zum Hauptgebot der Herausgeber erhoben und im Gegensatz zur ähnlichen Praxis anderer Zeitschriften hier absolut notwendig. Vor allem bei den Zuschriften aus verschiedenen deutschen Ländern, die sich meist mit der Situation der dortigen katholischen Kirche beschäftigten, bekräftigte die Redaktion dieses Prinzip[1], um die Mitarbeiter nicht Schikanen und Nachteilen auszusetzen. Nur bei Aufsätzen Joseph Görres' selbst wurde auf die Geheimhaltung kein besonderer Wert gelegt; seine Beiträge finden sich im Nekrolog der HpBl auf ihn ausdrücklich genannt[2].

Verschiedene Eingaben rheinischer Katholiken um Aufhebung des preußischen Verbotes, alle in den HpBl wiedergegeben, sind auch ein Indiz für deren Resonanz; sie wurden alle vom Oberpräsidenten bzw. von Berlin zurückgewiesen. Die stets ähnlich lautenden Ablehnungen stellten vor allem die feindselige Tendenz der Zeitschrift gegenüber Preußen heraus. Dazu möchte ich einen Kommentar der HpBl wiedergeben, da er Zeugnis ablegt von der großen Bitterkeit über die preußische Regierung.

Das sollte durch den unernsten Stil überspielt werden, was aber nicht gelang. Über die Bevormundung der rheinischen Katholiken durch die Verbotsbefürworter hieß es hier: "Sie (Anm.: die Verbotsbetreiber) würden mit blankgeschliffener eiserner Stirne uns erwiedern in ihrer Muttersprache: weil ihr als Katholische dumm seid und schlecht von Hause aus, darum seid ihr der Weisheit und der Tugend und der Großmuth, die Eurer schont, feindlich; und weil ihr unserer Regierung

---

1) Vgl. Bd. 4, S. 448 -Anmerkung.
2) Vgl. Bd. 21, S. 310 ff.

feindlich seid, darum seid ihr dumm und schlecht; Eins beweist das Andere. Damit haben sie uns nun total geschlagen und erheben ein wieherndes Gelächter, und werfen dabei mit den Hinterfüßen den Sand hinter sich, und alle ihre radicalservilen Gesellen lachen mit ihnen und klatschen ihnen Beifall zu"[1].

Ob nun die Adressaten dieser Schilderung als Pferde oder Esel ('Hinterfüße', 'Wiehern') angesprochen wurden, blieb dem Leser überlassen.

Doch wieder zurück zur Untersuchung der manifestierten Publikumsresonanz auf die Zeitschrift. Die Auflagenzahlen sagen zwar nicht alles über die tatsächliche Leserzahl aus, geben aber doch durch ihre - bei den HpBl sichtbare schnelle Anpassung an den veränderten Absatz zuverlässige Indizien darüber ab. Die Auflagenveränderungen sind also nicht unwesentlich, da ein Rückgang bzw. eine Zunahme als Anzeichen für Krisen des publizistischen Unternehmens oder für einen Wandel des Zeitgeistes gewertet werden können. Deshalb gebe ich hier einen Überblick über die mir erreichbaren Zahlen aus Pölnitz sowie aus verschiedenen Werken über die katholische Presse und aus Pressekatalogen. Die Angaben im ersten Dezennium sind ausnahmslos von Pölnitz[2].

Im Jahr 1839 streiften die Herausgeber die Auflagenzahl von 2.000; diese mußte dann im Rahmen der bayerischen Vorzensur, als die Bezieherzahl "um mehrere Hunderte"[3] zurückgeworfen wurde, verringert werden, und erreichte erst im Jahr 1842 wieder 1.700. Dieser Stand wurde in den beiden folgenden Jahren nicht wesentlich überboten. Im zweiten Halbjahr 1843 wurden 1.750 Exemplare gedruckt; 1845 waren es 1.800 und im folgenden Jahr wurde die Grenze von 2.000 über-

---

1) Bd. 15, S. 635.
2) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XXXIV - XLIII; dessen Quellen sind heute in den Archiven der Redaktion in Regensburg und Thauernhausen nicht mehr vorhanden.
3) Vgl. weiter oben.

schritten. Den Auflagenhöchststand erreichte man im Jahr 1847 mit 2.100.

Die schnelle Anpassung der Auflage an den veränderten Absatz spiegelt einigermaßen sicher - mit einer gewissen Verzögerung bei der Anpassung - die Bezieherresonanz wider; besonders in den preußischen Westprovinzen ließ man den HpBl aus verständlichen Gründen jede Zurückhaltung unmittelbar durch einen Rückgang der Abonnements fühlen. Wahrscheinlich spielte dabei die Konkurrenz durch den 'Fränkischen Kurier' und die 'Neue Würzburger Zeitung' eine Rolle. Aus den späteren Jahren gibt es nur sehr spärliche Angaben über die Auflagenhöhen. Dazu ist zu bemerken, daß 'katholischen Pressestatistiken' und '-Pressekatalogen' seitens der Redaktion eher Angaben gemacht wurden als ihren liberalen Konkurrenten. Das sieht man ziemlich schnell beim Durchblättern von Pressekatalogen liberaler Verlage. Die wenigen Angaben verteilen sich auf die folgenden Jahrgänge:

1848: 2.000[1] (Postabonnement allein im Jahr 1848: 280[2])

---

1) Vgl. Reden, Frhr. von. Statistische Ergebnisse der deutschen periodischen Presse. In: Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, hrsg. von demselben. 2 Jg. Berlin 1848, S. 244 ff., hier S. 247.

2) Vgl.: Brunner, Johann. Bayerns Postzeitungswesen im Jahr 1848. In: Archiv für Postgeschichte in Bayern. 4 Jg. (1928). o. Bd. Nr. München 1928, S. 53 ff., hier S. 58. Ebenso: Derselbe. Die bayerische Postzeitungsliste von 1848. Posthum in: Archiv für Postgeschichte in Bayern. 49. Jg. (1973) Bd. 15 Heft 1. München 1973. S. 46 ff., hier S. 47. Des weiteren findet sich die Zahl von 280 genannt im 'Nachweis über den Absatz der in Bayern erscheinenden Zeitschriften mit Angabe der hierfür treffenden Jahres-Speditions-Gebühr' In: Archiv der OPD München. Verzeichnis 2, Schachtel 712. Bei der Zahl von 280 ist das preuß. Verbot der Postverbreitung zu berücksichtigen. Daß diese Zahl sich aber nicht nur für Bayern versteht, dafür sprechen erstens die Zahl von 8.896 Postabonnenten für die 'Allgemeine Zeitung' am gleichen Fundort ('Nachweis...') und zweitens die gleiche Praxis des Innenministeriums, das sich außerstande sah, zwischen dem Postbezug innerhalb und außerhalb Bayerns zu unterscheiden (Vgl. BHSt, MInn 46 671).

1850: 2.000[1)]
1865: 2.000[2)]
1877: 1.500[3)]
1880: 1.500[4)]
1882: 1.200[5)]
1888: 1.200[6)]
1890: 2.000[7)]

Die Zahl 2.000 für das Jahr 1890 aus einem 'liberalen Pressekatalog' ist eindeutig zu hoch gegriffen und bestätigt die oben gemachte Feststellung, daß man Verlagen mit liberaler Ausrichtung weniger oder keine Angaben machte; deshalb wurden hier offensichtlich ältere Zahlen einfach fortgeschrieben.

An diesen Zahlen zeigt sich bereits ein langsamer Rückgang der Abonnenten, den ich noch genauer belegen kann durch die Errechnung des Absatzes der HpBl per Buchhandel und Post mit Hilfe der Rechnungsbücher der Herausgeber. Leider deckt die Buchführung nicht den gesamten Zeitraum von der Gründung

---

1) Vgl. Kirchner, Joachim in: Kirchner (Hrsg.), a.a.O., Bd. 2, S. 91.
2) Vgl. Wuttig-Deutscher Zeitungskatalog 1865, a.a.O., S. 37.
3) Vgl.: Lochner, Hansmartin. Die katholischen Zeitschriften Bayerns 1900-1910. Diss (masch.) München 1954, S. 80.
4) Vgl.: Löffler, Klemens. Geschichte der katholischen Presse Deutschlands. Reihe: Soziale Tagesfragen, hrsg. vom Volksverein für das katholische Deutschland. Heft 50. Mönchengladbach 1924, S. 69.
5) Vgl.: Woerl, Leo. Woerl's Statistik der katholischen Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland, Österreich-Ungarn Luxemburg und der Schweiz zu Neujahr 1882. Würzburg 1882, S. 18.
6) Vgl.: Frizenschaf, Johannes. Führer durch die periodische Presse der deutschen Katholiken im Deutschen Reich, in Luxemburg, in Österreich-Ungarn, in der Schweiz und in de Vereinigten Staaten von Nordamerika. Stuttgart 1888, S. (Eine Aufsatzserie über die geschichtliche Entwicklung de katholischen Presse von demselben Autor findet sich im Stuttgarter 'Deutschen Volksblatt', Nrn. 148-178 des Jahrganges 1887).
7) Vgl. Sperling, a.a.O., Jg. 1890. (Dieser Jahrgang war mir nicht zugänglich; die Angabe bezog ich vom Institut für Presseforschung an der Universität Bremen, dem ich hierfü danke.)

bis zum Ende der HpBl ab, sondern weist zwei von mir nicht anderweitig zu schließende Lücken auf. Die erste klafft zwischen 1838 und 1848, wird aber durch Pölnitz' Angaben über die Auflagenhöhe einigermaßen kompensiert; die zweite betrifft den Zeitraum von Juli 1861 bis einschließlich Juni 1877. Einen teilweisen Ersatz dafür bieten wenigstens die gerundeten Zahlen über die Postbezieher im Bayerischen Hauptstaatsarchiv für die Jahre 1869/70 und dann ab dem Jahr 1873[1)].

Die Fehlerquote meiner eigenen Berechnungen wird nur gering sein, da ich die genauen Erlaßpreise der Herausgeber an Post und Buchhandel ermitteln konnte. Zu berücksichtigen ist lediglich die bereits erwähnte Lieferungsart 'auf feste Rechnung'. Somit wird beim Buchhandel wohl ein kleiner Abschlag vorzunehmen sein, um die wahre Bezieherzahl zu erreichen.

Eine spätere Bestätigung meiner Berechnungen über den Postabsatz boten die diesbezüglichen Zahlen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Diese wurden jährlich von den Polizeibehörden erhoben und an die Kreisregierungen gemeldet, von wo aus sie jeweils zu Beginn des neuen Jahres für das abgelaufene Jahr dem Innenministerium vorgelegt wurden. Das Auf und Ab der verkauften Exemplare sowie sonstige mir greifbare Zahlen sind in der folgenden Graphik dargestellt.
Da meine späteren Erklärungen für das Schwanken der Publikumsresonanz in enger Verbindung mit der allgemeinen Geschichte stehen, habe ich verschiedene Jahre (Revolution 1848, Italienischer Krieg 1859) hervorgehoben; leider fehlen aber gerade für die wichtigsten Jahre 1866 (Deutscher Bundeskrieg) und 1873 (Höhepunkt des Kulturkampfes) die Rechnungsbücher.

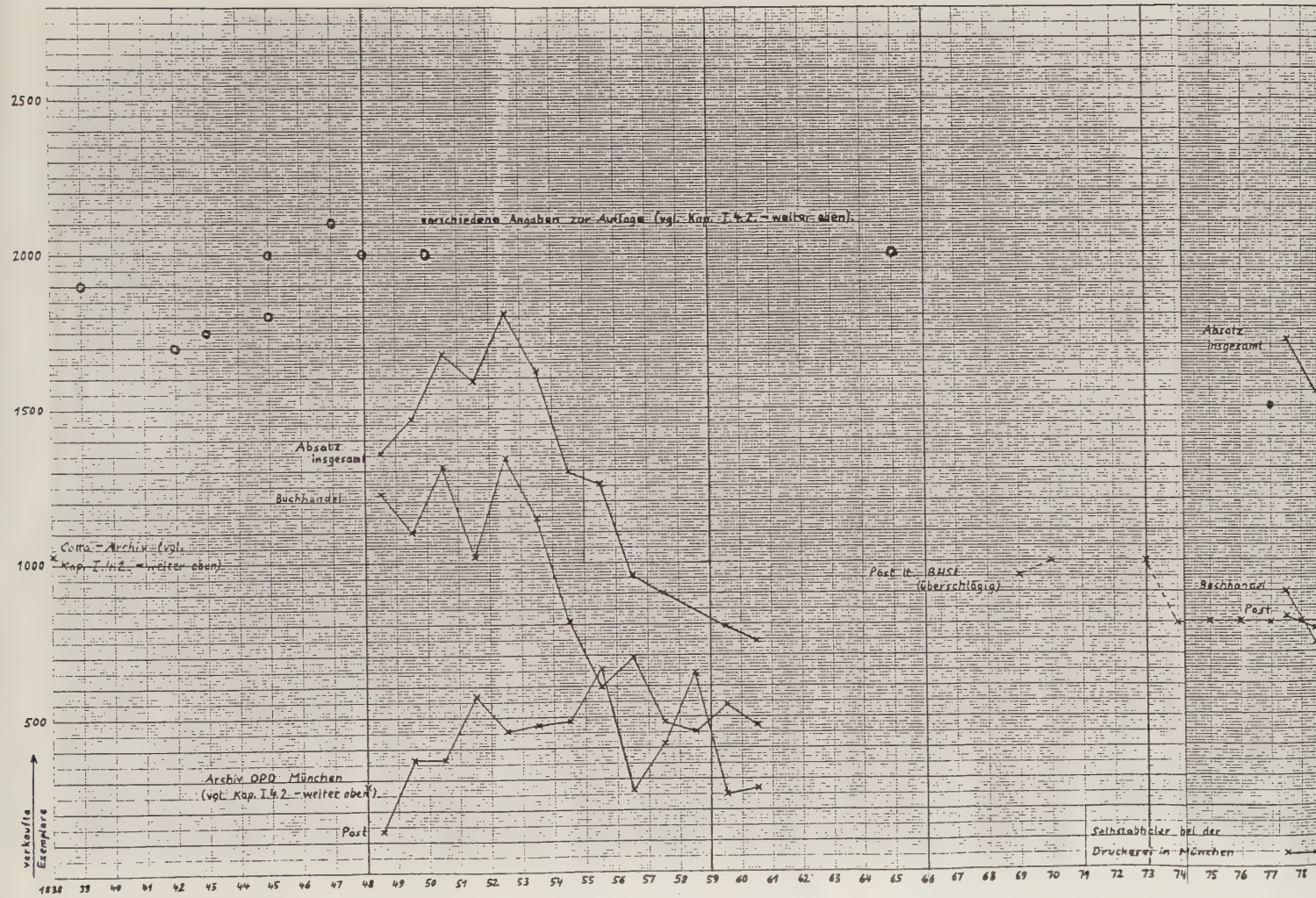
Die Verkaufszahlen für das Ende der 70-er sowie die frühen 80-er Jahre sind dadurch etwas zu hoch, daß die LAA

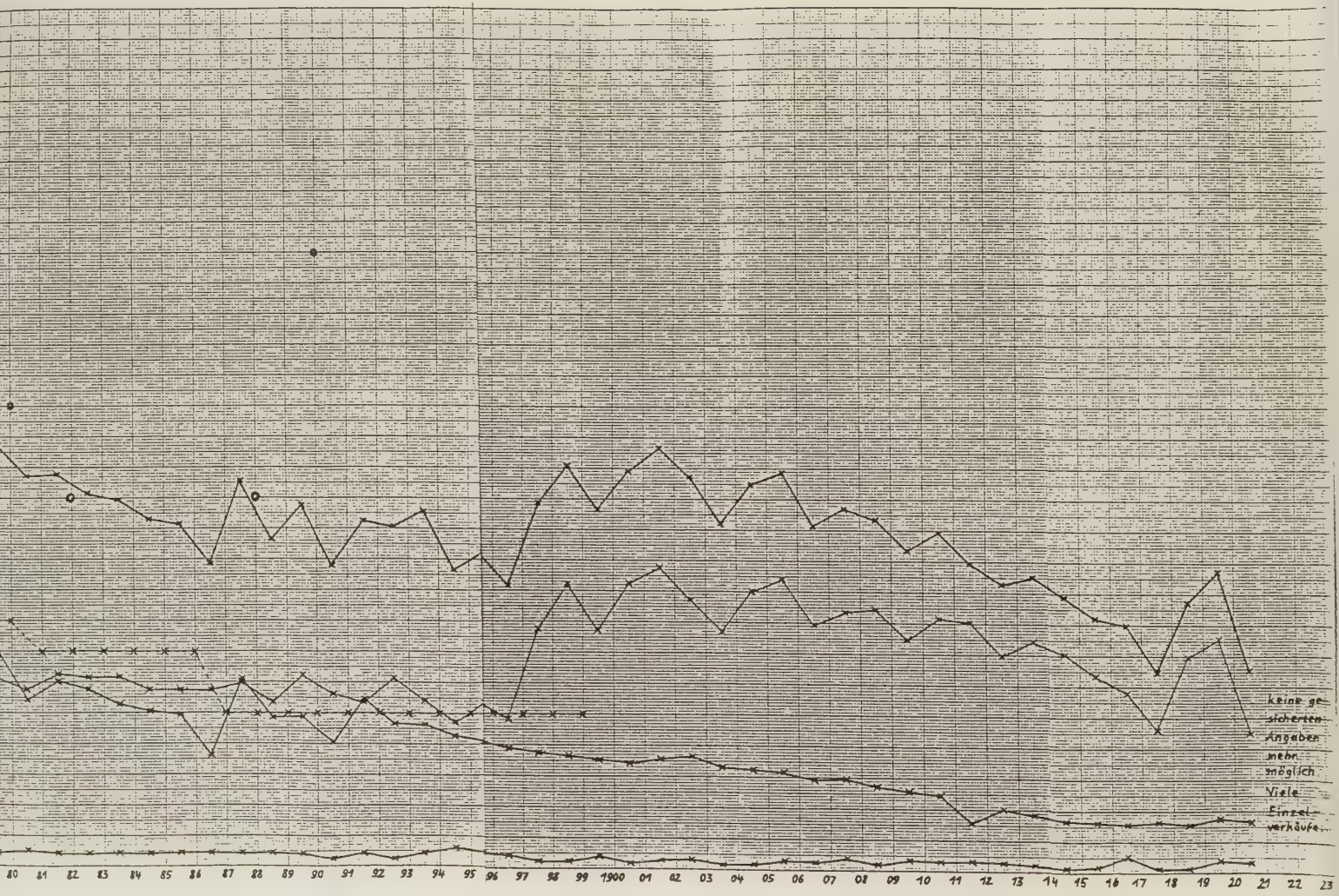
---

1) Vgl. BHSt, MInn 46 670 - 46 676.

Zahlungsrückstände aus der Zeit vorher nachholte[1]. Ich habe es jedoch vorgezogen, die einheitlichen Berechnungsweise nicht zu durchbrechen und besser an dieser Stelle den entsprechenden Verweis anzubringen.

1) Vgl. Brief Guido Jochners an Jörg. München, den 31.8.1883 In: Redaktionsarchiv Regensburg (Jörg-Karton).


2500
2000
1500
1000
500
verkaufte Exemplare
verschiedene Angaben zur Auflage (vgl. Kap. I.4.2. – weiter oben).
Absatz insgesamt
Buchhandel
Coma-Archiv (vgl. Kap. I.4.2. – weiter oben)
Archiv OPD München (vgl. Kap. I.4.2. – weiter oben)
Post
Post lt. BHSt (überschlägig)
Absatz insgesamt
Buchhandel
Post
Selbstabholer bei der Druckerei in München
1838 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78


keine gesicherten Angaben mehr möglich
Viele Einzelverkäufe
80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 1900 01 02 03 04 05 06 07 08 09 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23

I.4.3. KRISEN DER HPBL. VERSUCH DER URSACHENFINDUNG, VORGENOMMEN IN ENGER ANLEHNUNG AN DIE ALLGEMEINE GESCHICHTE UND DIE SITUATION DER KATHOLISCHEN PRESSE

Zur Erklärung der ersten Krise in der Resonanz, deren Beginn ich in den frühen 50-er Jahren ansetze, liegt eine beiläufige Bemerkung Jörgs vor, welche auf die Auswirkungen des Generationswechsels und die Schwierigkeiten für die neue Generation der Herausgeber abstellt[1]. Doch mehr als dieser äußere Grund ist in diesem Zusammenhang nicht zu erfahren. Es treffen aber verschiedene inhaltsbezogene Feststellungen, die ich bei der Lektüre der HpBl machte, mit diesem Generationswechsel zusammen. Bereits an anderer Stelle habe ich die erstaunliche Schnelligkeit erwähnt, mit der die 'Mainzer Richtung' des deutschen Katholizismus (repräsentiert durch den 'Katholiken') die Märzerrungenschaften angenommen hatte[2]. Dies war möglich, die sie nicht mit restaurativen Ideen amalgamiert war, wogegen die HpBl vor 1848 durch einige ihrer Mitarbeiter wie Jarcke, Phillips, Haller und Laurent dieser Ideologie nahe standen. Sehr eindeutig kann man das für Haller und Jarcke annehmen, obwohl sich a) für Haller nur ein Artikel mit Sicherheit nachweisen läßt[3], und b) der Vergleich zwischen den politischen Ideen Hallers und Jarckes auch Unterschiede aufweist[4]. Doch immerhin kann man von zwei ver-

---

1) "Mit einem Worte: es war eine Krise zu bestehen, durch welche das Journal aus der ersten in die zweite Generation überzugehen hatte." (Bd. 41, S. 727).
2) "Wir akzeptieren alle uns in der jüngsten Zeit gewordenen Reformen." (Vgl. Kap. II.3. des ersten Hauptteils).
3) Vgl. dazu den Statistischen Anhang in Kap. II.6.
4) Jarckes leichte aber deutliche Kritik an Haller in seinen 'Zeitläuften', z.B. Bd. 19, S. 142 f.: "So unwiderlegbar der psychologische Theil der haller'schen Staatslehre ist, so wenig können wir es uns abläugnen, daß gegen die unmittelbar p r a k t i s c h e Seite dieses Systems... Einwendungen gemacht werden können, die wir nicht... von der Hand weisen dürfen." (Hervorhebung im Original). In diesem Artikel wird weiter die Ergänzung des Hallerschen Systems und seine Versöhnung "mit den Ansprüchen des praktischen Lebens" als wichtige Aufgabe bezeichnet (a.a.O., S. 143).

schiedenen Richtungen innerhalb des Mitarbeiterkreises sprechen, nämlich zum einen von Anhängern einer fast uneingeschränkten fürstlichen Souveränität, zum anderen von Befürwortern eines vorsichtig konzipierten konstitutionellen Systems. Sehr treffend hat dies Kißling formuliert: "In Fragen der Staatspolitik wußte K.E. Jarcke durch seine 'Zeitläufte' betitelten regelmäßigen Übersichten die 'Historisch-politischen Blätter' zu Vertretern der nur wenig modifizierten antirevolutionären Hallerschen Doltrin zu machen ohne Rücksicht darauf, daß gleich Joseph von Görres viele Katholiken Bayerns und des deutschen Westens dem in maßvollen monarchisch-konstitutionellen Einrichtungen gebotenen Fortschritt als einer 'Vermittlung extremer Richtungen' ihre Sympathie nicht versagten"[1]. Diese Richtungen waren nicht so divergierend, als daß sie das einheitliche Bild der Zeitschrift aufgebrochen hätten; auch kam ihnen wegen der gemeinsamen Haltung auf dem wichtigsten Sektor, dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche, nicht immer zentrale Bedeutung zu.

An anderer Stelle[2] war im Zusammenhang mit der Selbsteinschätzung des Ultramontanismus aus späterer Sicht bereits die Rede vom zögernden Wandel der Zeitschrift nach 1848 und der Distanzierung von den restaurativen Ideen Hallers. Im Zuge dieses Umbruchs vom Kurs der ersten Generation, bestimmt von Jarcke und Phillips[3], zum Kurs Jörgs ist also ein inhaltlicher Wandel und im großen und ganzen die Akzeptierung des konstitutionellen Systems belegbar, und die Zeitschrift erhielt ein neues Gesicht.

Die Ursachen für den Rückgang der Bezieher in den frühen 50-er Jahren scheinen in den politischen Gegebenheiten dieser

---

1) Kißling, Johannes B. Geschichte der deutschen Katholikentage. 2 Bde. Münster 1920. Bd. 1, S. 88.
2) Vgl. Kap. II.3. in Teil A.
3) Dessen Rückzug von der Redaktion erleichterte sicher eine realistische Aussöhnung mit den Gegebenheiten nach 1848, da auch er als der restaurativen Richtung zugehörig galt.

Umbruchsjahre zu liegen. Die Lage der katholischen Kirche in Preußen war aufgrund der Verfassungsgarantien wohl die gesichertste in ganz Deutschland. Zwar blieben die Probleme in der Oberrheinischen Kirchenprovinz nach wie vor bestehen, doch insgesamt trat eine Besserung ein und die kirchenpolitischen Themata verloren vorübergehend sogar ihren ersten Rang an Jörgs außenpolitische Betrachtungen zur Lage in Europa, vor allem zum Verhältnis der Großmächte Österreich und Rußland auf dem Balkan und im Orient. Krimkrieg, deutscher Dualismus und Risorgimento standen nun im Mittelpunkt. Diese Verlagerung der Gewichte konnte nicht ohne Einfluß auf das Lesepublikum bleiben. Der Begriff 'Generationswechsel' beim Lesepublikum scheint zwar insofern unangebracht, da dieses ja im Durchschnitt auf der gleichen Altersstufe bleibt; soviel kann aber doch gefolgert werden, daß nämlich derjenige, der vor 1848 bzw. 1852 lediglich wegen der kämpferischen Behandlung kirchenpolitischer Fragen und Jarckes restaurativen Lösungen dazu nach den HpBl griff, dies eben in einer Aera, in der außenpolitische Fragen dominierten, nicht mehr tat.

Erst die 'Neue Aera' in Preußen und Baden sowie der Kulturkampf brachten die kirchenpolitischen Probleme wieder eindeutig an die erste Stelle. Im Zuge dieser Erfahrungen waren die HpBl sogar zum Urteil gekommen, daß der vormärzliche Liberalismus in der Opposition durchaus dem jetzt regierungsfähig gewordenen Liberalismus vorzuziehen sei. In dieser Phase der Fortschrittsparteien in allen deutschen Landtagen mit ihren von der katholischen Kirche als feindlich empfundenen Reformprogrammen im gesellschaftlichen Bereich (z.B. im Schulwesen) kann ein neuer Aufschwung der HpBl in der Gunst der Katholiken als Leser angenommen werden. Leider liegen für diese wichtigen Jahre keine Rechnungsbücher der Redaktion vor. Da jedoch die verkauften Exemplare im Jahr 1877 wieder einen hohen Stand erreicht hatten und das Tief zu Beginn der 60-er Jahre (lt. Graphik) wohl nicht mehr unterschritten wurde, scheinen die 'Neue Aera' des Regierungsli-

beralismus, die Kriege von 1866 und 1870 sowie der Höhepunkt des Kulturkampfes in Preußen mit den Maigesetzen von 1873 und in Bayern mit dem einzigen 'echten' Kulturkampfgesetz[1] Stationen des Wiederaufschwungs gewesen zu sein. Wenn der buchhändlerische Absatz parallel zur Höhe des Postabonnements (lt. Angaben aus dem BHSt) lief, so ist wohl in den Jahren 1870 bis 1873 ein neuer Höchststand publizistischer Wirkung der HpBl zu sehen.

Eine andere Erklärung für den Einbruch in den 50-er Jahren, nämlich eine ungewollte Konkurrenzsituation durch den Aufschwung der katholischen Presse allgemein, scheidet weitgehend aus. Denkbar ist höchstens eine kurzfristige Schädigung der HpBl durch die Diversifizierung des Spektrums und die Abdeckung verschiedener Bereiche im Zuge der Gründung neuer katholischer Presseorgane. Doch der Verlust von mehr als der Hälfte der Abonnenten zwischen 1852 und 1860 ist dadurch nicht zu erklären. Dies hat zwei Gründe:

a) Der Aufschwung der katholischen Presse wirkte sich bei den Tageszeitungen wesentlich kräftiger aus als bei den Zeitschriften, denn die Pressefreiheit war für die Existenz ersterer noch viel wichtiger. Bei den katholischen Neugründungen des Jahres 1848 dominierten also die Tageszeitungen. Als bekannteste unter ihnen sind zu nennen die 'Rheinische Volkshalle' (wenig später -bis zum Verbot im

---

1) Gemeint ist die Ministerialentschließung (ME) vom 20.11.1873 (vgl. Karl Weber, a.a.O., Bd. 10, Nr. 3657, S. 155 f.), welche die ME vom 8.4.1852, die die Anwendung von Konkordat und Religionsedikt im Sinne der 'Tegernseer Erklärung' von 1821 postuliert hatte, wieder aufhob. Zwei Verordnungen (VO) schlossen sich an: Die erste handelte von den Voraussetzungen zur Errichtung und Leitung von Unterrichts- und Erziehungsanstalten (sie zielte vor allem auf die bischöflichen Seminare); die zweite erkannte die Ausbildung bayerischer Theologen am jesuitisch geleiteten 'Collegium Germanicum et Hungaricum' nicht mehr als ausreichende Voraussetzung für eine bayerische Pfründe an. (Vgl. Weber Karl, a.a.O., Bd. 9, Nr. 3563, S. 748 ff bzw. Bd. 10, Nr. 3630, S. 112).

im Jahr 1855-[1] 'Deutsche Volkshalle'), das 'Mainzer Journal', das 'Deutsche Volksblatt' in Stuttgart sowie die 'Deutschland' (letztgenannte allerdings erst im Jahr 1855). Da es katholische Tageszeitungen von Bedeutung -von der 'Augsburger Postzeitung' und mit Abstrichen der 'Rhein- und Moselzeitung' abgesehen- vor 1848 fast[2] nicht gab, ist eine gewisse Konkurrenz der neuen Tageszeitungen zu bestehenden p o l i t i s c h e n Zeitschriften nicht auszuschließen, doch reicht diese Erklärung keinesfalls aus bei einer Krise dieses Ausmaßes.

b) Die Zeitschriftengründungen nach 1848 waren meist von kurzem Bestand. Erst im Laufe der 50-er und 60-er Jahre wurden katholische Zeitschriften von größerer Bedeutung gegründet[3]. Doch damals war ja der Tiefpunkt bei den HpBl schon erreicht.

(Des weiteren scheidet als möglicher Erklärungsgrund auch das neuerliche preußische Verbot von 1856 bis 1859 aus, da es ebenfalls bereits in die Phase der abnehmenden Resonanz fiel.)

Der zweite Einbruch bei den Verkaufszahlen, der sich aufgrund meiner Berechnungen ergab, findet sich verschiedentlich bestätigt. Wann er einsetzte, ist wegen der fehlenden Rechnungsbücher in den Jahren vor 1877 nicht genau auszumachen. Löffler zitiert Montalamberts Urteil über die HpBl; "...das bedeutendste Organ des katholischen Deutschland"[4],

---

1) Nach dem Verbot neu gegründet unter dem Namen 'Kölnische Blätter', dann umbenannt in 'Kölnische Volkszeitung'. Unter letztgenanntem Namen stellte sie die bedeutendste katholische Tageszeitung ihrer Zeit dar.

2) Einige unbedeutendere Beispiele finden sich bei Bachem: Bachem, Karl. Josef Bachem. Seine Familie und die Firma J.P. Bachem in Köln. Die Rheinische und die Deutsche Volkshalle. Die Kölnischen Blätter und die Kölnische Volkszeitung. Zugleich ein Versuch... 3 Bde. Köln 1912 (Bde. 1 und 2) bzw. 1938 (Bd. 3 mit leicht geändertem Titel). Bd. 1, S. 241.

3) Über diese in den folgenden Erklärungen.

4) Löffler, a.a.O., S. 25.

bringt aber im gleichen Zug eine Einschränkung, die mit meinen Nachforschungen harmoniert: "...und daß sie das in der Tat bis in die 70-er und frühen 80-er Jahre waren, leidet keinen Zweifel"[1]. Der starke Absatzrückgang der Zeitschrift ab Mitte oder Ende der 70-er Jahre, wie ihn die Graphik zeigt, wird zusätzlich unterstrichen durch einen alarmierenden Brief des für die Finanzen zuständigen Redaktionsmitglieds Guido Jochner (Vater Georg Jochners) an Jörg: "Nachdem endlich die Abrechnung bezüglich der historisch-politischen Blätter per 1882/83 beendigt ist, bin ich heute in der Lage, Ihnen die fortschreitende Abnahme des Reinerträgnisses konstatieren zu müssen.

Per	1877/78	betrugen	Einnahmen	24 923 M 79,	Ausgaben	17 041 M 10
"	1878/79	"	"	22 756 M 48,	"	16 868 M 16
"	1879/80	"	"	20 215 M 11,	"	17 475 M 78
"	1880/81	"	"	19 522 M 41,	"	16 780 M 01
"	1881/82	"	"	18 590 M 81,	"	16 131 M 65
"	1882/83	"	"	17 709 M 43,	"	16 051 M 99

Diese Einnahmen wurden aber in den letzten Jahren auch nur dadurch erzielt, daß die literarisch-artistische Anstalt, um mit ihren Rückständen zu Ende zu kommen, jährlich die gleiche Summe bezahlte, obwohl der pro Jahr treffende Betrag ein stetig geringerer geworden ist. Dadurch sind wir bis jetzt vor einem Defizit bewahrt geblieben"[2].

Jochner unterstrich aber deutlich seine Auffassung, "daß die Besitzer der Blätter dieselben auch bei eintretendem Defizit zu halten bestrebt sein müssen"[3] und verwies dabei auf die Verpflichtung des Görres'schen Erbes.

Ein weiteres Indiz, das die finanzielle Enge dieser Zeit

---

1) Löffler, a.a.O., S. 25.
2) Guido Jochner an Jörg. München, den 31.8.1883. Redaktionsarchiv Regensburg (Jörg-Karton). Vgl. dazu den Verweis auf Unregelmäßigkeiten der Abrechnung, unmittelbar vor der graphischen Darstellung.
3) Daselbst. Vgl. auch den Brief Guido Jochners an Jörg vom 26.7.1882 im Redaktionsarchiv Regensburg (Jörg-Karton).

unterstreicht, ist die abnehmende Papierqualität. Die Exemplare der 40-er Jahre bis einschließlich der 60-er Jahre weisen ein sehr kräftiges Papier auf, während ab den 70-er Jahren die Qualität immer schlechter wird und die Exemplare in den 80-er Jahren und später einem einfachen Umblättern kaum noch standhalten. Dies ist keineswegs auf die Ausgaben einer Bibliothek oder Sammlung beschränkt, sondern generell festzustellen. Beschädigungen durch unsachgemäße Lagerung u.ä. scheiden deshalb aus.

Bevor ich nun auf die möglichen Gründe für den Rückgang in den 70-er Jahren eingehe, möchte ich noch den Bogen schlagen bis zum Ende der HpBl. Der etwa mit der Jahrhundertwende einsetzende stetige Rückgang konnte zum Teil durch angestrengte Sparmaßnahmen noch bis etwa 1906 einigermaßen aufgefangen werden. Danach traten fast nur noch Defizite auf. Ab 1920 können für den tatsächlichen Absatz nur noch Näherungswerte angegeben werden, da in Folge mehrerer Preissteigerungen viele Bezieher aus der Verpflichtung des Abonnements zurücktraten und die Einzelkäufe dominierten. Dabei war natürlich ein Band relativ billiger als die Summe der ihn bildenden Hefte, wodurch Aussagen unmöglich werden. Daneben fehlen mir für die nach den Preiserhöhungen von 1918 bis zum Ende der Zeitschrift verbliebenen Abonnements die neuen Erlaßpreise der Redaktion an Post und Buchhandel. (Für die Jahre von 1918-1920 habe ich diesen Mangel noch durch Schätzungen überbrückt.) Während der Inflation endete der Abonnementsbezug fast völlig, was für mich allerdings den Vorteil hatte, daß die Käufer einzelner Bände und Hefte zuweilen namentlich und mit Berufsbezeichnung und/oder Wohnort festgehalten sind. Das erleichtert Aussagen über das Lesepublikum der HpBl in den Jahren 1922 und 1923.

Für den Rückgang der Abonnentenzahl in den 70-er Jahren gibt es verschiedene Erklärungsmöglichkeiten. Keine von ihnen wird wohl alleinige Gültigkeit beanspruchen können; in Wirklichkeit gab es sicher ein Zusammentreffen mehrerer Gründe, wobei ich mit den für mich weniger wahrscheinlichen beginnen will.

Der Verteuerung der Zeitschrift im Jahr 1876 anläßlich der Umstellung auf die Markwährung messe ich weniger Bedeutung zu, denn es handelte sich dabei um die erste Preisanhebung seit 38 Jahren. Zudem war der Preis von Anfang an hoch genug und deshalb ohnehin ein potentielles Ausschlußkriterium für weniger gut Verdienende. Der Leserkreis, der die Zeitschrift bis dato bezog, konnte sich dieselbe auch weiter leisten, vor allem wenn man den Aufschwung des Lebensstandards in dieser Zeit miteinbezieht.

Der Umstand, daß die HpBl keine Werbung aufnahmen, war keine Ursache für ihren Rückgang, sondern wäre nur eine Möglichkeit gewesen ihn besser zu überstehen. Doch für Werbung größeren Stils war die Zeitschrift ohnehin ungeeignet und ihre Auflage in diesen Jahren auch nicht dazu angetan, mögliche Werbung anzuziehen, ganz abgesehen davon, daß diese von den Besitzern und Herausgebern abgelehnt wurde.

Das gleiche trifft auch für die Krise um die Jahrhundertwende zu[1]. Die in dieser Zeit neu entstandenen Zeitschriften wie 'Hochland' und 'Aar' arbeiteten mit modernen Werbemethoden[2], erschienen in einer zeitgemäßen Aufmachung und es schien, daß man sich auf dem Zeitschriftensektor etwas anpassen mußte, um mitzuhalten. Im Vergleich zu diesen neu aufkommenden Journalen trugen die HpBl 'den Pelz nach innen'. D diese genannten Zeitschriften jedoch ein breiteres Publikum ansprechen wollten[3] und wegen der völlig anderen Umstände ihrer Gründung und wegen ihrer Ziele mit den HpBl schwer ver gleichbar sind, will ich auch nicht länger auf einen Vergleich eingehen. Die 'Blätter' konnten nicht populärer sein,

---

1) Diese Erklärung (fehlende Werbung) findet sich im 'Bayerischen Kurier' Nr. 115 vom 25.4.1917: "Neu auftauchende Zeitschriften und die Verschmähung jeder Reklame haben de Historisch-politischen Blättern Eintrag getan."
2) Vor allem das 'Hochland'; vgl. Lochner, a.a.O., S. 25.
3) Vgl. Lochner, a.a.O., S. 29.

da sie sich eben nicht wie das 'Hochland' als Neuerer und Experimentator verstanden[1] und auch außerhalb katholischer Kreise gelesen sein wollten[2], sondern sich als Bewahrer historischen Erbes sahen. Aus dieser beschriebenen Situation um 1900 kann man eine Änderung des Zeitgeschmacks ableiten, dem eine Mischung populärer und wissenschaftlicher Inhalte näher kam als das Anliegen der HpBl. Zudem handelte es sich um eine Epoche, die nur unbedeutende Bewegungen auf kirchenpolitischem Sektor brachte, verglichen mit denen vor 1848 und im Kulturkampf. Eine Broschüre aus dem Jahr 1907[3] erklärt all das, was die unmodernen katholischen Blätter und die Provinzpresse von den großen und meist liberalen Blättern unterschied, als verantwortlich für den mangelnden Erfolg ersterer und läßt die politische Ausrichtung völlig außer Acht. Im Selbstverständnis der HpBl dagegen dominierte die Überzeugung, daß eine gute Sache keiner Werbung bedürfe. Dadurch erhellt eine gewisse Berechtigung der häufig geäußerten Kritik an der katholischen Presse, die zumeist auf die veralteten kommerziellen und technischen Methoden abstellt ; sie gründet sich aber insgesamt zu sehr auf Äußerlichkeiten und trifft nicht die eigentlichen Ursachen.

Doch wieder zurück zu den Mißerfolgen der HpBl in Bezug auf ihre Breitenwirkung in den späten 70-er Jahren: Eine weitere Erklärungsmöglichkeit liegt im Aufkommen vieler neuer katholischer Zeitschriften. Das Ansteigen dieser Neugründungen begann in den 70-er Jahren und setzte sich dann stetig bis

---

1) Einer seiner Fortsetzungsromane war sehr umstritten und verursachte einen Literaturstreit.
2) Vgl. Lochner, a.a.O., S. 32.
3) "Die katholische Presse. Eine kritische Studie von Pilatus." (Dr. Viktor Naumann). Wiesbaden 1907, passim. (Namensauflösung des Autors auf dem Titelblatt selbst).

über die Jahrhundertwende hinaus fort. D'Ester[1] zählt für das Dezennium von 1860 bis 1870 deren 8, dagegen 27 zwischen 1870 und 1880, 52 zwischen 1880 und 1890 und 57 in der Zeit zwischen 1890 und der Jahrhundertwende. Diese 'Blüte' der katholischen Publizistik nimmt sich im Vergleich zur Pressemacht anderer weltanschaulicher Richtungen sowie der Unterhaltungsblätter recht bescheiden aus. Bei Löffler[2] findet sich diese Tendenz bestätigt durch die Erwähnung des Anstiegs zwischen 1870 (75 katholische Zeitschriften) und 1880 (100 katholische Zeitschriften). Zwischen dem Jahr 1890 (mit 143 Zeitschriften) und 1914 wird sogar eine Verdoppelung der Titel festgestellt[3]. Weitere Zahlen liegen auch in Bezug auf die summierten Gesamtauflagen vor. Bei Roegele und Wagner findet sich die Verdopplung derselben zwischen 1871 und 1881 erwähnt. Ähnliche Zahlen nennt die Dissertation Lochners allein für Bayern und betont den überproportionalen Anteil der Zeitschriften aus dem katholischen Geistesleben an dieser Entwicklung[5].

Diese Belege habe ich deshalb hier wiedergeben, damit die HpBl auch in Bezug auf die Publikumsresonanz im Zusammenhang mit der katholischen Presse allgemein erscheinen. Wenig Gewicht messe ich diesem zahlenmäßigen Aufschwung an Zeitschriftentiteln als Erklärung für den Rückgang der HpBl zu, wie das der 'Bayerische Kurier' tat[6]. Zwar wurde das Spek-

---

1) Vgl.: D'Ester, Karl. Katholische Zeitschrift und ihre Leser. In: Naumann, J. W. (Hrsg. -nicht der Verf. der oben genannten Broschüre). Die Presse und der Katholik. Anklage und Rechtfertigung. Augsburg 1932, S. 257 ff., hier S. 261.
2) Vgl. Löffler, a.a.O., S. 71.
3) Vgl. Löffler, a.a.O., S. 91.
4) Vgl.: Roegele, Otto B. u. Hans Wagner. Die katholische Presse in Deutschland. In: Handbuch der Publizistik, hrsg. von Emil Dovifat. 3 Bde. Berlin 1968/69. Bd. 3 (Praktische Publizistik, 2. Teil), S. 496 ff., hier S. 498. Dazu auch Löffler, a.a.O., S. 79.
5) Vgl. Lochner, a.a.O., S. 11.
6) Vgl. das Zitat weiter oben in einer Anmerkung.

trum des Angebotenen bedeutend erweitert[1] und hat sicherlich eine gewisse Sättigung der Nachfrage nach katholischen Zeitschriften gebracht, aber es ist kaum vorstellbar, daß dadurch viele Bezieher von den HpBl abgezogen wurden. Diese Erklärung trifft meiner Meinung nach eher für die Krise der Zeitschrift nach 1900 zu[2]. Der eingetretene Rückgang um die Jahrhundertwende ist dann nicht so zu verstehen, als hätten sich die Abonnenten bewußt von den HpBl abgewendet, sondern die häufig anzutreffende Mischung populärer und wissenschaftlicher Inhalte bei den Neugründungen schadete ganz allgemein den wissenschaftlich ausgerichteten Zeitschriften.

Für den Verlust an Beziehern in den 70-er Jahren ist die Erklärung durch Konkurrenz im eigenen Lager deshalb nicht stichhaltig, da gerade diejenigen Zeitschriftengründungen, welche eine inhaltliche Konkurrenz für die HpBl hätten darstellen können, in der Mehrzahl schon früher erfolgt waren: hier sind vor allem zu nennen Moys und Verings kanonistische Zeitschrift 'Archiv für katholisches Kirchenrecht' (gegründet 1857), der 'Literarische Handweiser'[3], (gegründet 1862) und die zur Verteidigung des 'Syllabus Errorum' entstandenen 'Stimmen aus Maria-Laach' (gegründet 1865 - Name erst ab 1871). Die Gründungsdaten fielen also in einen Zeitraum, in dem mir keine genauen Angaben über die Höhe des Absatzes der HpBl möglich sind; sie liegen aber wesentlich früher als der zweite große Niedergang der Zeitschrift. Da zumindest schon

---

1) Dabei ist auch an die zentrumsnahen, meist sozialpolitisch orientierten Zeitschriften mit hoher Auflage zu denken. Die bekanntesten dieses Typs wurden im Rheinland herausgegeben: 'Soziale Kultur' von Franz Hitze, 'Kölner Korrespondenz' vom Volksvereinsverlag in Mönchengladbach u.s.w.

2) Lochner nennt die Jahre um die Jahrhundertwende "religiös unfruchtbar" und trifft damit wohl die Situation, wenn er die Krise des kämpferischen Katholizismus der Kulturkampfzeit meint.(Vgl. Lochner, a.a.O., S. 38).

3) 'Literarisch' wurde dabei im weitesten Sinne verstanden, also nicht synonym für 'philologisch'. Literarische Neuerscheinungen auf dem Gebiet von Theologie und Philosophie gehörten ebenso in den Kreis ihrer Besprechungen wie Romane und Gedichtsammlungen.

1870[1], wenn nicht noch früher die HpBl ihre alte Bedeutun fast wieder erlangt zu haben scheinen, kann auch in den katholischen Presseneugründungen kein sichtbarer Einfluß auf ihre Geschicke gesehen werden. Wenn dies aber schon für Zei schriften mit verwandten Themenschwerpunkten gilt, dann um so mehr für die späteren Gründungen.

Die zwingendsten Gründe für den Rückgang in den 70-er Jahren liegen meiner Meinung nach in den politischen Zeiter eignissen; entscheidend wird wohl die Anbahnung eines Ausgleichs im Kulturkampf gewesen sein. Zwar wurde die Kulturkampfgesetzgebung nur sehr langsam wieder abgebaut, doch di Entlassung Falks und die beginnende Zusammenarbeit Bismarck mit dem Zentrum ließen den Rückzug des preußischen Staates schon als sicher erscheinen. Damit mußte einfach einer Zeit schrift, in der kirchenpolitische Fragen und die Verteidigung der Gleichberechtigung des katholischen Volksteils der Hauptinhalt ausmachten, der Boden entzogen werden. Dazu bei trug auch die Art des Zustandekommens der staatlich/kirchlichen Einigung durch Geheimverhandlungen, bei denen Zentru und katholische Presse ausgeschaltet waren.

Dem Zentrum und der katholischen Presse (auch den HpBl ist in dieser Zeit zuweilen anzumerken, daß es ihnen schwer fiel Solidarität mit dem Vatikan zu üben, auch wenn sie ihr künftige Anerkennung der Verhandlungsergebnisse versicherte Diese Übergehung der Presse kann damit Auswirkungen auf die Publikumsresonanz derjenigen Zeitschriften gehabt haben, di eben diesen Themen das weitgehendste Interesse entgegenbrac ten. Bei katholischen Tageszeitungen war das anders, da sie wie jede andere Tageszeitung auf die verschiedensten Tagese eignisse ausweichen konnten.

---

1) Vom Postbezug geschlossen auf den Gesamtabsatz (vgl. Graphik).

I.4.4. INDIZIEN ZU EINEM BILD DER REGIONALEN VERBREITUNG UND DES LESEPUBLIKUMS

Da die HpBl in eigener Sache meist Zurückhaltung übten, mußte für die Beantwortung dieser Fragen eine große Zahl von anderen Hinweisen gesammelt werden, die dann als Mosaik trotz fehlender Bausteine ein halbwegs vollständiges Bild ergeben. Weniger Mühe dagegen würde beispielsweise die Erforschung der regionalen Verbreitung einer katholischen Tageszeitung bereiten, da diese wegen der Aufnahme von Werbeinseraten daran interessiert waren, ihre eigene Reichweite und Leserzahl selbst darzustellen. So gab die 'Germania' im Jahr 1872[1] eine genaue Aufstellung über die Zahl ihrer Abonnenten pro Postort. Danach war sie in 947 Orten, die alle genannt sind, unter 5.667 Lesern verbreitet; in Berlin selbst hatte sie beispielsweise 860 Abonnenten. Ein anderes Beispiel dafür, jedoch ohne die genauen Zahlenangaben ihrer Bezieher für jeden der 2.300 Postorte (nur geographisch dagestellt), fand ich in einer Sonderausgabe der 'Kölnischen Volkszeitung' aus dem Jahr 1927[2]. Zwei Schaubilder, eines für Europa, das andere für den gesamten Erdball, veranschaulichten den eigenen Wirkungskreis.

Die Indizien, aus denen sich etwas über die Verbreitung und Bedeutung der HpBl ableiten läßt, setzen sich aus verschiedenen Quellen zusammen:

a) den HpBl selbst, allerdings nicht in direkten Aussagen. Zu den verwertbaren Informationen zählen die Herkunft der auswärtigen brieflichen Mitteilungen und verstreute Äußerungen darin über die Wirkung der Zeitschrift. Ferner rechnen dazu Kontroversen mit anderen Presseorganen sowie

---

1) Nr. 73 vom 31.3.1872, erwähnt bei: Reiber, Hans Joachim. Die katholische deutsche Tagespresse unter dem Einfluß des Kulturkampfes. Görlitz 1930. (als Diss. Leipzig 1930), S. 10 f.

2) Jubiläumsausgabe der 'Kölnischen Volkszeitung' vom 18.4.192

Berichte über Zensurmaßnahmen, Behinderungen und sich häufende Verzögerungen der Auslieferung in vielen deutschen Staaten.

b) Den Inhalten und der Herkunft der Briefe an die Herausgeber Jörg und Binder im Redaktionsarchiv in Regensburg sowie an Georg Jochner im Redaktionsarchiv in Thauernhausen.

c) Den edierten Briefwechseln von Herausgebern und Mitarbeitern sowie den Biographien aus dem Umkreis der Mitarbeiter, aber auch von anderen Zeitgenossen.

d) Den Rechnungsbüchern im Redaktionsarchiv in Thauernhause vor allem den Eintragungen aus den letzten beiden Jahren bei denen manche Bezieher (zuweilen mit Angabe von Beruf und/oder Wohnort) bzw. Postorte und Länder der Versendun genannt sind[1].

e) Den Arbeiten über die katholische Presse im allgemeinen oder über einzelne katholische Periodika; auch Würdigungen einzelner Organe in der zeitgenössischen Publizistik

f) Dem Archiv der OPD in München, das allerdings nur einige unbedeutende Einzelheiten über den Postzeitungsdienst en hält (abgesehen von den Erlaßpreisen, die zur Ermittlung der Absatzhöhe herangezogen wurden). Eine zu Zeiten des Erscheinens der HpBl durchgeführte Anfrage bei der Post hätte allerdings keine Ergebnisse gebracht, da die Post Interesse der Verleger und wegen des Postgeheimnisses Au künfte ablehnen mußte[2], und zuletzt:

g) Dem Cotta-Archiv im Deutschen Literaturarchiv in Marbach

---

1) Das hing damit zusammen, daß vor allem in der Inflationszeit keine Abonnements mehr getätigt wurden, sondern die Zeitschrift vierteljährlich oder nur für einzelne Monate gekauft wurde. Am Schluß mußte der Preis für jedes Heft einzeln festgesetzt werden.

2) Vgl.: Schacht, Hjalmar. Statistische Untersuchung über d Presse Deutschlands. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, begr. von Bruno Hildebrand u. hrsg. von J. Conrad u.a. III. Folge. 15. Bd. Jena 1898, S. 503 ff. hier S. 515 f.

dessen Material ich bereits weitgehend im vorausgegangenen Kapitel dargeboten habe.

Daß die HpBl im Norden und im Süden Deutschlands zu gleichen Teilen beachtet wurden, ist schon oben gezeigt worden. Innerhalb Preußens waren die überwiegend mit Katholiken besiedelten Provinzen Rheinlande, Westfalen und Schlesien Hauptverbreitungsgebiete der Zeitschrift: das ersieht man an der Häufigkeit der brieflichen Mitteilungen von dort, welche eine gründliche Kenntnis der lokalen Probleme voraussetzten. Eine Ausnahme bildeten die Provinzen mit hohem polnischen Bevölkerungsanteil, welche eigene, polnischsprachige katholische Zeitschriften besaßen.

Aus den Rheinlanden stammten die verschiedenen Petitionen[1] an den Oberpräsidenten um Aufhebung des Verbots gegen die HpBl. Die Anzahl der Unterzeichneten einer Eingabe aus Trier ist dabei mit 561 angegeben[2], welche natürlich nicht alle Leser waren. Es ist hier eher an die Initiative von Geistlichen in ihren Pfarreien zu denken.

Keine größeren Schwierigkeiten schien die Umgehung des preußischen Verbots gemacht zu haben. Neben der bereits erwähnten 'Einschleppung' durch Privatpersonen gab es auch noch die Möglichkeit, sich die HpBl als Postpakete zukommen zu lassen[3]. Auch die Geschwister des in München bei Görres

---

1) Abgedruckt in Bd. 12, S. 556 ff. und Bd. 15, S. 608 ff. und S. 633 ff.
2) Vgl. Bd. 15, S. 633.
3) Wie z.B. Kolping es handhabte, der sich die Pakete sicherheitshalber zudem von Augsburg und nicht von München aus zukommen ließ. Vgl.: Schmolcke, Michael. Adolph Kolping als Publizist. Ein Beitrag zur Publizistik und zur Verbandsgeschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert. Reihe: Dialog der Gesellschaft. Schriftenreihe für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, hrsg. von Henk Prakke. Bd. 3. Münster 1966, S. 191. Wie aus einem Brief Kolpings an Jörg vom 12.9.1855 (Redaktionsarchiv Regensburg, Jörg-Karton) hervorgeht, wurden ihm zwei Hefte des Bandes 36 konfisziert. Die Konfiskation scheint beim Bezug durch die Post erfolgt zu sein (die zuweilen auch verspätet lieferte lt. Brief Kolpings an Jörg vom 1.10.1855, a.a.O.). Wahrscheinlich verlegte sich Kolping bereits nach diesen Erfahrungen in einer Zeit noch vor dem 2. preußischen Verbot auf die geschilderte Bezugsweise.

studierenden Freiherrn von Ketteler erhielten die Zeitschrift regelmäßig[1], wenn auch stets mit zeitlicher Verzögerung[2]. Die große Verbreitung der HpBl in Westfalen ist bestätigt in einer Zuschrift an die Redaktion aus Paderborn[3]. Der Verlust an Abonnenten in den Rheinlanden und Westfalen nach der spürbaren Handhabung der bayerischen Vorzensur war jedoch,wie bereits erwähnt, beträchtlich.

Aus Schlesien liegen ebenfalls Hinweise auf ein grösseres Lesepublikum vor. Die polizeiliche Durchsuchung bei einem Breslauer Buchhändler förderte 150 Exemplare zu Tage. Fürstbischof Melchior von Diepenbrock bezeichnete in einem Brief an Ketteler die HpBl als "viel verbreitet, mit Recht geschätzt"[4]; es geht aus dieser Stelle leider nicht hervor ob er dabei nur von seiner Diözese sprach oder ob seine Äußrung allgemein gedacht war. Einige Zahlen finden sich in Müllers Arbeit über die Breslauer Presse bis zum Jahr 1871; danach waren im Jahr 1863 der 'Katholik' in 50 und der 'Literarische Handweiser' in 76 Exemplaren verbreitet; die Abonnentenzahl der HpBl wurde (leider nur geschätzt) mit etwa 40 veranschlagt[5].

---

1) Das geht aus dem Briefwechsel Kettelers mit seinen Geschw stern hervor, in dem häufig Artikel der HpBl besprochen wurden. Vgl. seine Briefe an Sophie, München, den 10.6.18 in Raich, a.a.O., Nr. 10, S. 15; an Wilderich, München, Juli 1839, in Raich, a.a.O., Nr. 13, S. 26; an Wilderich, München 3.2.1840, in Raich, a.a.O., Nr. 19, S. 44, sowie a denselben, München, Febr. 1840, in Raich, a.a.O., Nr. 21, S. 49. Aus diesen Briefen geht übrigens auch die Lektüre des 'Fränkischen Kuriers' in Kettelers westfälischem Freudeskreis hervor, z.B.: Brief an Wilderich, München, 20.10 1840, in Raich, a.a.O., Nr. 31, S. 65, sowie an Sophie, München, 6.2.1842, in Raich, a.a.O., Nr. 49, S. 110.

2) Ketteler an Sophie. München, den 10.6.1839. In Raich, a.a Nr. 10, S. 15. Von 'begreiflicher' Verspätung ist auch in anderen preußischen Provinzen die Rede, vgl. Bd. 5, S. 60

3) Vgl. Bd. 17, S. 667.

4) Zit. nach: Pfülf, Otto. Bischof von Ketteler (1811-1877). Eine geschichtliche Darstellung. 3 Bde. Mainz 1899. Bd. 2 S. 147.

5) Vgl.: Müller, Leonhard. Die Breslauer politische Presse vo 1742-1861. Nebst einem Überblick über die Dekade 1861-1871. Breslau 1909, S. 301.

Da Niedermayer die HpBl als das unter den katholischen Zeitschriften "im deutschen Norden am meisten gelesene Organ, geachtet und gefürchtet"[1] bezeichnet, ist auch ein Lesepublikum in den überwiegend von Protestanten besiedelten Provinzen Preußens sowie in den norddeutschen Staaten denkbar. In Sachsen und Thüringen beispielsweise wäre das dichte Netz von Buchhandlungen der LAA als gute Voraussetzung vorhanden gewesen. Vom 'Katholiken' ist bekannt, daß er in Berlin ein "ausgezeichnetes Publikum"[2] fand, obwohl den preußischen Buchhändlern die Werbung für ihn untersagt war[3]. Deshalb ist für die HpBl ähnliches zumindest denkbar.

Über die hessischen Länder als Verbreitungsgebiet gibt es kaum Hinweise. Doch gerade in Mainz, dem Redaktionsort des 'Katholiken' sind sicher auch die 'Blätter' nicht unbeachtet geblieben[4]. Mehr verbreitet schien die Zeitschrift dagegen in Baden und Württemberg, von wo unzählige Einsendungen über staatlich/kirchliche Konflikte in der Oberrheinischen Kirchenprovinz stammten. Die Anzahl bekannter Mitarbeiter aus diesen beiden Ländern war beträchtlich, eine Tatsache, aus der sich auch eine gewisse Berechtigung ableiten läßt, auf einen vorhandenen Leserkreis zu schließen. Die Ver-

---

1) Niedermayer, a.a.O., S. 22.
2) Lt. Brief Clemens Brentanos an J. Görres. Koblenz, den 3.6.1826, in: Freundesbriefe (III), a.a.O., Nr. 316, S. 255. Ebenso (evtl. nach dieser Quelle): Galland, Joseph. Joseph von Görres. Aus Anlaß seiner hundertjährigen Geburtsfeier in seinem Leben und Wirken dem deutschen Volk geschildert. Freiburg i. Br. 1876, S. 341.
3) Galland, daselbst; ebenso: Schwalbach, Helmut. Der Mainzer 'Katholik' als Spiegel des neuerwachenden kirchlich-religiösen Lebens in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts (1821-1850). Diss. Mainz 1966, S. 123.
4) Lenning: "Die Phillips-Görres'sche Zeitschrift circulirt in unserem Leseverein und ärndtet allgemeinen Beifall. München ist jetzt factisch die Hauptstadt des katholischen Deutschlands..." (Zit. nach: Brück, Heinrich. Adam Franz Lenning, Generalvicar und Domdecan von Mainz in seinem Leben und Wirken. Mainz 1870, S. 48).

breitung der Zeitschrift in Baden schien allerdings zur Zeit der Arrestation des Freiburger Erzbischofs Hermann von Vicari (1853 im Streit mit dem staatlichen Oberkirchenrat um Priesterseminare und Pfründenbesetzung) erheblich behindert gewesen zu sein. Es kam jedoch nicht zu einem Verbot, wie es zeitweise für das 'Mainzer Journal', die 'Deutsche Volkshalle' und das 'Deutsche Volksblatt', ja sogar für einzelne Lieferungen der 'Allgemeinen Zeitung' gegolten hatte[1]. Über die Maßnahmen badischer Zensurstellen schrieb ein Mitarbeiter und Abonnent an die HpBl: "Wir leben im ganzen hier allerdings fortwährend in einem quasi-insularischen Zustand ohne erlaubte vermittelnde Verbindung mit dem Festlande ... Die historisch-politischen Blätter zum Beispiel sind mir seit vielen Wochen nicht zugekommen..."[2] Freiherr von Andlaw beklagte in einem Brief an Jörg: "Ihre durch die Post bestellten Blätter kommen mir so unregelmäßig zu, daß ich z.B. das am 1. Mai ausgegebene Heft (Anm.: Brief vom 29. Mai) noch nicht habe, obwohl es wiederholt reclamirt wurde. Man gieb München Schuld"[3].

Es darf nicht übersehen werden, daß die unter vielen badischen Katholiken verbreiteten liberalen, demokratischen und teils auch preußenfreundlichen Anklänge oft nicht der 'Münchner Richtung' entsprachen[4]. Dennoch kann für Baden d

---

1) Vgl.: Dor, Franz. Hofrat Karl Zell. Ein Lebensbild. Freib i. Br. 1912, S. 124 (für die 3 erstgenannten Zeitungen), sowie HpBl, Bd. 32, S. 938 (bezüglich der Zurückhaltung einzelner Exemplare der 'Allgemeinen Zeitung'). Weitere Beispiele bei Bachem, a.a.O., Bd. 2, S. 177.

2) Bd. 33, S. 898. Behinderungen der Zeitschrift wurden auc gemeldet in Bd. 32, S. 938, sowie in Bd. 33, S. 83. Zude sind Behinderungen ersichtlich aus einer Antwort Jörgs a den Mitarbeiter Karl Bader, Landshut, den 18.1.1869. In: Redaktionsarchiv Regensburg (auch im Jörg-Karton).

3) Hugstetten bei Freiburg am 29.5.1868. In: Redaktionsarch Regensburg (Jörg-Karton).

4) Dies wurde bezüglich einzelner badischer Mitarbeiter fre willig eingeräumt (z.B. Bd. 45, S. 1111). Vgl. dazu auch die Problematik der Mitarbeit Baumstarks (Kap. II.4.).

zahlenmäßige Einfluß der HpBl zumindest ebenso hoch veranschlagt werden wie für Württemberg, da sich im 'liberalen Musterländle' die katholische Mehrheit von einer protestantischen und liberalen Minderheit bevormundet fühlte (vor allem was den Staatsdienst und die Schulpolitik betraf), und diese Konstellation überhaupt das Bedürfnis nach Interessenvertretung erweckte. Gerade zu diesen Problemen bot die Lektüre der HpBl reiches Anschauungsmaterial.

Aus Bayern stammte der größte Anteil der Mitarbeiter und wahrscheinlich auch eine große Anzahl von Lesern. Da es in Bayern keine nennenswerten Schwierigkeiten mit der Zensur gab, und die bisher vorgestellten Erkenntnisse aus anderen Ländern eben stark auf Indizien im Zusammenhang mit Behinderungen und Verbotsmaßnahmen beruhen, liegen hier weniger Aussagen vor als beispielsweise über die preußischen Westprovinzen. Lediglich für München läßt sich mit Hilfe der Rechnungsbücher ab 1877 die Höhe der Bezieherzahl errechnen. Das rührt daher, daß die Münchner Leser direkt bei der Druckerei billiger als durch Post und Buchhandel auf die HpBl abonnieren konnten. Die Einnahmen aus dieser Bezugsmöglichkeit sind ab 1877 gesondert aufgeführt und erlauben die zahlenmäßige Bestimmung des Münchner Bezieherkreises, der diese Form des Abonnements wählte, mit durchschnittlich knapp 50. Da man davon ausgehen kann, daß doch die Mehrzahl diesen Preisvorteil genutzt und bei der kleinen Ausdehnung Münchens im 19. Jahrhundert die zentral gelegene Druckerei[1] aufgesucht hat, so hat sich wohl die oben genannte Zahl der Münchner Bezieher durch Post und Buchhandel zusätzlich nur noch unwesentlich erhöht.

Groß scheint die Resonanz in der Donaumonarchie gewesen

---

1) Zuerst Gießer am Promenadeplatz 20, dann J.G. Weiß in der Residenzstraße 7, dann G. Schöninger ebenda.

zu sein[1], nicht nur in den deutschsprachigen Gebieten, sondern auch stets in Ungarn und auf dem Balkan[2]. Zusätzliche Indizien liegen meist in der Herkunft der vielen Berichte, gezeichnet mit den Zusätzen "aus Österreich", "aus Ungarn" oder "aus Böhmen". Darin enthalten sind oft wichtige Äußerungen über den Einfluß der HpBl, natürlich aus der Sicht der Leser. Ein regelmäßiger Bezieher aus Ungarn schrieb über die Zeitschrift, daß sie "durch Trefflichkeit, Gründlichkeit und Gediegenheit ihrer Artikel eine Lieblings-Lektüre so vieler ungarischer Katholiken deutscher Zunge und deutsch verstehender Ungarn ist"[3]. Die österreichischen Korrespondenzen aus den deutschsprachigen Teilen der Monarchie beschäftigten sich vor allem mit Wien, das man als von jüdischen Geschäftsleuten und Presseorganen[4] beherrscht sah.

Leider war die Ausbeute im Archiv der OPD München äußerst gering. An Aufzeichnungen über den Postzeitungsdienst ist praktisch nichts mehr vorhanden. Außer der Erwähnung eines Exemplars der HpBl, das im Jahr 1897 vom Auslieferungspostamt München 4 nach der Schweiz ging[5], finden sich nur noch die Höhe des Postbezugs für das Jahr 1848[6], einige wenige Zahlen über den Transport anderer Zeitschriften und Zeitungen sowie verschiedene Posttarife, so z.B. die Gebühr für die Beförderung der HpBl nach der Donaumonarchie[7]. Die für die

---

1) Vgl. Biographie Guido Görres', a.a.O., S. 339.
2) Bis zur türkischen Grenze, vgl. Bd. 105, S. 301.
3) Bd. 92, S. 766.
4) Darunter die Hauptfeindin der HpBl, die Wiener 'Neue Freie Presse', welche nach deren Einschätzung in ihrer Feindseligkeit gegenüber der katholischen Kirche noch die (Augsburger) 'Allgemeine Zeitung', die 'Leipziger Allgemeine Zeitung' und im Kulturkampf die 'Norddeutsche Allgemeine Zeitung' übertraf.
5) Broschüre "Postzeitungsvertrieb im Verkehr mit dem Ausla de, einschließlich Österreich-Ungarn". (Archiv der OPD München, Verzeichnis 2, Schachtel 142.)
6) Vgl. die diesbezügliche Fußnote weiter oben in Kapitel I.4.2. und die Graphik der Verkaufszahlen.
7) Vgl. Archiv der OPD, Verzeichnis 2, Schachtel 142 (für das Jahr 1900).

Ermittlung der Absatzhöhe enorm wichtigen Erlaßpreise an die Post wurden bereits genannt. Abgesehen von dieser einzelnen Zahl für das Jahr 1897 stand mir über die Schweiz kein weiteres Material aus dem Postarchiv zur Verfügung. Doch liefert der Briefwechsel der Görres'schen Familie noch einen Anhaltspunkt. Guido Görres berichtete in einem Brief aus der Schweiz an seinen Vater, daß er dort für die neue Zeitschrift geworben und u.a. den Römischen Nuntius de Angeli als Abonnenten gewonnen habe[1]. Zudem ist aus Biographien bekannt, daß die Häuser der Konvertiten Haller und Hurter ein Treffpunkt einflußreicher Katholiken waren. Ähnliches kann man wohl auch von den Mitarbeitern Karl Greith (Bischof von St. Gallen) und Graf Theodor v. Scherer-Boccard annehmen. Trotzdem scheint festzustehen, daß die HpBl in der Schweiz nur in geringer Zahl verbreitet waren.

Daß einzelne Exemplare nach Italien[2], Frankreich[3],

---

1) Guido Görres an seine Familie. Bern, den 21.7.1839. In: Familienbriefe (I), a.a.O., S. 388. Auch erwähnt bei Hurter, a.a.O., Bd. 1, S. 331.

2) 'Zuschrift eines Italieners' in Bd. 6, S. 243 ff. und S. 298 ff. Dazu Briefe an Binder im Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton).

3) Bd. 65, S. 115: "Von den deutschen Zeitschriften dürften wohl der 'Katholik' und die 'Historisch-politischen Blätter' im Elsaß am bekanntesten seyn; sie haben dort zwar nur einen kleinen aber gewählten Leserkreis." Dabei war der 'Katholik' vielleicht noch etwas mehr verbreitet aufgrund der Beziehungen der Liebermannschen Schule und des Mainzer Kreises zu führenden französischen Katholiken (De Maistre, Lamennais, Montalambert, Veuillot, Rio). Guido Görres berichtete auch von seiner Abonnentenwerbung beim französischen Klerus (sämtliche Briefe in: Familienbriefe -I-, a.a.O.). Brief aus Bern, 21.7.1839, S. 388; Brief aus Paris, 8.10.1829, S. 401, sowie: Brief aus Paris, 2.3.1840, S. 416. Im Redaktionsarchiv Regensburg finden sich auch verschiedene Briefe französischer Leser an Binder, auch aus späteren Jahren noch. (Z.B. von Georges Goyau, Autor des Werkes 'L'Allemagne religieuse', vom 13.3.1902). Verschiedene Artikel stammten von französischen Mitarbeitern (Vgl. statist. Anhang über die Mitarbeiter, Kap. II.6.: 'Jourdan' u. 'Guerber', sowie Bd. 60, S. 57: "Der Artikel ist uns in französischer Sprache zugekommen.")

Belgien[1], Holland[2], Luxemburg[3], Dänemark[4], England[5] und sogar in die Vereinigten Staaten von Amerika[6] gingen, ist belegbar.

Nach dieser Aufzählung, die uns ein Bild großer Einflußmöglichkeiten der HpBl bietet, und nach manchen Bestätigungen des tatsächlichen Einflusses in der Biographienliteratur, die sich auch auf die führende Rolle der Zeitschri innerhalb der katholischen Publizistik beziehen und dabei ebenfalls eine ausgedehntere Verbreitung voraussetzen, ist die Frage berechtigt, wie dies alles bei einer Auflage von 1.500 bis 2.000 zu erreichen war[7]. Ein wichtiger Hinweis a diese Frage steckt in der Aussage eines Zeitgenossen, des Altkatholiken Schulte: "Der Einfluß dieses Organs ist vor ein kolossaler gewesen, die 'guten' Katholiken schwuren dar und selbst die nicht correcten konnten sich nicht enthalter

---

1) Briefe an Binder im Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton). Briefe aus Belgien stammten allerdings auch von deutschen Ordensangehörigen, die während des Kulturkampf nach Belgien ausgewichen waren (z.B. von P. Duhr, S.J.). Die HpBl wurden beispielsweise in Gemmenich gelesen (vgl Möller, a.a.O., S. 444).
2) Glückwünsche zu Binders 50-jährigem Redaktionsjubiläum Jahr 1908. In: Redaktionsarchiv Thauernhausen.
3) Lt. Mitarbeiter Peters in Briefen an Binder. In: Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton).
4) Lt. Briefen an Binder, z.B. mit der Bitte um Nachsendung einzelner Hefte zur Komplettierung verschiedener Jahrgänge.(Daselbst).
5) Lt. Briefen an Binder vom Kolleg in Durham. (Daselbst).
6) Lt. verschiedenen Eintragungen in den Rechnungsbüchern (Redaktionsarchiv Thauernhausen).
7) Von Wacker mit dem richtigen Hinweis auf die Ausstrahlun des Mitarbeiter- und Leserkreises teilweise erklärt. Vgl Wacker, Annekatrin. Historisch-Politische Blätter für da katholische Deutschland (1838-1923). In: Fischer, Heinz-Dietrich. Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhun derts. Reihe: Publizistisch Historische Beiträge, hrsg. von demselben. Bd. 3. Pullach bei München 1973, S. 141 f hier S. 144. Auf diese Erklärung werde ich im Kapitel üb die Mitarbeiter noch zurückkommen.

dasselbe zu lesen. Ich erinnere mich, mit welcher Hast mein Vater, der gleich dem Pfarrer meiner Geburtsstadt durchaus auf Seite der preußischen Regierung stand, jedes neue Heft las. Selten bin ich vor 1848 zu einem katholischen Geistlichen gekommen, ohne die gelben Hefte zu lesen u n d n o c h h e u t e l e s e n s i e w e i t a u s d i e m e i s t e n , i n d e m s t e t s m e h r e r e g e m e i n s a m a b o n n i e r e n ."[1)]

Das Sammelabonnement war im 19. Jahrhundert sehr verbreitet und häufig auch bei Tageszeitungen anzutreffen[2)]. Über das gemeinsame Halten von Zeitschriften gibt es viele biographische Äußerungen, wobei natürlich hier die HpBl im Vordergrund stehen: Kettelers Freundeskreis in Westfalen[3)], Kolpings Bekanntenkreis[4)], Lennings Leseverein in Mainz[5)], ein Brief eines Geistlichen an die Redaktion in München[6)], eine Äußerung bei Pölnitz[7)] sowie das Entstehen eines Freundeskrei-

---

1) Schulte, a.a.O., Bd. 3, S. 382 (Hervorhebung von mir). Gleichfalls die starke Resonanz der ersten Bände der Zeitschrift hebt ein anderer Altkatholik hervor. Reinkens schreibt, daß der Geist Sailers aus dem deutschen Klerus verdrängt wurde, "indem Tausende von Geistlichen auf den Geist der 'Historisch-politischen Blätter' zu schwören begannen." (Reinkens, a.a.O., S. 201).

2) Vgl.: Brunner, Johann. Bayerns Postzeitungswesen im Jahre 1848. In: Archiv für Postgeschichte in Bayern. 4. Jg. 1928, o. Bd. Nr. München 1928, S. 53 ff, hier S. 59. Bismarck wollte als Bundestagsgesandter in Frankfurt das Verbot der katholischen Tageszeitung 'Deutschland' erwirken und schrieb an seine Regierung in Berlin, das Blatt werde in Preußen in ca. 1.600 Exemplaren gehalten, "deren jedes im Durchschnitt einen nicht unbedeutenden Leserkreis hat, da es vorzugsweise von Geistlichen und ultramontanen Parteiführern gehalten wird, welche dafür sorgen, den Inhalt soviel als möglich unter die Leute zu bringen." (Zit. nach Kißling, a.a.O., Bd. 1, S. 444).

3) Vgl. weiter oben im selben Kapitel.

4) "Kolping verlieh die HPB auch noch an andere Interessenten". (Schmolcke-Kolping, a.a.O., S. 318 -Anm. 60).

5) Vgl. Brück-Lenning, a.a.O., S. 48. (Zitat weiter oben im Text).

6) Ulmer aus Hersbruck an Binder, 13.6.1883. In: Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton).

7) "Sie (Anm.: die HpBl) wurden in zahlreichen Lesevereinen gehalten." (Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XXI).

ses um Clemens Brentano[1] (das einzige Beispiel, das nicht von den HpBl handelt) sind hier zu nennen. Die Anzahl der Beispiele zeigt, daß es sich nicht um Einzelfälle handeln konnte. Die Erklärung für Sammelabonnements liegt wahrschei lich nicht zuletzt im hohen Zeitschriftenpreis. Diese Bezug form bot aber auch die Möglichkeit gemeinsamer Diskussionen im Freundeskreis Gleichgesinnter vor dem Zeitalter eines Massenpublikums. Zudem gewährte sie eine größere Sicherheit der Leser gegenüber Zensurbehinderungen, da nur wenige Exem plare eingeführt werden mußten. Das traf anläßlich des preu sischen Verbots zu. Aus der 'Allgemeinen Zeitung' wurde mir noch eine weitere Möglichkeit zur Verbreitung verbotener Schriften bekannt: Dort[2] war die Rede davon, daß der eben- falls verbotene 'Fränkische Kurier' in den Rheinlanden 'per Heimarbeit' abgeschrieben und weiterverbreitet wurde.

Zusätzlich vergrößterte sich der Leserkreis der HpBl da durch, daß sie von Klosterbibliotheken[3], Priesterseminaren und (wenn auch nur von wenigen) öffentlichen Bibliotheken[5]

---

1) "Unsere Typusgesellschaft entstand durch gemeinschaftlic Halten von Ecksteins Catholique, dem Straßburger (Anm.: 'Katholik'), dem Staatsmann und dem Leipziger katholisch Literatur- und Kirchenkorrespondenten." (Brentano an Jos Görres. Koblenz, Anfang 1827. In: Freundesbriefe -III-, a.a.O., Nr. 325, S. 224).

2) Vgl. Nr. 12 vom 12.1.1838. Ebenso: Grisar - Diss., a.a.O S. 29.

3) Eigentumsstempel "Klosterbibliothek Ettal" in verschiede Bänden, und Erwähnungen des Bezugs durch Klöster im letzt Rechnungsbuch (Redaktionsarchiv Thauernhausen).

4) Z.B. in Münster (lt. Pfülf, a.a.O., Bd. 1, S. 115) und i Wien (lt. Sebastian Brunner, a.a.O., Bd. 1, S. 128 f.).

5) Das 'Gesamt-Zeitschriften-Verzeichnis' (hrsg. vom Auskun bureau der deutschen Bibliotheken. Berlin 1914, S. 59) n die HpBl unter den laufend gehaltenen Zeitschriften in: lin (Staatsbibl.), Bonn (Universitätsbibl.), München (St bibl.) und Straßburg (Universitäts- und Landesbibl.). Übe frühere Jahre war nur zu finden das "Alphabetische Verze nis der laufenden Zeitungen und Zeitschriften, die von d königlichen Hof- und Staatsbibliothek München und einer zahl anderer Bibliotheken Bayerns gehalten werden." (Mün chen, Jg. 1909, S. 82). Danach wurden die HpBl nur in de Hof- und Staatsbibliothek selbst gehalten.

gehalten wurden. In manchen Exemplaren der Zeitschrift fand ich auch Eigentumsstempel des "Sozialdemokratischen Bureaus für Rheinland und Westfalen, Düsseldorf, Kaiser Wilhelm-Straße 55", wobei eine nachträgliche Beschaffung der Zeitschrift (d.h. nach 1923) nur wenig wahrscheinlich ist. Wahrscheinlich wurde die Zeitschrift abonniert wegen des Aufgreifens der sozialen Frage und der ausführlichen Beschäftigung mit Lassalle.

Noch ein weiterer Grund spricht dafür, daß die Wirkung der HpBl größer war als die - zumindest für das Pressewesen der ersten Hälfte des 19. Jts. nicht geringen - Auflagen und die Zahlen der verkauften Exemplare vermuten lassen: die Bedeutung der Mitarbeiter für das Geistesleben der Zeit und für die katholische Kirche, zusätzlich häufig verstärkt durch ihre meinungsbildende Funktion als Herausgeber eigener katholischer Presseorgane[1]. Daneben konnte man einen Publizisten wie Jörg, sowohl was seine Bekanntheit als auch sein Können betraf, unbedenklich auf eine Stufe mit Constantin Frantz stellen.

Im Gegensatz zum Mainzer 'Katholiken', der seine eigene Leserkreisausrichtung durch den Begriff 'Semipopularität'[2] umschrieb und dies auch im Untertitel 'Eine religiöse Zeitschrift zur Belehrung und Warnung' bzw. ab 1859 'Zeitschrift für katholische Wissenschaft und kirchliches Leben' zum Ausdruck brachte, wendeten sich die HpBl an ein historisch und

---

1) Vgl. dazu die Ausführungen im Hauptkapitel über die Mitarbeiter (besonders II.2. und II.3.).

2) Eine Definition von Andreas Räß. Vgl.: Schnütgen, Alexander. Briefe von Andreas Räß an Franz Georg Benkert. In: Historisches Jahrbuch, Bd. 40. München 1920, S. 137 ff., hier Brief vom 7.1.1828, S. 164.
Die beste Selbstcharakterisierung in Bezug auf die eigenen Aufgaben findet sich in einem Artikel des 'Katholiken' über die katholische Presse (Bd. 87. Heft 1. Mainz 1843, S. 1-17, hier S. 13-17). Dazu später in derselben Zeitschrift (3. Folge, 1. Bd. Mainz 1890/I, Vorwort, o.S.) selbiges vom Herausgeber J.B. Heinrich.

politisch interessiertes und wissenschaftlich orientiertes Publikum und sparten Theologie und kirchliches Alltagsleben weitgehend aus. Da sie die kirchenpolitische Vertretung für die vorrangigste hielten und in dieser unbestritten das bedeutendste Organ und dazu auch von allgemeinpolitischem Interesse waren, vertraten sie hier einen eindeutigen Führungsanspruch[1], der auch im Untertitel 'für das katholische Deutschland' zum Ausdruck kam.

Durch ihre eindeutig politische Ausrichtung waren sie trotz ihres wissenschaftlichen Charakters zwangsläufig mehr im öffentlichen und politischen Bewußtsein wirksam und insofern bei gleicher Auflage für breitere Laiengeschichten eher präsent als eine zwar semipopuläre, aber in erster Linie theologisch-kirchlich[2] ausgerichtete Zeitschrift. Im Selbstverständnis beider Zeitschriften war somit je ein vergrößernder und ein einschränkendes Moment bezüglich der öffentlichen Wirkung vorhanden. Das heißt am Beispiel des 'Katholiken' nicht daß seine Themenschwerpunkte kein Interesse fanden, aber da sie nicht in politischer Absicht behandelt wurden, so war selbstverständlich ihre Resonanz bei Nichtgeistlichen geringer. Seine Leserkreisausrichtung stimmte auch teilweise mit derjenigen der weitverbreiteten Kirchenblattpresse[3] überein.

Von den HpBl kann angenommen werden, daß die wissenschaftliche und politische Wirkungsabsicht in Verbindung mit der vornehmen und zeitlosen Aufmachung (Titelseite, Typographie, keine Werbung) auf die Struktur des Leserkreises Einfluß hatte. Die meisten historischen und kirchenpolitischen Artikel (weniger die allgemeinpolitischen) setzten ein hohe

---

1) Vgl. dazu die Kapitel über Inhalt und Selbstverständnis (I.2. und I.3.), sowie andere Kapitel, passim.
2) "Der 'Katholik' soll daher und fortan vor allem eine t h e o l o g i s c h - k i r c h l i c h e R e v u e sein und bleiben." ('Katholik' 1890/I, a.a.O. - Hervorhebung im Original).
3) Über diese: Pesch, a.a.O.

Maß an Vorkenntnissen und wissenschaftlicher Bildung voraus[1].

Da die HpBl eminent politisch waren, stießen sie vor allem bei selbst meinungsbildend wirkenden Rezipienten auf Resonanz. Das wird aus einer Reihe von Auseinandersetzungen mit anderen Journalen und Tageszeitungen deutlich, unter denen sich auch viele ausländische Periodika befanden ('Univers' und 'Correspondent' in Frankreich, 'Tablet' in England, 'Spectateur Belge'...). Die Hauptgegner der HpBl sind oben schon genannt worden und waren in gleicher Weise auf diese fixiert wie umgekehrt. Das zeugt von großer Bedeutungseinschätzung, und es ist sicher, daß man sich gegenseitig las. Eine der vielen Entgegnungen der 'Kreuzzeitung', die Berichtigung eines sinnentstellenden Bezugs durch das Fehlen eines Kommas betreffend, wurde von den HpBl ironisch als 'Empfangsanzeige'[2] bezeichnet. Die Redaktion führte in ihren Rechnungsbüchern ihre Kosten für Abonnements pauschal auf; aus der Höhe des Betrages läßt sich auf das Halten von 8 bis 12, in späteren Jahren von 6 bis 8 Periodika schließen; wahrscheinlich handelte es sich dabei überwiegend um Tageszeitungen wegen der Bedeutung der Politik für die HpBl.

Aus den inhaltlichen Schwerpunkten gefolgert, kamen als Leser in erster Linie Interessenten an staats- und kirchenrechtlichen sowie an allgemeinhistorischen und kirchengeschichtlichen Fragen in Betracht. Aufgrund der Stellung der Zeitschrift in der politischen Publizistik ist sodann noch an selbst meinungsbildend wirkende Rezipienten[3] wie Publizisten, Parlamentsabgeordnete, Universitätsdozenten und den

---

1) Ein typisches Beispiel für fachspezifisches Wissen: "Das, was Hurter im 'Nomenclator' und Streber im Freiburger Kirchenlexikon über Thomas Bozius sagen, dürfte unsern Lesern zur Hand sein." (Bd. 113, S. 425).
2) Bd. 32, S. 1052.
3) Viele Mitarbeiter an den HpBl waren selbst Herausgeber oder Redakteure von Zeitungen und Zeitschriften. Vgl. dazu Kap. II.2.

hohen Klerus[1] zu denken. Da sich die HpBl mit Volkswirtschaft und Sozialpolitik beschäftigten, erfuhren sie auch Resonanz von gewerblichen Assoziationen wie Gewerkschaften, Handelskammern und Bauernorganisationen sowie auch von Parteien, wie schon am Beispiel der Sozialdemokratie gezeigt wurde. Natürlich sprachen die HpBl auch 'weitere Kreise' an, und da einige der Mitarbeiter auch einfache Geistliche sowie Lehrer und Studenten waren, darf hier wiederum etwas frei auf Teile dieser Kreise als Rezipienten geschlossen werden.

Die hier aufgeworfene Frage nach dem Leserkreis kann also nur einige Annäherungen bieten, welche sich auf mittelbare Indizien wie inhaltliche Schwerpunkte der Zeitschrift stützen. Doch scheint daraus immerhin hervorzugehen, daß der Leserkreis der Zeitschrift sehr viele Laien umfaßte. Das muß auf dem Hintergrund der Hinweise gesehen werden, daß der Klerus (sonst) zu den Beziehern der katholischen Presse das Hauptkontingent stellte[2]. Daß dies auf die 'Augsburger Postzeitung'[3] und den 'Katholiken'[4] in großem Umfang zutraf, is erwiesen. Schulte[5] scheint selbiges auch für die HpBl anzunehmen, wie das weiter oben gebrachte Zitat über seine persönlichen Erfahrungen zeigt. Doch erstens kann er nur von seiner Heimatstadt Winterfeld in Westfalen und zweitens nur von der Epoche des erregten kirchenpolitischen Streites in Köln ausgehen. Die Beschränkung seiner Beobachtung auf den Klerus schließt evtl. die Laien unter den Beziehern nicht aus nimmt er trotzdem den Klerus als Hauptbezieher an, so scheint mir dies allenfalls noch in den Jahren bis zur Beilegung der

---

1) Melchior von Diepenbrock war regelmäßiger Leser. Vgl. Pfülf, a.a.O., Bd. 2, S. 147, sowie Pölnitz, 16.1., a.a.O S. XLII.
2) Vgl. Bd. 77, S. 161 (allgemein festgestellt -nicht in propria causa).
3) Vgl. Bd. 82, S. 503.
4) Vgl. Löffler, a.a.O., S. 71, sowie J.B. Heinrich im 'Katholiken' selbst (1890/I, a.a.O.).
5) Vgl. Schulte, a.a.O., Bd. 3, S. 382.

Kölner Wirren oder bis 1848 vertretbar.

Kirchenpolitische Belange stießen im 19. Jahrhundert auf hohes Interesse bei Laien; ihr engagiertes Eintreten für die katholische Kirche kennzeichnet vor allem die erste Jahrhunderthälfte. Zu den zahlreichen Initiativen auf dem parlamentarischen wie auf dem Vereins- und Verbandssektor trat häufig noch der niedere Klerus hinzu und zog sich so zuweilen das Mißtrauen des hohen Klerus zu, wie im Kapitel über die staatskirchlichen Traditionen im Klerus gezeigt wurde. Dieses Laieninteresse und die Beobachtung, daß der tatsächliche Leserkreis durch Sammelabonnements, Lesezirkel, Vereine und Bibliotheken ein wesentlich größerer war als aus der Anzahl der verkauften Exemplare hervorgeht, spricht ebenfalls gegen die Annahme eines überwiegend geistlichen Leserkreises. Auch das letzte Rechnungsbuch der Redaktion, das besonders gegen Ende des Unternehmens viele Käufer einzelner Bände und Hefte nennt, gibt keinen Hinweis auf einen besonders hohen Anteil an Geistlichen unter den Lesern. Nach all dem Gesagten scheint also festzustehen, daß die HpBl in Bezug auf Geistliche als Leser deutlich unter dem Durchschnitt der katholischen Presse im allgemeinen lagen.

Mit diesem Laiencharakter und den erwähnten Verbindungen vieler Mitarbeiter zu anderen Zeitschriften und Tageszeitungen erklärt sich auch Niedermayers Urteil über die Zeitschrift aus dem Jahr 1861: "Wohlthuend verspürt man ihren Einfluß in den katholischen Journalen..."[1]. Andere Zeitgenossen bestätigen dieses Bild einer leitenden Funktion der Zeitschrift. So beriefen sich die Herausgeber der 'Deutschen Volkshalle' in ihrem Programm ausdrücklich auf die Münchner Zeitschrift: "... daß dieses Tagblatt (Anm.: die 'Volkshalle') im wesent-

---

1) Niedermayer, a.a.O., S. 22. Dazu Pesch über das Verhältnis der HpBl zur Kirchenblattpresse: "Viele Artikelübernahmen in den Kirchenblättern zeigen, daß das Münchner Blatt führend an der Meinungsbildung in der katholischen Presse beteiligt war." (Pesch, a.a.O., S. 36).

lichen keine andere Bestimmung hat als die Vertretung derje-
nigen Tendenz im Gebiete der Tagesliteratur, welche im Be-
reich der Wochenschriften durch die H i s t o r i s c h -
p o l i t i s c h e n B l ä t t e r seit vielen Jahren mi
der rühmlichsten Tatkraft und Treue vertreten worden ist"[1].
Ebenfalls aus dieser Zeit der Blüte der HpBl stammt ein wei-
teres Urteil aus publizistisch kompetentem Mund. Im Programm
des 'Katholisch-konservativen Preßvereins' vom 18. Oktober
1851 wurden sie als vorbildliches Beispiel hingestellt:
"... befördert der Verein alle größeren katholisch-konserva-
tiven Tagesblätter, sofern sie sich wirklich dem Geiste des
Vereines, wie er durch die 'Historisch-politischen Blätter'
und die 'Deutsche Volkshalle' ausgesprochen ist, anschlies-
sen"[2].

Diese Urteile sind wohl als Beweis für die den HpBl
auf dem weit gefaßten Feld alles Politischen bereitwillig
eingeräumte Führerrolle zu werten. Davon zeugen noch zahllo
weitere Äußerungen sowohl von Zeitgenossen als auch aus
neuerer Sicht, die wegen ihres gleichen Tenors summarisch i
der folgenden Fußnote angegeben sind[3]. Dabei dominieren die

---

1) Zit. nach Bachem, a.a.O., Bd. 2, S. 230 (Hervorhebung im Original).
2) Zit. nach Bachem, a.a.O., Bd. 2, S. 482.
3) Montalambert in einer Zuschrift an die Redaktion: "l'orga principal de l'opinion catholique au-delá du Rhin." (Bd. 18, S. 548). Ders.: "le recueil catholique le plus accrédité de l'Allemagne..." (Bd. 18, S. 549). Weitere U teile Montalamberts zitieren Niedermayer, a.a.O., S. 21 und S. 43 sowie Frizenschaf, a.a.O., S. 17. Dazu: Sepp, a.a.O., S. 467; Galland, a.a.O., S. 621 f.; Bachem, a.a.O., Bd. 1, S. 232; Löffler, a.a.O., S. 25, sowie 'Bayerischer Kurier' Nr. 115 vom 25.4.1917. Selbst die 'Allgemeine Zeitung' konnte nicht umhin, die HpBl das "geistvollste, kräftigste und selbständigste Organ der Interessen der streitenden Kirche" zu nennen (Nr. 63 vom 4.3.1847). Nur eine Würdigung aus neuester Zeit sei noch genannt: Lill bezeichnet die HpBl als "das Hauptorgan de katholischen Bewegung in Deutschland." (Lill-Diss., a.a. S. 81).

Attribute 'einzig', 'vornehm', 'erste Stelle' u.ä.

Daß der Bezieherkreis einflußreiche Personen und Organisationen umfaßte, kann als gesichert gelten; beim Lesen der HpBl fällt zudem noch die große Anzahl von (erfolgreichen) Aufrufen und Meldungen über Projekte auf publizistischem und wissenschaftlichem Sektor auf, deren Tendenz der Zeitschrift entsprach. Beispiele dafür wurden bereits in Teil A der Arbeit[1] gegeben; diese unentgeltlich aufgenommenen Einrückungen zeigen die Wirkungsmöglichkeiten der HpBl recht deutlich.

Die abschließende Wertung von Verbreitung und Bedeutung der Zeitschrift muß vor dem Hintergrund der vielfältigen Schwierigkeiten der katholischen Presse im allgemeinen vorgenommen werden. Dabei zeigten sich vor 1848 fast unüberwindliche Probleme, sich auf dem Pressesektor zu etablieren. Bei Löffler[2] und Bachem[3] finden sich zahlreiche gescheiterte Neugründungen katholischer Journale aufgezählt, auch noch für die Zeit nach 1848. Jeweils nur für 2 bis 3 Jahre bestanden der 'Religionsfreund für Katholiken' (Bamberg), das von der katholischen theologischen Fakultät in München (Döllinger, Haneberg, Stadlbauer) herausgegebene 'Archiv für theologische Literatur', die 'katholischen Kirchenzeitungen' von Offenbach und Aschaffenburg, die 'Breslauer Zeitschrift für katholische Theologie', das 'Christliche Religionsmagazin' (Frankfurt), die 'katholische Zeitschrift für Wissenschaft und Kunst' (Bonn) und viele mehr. Diese Auflistung nennt vor allem katholische Fachzeitschriften; die Schwierigkeiten bestanden aber auch für politische Organe mit und ohne katholische Tendenz, wie das Schicksal von Rankes 'Historisch-politischer Zeitschrift' sowie das der zahlreichen Projekte Pfeilschifters ('Staatsmann', 'Aschaffenburger Kirchenzeitung', 'Zuschauer am Main') gezeigt hat. Vor allem auf dem Hintergrund der letztgenannten politisch ausgerichteten Periodika erhält

---

1) Vgl. Kap. II.4.
2) Vgl. Löffler, a.a.O., S. 22 ff.
3) Vgl. Bachem, a.a.O., Bd. 1, S. 259 ff.

der Erfolg der HpBl ein besonderes Gewicht.

Die Gründe für die mißliche Situation der katholischen und selbst der subventionierten konservativen Presse liegen im Mangel an erfahrenen Mitarbeitern, überhasteten Gründungen und, speziell für katholische Organe, in vormärzlichen hinderungen[1] und dem Konzessionierungszwang. Als Franz Ada Lenning im Jahr 1847 in Mainz eine katholische politische Tageszeitung herausgeben wollte, verweigerte die hessische Regierung die Konzessionierung mit der Begründung, daß "kei Bedürfnis"[2] danach bestehe. Ebenso schwierig war die Situa tion für Kirchenzeitungen; sogar dort, wo die Zensur nichts dagegen einzuwenden hatte, bestanden sie oft nur unter gros sen Differenzen zwischen engagierten Laien und traditionell gesinntem (meist hohem) Klerus. Für die österreichischen Zustände vor 1848 bezeichnend ist die äußerst reservierte Haltung des Wiener Erzbischofs Milde zur versuchten Heraus- gabe einer Kirchenzeitung durch Sebastian Brunner im Jahr 1847. Ohne Unterstützung von höherer Seite war das Unterneh aussichtslos - wie aus Brunners Einschätzung hervorgeht: "...es (Anm.: das besagte Unternehmen) hätte sich ohnehin kaum ein Vierteljahr erhalten können; die furchtbarsten Mit arbeiter daran wären die geistliche und weltliche Censur in unermüdlichen Streitigkeiten gewesen"[3]. Als Friedrich Hurt dann nach 1848 in derselben Stadt die Herausgabe der 'Wiene theologischen Literaturzeitung' übernahm, mußte ihm Pius Gams

---

1) Z.B. Exil des 'Katholiken' in Straßburg, Verbot der HpBl in Preußen sowie Verbote für viele katholische Zeitungen in Preußen und Baden.
2) Brück, (Lenning), a.a.O., S. 103. Ebenso: Diehl, Anton. Zur Geschichte der katholischen Bewegung im 19. Jahrhund Das 'Mainzer Journal' im Jahr 1848. Mainz 1911, S. 11. (Erst 1848 erfolgte die Genehmigung. Herausgeber der 'Ma zer Journal' genannten Tageszeitung war Franz Sausen.)
3) Sebastian Brunner, a.a.O., Bd. 2, S. 155.
4) Herausgeber der ersten 3 Registerbände zu den HpBl (Jge. 1838-1878).

aus München sogar in dieser Epoche ohne besondere Zensurgefährdungen Mut zusprechen zur Bewältigung dieser Aufgabe: "Ich bitte Sie, wenigstens noch vorderhand sich nicht entmuthigen zu lassen und die Last fortzuschleppen. In der Lage, in der die 'Literatur-Zeitung' ist, befinden sich alle oder fast alle katholischen Blätter, sie kämpfen samt und sonders um ihre Existenz, vielleicht mit einziger Ausnahme der 'historisch-politischen Blätter'."[1] Diese Äußerung fiel zwar schon in die Zeit der beginnenden Krise der Münchner Zeitschrift, doch war deren Erscheinen damals nicht gefährdet.

Auch der 'Katholik' hatte existenzgefährdende Krisen zu bewältigen. Als J. Görres wegen seiner Berufung nach München die tatkräftige Leitung dieses Journals einstellen mußte, klagte kurze Zeit später einer der Gründer des 'Katholiken', der spätere Bischof Andreas Räß, über das Stocken der Abonnentenzahl. Bischof Keller aus Rottenburg sprang helfend ein, einmal beispielsweise durch die Abnahme von 40 Exemplaren[2]; das war nötig, obwohl der 'Katholik' vor Gründung der HpBl "das einzige Organ von allgemein kirchlich-politischer Bedeutung in Deutschland (war)"[3]. Nachdem Preußen in der Restaurationszeit seine vormärzliche Pressepolitik beibehalten und ebenfalls oft das 'Bedürfnis' zur Gründung katholischer Zeitungen und Zeitschriften bestritten hatte, der 'Katholik' behindert und die HpBl von neuem (1856-1859) verboten waren, beklagte Peter Reichensperger in der preußischen Abgeordnetenkammer, daß "in Preußen zur Zeit keine politisch-katholische Zeitung mehr besteht"[4]. Über Preußens Pressepoli-

---

1) Gams an Hurter. München, den 4.1.1856. (Hurter, a.a.O., Bd. 2, S. 405)
2) Vgl. Schnütgen in Historisches Jahrbuch, a.a.O., S. 165.
3) Löffler, a.a.O., S. 21.
4) Zit. nach HpBl, Bd. 39, S. 937. Im Sprachgebrauch dieser Zeit wurde noch nicht immer unterschieden zwischen den Begriffen 'Zeitung' und 'Zeitschrift', und die Zeitschriften zuweilen als 'Zeitungen' bezeichnet.

tik fällten die HpBl ein äußerst hartes Urteil und sahen die Ursache des Verhaltens der Regierungsorgane in engem Zusamme hang mit der allgemeinen Politik Preußens: "Nirgends ist der pflichtige, der Presse verfassungsgemäß zugesicherte Schutz so durchaus illusorisch, nirgends wird dieses Gesetz von den berufenen Wächtern des Gesetzes so unbedenklich umgangen wie in Preußen. ... Keine Regierung in Deutschland ist weniger identisch mit Land und Volk, ist mehr bloße P a r t e i , als die zeitweilige preußische. Keine fühlt sich deshalb auc mehr in permanentem Belagerungszustand wie sie"[1].

Die Schärfe des Urteils erklärt sich sicher auch durch die Betroffenheit in eigener Sache. Sie ist verständlich, da sie auf das Verhalten der Verwaltung in der Praxis abstellt und nicht auf die zugegebenermaßen vorbildlichen Verfassungs garantien. Schon zu dieser Zeit entwickelte Otto von Bismarc in seiner Eigenschaft als preußischer Bundesgesandter eine rege Tätigkeit auf pressepolitischem Sektor und schickte seiner Regierung Warnungen und Ratschläge bezüglich der Orga mit 'ultramontaner Tendenz'[2] zu. Die restriktive preußische Presseaufsicht wird durch die Tatsache unterstrichen, daß nicht nur Zeitungen oben genannter Tendenz wie die 'Augsbur ger Postzeitung'[3] oder die 'Rheinische Volkshalle'[4], sonde

---

1) Bd. 39, S. 929 f. Diese 'Legitimationskrise', wie man das heute nennen würde, spielt eindeutig auf die überwiegend von Katholiken besiedelten Gebiete an (vor allem auf die Rheinlande und Westfalen), da wenig später die Rede ist von einem "fast unglaublichen Grad unversöhnlicher Gereiz heit, finsterem Argwohn, puritanischer Gehässigkeit gegen politische Parteien nicht nur, sondern gegen ganze Provin zen." (a.a.O., S. 931).
2) Vgl. Kißling, a.a.O., Bd. 1, S. 444.
3) Vgl. Bd. 18, S. 64.
4) Vgl. Bd. 39, S. 931.

beispielsweise auch die - in Preußen als eindeutig österreichfreundlich empfundene - 'Allgemeine Zeitung'[1] sowie die 'Leipziger Allgemeine Zeitung'[2] über längere Zeit verboten waren.

Die Bedeutung des Jahres 1848 als Schwellenjahr für die Entwicklung der katholischen Presse ist zu Recht unzählige Male hervorgehoben worden, auch von den HpBl selbst[3]. Es brachte aber zunächst nur die Beseitigung der behindernden Zensurmaßnahmen in der Mehrzahl der deutschen Staaten, wogegen der Mangel an journalistisch erfahrenen Mitarbeitern und die Begrenzung auf kleine oder spezifische (Klerus) Leserschichten erst im Laufe längerer Jahre zu überwinden waren. Das wird durch die Kurzlebigkeit vieler in den 50-er Jahren gegründeter katholischer Zeitschriften deutlich[4], an welcher der zeitbedingte 'Gründungsboom' wahrscheinlich mitschuldig ist. Die Zahl der potentiellen Leser konnte gar nicht so schnell nachwachsen wie die der neuen Zeitschriften, weshalb diese oft kaum über einen Kreis Gleichgesinnter hinaus wirkten. Anders verhielt es sich mit den - weiter oben erwähnten - bekannten Tageszeitungsgründungen auf katholischer Grundlage.

Bis etwa zu Ende der 50-er und Beginn der 60-er Jahre, als sich mit dem 'Archiv für katholisches Kirchenrecht', dem 'Literarischen Handweiser' und den 'Stimmen aus Maria Laach'

---

1) Ihr wurde zuerst zwecks Wiederkonzessionierung die Aufnahme eines Redakteurs aus dem 'Preußischen Preßbureau' zugemutet. Das konnte die 'Allgemeine Zeitung' zwar abwehren, aber sie hatte nach Wiederzulassung - so glaubten die HpBl beobachten zu können (vgl. Bd. 39, S. 937) - weniger Raum für Nachrichten aus Österreich.
Über weitere Umstände der Wiedererlangung einer Pressekonzession in Preußen, vgl. auch: Bäuml, Michael. Staatspolitik, Presse und Post. Die Bedeutung des Postzwangs und Postzeitungsdebits für Staatspolitik und Presse in Deutschland. Diss. Erlangen 1931, S. 33.

2) Vgl. Bäuml, a.a.O., S. 26.

3) Vgl. z. B. Bd. 125, S. 335.

4) Aufgezählt in Bd. 125, S. 336 ff.

Zeitschriften von großer Konstanz etablierten, waren die HpBl zusammen mit dem 'Katholiken' das einzige katholische Journal von Bedeutung. Das erforderte eine große Bandbreit des Inhalts und damit einen großen Kreis regelmäßiger Mita beiter für ganz verschiedenen Fachbereiche, der auch für d HpBl nicht immer leicht zu beschaffen war. Das wird bezeug durch die Auseinandersetzung zwischen Jarcke und G. Görres wegen mangelnder Beiträge sowie durch Briefe und Biographi

Bedenkt man all diese Schwierigkeiten der katholische Presse, so fällt die ungewöhnliche Konstanz der HpBl auf, welche 85 Jahre und 3 Monate lang erschienen (1838-1923); bezieht man zusätzlich die Lebensdauer anderer sich als po tisch verstehender Zeitschriften ein, so muß man für die Wirkung der HpBl unter so unterschiedlichen politischen Voraussetzungen im Laufe ihres Erscheinens noch weitere Er klärungen suchen. Da ist es naheliegend, sich nac h der Be schäftigung mit den Voraussetzungen der katholischen Press den Mitarbeitern und der Redaktion zuzuwenden.

---

1) Z.B. J. Görres an G. Görres, München, den 24.12.1839. I Familienbriefe (I), S. 409. Über den Mangel an Beiträge in früheren Jahren gibt auch die Biographie Guido Görres Auskunft (a.a.O., S. 369). Dagegen konnten später viele der eingesandten Artikel remittiert werden, wie die Br fe des meist allein entscheidenen Jörg an Binder im Re- daktionsarchiv in Regensburg (Binder-Karton) zeigen.

II. DIE MITARBEITER AN DEN HPBL

II.1. ZUM BEGRIFF 'MITARBEITER' UND ZUR VORGEHENSWEISE

Unter dem Begriff 'Mitarbeiter' sollen zunächst einmal alle diejenigen verstanden werden, deren Beiträge in den HpBl abgedruckt wurden, ganz gleich ob es sich dabei um einen einzelnen oder um hundert Artikel handelt. Auch posthum veröffentlichte Aufsätze rechne ich der weiten Definition wegen dazu. Einen besonderen Status unter den Mitarbeitern nahmen die in der Redaktion Tätigen ein; selbige war stets sehr klein und umfaßte zwischen einer (Franz Binder von 1901 bis 1903, Georg Jochner ab 1914) und fünf Personen (Phillips und G. Görres als offizielle Herausgeber, Jarcke, J. Görres und seine Tochter Marie[1]) im ersten Dezennium). Vor allem seit der Übernahme der Redaktion durch Jörg stand den HpBl fast immer eine ausreichende Anzahl von Mitarbeitern zur Verfügung, welche zudem über ein differenziertes Spektrum an Fachkenntnissen verfügten.

Der Begriff 'Mitarbeiter' darf nicht immer - vom engen Kreis der Redaktion einmal abgesehen - als aussagekräftige Kennzeichnung derjenigen verstanden werden, welche für die Zeitschrift Aufsätze schrieben. Diese Tatsache, welche die Bedeutung der HpBl in keiner Weise schmälert, hat zwei Gründe: Zum einen war die Mitarbeit selten singulär auf die HpBl beschränkt, denn weit mehr als die Hälfte der Mitarbeiter

---

1) Ihre konstante (und auch honorierte) Mitarbeit in der Redaktion, beispielsweise beim Lesen der Korrekturbogen war für die HpBl unverzichtbar, da Phillips und Jarcke durch Professur und Regierungsamt stark in Anspruch genommen waren und G. Görres oft sehr lange Zeit auf Reisen war. Zu letzterem, vgl.: Giovanelli an J. Görres. Bozen, den 6.1.1840. In: Freundesbriefe (III), Nr. 432, S. 534. Zeitweise halfen deshalb auch der junge (Friedrich) Windischmann und Carl Ludwig von Arndts in der Redaktion aus. Vgl. HpBl, Bd. 3, S. 57 ff. (ersterer) und Redaktionsarchiv Thauernhausen (letzterer).

schrieb auch Beiträge für andere Zeitschriften sowie für Tageszeitungen bzw. fungierte selbst als Herausgeber solcher[1]. Zum anderen war die Bedeutung der Mitarbeiter für d deutschen Katholizismus und für das Geistesleben der Gegenwart in vielen Fällen eine überragende und verdeckte die of nicht bekannte zusätzliche Mitarbeit an den HpBl. Diese b den Umstände führten häufig zu einer Umkehrung der Betrachtungsweise dergestalt, daß dieser Personenkreis dann nicht kannt war aufgrund seiner Mitarbeit an den HpBl, sondern di HpBl profitierten von dessen Bekanntheit, der Sachkompetenz seiner Beiträge und der daraus resultierenden Gewichtigkeit für den Leser. Es ist trotzdem nicht sinnvoll, zwischen hauptsächlichen oder bekannten Mitarbeitern einerseits und unbekannten oder 'Auch-Mitarbeitern' andererseits von vorne herein zu unterscheiden, weil man damit nicht den ganzen Kreis erfassen kann. Die Bedeutung der bekanntesten Mitarbe ter für das Geistesleben der Zeit zeigt den Mittelpunktscharakter der Münchner Zeitschrift.

In Bezug auf die 'Ausbildung' der Mitarbeiter dominier ten vor allem drei Gruppen: die Theologen (die weitaus grö unter den dreien), die Historiker und die Journalisten. Bevor nun ausführlicher auf die Bedeutung, die Herkunft und die Berufe der Mitarbeiter eingegangen wird, seien nur die allerbekanntesten unter diesen genannt, nach 'Berufsgruppen geordnet und ohne Berücksichtigung von Generationsunterschi den:

- Georg von Hertling, Wilhelm Marx, Matthias Erzberger, Richard von Belcredi, Adalbert von Buol-Berenberg, Leo vo Thun, Georg Heim, Heinrich Bernhard von Andlaw und Theodo Wacker als Reichskanzler, Ministerpräsidenten, Minister,

---

1) Die Untersuchung 'typischer' Verbindungen auf dem Gebie der Presse ist Gegenstand der folgenden Kapitel II.2. u II.4.

Parteiführer und Zentrumsabgeordnete,

- Kardinal Joseph Hergenröther, der Breslauer Fürstbischof Heinrich Förster, die Bischöfe Karl Greith (St. Gallen), Paul Keppler (Rottenburg), Daniel Haneberg (Speyer), Hubertus Simar (Paderborn), Paul Leopold Haffner (Mainz), Joseph Fessler (St. Pölten) u.a. als Vertreter des hohen Klerus,
- Johann Friedrich Böhmer, Friedrich Hurter, August Friedrich Gfrörer, Onno Klopp, Johannes Janssen, Johann Baptist Weiß, Ludwig Pastor, Constantin Höfler und Hermann Grauert als Historiker sowie die Archäologen Carl Maria von Kaufmann und Joseph Sauer,
- Carl Ludwig von Haller, Carl Ludwig von Arndts, Karl Ernst Frhr. von Moy de Sons, Leopold August Warnkönig und Peter Reichensperger als Rechtsgelehrte,
- Ignaz von Döllinger, Friedrich Windischmann, Joseph Mausbach, Albert Ehrhardt, Matthias Joseph Scheeben und die 'Tübinger' Moritz von Aberle und Franz Xaver Funk als Theologen,
- Julius Bachem, Hermann Cardauns, Paul Majunke, Adolph Franz, Franz von Florencourt und Karl von Vogelsang als bekannteste Journalisten,
- sowie die Dichter Clemens Brentano, Joseph von Eichendorff, Annette von Droste Hülshoff und Beda Weber.

Daneben sei noch an die Kunsthistoriker Joachim Sighart und August Reichensperger, den Mediziner Ringseis und viele andere erinnert.

Diese vereinfachte Zuordnung nach 'Hauptberufsgruppen' berücksichtigt noch nicht die Herausgeber und Gründer sowie andererseits die verschiedenen Funktionen und wissenschaftlichen Kompetenzen. So lieferte Hertling selten politische Beiträge, sondern als Professor der Philosophie meist Aufsätze philosophischen Inhalts; der Dichter Beda Weber war als Abgeordneter der Paulskirche (wie viele andere Mitarbeiter) auch Hauptberichterstatter von dort; der Journalist Cardauns übernahm hauptsächlich belletristische Themen und Rezensionen

u.s.w.

Alleiniger Zweck dieser Namensnennungen war, die Bedeutung der HpBl allein schon von der Seite der ständigen und gelegentlichen Mitarbeiter her anzudeuten. Andere Mitarbeiter sollen deswegen nicht zurückstehen, doch ist es bemerkenswert, daß über ein Drittel aller festgestellten Mitarbeiter (namentlich Nennung, Chiffre und andere Ermittlung) auch im 'Lexikon für Theologie' ('Buchberger' - Auflage von 1957) festgehalten sind. Nimmt man noch alle anderen Möglichkeiten hinzu, einem beispielsweise im Redaktionsarchiv gefundenen und durch die zusätzliche Nennung von Vornamen und/oder Berufsbezeichnung und/oder Wohnort und/oder Sterbedatum eindeutig festliegenden Mitarbeiternamen unter Zuhilfenahme anderer Lexika, biographischer Nachschlagewerke und Biographien weiter nachzugehen, so findet man bei etwa zwei Drittel der Mitarbeiter weitere Informationen.

Von den übrigen, in Nachschlagewerken Nekrologen und Biographien nicht erwähnten Mitarbeitern steht zumindest häufig fest, ob es sich um Süd- oder Norddeutsche, um Laien oder Geistliche u.s.w. handelte. Diesen Informationen mußte selbstverständlich zuerst die namentliche Ermittlung eines Teiles der anonymen Mitarbeiter vorausgehen; diese Ergebnisse, welche im statistischen Anhang (Kap. II.6.) festgehalten sind, waren die Voraussetzung a l l e r Aussagen über den Mitarbeiterkreis. Die gesamte Forschung über die Mitarbeiter soll nicht unverbunden dargeboten werden, sondern zur weiteren Charakterisierung der HpBl beitragen. Als 'Nebeneffekt' können die Namensermittlungen bei nicht gezeichneten Artikeln auch als Ausgangspunkt zu weiteren Arbeiten über die katholische Presse oder über einzelne Persönlichkeiten bzw. (durch die Angaben bezüglich der Vorgehensweise der Ermittlung) zur methodische Hilfe bei der Fortsetzung der Mitarbeiterforschung dienen.

II.2. WER WAREN DIE MITARBEITER? (REGIONALE HERKUNFT; VERHÄLTNIS ZWISCHEN LAIEN EINERSEITS UND WELT- UND ORDENSGEISTLICHEN ANDERERSEITS; PROTESTANTISCHE MITARBEITER UND KONVERTITEN; BERUFE)

Nach ihrer Herkunft bzw. ihrem Wohnsitz lassen sich auch zahlreiche Mitarbeiter einordnen, über die ansonsten keine biographischen Daten vorliegen; das Handexemplar der HpBl im Redaktionsarchiv beinhaltet nämlich im Inhaltsverzeichnis zuweilen die Herkunft der Mitarbeiter durch eine Bleistifteintragung. Dazu kommen noch einige Zusammenstellungen von Mitarbeiternamen im Redaktionsarchiv Thauernhausen. So lassen sich - mit bestimmten Einschränkungen, von denen gleich die Rede sein wird - etwa zwei Drittel der Mitarbeiter 'lokalisieren' und die Befunde spiegeln in etwa das Bild des Leserkreises wider, das im vorigen Kapitel aus Indizien gewonnen wurde.

Die erste der oben angesprochenen Einschränkungen betrifft die bekanntesten Persönlichkeiten unter den Mitarbeitern: Joseph und Guido Görres sowie Clemens Brentano waren Rheinländer, können aber ihrem weiteren Lebenslauf nach auch dem Münchner Kreis zugerechnet werden. Der Westfale Carl Ludwig von Arndts war Professor in Bonn, Wien und München; Jarcke und Phillips fanden in Bayern und Österreich neue Wirkungsstätten. Auch die Historiker Johann Baptist Weiß, Onno Klopp, Ludwig Pastor sowie überhaupt ein großer Teil der bekannten Professoren lassen sich aus dem gleichen Grund nicht einordnen und wurden von mir in der Übersicht über die regionale Herkunft bzw. den Wohnort nicht berücksichtigt. Sie hatten fast alle im Laufe ihres wissenschaftlichen Entwicklungsganges ganz verschiedene Wirkungskreise.

Die zweite Einschränkung betrifft eine gewisse Anzahl von Ordensangehörigen, vor allem Jesuiten, die z.B. auf Missionsreisen in der norddeutschen Diaspora oder während des Kulturkampfes im Exil in Holland und Belgien, aber auch in Dänemark und England anzutreffen waren. So stammten viele Ar-

tikel, die aus dem Benediktinerkloster Maredsous in Belgien an die Redaktion eingesendet wurden, nicht von belgischen Mitarbeitern (die es auch gab), sondern von deutschen Ordensangehörigen.

Ziel dieser folgenden Zusammenstellung ist nur die schwerpunktmäßige Herausarbeitung der Streuung der Mitarbeiter; unter anderem bietet sich dabei die Möglichkeit einer Verifikation des überregionalen Charakters der Münchner Zeitschrift an. Zwar stützen sich die folgenden Angaben nur auf etwa zwei Drittel der ermittelten Namen, doch dem Zufallsgesetz nach wird es sich bei den übrigen Mitarbeitern wohl tendenziell ähnlich verhalten.

Danach stammte der mit 28% größte Teil der Mitarbeiter aus Bayern, davon wiederum über 70% aus Altbayern. Erstaunlich hoch ist der Anteil der preußischen Mitarbeiter und de aus einigen norddeutschen Staaten, der mit zusammen 26% (davon über die Hälfte aus den preußischen Westprovinzen) fast den der Bayern erreichte. Die Mitarbeiter aus der gesamten Donaumonarchie machten etwa 18% aus, doch ist ihr Anteil am Inhalt weitaus höher, da die HpBl auch nach der endgültigen Lösung der 'Deutsche Frage' besondere Hoffnungen u starkes Interesse auf Österreich und das frühere Kaiserhaus des Alten Reiches setzten. Unter den Mitarbeitern aus der Donaumonarchie finden sich auch Zusender aus Budapest, Prag und Krakau, also aus Gebieten mit deutschsprachigen Minderheiten. Von den anderen deutschen Staaten sind noch zu nenn Württemberg mit 8-9% sowie Baden und die hessischen Staaten mit jeweils etwa 5% der Mitarbeiter. Der Anteil der Schweiz betrug ebenfalls etwa 5%, und der Rest (zusammen etwa 4%) stammte aus kleineren deutschen Staaten und aus dem benachbarten europäischen Ausland.

Betrachtet man die wichtigeren Mitarbeiter, also alle

diejenigen, die mehr als etwa 20 Artikel geschrieben haben[1], so verändert sich das Bild nicht wesentlich. Es findet sich nur zu der oben bereits erwähnten größeren Bedeutung der Österreicher eine Parallele bei den bayerischen Mitarbeitern, während sich bei den Preußen und Norddeutschen, zumindest bis zum preußischen Kulturkampf, das umgekehrte Bild zeigt. Unter der letztgenannten Gruppe finden sich also viele gelegentliche Einsender, aber ein geringerer Anteil an konstanten Mitarbeitern.

Trotzdem zeigt diese Zusammenstellung schon an, daß die HpBl nicht ausschließlich ein Organ des 'bayerischen Ultramontanismus' sein konnten, als das sie von der gegnerischen Publizistik oft angesprochen wurden[2] und als das sie vielleicht deswegen zuweilen heute noch gelten. Zwar vertraten die HpBl innerhalb des deutschen Katholizismus die kurialistisch strengere Richtung, doch waren sie dadurch für den gesamten Katholizismus in Deutschland von Bedeutung, daß es den Herausgebern gelungen war, das sich im Untertitel "für das katholische Deutschland" manifestierende Selbstverständnis auch in der Praxis zur Geltung zu bringen. Davon zeugt die Offenheit, mit der zahllose Fragen, welche nicht mit kirchenpolitischer Materie im Zusammenhang standen, diskutiert wurden. Diese Aussage muß allerdings auf den Untersuchungszeitraum bis zur Jahrhundertwende eingeschränkt werden; eine weitere kursorische Durchsicht zeigt immerhin noch, daß sich bei den in die Zeit der Jahrhundertwende und der Jahre danach fallenden strittigen Themenkomplexen wie Konfessionseinheit

---

1) Man wird etwa ein Viertel aller namentlich ermittelten Mitarbeiter dazu rechnen können. Sie prägten eigentlich das Gesicht der HpBl, weshalb im folgenden mehr von ihnen als von der Gesamtheit der Ermittelten die Rede sein muß.

2) Beispielsweise in den Entgegnungen der 'Kreuzzeitung', sowie bei: Rohmer, Friedrich. Meinungsäußerung eines Konservativen gegen den Ultramontanismus in Bayern. München 1846, S. 88. Ebenso: Reinkens, a.a.O., S. 200 ff.

oder Überkonfessionalität des Zentrums und der christlichen Gewerkschaftsbewegung die fortschrittlichere 'Kölner Richtung' noch publizistisch stark vertreten finden konnte. Unter Jörgs Redaktion waren die HpBl noch eindeutig auf Seite der 'Überkonfessionellen' gestanden. Diese 'Kölner Richtung' war gleichzeitig auch die Richtung des Reichszentrums. Doch ging danach die Führung auf die antimodernistische Münchner Richtung über. Allerspätestens nach 1918 standen die HpBl dem Reichszentrum ablehnend gegenüber, eventuell parallel zur Bayerischen Volkspartei. Bei diesen vereinfachten Andeutungen muß ich es belassen, da ich über die HpBl in diesem Zeitraum noch kaum gearbeitet habe. Das Ende der Münchner Zeitschrift, vor allem die Gründe ihres Eingehens im Jahr 1923, will ich später erforschen.

Die durch biographische Daten näher bestimmten Mitarbeiter wiesen einen überraschend hohen Anteil an Welt- und Ordensgeistlichen auf[1], nämlich etwa 60%. Ob sich diese Beobachtung ebenso einfach wie bei der Herkunft auch auf diejenigen Mitarbeiter übertragen läßt, von denen nur die Namen feststehen, ist zwar zweifelhaft; trotzdem bleibt diese Zahl zunächst einmal im Widerspruch mit dem betonten[2] und auch durch die Lektüre bestätigten politischen und laiischen Charakter der HpBl. Doch verschiedene Umstände heben diesen Widerspruch weitgehend auf. Zunächst einmal steigt der Anteil der Laien auf mehr als die Hälfte an, wenn man die hier unbedingt notwendige Reduktion auf die regelmäßigeren und wich-

---

1) Unter letzteren wiederum überwogen die Jesuiten mit der Hälfte und die Benediktiner mit etwa einem Drittel der Gesamtzahl.

2) Vgl. Jörg: "Die 'Blätter' hingegen sind ein Laien-Organ, ihre Mitarbeiter sind größtentheils Nichtgeistliche..." (Bd. 53, S. 29).

tigeren Mitarbeiter vornimmt. Zudem war die redaktionelle Leitung stets in der Hand von Laien[1]. Sodann ist eine biographische Besonderheit zu beobachten, die mit einem häufigen Ausbildungsgang dieser Zeit zusammenhängt. Alle Theologienprofessoren waren Geistliche, da sie zwischen der ersten Ausbildung in Priesterseminarien (nur in der Oberrheinischen Kirchenprovinz in unregelmäßigen Abständen sowie in Preußen zur Zeit des Kulturkampfes ernstlich behindert) und der Erwerbung der Lehrbefähigung mit Promotion und Habilitation an den allgemeinen Universitäten die Priesterweihe empfingen. Unter diesen Ausbildungsgang über die bischöflichen Seminarien und die Priesterweihe fielen aber nicht nur die angehenden Theologieprofessoren, sondern auch viele Professoren der Philosophie (Martin Deutinger, Jakob Frohschammer, Joseph Bach), der Kunstgeschichte und Archäologie (Carl Maria Kaufmann, Joachim Sighart) und anderer Disziplinen (so war z. B. auch der Historiker Johannes Janssen Geistlicher). Sie alle sind in meiner Übersicht deswegen den Geistlichen zugerechnet; da sie jedoch in ihrer beruflichen Arbeit nicht im Dienst der Kirche standen (auch wenn z. B. der Kirche bei Berufung von Philosophieprofessoren vom Staat zuweilen ein Mitspracherecht eingeräumt wurde) und somit faktisch den Laien zugerechnet werden könnten, ist diese Einordnung zugegebenermaßen problematisch.

Aus all diesen Gründen reduziert sich die tatsächliche Quote der geistlichen Mitarbeiter, und es war ihr Einfluß

---

1) Auf diesen Umstand bezog sich auch Schmolcke bei der Konstatierung eines über den Durchschnitt der katholischen Presse hinausgehenden Laiencharakters der HpBl. (Vgl. Schmolcke - die schlechte Presse, a.a.O., S. 319). Die einzige unbedeutende Ausnahme geistlicher Mitarbeit in der Redaktion war die vorübergehende Aushilfe Friedrich Windischmanns während der Abwesenheit G. Görres' in den Jahren 1839/40 (vgl. weiter oben, Kap. II.1.).

nicht so entscheidend, wie dies zunächst hätte angenommen werden können. Dadurch ergab sich der laiische und politische Charakter der Zeitschrift unbeschadet einer doch nicht unerheblichen Anzahl an geistlichen Mitarbeitern. Auc verteidigten die HpBl die Rechte der katholischen Kirche un die Gleichberechtigung des katholischen Volksteils stets au dem Weg über die Propagierung der von ihnen dafür als Vorau setzung angenommenen richtigen p o l i t i s c h e n Ordnung. In dieser Hinsicht wirkte also schon eine 'säkularisierte' Komponente des Katholizismus in der Zeitschrift. Dieser generellen Linie ordneten sich auch die geistlichen Mitarbeiter unter, so daß der weltliche Charakter gewahrt wurde.

Von inhaltlicher Seite läßt sich diesem Bild noch der Hinweis auf die Ergiebigkeit der Lektüre der HpBl bezüglich aller außerpolitischen und sozialen Zeitprobleme hinzufügen daß daran Jörg sowohl als Herausgeber als auch Verfasser un zähliger Artikel entscheidend beteiligt war und durch ihn d Zeitschrift eine gewisse Wandlung erfuhr, wurde bereits gesagt. Jörgs 'Zeitläufe' zur Außen- und Sozialpolitik und Ka Baders (gest.: 1874) 'Politische Gedanken vom Oberrhein' un 'Briefe des alten Soldaten' sowie Rezensionen von einschlägigen Werken prägten das Bild der HpBl in der zweiten Jahrhunderthälfte zumindest genauso stark wie die Grenzbestimmu gen zwischen Staat und Kirche[1]. Aus all diesen Gründen nan Jörg die HpBl zu Recht ein 'Laien-Organ' und wenn auch sein Feststellung "...ihre Mitarbeiter sind größtentheils Nichtgeistliche..."[2] rein statistisch gesehen nicht ganz zutrif erfuhr sie doch insofern ihre Berechtigung, als man die Red tion auf die wichtigsten Mitarbeiter und vor allem auf die Redaktion vornehmen muß.

---

1) Vgl. dazu auch Bachem, a.a.O., Bd. 1, S. 237.
2) Bd. 53, S. 29 (siehe auch weiter oben).

Erwähnenswert ist noch, daß diese Einschätzung Jörgs schon lange vor seinem Eintreten in die Redaktion vom 'Katholiken' geteilt wurde[1].

Auffallend groß ist der Anteil an Konvertiten[2] und Protestanten (darunter auch 3 Pastoren) unter den regelmässigen Mitarbeitern. Die protestantischen Mitarbeiter, welche meist der Richtung der 'katholisierenden' konservativen Lutheraner zugeordnet werden können, gaben sich auch als Protestanten zu erkennen (z.B. "Zuschrift eines Protestanten") - worauf die Redaktion offensichtlich großen Wert legte[3]. Ihre harte Kritik an Zuständen der eigenen Kirche, speziell der preußischen Unionskirche, in der sie sich unterrepräsentiert fühlten, galt den HpBl als eine willkommene zusätzliche Bestätigung des von ihnen oft konstatierten Niederganges des Protestantismus allgemein. Hingegen machten Richtigstellungen und Dementis unter den Beiträgen von Protestanten nur einen verschwindend geringen Teil aus.

Daß die kämpferische Haltung der HpBl nicht zuletzt von den Konvertiten unter ihren Mitarbeitern herrührte, ist vielfach angesprochen worden[4] und läßt sich auch unschwer rechtfertigen durch einen zuweilen konfessionell besonders polemischen Ton ihrer Beiträge und die starke Fixierung auf den

---

1) "...von L a i e n herausgegeben und großentheils auch von solchen geschrieben..." (Bd. 87. Heft 1. Mainz 1843, S. 9).

2) Auf ihn wurde bereits im Zusammenhang mit 'Konversionsgewinnen' im Kapitel IV.2. des Teils A hingewiesen. Ersichtlich ist der Anteil der Konvertiten auch im statistischen Anhang über die Mitarbeiter (vgl. Kap. II.6.).

3) So schrieb Jörg an Binder bei der Zusammenstellung des Inhalts eines Heftes: "Ich bitte zu besorgen, daß die Notiz 'von einem Protestanten' bei beiden Artikeln auf den Umschlag kommt. Das ist nicht nur für die Leser pikant, sondern auch für die Sache von Gewicht." (Landshut, den 14.12.1883. In: Redaktionsarchiv Regensburg, Binder-Karton).

4) Z.B. bei Rhein, a.a.O., S. 22 sowie bei Wacker, a.a.O., S. 145 und S. 147.

Protestantismus.

In Hinblick auf die Berufszugehörigkeit der Mitarbeit dominierten in allen Jahren die Universitätsprofessoren mi knapp 50%, davon die Mehrzahl von den katholischen theolog schen Fakultäten. Nimmt man dazu noch die Privatdozenten a Universitäten, die Repetenten und Dozenten an bischöfliche Seminarien und die Gymnasiallehrer hinzu, so findet man de lich über die Hälfte der Mitarbeiter in Wissenschaft und L tätig. Dieser Befund überrascht wohl nicht prinzipiell bei der oft konstatierten[1] und auch in der Vorankündigung be- tonten wissenschaftlichen Ausrichtung der Zeitschrift, sch aber doch quantitativ stärker als erwartet zu Buche.

Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Mitarbeitern wa im Archivdienst tätig. Friedrich Hurter und Jodok Stülz wa k.k. Hofhistoriographen und Reichsarchivare (beide ab 1846 Onno Klopp wurde im Jahr 1865 vom König von Hannover mit d Aufsicht über die hannoverischen Landesarchive betraut, Fr Ludwig Baumann und Georg Jochner waren Direktoren des Reic archivs bzw. des späteren Bayerischen Hauptstaatsarchivs i München. Weiter sei noch erinnert an die feste oder vorüber gehende Beschäftigung Jörgs, Beda Dudiks, Constantin Höfle Joseph Ficks, Anton Rulands, Hermann Grauerts, Georg Grupp Joseph Jungnitz' und anderer im staatlichen, bischöflichen oder fürstlichen Archivdienst. Kardinal Joseph Hergenröthe und P. Suso Denifle wurden zur Leitung der Vatikanischen A chive nach Rom berufen. Ihnen allen war also möglich, die kirchengeschichtlichen und kirchenrechtlichen Ausführungen HpBl durch eigene Forschungen zu unterstützen.

---

1) Z.B. 'Katholik', Bd. 87. Heft 1. Mainz 1843, S. 9 f.; Gla, Dietrich. Systematisch geordnetes Repertorium der katholisch-theologischen Litteratur, welche in Deutschla Österreich und der Schweiz seit 1700 bis zur Gegenwart schienen ist. 1. Bd., 1. Teil (ein 2. Bd. ist nicht ers nen). Paderborn 1895, S. 30 f.; dazu: Stimmen aus Maria Laach. Bd. 33.1. Heft 6. Freiburg 1887, S. 36 f.

Von großem Interesse ist auch die Gruppe der haupt- oder nebenamtlich im Journalismus Tätigen, da durch sie auf dem unübersichtlichen Feld des vielfach in Einzelinitiativen zersplitterten katholischen Pressewesens des 19. Jahrhunderts einige Aufhellungen und Verbindungen sichtbar werden. Ausgeklammert sind hier Herausgeber und Redakteure der HpBl selbst. Unübersichtlich ist das Gebiet des katholischen Pressewesens nicht durch dessen Einfluß und Ausdehnung - auch wenn die katholische Presse nach 1848 einen beachtlichen Aufschwung genommen hatte und noch im letzten Dezennium des 19. Jahrhunderts im Ansteigen begriffen war -, sondern durch die enorme Zahl kleiner und kleinster, meist kurzlebiger Periodika. Zwar befanden sich unter den heute weniger bekannten katholischen Periodika des 19. Jahrhunderts auch solche mit einer für damalige Verhältnisse beachtlichen Abonnentenzahl, doch die Mehrheit wurde unter großen persönlichen Opfern und finanziellen Risiken am Leben erhalten und erlangte oft nicht einmal regionale Bedeutung. Dieses Bild wird bestätigt in Niedermayers Lagebeurteilung[1], in der die Wichtigkeit des Ausbaues bereits bestehender erfolgreicher Presseorgane betont und die ständigen Neugründungsversuche abgelehnt werden.

In erster Linie soll jedoch die Rede sein von den hauptamtlich tätigen Journalisten unter den Mitarbeitern, da durch sie die HpBl noch stärker ins öffentliche Blickfeld der Pressepolitik gerückt wurden als es sonst der Fall gewesen wäre. Julius Bachem und Hermann Cardauns waren die leitenden Redakteure der 'Kölnischen Volkszeitung', der lange Zeit größten und einflußreichsten katholischen Tageszeitung. Beide gehörten zu dem engen Kreis derjenigen Mitarbeiter, auf deren regelmäßige Beiträge die HpBl über Jahrzehnte hinweg zählen konnten; dasselbe traf auch zu auf die teils haupt- teils nebenamtlichen Journalisten Friedrich Pilgram (eingeschränkt) und Paul Majunke als die ersten Herausgeber der 'Germania' sowie auf Georg Emmanuel Haas, den Leiter des von der öster-

---

1) Vgl. Niedermayer, a.a.O., S. 27.

reichischen Regierung geschaffenen "Süddeutschen Correspon-
denz-Bureaus"[1] in München. Haas' Aufgabe in München war es
Verbindungen mit möglichst vielen Zeitungen und Zeitschrift
zu knüpfen und sie -evtl. mit Hilfe eigener Artikel- im
Sinne der österreichischen Regierung zu beeinflussen. Er
schrieb allein in über 20 Tageszeitungen und nahm eine vom
Außenministerium lobend anerkannte Stellung in der politisc
Publizistik ein[2].

Mit Ausnahme von Pilgram fällt bei allen diesen Journa
listen von Bedeutung[3] auf, daß sie für die von ihnen stam-
menden Artikel in den HpBl leicht erkennbare Chiffren oder
namentliche Zeichnung verwendeten. Da die genannten Journa-
listen bei vielen deutschen Lesern bekannt waren, hat die R
daktion diese Praxis wohl bewußt herbeigeführt, um mit Hilfe
der Popularität dieser Mitarbeiter die Bedeutung der eigene
Zeitschrift auch äußerlich sichtbar zu machen, eventuell
auch mit Blick auf die Gewinnung neuer Leser aus dem Kreis
der Bezieher von Tageszeitungen.

Die Verbindung zwischen regelmäßigen Mitarbeitern der
HpBl und katholischen Tageszeitungen zeigte sich auch bei d
Zeitungsgründungen im Jahr 1848 und darauf. Unter den Initi
toren der 'Rheinischen Volkshalle'[4] befanden sich als Mit-

---

1) Vgl. Engelbrecht, a.a.O., S. 91. Zuvor war Haas Leiter d
offiziösen "Österreichischen-Correspondenz", ab 1862
"General-Correspondenz" gewesen (daselbst).
2) Vgl. Engelbrecht, a.a.O., S. 93.
3) Von Franz von Florencourt und Karl von Vogelsang als ge
gentlichen Mitarbeitern an den HpBl will ich absehen, ob
wohl sie ebenfalls bekannte Journalisten waren; mit ihre
Namen verbindet sich die 'Rheinische Volkshalle' und das
Wiener 'Vaterland'. Da sie sich aber in vielen Punkten v
der Hauptrichtung der HpBl unterschieden (vgl. die Polem
gegen Florencourt in Bd. 34, S. 789 ff. und S. 1013 ff.,
sowie gegen Vogelsang in Bd. 97, S. 709 ff.), kam es trc
gelegentlicher Beiträge nicht zu einer ersprießlichen Zu
sammenarbeit.
4) Vgl.: Eikerling, H. Beitrag zur Geschichte der katholisc
Presse in Deutschland und meine Beziehungen zu derselben
Berlin 1858, S. 4.

arbeiter der HpBl Justizrat Adams, Gymnasialdirektor Kiesel und Peter (oder August?) Reichensperger; die 'Deutschland' wurde (von Eikerlings Anteil abgesehen) allein durch die Initiative von Beda Weber und Moritz Lieber ins Leben gerufen[1] Daneben konnte man auch durch den Ankauf von Tageszeitungen deren Kurs bestimmen. Beispiele dafür sind der Kauf der 'Rhein- und Moselzeitung' durch die Gebrüder Reichensperger (beide Mitarbeiter) oder der des 'Badischen Beobachters' durch den Mitarbeiter Karl Zell unter finanzieller Mithilfe B. Herders[2].

Die beiden genannten Effekte der Mitarbeit bekannter Journalisten, nämlich zum einen als Zeitschrift verstärkt in der öffentlichen Diskussion zu stehen und zum anderen neue Leser zu gewinnen, trafen vielleicht auch noch für ander Mitarbeiter zu, welche in ihrer Freizeit als Herausgeber und Begründer von Presseorganen wirkten: Sebastian Brunner ('Wiener Kirchenzeitung'), Frhr. Karl Ernst von Moy ('Augsburger Postzeitung' und 'Archiv für katholisches Kirchenrecht'), Franz Hülskamp ('Literarischer Handweiser'[3]), Graf Theodor Scherer-Boccard ('Schildwache am Jura' und 'Schweizer Kirchenzeitung'), der Verlagsinhaber Friedrich Hurter ('Wiener theologische Literaturzeitung'), Matthias Joseph Scheeben ('Periodische Blätter')[4], Franz Schindler ('Österreichische Reichspost'), Joseph Sickenberger ('Biblische Zeitschrift'), Baron Ferdinand d'Eckstein ('Le Catholique'), Anton de Waal ('Römische Quartalsschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte'), Anton Weber ('Katechetische Blätter'), Beda

---

1) Vgl. Eikerling, a.a.O., S. 19.
2) Vgl. Dor (Zell), a.a.O. S. 181.
3) Er hatte zeitweise bis zu 4.200 Abonnenten.(Vgl. Löffler, a.a.O., S. 45, sowie: Woerl, Leo. Die Presseverhältnisse im Königreich Preußen . Würzburg 1981, S. 1033).
4) Sie hatten zeitweise bis zu 5.000 Abonnenten. (Vgl.: Hertkens, Johann. Professor Dr. M.J. Scheeben. Leben und Wirken eines katholischen Gelehrten im Dienste der Kirche. Festschrift. Paderborn 1892, S. 24).

Weber ('Deutschland' und 'Frankfurter katholisches Kirchenblatt'), Johann Baptist Weiß ('Freiburger Zeitung'), Franz Lorinser ('Schlesisches Kirchenblatt') und Martin Deutinger ('Siloah. Zeitschrift für religiösen Fortschritt innerhalb der katholischen Kirche').

Diese Liste ließe sich noch um einiges verlängern, zählt man noch die zahlreichen kleineren Blätter dazu, welche häufig von den theologischen Fakultäten herausgegeben wurden und oft kaum über deren Umfeld hinausgingen (so z. B. das 'Archiv für theologische Literatur' der Münchner katholischen Fakultät, das bald mangels Beiträgen wieder einging).

Unter den aufgeführten Titeln erkennt man bedeutende Tageszeitungen und Fachzeitschriften, aber auch viele Organe, die ein Schattendasein führten, weil für so viele Gründungen eine größere Stammleserschaft mit wissenschaftlich-theologischem oder politischem Interesse ermangelte. Der Klerus war nach manchen zeitgenössischen Mitteilungen Hauptabnehmer der katholischen Presse (vgl. weiter oben in Kap. I.4.4.), und der Versuch sich einen breiteren Leserkreis zu sichern, scheiterte oft an der Zersplitterung der Kräfte, an einem Zuviel an schreibenden Pfarrern und oft auch an apologetischer Enge zu Fragen der Zeit. Speziell an katholischen Tageszeitungen rügte Naumann einen im Vergleich zur liberalen Konkurrenz schlecht redigierten Wirtschafts- und Börsenteil[1].

Doch selbst wenn manche der oben aufgeführten Zeitschriften 'dilettantisch', d. h. hier: 'in Freizeitarbeit' geführt waren, so wird man doch bei der Mehrzahl der oben erwähnten Mitarbeiter journalistische Erfahrung konstatieren können.

Die Gewinnung eines solchen Mitarbeiterstammes war nicht zuletzt ein Verdienst der Redaktion und geht auf ihre guten Verbindungen in ganz Deutschland zurück. J. Görres' Verbindungen reichten darüberhinaus auch ins benachbarte Ausland un

---

1) Vgl. Naumann (Pseud.: Pilatus), a.a.O., S. 20 ff.

Jörg konnte darauf weiterbauen. Jarcke und Phillips sind als Vermittler der Verbindung zu norddeutschen Katholiken in den ersten Jahren der Zeitschrift denkbar. Döllingers Beziehungen reichten nach England und Frankreich; zudem war er lange Zeit Ratgeber der HpBl in theologischen Fragen[1]. Auch der persönliche Einsatz Binders zur Gewinnung eines ausgedehnten Kreises von bedeutenden Wissenschaftlern und Publizisten verdient hervorgehoben zu werden[2].

II.3. DIE BEDEUTUNG DER MITARBEITER FÜR DAS KATHOLISCHE DEUTSCHLAND IM 19. JAHRHUNDERT

Mit Hilfe der zu Beginn des Kapitels II. angeführten Namen sehr bekannter Mitarbeiter sollte bereits eine erste Andeutung vorgenommen werden. Die Bedeutung der Mitarbeiter im einzelnen darzulegen ist wegen der Länge des Untersuchungszeitraums aus Platzgründen nicht möglich, hätte auch den Charakter eines Extraktes aus Biographien und würde einen systematischen Ansatz in diesem Kapitel unmöglich machen. Auch ist dies teilweise schon bei der Untersuchung der Berufe von Mitarbeitern geschehen, wobei vor allem die Rolle der im Journalismus Tätigen der Vertretung von katholischen Anliegen diente. Da es sich nur schwer darstellen läßt, wie Geschriebenes gewirkt hat, so bleibt es in dieser Beziehung nur beim allgemeinen Verweis auf die Bedeutung und Wirkung der HpBl für den 'Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahr 1848'[3] und später. Dagegen will ich kurz die Bedeutung eines Teiles der regelmäßigen Mitarbeiter für die 'katholische Politik'[4] auf dem Wege einiger weniger 'typischer'

---

1) Vgl. Bd. 67, S. 691.
2) Vgl. Stegmann, a.a.O., S. 13.
3) So der Titel von Schnabels Arbeit, a.a.O.
4) In der Definition von Hans Maier (Revolution und Kirche), a.a.O., S. 27 f. (vgl. dazu Kap. II.1. des Teils A).

und aussagekräftiger Verbindungen unter ihnen sowie im katholischen Vereinswesen, auf Katholikentagen, in Verlagen, Komitees u. ä. zeigen. Auf diesem Weg lassen sich einige konkrete Verbindungen finden; sie geben dann allerdings nur im Zusammenhang mit weiteren Arbeiten über den deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert (Bergsträßer, Buchheim, Hanssler, Jedin, Kißling, Köhler, Maier, Morsey, Rauscher, Repgen u.s. ein vollständiges Bild. Auch wenn ich mitunter auf einzelne Mitarbeiter eingehen werde, so ist das Ziel doch die Aufstellung allgemeiner, von den biographischen Daten einzelner losgelöster Aussagen über Verbindungen zwischen katholischer politischer Presse und der übrigen Vertretung katholischer Interessen in der Gesellschaft. Bei diesen Verbindungen ist mir unwichtig, ob die Mitarbeit an den HpBl die anderen Tätigkeiten überwog oder quantitativ zurückstand. Es bleibt also bei der weitangelegten Definition des Begriffs 'Mitarbeiter'.

Auffallenden Stellenwert hatte vor allem bei den Mitarbeitern aus den Rheinlanden und Westfalen die führende Mitarbeit in katholischen Vereinen. Da man von einem katholischen Vereinswesen trotz vereinzelter früherer Gründungen eigentlich erst seit der breiten Bewegung der Piusvereine im Revolutionsjahr 1848 sprechen kann, können sie als eine Art Pioniere des katholischen Vereinswesens überhaupt gelten. Die Gründung der Piusvereins lag die vorgezogene Handhabung der Märzerrungenschaften wie beispielsweise der Vereins- und Pressefreiheit zugrunde, welche dann im wesentlichen von den Einzelstaaten auch in der Reaktionszeit beibehalten wurden. Mit der Inanspruchnahme der neuen Bewegungsfreiheit ('Piusverein für religiöse Freiheit') war natürlich schon eine politische Orientierung verbunden, welche der Ultramontanismus alter Prägung nicht oder nicht so schnell mitvollziehen kon

te[1]. Die Beobachtung des Überwiegens der westdeutschen Mitarbeiter (vor allem derjenigen aus den preußischen Westprovinzen und natürlich auch der 'Mainzer') in dieser Bewegung findet Bestätigung durch Beispiele bei Schnabel. Er zeigt die bekannte Tatsache einer Orientierung von Teilen der katholischen Bewegung im Westen Deutschlands am Vorbild des belgischen liberalen Katholizismus sogar anhand von Wahlabsprachen zwischen Liberalen und Katholiken anläßlich der Wahlen zur Paulskirche und zum preußischen Landtag[2]

In dieser Bewegung gab es also Liberale, die auch die Anliegen der katholischen Kirche von ihren allgemeinen Freiheitsforderungen nicht ausschlossen, sowie katholische Laien und Geistliche, die über speziell kirchliche Forderungen hinausgingen. In der Praxis aber setzte sich im deutschen Katholizismus das Streben nach Unabhängigkeit vom Staat ohne Trennung durch, verbunden sogar mit gleichzeitigem Streben nach 'Privilegierung'[3]. Das zeigte sich in den vorsichtigen Formulierungen der Vertreter kirchlicher Forderungen in der Paulskirche und in den Forderungen der Bischofsversammlung von 1848. Diese Taktik nahm den Piusvereinen zunehmend ihren Aufbruchscharakter. Schnabels Bemerkung über das mangelnde Geschick der HpBl in den neuen Kampfformen bestätigt zusätzlich noch meine Beobachtung, daß der Kreis der westdeutschen Mitarbeiter um diese Zeit in der Zeitschrift noch wenig einflußreich war.

Die HpBl standen den Piusvereinen längere Zeit sehr mißtrauisch gegenüber - ebenso wie Teile des hohen Klerus, obwohl bei diesem keine 'staatsfreundliche' Orientierung mehr gegeben war, von einzelnen Ausnahmen in Österreich einmal ab-

---

1) Vgl. Schnabel (Zusammenschluß), a.a.O., S. 35. Er spricht an dieser Stelle von 'wenig Geschick' der HpBl in den 'neuesten Formen des politischen Kampfes'.
2) Vgl. Schnabel, a.a.O., S. 30 ff.
3) Vgl. Schnabel, a.a.O., S. 18 und S. 96.

gesehen[1]. Doch immerhin öffneten die HpBl ihre Seiten auch gegensätzlichen Meinungen. Bezeichnend für die Haltung der bayerischen Mitarbeiter einerseits und der westdeutschen Mi arbeiter andererseits gegenüber den neuen Formen kirchenpol tischen Kampfes ist ein in den HpBl ausgetragener Streit[2] zwischen dem um die Autorität der Bischöfe besorgten Jarcke und dem Befürworter der neuen Massenbewegung[3], Moritz Lieb aus Nassau. Als Parallele dazu findet sich im gleichfalls konservativen österreichischen 'Volksfreund' (Nr. 47 des Jah gangs 1849)[4] eine Warnung an die Piusvereine vor dem Geist der Unbotmäßigkeit gegenüber den kirchlichen Oberen. Diese Z rückhaltung in Bayern und Österreich überrascht insofern, a Papst Pius IX. (Namensursprung !) die neue Bewegung der Pius vereine zuvor ausdrücklich belobigt hatte.

Dem konservativen und hauptsächlich in Bayern und Öste reich wurzelnden 'Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit' wurde auf den ersten Generalversammlunge der katholischen Vereine Deutschlands (Katholikentage) nur e Beobachterstatus, aber kein Stimmrecht eingeräumt. An den Tä tigkeiten der Mitarbeiter im Vereinswesen ersieht man, daß die preußischen Westprovinzen sowie Hessen und mit Abstriche Baden für Vereine jeglicher Art fruchtbar waren, während mar in Bayern und Österreich hauptsächlich nur konservative Ver eine antraf. Die Piusvereine faßten in Bayern nur langsam Fuß[5], wobei die Städte Augsburg und Regensburg mitglieder mäßig noch vor München rangierten[6], und erlangten in Öster

---

1) Vgl. dazu Kap. V.1. in Teil A der Arbeit.
2) Der Aufsatz Liebers: Bd. 24, S. 109 ff., und die Antwor Jarckes: Bd. 24, S. 125 ff.
3) Allein in Westfalen besaßen die Piusvereine bald 40.000 Mitglieder. Vgl. Kißling, a.a.O., Bd. 1, S. 264.
4) Dazu Kißling, a.a.O., Bd. 1, S. 246.
5) Vgl. neben Kißling auch: Poll, Maria. Edmund Jörgs Kampf für eine christliche und großdeutsche Volks- und Staats ordnung. Paderborn 1936, S. 15.
6) Vgl. Kißling, a.a.O., Bd. 1, S. 264 und S. 271.

reich nie nennenswerte Bedeutung.

Diese nicht unbekannten Unterschiede zeigten sich auch in der Mitarbeiterschaft. Unter ihnen befinden sich als Initiatoren der Piusvereine nur Hessen (Moufang[1]), Nassauer (Lieber), Rheinländer (Pilgram), Badener (Andlaw), auch Schweizer (Scherer-Boccard), aber keine Bayern und Österreicher. Die weitere Forschung über die Mitarbeiter unter dem Aspekt des Vereinswesens zeigt, daß sich diese Aussage im großen und ganzen auf alle Vereine mit Massencharakter und auf neue Organisationsformen katholischen Lebens im 19. Jahrhundert ausdehnend läßt. Bei den Arbeiterbildungs- und Gesellenvereinen könnte der Grund dafür noch im Industrialisierungsvorsprung Preußens gesucht werden. Doch auch Broschüren- und Lesevereine, der 'Volksverein für das katholische Deutschland' u.a. waren in Bayern kaum anzutreffen oder unbedeutend. Den in Bayern existierenden älteren Vereinen ('Borromäusverein zur Verbreitung guter Bücher', 'Bonifatiusverein' für Mission) fehlte trotz des Sprachrohres der HpBl eine intensive Verflechtung mit der katholischen Publizistik, wie sie für die modernen Vereine so bezeichnend war. Der 'Volksverein' betrieb zudem auch selbst einen bedeutenden Verlag.

Da die Katholikentage unmittelbar aus der Piusvereinsbewegung hervorgingen, zeigte sich das gleiche Bild auch bei diesen. Unter ihren Präsidenten und Vizepräsidenten finden sich viele Mitarbeiter[2] an den HpBl (was auch zeigt, daß in der Zeitschrift verschiedene Richtungen des deutschen Katholizismus vertreten waren), doch in den ersten Jahren kaum

---

1) Von ihm läßt sich nur ein Artikel mit Sicherheit nachweisen (vgl. Kap. II.6.).

2) Heinrich Bernhard v. Andlaw (3x), Karl Zell (2x), Adalbert v. Buol-Berenberg (2x), Karl Ernst v. Moy (dazu noch 2x Vizepräsident), Moritz Lieber, Karl Fürst zu Löwenstein, August Reichensperger, Hermann Cardauns. Georg v. Hertling und Georg Orterer. (Für spätere Katholikentage nur noch lückenhaft verfolgt, da es hier vor allem auf die Jahre nach 1848 ankommt).

Bayern und Österreicher. Dabei waren unter den Tagungsorten der ersten Jahre auch süddeutsche und österreichische Städte (Regensburg, München, Linz, Wien, Salzburg), und es war ansonsten üblich, dem jeweiligen Tagungsort dadurch Referenz zu erweisen, daß man einen 'Einheimischen' zur Präsidentschaft auswählte. Dies hatte dazu den Vorteil, daß die Vorbereitung der Versammlung leichter fiel.

Zahlreiche Mitarbeiter waren als Abgeordnete in der Paulskirche, in Landtagen, im Zollparlament und im Reichsta politisch tätig; über die wenig aussagekräftige alleinige Mitgliedschaft hinaus findet man sie aber auch vertreten un den Mitbegründern des preußischen Zentrums und des Reichsze trums sowie seiner Vorläufer und verwandten Parteien in den Landtagen der Einzelstaaten, beispielsweise der Patriotenpa tei in Bayern oder der katholischen Volkspartei in Baden. Hier wie bei den verschiedensten Ausschüssen und Komitees lassen sich keine Unterschiede in regionaler Hinsicht ausmachen. Einige Projekte wurden sehr stark von den HpBl mitgetragen, so die vom Katholikentag in Aachen im Jahr 1862 beschlossene Gründung einer katholischen Universität in Deu land nach dem Beispiel Löwens, Fribourgs und Washingtons. D Organisationskomitee gehörten George Phillips, August Reich perger und Heinrich Bernhard v. Andlaw an.

Wichtig war an diesen Beispielen der Nachweis, daß die lange Zeit vorherrschende Struktur regionaler Freundeskreis von modernen Organisationsformen begleitet wurde, und auch dort, wo sich Unterschiede zeigten (wie im Vereinswesen), d Verbindungen durch ein dichtes Netz persönlicher Beziehunge aufrechterhalten wurden. Als bekannteste moderne Organisation für ganz Deutschland ist die Görres-Gesellschaft zu nennen, als deren Parallele in Österreich die Leo-Gesellschaft entstand. Die nach wie vor bestehenden Freundeskreis unter den Mitarbeitern unterstützten noch die Wirksamkeit neuer Organisationsformen. In Görres' Haus in der Schönfeld straße in München traf sich nicht nur der Münchner Kreis,

sondern es stießen auch viele französische Katholiken hinzu; Mitarbeiter aus der Schweiz (der Görres-Schüler Bischof Karl Greith), aus Österreich (Jodok Stülz), aus Schlesien (Franz Lorinser), aus Westfalen (Adolph Kolping[1]), aus Frankfurt (J. Fr. Böhmer) u.s.w. machten hier bei jeder Durchreise Station[2]. Viele Bischöfe Deutschlands sandten Görres Studenten zu[3].

Ebenso war Andlaws Haus in Freiburg ein Treffpunkt badischer Mitarbeiter und gab es ähnlich enge Verbindungen in Westfalen (in der Tradition des Kreises um den Grafen Stolberg) um den Mitarbeiter Josef Galland, in Frankfurt um die Mitarbeiter J. Fr. Böhmer, Johannes Janssen, Philipp Veit und Eduard v. Steinle sowie in Breslau um Fürstbischof Förster sowie Karl Ignaz und Franz Lorinser.

---

1) Von Kolping sind wahrscheinlich nur die Abdrucke zweier Reden (Bd. 28, S. 581 ff., nach einer Einleitung Jörgs, und Bd. 30, S. 36 ff. und S. 559 ff., ebenfalls durch Jörg eingeleitet) in die HpBl gekommen. Er war also kein 'Mitarbeiter'. Seine Verbindung zu den HpBl war jedoch eng, da er an einer Besprechung seiner Zeitschriften und Kalender sowie an der Berichterstattung über seine Gesellenvereine interessiert war. In dieser Absicht hat er sich auch an Jörg gewandt (Briefe vom 12.9. und 1.10.1855 aus Köln im Redaktionsarchiv Regensburg, Jörg-Karton).

2) Binder in Bd. 70, S. 410: "Mit Haneberg darf man behaupten, daß selten ein durch Wissenschaft oder Stellung bekannter Mann durch München kam, ohne Görres zu besuchen." Zitat auch bei: Meyers, J. Guido Görres. Beiträge zur Geschichte seines Lebens und Wirkens. In: Programm des Großherzoglichen Progymnasiums zu Echternach, herausgegeben am Schlusse des Schuljahres 1895-1896. Luxemburg 1896, S. 1 ff. hier S. 24.
Das Görres'sche Haus blieb auch nach dem Tod Joseph Görres' ein geistiger Mittelpunkt der Katholiken. Fortgesetzt wurde die Tradition durch Guido und mehr noch durch Marie Görres. Vgl.: Volk, Wilhelm. Simeon. Wanderungen und Heimkehr eines christlichen Forschers. 3 Bde. Schaffhausen 1862/63. Bd. 3, S. 246.

3) Diepenbrock (damals noch Domdekan in Regensburg) aus Regensburg am 4.11.1838. In: Freundesbriefe (III), a.a.O., Nr. 421, S. 511. Keller aus Rottenburg am 28.9.1843. In: Freundesbriefe (III), a.a.O., Nr. 463, S. 612.

Auffällig ist, daß bei Norddeutschen und Schlesiern eine st
kere Orientierung zum Münchner Kreis als zum rheinischen
Kreis herrschte; letzterer wiederum war wegen seiner eigen-
ständigen katholischen Kultur nicht auf eine Orientierung
nach einem anderen Zentrum angewiesen, obwohl natürlich Ver
bindungen bestanden. Dagegen lebten die Mitarbeiter in Nord
deutschland und in protestantisch besiedelten preußischen
Provinzen mehr in einer Diaspora-Situation und waren stark
auf München bezogen. Das zeigt sich bei der Lektüre zahl-
reicher Biographien.

Weitere enge Verbindungen unter den Mitarbeitern ergab
sich auch aus einem häufig anzutreffenden Lehrer/Schüler-Ve
hältnis; als bekannteste Beispiele sind die 'Generationsfol
gen' der Historiker J. Fr. Böhmer - J. Janssen - L. Pastor
bzw. Onno Klopp - L. Pastor zu erwähnen. Kardinal J. Hergen
röther und F. Hipler promovierten bei Döllinger, und diese
Liste ließe sich noch durch weitere Beispiele aus den ge-
nannten und aus anderen Disziplinen fortsetzen.

Für die Verbindungen der Mitarbeiter untereinander war
auch die Fülle der öffentlichen Tätigkeiten einzelner von
großer Bedeutung. Dabei will ich mich auf drei Namen nur be
schränken:

Frhr. v. Hertling übte neben seiner politischen Tätig-
keit (u. a. auch Zentrumsvorsitz) auch die Präsidentschaft
der Görres-Gesellschaft aus (1876-1919) und war Präsident
des Katholikentages von 1889 in Bochum. Frhr. v. Moy war Md
gab die 'Augsburger Postzeitung' und das 'Archiv für katho-
lisches Kirchenrecht' heraus, schrieb für mehrere französi-
sche katholische Zeitschriften, gründete den 'Münchner kath
schen Bücher-Verein' als Zweigverein des 'Borromäus-Vereins
präsidierte dem Katholikentag von 1864 in Würzburg. Daneben
war er noch zweimal Vizepräsident. Friedrich Hurter war k.k
Hofhistoriograph (mit kurzer Unterbrechung durch die Revolu

tion von 1848), setzte sich - noch als protestantischer 'Antistes'[1] - publizistisch[2] für die Schweizer Klöster im Kanton Aargau ein, als diese der Säkularisierung bzw. der Staatsaufsicht durch die Kantonsregierung unterworfen wurden. Von den aargauischen Klöstern wurde er ebenfalls noch in dieser Zeit mit der Abfassung einer Beschwerde-Denkschrift an die Kantonsregierung und an den Schweizer Bundesrat betraut. Daneben war er als Inhaber eines größeren Verlagshauses in Schaffhausen Herausgeber zahlreicher Werke von Mitarbeitern der HpBl. Nur der Kuriosität wegen sei noch angefügt, daß sein Werk "Geschichte Innozenz III. und seiner Zeitgenossen" (geschrieben vor seiner Konversion), also die Biographie eines ausgesprochen kämpferischen Papstes, bei einem weiteren Protestanten, dem bekannten Verleger Friedrich Perthes erschien[3].

Als übergeordnetes Untersuchungsziel bietet sich wieder eine Überprüfung des Anspruches der HpBl an, ein Mittelpunkt des katholischen Deutschland zu sein. Nach dem bisher Gesagten scheint die Bestätigung dafür auch in Bezug auf die regionale Verteilung der Mitarbeiter und ihre Rolle in gesellschaftspolitischer Hinsicht gegeben, nachdem sich bereits in der Stellung der Zeitschrift innerhalb der katholischen Publizistik allgemein vermehrt Andeutungen dafür ergeben hatten. Weitere Aussagen über diesen Gegenstand ergeben sich aus der Untersuchung häufig auftretender Mitarbeiterverflechtungen mit anderen katholischen Zeitschriften sowie mit Tageszeitungen, welche das folgende Kapitel beinhält.

---

1) 'Antistes' war der Titel des ersten Vorstehers der gesamten Kantonsgeistlichkeit, entsprach also einem Bischof.
2) Zahlreiche Artikel darüber in den HpBl der 30-er und 40-er Jahre.
3) 4 Bde. Hamburg und Gotha 1834-1842.

II.4. DIE HPBL ZWISCHEN DEN POLEN 'EINHEIT DER MITARBEITER' UND 'FORUMSCHARAKTER', GEZEIGT AUCH AN BEISPIELEN AUSSERHALB DER KIRCHEN- UND KONFESSIONSFRAGEN

Scheffczyk nennt das 19. Jahrhundert "(eine der) lebendigsten Epochen in der Geschichte der katholischen Theologie"[1]. Es sei von Originalität und Wagemut der Theologen geprägt gewesen. Daß theologische Schulen und Richtungskämpfe auch das Bild der katholischen Publizistik dieser Zeit beeinflußten, wird dagegen nur in sehr abgeschwächtem Ausmaß sichtbar. Die katholische Publizistik war vielmehr in erster Linie ein mehr defensiver Sammelpunkt der gemeinsamen Überzeugungen im Kampf gegen das Fortbestehen staatskirchlicher Gesetzgebungen. Eine Ausnahme bildeten nur die rein theologischen Fachzeitschriften verschiedener Fakultäten. In der politischen und 'semipolitischen' katholischen Publizistik bildeten bekannte Kontroversen wie diejenige um die geplante katholische Universität, ausgetragen zwischen den HpBl (Schäzler, daneben noch Jörg) und der 'Theologischen Quartalsschrift' (Kuhn) eine Seltenheit.

Dieses in Form einer These vorweggenommene Ergebnis der Beweisführung gewinnt schon vorab eine gewisse Plausibilität, wenn man an die Ursachen der Gründung katholischer Presseorgane denkt. Sie lagen im frühen 19. Jahrhundert in der Unterstützung des sichtbaren gesellschaftlichen Auftretens der katholischen Kirche und der Abkehr von einer durch die Aufklärung verursachten religiösen Verinnerlichung, später dann in der Vertretung des katholischen Bevölkerungsteils in Paritätsfragen sowie im Widerstand gegen staatskirchliche Gesetzgebungen.

Das alles waren Gebiete, die das Interesse von Laien ansprachen und von ihnen auch publizistisch vertreten wurden. Die Laien verstanden sich selbstverständlich besser auf die

---

1) Scheffczyk, a.a.O., Vorwort, S. IX.

Apologie in gesellschaftlichen und kirchlichen Alltagsfragen als auf theoretische, beispielsweise kirchenrechtliche Streitfragen. Daraus ergab sich in der katholischen Presse, abgesehen von Ausnahmen bei der rein theologisch ausgerichteten, trotz des Vorhandenseins unterschiedlicher Meinungen über 'katholische Politik' (die man zudem noch überschätzen kann) ein bewußter Einsatz für das Verbindende und eine Zurückstellung der Theorie.

Die Gefahr ist gegeben, bei den HpBl stets den bayerischen Ultramontanismus, beim 'Katholiken' die Mainzer Richtung mit ihren zum Teil liberalen Einflüssen aus Frankreich und Belgien und bei der (Tübinger) 'Theologischen Quartalsschrift' die Ausgleichsbestrebungen zwischen Katholizismus und gemäßigt aufklärerischen Elementen oder nur die Vertretung der katholischen theologischen Fakultät in Tübingen als allein richtungsweisend anzunehmen. Die Gemeinsamkeit zwischen dem 'Katholiken' und der 'Theologischen Quartalsschrift' beispielsweise bestand darin, daß beide (1821 bzw. 1819) als Organe einer Neuerweckung katholischen Lebens gegenüber der auslaufenden und seicht gewordenen Aufklärung auf theologischem Gebiet gegründet worden waren, wobei ersterer mehr die kirchliche Praxis, letztere mehr die wissenschaftlichen Grundlagen betonte. Ein Teil der konstatierten Unterschiede geht also auf eine Art von Arbeitsteilung zurück. Für die 'Theologische Quartalsschrift' gibt es dabei gewisse Einschränkungen in Bezug auf die von ihr vertretene Richtung. Sie repräsentierte ihre Richtung idealtypischer und konnte längere Zeit auch als Organ der Fakultät gelten; da jedoch die historische M e t h o d e der katholischen Tübinger Schule breiteren Eingang in die Theologie fand (die Berufung Johann Adam Möhlers nach München und seine projektierte Mitarbeit an den HpBl sowie die historische Schule Döllingers zeigen dies), darf auch die eben gebrachte Einschränkung nicht überbetont werden.

Die drei renommiertesten katholischen Zeitschriften ziehe ich deshalb zur Untersuchung der Mitarbeiterverflechtung

heran, da sie zu den ältesten, charakteristisch ausgeprägtesten und schon früh durch ihre Überregionalität ausgezeichneten gehörten. Die Pressegründungen der 50-er und 60-Jahre, die ich schon mehrfach erwähnt habe, sind in diese Untersuchung nur am Rande miteinbezogen. Verbindungen mit Journalen der Jahrhundertwende wie dem 'Hochland', dem 'Aar' oder der 'Allgemeinen Rundschau' sind trotz deren großer Be-deutung nicht mehr allzu aussagekräftig, da außer dem 'Moder-nismusstreit' keine besonderen Richtungen innerhalb des deutschen Katholizismus mehr sichbar waren und durch die po-pulärere Gestaltung ein breiter Zugang zu diesen Zeitschrift einsetzen konnte. Über die Tageszeitungen wurde schon im Zu-sammenhang mit der journalistischen Tätigkeit vieler Mitarb-ter gesprochen.

Die größte Mitarbeiterverflechtung, im Ausmaß fast ein-Mitarbeiteridentität, läßt sich zwischen den HpBl und dem 'Katholiken' erkennen;[1] dabei dominierten gerade die wich-tigsten und häufigsten Mitarbeiter beider Zeitschriften. Da-darf ohne viel Spekulation als breite Übereinstimmung in al wichtigen Fragen ausgelegt werden. Zwar wurde schon darauf h gewiesen, daß der 'Katholik' früher und entschiedener als d HpBl die durch die Revolution von 1848 geschaffene neue Lag akzeptiert und sich für kurze Zeit auch zum Sprecher einer Trennung von Staat und Kirche nach belgischem Vorbild gemac hatte, doch kann zu der späteren Übereinstimmung auch eine dem Jahr 1848 vorhandene angenommen werden aufgrund der Ge-

---

1) Da mir das Register des 'Katholiken', verfaßt von Johann Stillbauer, auch über die Fernleihe nicht zugänglich war mußte ich zahlreiche Stichproben vornehmen. Das Verhältn der gezeichneten zu den anonymen Aufsätzen entspricht et dem in den HpBl. Bei den Rezensionen geht die Anonymität in beiden Zeitschriften bis zum Ende meines Untersuchung zeitraumes.

nerationszugehörigkeit der gemeinsamen Mitarbeiter Heinrich Bernhard v. Andlaw, Ferdinand Eckstein, Ignaz v. Döllinger[1], Friedrich Hurter, Joh. Adam Möhler, Joh. Theodor Laurent und Karl Zell. Für spätere Jahre werden alle Aussagen leichter wegen der häufigeren Zeichnung der Artikel.

Bis zum Ende meines Untersuchungszeitraumes fand ich anhand der Durchsicht von 7 Jahresbänden des 'Katholiken' über 60 Mitarbeiter der HpBl, worunter wiederum ein Teil zusätzlich der 'Theologischen Quartalsschrift', den 'Stimmen', dem 'Chilianeum', dem 'Literarischen Handweiser' u. a. Beiträge lieferte. Für meine Untersuchung war es gleichgültig, ob die Mitarbeit an einer der beiden Zeitschriften die an der anderen überwog. Meine Sicht ging von den mir bekannten Mitarbeitern an den HpBl aus. Für 3 der Jahresbände ermittelte ich den Anteil der Mitarbeiter, die mir von den HpBl her bekannt waren, genauer; dabei kam ich auf jeweils etwa die Hälfte der Beiträge, obwohl die anonymen Artikel (allerdings selten, da für die genauere Ermittlung spätere Bände des 'Katholiken' herangezogen wurden) von mir nicht anteilmäßig auf diese Gruppe verteilt wurden.

Weniger Probleme noch wirft die entsprechende Untersuchung für die 'Theologische Quartalsschrift' auf, da seit einem Artikel aus dem Jahr 1831, der viel Ärger hervorgerufen hatte, die Herausgeber die Namenszeichnung zur Bedingung für den Ab-

---

1) Bei Döllinger läßt sich sogar die Fortsetzung eines Artikels ("Erbetene Belehrung"), begonnen in den HpBl (Bd. 10, S. 385 ff.) im 'Katholiken' desselben Jahres 1843 (Bd. 87, Heft 3, S. 279 ff.) feststellen. Dabei ging es um eine Polemik gegen die Protestanten Harleß und Fuchs anläßlich der Streitigkeiten um den Beerdigungsritus der protestantischen Königin Caroline. Inhaltliche Anlehnungen sind auch später anzutreffen: HpBl, Bd. 62 (1868/II), S. 792 ff.: "Die Blutfläschchen der römischen Katakomben."; 'Katholik', Neue Folge, 20. Bd. (ebenfalls 1868/II), Heft 5, S. 609 ff.: "Die Blutfläschchen der Katakomben, ein Beweis des Martyriums."

druck eines Aufsatzes gemacht hatten[1]. Diese Vorschrift wurde bis auf ganz wenige Ausnahmen eingehalten und erstre sich nach den Beschlüssen einer Redaktionssitzung vom Begi des Jahres 1832 auch auf die Rezensionen[2]. Bei 10 durchge sehenen Jahrgängen fand ich 35 Mitarbeiter der HpBl, darun auch so prominente Namen wie Friedrich Hurter, Friedrich Windischmann, Joseph Hergenröther, Franz Hettinger und Joh Baptist Sägmüller. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß d Mitarbeiterstamm der 'Theologischen Quartalsschrift' stets e kleinerer war als der des 'Katholiken' oder der HpBl. Auf den Fall bestätigen diese Stichproben die Richtigkeit der e gangs gebrachten These von der Zweitrangigkeit theologische Differenzen und dem Einsatz für das Verbindende. Weiter zei sie ein Netz von Verflechtungen in der großenteils noch aus Initiativen Einzelner angewiesenen katholischen Publizistik sowie eine Verteilung der Aufgaben zwischen den Zeitschrift Diese Aussagen werden nicht relativiert dadurch, daß mit de 'Theologischen Quartalsschrift' eine rein wissenschaftliche Fachzeitschrift in die Untersuchung miteinbezogen wurde; vi mehr zeigt sich, daß selbst zwischen den zuweilen 'modernen Tübingern und den 'ultramontanen' HpBl in der Mehrzahl der Jahre ein friedliches Nebeneinander herrschte, das Verhältn also nur in der Zeit der Kontroverse um 'Wissenschaft und Autorität' im Zusammenhang mit dem Plan einer katholischen Universität gespannt war. Die Mitarbeiterübereinstimmung se deshalb auch hier eine weitgehende Grundübereinstimmung vor da sie auch streng kurialistisch gesinnte Männer wie Kardin Hergenröther und Generalvikar Windischmann umfaßte. Die the retischen Gegensätze zwischen den 'Schulen' haben in der Praxis nur von Fall zu Fall eine Rolle gespielt, was die ei

---

1) Vgl.: Lösch, Stephan. Die Anfänge der Tübinger Theologischen Quartalsschrift (1819-1831). Gedenkgabe zum 100. Todestag Joh. Ad. Möhlers. Rottenburg a. N. 1938, S. 122
2) Vgl. ebenda, S. 125.

gangs gebrachte Schilderung der drei Zeitschriften als eben nur idealtypisch erweist.

In diese Schlußfolgerungen können auch weitere katholische Journale einbezogen werden; auch die Verbindung zu französischen Zeitschriften war - zumindest in einer Richtung - gegeben. Das zeigt die häufige Mitarbeit Karl Zells[1] und Friedrich Hurters[2] am 'Univers', die Karl Ernst v. Moys[3] am 'L'Avenir' und am 'Correspondent', die Johannes Janssens am 'Correspondent'[4] u.s.w. Es ist auch anzunehmen, daß sich Döllingers wissenschaftliche Verbindungen nach England[5] und Frankreich[6] in dieser Weise niedergeschlagen haben.

Auf dem Gebiet der katholischen Publizistik gab es also kaum Anzeichen von Richtungskämpfen[7]; das gilt sogar weitgehend noch dann, wenn man theologische Zeitschriften überregionalen Charakters in die Untersuchung miteinbezieht. Die publizistische Betätigung der Katholiken basierte auf dem Bewußtsein der Bedeutung einer öffentlichen Vertretung der gemeinsamen Standpunkte. Die Differenzen, beispielsweise zwischen streng kurialistisch Eingestellten einerseits und etwas romkritischer Eingestellten andererseits, spielten sich haupt-

---

1) Vgl. Dor (Zell) a.a.O., S. 185.
2) Vgl. Hurter, a.a.O., Bd. 1, S. 295.
3) Vgl. Bd. 58, S. 31 ff.
4) Vgl.: Meister, Franz. Erinnerungen an Johannes Janssen. Frankfurt a.M. 1896³, S. 111.
5) Dokumentiert im Briefwechsel Döllingers mit Lord Acton. Vgl.: Conzemius, Victor. Ignaz von Döllinger. Briefwechsel 1820-1890, hrsg. von der Kommission für Bayerische Landesgeschichte. Bd. 1. Ignaz von Döllinger / Lord Acton. Briefwechsel 1850-1890, München 1963. (Weitere Bde. sind nicht erschienen.)
6) Vgl. Lösch, Stefan. Döllinger und Frankreich. Eine geistige Allianz. 1823-1871. Reihe: Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, hrsg. von der Kommission für Bayerische Landesgeschichte. Bd. 51. München 1955.
7) So auch das Urteil von Staudinger: "Im allgemeinen ist in der katholischen Publizistik kein nennenswertes Auseinandergehen der Meinungen und Ziele zu bemerken..." (Staudinger, a.a.O., S. 6).

sächlich auf den Universitäten und Versammlungen ab, so auf dem Münchner Gelehrtenkongress von 1863. Dazu waren auch di Grenzen auf theologischem Gebiet fließend.

Zwischen einer Mitarbeitereinheit und einem Forumscharakter muß nicht zwangsläufig ein Widerspruch bestehen. Bei der Anwendung der beiden Kriterien auf die HpBl im folgende kann natürlich die Rolle der Redaktion und der engsten Mitarbeiter nicht vernachlässigt werden.

Zunächst einmal fällt bei der Lektüre der Zeitschrift auf, daß doch mehrere Themenkomplexe als 'offene Fragen' be zeichnet und auch behandelt wurden[1]; dagegen stand das von den HpBl aus ihrem Geschichtsverständnis und aus kirchliche Lehren als generell für richtig erachtete Verhältnis zum Staat, von Schnabel (für den deutschen Katholizismus allgemein) als "Synthese von Kirchenfreiheit und Kirchenprivilegierung"[2] bezeichnet, nicht grundsätzlich zur Debatte. Der Kurs der Herausgeber erstreckte sich aber hauptsächlich nur auf die Einhaltung dieser einen Richtlinie und kaum darüber hinaus. Deshalb ergaben sich ja die Schwierigkeiten bei der Definition einer 'katholischen Politik', also schon beim Hi nausgehen über das Defensive. Da jedoch das Gebiet des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zum Kernanliegen der HpBl zählte, kann man insofern von einem einheitlichen Charakter der Zeitschrift sprechen. Dazu muß man nicht die Notwendigkeit langwieriger Absprachen annehmen. Von den Gegnern der HpBl wurde das Bild dieser Einheit überbetont und einem autoritären Verhalten der Redaktion sowie mangelnder katholischer Diskussionsbereitschaft zugeschrieben. Diese Ansicht jedoch verschiedentlich korrigiert werden, sieht man einmal von der wohl allseitig eingeräumten dogmatischen Verfestigu

---

1) Vgl. dazu Kap. I.3.
2) Schnabel (Zusammenschluß), a.a.O., S. 18.

des Katholizismus im Übergang von einer romantischen Phase[1] zu einer apologetisch geprägten Phase ab den 30-er Jahren, beginnend vielleicht mit der Auseinandersetzung mit den Lehren Hermes' und Lamennais'. Im Laufe der Zeit kamen noch hinzu die Kölner Wirren, die Bedrohung und Verkleinerung des Kirchenstaates, die Phase der Regierungsverantwortung des Liberalismus und der Kulturkampf. Zur dogmatischen Verfestigung trugen aber schon früher die Spannungen im Verhältnis zum Protestantismus bei, welche mit der Neubelebung des katholischen Lebens etwa um 1820 einsetzten[2].

Friedrichs Bemerkung, daß zwischen den Herausgebern und Mitarbeitern der HpBl wenig Harmonie bestanden habe[3], war wohl nicht als Gegenbild zu einer autoritär erzwungenen Einheit der Zeitschrift gedacht, sondern sollte im Gegenteil erst die Konflikte zeigen, die aus einer autoritären Führung entsprangen. Doch seine Basis zu dieser Folgerung ist zu schmal, da er nur aufgrund einiger Artikel im ersten Dezennium Differenzen vermutet (!) und keine Beispiele bringt. Eventuell dachte er auch daran, die Herausgeber der HpBl im Hinblick auf die spätere Erörterung des Zerwürfnisses zwischen Döllinger und Jörg als in jeder Phase unversöhnlich ultramontan zu zeichnen. Ein Gehorsam der Mitarbeiter gegenüber der Redaktion wider eigene Einsicht widerspräche aber der selbständigen Stellung und der Bedeutung der meisten von ihnen, während andererseits Hinweise auf vorhandene Differenzen nicht so zahlreich und gravierend sichtbar sind, um diese Behauptung rechtzufertigen. Wenn man den Kurs der HpBl als unversöhnlich ultramontan ansieht, so muß man dies auch den Mitarbeitern zu-

---

1) Die größte Anzahl der Konversionen zur katholischen Kirche im 19. Jht. erfolgte vor 1848.

2) Entscheidend setzten diese Spannungen wohl mit dem Kölner Ereignis ein: "Konfessionelle Streitigkeiten, die seit der Aufklärung selten geworden waren, lebten wieder auf." (Lill, Diss. a.a.O., S. 243).

3) Vgl. Friedrich, a.a.O., Bd. 2, S. 132 f.

schreiben. Es ist also falsch, die Einheit nur auf Seite der Redaktion und die Vielfalt und den Forumscharakter nur auf Seite der Mitarbeiter zu suchen.

Aus diesem Grund will ich anhand von Beispielen zeigen, welche und wieviele Fragen von der Redaktion als 'offen' behandelt wurden, und wie sich meine Behauptung eines Forumscharakters, als dessen Voraussetzung ich - abgesehen von der Verbreitung und der Bedeutung der Zeitschrift - eine größere Bandbreite von repräsentativen Meinungen im deutschen Katholizismus verstehe, rechtfertigen läßt.

Auszuklammern sind rein fachwissenschaftliche Auseinandersetzungen ohne politische Relevanz. Hier ist nichts zu konstatieren, was die HpBl von anderen Zeitschriften abheben würde, vor allem wenn man den hohen Prozentsatz von Universitätsprofessoren unter den Mitarbeitern berücksichtigt. Deshalb seien auf historischem Gebiet nur kurz verschiedene Ansichten über die Reformation und die Person Luthers angedeutet. Zwar setzte sich die von Janssen geprägte Sicht der Reformation im großen und ganzen durch, erfuhr aber auch Widerspruch, ebenso wie die Gleichsetzung der Giesebrechtschen Geschichtsschreibung mit der Sybels. Auch Majunkes These vom Selbstmord Luthers wurde verschiedentlich zurückgewiesen.

Bei Themen politischen und gesellschaftlichen Charakters dagegen ist die Spannbreite der Meinungen wichtig für meinen Untersuchungszweck. Dabei steht das Problem eines Forumscharakters bei kirchenpolitischer Materie im Vordergrund des Interesses. Diese Abweichungen setzen durchaus nicht einen Bruch mit der Amtskirche voraus; sie lagen im Verhältnis zum Staat wie in Bezug auf die Gestaltung der Organisationsformen des Katholizismus im Bereich des Möglichen. Natürlich war die von der Redaktion entscheidend bestimmte Bandbreite der Meinungen auf diesem Sektor nicht so groß wie auf den später zu behandelnden Gebieten der Außen- und Sozialpolitik.

Der Plan zur Errichtung einer katholischen Universität in Deutschland fand in den HpBl große Befürwortung und Unter-

stützung. Dem Problem historisch und sachlich vorgelagert war die Alternative: Seminar oder allgemeine Universität für die Theologenausbildung? Die Vorstellungen von einer katholischen Universität gingen natürlich über die theologische Fakultät hinaus und betrafen die Schaffung einer Volluniversität mit allen Fakultäten. Die Alternative 'Seminar oder Universität'? war zwar unter den Mitarbeitern der HpBl nicht ganz eindeutig geklärt, obwohl die überwiegende Mehrheit für das Seminar als 'staatsfreien Raum' plädierte. Von Döllinger ist die Ablehnung des Plans einer katholischen Universität[1] bekannt, dagegen nicht seine Stellung zur Seminarfrage. Sebastian Merkle befürwortete die Theologenausbildung an den allgemeinen Universitäten, doch wie bei Döllingers Ablehnung der katholischen Universität schlug sich seine Stellungnahme nicht in den HpBl nieder. Döllingers letzter erwiesener Beitrag datiert aus dem Jahr 1862[2] und beinhaltet die Replik auf ein hartes Urteil über Giesebrechts Kaisergeschichte. Eventuell enthalten die HpBl nach 1901 noch eine Aussage Merkles zur Universitätsfrage, doch habe ich in diesem Zeitraum nicht mehr gearbeitet. In dieser Frage hat sich also eine - allerdings verschwindend kleine - Minorität nicht repräsentiert gefunden.

Daß die Forderungen der Piusvereine um 1848 nach einer Trennung von Staat und Kirche nach belgischem oder amerikanischem Vorbild für die HpBl nicht akzeptierbar waren, zeigen verschiedene Stellungnahmen, in denen auf die Ermangelung des 'weltlichen Armes' und die Schutzlosigkeit der Kirche in diesem Modell verwiesen wurde[3]. Doch in dieser fundamental wichtigen Frage finden sich auch kritische Stimmen zum bisherigen Kurs der katholischen Kirche. Zwar stellten sie nicht die Forderung nach Trennung auf und hielten am Prinzip von Unab-

---

1) Vgl. Bd. 105, S. 259 f.
2) Bd. 49, S. 850 ff. (vgl. auch statistischer Anhang in Kap. II.6.).
3) So z.B. in Bd. 41, S. 879.

hängigkeit und Privilegierung fest, allerdings sind desweg die Nuancen nicht uninteressant. Die kritischen Stimmen häuften sich in der Zeit der Kündigung des badischen (1860) des württembergischen (1861) und des österreichischen Konk dates (1868) und während des Kulturkampfes, als der Staat katholischen Kirche den weltlichen Arm gegen die Altkatholi verweigerte - die Verbindung also nicht mehr funktionierte dieser Zeit ist zuweilen von den Vorteilen einer Trennung Staat und Kirche die Rede, allerdings unter Hinweis auf da momentan gestörte Verhältnis. Interessanter ist jedoch ein harte Kritik an der bisherigen einseitigen Verfolgung von Konkordatsabschlüssen, worüber die Probleme des Volkes und Seelsorge versäumt worden wären. Statt dessen habe man sic stark kompromittiert in der Verbindung zu den Regierungen Reaktionszeit[1]. Dennoch ist auch diese Frage kaum geeigne zum Konstatieren eines Forumscharakters der HpBl; das lieg ganz einfach daran, daß hier die Meinungen nur unwesentlic auseinandergingen.

Zu erwähnen ist die Offenheit der HpBl im Streit um einen konfessionellen oder überkonfessionellen Charakter d Zentrums und der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Hier kamen alle Stimmen zu Wort, obwohl Jörg deutlich sichtbar offenen 'Kölner Richtung', vertreten durch Julius Bachem[2] Hermann Cardauns[3], gegen eine streng konfessionell ausge- richtete Zentrumspolitik, vertreten von einigen bayerische und österreichischen Mitarbeitern[4], den Vorzug gab. Nach

---

1) Vgl. Bd. 76, S. 356 f.
2) Sein bekannter Turmartikel, der über das rein Konfessio des Zentrumsstreits hinausging, befindet sich in Bd. 13 S. 503 ff.
3) Sein Anteil daran, vgl. seine Autobiographie, a.a.O., S. 92 und S. 114.
4) Z.B. Augustin Rösler in Bd. 154, S. 613 ff. Auch Pastor hörte dieser Richtung an, vgl.: Lill, Rudolf. Der deuts Katholizismus zwischen Kulturkampf und I. Weltkrieg. In Jedin, Hubert (Hrsg.). Handbuch der Kirchengeschichte, a.a.O., Bd. 6.2., S. 515 ff, hier S. 523.

seinem Tod wurde diese Offenheit längere Zeit fortgesetzt und die Vielfalt der Meinungen darüber erhalten. Diese Frage schien bereits wesentlich früher durch die praktische Politik des Zentrumsführers Windthorst (und durch Fakten wie den Beitritt Gerlachs zum Zentrum) entschieden, brach aber von Zeit zu Zeit immer wieder aus.

Verschieden aufgenommen wurde auch das Problem einer Unterrepräsentation der Katholiken im Staatsdienst, vor allem bei der Stellenbesetzung in der höheren Verwaltung und an den Universitäten. Eine Benachteiligung der Katholiken durch staatliche Organe wurden zwar allgemein konstatiert, die Frage war jedoch, ob sie allein oder auch nur überwiegend verantwortlich war für die Disparität zwischen den Konfessionen auf diesem Gebiet. In den im ersten Hauptteil der Arbeit[1] besprochenen Aufsätzen Hertlings überwog die Kritik an der Haltung der Katholiken selbst. Als neu ist an seinen Aufsätzen festzustellen, daß sie sich der Wiederaufnahme von Klagen und Vorwürfen, wie sie sonst in der katholischen Presse häufig dargeboten wurden, weitgehend enthielten. Nur einige rhetorische Anknüpfungen daran hielt er für unerläßlich, weshalb Kramer von einer "geschickten Methode Hertlings, nach jedem Stich eine Verbeugung vor den Betroffenen zu machen"[2], spricht.

Diese wenigen Beispiele zeigen durchaus das Bemühen der Herausgeber, andere Stimmen zu Wort kommen zu lassen; bezeichnend ist jedoch, daß alle diese Beispiele aus der zweiten Jahrhunderthälfte stammen. Eine größere Bandbreite verschiedener Meinungen gerade zu kirchenpolitischen Themen war auf dem Hintergrund der Kölner Wirren im ersten Dezennium der Zeitschrift nicht zu erwarten.

---

1) Vgl. Kap. IV.3. in Teil A.
2) Kramer, a.a.O., S. 132. Dazu sein Verweis auf Franz Xaver Kraus' Vorwurf des Opportunismus an Hertling (a.a.O., S. 128).

Da die Differenzen wegen der überwiegenden Apologiehaltung des Katholizismus im 19. Jahrhundert nicht besonders groß w ren, darf aus diesen wenigen Beispielen durchaus auf das Bemühen um einen Forumscharakter geschlossen werden. Wenn keine größere Breite von Meinungen sichtbar wurde, so kann das also nicht einem restriktiven Verhalten der Redaktion angelastet werden, sondern lag in der ziemlich gleichartige Einschätzung der kirchenpolitischen Verhältnisse unter den Katholiken und in der katholischen Presse.

Charakterisiert wird die Haltung der Herausgeber durch einen Brief Bachems an Georg Jochner: "Innerhalb der durch ihr Programm gezogenen Grenzen hat dabei das freie Wort in den gelben Heften oft eine Stätte gefunden, ich habe es noc im vorigen Jahr erfahren, als dieselben meinem so vielfach mißverstandenen und mißdeuteten Turmartikel bereitwillig Au nahme gewährten"[1].

Da zur Charakterisierung der HpBl hauptsächlich maßge- bend ist, was tatsächlich Eingang in sie gefunden hat, spie die sonstige Vielfalt der Mitarbeitermeinungen nur eine unte geordnete Rolle. Trotzdem will ich noch kurz hinweisen auf häufige Versuche von Mitarbeitern, den Katholizismus mit de Anschauungen der Zeit zu versöhnen. Manche von ihnen wurden der streng konservativen Richtung im Katholizismus als 'Ab- weichler' oder 'Liberale' betrachtet. Martin Deutinger gab die zuweilen angefeindete Zeitschrift 'Siloah. Zeitschrift für religiösen Fortschritt innerhalb der Kirche' heraus; ma che Bücher Hugo Kochs gerieten auf den Index, ihm selbst wu die kirchliche Lehrerlaubnis entzogen und Albert Ehrhardt wegen des Verdachts des Modernismus der Prälatentitel in de Jahren zwischen 1908 und 1922 aberkannt. Alle blieben jedoc

---

1) Köln, den 28.11.1907. In: Redaktionsarchiv Thauernhausen An einer anderen Stelle des genannten Briefes bezeichnet Bachem das Programm als den "Kampf für die Rechtsstellun der katholischen Kirche auf deutschem Boden und für die Gleichberechtigung des katholischen Volksteils."

auch nach den Vorwürfen und Maßnahmen Mitarbeiter an den HpBl; inwieweit jedoch ihre Gedanken dort Niederschlag fanden, konnte ich nicht klären, da ich die Bandbreite der Zeitschrift auf theologischem Gebiet nicht untersucht habe und zudem Kochs und Ehrhardts Arbeit an den HpBl, die vielleicht auch in kirchenpolitischer Hinsicht interessant wäre, hauptsächlich in die Zeit nach der Jahrhundertwende fiel. Franz Lorinser läßt sich im Jahr 1857 nicht mehr als Mitarbeiter nachweisen, als er - wohl in Sorge um die weitere Lizensierung seines 'Schlesischen Kirchenblattes' - in opportunistischer Weise dem Polizeipräsidenten gegenüber das Verbot der HpBl "vollkommen gerechtfertigt"[1] nannte.

Deutlicher als bei kirchenpolitischer wird der Forumscharakter der HpBl bei außenpolitischer Materie. Letztere ist zwar nicht Teil meiner inhaltlichen Analyse der Zeitschrift in Teil A der Arbeit, aber hier geeignet, zum Problem der Bandbreite der Meinungen beizutragen. Daß außen- und sozialpolitische, zuweilen auch philosophische Fragen als 'offen'[2] bezeichnet wurden, bedeutet nicht, daß die Herausgeber auf diesem Sektor keinen bestimmten Kurs verfolgten. Da diese Probleme aber nicht wie die Kirchenfragen im Rahmen 'katholischer Politik' beantwortet werden konnten, ließ man hier dem freien Spiel der Meinungen Raum. Daß das Ergebnis dieser Einräumung keine übermäßige Vielfalt hervorbrachte, hängt bei außenpolitischen Fragen mit der Verbindung zur 'Deutschen Frage' zusammen, wo die Kombination 'katholisch/großdeutsch/antipreußisch' doch überwog. Am Beispiel der sozialen Frage in den HpBl sei, ohne die Lektüre Stegmanns ersetzen zu wollen, auf gewisse Grundsätze wie Freiheit zur Selbsthilfe anstelle von 'Staatssozialismus' hingewiesen.

Doch nun zur Darstellung der Meinungen selbst. Die badischen Mitarbeiter waren zum Teil von liberalen, mitunter

---

1) Vgl. Leonhard Müller, a.a.O., S. 138.
2) Vgl. nochmals Kap. I.3.

auch von kleindeutschen Gedanken geprägt. Bei Rheinländern und Westfalen fehlte die Sympathie zur kleindeutschen Lösung, doch hatten sie von der Anwendung liberaler Prinzipien mehr Selbstverwaltung innerhalb der preußischen Monarchie zur erwarten und nahmen deshalb dem Liberalismus gegenüber eine auf geschlossenere Haltung ein. Über ihren badischen Mitarbeiter Karl Bader schrieben die HpBl zu dessen Lebzeiten: "Dr. Bader war von Haus aus ein Liberaler und er ist es bis heute geblieben. Aber er war niemals ein Angehöriger der liberalen Sekte. Er verstand somit unter dem'modernen Staat', den der Liberalismus bauen wollte, den Rechtsstaat, ein Gleichgewicht der einzelnen Freiheiten und darin Jedem sein Recht"[1]. Schwieriger aufzunehmen waren wohl die Aufsätze des dezidiert preußenfreundlichen Reinhold Baumstark, ebenfalls ein Badener, der auch im Kulturkampf ein Verehrer Bismarcks blieb und dem Zentrum an diesem Kampf den größeren Teil der Schuld gab; dies alles konnte er unter dem Pseudonym des 'politischen Einsiedlers' in den HpBl vortragen. Er äußerte sich darüber wie folgt in seiner Autobiographie: "In diesen Tagen der beginnenden Auseinandersetzung zwischen meiner deutsch-patriotischen und zwischen der ultramontan internationalen Behandlung der kirchenpolitischen Frage war es für mich eine große geistige Wohltat, daß ..., D r . E d m u n d J ö r g , mir vom Juni 1872 an die 'Historisch-politischen Blätter' zur Geltendmachung meiner Ideen öffnete. Ich zweifle nicht, ..., daß die echt katholische Freisinnigkeit, mit welcher Jörg mich in den von ihm redigirten 'gelben Heften' duldete, ihm von Seiten seiner fanatischen Genossen genug der Widerwärtigkeiten zugezogen hat."[2]

---

1) Bd. 45, S. 1111.
2) Baumstark, Reinhold. Plus Ultra! Schicksale eines deutschen Katholiken 1869 - 1882. Straßburg 1883, S. 94.

Dies war zweifellos ein Extrembeispiel, dagegen gab es mehrere gemäßigt kleindeutsch Gesinnte unter den Mitarbeitern. Doch mit der Nichtübernahme der preußischen Verfassungsgarantien in die Reichsverfassung lösten sich auch diese Männer von ihren Überzeugungen.

Welche Unterschiede auch zwischen zwei Großdeutschen der gleichen Generation bestehen konnten, zeigt sich im Verhältnis Janssens und Klopps zu Frankreich. Janssen blieb stets Warner vor 'Frankreichs Rheingelüsten', letzterer äußerte auf eine Frage des österreichischen Ministers Graf Leo v. Thun zu seiner Stellung in einem eventuellen Konflikt zwischen Frankreich und Preußen: "Mitgehen mit Frankreich, denn Preußen ist unendlich gefährlicher"[1]. Dieses Beispiel soll nur zeigen, daß die Dinge bei den Zeitgenossen zuweilen mehr im Fluß waren als es die nachträgliche Sicht glauben macht.

Eine ziemlich deutlich markierte Grenze zog man zum Nationalismus, den man aus Gründen seines revolutionären Ursprungs (1789) und der eigenen supranationalen katholischen Sicht ablehnte. Das galt zumindest bis zum Tod Jörgs. Wieweit später nationalistisch gesinnte Mitarbeiter wie Martin Spahn und Max Buchner mit ihren Gedanken Eingang in die HpBl fanden, habe ich aus Gründen der zeitlichen Grenze meiner Arbeit nicht untersucht. Doch im großen und ganzen dürfte die Feststellung - noch im letzten Band der HpBl! - "Katholik und Nationalist schließen sich aus"[2] bezeichnend für deren Haltung gewesen sein. Dafür spricht auch, daß Max Buchners Plan, nach dem Tod Georg Jochners die Zeitschrift zu übernehmen, von diesem zeit seines Lebens entschieden abgelehnt wurde. Die 'Gelben Hefte', die dann ein Jahr nach dem Ende der HpBl ihr Erscheinen begannen, wiesen nur noch dem Namen nach eine Kontinuität auf, versuchten jedoch bald, den Katholizismus mit Teilen der nationalsozialistischen Bewegung zu verbinden.

---

1) Klopp, Wiard. Onno Klopp. Leben und Wirken. Osnabrück 1907, neu hrsg. von Franz Schnabel. München 1950, S. 84.
2) Bd. 171, S. 113.

Offen waren auch viele innerösterreichische Fragen, jedoch weniger die Autonomiebestimmungen zugunsten der Ungarn, bei deren Behandlung - von den ungarischen Mitarbeitern abgesehen - nur die Schärfe der Ablehnung unterschiedlich ausfiel. Dagegen hielten die HpBl ihre Spalten offen für die beiden großen katholischen Gruppierungen in Österreich, die sich bezüglich der Stellung zur sozialen Frage herausgebildet hatten. Die 'Christlich-Sozialen' mit ihrem Organ 'Vaterland' stützten sich mehr auf die bürgerlichen Elemente, die 'Katholisch-Konservativen' hatten ihren Rückhalt im Adel und im hohen Klerus[1]. Beide Seiten stellten auch je eine Anzahl von Mitarbeitern. Im Zusammenhang mit Angriffen auf seine Haltung, den Lesern auch selbst nicht geteilte wirtschafts- und sozialpolitische Meinungen ungekürzt vorzustellen, schrieb Jörg: "Die 'Blätter' (sind) überhaupt nicht für politische Kinder geschrieben, und wir denken uns stets urtheilsfähige Leser"[2].

Zuletzt noch eine Aussage Jörgs über seinen Mitarbeiterkreis mit Kompetenz in philosophischen Fragen: "Der sehr verehrten Herren vom Fach, mit denen ich ab und zu in Verbindung stand, waren es etwa ein halbes Dutzend. Aber so oft ich von Einem der sechs einen Artikel veröffentlichte, durfte ich regelmäßig darauf rechnen, daß unter den fünf andern ein allgemeines Murren und Schütteln des Kopfes entstand"[3].

Von Jörg liegt im selben Artikel eine Aussage über die Meinungsbreite der Mitarbeiter vor: "Ich habe meine eigenen politischen Ansichten, aber ich habe auch Mitarbeiter mit anderen politischen Ansichten, ich schätze dieselben hoch und ihre Artikel sind mir regelmäßig lieber wie die meinigen"[4].

---

1) Dazu Cardauns in seiner Autobiographie, a.a.O., S. 237.
2) Bd. 107, S. 774.
3) Bd. 53, S. 23.
4) Bd. 53, S. 22.

Diese Aussage kann hier zwar keinen Zeugencharakter haben, aber die bisher erwähnten Fälle aus seiner Redaktionszeit haben doch ziemlich klar gezeigt, daß er besonders aus Gründen seines genügenden Selbstbewußtseins für einen Forumscharakter der HpBl sorgen konnte.

Natürlich konnten dabei Meinungsverschiedenheiten nicht ausbleiben. Aubert[1] schreibt, daß die HpBl den norddeutschen Katholiken als zu stark aus süddeutscher Perspektive redigiert erschienen. Seine Quelle bildet vermutlich Kißlings[2] Bemerkung über eine diesbezügliche Äußerung auf dem Frankfurter Katholikentag von 1863. Ich ging Kißlings Quelle nach und fand im Verhandlungsprotokoll aber zumindest noch eine andere Nuance. Dort hieß es im Referat Hülskamps[3] nach einem ausführlichen Lob für die Zeitschrift: "Aber einen großen Fehler haben die historisch-politischen Blätter, den Fehler, daß sie ein Unikum sind, daß wir Bedürftige im Norden, bei ihrem doch etwas vorherrschenden süddeutschen Charakter, den 'Grenzboten', den 'Preußischen' und 'Deutschen Jahrbüchern', der 'Berliner Revue' gegenüber nicht ein zweites Organ der nämlichen Gattung haben, das wir so nötig hätten"[4].

Daß die politischen Vorstellungen der Herausgeber und speziell der Gründer der Zeitschrift nicht immer deckungsgleich waren, wurde schon gesagt. Aber wie Rhein[5] aus einem etwas abrupten Schluß eines Aufsatzes von J. Görres zu schlies-

---

1) Vgl.: Aubert, Roger. Das katholische Denken auf der Suche nach neuen Wegen. In: Jedin, Hubert (Hrsg.). Handbuch der Kirchengeschichte, a.a.O., Bd. 6.2., S. 447 ff., hier S. 474.
2) Vgl. Kißling, a.a.O., Bd. 1, S. 453.
3) Herausgeber des 'Literarischen Handweisers'.
4) Franz Hülskamps Rede in: Verhandlungen der 15. Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Frankfurt a. Main am 21., 22., 23. und 24. September 1863. Amtlicher Bericht. Frankfurt a. Main 1863, S. 71.
5) Vgl. Rhein, a.a.O., S. 69 (über J. Görres' Aufsatz in Bd. 1, S. 214 ff. und S. 261 ff.).

sen, daß sich hier die Zensurhand Phillips' bemerkbar gemacht habe, ist doch zu spekulierend; die Tatsache, daß J. Görres die von ihm an dieser Stelle vermißten Gedanken zur konstitutionellen Regierungsform an anderer Stelle klar ausgesprochen hat, erklärt er mit einer Flüchtigkeit des 'Zensors' Phillips[1]. Damit werden innerhalb der Redaktion die Gewichte eindeutig verteilt, während doch über die Redaktionsarbeit außer einigen bei Pölnitz erwähnten Details u Material im Redaktionsarchiv für spätere Jahre so gut wie nichts überliefert ist. Auch wenn J. Görres nicht selbst al Herausgeber fungierte, so ist es doch schwer denkbar, daß e sich seine Aufsätze in dieser Weise zusammenstreichen ließ. Dazu sei noch an einen Aufsatz Arndts' erinnert, der sich ebenfalls noch zur Zeit der Herausgebertätigkeit Phillips' für die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Strafrechtspfle ausgesprochen und sich somit eine 'Märzforderung' zu eigen gemacht hatte[2].

Es liegt mir nichts an einer harmonisierenden Sicht de Verhältnisses zwischen Herausgebern und Mitarbeitern. Aber sind einfach keine Hinweise auf Auseinandersetzungen vorhanden, welche über das gewöhnliche Maß für eine politische Zeitschrift hinausgingen.

II.5. DIE REDAKTION

Eine Geschichte der Redaktion muß sich auf wenige Gesichtspunkte beschränken, da über die Tätigkeit von Herausgebern Redakteuren nur wenig Material vorliegt. Eine von Georg Joc

---

1) Vgl. Rhein, a.a.O., S. 71 (über J. Görres' Aufsatz in Bd. 10, S. 413 ff.)
2) Vgl. Bd. 16, S. 761.

geplante 'Geschichte der Historisch-politischen Blätter'[1] ist durch seinen Tod nicht zur Ausführung gelangt. Sie hätte zwangsläufig nicht nur Aufschlüsse über die Mitarbeiter und die Redaktionsarbeit, sondern auch über das Problem der Verbreitung der Zeitschrift enthalten müssen. Einige einzelne Zettel im Redaktionsarchiv in Thauernhausen, welche für verschiedene Mitarbeiter die Zusammenstellung ihrer Beiträge festhalten, sind eventuell als Vorarbeiten Jochners zu seinem Projekt anzusehen.

Eine große Anzahl von Briefen an Jörg und Binder aus der Zeit ihrer Redaktionstätigkeit, meist von Mitarbeitern stammend, läßt einige Aspekte wie die Arbeitsaufteilung und die Auswahl der Beiträge deutlicher erkennen. Über die finanziellen Ergebnisse des publizistischen Unternehmens bieten die erwähnten Rechnungsbücher Aufschluß, und die Höhe der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Redaktion sowie der Honorare für die Mitarbeiter läßt sich teils ebenfalls aus diesen direkt, teils mit zusätzlicher Hilfe des Briefnachlasses ermitteln.

Auf die einzelnen Herausgeber braucht ansonsten nicht mehr eingegangen zu werden, da über sie bereits biographische Arbeiten vorliegen. Auch gewisse Wandlungen im Bild der Zeitschrift sind bereits erwähnt worden. Es bleibt also die Vervollständigung früherer biographischer Arbeiten durch einige Erkenntnisse aus der Herausgebertätigkeit zu leisten. Dabei sind die ersten Jahre der HpBl zum Teil in Kapitel I. angesprochen worden, beispielsweise der Streit wegen der Knappheit der Artikel, so daß ich hier mehr über die Zeit Jörgs und Binders beitragen werde.

---

1) Hinweis darauf von seinem Nachfolger als Archivdirektor, Otto Riedner, in seinem Nekrolog auf Jochner. Vgl.: Deutsches Biographisches Jahrbuch. Bd. 5 (das Jahr 1923), Stuttgart 1930, S. 202 ff., hier S. 205.

II.5.1. ARBEITSAUFTEILUNG, FÜHRUNGSSTIL UND AUSWAHL DER BEITRÄGE

Das Verdienst, einen so umfangreichen Kreis an qualifizierte und regelmäßigen Mitarbeitern geschaffen und den Kontakt mit ihnen gepflegt zu haben, kommt Jörg und Binder zu gleichen Teilen zu. Dabei tat sich Jörg aufgrund seiner weitreichende Verbindungen leichter als Binder, dem die Last der täglichen Korrespondenz oblag. Jörgs Verbindungen waren zum Teil Anknüpfungen an die der früheren Herausgeber (er hatte den Görres-Kreis am Ende seiner Studienzeit noch persönlich kennengelernt), teils von seinem Lehrer Döllinger vermittel zu diesen Fundamenten kamen aber selbstgeschaffene Verbindun gen aufgrund eigener wissenschaftlicher (Geschichte des Bauernkrieges, Neueste Geschichte des Protestantismus), publizistischer und politischer (Landtag, Zollparlament, Reich tag) Arbeit. Auch nach Binders Eintritt in die Redaktion ver band man mit den HpBl viel eher den Namen Jörgs als den seinen, auch wenn man sich in die Redaktionsverantwortung in fast regelmäßigem Halbjahres- oder Jahresturnus teilte, wie aus dem Impressum hervorgeht. Binder trat vor allem deshalb zurück, weil er an Beiträgen ausschließlich Literarisches, Künstlerisches und Biographisches lieferte, während Jörg als politischer Kopf und spiritus rector mehr Aufmerksamkeit erregte.

Neben der umfangreichen Korrespondenz mit den Mitarbeitern, die hauptsächlich die Beschreibung von Manuskripten un Anregungen zu Artikeln beinhaltet, war Binder für Organisatorisches zuständig. Er sichtete zuerst die eingesandten Beiträge, legte Jörg darüber Berichte vor, besorgte die Zusammenstellung für den Druck (meist nach der schriftlichen Empfehlung Jörgs), zahlte die Honorare an die Mitarbeiter aus[1] ur

1) Ersichtlich aus vielen Mitarbeiterbriefen an ihn im Redaktionsarchiv in Regensburg (Binder-Karton).

veranlaßte bzw. kündigte die Abonnements der von der Redaktion gehaltenen Zeitungen und Zeitschriften.

Wahrscheinlich war Binder bis zum Eintritt Guido Jochners[1] (Vater Georg Jochners) auch für die Buchführung zuständig, sofern nicht Marie Görres diese früher von ihr verrichtete Arbeit[2] noch zu dieser Zeit weiterführte. Der Beginn der Mitarbeit Guido Jochners in der Redaktion kann nicht genau festgestellt werden, da er sich seine ehrenamtliche Arbeit nicht honorieren ließ - es fehlt nämlich jeder diesbezügliche Eintrag in den Rechnungsbüchern, wie das bei allen anderen Redaktionsmitgliedern der Fall ist. Das zweite vorhandene Rechnungsbuch, das leider erst mit dem Jahr 1877 einsetzt, zeigt stets die Schrift Guido Jochners; das bedeutet, daß er zumindest seit 1877 für die wirtschaftliche Seite der HpBl verantwortlich war. Auf alle Fälle blieb Jörg vom Rechnungswesen verschont und nahm nur die verschiedenen Berichterstattungen[3] Guido Jochners an ihn über diesen Aspekt zur Kenntnis. Ob nach Guido Jochners Tod im Jahr 1900 diese Aufgabe seinem Sohn Georg, bis zum Tod Binders im Jahr 1914 Mitherausgeber und danach alleiniger Herausgeber bis zum Ende der Zeitschrift oder Binder zufiel, geht zwar nicht aus den Briefen im Redaktionsarchiv hervor, läßt sich aber dennoch beantworten. Binders Schriftzug nämlich zeigt sich nur für wenige Monate Übergangszeit nach 1900 sowie ab und zu beim

---

1) Verheiratet mit einer Enkelin J. Görres'. Zum Stammbaum der Familie Görres, vgl.: Schellberg, Wilhelm. Joseph von Görres' Ausgewählte Werke und Briefe. 2 Bde. Kempten und München 1911. Bd. 2, Anhang (o.S.).

2) Vgl. Holland. In seiner Autobiographie ist davon die Rede, daß Marie Görres noch um 1860 für die Buchführung verantwortlich war: Holland, Hyacinth. Lebenserinnerungen eines 90-jährigen Altmünchners, hrsg. von A. Dreyer. München 1921, S. 71.

3) Siehe weiter oben in Kap. I.4.3., in dem auf zwei dieser Briefe eingegangen wurde. Vier Briefe Guido Jochners über Gewinne und Verluste der HpBl aus den Krisenjahren 1882-1887 (26.7.1882, 31.8.1883, 19.8.1885 und 21.10.1887) finden sich im Redaktionsarchiv Regensburg (Jörg-Karton). Auf sie wird im folgenden Kapitel weiter eingegangen.

Vermerken der Honorare, sonst wurde diese Aufgabe von Georg Jochner wahrgenommen.

Die Auswahl der Aufsätze und Rezensionen lag fast ausschließlich im Entscheidungsbereich Jörgs. Zwar wurde die Mehrzahl der Manuskripte an Binder eingesandt (Jörg konnte wegen seiner Anstellung als Archivar in Neuburg an der Donau und später auf der Trausnitz in Landshut nicht allzuoft in München sein), doch dieser remittierte nur das, was sich auf den ersten Blick als ungeeignet zeigte und sandte nach dieser Vorauswahl das Material oder die Beschreibung desselben nach Landshut bzw. vor 1866 nach Neuburg. Wahrscheinlich hat Jörg die meisten der angebotenen Beiträge selbst gelesen oder überflogen, denn in den zahlreichen Briefen Jörgs an Binder, meist im Wochenrhythmus, geht es immer um Aufnahme oder Ablehnung von Artikeln. Als Beispiel für fast alle anderen Briefe sei hier aus einem Brief Jörgs an Binder zitiert: "... Wenn an dem Schlusse des laufenden Heftes der Rest der Hägele'schen Tagebuch-Blätter erscheinen könnte, so hielte ich das für gut. Was die Einsendung Werners betrifft, so könnte sie in vorliegender Correktur vielleicht doch Aufnahme finden. Eigentlich habe ich auch Herrn Werner die Aufnahme in modifizirter Fassung bei Gelegenheit eines Briefes über sein nächstes Werk schon in Aussicht gestellt.

Diese meine Bereitwilligkeit rührte vielleicht auch davon her, daß ich eben namhafte Remittierungen an Muthke, Reinerding und Maas vollzogen hatte. Wenn Schneiderhan nicht geschrieben hat, so schließe ich daraus, daß er an dem bewußten Artikel arbeitet... (u.s.w.)"[1].

Viele Aufsätze und Rezensionen wurden von der Redaktion in Auftrag gegeben; dabei handelte es sich entweder um Themen, die momentan als wichtig erachtet wurden oder die man einem bestimmten Mitarbeiter mit spezieller Fachkompetenz überlass

---

1) Jörg an Binder. Neuburg, den 3.5.1864. Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton).

wollte. Auch von Binder ist eine Anzahl von Aufträgen ausgegangen. Doch in der Mehrzahl wurden die Manuskripte unverlangt eingesandt. Regelmäßige Mitarbeiter sahen sich oft selbst nach weiteren geeigneten Mitarbeitern um und konnten auch selbständig Artikel zu bestimmten Themen anregen. Das wiederum entlastete die Redaktion. So empfahl Klopp der Redaktion Grashof und Hagemann zur Mitarbeit, und Döllinger, der selbst nur wenig schrieb, vergab verschiedentlich Aufträge. Döllinger galt überhaupt als d i e Autorität an der theologischen Fakultät[1] und fungierte nicht nur, wie weiter oben erwähnt, als Berater der HpBl, sondern auch als Berater des Verlagshauses Herder[2] in theologischen Fragen. Über Döllingers Hilfe schrieb Jörg im Jahr 1871: "Wie es nun in jenen glücklicheren Zeiten regelmäßig zu geschehen pflegte, so wendete sich die Redaktion dieser Blätter an Herrn Stiftsprobst v o n D ö l l i n g e r um die Lösung der Schwierigkeit ..."[3]. Niedermayer[4] bestätigt dies noch im Jahr 1861, doch war zwei Jahre später die schon vorher zuweilen spürbare[5] Entfremdung gewachsen, so daß er spätestens um diese Zeit die Verbindungen zur Redaktion eingestellt hat.

Im Jahr 1866, nach dem heftigen Zerwürfnis zwischen Jörg und Döllinger bezüglich der Beurteilung des verstorbenen Königs Maximilian II. in den HpBl, schrieb der vom König zum Reichsrat der Krone Bayerns und Akademiemitglied ernannte Döllinger hämisch an Jörg, daß das bayerische Volk "in seiner immensen

---

1) Eine bezeichnende Äußerung dazu: "Was Phillips uns voriges Jahr gesagt, erscheint mir immer wahrer, daß nämlich hier (Anm.: München) erstens Döllinger, zweitens Döllinger, und drittens Döllinger sei." (Lorinser F. -Autobiographie, a.a.O., Bd. 2, S. 78).
2) Vgl.: Köhler, Oskar. Die Wahrheit in der Geschichte. In: Herder, a.a.O., S. 129 ff, hier S. 145.
3) Bd. 67, S. 691 (Hervorhebung im Original).
4) Vgl. Niedermayer, a.a.O., S. 22.
5) Vgl. Conzemius in Festschrift Spindler, a.a.O., S. 757 f.

Majorität glücklicherweise von den gelben Blättern keine Notiz nimmt..."[1].

An Manuskripten war meist genügend vorhanden, so daß Jörg imstande war, das für ihn geeignet Scheinende auszuwählen. Das war nicht immer so und auch nicht selbstverständli Zur Zeit der Herausgebertätigkeit G. Görres' und G. Phillip herrschte stets Mangel an Artikeln. G. Görres wurde auf sei ner ausgedehnten Reise in den Jahren 1839/40 von seinem Vat verschiedentlich angeschrieben, er solle entweder früher zu rückkehren oder doch mehr Artikel einsenden[2], und wahrsche lich verdanken wir diesem Manuskriptmangel auch einige Aufsätze J. Görres' selbst, die dieser sonst eben nicht geschr ben hätte. Das geht wohl deutlich aus seinen Briefen an Frhrn. Joseph v. Giovanelli[3] hervor, in denen er sich darü beklagt, daß ihm neben seiner Professur und der Arbeit an den HpBl kaum noch Zeit bleibe für die Abfassung seiner 'Mystik'.

Das größte Problem der Redaktion im ersten Dezennium war nicht das Verbot der Zeitschrift in Preußen, sondern di Zusammenarbeit zwischen so grundverschiedenen Charakteren[4] wie beispielsweise dem schroffen und nur in politischen Kat gorien denkenden Carl Ernst Jarcke und dem politisch und jo nalistisch wenig interessierten, aber lyrisch begabten Guid Görres. Doch darin lag auch die Chance, der Zeitschrift ein interessante Vielfalt zu sichern.

Ernsthafter Streit brach dann in der Zeit abnehmender

---

1) Döllinger an Jörg. München, den 7.7.1866. In Prof. Albre Abschrift des Briefwechsels zwischen Döllinger und Jörg (Redaktionsarchiv Regensburg).
2) Z.B. München, den 24.12.1839 an Guido in Paris. In: Familienbriefe (I), a.a.O., S. 409.
3) Sämtlich in: Freundesbriefe (III), a.a.O. München, den 3.2.1840, Nr. 433, S. 539; München, den 9.3.1840, Nr. 4 S. 543; München, den 13.8.1840, Nr. 438, S. 553, sowie München, Sommer 1844, Nr. 465, S. 616.
4) Vgl.: Kreitten, Wilhelm. Leberecht Dreves. Freiburg i. B 1897, S. 204.

Beiträge aus; Jarckes Ausscheiden aus der Redaktion (um 1846), der er aber weiter seine Artikel zusandte, scheint dieses Problem zugrunde gelegen zu haben[1]. Denkbar ist auch ein finanzieller Hintergrund, da G. Görres, Phillips und Jarcke trotz unterschiedlicher Arbeitsleistung zu gleichen Teilen an den Erträgnissen der Zeitschrift[2] partizipierten. G. Görres ließ sich sehr häufig in der Redaktionsarbeit von seiner Schwester Marie vertreten, Jarcke war in der Kanzlei Metternichs unabkömmlich und Phillips mit der Abfassung kirchenrechtlicher Lehrbücher und ab 1850/51 auch noch mit Professuren, die ihn von München wegführten (Innsbruck und Wien), überlastet[3]. Zeitweise lag die größte Arbeitslast auf den Schultern des alten Görres, der sich auch nicht zu stolz zu kleineren Arbeiten dünkte und beispielsweise auch Buchanzeigen von Jarckes Werken für die 'Allgemeine Zeitung' und die HpBl abfaßte, wie Oldenbourg in einem Brief an Cotta beiläufig erwähnte[4]. Zu diesen Arbeiten wurden sonst auch Studenten herangezogen[5].

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts verringerte sich das Problem des Mitarbeiter- und Manuskriptenmangels, doch trat dafür ein anderes Problem auf. Durch einen gewissen Spe-

---

1) Vgl. Pölnitz, 16.1., a.a.O., S. XXXIV. Dazu: Biographie Guido Görres', a.a.O., S. 369, sowie Pfülf, a.a.O., Bd. 1, S. 54. Daß neben den genannten Hintergründen später noch (nach Jarckes Ausscheiden aus der Redaktion) ein politischer Streit zwischen Phillips und Jarcke über die Verfassungsfrage in der Paulskirche und die Beurteilung Gagerns ausbrach, wird ebenfalls von Pölnitz -in einer Arbeit über Phillips- dargelegt. Vgl.: Pölnitz, Götz Frhr. v. George P. Phillips, ein großdeutscher Konservativer in der Paulskirche. In: Historische Zeitschrift. Bd. 155. München/Berlin 1937, S. 51 ff., hier S. 62 f.

2) Vgl. dazu Kap. II.5.2.

3) Er schied 1852 aus seiner Herausgebertätigkeit aus, nachdem zuvor Jörg schon in die Redaktion eingetreten war; diesen hatte er gebeten, ihn vorübergehend zu vertreten (es wurden dann 49 Jahre). Phillips lieferte aber noch längere Zeit Artikel für die Zeitschrift.

4) München, den 27.12.1838. In: Cotta-Archiv. Sign.: Ältere Geschäftspapiere LAA (Brief Nr. 28).

5) Vgl. Lorinser F. (Autobiographie), a.a.O., Bd. 2, S. 29 f.

zialisierungsprozeß im Zusammenhang mit dem allgemeinen Auf
schwung der katholischen Presse benötigte man in zunehmende
Maße Mitarbeiter mit besonderen Fachkenntnissen.

Doch konnte dieses Problem durch die stark ansteigende
Zahl der Mitarbeiter leichter gelöst werden als das frühere
Problem des allgemeinen Mangels. Im 'Katholiken' findet sic
diese charakteristische Änderung bestätigt, die durch die
neuen Anforderungen an die katholischen Journale erwuchs
(eine stärkere Differenzierung, die vorgenommen werden soll
"ohne daß der Eine die spezielle Tendenz des Andern verkümm
oder beirren soll"[1]); allerdings sah man diesen Prozeß sch
früher einsetzen. Für die HpBl hatte dieser Vorgang wegen d
ohnehin größeren Inhaltsbreite des Politischen nicht die Be
deutung wie für andere Presseorgane. Die 'Blätter' konnten
sich auf keinem Gebiet gänzlich zurückziehen[2], wenn sie ei
Mittelpunkt des katholischen Deutschland bleiben wollten, d
zeigte sich diese Tendenz außer in der von Jörg durchgesetz
Zurückdrängung theologischer Inhalte auch in einem Rückgang
an belletristischen Beiträgen nach der Gründung von Organen
die neben der Besprechung von Neuerscheinungen auch speziel
Literarisches übernahmen ('Literarischer Handweiser', gegr.
1862, 'Literarische Rundschau', gegr. 1875).

Die Berechtigung zur hier geleisteten Periodisierung e
gibt sich nicht allein aus den gerade behandelten Hinweisen
im 'Katholiken' und in den HpBl, sondern auch aus verschied

---

1) Vgl. 'Kath.'. Bd. 87. Heft 1. Mainz 1843, S. 4.
Zu Beginn der 90-er Jahre sah man eine Fortsetzung diese
Prozesses: "Bei der reichen und erfreulichen Entwicklung
der katholischen Presse und Literatur in der jüngsten Ze
sind eine Reihe von Funktionen, denen 'd e r K a t h o
l i k ' in früheren Jahren zu genügen suchte, auf die
Tagespresse und auf Fachzeitschriften übergegangen."
('Katholik'. 3. Folge, 1. Bd. Mainz 1890. Vorwort von
J.B. Heinrich, o.S. -Hervorhebung im Original).
2) Vgl. Bd. 77, S. 161.

nen Situationsberichten zur Lage der katholischen Presse; die erste Phase des generellen Mitarbeitermangels war darüberhinaus kein spezielles Problem katholischer Presseorgane, wie die Beispiele von Rankes 'Historisch-politischer Zeitschrift', Viktor Aimé Hubers 'Janus' oder Pfeilschifters 'Staatsmann' gezeigt haben.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß neue Mitarbeiter auch bei einem ausreichenden Angebot an Manuskripten willkommen waren. So berichtete Binder an Jörg im Jahr 1882: "Herr Dr. Klopp empfiehlt uns Herrn Kaplan Grashof als Mitarbeiter. In Voraussetzung ihrer Zustimmung habe ich seinen Brief, der hier mitfolgt, in bejahendem Sinn beantwortet. Wir können neue Kräfte brauchen"[1]. Daß die Initiativen zur Werbung neuer Kräfte auch von der Redaktion ausgingen, zeigt ein Brief Guido Jochners an Jörg aus dem Jahr 1887: "Ich streckte die Fühler nach gewiegten Mitarbeitern aus und er (Anm.: ein Chorherr aus St. Florian) meinte, der Archivar des Stiftes, Chorherr P. Friegel, welcher bisher schon publizistisch thätig war, würde gewiß zur Mitarbeit sich bewegen lassen"[2].

II.5.2. FINANZIELLE ERGEBNISSE UND HONORARE

Die Gewinnbeteiligungen und Aufwandsentschädigungen für die in der Redaktionsarbeit Tätigen waren direkt vom wirtschaftlichen Erfolg der Zeitschrift abhängig, wogegen es die Mitarbeiterhonorare nur insofern waren, als sie von 1838 bis zum Beginn der Inflation im Jahr 1922 nicht anstiegen. Dies bedeutete real ein Absinken und hängt sicher damit zusammen, daß man den zwischen 1838 und 1848 erreichten Höchststand an verkauften Exemplaren später nie mehr erreichte (vgl. die

---

1) München, den 22.6.1882. Redaktionsarchiv Regensburg (Jörg-Karton).
2) Hofgastein, den 12.7.1887. Redaktionsarchiv Regensburg (Jörg-Karton).

Graphik der Verkaufszahlen). Als vom Erfolg der Zeitschrift unabhängig können die Honorare insofern bezeichnet werden, da sie kurzfristigen Schwankungen des wirtschaftlichen Erfolges nicht angepaßt wurden.

Nicht alle in der Redaktionsarbeit Tätigen waren an Gewinn und Aufwandsentschädigungen beteiligt. Da für die Zeit bis 1848 keine Rechnungsbücher vorliegen und für das Jahr 1848 selbst nur 2 Seiten über die Gewinnverteilung existier ist nicht sicher, ob J. Görres wenigstens sein Mitarbeiterhonorar in Anspruch genommen hat. Auf eine Beteiligung am Gewinn der Zeitschrift hatte er von vorneherein verzichtet. G. Görres, Phillips und Jarcke schieden bis zum 1.1.1848 n zwischen Gewinnbeteiligung und Honoraren, sondern teilten sich den Reingewinn trotz unterschiedlicher Anzahl von Aufsätzen zu gleichen Teilen und vertrauten darauf, daß jeder das in seinen Kräften Stehende leiste. So erhielten alle Dr die gleiche Summe - für die Zeit vom 1.10.1846 bis zum 31.12.1847 laut Rechnungsbucheintrag des Jahres 1848 je 7.165 Gulden. Diese enorme Summe für die 15 Monate entspra einer jährlichen Einnahme von 5.000 bis 6.000 Gulden, und de Verkaufszahlen nach kann man für die Zeit vorher von ähnlichen Einkünften ausgehen. Als Vergleich sei wiederum das gl zende Gehalt von jährlich 2.000 Gulden für J. Görres' Profe sur angeführt. Carl Ludwig Arndts erhielt an der gleichen U versität kurz nach seiner Habilitation (noch als Privatdoze gar nur 600 Gulden jährlich[1]. Ab dem Jahr 1848 wurde die durch den langsamen Rückgang der Verkaufszahlen kleiner wer dende Gewinnbeteiligung von den Honoraren getrennt. Die Ein nahmen der drei Genannten wurden insgesamt deutlich geringe

1) Vgl.: Brinz, A. Dr. Ludwig Arndts v. Arnesberg. Nekrolog In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, hrsg. von A. Brinz und J. Pözl. Neue Folge, Bd. 2 (der ganzen Folge 21. Bd.). Heft 2. München 1879, S. 5.

können aber immer noch als glänzend bezeichnet werden. Für Phillips errechnete ich in den 4 Jahren von 1848 bis einschließlich 1851 rund 9.500 Gulden, für G. Görres und Jarcke im genannten Zeitraum je etwa 12.500 Gulden. G. Görres war auf diese Einkünfte als seinen Lebensunterhalt angewiesen, da er nicht wie die hohen Beamten Jarcke und Phillips noch zusätzlich Besoldung bezog. Marie Görres, die am meisten mit Korrekturen beschäftigt war, erhielt für diese Tätigkeit monatlich 66 Gulden, im genannten Zeitraum also 3.168 Gulden.

Als Jörg mit dem 1. Januar 1852 in die Redaktion eintrat, wurde seine Tätigkeit zuerst (bis einschließlich Juli) mit monatlich 50 Gulden, ab August 1852 dann mit monatlich 100 Gulden[1] vergütet. Als wichtiges 'Nebenprodukt' dieses Durchforschens der Rechnungsbücher hat sich - wie gesehen - das genaue Datum von Jörgs Eintritt in die Redaktion ergeben[2],

---

1) Zumindest bis zum Jahr 1861. Von da an klafft die Lücke in der Buchführung bis zum Jahr 1877.

2) Zittel erwähnt die Übernahme der Redaktion durch Jörg ab August 1852, fügt jedoch hinzu: "Seine Tätigkeit als Redakteur bei den 'Historisch-Politischen Blättern' hatte er aber bereits 1850 begonnen." (Zittel, Bernhard. Josef Edmund Jörg. In: Lebensbilder aus dem bayerischen Schwaben, hrsg. von Götz Frhr. v. Pölnitz. München 1952 ff. Bd. 1 -, z.Zt. 12 Bde. Reihe: Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für Bayerische Landesgeschichte. Reihe 3. Bd. 4. München 1955, S. 407). Das erscheint mir aufgrund der Rechnungsbücher unwahrscheinlich. Zittels Angabe geht wahrscheinlich auf seine Interpretation der Aussage in den HpBl zurück: "Schon während Guidos Erkrankung hatte er als angehender Mitarbeiter dem Organ seine Dienste gewidmet." (Bd. 128, S. 775 f.). Guido Görres war aber seit dem Tod seines Vaters öfters erkrankt; gemeint ist hier aber sicher die ernsthafte Erkrankung, die zu seinem Tod führte - wodurch sich eine spätere Datierung ergibt. So auch Poll; nach ihrer Darstellung hatte Jörg in dieser Zeit (Anfang des Jahres 1852), nachdem Phillips die Professur in Wien angetreten hatte und G. Görres krank war, bereits die Herausgabe der letzten beiden Hefte vor Guidos Tod, die auf dem Titelblatt noch dessen Namen trugen, in die Hand genommen. (Vgl. Poll, a.a.O., S. 22). Auch Lucas weist Zittels frühe Datierung zurück. (Vgl.: Lucas, Karl Hermann. Konservative Publizistik zwischen Revolution und Reichsgründung. 1852-1871. Diss. Köln 1969, S. 9).

bevor er ab August 1852 selbständig die Herausgabe der HpBl übernahm. Da Jarcke aber immer noch für die HpBl schrieb (sein Tod am 27.12.1852), ist die Bestimmung mancher Artikel nicht eindeutig vorzunehmen. Als sicher kann gelten, da Jörg seinem 'Vorgänger' Jarcke die traditionelle Glosse 'Aphoristische Zeitläufte' nicht streitig machte. Dagegen scheinen von Jörg die 'Glossen zur Tagesgeschichte' zu stam men, die er aber nicht begründet hat; sie gehörten schon 1848 zum Bestandteil der HpBl, also in einer Zeit, in der Jörg mit Sicherheit noch nicht Mitarbeiter war. Damals ware sie von Jarcke verfaßt worden. Für die Übergangszeit bis zu Jarckes Tod werden sie von Spahn[1] und Poll[2] Jörg zugeschr ben.

Die 100 Gulden betragende monatliche Vergütung für Jör beinhaltete bereits das Honorar für seine Artikel, war also nicht sehr hoch bemessen. Wahrscheinlich mußte er sich bei seinem Eintritt auch noch verpflichten, Phillips sowie der Nachkommenschaft Jarckes und G. Görres' ansehnliche Beträ aus dem Gewinn der Zeitschrift zukommen zu lassen. Es ist denkbar und auch anzunehmen, daß er sich darüber mit Phillip und/oder G. Görres vertraglich geeinigt hat. Jedenfalls lie gen die Zuwendungen an Phillips erheblich über dem auf ihn treffenden Mitarbeiterhonorar; das kann man deshalb mit Sic heit aussagen, da einerseits Phillips' Beiträge so ziemlich vollständig feststehen[3] und andererseits seine Miteigentüm schaft noch bis zum Ende des Jahres 1859 bestand. Die Zahlu gen an die Hinterlassenschaft der beiden anderen sind ebenf

---

1) Vgl.: Spahn, Martin. Edmund Jörg. In: Hochland. Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst, hrsg. von Karl Muth. 17. Jg. Bd. 1 (Oktober 1919 März 1920). Kempten/München 1920, S. 273 ff., hier S. 28
2) Vgl.: Poll, a.a.O., S. 26.
3) Georg Jochners Aufstellung von dessen Beiträgen findet s in einem Brief an seine Tante Sophie, München, den 10.12 1903. In: Redaktionsarchiv Regensburg.

bedeutend. Bei derjenigen G. Görres' errechnete ich sogar noch für die Jahre 1858 bis 1861 zusammen 3.000 Gulden. Der ab Band 45 auf dem Titelblatt erscheinende Vermerk "Eigenthum der Familie Görres" war also nicht nur eine historische Reminiszenz, sondern auch in der Praxis als Rechtstitel von Bedeutung.

In einem Brief an Binder, der die Aufforderung zur Mitarbeit als Redakteur und Herausgeber enthält, konnte Jörg "eine gleich von Anfang an öconomisch sorgenfreie Stellung bei unserem Journal"[1] versprechen; darüberhinaus mahnte er Binder zur Eile bei der Kündigung seiner Hofmeisterstelle, bei der Beschaffung des nötigen Indigenats und der Suche nach einer Wohnung in München. In den Vorgängen um die Gewinnung Binders für die Redaktion der HpBl zeigte sich Jörg als geschickter Taktiker. Der Streit mit dem bayerischen Innenminister v. Reigersberg um die Darstellung der bayerischen Politik in den HpBl hatte schon um die Jahreswende 1856/57 eingesetzt[2], und Jörgs Strafversetzung oder eine andere disziplinarische Maßnahme, mit der man nach Möglichkeit die bereits einmal (im Jahr 1847) gemaßregelte[3] Zeitschrift treffen wollte, war schon abzusehen. Das weitere Erscheinen der HpBl konnte nur gesichert werden, wenn die Pläne Jörgs für den Ersatz seiner Person bei einer eventuellen Strafversetzung von München weg geheim blieben. Deshalb riet er in dem angeführten Brief an Binder, daß das Indigenat vom bayerischen Innenministerium nur bei strenger Wahrung des Stillschweigens über die Pläne des Angesprochenen zu erreichen war: "Beachten Sie daher über diese meine Mittheilung das tiefste Stillschweigen ..., es weiß auch von meinen Gedanken keine Seele, ausgenommen

---

1) München, den 15.1.1857. In: Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton).
2) Vgl. den Brief Jörgs an v. Reigersberg, München, den 6.1.1857. In: BHSt, MInn 45 291.
3) Vgl. BHSt, MInn 25 104.

eine Person hier und eine Person in Wien"[1].

Als dann der Coup gelungen war, konnte Jörg, der nach Neuburg a.D. strafversetzt worden war, den neuen verantwortlichen Redakteur Binder mit einem triumphierendem Seitenhieb auf seinen persönlichen Gegner v. Reigersberg in die HpBl einführen: "Besonders ist noch Eine glänzende Eigenschaft an Herrn Binder hervorzuheben; er hat keinen Staatsdienst u will keinen Staatsdienst. Seine Stellung, seine Feder, sein Zukunft sind einzig und allein abhängig von Gottes Gnaden"[2].

Binder erschien ab 1. Juli 1857 in den Rechnungsbüchern als Redakteur honoriert; sein Gehalt betrug zumindest bis zum Jahr 1861, mit dem die Buchführung unterbrochen ist, monatlich 50 Gulden. Das entsprach dem oben erwähnten Gehalt Arndts' als Privatdozent, und bedenkt man die geringe Inflationsrate, so erscheint dieser Betrag immerhin gerade noch als zu einem von finanziellen Bedrängnissen freien Leben ausreichend. Ebenso wie bei Jörg finden wir aber Binders Aufsätze daneben nicht mehr extra honoriert. Nocheinmal muß darauf hingewiesen werden, daß die HpBl von Jörg und Binder nur im Auftrag der Eigentümer, d.h. der Familie Görres (und damals zusätzlich noch Phillips') redigiert wurden. Der Status der Redakteure ließ sich also in finanzieller und rechtlicher Sicht mit dem von Angestellten vergleichen; allerdings war tatsächliches Verhältnis zu den Eigentümern zumindest bis zu Tod Marie Görres' (1871) noch durch Beziehungen in der Tradition des Görres-Kreises geprägt.

Nach der erwähnten zeitlichen Lücke, wahrscheinlich durch den Verlust eines Rechnungsbuches, finden wir ab dem Rechnungsjahr 1877/78 eine neue Höhe der Entschädigungen. Inzwischen war im ganzen Deutschen Reich die Umstellung auf die Markwä

---

1) München, den 15.1.1857. In: Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton). Mit der 'Person in Wien' war wahrscheinlich Phillips gemeint.
2) Bd. 41, S. 728.

rung vollzogen worden und die Inflationsquote war doch spürbar gestiegen. So gesehen war der Betrag von monatlich 210 Mark für Jörg und 150 Mark für Binder, abgesehen von der tendentiellen Angleichung des letzteren, etwa der vorigen Vergütung vergleichbar. Dazu wurde jetzt (ab 1877/78 sichtbar) aber noch eine zusätzliche Vergütung für den Arbeitsaufwand gezahlt, da zwischen Jörg und Binder ein Betrag in der Höhe von 2% der gesamten Unkosten vom verbleibenden Reingewinn abgezogen und verteilt wurde. Dieser Einnahmemodus blieb bis zum Jahr 1899 unverändert. Daß Jörg und Binder zu diesen Beträgen keine zusätzlichen Mitarbeiterhonorare mehr für ihre Artikel erhielten, konnte ich mit Hilfe der Rechnungsbücher eindeutig feststellen. Da diese zuweilen pauschal, aber doch zumindest für jeden Halbjahresband die summierten Mitarbeiterhonorare verzeichnen, kann man unter Berücksichtigung der bekannten Honorarhöhe[1] pro Seite und der Seitenzahl laut Inhaltsangabe leicht ersehen, daß die Aufsätze Jörgs und Binders in den Unkosten der Honorare nicht enthalten sind. Die gezahlte Höhe der Honorare laut Rechnungsbuch unterscheidet sich nämlich von demjenigen Betrag, der sich als Produkt aus Honorar pro Seite und Seitenzahl ergibt, ziemlich genau um die fiktiven Honorare für Jörg und Binder[2].

Die Jahre 1877 bis 1884 waren von der langsamen Abnahme der Reingewinne gekennzeichnet. Betrug derselbe im Rechnungsjahr 1877/78 noch fast 8.000 Mark, so erreichte er 1883/84 nicht einmal mehr 1.000 Mark[3]. Von diesen Reingewinnen wurden

---

1) Dazu weiter unten in diesem Kapitel.
2) Stichproben für verschiedene Jahrgänge. Diese Rechnungen stimmen nicht immer auf die Mark genau, da letztlich weder für Jörg noch für Binder a l l e Aufsätze feststehen.
3) In den erwähnten Rechenschaftsberichten Guido Jochners an Jörg aus den Jahren 1882-1887 ist von abnehmenden Reinerträgen und für das Rechnungsjahr 1884/85 vom ersten Defizit in der Geschichte der HpBl die Rede. (Zum ersten Defizit speziell: Brief vom 19.8.1885 aus München. In: Redaktionsarchiv Regensburg, Jörg-Karton ; vgl. auch Kap. II.5.1).

- zusätzlich zum oben geschilderten Einnahmemodus - zusammen gerechnet 30-40%[1] unter Jörg und Binder verteilt. Für das Jahr 1877/78 beispielsweise betrugen Jörgs Einkünfte: 12 Monate à 210 Mark plus 1.400 Mark Gewinnbeteiligung[2] plus etwa 290 Mark als sein Anteil am 2%-igen Kostenumschlag (wenn man diesen unter Jörg und Binder im selben Schlüssel verteilt wie die Rechnungsbücher deren Reingewinnanteil). Das ergab für ihn also in diesem Rechnungsjahr 4.210 Mark. Für Binder, der im Gegensatz zu Jörg kein weiteres Einkommen mehr hatte, betrugen die entsprechenden Einnahmen nach meinen Berechnungen 3.007 Mark. Für das Abrechnungsjahr 1882/83 lauten meine Berechnungen auf 3.122 Mark für Jörg und 2.252 Mark für Binder, zeigen also einen deutlichen Rückgang an. Dennoch reichte diese Vergütung aus, um in materieller Hinsicht sorgenfrei zu leben.

In den Jahren nach 1884/85 glichen sich Plus und Minus in etwa aus, und nur zwischen 1898 bis 1906 konnten Verluste ganz vermieden werden. Doch gibt die Graphik der Verkaufszahlen ein insgesamt besseres Bild[3] von der Situation der HpBl, da man in der Gewinn- und Verlustrechnung die Verluste durch den Rückgang an Abonnenten ab Ende der 70-er Jahre/Beginn der 80-er Jahre durch die Beschaffung des billigstmöglichen Papiers zu vermeiden oder klein zu halten suchte. Ab dem Jahr 1906 schrieb man nur noch rote Zahlen.

---

1) Der Rest kam der Familie Görres als den Eigentümern zu; es finden sich in den Rechnungsbüchern viele Überweisungen an einzelne Mitglieder derselben.

2) Bei der Verteilung des Reingewinnes sind zuweilen (wie hier) genaue Zahlen genannt.

3) Tendentiell spiegeln sich jedoch auch auf der Verlustseite die Schwankungen des Absatzes wider, da durch billigeres Papier kein vollständiger Ausgleich herbeigeführt werden konnte. Faktoren, die zu einer Verzerrung des aus der Kostenseite gewonnenen Bildes sorgen, sind außer der Papierqualität die Anpassung der Auflage an den Absatz und eventuelle Druckverteuerungen bei gleichbleibenden Erlaßpreisen an die Distribuenten Post und Buchhandel.

Für Binder betrug die monatliche Entschädigung vom 1. Januar 1900 bis zum 30. September 1901 monatlich 200 Mark, seit dem Tod Jörgs im Oktober 1901 bis zum Eintritt Georg Jochners als besoldetem Mitredakteur im Januar 1904 monatlich 300 Mark. Von da an wurde der Betrag für beide zusammen aufgeführt und bewegte sich meist um monatlich 450 Mark. Georg Jochner verzichtete dann nach Binders Tod im Jahr 1914 auf jegliche Entschädigung für seine Herausgebertätigkeit.

Zuletzt noch zu den Mitarbeiterhonoraren. Das Honorar pro Seite blieb vom Gründungsjahr 1838 bis zur Inflation im Jahr 1922 gleich. Die Umstellung auf die Markwährung im Jahr 1876 war - im Gegensatz zum Bezugspreis - hier nicht mit einer Änderung verbunden. Von Beginn der Inflation bis zum Ende der Zeitschrift sind über alles Finanzielle keine sinnvollen Aussagen mehr möglich.

An zwei Beispielen zur Zeit der Guldenwährung und an einem Beispiel zur Zeit der Markwährung ist die genaue Bestimmung der Honorarhöhe pro Seite möglich. Zuerst zu den beiden früheren Fällen:

Im März 1842 schickte Karl Ignaz Lorinser aus Schlesien nach Aufforderung Phillips'[1] Artikel für die HpBl ein. Die in Frage kommenden Artikel[2] "Leben und Schule" befinden sich in Band 9, S. 558 ff. und Band 10, S. 321 ff. und S. 697 ff. Im ersten Halbjahr 1843 übersandte Franz Lorinser seinem Vater Karl Ignaz 50 Gulden als Honorar von Phillips[3]. Da die Honorarabrechnung zumindest halbjährlich erfolgte, kommt der Artikel in Band 9 nicht mehr in Frage. Es bleiben also noch die beiden Artikel in Band 10, die zusammen 37,5 Seiten umfassen und mit 50 Gulden honoriert wurden. Das ergibt pro

---

1) Übermittelt durch seinen Sohn Franz, der als Student in München weilte. Vgl. Lorinser F. (Autobiographie), a.a.O., Bd. 2, S. 87.
2) Ein weiterer Artikel K.I. Lorinsers (Bd. 18, S. 595 ff.) kommt aus zeitlichen Gründen nicht in Frage.
3) Vgl. Lorinser F. (Autobiographie), a.a.O., Bd. 2, S. 424.

Seite 80 Kreuzer (der Gulden zu 60 Kreuzern). Während hier aber die honorierten Artikel unbezeichnet sind und deshalb der Beweis nicht letztendlich[1] stichfest ist, wird im zweiten Beispiel der Artikel genau bezeichnet: "Am 6. März schickte L. (Anm.: Ernst Lieber) Veit 28 Gulden, die Binder als Honorar für die in den Historisch-politischen Blättern erschienenen 'Künstlerkämpfe' gesandt habe"[2]. Der Artikel umfaßt fast exakt 21 Seiten, was wiederum das oben ermittelte Honorar ergibt.

Wenn Joseph v. Eichendorff an seinen Bruder Hermann schrieb, er arbeite "gegen brillantes Honorar"[3] an den HpBl mit, so war eben dieser ermittelte Satz gemeint. Er konnte mit Recht als 'brillant' bezeichnet werden und zeigt die großzügige Planung der Redaktion aufgrund der bis dato glänzenden Resonanz der Zeitschrift. Das Honorar der HpBl lag höher als das vieler anderer Fachzeitschriften.

Bei der Umrechnung auf die Markwährung entsprach einem Gulden der Betrag von 1,7143 Mark[4] und dem bisherigen Honorar von 80 Kreuzern pro Seite ein Äquivalent von etwa 2,28 Mark. Daß genau dieser Satz als Honorar bezahlt wurde, geht aus einem Brief im Jahr 1884 hervor, in dem der entsprechende Betrag und der genaue Aufsatztitel genannt wurden: Der Mitarbeiter Wahl aus Tübingen schrieb an Binder: "Für die Übersendu

---

1) Da aber noch mehrere derartige Beispiele vorliegen, stützt die Honorarermittlung auch ohne das folgende eindeutige Beispiel auf sicherer Basis.
2) Cardauns, Hermann. Philipp Veit und Ernst Lieber. In: Zur Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft für 1920. Köln 19 S. 25 ff., hier S. 67 -Anm. 3. (Auf S. 75 -Anm. 3 desselben Aufsatzes wird zusätzlich noch Bd. 60, S. 452-472 der HpBl als Ort der Veröffentlichung genannt.)
3) Joseph v. Eichendorff an Hermann v. Eichendorff am 9.2.1847, zit. nach Rhein, a.a.O., S. 25.
4) Vgl. Meyer, a.a.O., S. 17.

des Honorars für die Besprechung des Didon'schen Briefes 'Les Allemands' im Betrag von 22 M 50 Pf. spreche ich Ihnen hiermit meinen besten Dank aus"[1]. Der Artikel umfaßt knapp 10 Seiten und findet sich in Band 93, S. 856 ff. Daraus läßt sich der oben genannte Betrag von 2,28 Mark pro Seite bestätigen. Daß dieser Satz bis zur Inflation gleich blieb, zeigen Vergleiche der summierten Honorarhöhen der Rechnungsbücher in diesen Jahren bis 1922. Zwar müßte man diese Summen nach Jörgs Tod im Jahr 1901 sowie nach Binders Tod im Jahr 1914 höher veranschlagen wegen der pauschalen Besoldung der beiden Genannten ohne gesonderte Mitarbeiterhonorare, doch einerseits schrieb auch Georg Jochner verschiedene Artikel und andererseits nahm der Umfang der Zeitschrift im 20. Jahrhundert nach und nach ab, so daß die beiden letztgenannten Effekte die Besonderheit des früheren Vergütungsmodus' ausgeglichen haben dürften.

---

1) Tübingen, den 31.7.1884. Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton).

Quellen- und Literaturverzeichnis

Da fast alle hier aufgeführten Titel aus der Zeit vor 1923, dem letzten Erscheinungsjahr der HpBl datieren, ist die Unterscheidung zwischen Quellen und Literatur in einigen Fällen problematisch. Ich habe mich - abgesehen von eindeutigen Zuordnungen (vgl. die Unterteilung der Quellen) - dafür entschieden, Broschüren aus dieser Zeit den Quellen und die anderen Werke (auch edierte Briefsammlungen und biographische Sammelwerke) der Literatur zuzurechnen.

A QUELLEN

1. Benützte Archive

Archiv der Oberpostdirektion (OPD) München: Verzeichnis (Zeitungen und Zeitschriften, Presseregulierung, Zeitungsdienst, Zeitungswesen, Statist Konvolute 138-139; 142-144; 204-206; 278; 71 714; 730.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BHSt). Signaturen: MInn 25 104; MInn 46 670-46 678; MJu 17 326-17 32

Cotta-Archiv (Stiftung der Stuttgarter Zeitung) im Deutschen Literaturarchiv in Marbach. Signaturen: 'Ältere Geschäftspapiere LAA'; 'Cotta Br.'; 'Cotta Vertr. 1 Phillips'; 'Cotta Vert 3'; 'AZ I B 6'; 'B 4'; 'Cotta Hss Slg. Hb'.

Redaktionsarchiv der HpBl in Regensburg (in Privatbesitz). Darin hauptsächlich: Briefe an Jörg u Binder; Binders Biographie Guido Görres' (ha schriftlich); Briefwechsel Döllinger-Jörg.

Redaktionsarchiv der HpBl in Thauernhausen am Chiemsee (in Privatbesitz). Darin hauptsächlich: Hand exemplar der HpBl; Mitarbeiterlisten; Rechnungsbücher; Briefwechsel Georg Jochners.

2. Zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften

Aar, gegr. 1910. Einige Exemplare ab 1910.

Allgemeine Rundschau, gegr. 1904. Jg. 1906.

Allgemeine Zeitung, gegr. 1798. Einige Jge. ab 1838.

Archiv für katholisches Kirchenrecht, gegr. 1857. Einige Exemplare ab 1857.

Augsburger Postzeitung, gegr. 1687 (!). Einige Exemplare ab 1899.

Bayerischer Kurier, gegr. 1856. Einige Exemplare ab 1890.

Berliner Politisches Wochenblatt, gegr. 1831. Jge. 1837 und 1838.

Christliche Politik, gegr. 1920 (eingegangen 1921). Jg. 1920.

Deutsches Volksblatt, gegr. 1848. Einige Exemplare ab 1870.

Gelbe Hefte, gegr. 1924. Einige Exemplare ab 1924.

Germania, gegr. 1870. Nur Exemplar vom 31.3.1872.

Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland, gegr. 1838. Alle Jge. bis 1923. Dazu Registerbände 1-5 (1838-1902).

Hochland. Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst, gegr. 1903. Einige Exemplare ab 1903.

Katholik, gegr. 1821. Einige Jge. ab 1838.

Kölnische Volkszeitung (unter diesem Namen ab 1869; gegr. als 'Rheinische Volkshalle' 1848, umbenannt in 'Deutsche Volkshalle' 1849, verboten 1855, neu gegr. als 'Kölnische Blätter'1860). Einige Exemplare ab 1870.

Literarischer Handweiser, zunächst für das katholische Deutschland, gegr. 1862. Einige Exemplare ab 1862.

Stimmen aus Maria-Laach. Katholische Blätter, gegr. 1865 (erst ab 1871 unter diesem Namen, 1914 umbenannt in 'Stimmen der Zeit'). Einige Exemplare ab 1865.

Theologisches Literaturblatt, gegr. 1866. Jg. 1871.

Theologische Quartalsschrift, gegr. 1819. Einige Jge. ab 1838.

3. Presse-, Verlags- und Bibliothekskataloge, zeitgenössische Pressestatistiken.

Alphabetisches Verzeichnis der laufenden Zeitschriften, welche von der k. Hof- und Staatsbibliothek München und einer Anzahl anderer Bibliotheken Bayerns gehalten werden. München 1909.

Bierotte, Max (Hrsg.). Offizielles Handbuch des deutschen Buchhandels. 6. Jg., Leipzig 1905.

Die deutsche Presse. Verzeichnis der im Deutschen Reiche erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften. 2 Bde. Forbach 1885.

Gesamt Zeitschriften-Verzeichnis, hrsg. vom Auskunftsbureau der deutschen Bibliotheken. Berlin 1914.

Gla, Dietrich. Systematisch geordnetes Repertorium der katholisch-theologischen Literatur, welche in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit 170 bis zur Gegenwart erschienen ist. Paderborn 1895

Keiter, Heinrich (Hrsg.). Handbüchlein der katholischen Presse Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und der Vereinigten Staaten. Regensburg 1895.

Ders. (Hrsg.). Handbuch der katholischen Presse Deutschlands, Österreichs, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs und der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Essen 1908.

Leipziger Zeitungskatalog. Wissenschaftlich geordnetes Verzeichnis der in Deutschland erscheinenden periodischen Schriften mit Einschluß ... Jge. 1841 und 1845. Leipzig 1841 und 1845.

Preisliste der durch das kaiserliche Post- und Zeitungsamt zu Berlin ... zu beziehenden Zeitungen, Zeitschriften u.s.w. Jge. 1884, 1888, 1893 und 1914. Berlin 1884 ff.

Reden, Frhr. v. Statistische Ergebnisse der deutschen periodischen Presse. In: Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, hrsg. von demselben. 2 Jg. Berlin 1848, S. 244 ff.

Sperling, H.O. (Hrsg.). Sperlings Zeitschriften-Adressbuch. Die deutschen Zeitschriften und hervorragenden politischen Tagesblätter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. 24., 35., 44. u. 49. Ausgabe. Stuttgart 1890 ff.

Woerl, Leo. Die Pressverhältnisse im Königreich Preußen. Reihe: Die Publizistik der Gegenwart. Ohne Bd. Nr. Würzburg 1881.

Derselbe. Woerl's Statistik der katholischen Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland, Österreich-Ungarn, Luxemburg und der Schweiz zu Neujahr 1882. Würzburg 1882.

Wuttig, C.W. (Hrsg.). Deutscher Zeitungs-Katalog. Verzeichnis von 2600 in Deutschland und den angrenzenden Ländern erscheinenden periodischen Schriften mit .. Leipzig 1865.

4. Gesetzestexte und Aktenstücke, Stenographische Berichte und Protokolle.

Offizielle Aktenstücke über die Schul- und Kirchenfrage in Baden. Freiburg i. Br. 1866.

Brater, Karl (Hrsg.). Die Verfassungsurkunde des Königreiches Bayern und die Verfassungsedicte in ihrem gegenwärtigen Bestand. Nördlingen 1868[3].

Gaspari, Adam Christian. Der Deputations-Receß mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen und ... 2 Bde. Hamburg 1803.

Kremer - Auenrode (Hrsg.). Actenstücke zur Geschichte des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im 19. Jahrhundert. Reihe: Das Staatsarchiv. Bde. 23 und 24, mit Supplementbänden. Leipzig 1873 ff.

Weber, Karl (Hrsg.). Neue Gesetz- und Verordnungssammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung. 42 Bde. München 1880 ff.

Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (historische Klasse). Jge. 1861-1873. München 1861 ff.

Stenographische Berichte von den Verhandlungen der I. und II. Kammer des bayerischen Landtags, mit Beilagenbänden. Jge. 1866-1869 und 1881/82. München 1866 ff.

Verhandlungen der Generalversammlungen der Katholiken (K
likentage). Verschiedene Verlagsorte. 1848 ff.

5. Zeitgenössische Broschüren

Brückmann, C.H. Die katholische Publizistik. Westfälisch
Aphorismen zur Ergänzung und Berichtigung der
Broschüre 'Die katholische Presse Deutschlands
Coesfeld 1861.

Buß, Franz Josef. Die Aufgaben des katholischen Teils
deutscher Nationen in der Gegenwart oder der k
tholische Verein Deutschlands. Regensburg 1851

Florencourt, Franz Chassot v. Politische, kirchliche und
literarische Zustände in Deutschland. Leipzig
1840.

Anonym [Huber, Viktor Aimé]. Was wollen eigentlich die M
chener 'Historisch-politischen Blätter für das
katholische Deutschland'?

Janssen, Johannes. Frankreichs Rheingelüste und deutsch-
feindliche Politik in früheren Jahrhunderten.
Frankfurt 1861.

Lukas, Joseph. Die Presse, ein Stück moderner Versimpelu
Regensburg 1867.

Molitor, Wilhelm. Die Organisation der katholischen Tage
presse. Speyer 1867.

Naumann, Viktor (Pseudonym: Pilatus; Auflösung auf dem T
telblatt selbst). Die katholische Presse. Eine
kritische Studie. Wiesbaden 1907.

Anonym [Niedermayer, Andreas]. Die katholische Presse Deu
lands. Freiburg i. Br. 1861.

Anonym (evtl. Julius Bachem). Die Parität in Preußen. Fi
Denkschrift. Köln 1896.

Rohmer, Friedrich. Meinungsäußerung eines Konservativen
gegen den Ultramontanismus in Bayern. München
1846.

B LITERATUR

Albrecht, Dieter. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871-1918). In: Spindler, Max (Hrsg.). Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 2 Bde. München 1974/75. Bd. 1, S. 283 ff.

Aubert, Roger. Das katholische Denken auf der Suche nach neuen Wegen. In: Handbuch der Kirchengeschichte, hrsg. von Hubert Jedin. 6 Bde. Freiburg i. Br. 1971. Bd. 6.1., S. 447 ff.

Bach, Trudel. Johann Otto Ellendorf. Ein westfälischer Publizist zur Zeit der Kölner Wirren. (Als Diss. Münster 1935). Bottrop 1935.

Bachem, Julius. Ludwig Windthorst. Ein Lebensbild. Freiburg i. Br. 1912.

Bachem, Karl. Joseph Bachem. Seine Familie und die Firma J. P. Bachem in Köln. Die Rheinische und die Deutsche Volkshalle. Die Kölnischen Blätter und die Kölnische Volkszeitung. Zugleich ein Versuch ... 3 Bde. Köln 1912 (Bde. 1 u. 2) bzw. 1938 (Bd. 3 mit leicht geändertem Titel).

Bauer, Clemens. Deutscher Katholizismus. Entwicklungslinien und Profile. Frankfurt a. M. 1964.

Bäuml, Michael. Staatspolitik, Presse und Post. Die Bedeutung des Postzwangs und Postzeitungsdebits für Staatspolitik und Presse in Deutschland. Diss. Erlangen 1931.

Baumstark, Reinhold. Plus Ultra! Schicksale eines deutschen Katholiken 1869-1882. Straßburg 1883.

Bayrle, Josef. Die rechtliche Situation der bayerischen Presse von 1818-1848. Diss. München 1949.

Bergsträßer, Ludwig. Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung. Reihe: Der deutsche Staatsgedanke, begründet von Arno Duch. 2. Reihe. Bd. 3. 2 Teilbände. München 1921.

Bismarck, Otto Fürst von. Gedanken und Erinnerungen. 2 Bde. Stuttgart und Berlin 1921.

Bömer, Karl. Bibliographisches Handbuch der Zeitungswissenschaft. Kritische und systematische Einführung in den Stand der deutschen Zeitungsforschung. Leipzig 1929.

Borinski, Friedrich. Joseph Görres und die deutsche Parteibildung. Reihe: Leipziger rechtswissenschaftliche Studien. Heft 30. Leipzig 1927.

Brinz, A. Dr. Ludwig Arndts v. Arnesberg. Nekrolog. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, hrsg. von A. Brinz und J. Pözl. Neue Folge, Bd. 2 (der ganzen Folge 21. Bd.). Heft 2. München 1879, S. 1ff.

Brück, Heinrich. Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert. 4 Bde. Mainz 1887-1901.

Ders.: Die Oberrheinische Kirchenprovinz. Mainz 1868.

Ders.: Adam Franz Lenning, Generalvicar und Domdecan von Mainz in seinem Leben und Wirken. Mainz 1870.

Brühl, J.A.M. Hand- und Adreßbuch über alle Verhältnisse der katholischen Kirche, Geistlichkeit und kirchlicher Institute. Eine allgemeine Statistik der katholischen Kirche in den Ländern deutscher Zunge. Abgeschlossen am 25. November 1850. Nach amtlichen Quellen und offiziellen Mittheilungen. Bockenheim 1850.

Brunner, Johann. Bayerns Postzeitungswesen im Jahr 1848. In: Archiv für Postgeschichte in Bayern. 4.Jg. Ohne Bd. Nr. München 1928, S. 53 ff.

Ders.: Die bayerische Postzeitungsliste von 1848. Posthum in: Archiv für Postgeschichte in Bayern. 49.Jg. Bd. 15. Heft 1. München 1873, S. 46 ff.

Ders.: Das Postwesen in Bayern in seiner geschichtlichen Entwicklung von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 1900.

Brunner, Josef. Die Literaturkritik in den Historisch-politischen Blättern, 1838-1923. Ein Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses der deutschen Katholiken zur nationalen Kultur. Reihe: Freiburger Forschungen zur Kunst- und Literaturgeschichte, hrsg. von Heribert Reiners und Richard Newald. Bd. 3. Ohlau 1935.

Brunner, Sebastian. Woher? Wohin? Geschichten, Gedanken, Bilder und Leute aus meinem Leben. 2 Bde. Wien 1855.

Buchheim, Karl. Der deutsche Verbandskatholizismus. Eine Skizze seiner Geschichte. In: Hanssler, Bernhard (Hrsg.). Die Kirche in der Gesellschaft. Der deutsche Katholizismus und seine Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert. Reihe: Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Nr. Paderborn 1961, S. 30 ff.

Ders.: Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert. München 1963.

Buß, Franz Josef. Der Kampf der Kirche gegen den Staat um ihre Freiheit in Frankreich und Deutschland. Reihe: Die Gemeinsamkeit der Rechte und Interessen des Katholizismus in Frankreich und Deutschland. Bd. 2. Schaffhausen 1850.

Cardauns, Hermann. Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs. Köln 1912.

Ders.: Ernst Lieber. Der Werdegang eines Politikers bis zu seinem Eintritt ins Parlament (1838-1871). Wiesbaden 1927.

Ders.: Philipp Veit und Ernst Lieber. In: Zweite Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft für 1920. Köln 1920, S. 25 ff.

Casper, Bernhard. Die Einheit aller Wirklichkeit. Friedrich Pilgram und seine theologische Philosophie. Freiburg i. Br. 1961.

Conzemius, Victor. Ignaz von Döllinger. Briefwechsel 1820-1890. Hrsg. von der Kommission für Bayerische Landesgeschichte. Bd. 1 (Ignaz von Döllinger/Lord Acton.Briefwechsel 1850-1890). München 1963. (Weitere Bände sind nicht erschienen).

Ders.: Ignaz v. Döllinger und Edmund Jörg. Analyse einer Freundschaft und ihres Zerfalls. In: Festschrift für Max Spindler zum 75. Geburtstag, hrsg. von Dieter Albrecht, Andreas Kraus, Kurt Reindel. München 1969, S. 743 ff.

Cramer, Valmar. Bücherkunde zur Geschichte der katholischen Bewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert. In sachlicher Anordnung, mit Rezensionen, orientierenden und kritischen Bemerkungen. Reihe: Apologetische Tagesfragen. Heft 16. Mönchengladbach 1914.

Dauberschmidt, Otto Ritter von. Kirchenpolitische Kämpfe in Bayern in den Jahren 1845 und 1846 mit besonderer Berücksichtigung der Publizistik. Diss. (masch.) München 1924.

Dickerhoff, Harald. Joseph Görres an der Münchener Universität. Auftrag und Wirksamkeit. In: Historisches Jahrbuch. Bd. 96. München 1976, S. 148 ff.

D'Ester, Karl. Katholische Zeitschrift und ihre Leser. In: Naumann, J.W. (Hrsg.). Die Presse und der Katholik. Anklage und Rechtfertigung. Augsburg 1932.

Diehl, Anton. Zur Geschichte der katholischen Bewegung im 19. Jarhundert. Das 'Mainzer Journal' im Jahr 1 Mainz 1911.

Diel, Johannes Baptist. Clemens Brentano. Ein Lebensbild. 2 Bde., hrsg. von Wilhelm Kreitten. Freiburg i. 1877.

Doeberl, Anton. Die katholisch-konservative Richtung in Bayern und die 'Deutsche Frage'. Mit besonderer Berücksichtigung der Haltung Edmund Jörgs. In: Gelbe Hefte, hrsg. von Max Buchner. I. Jg. 2. Halbband. München 1924, S. 1111 ff.

Dor, Franz. Heinrich Bernhard v. Andlaw, ein badischer Politiker und Vorkämpfer des Katholizismus in seinem Leben und Wirken geschildert. Freiburg i. Br. 1910.

Ders.: Franz Joseph Ritter v. Buß in seinem Leben und Wirken geschildert. Freiburg i. Br. 1911.

Ders.: Hofrat Karl Zell. Ein Lebensbild. Freiburg i. Br. 1912.

Eikerling, H. Beitrag zur Geschichte der katholischen Presse in Deutschland und meine Beziehungen zu derselben. Berlin 1858.

Engelbrecht, Helmut. Die österreichischen Mitarbeiter der Historisch-Politischen Blätter zwischen 1867 und der Jahrhundertwende. Diss. (masch.) Wien 1948.

Fick, Josef. Friedrich August Klinkowström und seine Nachkommen. Wien 1877.

Friedrich, Johann. Ignaz von Döllinger. Sein Leben auf Grund seines schriftlichen Nachlasses dargestellt. 3 Bde. München 1899-1901.

Frizenschaf, Johannes. Führer durch die periodische Presse der deutschen Katholiken im Deutschen Reich, in Luxemburg, in Österreich-Ungarn, in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Stuttgart 1888.

Ders.: Die periodische Presse der deutschen Katholiken. Ihre geschichtliche Entwicklung von Anfang bis zur Gegenwart. In: Deutsches Volksblatt. Jg. 1887, Nrn. 148-178. Stuttgart 1887.

Funder, Friedrich. Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik. Wien 1952.

Galland, Josef. Joseph von Görres. Aus Anlaß seiner hundertjährigen Geburtsfeier in seinem Leben und Wirken dem deutschen Volk geschildert. Freiburg i. Br. 1876.

Gebele, Josef. 100 Jahre Münchener Volksschule. München 1903.

Grisar, Joseph. Bayern und Preußen zur Zeit der Kölner Wirren. 1837-1838. Diss. (masch.) München 1923.

Ders.: Aus Sturmtagen der katholischen Publizistik. (Der Kampf um die 'Neue Würzburger Zeitung', 1837-1839). In: Stimmen der Zeit. Monatsschrift für das Geistesleben der Gegenwart. Bd. 106. Heft 3/4. Freiburg i. Br. 1924, S. 112 ff.

Ders.: Aus Sturmtagen der katholischen Publizistik. (II. Der 'Fränkische Courier' 1839-1841). In: Stimmen der Zeit. Monatsschrift für das Geistesleben der Gegenwart. Bd. 107. Heft 12. Freiburg i. Br. 1924, S. 426 ff.

Ders.: Friedrich Wilhelm IV. und das Kölner Ereignis. In: Stimmen der Zeit. Monatsschrift für das Geistesleben der Gegenwart. Bd. 103. Heft 5. Freiburg i. Br. 1922, S. 338 ff.

Hannay, Eberhard. Der Gedanke der Wiedervereinigung der Konfessionen in den Anfängen der konservativen Bewegung. Ein Beitrag zu den nationalkirchlichen Bestrebungen im 19. Jahrhundert. Diss. Berlin 1936.

Hausmann, Marianne. Münchner Zeitschriften von 1870-1890. Reihe: Zeitung und Leben, hrsg. von Karl D'Ester. Diss. München 1938.

Heide, Walter/Franzmeyer, Fritz. Pressedissertationen an deutschen Hochschulen, 1885-1938. Leipzig 1940.

Hertkens, Johann. Professor Dr. M.J. Scheeben. Leben und Wirken eines katholischen Gelehrten im Dienste der Kirche. Festschrift zur Feier der Konsekration und Inthronisation des Hochw. Herrn Dr. Hubert Theophil Simar, Bischofs von Paderborn. Paderborn 1892.

Heyck, Eduard. Die Allgemeine Zeitung. 1798-1898. Beiträge zur Geschichte der deutschen Presse. München 189

Holland, Hyacinth. Lebenserinnerungen eines 90-jährigen Altmünchners, hrsg. von A. Dreyer. München 1921.

Hurter, Heinrich von. Friedrich von Hurter, k.k. Hofrath und Reichshistoriograph und seine Zeit. 2 Bde. Graz 1876/77.

Idee, Gestalt und Gestalter des ersten deutschen Katholike tages in Mainz 1848, hrsg. von Ludwig Lenhart. Mainz 1948.

Jedin, Hubert (Hrsg.). Atlas zur Kirchengeschichte. Die christlichen Kirchen in Geschichte und Gegenwart Freiburg i.Br. 1970.

Kahn, Julius. Die Beziehungen der J.G. Cotta'schen Buchhandlung zu München. Literarisch-artistische Anstalt. Allgemeine Zeitung. In: Kahn (Hrsg.). Münchens Großindustrie und Großhandel. München 1891 S. 171 ff.

Kirchner, Hans-Martin. Geschichte der Zeitschrift von den Anfängen bis 1900. In: Handbuch der Publizistik, hrsg. von Emil Dovifat. 3 Bde. Berlin 1969. Bd. (Praktische Publizistik, 2. Teil), S. 384 ff.

Ders.: Wirtschaftliche Grundlagen des Zeitschriftenverlage im 19. Jahrhundert. In: Kirchner, Joachim (Hrsg. Das deutsche Zeitschriftenwesen, seine Geschicht und seine Probleme. 2 Bde. Wiesbaden 1958-1962 (© Leipzig 1928-1931). Bd. 2, S. 379 ff.

Kirchner, Joachim. Zwischen zwei Revolutionen. In: Kirchne Joachim (Hrsg.). Das deutsche Zeitschriftenweser seine Geschichte und seine Probleme. 2 Bde. Wies baden 1958-1962 (© Leipzig 1928-1931). Bd. 2, S. 68 ff.

Ders. (Hrsg.). Bibliographie der Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes bis 1900. 4 Bde. Stuttgart 1971 ff.

Kißling, Johannes B. Geschichte der deutschen Katholikentage. 2 Bde. Münster 1920.

Klopp, Wiard. Onno Klopp. Leben und Wirken. Osnabrück 1907. Neu hrsg. von Franz Schnabel. München 1950.

Köhler, Oskar. Der katholische Eigenweg seit dem 19. Jahrhundert. Die 150-jährige Geschichte des Verlages Herder im Katholizismus. In: Der Katholizismus in Deutschland und der Verlag Herder 1801-1951. Freiburg i. Br. 1951, S. 1 ff.

Ders.: Die Wahrheit in der Geschichte. In: Der Katholizismus in Deutschland und der Verlag Herder 1801-1951. Freiburg i. Br. 1951, S. 129 ff.

Körner, Michael. Staat und Kirche in Bayern. 1886-1918. Reihe: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, hrsg. von Konrad Repgen u.a. Reihe B, Bd. 20. Mainz 1977.

Koszyk, Kurt. Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse. Reihe: Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, hrsg. von Fritz Eberhard. Bd. 6. Berlin 1966.

Kramer, Wolfgang. Zeitkritik und innere Auseinandersetzung im deutschen Katholizismus um die Jahrhundertwende im Spiegel der führenden katholischen Zeitschriften Deutschlands (1895-1914). Diss. (masch.) Mainz 1955.

Kreitten, Wilhelm. Leberecht Dreves. Freiburg i. Br. 1897.

Lauer, Hermann. Geschichte der katholischen Kirche im Großherzogtum Baden. Von der Gründung des Großherzogtums bis zur Gegenwart. Freiburg i. Br. 1908.

Lempfried, Wilhelm. Die Anfänge des parteipolitischen Lebens und der politischen Presse in Bayern unter Ludwig I. Diss. Straßburg 1911.

Lill, Rudolf. Die Beilegung der Kölner Wirren 1840-1842. Vorwiegend nach Akten des Vatikanischen Geheimarchivs. Reihe: Studien zur Kölner Kirchengeschichte, hrsg. vom Historischen Archiv des Erzbistums Köln. Bd. 6. (als Kölner Diss. 1960). Düsseldorf 1962.

Ders.: Der deutsche Katholizismus zwischen Kulturkampf und 1. Weltkrieg. In: Handbuch der Kirchengeschichte, hrsg. von Hubert Jedin. 6 Bde. Freiburg i. Br. 1971. Bd. 6.2., S. 515 ff.

Lipgens, Walter. Ferdinand August Graf Spiegel und das Ver
hältnis von Kirche und Staat 1789-1835. Die Wend
vom Staatskirchentum zur Kirchenfreiheit. Reihe
Veröffentlichungen der Historischen Kommission
Westfalens XVIII, Westfälische Biographien IV.
2 Teilbände. (Als Habilitationsschrift Heidel-
berg 1963). Münster 1965.

Lochner, Hansmartin. Die katholischen Zeitschriften Bayern
1900-1910. Diss. (masch.) München 1954.

Löffler, Klemens. Geschichte der katholischen Presse
Deutschlands. Reihe: Soziale Tagesfragen, hrsg.
vom Volksverein für das katholische Deutschland
Heft 50. Mönchengladbach 1924.

Lorinser, Franz. Aus meinem Leben. Wahrheit und keine
Dichtung. 2 Bde. Regensburg 1891.

Lösch, Stefan. Döllinger und Frankreich. Eine geistige
Allianz. 1823-1871. Reihe: Schriftenreihe zur
bayerischen Landesgeschichte. Bd. 51. München 1

Ders.: Prof. Dr. Adam Gengler. 1799-1866. Die Beziehungen
des Bamberger Theologen zu J.J.I. Döllinger und
J.A. Möhler. Ein Lebensbild ... Zugleich ein Bei
trag zur Gelehrtengeschichte Bambergs im XIX.
Jahrhundert. Reihe: Veröffentlichungen der Ge-
sellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe 9,
Bd. 17. Würzburg 1963.

Ders.: Die Anfänge der Tübinger Theologischen Quartals-
schrift (1819-1831). Gedenkgabe zum 100. Todest
Joh. Ad. Möhlers. Rottenburg a. Neckar 1938.

Lucas, Karl Hermann. Konservative Publizistik zwischen Re
volution und Reichsgründung (1852-1871). Diss.
Köln 1969.

Luck, Georg. Die deutsche Fachpresse. Eine volkswirtschaf
liche Studie. Tübingen 1908.

Maas, Heinrich. Geschichte der katholischen Kirche im Gro
herzogtum Baden. Freiburg i. Br. 1891.

Maier, Hans. Revolution und Kirche. Studien zur Frühge-
schichte der christlichen Demokratie (1789-1901
Freiburg i. Br. 1965^2.

Maurenbrecher, Wilhelm. Die Preußische Kirchenpolitik und
der Kölner Kirchenstreit. Stuttgart 1881.

Meister, Franz. Erinnerungen an Johannes Janssen. Frankfurt a. M. 1896[3].

Meyer, Hans Friedrich. Zeitungspreise in Deutschland im 19. Jahrhundert und ihre gesellschaftliche Bedeutung. Reihe: Arbeiten aus dem Institut für Publizistik der Universität Münster. Bd. 2 (als Diss. Münster 1967). Münster 1969.

Meyers, J. Guido Görres. Beiträge zur Geschichte seines Lebens und Wirkens. In: Programm der Großherzoglichen Progymnasiums zu Echternach, herausgegeben am Schlusse des Schuljahres 1895-1896. Luxemburg 1896, S. 1 ff.

Möller, Karl. Leben und Briefe vom Johannes Theodor Laurent, Titularbischof von Chersones, ... Als Beitrag zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. 3 Bde. Trier 1887-1889.

Morsey, Rudolf. Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und erstem Weltkrieg. In: Historisches Jahrbuch. Bd. 90. München 1970, S. 31 ff.

Müller, Karl Alexander von. Görres' Berufung nach München. In: Görres-Festschrift. Aufsätze und Abhandlungen zum 150. Geburtstag von Joseph Görres, hrsg. von Karl Hoeber. Köln 1926, S. 216 ff.

Ders.: Die beiden Görres und die 'Allgemeine Zeitung'. In: Oberbayerisches Archiv. Bd. 61. München 1918, S. 164 ff.

Müller, Leonhard. Die Breslauer politische Presse von 1742-1861. Nebst einem Überblick über die Dekade von 1861-1871. Breslau 1908.

Nissl, Josef. Die Schulpolitik in Bayern von 1850-1914 im Volksschulwesen. (Diss. Würzburg 1919). Staffelstein 1919.

Pastor, Ludwig Frhr. v. Charakterbilder katholischer Reformatoren des XVI. Jahrhunderts. Freiburg i. Br. 1924.

Pesch, Rudolf. Die kirchlich-politische Presse der Katholiken in Deutschland vor 1848. Ein Überblick über die Entwicklung der katholischen Kirchenblattpresse in Deutschland mit einer Spezialuntersuchung der Kirchenblätter im preußischen Rheinland, einem Katalog und einer Dokumentation. Diss. Freiburg i. Br. 1964.

Pfleger, Lucian. Randglossen zu Görres' Straßburger Exil. In: Görres-Festschrift. Aufsätze und Abhandlungen zum 150. Geburtstag von Joseph Görres, hrsg von Karl Hoeber. Köln 1926, S. 191 ff.

Pfülf, Otto. Bischof von Ketteler (1811-1877). Eine geschichtliche Darstellung. 3 Bde. Mainz 1899.

Poll, Maria. Edmund Jörgs Kampf für eine christliche und großdeutsche Volks- und Staatsordnung. Paderborn 1936.

Pölnitz, Götz Frhr. von. Joseph Görres' Aufsätze in den Historisch-politischen Blättern. 2 Teilbände (Bde. 16.1. u. 16.2. von Joseph Görres' Gesammelt Schriften, hrsg. von Wilhelm Schellberg, Götz Frhr. von Pölnitz u.a. 16 Bde. Köln 1926 ff.) Köln 1936.

Ders.: George P. Phillips, ein großdeutscher Konservative in der Paulskirche. In: Historische Zeitschrift Bd. 155. München und Berlin 1937, S. 51 ff.

Raab, Heribert. Joseph Görres. Ein Leben für Freiheit und Recht. Auswahl aus seinem Werk. Urteile von Zeitgenossen. Einführung und Bibliographie. Paderborn 1978.

Raabe, Gerhard. Der Postzeitungsdienst. Reihe: Post und Telegraphie in Wissenschaft und Praxis, hrsg. von M. Andersch u.a. Bd. 84. Berlin 1926.

Radowitz, Joseph Frhr. von. Gesammelte Schriften. 5 Bde. Berlin 1853.

Raich, Johann Michael (Hrsg.). Briefe von und an Wilhelm Emmanuel Freiherrn von Ketteler, Bischof von Mainz. Mainz 1879.

Räß, Andreas. Die Convertiten seit der Reformation nach ihrem Leben und aus ihren Schriften dargestellt 10 Bde. Freiburg i. Br. 1867-1871.

Reiber, Hans Joachim. Die katholische deutsche Tagespress unter dem Einfluß des Kulturkampfes (Als Diss.: Leipzig 1930). Görlitz 1930.

Reinkens, Joseph Hubert. Melchior von Diepenbrock. Ein Zeit- und Lebensbild. Leipzig 1881.

Renan, Ernest. La Reforme intellectuelle et morale. Paris 1871.

Repgen, Konrad. Entwicklungslinien von Kirche und Katholizismus in historischer Sicht. In: Rauscher, Anton (Hrsg.). Entwicklungslinien des deutschen Katholizismus. Reihe: Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B (Abhandlungen), hrsg. von demselben. München/Paderborn/Wien 1973, S. 11 ff.

Rhein, Franz. Zehn Jahre 'Historisch-politische Blätter'. 1838-1848. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zentrums. Diss. Bonn 1916.

Riedner, Otto. Jochner Georg Maria von. In: Deutsches Biographisches Jahrbuch. Bd. 5 (das Jahr 1923). Stuttgart 1930, S. 202 ff.

Ringseis, Johann Nepomuk. Erinnerungen des Dr. Johann Nepomuk von Ringseis, hrsg. von Emilie Ringseis. 4 Bde. Regensburg 1888.

Ritter, Moriz. Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft an den führenden Werken betrachtet. München und Berlin 1919.

Roegele, Otto B./Wagner, Hans. Die katholische Presse in Deutschland. In: Handbuch der Publizistik, hrsg. von Emil Dovifat. 3 Bde. Berlin 1969. Bd. 3 (Praktische Publizistik, 2. Teil), S. 496 ff.

Rosenberg, Hans. Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des Deutschen Krieges. Eine kritische Bibliographie. 2 Bde. München und Berlin 1935.

Rosenthal, David Friedrich. Convertitenbilder aus dem neunzehnten Jahrhundert. 3 Bde. Schaffhausen 1866 ff.

Rummel, Fritz Frhr. von. Das Ministerium Lutz und seine Gegner. Reihe: Münchener Historische Abhandlungen, 1. Reihe, Heft 9. München 1935.

Sacher, Hermann. Die Lexika. In: Der Katholizismus in Deutschland und der Verlag Herder 1801-1951. Freiburg i. Br. 1951, S. 242 ff.

Schacht, Hjalmar. Statistische Untersuchung über die Presse Deutschlands. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, begründet von Bruno Hildebrand, hrsg. von J. Conrad u.a. III. Folge. 15. Bd. Jena 1898, S. 503 ff.

Scheffczyk, Leo. Theologie in Aufbruch und Widerstreit. Die deutsche katholische Theologie im 19. Jahrhundert. Reihe: Sammlung Dietrich, hrsg. von Elger Blühm und Lutz Mackensen. Bd. 300. Bremen 1965.

Schellberg, Wilhelm. Joseph von Görres' Ausgewählte Werke und Briefe. 2 Bde. Kempten und München 1911.

Schmolcke, Michael. Adolph Kolping als Publizist. Ein Beitrag zur Publizistik und zur Verbandsgeschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert. Reihe: Dialog der Gesellschaft. Schriftenreihe für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft hrsg. von Henk Prakke. Bd. 3 Münster 1966.

Ders.: Die schlechte Presse. Publizistik zwischen 'Katholik und'Publik'. 1821-1968. Habilitationsschrift Münster 1971.

Schmidt-Volkmar, Erich. Der Kulturkampf in Deutschland. Göttingen 1962.

Schnabel, Franz. Die religiösen Kräfte. (Bd. 4 der Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, von demselben). Freiburg i. Br. 1936.

Ders.: Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848. Reihe: Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, begr. von Erich Marcks und Dietrich Schäfer, hrsg. von Karl Hampe und Hermann Oncken. Heft 29. Heidelberg 1910.

Schnütgen, Alexander. Das Elsaß und die Erneuerung des katholischen Lebens in Deutschland von 1814 bis 1848. Reihe: Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte, hrsg. von Martin Spahn. Bd. 6. (Als Straßburger Diss. 1908). Straßburg 1913.

Ders.: Briefe von Andreas Räß an Franz Georg Benkert. In: Historisches Jahrbuch. Bd. 40. München 1920, S. 137 ff.

Schoeler, Gisela. Die Anfänge der konservativen Publizistik in Deutschland. Diss. (masch.) Berlin 1945.

Schuegraf, Elmar. Die Geschichte der christlichen Bekenntnisschule im rechtsrheinischen Bayern von Beginn der Reformation bis 1902. Diss. München 1954.

Schulte, Johann Friedrich von. Geschichte der Quellen und Literatur des kanonischen Rechts ... 3 Bde. Stuttgart 1880.

Schwahn, Lukas. Die Beziehungen der katholischen Rheinlande und Belgiens in den Jahren 1830-1840. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der kirchlichen und politischen Bewegungen unter den rheinischen Katholiken. Reihe: Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte, hrsg. von Martin Spahn. Bd. 11. Straßburg 1914.

Schwaiger, Georg. Ignaz von Döllinger im Licht der neueren Forschung. In: Münchener Theologische Zeitschrift, hrsg. von Wilhelm Keilbach und Leo Scheffczyk. 18. Jg. Heft 1. München 1967, S. 143 ff.

Schwalbach, Helmut. Der Mainzer 'Katholik' als Spiegel des neuerwachenden kirchlich-religiösen Lebens in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts (1821-1850). Diss. Mainz 1966.

Sepp, Johann Nepomuk. Görres und seine Zeitgenossen 1776-1848. Nördlingen 1877.

Spael, Wilhelm. Die Görres-Gesellschaft 1876-1941. Grundlegung, Chronik, Leistungen. Paderborn 1957.

Spahn, Martin. Edmund Jörg. In: Hochland. Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst, hrsg. von Karl Muth. 17. Jg. (1919/20). Heft 1. München 1920, S. 273 ff.

Staudinger, Melchiora. Die katholische Bewegung in Bayern in der Zeit des Frankfurter Parlaments. (Als Diss. München 1925). Regensburg o. Jg.

Stegmann, Franz Josef. Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Der Beitrag zur Historisch-Politischen Blätter zur Lösung der sozialen Frage. Reihe: Politische Studien. Beiheft 4. (Unter anderem Titel als Münchner Diss. von 1865). München und Wien 1965.

Stillbauer, Johannes (Hrsg.). Generalregister des 'Katholik' vom Jahre 1821-1899. Mainz 1899.

Varrentrapp, Conrad. Rankes Historisch-politische Zeitschrift und das Berliner Politische Wochenblatt. In: Historische Zeitschrift. Bd. 99. (3. Folge, 3. Bd.). Heft 1. München und Berlin 1907, S. 35 ff.

Vogel, Paul. Beiträge zur Geschichte des Kölner Kirchenstreites. Reihe: Studien zur rheinischen Geschichte, hrsg. von Albert Ahn. Heft 5. Bonn 1913.

Volk, Wilhelm. Simeon. Wanderungen und Heimkehr eines christlichen Forschers. 3 Bde. Schaffhausen 1862/63.

Wacker, Annekatrin. Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland (1838-1923). In: Fischer Heinz-Dietrich (Hrsg.). Deutsche Zeitschriften d 17. bis 20. Jahrhunderts. Reihe: Publizistisch-Historische Beiträge, hrsg. von demselben. Bd. 3 Pullach bei München 1973, S. 141 ff.

Wagner, Hans - siehe Roegele, Otto B.

Weber, Beda. Charakterbilder. Frankfurt a. M. 1853.

Weber, Christoph. Der 'Fall Spahn' (1901). Ein Beitrag zur Wissenschafts- und Kulturdiskussion im ausgehenden 19. Jahrhundert. Rom 1980.

Weiss, Otto. Der Ultramontanismus. Grundlagen-Vorgeschicht Struktur. In: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte. Bd. 41. Heft 3. München 1878, S. 821 ff.

Zinkl, Johannes. Magnus Jocham. Johannes Clericus. 1808-1893. Ein Beitrag zur Geschichte der katholische Theologie und Frömmigkeit im neunzehnten Jahrhundert. Freiburg i. Br. 1950.

Zittel, Bernhard. Josef Edmund Jörg. In: Lebensbilder aus dem bayerischen Schwaben, hrsg. von Götz Frhr. v Pölnitz. Reihe: Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für Bayerische Landesgeschichte. Reihe 3. Z. Zt. 12 Bde. München 1952 ff. Bd. 4. München 1955.

Die 'Historisch-politischen Blätter' als Forum für Kirchen- und Konfessionsfragen

(Fortsetzung)

Statistischer Anhang über die Mitarbeiter einschließlich Bibliographie

von Bernhard Weber
aus München

(II.6.)STATISTISCHER ANHANG ÜBER DIE MITARBEITER

a) Generelle Hinweise zum Vorgehen und zum Verständnis

Die folgende Aufstellung über die Mitarbeiter und ihre anonym veröffentlichten Artikel sowie über ihre Chiffren, Pseudonyme und festen Glossen kann zwei Auskünfte nicht leisten: So ist es nicht möglich, einen bestimmten Artikel nach Bandnummer und Seitenzahl nachzuschlagen und den betreffenden Verfasser -auch wenn er für mich zu ermitteln war oder der fragliche Artikel mit Namensnennung versehen ist- zu finden. Das hätte eine chronologische Anordnung aller Aufsätze zwischen 1838 und 1901 (Ende meines Untersuchungszeitraums) bedingt; allein die Inhaltsverzeichnisse der Hpßl in diesem Zeitraum umfassen etwa 700 Seiten. Selbst wenn man die Aufsätze nur mit Nummern anstelle ihrer Titel versehen, den Anhang also chronologisch angeordnet hätte, so wäre er dennoch etwa 350 Seiten stark geworden.

Für die hier gebrauchte Anordnung nach Mitarbeiternamen und die Beschränkung auf Entschlüsselungen sprechen aber nicht nur die Nachteile der oben erwähnten Möglichkeit, sondern eigene Gründe: Es kommt hier darauf an die Mitarbeiter genauer zu kennzeichnen, um sich einerseits ein Bild vom gesamten Kreis machen zu können und andererseits über einige von ihnen Auskünfte bezüglich ihrer Tätigkeit für die Hpßl zu finden. Die zweite Einschränkung der Auskunftsmöglichkeiten liegt darin, daß die gezeichneten Artikel nicht in diesen Anhang aufgenommen wurden. Es ist also nicht möglich alle Aufsätze eines bestimmten Mitarbeiters der Hpßl auf einen Blick zu finden; das hat wiederum Platzgründe. So ist auch das quantitative Ausmaß der Mitarbeit pro Erwähntem nicht immer ersichtlich, da der Anteil der gezeichneten Artikel an der Gesamtzahl der Artikel von Mitarbeiter zu Mitarbeiter verschieden ist. Doch im großen und ganzen deutet sich das Ausmaß der Mitarbeit auch hier an.

Eine Ausnahme bei den gezeichneten Artikeln habe ich dann gemacht, wenn eine Artikelserie über zwei oder mehr Bände sich erstreckt und davon nur der letzte Artikel mit Namen versehen ist. Zudem habe ich einen gezeichneten Artikel Joseph v. Görres' erwähnt, um seine Beiträge zu komplettieren. Abschließend sei noch

bemerkt, daß unter 'gezeichnet' auch diejenigen Artikel verstanden werden, bei denen sich der Verfasser in der Überschrift nennt bzw. genannt wird.

Die mit Hilfe von Quellen und Literatur erreichten Verfasserbestimmungen umfassen nur einen Teil der anonymen Beiträge. Natürlich sind bei entsprechendem Zeitaufwand noch weitere Ergebnisse möglich, doch gibt es auch hierfür eine Obergrenze. Sie besteht darin, daß der Redaktion selbst die Verfasser verschiedener Artikel nicht bekannt waren, wie das z.B. eingeräumt wurde für die Aufsätze in Bd. 102, S. 393 ff., Bd. 106, S. 520 ff. und Bd. 122, S. 590 ff. Auch Mitarbeiter sowie zeitgenössische Biographen taten sich verschiedentlich schwer in der Zuordnung anonymer Beiträge. Das ist neben den folgenden Beispielen aus zeitgenössischen Biographien auch ersichtlich aus mehreren Gegendarstellungen, die lt. Anmerkung der Redaktion nicht den vermuteten und apostrophierten Verfasser trafen.

Pfülf, Biograph Kettelers und selbst Mitarbeiter der HpBl, sagt über dessen Beteiligung an Zeitungen und Zeitschriften u.a.: "... Vermuthungen bestehen auch in Bezug auf einzelne größere Artikel des 'Katholik' und der 'Germania'. Indeß fehlen in Bezug auf diese wie vielleicht noch andere Blätter sichere Angaben."[1] Eine ähnliche Feststellung findet sich in Diels Biographie Clemens Brentanos: "Leider stehen uns keine Einzelheiten darüber zu Gebot, inwiefern Brentano sich an dem Erscheinen der historisch-politischen Blätter betheiligte... Was er früher nie gethan, dazu entschloß er sich jetzt, und ließ einzelne seiner kleineren Arbeiten in den gelben Blättern abdrucken ..."[2] Ähnlich unbestimmt äußerten sich auch Baumgartner[3] (über Greiths Aufsätze) und viele andere Biographen.

Die Praxis der anonymen Veröffentlichungen war zwar in den 80-er und 90-er Jahren rückläufig, doch gibt es auch aus dieser Zeit noch zahlreiche Beispiele dafür, daß Mitarbeiter die Anony-

---

1) Pfülf, a.a.O., Bd. 2, S. 374.
2) Diel-Kreitten, a.a.O., Bd. 2, S. 529 -Anm. 2.
3) Vgl. Baumgartner, a.a.O. S. 55.

mität sogar ausdrücklich zur Bedingung für den Abdruck eines Aufsatzes erhoben. So begründete Graf Asseburg-Falkenstein diese Bedingung bei der Übersendung eines Artikels an die Redaktion wie folgt: "... da meine Verhältnisse und Studien mich fortwährend in Beziehungen zu den preußischen Archiven bringen, so darf ich mir die Beamten nicht auf den Hals ziehen, da von ihrer Bereitwilligkeit fast alles abhängt."[1)]

Der Wunsch nach Anonymität findet sich auch noch in späteren Bänden der Zeitschrift. Dennoch war insgesamt gesehen die Ermittlung der Verfasser in späteren Jahren leichter als in früheren; bei den "Brieflichen Mittheilungen aus ..." im ersten Dezennium war die Wahrung der Anonymität seitens der Redaktion sogar ausdrücklich bekräftigt worden[2)]. In allen Jahren schwer zu ermitteln sind die Verfasser von Rezensionen.

b) Zu Fundorten und Quellen

Die hauptsächlichen Fundorte meiner Angaben erhellen aus der Extra-Bibliographie zu diesem Anhang; sie sind dort nach der alphabetischen Anordnung der für sie gebrauchten Abkürzungen zu finden.

Anonymen- und Pseudonymenlexika schieden als Fundorte aus, da sie nur die Verfasser von Buchtiteln und Broschüren, nicht aber von Aufsatztiteln nennen. Die wenigen Werke, die auch Aufsätze miteinbeziehen[3)], enthalten nur wenig über die Mitarbeiter an den HpBl. Keine Rolle spielten auch die Honorareintragungen in den Rechnungsbüchern der Redaktion, da sie (vom letzten Jahrgang 1923 abgesehen) halbjährlich und summarisch erfolgten. Sie haben nur für diejenigen Jahre eine Aussagekraft, in denen bereits etwa 90 % der Verfasser feststehen; dann kann man immerhin mit Hilfe der bekannten Honorarhöhe (vgl. Kap. II.5.2.) für jeden Mitarbeiter überprüfen, wieviele Beiträge noch ausstehen müssen.

Hauptquellen meiner Angaben waren einzelne Eintragungen von

---

1) Brief an Binder. Godelheim (Westfalen), den 28.2.1882. In: Redaktionsarchiv Regensburg (Binder-Karton).
2) Vgl. Bd. 4, S. 448 -Anm. (vgl. dazu auch Kap. I.4.2.).
3) Z.B. Cramer, a.a.O.

Mitarbeiternamen im Inhaltsverzeichnis des Handexemplars der Hp81, lückenhafte Aufstellungen über die Mitarbeiter im Redaktionsarchiv Thauernhausen sowie die Registerbände. Sehr viele Funde gehen auch auf die Hp81 selbst zurück, zumeist in Form von Nekrologen und Rückverweisen. Nur das Pronomen 'wir' in den Verweisen machte manchen Fund wertlos, da es sowohl als plurales 'wir' in der Bedeutung von 'ich' als auch in der Bedeutung von 'wir', d.h. die Redaktion oder die Mitarbeiter gebraucht wurde. Viel zur Entschlüsselung anonymer Beiträge und dadurch zur Erhellung des Mitarbeiterkreises trugen Biographien bei, auch wenn viele Biographen sich auf wenige und in ihren Augen besonders wichtige Artikel beschränken. Neben biographischen Einzelstudien brachten auch biographische Sammelwerke Ergebnisse, wobei für die ADB wegen der alphabetischen Anordnung und der Kürze der Beiträge auf die übliche Form der bibliographischen Erfassung verzichtet wird. Zur eindeutigen Zuweisung eines Artikels trugen auch Querverweise auf gezeichnete Artikel desselben Autors in anderen Zeitschriften bei.

Fälle von Vorabdruckspraxis sowie von nachträglicher Veröffentlichung in den Hp81 wurden nicht nur dem Titel nach festgestellt, sondern in jedem Einzelfall einem Textvergleich unterzogen. Die Angaben für Phillips beispielsweise gehen zum großen Teil auf seine 'Vermischten Schriften'(nachträglicher Abdruck früherer Aufsätze, zumeist aus den Hp81) zurück.

Nicht vollständig durchgearbeitet wurden die enormen Konvolute mit Briefen an Jörg und Binder, welche oft die Nennung oder Umschreibung der eingesandten Artikel beinhalten. Manche Aufsätze konnten auch durch eine Kombination aus den genannten Möglichkeiten einem bestimmten Verfasser zugeordnet werden.

c) Kritik von Fundorten und Quellen

Das Handexemplar der Hp81 im Redaktionsarchiv Thauernhausen verzeichnet (recht unregelmäßig) einzelne Verfasser von Aufsätzen durch eine Bleistiftnotiz im Inhaltsverzeichnis. Die meisten dieser Eintragungen dürften wohl aus der betreffenden Zeit stammen, doch gibt es auch Hinweise auf spätere, in einigen Fällen fehler-

hafte Ergänzungen. Ob daneben an manchen Stellen des Handexemplars bewußt oder eben in Unkenntnis anstelle des Verfassernamens der Name des Rezensierten genannt wurde (z.B. für Bd. 115, S. 370 ff. oder für Bd. 126, S. 390 ff.), läßt sich nicht klären. Darüberhinaus gibt es auch Beispiele für Selbstrezensionen. (Vgl. den Namen 'Klopp' im alphabetischen Verzeichnis).

Durch die enorme Zahl der Artikel mit 60-80 pro Band und den besonders in früheren Jahrgängen hohen Anteil der anonym veröffentlichten daran fiel es schon eine Generation später schwer die Verfasser zu ermitteln. Georg Jochners spätere Sammlungen der Beiträge Binders und Phillips' zeigen dies; dabei war er etwa ein Jahrzehnt lang zusammen mit Binder Herausgeber der Zeitschrift gewesen. Die als Quelle genannten Aufzeichnungen über die Mitarbeiter im Redaktionsarchiv Thauernhausen (alle mit 'RT' gekennzeichnet) bestehen z.T. aus einzelnen Zetteln, auf denen die Beiträge für verschiedene Mitarbeiter gesammelt wurden (evtl. als Vorarbeiten G. Jochners zu seiner 'Geschichte der Historisch-politischen Blätter' anzusehen, wie in Kap. II.5. angedeutet), z.T. aus unregelmäßigen Ergänzungen alphabetischer Mitarbeiterlisten durch die Erwähnung verschiedener Aufsätze bei einzelnen Namen. Erst ab Bd. 101 finden sich nahezu komplette und chronologisch geordnete Listen mit Aufsatztiteln und zugehörigen Verfassern. Wahrscheinlich wurden sie zur Erleichterung der Honorarabrechnung geführt; für frühere Jahre ist deshalb eine ähnliche Praxis denkbar, doch leider ist darüber nichts zu finden.
Die Aufzeichnungen sind insgesamt von derselben hohen Zuverlässigkeit wie diejenigen des Handexemplars, evtl. auch großenteils von der Entstehung her deckungsgleich. Dennoch treten Fälle auf, in denen sich Handexemplar (H) und Aufzeichnungen im Redaktionsarchiv Thauernhausen (RT) widersprechen; in diesen wenigen Fällen wurde den Aufzeichnungen und Mitarbeiterlisten unausgesprochen der Vorzug gegeben, wenn es sich dabei um die laufenden kompletten Listen ab Bd. 101 als Quelle handelte.

Weniger zur Entschlüsselung anonymer Beiträge als zur Identifikation der Mitarbeiter trugen die (unvollständigen) alphabetischen Mitarbeiterlisten bei (drei für frühere Jahrgänge, davon zwei fast identisch -nämlich diejenigen von 1838-1848 und von

1838-1850). Von Bd. 62 bis Bd. 100 finden sich zudem die Mitarbeiter pro Band gesammelt (auch diese Zusammenstellung weist nur wenige Lücken auf). Dabei enthält die jeweils erste Erwähnung eines Namens häufig Vorname und/oder Beruf und/oder Wohnort. Die erwähnten geordneten und kompletten Listen schließen sich dann ab Bd. 101 an diese einfachere Sammlung an.

Zuletzt seien noch die fünf Registerbände[1], welche die Jahre 1838 bis 1902 umfassen, als Quelle beschrieben. Sie wurden bisher viel zu wenig beachtet, was sich an vielen eindeutigen Fehlzuweisungen von Artikeln zeigt. Der erste Registerband enthält nur ganz seltene Namensnennungen; ab dem zweiten Band häufen sich dann langsam die Verfassererwähnungen (durch den Mitarbeiter Gams bzw. ab dem vierten Band durch den Mitarbeiter Binder), wobei zur größeren Klarheit meist der Name des Verfassers in eckige und der Name des Rezensierten oder sonst im Mittelpunkt des Artikels Stehenden in runde Klammern gesetzt wurde. So ist die Unterscheidung zwischen 'von' und 'über' möglich. Wo dieses unausgesprochene Prinzip durchbrochen wurde, ist die Unterscheidung häufig auf andere Weise kenntlich gemacht.

Da bei vielen Nennungen nicht ersichtlich ist, was als ursprüngliche Quelle zu betrachten ist und was dann lediglich auf diese zurückgeht, werden stets alle Quellen und Fundorte gebracht. Vermutlich sind die verschiedensten Quellen ohnehin recht unabhängig voneinander, evtl. mit Ausnahme der Verbindungen zwischen Handexemplar und Aufzeichnungen im Redaktionsarchiv Thauernhausen. Bei zeitgenössischen Biographien ist zudem die persönliche Bekanntschaft in Rechnung zu stellen; nur bei den wenigen neuen Biographien (z.B. Bierganz über Cardauns, Lucas über Jörg und Casper über Pilgram) finden sich ausdrückliche Verweise auf die Benutzung des Jörgschen Briefnachlasses. Andere Werke nennen oft nicht die Quelle ihrer Verfasserzuschreibung (Poll, Martin, Spahn), doch sind sie hier ohnehin zahlenmäßig nicht von Bedeutung und ergänzen oft nur die eindeutigen Quellen, die oben beschrieben sind.

Nur an vier bis fünf Stellen habe ich eigene Zuweisungen,

---

1) Ein sechster Registerband gelangte nicht mehr zum Druck. Das Manuskript dazu liegt im Redaktionsarchiv Thauernhausen.

aber stets aufgrund einer Chiffre oder eines umschreibenden Pseudonyms gebracht. Ansonsten ist es zu gewagt, einzelnen Verfassern lediglich aufgrund ihrer Spezialkenntnisse, ihres Stils oder ähnlicher Merkmale Artikel zuzuschreiben. Deshalb sind manche für mich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststehende Zuschreibungen in dieser Statistik nicht enthalten. Lösch hat in seinem Werk über Döllinger[1] verschiedentlich solche Zuweisungen vorgenommen und dabei zuweilen auch Artikel, deren Autorschaft eindeutig anderen Mitarbeitern zuerkannt werden muß, für Döllinger reklamiert. Besonders deutlich wird das bei vielen Beiträgen Phillips', die sich in wörtlicher Übereinstimmung in den 'Vermischten Schriften' desselben wiederfinden.

Zuschreibungen aufgrund von Sachgebieten sind in den HpBl sehr problematisch. Über Kaiser Ferdinand II. schrieb nicht nur dessen bekannter Biograph Hurter, sondern auch Stülz; über Tirol gibt es neben Artikeln Beda Webers auch solche von G. Görres, und über die Bedrängung der Klöster durch die Kantonsregierung von Aargau hat neben Hurter evtl. auch Arndts berichtet.

d) Zum Vorgehen im Detail; Abkürzungen

Wenn eine Signatur, ein Pseudonym oder eine feste Glosse aufgrund mehrerer (außer bei Mitarbeitern mit nur einem Artikel) eindeutiger Hinweise einem bestimmten Mitarbeiter zugeordnet werden kann, so wird dies (außer bei der Glosse) an einem meist frühen oder durch viele Fundorte abgesicherten Beispiel gezeigt; die anderen Verwendungen dieser Signatur resp. dieses Pseudonyms resp. dieser Glosse sind dann wie gezeichnete Artikel behandelt, d.h. n i c h t mehr erwähnt. Das geschah wiederum aus Platzgründen und hat natürlich den Nachteil, daß sich nicht alle Artikel eines Mitarbeiters auf einen Blick ersehen lassen.
Ein Beispiel zur Erklärung der verkürzten Schreibweise für eine eindeutige Signatur:
In Bd. 81, S. 744 ff. findet sich ein Artikel, der am Schluß mit der Signatur 'H.C.' versehen ist. Gleichzeitig steht durch das

---

1) Vgl. Lösch/A., S. 502 ff.

Handexemplar und durch Registerband III (S. 42) fest, daß Hermann Cardauns der Verfasser ist. Dieser Sachverhalt wird ausgedrückt durch die verkürzte Schreibweise:

Sign.: 'H.C.' lt. 81, 744 i.(n) Verb.(indung) mit H u. Reg.III,42.

Genannt wird jeweils nur die Seite des Artikelanfangs; das übliche 'ff.' fällt weg. Bei Artikeln, die mehrere Unterteilungen und somit evtl. mehrere Verfasser haben (beispielsweise mehrere Rezensionen unter dem Sammeltitel 'Literarische Neuheiten'), wird die erste und die letzte Seite der eindeutigen Zuweisung genannt. Dies geschah auch dann, wenn alle Unterteilungen den gleichen Verfasser haben, aber ihre Gliederung aus dem Inhaltsverzeichnis durch Seitenangaben hervorgeht.

Aus Platzgründen zusammengefaßt wurden neben Artikelserien zuweilen auch Zuweisungen für denselben Mitarbeiter innerhalb eines Bandes mit gleicher Quelle (gleichem Fundort).

Sind die HpBl selbst der Fundort, so werden ebenfalls nur Bandnummer und Seitenzahl festgehalten, also 73, 136 für Bd. 73, S. 136 bzw. S. 136 ff. Unterstrichen ist diese Nennung, wenn sie von einem anderen als dem betreffenden Mitarbeiter stammt, nicht unterstrichen, wenn es sich um einen Verweis aus einem anderen Artikel desselben Autors handelt. (Diese Fälle sind dazu stets durch Kennzeichnungen wie 'Rückverweis' oder ähnlich verdeutlicht.)

Der Hinweis auf eine 'Fortsetzung' resp. 'Anknüpfung' beruht nicht auf meiner Annahme, sondern es handelt sich dann um eindeutige Artikelserien (gleiche Überschrift, Numerierung u.ä.) bzw. betonte Wiederaufnahmen von früheren Beiträgen.

Vermerke auf Fehlzuweisungen von Verfassern finden sich stets unter dem Namen desjenigen Autors, von dem der Artikel in Wirklichkeit stammt. Nur in besonders wichtigen Fällen sind sie beim richtigen u n d beim falschen Verfasser angebracht.

Der Hinweis 'evtl. keine weiteren Art. mehr' dient dazu, seltenere Mitarbeiter von häufigeren Mitarbeitern etwas abzusetzen. Er wurde aber auch bei Vorliegen von nur einem Artikel nicht gebracht, wenn sich dieser vor Bd. 62 oder nach Bd. 125 befand; der Grund liegt darin, daß bei früheren Jahrgängen die Mitarbeiternamen nicht gesammelt sind und bei späteren Jahrgängen Artikel ja

noch folgen können in den Bdn. 129 ff., die ich nicht mehr bearbeitet habe. Meine Untersuchung endet mit Bd. 128 (1901/II). Die Grenzziehung 'vor Bd. 62' bzw. 'nach Bd. 125' ist zwangsläufig willkürlich und weitere Funde von Beiträgen in einigen Fällen deswegen möglich. Dennoch bietet der erwähnte Zusatz im großen und ganzen einen Überblick über das Verhältnis zwischen einmaligen Einsendern und häufigeren Mitarbeitern und strukturiert dadurch den vorgestellten Kreis.

Verwiesen sei noch einmal auf die Extra-Bibliographie zu diesem Anhang, in welcher die zur Identifikation von Verfassern gebrauchten Quellen- und Literaturnachweise in alphabetischer Anordnung ihrer verwendeten Abkürzungen zu finden sind.

Die sonstigen Abkürzungen folgen hier:

Art.	Artikel (Sing. u. Plur.)
C.ss.R.	Redemptorist
gez.	gezeichnet
LT	Landtag
O.P.	Dominikaner
O.S.B.	Benediktiner
O.S.F.	Franziskaner
P.	Pater
Red.	Redaktion
Rez.	Rezension
Sign.	Signatur
S.J.	Jesuit
RT	Reichstag (eindeutig von 'RT' für Redaktionsarchiv Thauernhausen zu trennen, da hiesiges 'RT' nur bei den biographischen Daten und nicht als Quellennachweis für Artikel gebracht wird).

A b e l s , Hermann (-)

Redakteur i. Aachen. Prof. f. Exegese.
Sign.: 'A.' lt. 103, 549 i. Verb. mit H u. RT.

A b e r l e , Moritz v. (1819 - 1875)

Prof. f. Exegese u. Moraltheologie i. Tübingen.

63, 417 (H, Reg. III, 89). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

A d a m s , (-)

Pfarrer i. Koblenz.
Sign.: 'C.(oblenz) a.(m) Rh.(ein) Dr. X.' lt. 110, 130 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

A e b i , Josef Wilhelm Ludwig (1802 - 1881)

Priester. Lycealprof. i. Luzern f. Geschichte. Kanonikus i. Beromünster.

76, 559 (H) ; 77, 364 (H).

A h r e n d t s , (-)

Protestant. Pastor.

Pseud.: 'Von einem conservativen Nichtkatholiken' lt. 117, 426 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V, 11.

111, 744 (H, RT).

A m m a n n , Hartmann (-)

Augustinerchorherr i. Neustift bei Brixen.

109, 526 (RT). Dazu noch gez. Art.

A m r h e i n , Andreas (1844 - 1927)

O.S.B. Gründer von St. Ottilien.

93, 943 (Brief Amrheins an Binder vom 24.5.1884 i. RR); 109, 526 (RT).

A n d l a w , Heinrich Bernhard Frhr. v. (1802 - 1871)

Gut Hugstetten bei Freiburg. Mitglied d. LT. Mitbegründer der Katholischen Volkspartei i. Baden. Organisator der katholischen Vereine u. Präsident verschiedener Katholikentage.

41, 1001 (H) ; 44, 327-338 (H) ; 60, 879 (H, Reg. III, 103) ; 61, 118 (daselbst) ; 61, 489 u. 653 u. 817 (H, Reg. III, 12) ; 62, 345 u. 698 (daselbst) ; 72, 271 (H).

A n g e r , (-)

Kgl. sächs. Reg.rat a.D.

94, 57 (110, 598). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

A l b e r d i n g k - T h i j m , Paul (1827 - 1907)

Konvertit. Prof. f. niederländ. Lit. gesch. in Löwen. Amsterdam.
Sign.: '(Dr.) P. Alb. T(h).' lt. 83, 824 i. Verb. mit Reg. IV, 37.

A l z o g , Johann Baptist (1808 - 1878)

Prof. f. Kirchengeschichte i. Freiburg. Beteiligt bei der Gründung der 'Görres-Gesellschaft'. Mitbegründer des 'Freiburger Diözesanarchivs'.

75, 819 u. 928 sowie 76, 81 (H).

A r e n s , Eduard (-)

Mönchengladbach
Sign.: 'E.A.' lt. 117, 330 i. Verb. mit H, RT, Reg. V, 69, Brunner, 160 u. 126, 279.

115, 913 (H, RT).

A r e t i n , Karl Maria Frhr. v. (1796 - 1868)

Prof. f. Gesch. i. München. Mitglied der Akademie.

19, 175 (RT).

A r n d t s , Carl Ludwig Ritter v. (1803 - 1878)

Schüler Savignys. Prof. d. Rechtswissenschaft i. Bonn, München u. Wien. Mitglied der Paulskirche. Hofrat i. Wien. Herrenhausmitglied i. Österreich.
Pseud.: 'Jeremias' lt. 7, 167 i. Verb. mit RT.

5, 89 (RT); 6, 91 u. 620 (RT); 8, 36 (RT); 9,651 u. 685 (RT); 10,46 u. 401 (RT); 11, 65 (RT); 12, 161 u. 223 u. 329 u. 653 (RT); 13, 131 (RT); 15, 267 u. 393 (RT); 16, 165 u. 646 (RT); 16, 761 sowie 17,95 (Brinz, 13, 134, 388); 17, 63 (RT) ; 17, 353 (Brinz, 13) ; 18, 164 (Brinz, 13 , 134, 388) ; 19, 481 (RT) ; 76, 76 (H, RT).

A r n d t s , J. (-)

Sign.: 'J.A.' lt. 111, 81 i. Verb. mit H u. RT.

A s s e b u r g - B o c h o l t z , Johannes Graf v. (-)

Westfalen.

110, 104 (H, RT, 123, 928). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

A s s e b u r g - F a l k e n s t e i n , Ludwig Graf v.
Godelheim u. Münster. (1829 - 1909)

89, 682 (H); 92, 298 (H).

B a c h , Joseph (1833 - 1901)

Priester. Prof. f. Pädagogik, Apologetik u. Dogmengeschichte in München. Sign.: 'Prof. B.' lt. 119,238 i. Verb. m. H, RT, Reg. V, 10. Nicht eindeutige Sign.: 'Dr. B.' (vergl. auch Bruder.); 'B.' (einmal auch bei Bachem.); 'J.B.' (sonst immer Bachem!).

51, 291 - 295 (H, 130, 467); 53, 33 (H); 55, 433u.539 u. 552 (Biogr. Jb. 1901, 209, 130, 471); 58, 1 u. 73 (H, RT, Reg. III, 98); 58, 933 (RT, 130, 473); 61, 216 u. 299 (RT); 62, 552 (H); 62, 801 (RT); 63, 248 (H); 63, 826 (RT, 130, 474); 65, 958 (H, RT); 69, 275 (H, 130, 474) 75, 643 (eigene Zuweisung aufgrund des Themas und der Chiffre 'B.'); 82, 392 u. 449 (H, RT, Biogr. Jb. 1901, 209); 91,425 (Biogr. Jb. 1901, 209, 130, 477); 94, 446 (H, RT); 95, 133 (H, RT, Reg. IV, 41); 96, 780 (H, Reg. IV, 66 u. 101, 130, 479); 102, 787 (H, RT, 130, 472); 102, 951 (RT); 109, 794 (RT); 111, 521 (H, RT, 130, 478); 111, 876 (Reg. IV, 43, 'B.' lt. RT); 112, 379 ('B.' lt. RT); 114, 62 (RT, Reg. V, 39, 130, 479); 114, 711 (Reg. V, 46); 115, 567 (H, RT, Reg. V, 47 , 130, 478) ; 117, 387 (RT, Reg. V, 47 120, 18 (gez.: 'Dr. Bach', aber J o s e p h B. -nicht M a x B. lt. RT) ; 121, 235 (Reg. V, 46) ; 123, 387 (gez.: 'Dr. Bach', aber J o s e p h B. -nicht M a x B. lt. RT, Reg. V, 47 , 130, 478) ; 125, 307 (Reg. V, 46) ; 127, 615 (H, 130, 480).

B a c h , Max (-)

Gez. Art. ab Bd. 119.

B a c h e m , Julius (1845 - 1918)

Sohn des Verlegers Bachem i. Köln. Journalist. Von 1869 - 1914 Chefredakteur der 'Kölnischen Volkszeitung' (zus. mit Cardauns). Mitglied des LT. Justiziar des Erzbischöfl. Stuhls.
Eindeutige Signaturen: 'J.B.' lt. 75, 58 i. Verb. mit H; 'Rhenanus' lt. 121, 237 i. Verb. mit Autobiogr. Bachem, 79 u. RT; 'von einem rheinpreußischen Juristen' lt. 75, 563 i. Verb. mit H; 'vom Rhein' lt. 106, 370 i. Verb. mit H u. RT (nur einmal bei Baudri; zwar auch bei Tophoff, aber bei diesem immer mit Chiffre seines Namens).

77, 661 (H); 82, 632 (Forts. von 81, 935 -dort 'J.B.'); 84, 517 (H); 85, 21 (Forts. von 81, 935, s.o.); 85, 580 (H); 87, 318 (H, RT, 130, 472); 89, 17 (H, Reg. IV. 4 u. 18); 94, 253 (H); 106, 495 (H, RT); 107, 869 (H) ; 107, 943 (H) ; 109, 226 (RT) ; 110, 195 (H, RT, 'v. Rh.' lt. Reg. IV, 95) ; 110, 303 (daselbst u. Rückverweis von 113, 776) ; 113, 772 (H, RT) ; 116, 350 (H, RT, Reg. V, 11) ; 116, 526 (H, RT) ; 116, 754 u. 886 (H, RT) ; 117, 897 (H, RT) ; 120, 609 (RT).

B a c h m a n n , (-)

Reallehrer i. Landsberg.

96, 853 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B a d e r , Karl (1796 - 1874)

Großhzgl. Baurat i. Freiburg.
Signaturen u. Pseudonyme: 'Alter Soldat' lt. 47, 919 i. Verb. mit H; 'N.N.' lt 48, 310 i. Verb. mit H (nur einmal auch bei Tophoff, aber nach 1874). Alle genannten Signaturen auch noch lt. Reg. III, 6 und 75, 819. Feste Glosse: 'Briefe eines alten Soldaten im Civilrock (an einen Diplomaten außer Dienst)'; 'politische Gedanken vom Oberrhein'.

39, 473 (H, 49, 305 u. 75, 934); 39, 811 u. 911 u. 998 u. 1031 u. 1042 1071 (H, 75, 934, Hurter II, 382); 40, 33 - 60 u. 105 u. 179 (daselbst); 40, 635 - 655 u. 715 - 739 u. 846 u. 916-938 (H, 75, 941); 42, 41 -64 u. 114 - 148 (daselbst); 43, 442 - 496 u. 573 - 600 u. 682 - 716 (daselbst); 44, 507 - 533 u. 567 - 607 u. 644 - 663 u. 832 - 846 (H); 49, 496 (75, 933 - Fehl: Hägele lt. H); 50, 1-44 u. 126 - 153 u. 217 u. 317 u. 365 u. 529 u. 635 u. 701 u. 806 u. 931 u. 941 - 975 (H, 75, 933); 52, 108 (75, 934); 53, 585 - 636 (H, 75, 941 f.) 60, 776 (75, 934, Dor - Edle Männer, 10 - Fehl: Maas lt. H.); 61, 760 - 794 (76, 90); 63, 968 - 980 sowie 64, 15 u. 89 -116 u. 181 u. 249 - 264 (nur Schlußartikel gez. mit '8.F.', Reg.III, 35 u. 44, 76, 90); 63, 987 (Dor - Edle Männer, 12); 71, 335 (H, Reg. III, 106, 76, 93); 71, 889 (gez.: 'N.N.' - Fehl: Dr. v. Schütz lt. H); 73, 317 u. 553 (H, 76, 92 - Fehl: Buß lt. Dor - Buß, 176, da ab Bd. 62 i. RT Mitarbeiternamen pro Bd. gesammelt u. Buß nicht darunter. Zwar weist auch diese Zusammenstellung zuweilen Lücken auf, aber Buß hätte man nicht vergessen zu erwähnen.)

B a e u m e r , Suitbert (1845 - 1894)

O.S.B. Maredsous i. Belgien.
Sign.: (P.) S.B. lt. 100, 47 i. Verb. mit H, Reg. IV, 34, 123, 508, Beuroner Bibl., 18 u. Revue Bénédictine 11, 498).

105, 263 u. 341 u. 412 u. 561 u. 717 u. 836 (Zeichng. der Forts. i. 106, 397, Rev. Bénéd. 11, 498, Beuroner Bibl., 18, H, RT, Reg. IV, 59, 110, 927, Dictionnaire d'histoire. VI, Sp. 1481); 109, 255 u. 313 (Rev. Bénéd. daselbst, Beuroner Bibl., 18 - Fehl: Will lt. H, RT); 109, 645 (H, RT, Reg. IV, 61, Beuroner Bibl., 18, Rev. Bénéd., 499);

B a h l m a n n , August (-)

Domvikar i. Rotterdam.
Mitarbeit an Bd.67 lt. Sammlung der Mitarbeiternamen für diesen Bd. in RT. Art. nicht auszumachen. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B a r d e n h e w e r , Otto (1851 - 1935)

Theol.prof. i. München u. Münster.
Gez. Art. in Bd. 93. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B a u d r i , Johann Anton Friedrich (1804 - 1893)

Domkapitular, Weihbischof u. Erzbistumsverweser i. Köln.

85, 366 (H, RT, Reg. IV, 15, Lill, 251). Dazu noch gez. Art.

B a u m a n n , Franz Ludwig (1846 - 1915)

Archivar des fürstl. Fürstenberg. Archivs i. Donaueschingen, seit 1903 Direktor des Reichsarchivs in München (des späteren BHSt).
Signaturen: 'L.B.' lt. 79, 405 i. Verb. mit H, Reg. III, 91 u. 103, 69; 'F.L.B.' lt. 116, 432 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V, 62.

B a u m g a r t e n , Paul Maria (1860 - 1948)

Mitarbeit am 'Historischen Institut' der Görres-Gesellschaft i. Rom.
Signaturen und Pseudonyme: 'aus Rom' lt. 110, 69 i. Verb. mit H u. RT; 'Rom, den ...' lt. 109, 949 i. Verb. mit H u. RT; 'Marchese Camposanto' lt. 107, 387 i. Verb. mit H, RT u. Siebertz 309; 'R(om) M(archese) C(ampo)-S(anto)' als Abkürzung lt. 107, 790 i. Verb. mit RT -(s.o.). 'P.M.B.' lt. 121, 74 i. Verb. mit RT.

101, 530 u. 953 (H, RT); 107, 452 (RT); 107, 624 (RT); 108, 439 (H RT); 111, 77 (H, RT); 111, 795 (Forts. von 110, 382 - dort: 'aus Rom', dazu H, RT); 114, 947 (H); 118, 657 u. 719 (H, RT, Reg. V, 21), 119, 466 (RT); 124, 463 (RT).

B a u m g a r t n e r , Alexander (1841 - 1910)

S.J. Schweizer. Exaeten. Mitarbeiter an den 'Stimmen aus Maria Laach'.

91, 933 (H); 104, 878 (RT).

B a u m s t a r k , Reinhold (1831 - 1900)

Konv. 1869. Amtsrichter u. Landgerichtsrat i. Mannheim. Mitgründer der Bad. Volkspartei; wandte sich nach 1880 vom Zentrum ab (Bismarck-Verehrer).
Pseudonym und feste Glosse: 'Glossen eines politischen Einsiedlers' lt. 70, 43 i. Verb. mit H, RT, Reg. III 32 u. 'Plus Ultra', 95. (Dageg. nennt s. Baron M. v. Freyberg 'Spekulativer Einsiedler' u. J. Fick überschreibt einmal: 'auch von einem Einsiedler'.)

69, 935 sowie 70, 26 u. 169 (H, RT, Reg. III, 97); 71, 454 (H, RT, Reg. III, 97); 71, 948 u. 961 (H, RT); 72, 370 (H, RT); 73, 589 (H, RT); 75, 211 (H, RT u. Verweis auf Fortsetzung von 69, 935 sowie v. 70, 26 u. 169 u. von 71, 454).

B a y e r , Hieronymus (1792 - 1876)

Prof. i. Landshut u. München. Hofrat. Kammer der Reichsräte.

Auch Musiker, Radierer u. neulat.Dichter.
Er wird stets genannt i. den Ankündigungen der HpBl. Artikel von ihm können aber nicht mit Sicherheit angenommen werden.(Ähnl. bei Albert Jäger u. Aloís Flir, den Tirolern, die zur Mitarbeit an den HpBl eingeladen wurden. Auch von ihnen lassen sich keine Artikel benennen.)

B a u r , Ludwig, (1871 -)

Prof. f. Philosophie i. Tübingen u. Breslau.
Gez. Art. ab Bd. 123.

B e c k e r , Dietrich (-)

Prof. i. Frankfurt. Direktor der Selektenschule.

57, 85 (H, Meister, 31).

B e h r , F. (-)

Colmar.

122, 257 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B e l c r e d i , Richard Graf v. (1823 - 1902)

Österreichischer Ministerpräsident von 1865 - 1866

63, 397 u. 459 (H u. Rückverweis von 64, 280); 64, 143 u. 169 (H); 64, 280 u. 360 u. 413 - 434 (H, Reg. III, 71); 65, 300 u. 458 u. 531 (H); 65, 968 (H, Fortsetzg. von 65, 531); 66, 593 u. 838 (H); 67, 119 u. 195 (H, Fortsetzg. von 66, 838); 67, 536 (H); 68, 1 u. 103 (H); 68, 249 (H); 69, 33 u. 110 (H); 70, 1 (H); 70, 485 (H - Fehl: Jörg lt. Martin, 63); 70, 729 u. 809 (H); 71, 257 u. 417 (H, Fortsetzg. von 70, 485); 71, 628 u. 674 (H, Fortsetzg. v. 71,417); 71, 657 u. 745 sowie 72, 81 u. 161 (H); 73, 22 (H); 73, 457 u.569 (H); 74, 684 (H); 75, 512 (Reg. III, 72 u. Rückverw. v. 76, 379 u. 76, 191 (H); 76, 379 u. 690 u. 770 (H, Reg. III, 72).

B e l l e s h e i m , Alfons (1839 - 1912)

Kaplan an St. Maria dell' Anima i. Rom. Propst i. Aachen. Mitarb. am 'Katholik'.
Signaturen: 'A.B.' lt. 109, 146 i. Verb. mit H u. RT ('P.A.B.' zeichnet Pichler.); '$\alpha.\beta.$' lt. 93, 387 i. Verb. mit H. Nicht eindeutige Sign.: 'Dr. B.' (vgl. auch J.Bach u. Bruder.)

80, 863 (H, Reg. III, 34, Rückverw. v. gez. Art. 103,27); 84, 170 (Reg. IV, 6, Rückverweis von 94, 705 - Fehl: Hergenröther lt. H; typ. Fehler von H, mehrfach auch andernorts: 'über' statt 'von'.); 84, 173 (H); 85, 413 (Rückverw. v. gez. Art. 114, 226); 86,529 (Reg. IV, 30); 87, 37 (Reg. IV, 95, 110, 248); 87, 289 (H); 87, 389 (H), 88, 293 (90, 366 als 'Nachtrag' dazu bezeichnet -damt gez.); 90, 463 (H); 91, 141 (H); 94, 39 (H); 94, 453 (Reg. IV, 6); 94, 705 (Reg. IV, 84 u. Erwähnung seiner Kirchengesch. Schottlands in 709

u. 717); 95, 67 (Erwähnung seiner Kaplansstelle an der 'Anima'); 95, 485 (Anknüpfg. an 93, 387 - dort 'ℵ.β.'); 95, 648 (H, Reg. IV, 60 - Fehl: Cardauns lt. Biergans, 487); 99, 71 (Reg. IV, 64); 100, 482 (H); 101, 434 (RT, Reg. IV, 6); 101, 641 (H, RT);103,701 (RT, 112, 559 u. 560); 104, 440 (H, RT); 104, 565 (H, RT, Reg. IV, 63); 105,72 (RT, Reg. IV, 11, Rückverweis von den gez. Art. 118, 699 u. 123, 466); 105, 714 (RT); 107, 873 (RT);109, 561 (RT); 111, 74 u. 217(RT); 112, 38 (RT); 112, 50 (H, RT); 112, 227 (daselbst u. Hinweis auf einen gez. Aufsatz i. 'Katholik'); 112, 541 (H, RT); 112, 793 (RT, Reg. V, 68 u. Rückverweis vom gez. Art. 121, 283); 114, 394 (RT); 114, 397 (RT, Reg. V, 62); 115, 325 (H, RT); 116, 159 u. 235 u. 310 (H, RT); 116, 706 (RT); 117, 191 (RT); 117, 850 (RT, 121, 318); 121, 887 (RT); 125, 285 (RT, Rückverweis vom gez. Art. 128, 792); 126, 198 (RT, Reg. V, 67); 127, 455 (Reg. V, 7); 128, 217 (RT); 128, 237 (RT).

B e n d e r , W. (-)

Deutscher Theologieprof. i. London.
Sign.: '(London), Dr. W.B.' lt. 81, 641 i. Verb. mit H u. Reg.III, 34.

B e n z l e r , Willibrord (1853 - 1921)

O.S.B. Abt in Beuron. 1901 - 1918 Bischof von Metz.

102, 625 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B e r i n g e r , Franz (1838 - 1909)

S.J. Rom und Metz.

113,553 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B e r l a g e , Anton (1805 - 1881)

Prof. f. Dogmatik i. Münster.

67, 637 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B i e d e r l a c k , Joseph (1845 - 1930)

S.J. Prof. für Kirchenrecht i. Innsbruck u. Rom. Rektor des 'Collegium Germanicum' i. Rom.

121, 508 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B i e g e l e b e n , R. v. (-)

Wien.
Sign.: 'R.v.B.' lt. 123, 587 i. Verb. mit H, RT, Reg. V, 13 u. 45.

72, 873 (H).

B i n d e r , Franz (1828 - 1914)

Mitherausgeber bzw. Alleinherausgeber der HpBl von 1858 - 1914. Sign.: 'F.B.' lt. 119, 561 i. Verb. mit RT u. Jochner-Br.

41, 148 u. 246 u. 295 u. 483 u. 587 u. 682 u. 950 u. 1049 (H); 42, 166 u. 441 u. 628 u. 927 (H); 43, 90 u.135 u. 255 u. 883 (H); 44, 147 u. 421 u. 846 (H); 45, 394 (H); 45, 609 (H u. 110, 240 - Fehl: Jörg lt. Buchheim, 109); 45, 908 - 915 (H); 46, 473 u. 658 (H); 49, 831 (H mit ?); 51, 206 (H); 52, 212 u. 644 (H); 52, 774 (H mit ?); 52, 942 (H); 53, 336 (H); 54, 573 (H mit ?); 59, 713 u. 836 (H, Diel-Kreitten II, 470, Rosenthal II. 2., 328, Rückverweis von 110, 705-dort Chiffre); 65, 573 u.673 u.762 u.831 (H, Reg III, 73, Diel-Kreitten II, 514); 67, 589 (H); 67, 789 u. 882 (H); 70, 397 u. 497 (H, Meyers, 6 u. 16, Reg. III, 44); 70, 895 (H); 74, 654 (Jochner-Br.); 75, 354 u. 659 u. 750 (H, Jochner-Br.); 77, 238 (daselbst); 78, 653 (daselbst); 79,48 u.143 (Jochner-Br); 79, 819 (daselbst);80, 664 sowie 81, 48(Rückverweis von 90, 77); 81, 631 (H, Rückverweis von 90, 77); 82, 972 (H, Jochner-Br.); 83, 638 (H); 84, 147 (H, Jochner-Br.); 85, 252 u. 335 (daselbst); 86, 160 (daselbst); 86, 793 sowie 87, 874 (Jochner-Br.); 88, 719 u. 958 (H, Jochner-Br.); 89, 216 (Jochner-Br.); 89, 251 u. 369 (H, Jochner-Br.); 89, 645 (H); 90, 77 (H, Jochner-Br.); 92, 620 (daselbst); 93, 74 u. 866 (Jochner-Br.); 94, 611 sowie 95, 331 u. 629 u. 705 (daselbst); 96, 584 u. 942 sowie 97, 475 (daselbst); 98, 486 u. 969 sowie 99, 233 u. 799 (daselbst);100,974 (daselbst); 101, 962 (RT, Jochner-Br.); 103, 194 u.546 u.567 u.803 (daselbst); 104, 116 - 133 (daselbst); 104, 801 u. 873 (RT); 105, 161 (RT, Jochner-Br.); 105, 325 (RT); 106, 554 (RT, Jochner-Br.); 107, 231 (RT); 107, 787 (RT, Jochner-Br.); 108, 629 u. 786 (RT); 109, 128 (RT, Jochner-Br.);109, 151 (RT); 109, 194 (H, RT); 109, 385 u. 593 u. 830 (H, RT); 109, 923 (RT); 110, 146 u. 362 (RT, Jochner-Br.); 110, 854 u. 931 (RT); 111, 237 u. 389 u. 622 (RT); 112, 700 u. 818 (RT); 113, 79 (RT, Jochner-Br.); 113, 381 (RT); 113, 639 (RT); 114, 55 (RT, Jochner-Br.); 114, 670 sowie 115, 159 u. 228 (RT); 115, 447 (RT, Jochner-Br.); 116, 94 (daselbst u. Reg. V, 52 u. Nenng. im Text); 116, 839 sowie 117, 152 u. 702 (RT, Jochner-Br.); 117, 857 sowie 118, 168 u. 554 (RT); 118, 706 u. 776 sowie 119, 155 (RT, Jochner-Br.); 119, 929 (daselbst u. Rückverweis von 124, 817 - dort Chiffre); 120, 869 (RT); 121, 40 (RT, Jochner-Br.); 122, 136 (Jochner-Br.); 122, 534 (RT, Jochner-Br.); 123, 145 (RT); 124, 613 (RT, Jochner-Br.); 125, 916 (RT, Jochner-Br.); 126, 842 (lt. Nenng. in 920); 127, 226 (RT).

B i r k n e r , Ferdinand (1868 -)

Prof. für Anthropologie u. Biologie. Korresp. Mitglied der Röm. Akademie.

115, 127 (H, RT, Reg. V, 51); 117, 561 (H, RT, Reg. V, 47).

B i s c h o f s h a u s e n , Sigismund Frhr. v. (-)

Priv.doz. i. Wien.

Gez. Art. in Bd. 127.

B i s s i n g , (-)

Mitunterzeichner in Bd. 67,81. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B l u n t s c h l i , J. K. (-)

Konv. Schweizer. (Nicht der bekannte Staatsrechtslehrer Johann Caspar Bluntschli.)

Mitarbeiter bis etwa 1858 lt. Hurter II, 376.

B o c h o l t z - A s s e b u r g, Johannes Graf v. (-)

Westfalen.

89, 682 (H); 92, 298 (H); 110, 104 (H, RT, 123, 928).

B ö h m e r , Johann Friedrich (1785 - 1863)

Mitarbeiter an den 'Monumenta Germaniae historica'. Bearbeiter der 'Regesta Imperii'. Stadtbibliothekar i. Frankfurt.

26, 229 (Janssen-Böhmer III, 24) ; 28, 681 (Janssen-Böhmer I, 343 u. III, 478, Rosenthal I.1., 236).

B ö h n e r , (-)

Richter.

125, 233 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B o l e , (-)

Brixen. Prof.

95, 129 (Rückverweis von 98, 535); 98, 535 (H); 99, 81 (Reg. IV, 81, 113, 461); 103, 382 (Verweis auf 98, 535). Dazu noch gez. Art

B o n i t z , (-)

Evtl. Hermann Bonitz (1814 - 1888), österreichischer Schulorganisator?

52, 221 (Reg. III, 69).

B r a i g , Karl (1853 - 1923)

Pfarrer i. Wildbad. Prof. für Philosophie, dann für Dogmatik i. Freiburg.
Sign.: '----g.' lt. 112, 185 i. Verb. mit H u. RT.

111, 93 u. 367 u. 409 u. 649 u. 824 (H, RT).

B r a n d e s , (-)

O.S.B. Einsiedeln. Konv. 1834.

44, 775 (H); 58, 45 (H),

B r a u n , Karl Guido (1841 - 1909)

Regens u. Domkapitular i. Würzburg.
Sign.: 'Wg. Dr. ----n.' lt. 81, 582 i. Verb. mit H.

B r a u n m ü l l e r , Benedikt (-)

O.S.B. Abt i. Metten.
Sign.: 'P. B.' lt. 93, 65 i. Verb. mit H, RT u. Reg. IV, 46.

88, 721 (H, RT, Reg. IV, 10); 103, 409 (zus. mit Schmieder lt. H, RT). Dazu noch gez, Art.

B r e n t a n o , Clemens (1778 - 1842)

Dichter. Konv. 1817.

1, 413 (Übereinstimmg. mit Br. Ges. Schr. IV, 355, dazu Biographie Guido Görres', 338, RT, Brühl, 292); 2, 116 (Übereinst. mit Br. Ges. Schr. IV, 395, dazu RT, Brühl, 292); 2, 152 (Übereinst. mit Br. Ges. Schr. IV, 359, dazu Biogr. Guido Görres', 338, RT).

B r i s c h a r , C. (-)

S.J. Sign.: 'C.B.' lt. 86, 442 i. Verb. mit H. u. Reg. IV, 83.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B r u c k m a n n , (1798 - 1867)

Priester. Redemptorist.

51, 268 (H).

B r ü c k , Heinrich (1831 - 1903)

Seit 1899 Bischof v. Mainz.

82, 345 (Reg. IV, 91). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B r u d e r , Ad. (-)

Herausgeber des Staatslexikons, vor Bachem. Wien.
Sign.: 'Dr. Sw.' lt. 83, 510 i. Verb. mit H. Dagegen nicht eindeut.: 'Dr. B.' (vgl. auch J. Bach).

85, 745 u. 833 (H); 86, 191 (H, Reg. IV, 108).

B r u e l , Ludwig (-)

Protestant in Hannover.

94, 509 (H, RT, Reg. IV, 78). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

B r ü h l , Moritz (-)

Konvertit. Literaturhistoriker.

48, 764 - 779 (H); 49, 248 (H).

B r ü l l , Andreas (1845 - 1903)

Priester i. Mönchengladbach u. Bonn.Patristiker u. Sozialpol.

Gez. Art. ab Bd. 115.

B r u n n e r , Max (-)

Evtl. Mitarbeiter, da er i. H erwähnt wird für 61, 169 u. 249 - dort aber sicher Kuhn lt. vorausgegangenem Art. (61, 68), der auch Kuhn zugeschrieben wird.

B r u n n e r , Sebastian (1814 - 1893)

Priester u. Publizist. Herausgeber der 'Wiener Kirchenzeitung'.

51, 58 u.157 u.243 u.512 u. 812 u. 894 (H); 52, 221 u. 296 u. 491 u. 899 (Fortsetzg. von 51, 894, H); 57, 154 (Hinweis auf sein Buch 'Woher? Wohin?'); 57, 878 (Treimer, 68, H); 58, 637 sowie 59, 81 (Fortsetzg. von 57, 878 (Treimer, 68 , Reg. III, 51); 62, 493 ('Denkpfennige', 41); 64, 84 (H); 66, 794 (H, Reg. III, 96); 66, 900 (H, Reg. III, 1); 68, 319 u. 484 u. 567 u. 805 u. 885 (Nenng. seines Buches 'Woher? Wohin?', H); 76, 231 (H); 76, 483 (H); 98, 69 H, RT). Dazu viele gez. Art.

B u e h l e r , (-)

Evtl. Mitarbeiter, da er i. H erwähnt wird für 61, 511 (dort aber Schleweck lt. RT).

B u m ü l l e r , (-)

Regensburg.

54, 430 u. 501 (H); 58, 972 (Reg. III, 26); 59, 241 (H); 62, 265 u. 362 (H); 74, 468 (H); 77, 444 u. 702 (H).

B u o l - B e r e n b e r g , Adalbert Baron v. (1822 - 1874)

LT-Abg. für die Steiermark, Landeshauptmann.Präsident des Katholikentages von 1890.
Feste Glosse: 'Wiener Briefe' bzw. 'Neue Folge der Wiener Briefe'.

68, 863 - 885 (H).

B u o l - B e r e n b e r g , Marie v. (-)

Tochter des oben Genannten?
Signaturen: 'v.B.' lt. 116, 576 i. Verb. mit H, RT u.Reg. V, 28;
'M.v.B.' lt. 117, 27 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V, 30 und 41.

B u ß , Franz Joseph Ritter v. (1803 - 1878)

Prof. f. Staatswissenschaft, Völkerrecht u. Kirchenrecht i. Freiburg. Präsident des 1. deutschen Katholikentages in Mainz. Mit-

glied d. LT, der Paulskirche u. des Erfurter Parlaments. Organisator der Katholischen Vereine i. Baden.

6, 392 (Hurter I, 159 - Fehl: Hurter selbst lt. Ketteler in Raich, 66).
Hurter weist allerdings einige Ungenauigkeiten in seinen Angaben auf.

C a r d a u n s , Hermann (1847 - 1925)

Priv.doz. f. Gesch. i. Bonn; dann Journalist u. mit Bachem Herausgeber der 'Kölnischen Volkszeitung'. Mitbegr. der Görres-Gesellschaft. Präsident des Katholikentags von 1902.
Sign: 'H.C.' lt. 81, 744 i. Verb. mit H. u. Reg. III, 42; 'K.(öln) C.' lt. 101, 565 i. Verb. mit H u. RT; 'C.' lt. 77, 462 i. Verb. mit H.

C a t h r e i n , Viktor (1845 - 1931)

S.J. Schweizer. Exaeten.

121, 275 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

C h o t k o w s k i , (-)

Prof. in Krakau.

104, 530 (H, RT, Reg. IV, 87). Dazu noch gez. Art.

C l a m - M a r t i n i c , Heinrich Jaroslaw Graf v.(1826 - 1887)

Prag. Böhmischer LT. Österreich. Reichsrat.

97, 120 (H, Reg. IV, 94). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

C l e m e n s , Franz Jakob (1815 - 1862)

Prof. f. Dogmatik i. Münster. Paulskirche. Katholikentage.

6, 38 u. 129 u. 210 (ADB); 39, 209 (H).

C o n r a d , (-)

Pfarrer i. Unterfranken.

77, 617 (H); 78, 813 (H); 79, 131 (H).

C o m m e r , Ernst (1847 - 1928)

Priester, Prof. f. Dogm. i. Breslau u. Wien. Herausgeber des 'Jahrbuchs für Philosophie und spekulative Theologie'.

64, 297 (H, Reg. III, 10). Auch Mitarbeiter an Bd. 65 lt. Zusammenstellung der Mitarbeiternamen für diesen Bd. im RT, doch Art. nicht auszumachen.

C o s t a - R o s s e t t i , Julius (1842 - 1900)

S.J. Prof. f. Philosophie i. England u. Preßburg. Bahnbrecher katholisch-sozialer Ideen.

65, 626 u. 696 u. 941 sowie 66, 173 u. 262 u. 361 u. 448 (Reg. III, 23); 66, 539 (RT).

D a h l m a n n , Joseph (1861 - 1930)

S.J. Als Missionar i. Tokio.
Sign.: 'D.' nicht eindeutig (vgl. auch Duhr).

113, 625 u. 719 (H, RT, Reg. V, 7); 115, 485 (H, RT); 115, 906 (H, RT, Reg. V, 8).

D a u m e r , Georg Friedrich (1800 - 1875)

Konv. 1858. Philosoph.

64, 407 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

D e l f f , Heinrich Karl Hugo (1840 - 1898)

Philosophischer Schriftsteller in Husum.

63, 804 (nennt sich in 805); 64, 956 (Fortsetzg. zu 63, 804).

D e n i f l e , Heinrich Suso (1844 - 1905)

O.P. Graz. Ab 1880 i. Rom.

75, 17 u. 93 (H, Reg. III, 40, Grabmann, 8, Grauert, 10, Dict. d'Histoire ... VII, Sp. 240); 75, 245 u. 340 (daselbst); 75, 679 u. 771 u. 903 (H, Reg. III, 65, Grabmann, 8, Grauert 11, Dict. d' Histoire ... VII, Sp. 240, 80, 199 u. 211); Dazu noch gez. Art.

D e n t l e r , Ed. (-)

Sign.: 'E.D.' lt. 121, 401 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V, 61.

D e t z e l , H. (-)

Ravensburg.

120, 401 u. 577 (H, RT, Reg. V, 38). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

D e u t i n g e r , Martin (1815 - 1864)

Priester. Prof. f. Theologie u. Philosophie i. München. Herausgeber der Zeitschrift 'Siloah. Zeitschrift für religiösen Fortschritt innerhalb der Kirche.'

7, 333 (Ettlinger, 16, Fels, 321); 7, 658 (daselbst); 31, 133 (Ettlinger, 114 u. 169, Fels, 322); 40, 85 u. 165 (H, Ettlinger, 13, Fels, 322, 105, 239 - das Nachwort zu d. genannten Art. ist von Döllinger lt. Lösch/A., 537 sowie 67, 691 u. 105, 239).

D i c k a , (-)

Kaplan aus den Rheinlanden.
Sign.: 'A.' (Ort) Dka.' lt. 126, 812 i. Verb. mit RT.

Dazu noch gez. Art.

D i e l , G. (-)

S.J.

68, 329 u. 413 u. 516 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

D i e m o n d , (-)

Gez. Art. ab Bd. 117.

D i P a u l i , Anton Baron v. (-)

Kaltern. Mitarbeiter lt. Engelbrecht, 57.

D i P a u l i , Johann Nepomuk (-)

Sohn des oben Genannten. Mitarbeiter lt. Engelbrecht, 57.

D i p p e l , J. (-)

Bayerischer Cooperator.
Sign.: 'J.D.' lt. 70, 676 i. Verb. mit H u. Reg. III, 19.
Evtl. keine weiteren Art. mehr.

D i t t r i c h , Franz (1839 - 1915)

Prof. f. Kirchengesch. in Braunsberg. Mitglied d. LT. Dompropst.

Gez. Art. in Bd. 109. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

D ö d l , J. (-)

Gez. Art. ab Bd. 124.

D ö l l i n g e r , Johann Josef Ignaz v. (1799 - 1890)

Prof. f. Kirchengeschichte i. München. Dompropst i. München. Paulskirche. Mitglied des LT. Rektor der Universität München 1872. Akademiemitglied . Geistiger Führer der Altkatholiken in den ersten Jahren.

2, 19 (Lösch/A., 518); 2, 51 u. 57 (daselbst); 2, 200 (Lösch/A., 519); 2, 470 (Friedrich II, 132 u. nach ihm Lösch/A., 520); 3, 96 sowie 4, 160 (Lösch/A., 520); 4, 402 (Friedrich II, 132 u. nach ihm Lösch/A., 520); 4, 450 u. 654(Lösch/A., 519); 6, 543 u. 596 (Lösch/A., 521 f.); 8, 381 (Lösch/A., 522); 8, 621 (daselbst u. Pölnitz, 16.1., XXXIV); 8, 688 sowie 9, 63 (Lösch/A., 522); 9, 65 u. 178 (Lösch/A., 523) ; 10, 209 u. 242 u. 257 u. 341 (Lösch/A., 523) ; 10, 385 (Lösch/A., 524 u. 536, Finsterhölzl,

391 , 32, 933) ; 10, 456 u. 465 u. 583 u. 647 (Lösch/A., 524) ; 10, 529 (Lösch/A., 522); 11, 329 u. 521 (Lösch/A., 525); 11, 585 (Lösch/A., 526, Finsterhölzl, 392, Zinkl, 47-Fußnote 27); 11, 630 (Lösch/A., 526); 11, 753 (Lösch/A., 526, Finsterhölzl, 392, Zinkl, 47-Fußnote 27); 12, 316 u. 364 u. 400 u. 486 u.569 u.669 (Lösch/A, 527); 12, 697 (daselbst u. Finsterhölzl, 392); 13, 44 u.189 u. 383 u. 449 u. 687 u. 785 (daselbst); 13, 114 (Lösch/A., 529); 13, 324 u. 705 u. 810 (Lösch/A., 527 f.); 13, 746 u. 837 sowie 14, 129 u. 273 u. 377 (Lösch/A., 528 u. 529);15,135 u. 229 u. 435 (Lösch/A., 530); 15, 468 (Lösch/A., 531); 16, 377 (Lösch/A., 530); 16, 453 - 456 (Lösch/A., 520); 16, 549 (Lösch/A., 530); 16, 747 - 754 (Lösch/A., 531); 18, 207 u. 271 (Lösch/A., 532); 21, 526 (169, 13); 22, 65 (Lösch/A., 533, Lempp, 38); 22, 172 u. 386 (Lösch/A., 533); 25,41 (Lösch/A., 535). 31, 1 u. 12 (Lösch/A., 536. Hier Fehl - sonst nur aufgeführt bei demjen.,dem d. Art. wirkl. zugeschrieben wird, in diesem Fall bei Jörg - Neujahrsbetrachtungen ab 1853 spätestens immer von Jörg!); 31, 248 u. 251 u. 258 u. 266 (Lösch/A., 537); 31,302 u. 328 (daselbst); 31, 429 (Almanach 1884, 371, Lösch/A., 537, Friedrich III, 115); Nachwort zu 40, 165 (Lösch/A., 537, 67, 691 u. 105 239); 49, 850 (H, Lösch/A., 539, handschriftliche Einsendung Döllingers im RR); 51, 249 (Lösch/A., 539, H, Reg. III, 97 u. 105, handschriftliche Einsendung Döllingers im RR).

D o s s , Adolf v. (1825 - 1886)

Priester. S.J.

101, 388 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

D r e s e b a c h , (-)

Köln.

126, 56 (H, RT).

D r e v e s , Leberecht (1816 - 1870)

Konv. Advokat i. Hamburg. Redakteur der 'Neuen Hamburgischen Blätter'. Ab 1861 i. Vorarlberg.

25, 321 u. 405 (Kreitten, 204, 'Stimmen aus Maria Laach' 38, 313, Reg. I, 148, 121, 431); 44, 51 (H, 121, 432); 46, 391 - 406 (H, 98, 542 u. 121, 432); 47, 138 - 159 (H, 98, 542 u. 121, 433); 47, 417 (H, 121, 433).

D r o s t e - H ü l s h o f f , Annette v. (1797 - 1848)

Dichterin.

10, 372 (RT); 16, 463 u. 505 u. 587 (RT, 100, 381 u. Keiter, 59).

D r u f f e l , August (1841 - 1891)

Prof. f. Geschichte i. München. Altkatholik.

57, 377 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

D u d i k , Beda (1815 - 1890)

O.S.B. Archivar i. Wien. Geschichtsschreiber Mährens.

57, 245 (H). Dazu noch gez. Art.

D u h r , Bernhard (1852 - 1930)

S.J. Seit 1872 in Kopenhagen.
Nicht eindeutige Signatur: 'D' (vgl. auch bei Dahlmann). Dazu:'-h-' (nur einmal).

92, 354 (H, Brief an Binder vom 16.4.83 im RR); 96, 674 u. 732 u. 908 (daselbst); 97, 30 (H); 98, 139 (H); 100, 729 (H); 101, 119 (H, RT); 101, 388 (RT - Fehl: Dose in H); 101, 822 (H, RT); 105,78 (RT); 105, 207 (H, RT); 105, 514 (H, RT); 105, 766 (RT); 105, 852 (H, RT); 106, 182 u. 245 u. 791 (H, RT); 107, 519 (H, RT); 108, 470 (RT); 108, 778 (H, RT); 113, 43 (RT); 114, 215 (H, RT); 117, 210 (H, RT); 123, 377 u. 456 (H, RT).

D u m o n t , Karl Theodor (1827 - 1898)

Domvikar u. Domkapitular i. Köln. Sekretär des Erzbischofs Geissel.

86, 711 (117, 192); 89, 50 (H, Brief an Binder vom 2.8.1882 im RR); 89, 169 u. 271 (daselbst); 89, 401 (117, 192).

D ü r r w ä c h t e r , Anton (1862 - 1917)

Bamberg. Prof.

126, 551 (RT, Brunner, 157, Reg. V, 46, nennt sich dann im Text).

E b e n h o c h , Alfred (1852 - 1930)

Österreichischer Reichsrats-Abgeordneter aus Linz. Rechtsanwalt. Im Streit zwischen den 'Katholisch-Konservativen' und den 'Christlich-Sozialen' ein Führer der letztgenannten Gruppierung.
Pseud.: 'Von einem österreichischen Reichsrats-Abgeordneten' lt.110, 679 i. Verb. mit H und RT. (Engelbrecht, der über die wichtigsten österreichischen Mitarbeiter an den HpBl zwischen 1867 u. der Jahrhundertwende gearbeitet hat, hebt seine Korrespondenzen besonders hervor, auch wenn er das Pseud. nicht auflösen konnte (aber richtig vermutete).

102, 393 (RT).

E b n e r , Adalbert (1861 - 1898)

Priester u. Liturgieforscher. Dozent am bischöflichen Seminar i. Eichstätt.
Sign.: 'Dr. A.E.' lt.107, 393 in Verb. mit H, RT, Personalstatistik Eichstätt,119 u. Reg. IV, 61 u. 93.

99, 453 u. 534 (Personalstatistik Eichstätt, 119); 101, 746 (H, Personalstatistik Eichstätt, 119, RT).

E c k e r t , Christian (1874 - 1952)

Dr. jur. u. Dr. theol. Habilitiert f. Nationalökonomie. 1919 Rektor der Universität Köln.
Sign.: 'E.' lt. 126, 839 in Verb. mit RT. (Die Signatur ist eindeutig, da Endres, der auch mit 'E.' zeichnet, immer 'A.' für Augsburg voraussetzt).

Dazu noch gez. Art.

E c k s t e i n , Ferdinand Baron v. (1790 - 1861)

Konvertit 1807. Franzose dänischer Abstammung. Mitarbeiter an zahlreichen katholischen Zeitschriften. Generalinspekteur i. frz. Polizeiministerium u. Historiograph im Ministerium des Auswärtigen (noch unter den Bourbonen). Herausgeber der frz. kath. Zeitschrift 'Le Catholique'.

47, 509 - 530 u. 630 - 648 (H). Dazu noch gez. Art.

E g g e r t , Eduard (-)

Justizrat i. Stuttgart.

Gez. Art. in Bd. 99. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

E h r h a r d t , Albert (1862 - 1940)

Prof. f. Kirchengeschichte i. Straßburg, Würzburg, Bonn, Freiburg u. Wien. Stand im Verdacht des 'Modernismus', weshalb ihm zwischen 1908 u. 1922 der Prälatentitel von Rom aberkannt wurde.
Sign.: 'A.W.E.' lt. 111, 894 i. Verb. mit H, RT u. 125, 179.

Dazu noch gez. Art.

E h r l i c h , Johannes Nepomuk (1810 - 1864)

Prof. f. Fundamentaltheologie i. Krems, Graz u. Prag.

49, 814 - 816 (H); 49, 885 (H).

E h s e s , Stephan (1855 - 1926)

Koblenz u. Rom. Ab 1895 Leiter des 'Römischen Instituts' der Görres-Gesellschaft.

95, 923 (H); 96, 629 (H, Reg. IV, 74, Selbstnennung im Text, Personalstatistik Eichstätt, 184).

E i c h e n d o r f f , Joseph Frhr. v. (1788 - 1857)

Dichter u. preuß. Beamter.

7, 375 (Brunner, 150); 17, 273 u. 371 u. 427 (Kosch 1906 -Vorwort, III, Brunner, 152, 101, 565); 19, 85 (Kosch 1906 -Vorwort IV, Brunner, 150 u. 16 , 101, 565); 19, 463 (Kosch 1906 -Vorwort IV,Brunner, 151 u. 152 u. 157); 19, 641 (Brunner, 155 u. 158); 20,1 (101,565); 20, 385 (Kosch 1906 -Vorwort IV, 101, 565); 20, 449 (Brunner, 151 u.

153, 101, 565); 22, 129 (Kosch 1906 -Vorwort IV, Brunner, 149 u. 152).
Danach Rückzug von der Mitarbeit an den HpBl und an anderen Zeitschriften. Phillips' späteres Angebot zu einer Rezension lehnte er ab. (35, 914 wurde deshalb an einen anderen Rezensenten vergeben, vgl. Kosch Werke XII, Brief Nr. 139 und XIII, Brief Nr. 200).

E n d r e s s , Joseph Anton (1863 - 1924)

Augsburg. Dozent am bischöfl. Seminar i. Regensburg.
Sign.: 'A.(ugsburg) E.' (Chiffre durch Ortsangabe eindeutig, sonst Eckert).

116, 17 (H, RT).

E r s t e n b e r g - F r e y e n t h u r n , Baron v.
Konvertit. (-)

Gez. Art. ab Bd. 79.

E s s e r , Wilhelm (-)

S.J. Prof. f. Dogmatik i. Bonn.

107, 135 u. 185 u. 241 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

F ä h , Adolf (1855 -)

Stiftsbibliothekar i. St. Gallen.

Gez. Art. ab Bd. 107.

F a l k , Franz (1840 - 1909)

Dozent am Priesterseminar.
Sign.: 'F.F.' lt. 75, 325 i. Verb. mit H, Reg.III,36 u. Falkiana,8.

71, 77 (H); 72, 542 (H); 74, 562 (H); 76, 788 (H); 77, 923 (H, Falkiana, 8, Reg. III, 102, 99, 925); 78, 851 u. 923 (H, Falkiana, 8, dazu Zeichng. in 79, 125); 87, 89 u. 184 u. 245 (H, Falkiana, 8, Reg. IV, 51); 108, 553 (Zeichng. in 109, 81, H, RT, Reg. IV, 102, Falkiana, 9); 113, 234 (RT). Dazu noch gez. Art.

F e d e r, Alfred Leonhard (1872 - 1927)

S.J. Patristiker u. Prof. f. Dogmengeschichte.
Sign.: 'A.F.' lt. 125, 588 i. Verb. mit RT.

Dazu noch gez. Art.

F e h r , (-)

Prof. i. Tübingen.

47, 890 (H); 64, 741 u. 855 u. 933 (H).

F e i g e , (-)

121, 617 (RT, Reg. V, 9). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

F e l l n e r , (-)

91, 78 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

F e s s l e r , Joseph (1813 - 1872)

Prof. f. Kirchengeschichte u. Kirchenrecht i. Brixen u. Wien. 1862 Weihbischof u. Generalvikar f. Vorarlberg. Ab 1864 Bischof von St. Pölten.

33, 277 (Erdinger, 207); 44, 929 - 945 (H, RT).

F e s t i n g , (-)

119, 390 (Reg. V, 33). Dazu noch gez. Art.

F e y , (-)

128, 715 (H, RT).

F i c k , Joseph (-)

Erzieher des Kaisers Franz Joseph. Staatsarchivar i. Wien.

2, 329 (Reg. III, 59, 89, 346); 3, 94 u. 151 (daselbst u. Rückblic in 71, 337); 71, 337 (Reg. III, 59, 89, 346, H); 71, 905 (H); 74, 130 u. 157 u. 278 (H); 79, 329 u. 431 u. 577 u. 905 (H, Reg. III 63); 80, 89 (Fortsetzg. von 79, 905, Reg. III, 64); 83, 377 (H, Reg. IV, 10); 83, 789 (Reg. IV, 104, 89, 346 - Fehl: Binder lt. H u Jochner-Br.); 85, 772 (Reg. IV, 104, 89, 346, Brunner 160).

F i s c h e r , (-)

Dompropst i. Breslau. Sekretär des Fürstbischofs Heinrich Foerste

74, 712 (Bericht von Fischer, eingesandt von Foerster lt. RT - Feh Foerster selbst lt. H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

F i s c h e r , Joseph (1858 - 1934)

S.J. Dozent am Priesterseminar i. Feldkirch (Vorarlberg). Geograp

121, 692 (RT). Dazu noch gez. Art.

F l i r , Alois (1805 - 1859)

Tirol. Wie Jäger zu Beiträgen eingeladen, aber keine Aufsätze nachweisbar. Beider Namen sind auch nicht enthalten in einer Zusammenstellung der Mitarbeiternamen für die ersten 10 Jahre im RT

F l o r e n c o u r t , Franz Chassot Frhr. v. (1803 - 1886) Konv. 1851. Publizist. Norddeutschland. 1854 - 1855 Herausgeber

der 'Politischen Wochenschrift. Ein Organ für katholische Politik' (vgl. das Kap. II. 1. des Teils A über 'kath. Politik'.) Lebte später in Österreich u. war zeitweise Altkatholik.
Sign.: 'v. Fl.' lt. 28, 764 (eigene Zuweisung).

28, 764 ('v. Fl.'); 29, 65 (Fortsetzg. von 28, 764); 66, 946 (H); 67, 295 (Fortsetzg. v. 66, 946); 68, 679 - 713 u. 934 (H); 69, 85 (Fortsetzg. von 68, 934); 71, 858 (H, Bachem II, 366 f., Hinweis durch Fußnote im Art. selbst, Rückverweis von 72, 100); 72, 100 u. 428 (H, Hinweis durch Fußnote i. Text selbst).

F o e r s t e m a n n , E. (-)

Oberbibliothekar i. Dresden. Neffe Jarckes.

Gez. Art. ab Bd. 95.

F o e r s t e r , Heinrich (1799 - 1881)

Fürstbischof von Breslau. Im Kulturkampf zeitweise amtsenthoben.

47, 213 (H); 58, 654 (H); 58, 992 (lt. 992 derselbe, der 58, 654 geschrieben hat).

F o e r s t e r , Remaclus (1857 - 1925)

O.S.B. Maredsous.
Sign.: 'R.F.' lt. 119, 120 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V, 27.

Dazu noch gez. Art.

F o e s s e r , O. (-)

Niederlande.
Sign.: 'O.F.' lt. 103, 398 i. Verb. mit RT.

104, 932 (H, RT).

F o n c k , Leopold (1865 - 1930)

S.J. Gründer des Bibelinstituts i. Rom.
Sign.: 'L.F.' lt. 121, 731 i. Verb. mit H u. RT.

124, 102 (RT -Fehl: Nisius lt. H).

F o r m b . g , (-)

42, 409 (H).

F r a n t z , Erich (-)

Prof. i. Dresden u. Münster.

Gez. Art. ab Bd. 99.

F r a n z , Adolph (1842 - 1916)

Gmunden. Domkapitular i. Breslau. Prälat. Redakteur an der 'Germania'.

113, 818 (H, RT, Reg. V, 26, gez.: 'Fr.'); 113, 917 (H, RT); 115, 298 (H, RT); 115, 459 (H, RT, Jungnitz, 17); 116, 761 (H, RT) 116, 895 (H, RT, Jungnitz, 19, Reg. V, 49 u. 60); 119, 124 (H, RT, Jungnitz, 18, Reg. V,22); 119, 667 (H, RT); 120,280 (H, RT, Schiel 109 -Anm. 52); 120, 592 (RT); 121,825 (H,RT); 122,1 (H,RT, Reg.V, 34).

F r a n z i ß , (-)

Prof.

Gez. Art. in Bd. 120.

F r e y b e r g - E i s e n b e r g , Max Procopius Frhr. v. (1789 - 1851)

1, 185 (Biographie Guido Görres', 338, RT - Fehl: Moritz Lieber li Bachem I, 230).

F r e y b e r g - E i s e n b e r g , Max Frhr. v. (-)

Wahrscheinlich Sohn des oben Genannten.
Pseud.: 'Spekulativer Einsiedler' lt. 99, 801 i. Verb. mit Reg. IV, 12.

81, 383 (H); 83, 85 - 125 u. 173 - 190 u. 269 - 284 u. 325 - 335 u. 421 - 438 u. 481 u. 583 - 595 u. 721 - 739 u. 805 (H, Reg. IV, 63); 84, 1 u. 122 - 147 (Fortsetzg. von 83, 85 u. daselbst); 87, 496 u. 557 (H, Reg. IV, 105).

F r i n d , Anton Ludwig (1823 - 1881)

Böhmischer Kirchenhistoriker. Bischhöfl. Notar. Gymnasialdirektor i. Eger. Kanonikus des Prager Metropolitankapitels. 1877 Bischof v Leitmeritz.

85, 257 (H, RT, Reg. IV, 88). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

F r i n d , Wenzel (1843 - 1932)

Prof. f. Kirchenrecht u. Moralphilosophie i. Prag. Universitätsrektor i. Prag. Dort auch Domprälat u. Weihbischof.

120, 118 (RT, Schiel, 109 -Anm. 52); 120, 436 u. 498 (Fortsetzg. von 120, 118, H, RT).

F r ø h s c h a m m e r , Jakob (1821 - 1893)

Priester. Prof. f. Philosophie. 1862 suspendiert, seine Bücher auf den Index gesetzt.

35, 296 (53, 29); 39, 845 (53, 24 - dort fälschlicherweise 39, 54 aber durch Beschreibung des Art. läßt sich der Fehler leicht erke nen); 39, 941 (53, 24); 40, 838 u. 908 (H); 41, 319 u. 327 u. 382 (H

F u c h s , (-)

Wien.

123, 727 (RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

F ü h r i c h , Lucas v. (1835 - 1892)

Sohn des bekannten 'Nazarener'-Malers Joseph v. Führich. Sektionsrat u. Ministerialrat i. Wien.
Sign.: '(Wien) L.v.F.' lt 101, 316 i. Verb. mit H, RT, Wörndle, 35 u. Reg. IV, 105.

97, 391 (Reg. IV, 26, Wörndle, XXVI, RT, 121, 529).

F u n k , Franz Xaver (1840 - 1907)

Prof. f. Kirchengeschichte i.Tübingen.

Gez. Art. ab Bd 84.

F ü r s t , Max (-)

Historienmaler.
Sign.: 'M.F.' lt. 127, 459 i. Verb. mit RT.

128, 74 (RT). Dazu noch gez. Art.

G a l l a n d , Joseph (- 1893)

Kaplan i. Darfeld u. Münster. Pfarrer i. Bremen.

82, 85 u. 279 u. 349 u. 429 u. 531 u. 741 (H, Rückverweis von 85, 432); 83, 190 u. 249 u. 405 u. 561 u. 641 (H, Reg. IV, 36, Fortsetzg. von 82, 741); 85, 432 u. 505 (H, Reg. IV, 36 u. 64, 94, 717); 86, 1 u. 97 u. 165('Vom Verfasser der Zeit- und Lebensbilder aus der neueren Geschichte des Münsterlandes' -also 82, 85 u. ... = Galland).

G a l l m e i e r , Andreas (-)

Nicht eindeutige Sign.: 'A.G.' (vgl. auch Grupp und Gutenäcker).

128, 424 u. 753 (H, RT).

G a m s , Pius (1816 - 1892)

Herausgeber der ersten 3 Reg. Bde. zu den Hp81. O.S.B. Kirchenhistoriker. Dozent an der bischöfl. theolog. Lehranstalt i. Hildesheim.
Sign.: 'P. G.' lt. 80, 47 i. Verb. mit H (auch Meier zeichnet so, aber erst ab Bd. 105 -Chiffre also eindeutig.); 'P. P.G.' lt. 56, 70 i. Verb. mit einem Bericht über sein erstes Register.

40, 429 (H, RT); 44, 951 (H); 49, 128 - 141 (H, RT); 53, 145 (H, RT); 56, 67 (ADB, H); 56, 134 u. 208 u. 311 u. 418 (H, RT, ADB); 57, 234 (Fortsetzg. von 56, 418); 57, 795-801 (H); 61, 690-698 u. 794 - 803 u. 953 - 974 (H, RT; bei 953 - 974 noch Reg III.,54);

61, 880 (RT); 72, 776 (H, RT); 72, 942 sowie 73, 289 (H, RT, ADB, 110, 247); 75, 977 (H, RT); 78, 715 (H, RT); 82, 736 (Reg. IV, 65); 82, 899 (H, RT, 89, 719); 87, 18 (H, RT, 110, 248, ADB); 87, 110 u. 488 (daselbst).

G a u p p , Anton (1855 - 1886)

Repetent am Stift i. Tübingen. Pfarrer u. Vikar i. Biberach. Sign.: 'A.G.' nicht eindeutig (vgl. auch Gallmeier u. Gutenäcker).

95, 342 u. 506 u. 573 (H, Reg. IV, 60, RT, Brief an Binder vom 14.12.1884 i.RR); 97, 341 u. 397 (H, Reg. IV, 82); 97, 565 u. 688 u. 729 u. 829 - 852 (Reg. IV, 82 u. Fortsetzg. von 97, 397); 98, 1 u. 97 u. 186 (weitere Fortsetzg.).

G e i g e r , Hermann (-)

Offenbach u. München.

124, 228 (RT, Reg. V, 38 u. 61). Dazu noch gez. Art.

G e i s s , (-)

44, 500 (H);

G e l s h o r n , (-)

Propst in Meppen.

46, 552 (RT -Fehl: Binder lt. H).

G e y e r , Franz Xaver (1859 - 1943)

Apostolischer Missionar i. Afrika von 1903 - 1922, besonders i. Ägypten tätig.

Gez. Art. ab Bd. 98.

G e y r - S c h w e p p e n b u r g , Frhr. v. (-)

Deutz i. Westfalen.

49, 441 (H, mit ?); 54, 540 (H).

G f r ö r e r , August Friedrich (1803 - 1861)

Konvertit 1853. Historiker. Paulskirche. Mitarbeiter an der 'Rheinischen Volkshalle'. Prof. f. Geschichte i. Freiburg.

35, 473 (54, 813); 37, 835 u. 946 u. 1194 u. 1323 (Reg. II, 38); 41, 445 (H, Reg. II, 45); 45, 54 (H); 45, 112 u. 201 (Fortsetzg. von 45, 54).

G i e t m a n n , Gerhard (1845 - 1912)

S.J. Gymnasialprof. für Literatur, aber wegen d. Kulturkampfes keine Anstellung. Emigration nach Exaeten und Valkenburg i. Holland.

Gez. Art. ab Bd. 127.

G i n d e l y , Anton (1829 - 1892)

Prof. f. Geschichte i..Prag.

44, 117 u. 285 (H).

G i o v a n e l l i , Joseph Frhr. v. (1784 - 1845)

Freund Joseph Görres'. Kath. Kreis um Giovanelli i. Bozen.

3, 127 (RT). Erwähnt auch in der Zusammenstellung der Mitarbeiter 'in den ersten 12 Jahren' im RT.

G l a s s , J. (-)

Sign.: 'J.G.' lt 111, 480 i. Verb. mit RT.

Evtl. Keine weiteren Art. mehr.

G l a s s c h r ö d e r , (-)

114, 624 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

G l ü c k , (-)

Mellringstadt.

34, 329 (Brief an Jörg vom 26.5.1854 im RR).

G m e i n e r , Chr. (-)

Rom.

128, 441 u. 479 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

G ö b l , (-)

Subregens am Priesterseminar i. München.

Gez. Art. ab Bd. 93.

G ö r r e s , Guido (1805 - 1852)

Sohn J. Görres'.Dichter. Mit Phillips zusammen Herausgeber der Hp81 bis zu seinem Tod.

1, 56(Biogr. Guido Görres', 337, Meyers, 33); 2, 1 u. 73 (Meyers, 68); 2, 140 (Pölnitz 16.1., XXII); 3, 24 (Biogr. Guido Görres',350, Meyers -erfuhr das von Binder selbst-, 67 u. 69, K. A. v. Müller, 192); 3, 57 (Pölnitz 16.1., XXII); 3, 105 (Meyers, 67 u.69 (Biogr. Guido Görres', 350); 3, 245 (daselbst); 3,513 u.703 (30,145); 4,36 (Biogr. Guido Görres', 350, Brief Brentanos an J. Görres i.Freundesbriefe(III), Sept. 1839 -Nr. 428-,525); 5,211 u.550 (K.A.v. Müller, 192, Meyers, 67,G. an J.Görres i.Familienbriefe(I), 12.1.1840, 411); 5, 246(Guido an Fam., Familienbr.(I), 8.12.1839, 408); 5,288

u. 416 (daselbst); 5, 590 (30, 145); 6 , 1 (Biogr. Guido Görres', 348, Meyers, 69, 30, 134); 6, 58 - 59 (RT); 6, 118 u. 167 u. 308 u. 349 (Biogr. Guido Görres',348, Meyers, 69, 30, 134); 6, 193 u. 269 (Biogr. Guido Görres', 350); 7, 257 u. 321 u. 395 u. 468 u. 705 (Biogr. Guido Görres', 376, Meyers, 67, K.A.v. Müller, 192); 8, 368 u. 386 u. 481 Biogr. Guido Görres', 376, Meyers, 67); 9, 236 u.293 (Meyers, 69, Guido an Familie, Familienbriefe (I), 8.6.1841, 442); 9, 241 (Biogr. Guido Görres',399, Pölnitz, 16.1., XXXIV, RT, Reg. I, 288); 9, 457 u. 481 u. 592 (RT); 10, 84 u. 145 u. 193 u. 271 (Meyers, 67, K.A.v. Müller, 192, Guido an Familie, Familienbriefe (I), 3.8.1841, 452, 86, 162); 10, 766 (33, 1033 -Fehl: Döllinger lt. Lösch/A, 524); 11, 1 (110, 802); 11, 120 (33, 1033 -Fehl:Döllinger lt. Lösch/A., 524. Lösch beruft sich sehr oft auf Stilmerkmale Döllingers oder auf dessen Fachwissen bei der Zuschreibung; hier aber ist G. Görres als Autor erwähnt von einem Zeitgenossen u. Mitarbeiter. Später ähnliches bei Phillips, dort wird von Lösch wiederum Döllinger viel zu oft als Autor vermutet, auch von Aufsätzen, die sich in Phillips Aufsatzsammlung 'Vermischte Schriften' -3 Bde. - befinden und die lt. Prüfg. mit denen i.d.Hpbl identisch sind.); 11, 306 u. 382 (analog, mit Fehl); 11, 634 (Biogr. G.Görres', 376, Meyers, 67); 12, 20 u. 65 u. 141 u. 225 (30, 134 -Fehl: Döllinger lt. Lösch/A., 526); 13, 1 u. 154 (Biogr. Guido Görres',395, Meyers, 67); 13, 585 (Biogr. Guido Görres',397, Meyers 67, Guido an Familie, Familienbriefe (I), 3.12.1841, 461); 14, 1 u. 65 u. 177 u. 257 sowie 15, 1 (Janssen-Böhmer II, 386, Biogr. Guido Görres', 423, Brunner, 150 u. 155, Meyers, 43 u. 69, 30, 135); 15, 481 (30, 135, Meyers, 69, Brühl, 267); 15, 732 u. 806 (daselbst); 17, 4 (Janssen-Böhmer III, 379); 19, 52 (Pölnitz, 16.1., XLVI); 21, 740 (Reg. I, 138, Pölnitz in HZ 155, 63 -Anm. 1); 22, 223 u.273 u.373 (Poll,16); 23, 705 u. 733 u. 820 (Meyers, 67); 24, 129 (Selbstanzeige v. G. Görres' Schrift lt. Meyers, 36);25, 377 u. 445 u. 506 u. 600 u. 652 (30, 134); 27, 1 u. 89 u. 272 (30, 135, Galland, 675, Meyers, 10 u. 69, 77, 741); 27, 801 - 812 (Pfülf II, 149, Rosenthal I.2., 719 -statt Bd. 27 fälschlicherweise Bd. 28 -doch durch Beschreibung eindeutig-, Brühl, 571: "Wenn wir nicht irren ..."); 28, 383 u. 397 u. 461 u. 533 u. 693 u. 791 (Meyers, 26); 28, 479 u. 488 u. 491 u. 498 (Meyers, 69); 29, 1 (Janssen-Böhmer III, 61); 30, 337 (posthum lt. Meyers,67); 30, 608 (posthum lt. Janssen-Böhmer III, 73).

G ö r r e s , Joseph (1776 - 1848)

Publizist. Katholische Laienbewegung. Mystikforscher u. Universalhistoriker. Prof. f. Geschichte i. München. Herausgeber von und Mitarbeiter an vielen Zeitungen und Zeitschriften.

1, 1 u. 129 u. 173 u. 214 (21, 311); 2, 168 u. 410 (21, 311); 3,1 (21, 311); 4, 629 u. 678 (21, 311); 5, 223 u. 319 (21, 311); 6,100 (21, 311); 8, 87 (21, 311); 9, 48 - 57 (21, 311) ; 10, 693 (21, 311) ; 11, 180 u. 268 u. 698 (21, 311) ; 12,326 (21, 311 f.); 12, 736 (21, 312) ; 13, 423 (21, 312) ; 14, 500 u. 561 u. 623 21, 312) ; 15, 191 u. 278 u. 751 (21, 312) ; 16, 50 u. 121 u. 205 u. 321 (21, 312) ; 17, 113 u. 319 u. 393 u. 472 u. 542 u. 619 u. 687 u. 821 u. 843 (21, 312) ; 18, 548 (21, 312) ; 19, 127 u. 225 377 u. 767-779 (21, 312) ; 20, 25 u. 147 (Zeichng.i.193 , 21, 312); 21, 1 (21, 312).. Dazu nennen Pölnitz 16.1., XXXIV u. 300 sowie Galland, 672 noch den Art. 16, 420.

G r a n d e r a t h , Theodor (1839 -1902)

S.J. Prof. f. Dogmatik i. England.

93, 39 u. 96 u. 183 u. 279 u. 405 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

G r a s h o f , Otto (-)

Pfarrverwalter i. Ringelheim bei Hannover.

Mehrfacher Mitarbeiter (ab Bd. 90) lt. Sammlung d.Mitarbeiternamen pro Bd./Art. nicht auszumachen.

G r a u e r t , Hermann (1850 - 1924)

Nachfolger Hertlings als Präsident der Görres-Gesellschaft (1920 - 1924). Herausgeber des 'Historischen Jahrbuchs'. Historiker und Archivar. Prof. f. Gesch. i. München. Akademiemitglied.

Gez. Art. ab Bd. 120.

G r e i l , Karl Johann (-)

Passau. Prof.
Sign.: 'G.' nicht eindeutig (auch Grupp und Gutberlet).

58, 161 u. 241 (H); 59, 276 (H); 60, 854 (H, Reusch, 286 -Anm. 2, Reg. III, 3); 62, 437 (H, Fortsetzg. von 58, 241); 65, 421 u. 485 u. 495 (H, Reg. III, 31).

G r e i n z , Rudolf Heinrich (1866 - 1942)

Schriftsteller.

Gez. Art. in Bd. 118. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

G r e i t h , Karl Johann (1807 - 1882)

Schweizer. Bibliothekar u. Priester. Als Bibliothekar abgesetzt i. den kirchenpolitischen Kämpfen um 1830 . Anschließend Schüler Görres' i. München. Prof. f. Philosopie und ab 1862 Bischof von St. Gallen.

49, 211 - 223 (Selbstanzeige lt. Brief Atersohns an Binder vom 2.9. 1882 im RR -Fehl: Binder lt. H); 53, 425 u. 505 (H, Reg. III, 58, Baumgartner, 54, 90, 515); 67, 921 (Brief Atersohns a.a.O.); 69, 699 (Brief Atersohns, a.a.O. -Fehl: Scherer-Boccard lt. H).

G r o t e , L. (- 1887)

Pastor i. Hannover.

98, 201 u. 261 (H); 99, 479 (Reg. IV, 74, RT); 99, 674 (RT, Reg. IV, 66).

G r u b e , Karl (-)

Pfarrer i. München, Salzgitter u. Hildesheim.

66, 1 u. 85 (H); 67, 834 u. 869 sowie 68, 44 (Forts. v. 66, 85); 87, 310 (H, Reg. IV, 107); 88, 575 u. 651 u. 737 (Reg. IV, 51); 89, 649 u. 748 u. 813 (daselbst u. Fortsetzg. von 88, 737); 89, 88 (H); 90, 405 u. 485 u. 638 (Reg. IV, 51, Fortsetzg. von 88, 737); 92, 1 u. 97 u. 198 u. 262 (daselbst); 94, 342 (Rückverweis vom gez Art. 112, 710); 96, 547 (H); 96, 621 (H); 103, 852 (H, RT, Reg. IV 106); 118, 489 (H, RT, Reg. V, 26). Dazu noch gez. Art.

G r u b e n , Frhr. v. (-)

Regensburg.
Pseudonym: 'Albertus' lt. 84, 932 i. Verb. mit Reg. IV. 3. (Anfäng lich war der Red. das Pseud. selbst nicht bekannt.)

G r u b e r , Hermann Joseph (1851 - 1930)

S.J. Religiöser Schriftsteller. Sein Pseudonym 'Hildebrand Gerber' nicht in den Hpßl.

84, 561 (H); 84, 717 (H); 87, 159 u. 239 (H); 93, 381 (H).

G r u p p , Georg (1861 - 1922)

Priester. Beschäftigung mit historischer Theologie. Seit 1887 an d fürstl. Öttingen-Wallersteinischen Bibl. u. Kunstsammlg. tätig.
Signaturen: 'G.G.' lt. 115, 796 i. Verb. mit H u. RT; 'Gp.' lt. 11 382 i. Verb. mit RT und Reg. V, 31.
Nicht eindeutige Sign.: 'G.' (vgl. auch Greil und Gutberlet.)

101, 875 (H, RT); 103, 628 (H, RT); 106, 958 (RT); 109, 74 (RT); 113, 545 (H, RT, Reg. V, 22, 121, 250); 115, 36 (H, RT); 115, 436 (H, RT); 116, 269 (H, RT, Reg. V, 60); 116, 823 u. 865 (H, RT, Re V, 40, Brunner, 157); 116, 936 (H, RT); 117, 113 (H, RT); 117, 20 (H, RT. Reg. V, 8); 118, 13 (H, RT, Reg. V, 48); 118, 512 u. 662 709 u. 889 (H, RT); 119, 702 (Inhaltsverz.: 698 falsch ,RT, Reg. V 55); 119, 733 (H, RT, Reg. V, 30); 121, 802 (RT); 122,473 (RT, Re V, 359, Brunner, 153 u. 156); 123, 407 u. 469 u. 562 u. 625 u. 697 (H, RT, Reg. V, 41); 124, 18 u. 90 (H, RT, Reg. V, 4); 124, 646 R Reg. V, 71); 124, 765 (RT); 124, 871 (RT); 126, 18 u. 77 (H, RT, Verw. auf 123, 697); 126, 747 (Forts. d. gez. Art. i. 659, RT, Reg. V, 61

G u e r b e r , (-)
Prof. f. Archäologie. Abbé i. Hagenau.
Glosse: 'von der deutsch-französischen Grenze' bzw. 'von der Gren (letzteres nur einmal - 77, 564).

39, 353 u. 518 u. 677 (H); 40, 739 (H); 41, 666 u. 745 u. 935 (H) 70, 93 (H); 72, 473 (H); 77, 539 u. 564 (H); 78, 966 (H, Reg. II 33 u. 44); 80, 902 (H).

G u i d , (-)

54, 32 (H).

G u m p p e n b e r g , Hubert Frhr. v. (-)

München.

Gez. Art. in Bd. 82. Evtl. keine weiterne Art. mehr.

G ü n t h n e r , Engelbert (-)

Rottweil a. Neckar.

Gez. Art. in Bd. 125. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

G u t b e r l e t , Constantin (1837 - 1928)

Priester. Prof. f. Philosophie i. Würzburg. Dort auch Regens am Priesterseminar. Mitbegründer des 'Philosophischen Jahrbuchs' der Görres-Gesellschaft. Ab 1900 Domkapitular i. Fulda.
Sign.: 'G---t.' lt. 97, 472 i. Verb. mit Reg. IV, 13.
Nicht eindeutige Sign.: Dr. G.' (vgl. auch Güttler), und 'G.' (vgl. auch Gallmeier u. Gaupp).

80, 147 (H, Reg. III, 94); 82, 367 (H, Reg. IV, 100); 83, 524 (H); 84, 816 (H); 86, 672 (H); 87, 734 (H); 89, 347 (H); 92, 81 u. 157 (Reg. IV, 65); 92, 330 u. 389 u. 461 (Reg. IV, 65);94,277 (H, Reg. IV, 49); 95, 269 (H, Reg. IV, 64); 95, 333 (Reg. IV, 63); 95, 493 (Reg. IV, 64); 100, 32 u. 85 (H, Reg. IV, 16);100,651 (H);103,593 u. 681 u. 737 (H, RT, Reg. IV, 38); 103, 825 u. 893 (Fortsetzg. v. 103, 737); 105, 421 u. 495 (RT, Reg. IV, 29, H);112,582 (H,RT,Reg. V, 46); 112, 659 (RT, Reg. V, 46).

G u t e n ä c k e r , A. (-)

An der kgl. Hof- und Staatsbibliothek München.
Sign. 'A.G.' nicht eindeutig (vgl. auch Gallmeier u. Gaupp).

88, 111 (H, Reg. IV, 107); 90, 427 (H, Reg. 107); 90, 669 (H, Reg. IV, 56); 91, 851 (Reg. IV, 107); 95, 244 (Reg.IV,107);97,318 (Reg. IV, 58); 98, 611 (Reg. IV, 89).

G ü t t l e r , C. (-)

München.
Nicht eindeutige Sign.: 'Dr.G.' (vgl. auch Gutberlet).

88, 130 (H); 91, 984 (H, Reg. IV, 77). Dazu noch gez. Art.

H a a s , Georg Emanuel (1821 - 1895)

Publizist. Leiter der offiziösen 'Österreichischen Korrespondenz' und des 'Süddeutschen Korrespondenz-Bureaus' i. Diensten der österreichischen Regierung.
Eindeutige Sign.: 'Dr. G.E.H.' lt. 79, 975 i.Verb. m.H u.Reg. III, 72; 'Dr. G.E.H..s.' lt. 82, 141 i. Verb. mit H, Reg. III, 103 und Reg. IV, 69.
Beide Signaturen auch noch ohne den Zusatz 'Dr.'
Dazu: 'Dr. H.' lt 76,351 i. Verb. m. H (auch bei Haeutle, aber früher.)
Nicht eindeutige Sign.: 'H.' (vgl. auch Helf, Hergenröther, Hettinger u. Keiter).

70, 483 (H); 77, 685 (H, Reg. III, 93); 82, 141 u. 159 u. 200 (H, Reg. III, 103 u. Reg. IV, 69); 85, 564 (Rückverweis auf 84, 298 -dort Chiffre); 89, 694 (H); 90, 130 (H); 90, 439 (H);90,809 (H); 91, 585 (H); 92, 309 (H); 92, 730 (H); 93, 543 u. 589 (H); 94, 124 u. 219 (H); 94, 658 (Reg. IV, 7); 95, 377 u. 749 (H); 97, 17 (H); 97, 503 (H); 98, 39 (H); 98, 434 (H); 98, 899 (H);100,358 (H);100, 717 (H); 101, 188 (RT); 101, 671 (H, RT); 102, 582 (H, RT);110,389 u. 569 u. 663 u. 728 (H, RT, Reg. IV, 58);111,540 (H, RT);112, 469 (H, RT, Reg. V, 37).

H a e g e l e , (-)

Registrator an der erzbischöfl. Kanzlei i. Freiburg.
Feste Glossen: 'Aus meinem Tagebuche'; 'Politischer Spaziergang durch ... (Südwestdeutschland bzw. Schweiz)'; 'Schweizer Skizzen (und Bilder)'.

50, 185 - 217 u. 720 u. 785 (H); 52, 727 (Fortsetzg. von 50, 585 u. H); 54, 748 u. 843 (H); 62, 57 (Anknüpfung an s. Glosse i. 60, 731); 70, 667 u. 858 (H); 72, 154 (Rückverweis von 72, 816 -dort: Glosse); 86, 735 (H); 88, 188 u. 251 (H); 97, 358 (H).

H a e g y , (-)

112, 223 (RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H a e r n e , de (-)

Redakteur u. Kanonikus. Belgier?

40, 870 (Reg. II, 11).

H a e u t l e , (-)

Reichsarchivrat i. München.

68, 193 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H a f f n e r , Paul Leopold (1829 -1899)

Prof. f. Philosophie u. Apologetik. Mitbegründer der Görres-Gesellschaft. Leiter des kathol. Broschürenvereins. Domkapitular, später Bischof von Mainz.

75, 948 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art.mehr. Auch in einer Mitarbeiterzusammenstellung 'für frühere Jahrgänge' im RT nur Bd. 75 genannt.

H a g e m a n n , (-)

Dozent f. Philosophie am Priesterseminar i. Hildesheim.

Gez. Art. ab Bd. 54.

H a g e n , Theoderich (-)

Abt i. Lambach.

60, 330 (H, RT).

H a h n , (H.?) (-)

104, 25 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H a h n e c a m p, G. (-)

Ungarn?
Sign.: 'G.H.' lt. 104, 432 i. Verb. mit RT.

104, 287 (H, RT).

H a l l e r , Karl Ludwig v. (1768 - 1854)

Konv. 1817. Schweizer. Staatsrechtslehrer. Mitarbeiter an vielen eur. Zeitschriften. Vertrat die Restauration mit extremer Einseitigkeit.

8, 65 (Brief Hallers an Jarcke, der den Wunsch ausdrückt an d. HpBl mitzuarbeiten -vgl. Hurter I, 121. Antwort Jarckes an Haller v. 7.6. 1840: "Ich werde, sobald Phillips nach München zurückgekehrt ist, Ihre Absicht in Betreff der Historisch-politischen Blätter bestens zu fördern suchen." -zit. nach HpBl. Bd. 154, S. 412. Ein gutes halbes Jahr später erschien dann der Artikel -der auch lt. Hurter I, 121 - s.o.- von der Freimaurerei in der Schweiz handelte, in den HpBl.) Ein weiterer Artikel Hallers ist nicht nachzuweisen. Vermutlich hielt man die Mitarbeit Hallers als in politischer Hinsicht für etwas kompromittierend. Vgl. dazu die leichte Kritik an Haller selbst von Seite Jarckes (Kap. I.4.3.).

H a m m e r s t e i n , Ludwig Frhr. v. (1832 -1905)

Konv. 1855. S.J. Apologetischer Schriftsteller i. Trier. Später Doz. f. Kirchenrecht i. Ditton Hall (England).

121, 22 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H a n e b e r g , Daniel (1816 - 1876)

O.S.B. Abt v. St. Bonifaz i. München. Prof. f. alttest. Sprachen u. Kirchenrecht i. München. Lehnte (auf Wunsch der Kurie?) d. Bischofsstühle von Trier (1864), Köln (1865) u. Eichstätt (1866) ab. 1872 Bischof von Speyer.

21, 232 (Reg. I, 138, Raab 265, Galland, 675); 30 , 137 - 142 (Reg. I, 138, Meyers, 6); 32, 834 - 836 = Rez. Nr. 5 (Zinkl, 183 -Anm. 2; evtl. alle Rezensionen, also 827 - 840, von Haneberg?); 72, 852 u. 917 ('eingeschickt durch Bischof Haneberg' lt. H).

H a n s e n , Ola (-)

Dänemark?

Gez. Art. in Bd. 124. Evtl. Keine weiteren Art. mehr.

H a r t , van der (-)

Viersen.

Gez. Art. ab Bd. 96.

H a s s e n c a m p , (-)
Gymnasialprof. i. Ostrau.
96, 340 (H, Reg. IV, 47); 100, 108 (H).

H a s s e n p f l u g , Amalie (-)
66, 606 (H, Reg.III, 104). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H a u c k , Th. (-)
Mitglied des bayer. LT.
Sign.: 'Th. H.' lt. 81, 875 i. Verb. mit H u. Reg. III, 19.
Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H a u s h e r r , Melchior (1830 - 1888)
S.J. Schweizer Novizenmeister i. Münster u. Holland. Ab 1873 i. Feldkirch.
61, 670 (H).

H a u t h a l e r , Willibald (1843 - 1922)
O.S.B. Gymnasialprofessor u. Leiter eines Knabenseminars. Abt i. Salzburg.
103, 736 (RT, nur Einsender?).Evtl. keine weiteren Art.mehr.

H a x t h a u s e n , August Frhr. v. (1792 - 1866)
Westfalen.
Gez. Art. in Bd. 50.

H e b e t a n z , v. (-)
124, 652 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e c h e r , (-)
114, 782 (RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e e m s t e e d e , L. v. (-)
Gez. Art. i. Bd. 121. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e i d e , Gustav (-)
Fürth.
Gez. Art. ab Bd. 102.

H e i g e l , Frhr. von (-)
Wien. 1,382 (RT).

H e i m , Georg (1865 - 1947)

Bayerischer Zentrumspolitiker.
Gez. Art. in Bd. 123. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e i m b u c h e r , Max (-)

Lycealprof. i. Bamberg.

103, 241 (H, RT); 106, 1 u. 96 u. 241 u. 358 (H, RT); 109, 17 u. 111 (H, RT).

H e i ß , J. B. (-)

Prof. aus Passau.
Sign.: 'J.B.H.' lt. 95, 779 i. Verb. mit H.

89, 776 (H, Reg. IV, 67); 92, 57 (H, Reg. IV, 7); 93, 625 (H, Reg. IV, 67); 97, 588 (H).

H e l f , (-)

Kaplan i. Koblenz. Nicht eindeutige Sign.: 'H.' (vgl. auch Haas, Hettinger, Hergenröther u. Keiter).

90, 48 (H). Dazu noch gez. Art.

H e l f e r t , Alexander Joseph Frhr. v. (1820 - 1910)

Sohn des Historikers Joseph Helfert. Historiker i. Prag.

108, 123 (H, RT, Reg. IV, 26 -Fehl: Binder lt. Jochner-Br.). Dazu noch gez. Art.

H e l l b a c h , (-)

Kaplan.

90, 185 u. 249 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e l m , Gustav (1861 -)

Pfarrer bei Freiburg.
Pseud.: 'Theodor Palatinus' u. 'vom Neckar' lt. 118, 411 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V,6.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e l m l i n g , (-)

O.S.B. Prag.

Gez. Art. in Bd. 123. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e n k e r , (-)

Pfarrer.

72, 680 u. 929 (H) ; 81, 759 (als 'Nachtrag' zu dem Art. 72, 929 bezeichnet).

H e n l e , Antonius (1851 - 1927)

Privatdozent f. das NT i. München. Domkapitular u. Generalvikar i. Augsburg. 1901 Bischof von Passau, 1906 Bischof von Regensburg.

Gez. Art. in Bd. 100. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e r b s t , (-)

Nicht der 'Tübinger' Herbst († 1836).
Evtl. Ferdinand Herbst (1798 - 1863), Konv. 1832.

1, 497 (Biogr. Guido Görres', 338).

H e r g e n r ö t h e r , Joseph (1824 - 1890)

Promotion bei Döllinger. Prof. f. Kirchengesch. u. Kirchenrecht i. Würzburg. Vorbereitung des Vatikan. Konzils. Verteidiger des Infallibilitätsdogmas (gegen Döllinger hauptsächlich) i. den Hp81. Vorstand der Vatikan. Archive. 1879 Kardinal.
Sign. 'H.' nicht eindeutig (vgl. auch Haas, Helf, Hettinger u. Keiter).

25, 545 (Steiner, 7, Merkle, 190);25,609 u. 707 u. 753 (daselbst); 26, 32 u. 102 (daselbst); 42, 216 (H); 42, 733 u. 744 (H);43, 85 u. 871 u. 971 u. 982 sowie 44, 34 u. 97 u. 305 u. 365 u. 553 u. 663 u. 675 u. 756 u. 804 u. 877 (Steiner, 21, Stamminger, 14, Lit. Handweiser 1867 -Nr. 52, Sp. 50, H, Reg. II, 69, ADB); 44,234(H); 45, 137 u. 152 (H, Stamminger, 14, Reg. II, 86); 45, 381 u. 560 u. 677 u. 811 u. 1075 sowie 46, 466 (H); 47, 965 (H);48,51 u. 60 (H, 106, 722); 48, 746 (H); 65, 707 u. 737 u. 865 (Merkle, 198, H, Steiner, 28 u. 29, Stamminger, 37, 106, 727, ADB); 66, 21 u. 132 u. 198 u. 421 (daselbst); 66, 500 u. 557 u. 653 (daselbst u. Reg. III, 18).

Eine Schwierigkeit der Zuweisung zwischen Hergenröther u. Hettinger bereiten verschiedene Artikel, die sich mit der Situat. i. Italien vor d. italienischen Krieg von 1859 beschäftigen. Die Artikelserie trägt die Überschrift 'Erinnerungen aus Italien' (Bd. 40,23 u. 120-148 u. 251 - 277 ...). Das Handexemplar, dessen Eintragungen bisweilen nachträglich erfolgt zu sein scheinen u. das in einig. Fällen irrt, nennt für den ersten Aufsatz 'Hergenröther' u. kürzt dann bei den Fortsetzungen ab mit 'He' bzw. 'H'. Soweit scheint es eindeutig. Doch auch eine Autorschaft Hettingers ist möglich. Beide waren wiederholt u. längere Zeit in Italien. In Bd. 96, S. 528 scheint die umschreibende Aufzählung der Artikel Hettingers auch d. zweifelhaften Artikel in Bd. 40 miteinzuschließen.

H e r g u e u r , (-)

47, 538 u. 585 u. 605 (H); 48, 472 (H mit ?).

H e r k e n r a t h , (-)

S.J. Feldkirch.

127, 219 (RT).

H e r t e r , H. (-)

Kuratpriester i. Wien.

42, 895 (H). Mitarbeiter an Bd. 79 lt. Sammlung der Mitarbeiternamen für diesen Bd. im RT; Art. aber nicht auszumachen.

H e r r , (-)

112, 739 (RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e r t k e n s , J. (-)

Kaplan i. Viersen u. Köln.

Gez. Art. in Bd. 81. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e r t l i n g , Georg Frhr. v. (1843 - 1919)

Prof. f. Philosophie. Mitglied d. Kammer d. Reichsräte i. Bayern. Bayer. Ministerpräsident. Reichstagsmitglied. 1917-1918 Reichskanzler. Akad. d. Wiss. Gründungsmitglied u. bis 1919 Präsident d. Görres- Gesellschaft. 1914 in den Grafenstand erhoben.

Sign.: 'v.H.' lt. 76, 392 i. Verb. mit Becker, 337 u. H.

70, 920 (H, Becker, 337); 72, 447-460 u. 524 u. 621 (daselbst); 73, 485 (daselbst u.gez.:'Dr. G. Frhr.v.H.'); 73,727 (H, Becker, 337); 77, 160 (H, Becker, 337, Becker i. HJb.101, 436); 77, 773 (Becker, 338); 101, 772 (H, RT, Becker, 338); 111, 721 (H,RT); 117, 437 (RT -Fehl:Ad. Franz lt.H); 117, 503 (H, RT, Reg. V, 29 u 53); 117, 585 (H, RT, Reg.V, 19 , 122, 394); 117, 676 (H, RT, Reg.V, 4 , Rückverweis v. 119, 897); 117, 914 (Anknüpfg. an 117, 676 , H, RT, Reg. V, 4 u.19 , Rückverw. v.119, 899); 118, 194 (H,RT); 118, 269 (H,RT, Reg. V, 4 u.50); 118, 362 (H, RT, Reg. V, 53); 118, 469 (H, RT, Reg. V, 10); 119, 338 (RT, Reg. V, 29).

H e t t e n , P. J. (-)

Gez. Art. in Bd. 105. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H e t t i n g e r , Franz (1819 - 1890)

Prälat. Prof. f. Apologetik u. Dogmatik i. Würzburg. Zur Vorbereit. des Vatikan. Konzils als Konsultor berufen. Nicht eindeutige Sign.: 'H.' (vgl. auch Haas, Helf, Hergenröther u. Keiter).

74, 439 u.762 (H, Reg.III, 103, Rückverw. v.76, 23); 75, 122 u.183 (H); 76, 23 u.95 (H, Reg.III, 103 , Übereinst. mit W.u.K. II, 139); 87, 598 (H, Reg.IV, 41); 90, 761 u.853 (H, Reg.IV, 9 , Übereinst. m. W.u.K. II, 3); 91, 17 u.185 (Reg.IV, 9 u.101, Übereinst.m.W.u.K. II, 35 u.113); 91, 665 u.756 u.909 (H, Reg.IV, 5 u.84, Übereinst.m.W.u. K. I, 157); 92, 712 (H, Reg.IV, 1 u.9, Übereinst.m.W.u.K. II, 202); 93, 17 u.77 u.168 u.325 u.413 u.520 u.573 (H, Reg.IV, 29, Übereinst. m.W.u.K. I, 326 , Selbstnennng.i.419, 111, 503); 94,157 u.237 (H,Reg. IV, 67 , Übereinst.m.W.u.K. I, 238); 96, 494 (H); 97, 72 (H, Reg.IV, 7); 97, 321 u.416 (H, Reg.IV,102); 97, 477 (Reg.IV, 102); 98,293 (H, Reg.IV,66); 98, 525 (H); 98, 648 u.729 u.836 u.908 (Reg.IV,85); 100, 505 (H); 100, 573 (H, Reg.IV,101); 105, 9 u.81 u.169 u.401 u.481 u. 594 (letzt.Beitr. H.'s. lt.H, dazu Reg.IV, 9 u.101, Übereinst.m.W.u. K. II, 68 u.86 u.101 u.163, 105, 601). Vgl. d. Schlußbemerkung für Hergenröther weiter oben.

H i m p e l , Felix v. (1821 - 1890)

Prof. f. Exegese in Tübingen.

Gez. Art. in Bd. 62.Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H i p l e r , Franz (1836 - 1898)

Priester. Promotion bei Döllinger.Regens u. Prof. f. Kirchengesch. i. Braunsberg. Domkapitular i. Frauenburg.

72, 573 (87, 240, 92, 420); 87, 260 (H, 113, 944). Dazu noch gez. Art.

H i r s c h e l , (-)

Domkapitular i. Mainz.

86, 237 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H i r s c h m a n n , Adam (1856 -)

Pfarrer i. Schönfeld.

105, 370 (H, RT, Personalstatistik Eichstätt, 207). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H i s s , (-)

Pfarrer i. Oberhausen (Baden).

Gez. Art. in Bd. 96. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H ö b e r , J. (-)

114, 861 (RT, Reg. V, 56, Brunner 158). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H o e b e r , Karl (1867 -)

Oberlehrer am bischöfl. Gymnasium i. Straßburg. Ab 1907 Redakteur an der 'Kölnischen Volkszeitung'.

Gez. Art. in Bd. 122. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H o f f m a n n , Johannes (-)

Konv. um 1880. Oldenburg.
Sein Pseud. bis zur Konversion: 'von einem Protestanten' lt. 76, 891 i. Verb. mit H u. Reg. III, 57 Dieses Pseudonym ist eindeutig, da Wilhelm Volk, der dasselbe Pseud. benützte, schon 1869 starb. Andere Mitarbeiter hatten ähnliche Pseud. aber stets erweitert (Landwehr:'vo einem protestantischen Historiker' Schulze:'von einem norddeutschen Protestanten'.)

76, 891 (H, Reg. III, 57); 85, 149 (H); 87, 832 (H); 87,906 (als 'Nachtrag' zu 832 bezeichnet); 88, 428 (H); 89, 539(H, RT); 90,927 (H); 92, 227 (H); 94, 296 (H); 120, 700 (RT).

H ö f l e r , Constantin (1811 - 1897)

Prof. f. Geschichte. Einige Zeit als Archivar i. Bamberg. Prof. i. Prag. Mitglied des österreichischen Herrenhauses.
Sign.: 'C.H.' lt. 57, 262 i. Verb. mit H u. Reg. III, 95.

1, 457 (Biogr. Guido Görres', 338, RT -Fehl: Döllinger lt. Lösch/A., 518); 6, 577(Wurzbach IX, 106); 7,431(daselbst -Fehl: Döllinger lt. Lösch/A., 522); 9, 272 (daselbst mit Fehl analog); 9,388(daselbst mit Fehl analog); 9, 580 (Wurzbach IX, 106, Reg. I, 263): 11, 498 (Wurzbach IX, 106 -Fehl: Döllinger lt. Lösch/A., 56): 11,567 u. 626 (daselbst mit Fehl analog); 12, 252 u. 473 sowie 13,207 u.493(Wurzbach IX, 106); 15, 281 u. 551 sowie 16, 185 (Wurzbach IX, 106); 16,297 (Wurzbach IX, 106 -Fehl: Döllinger lt. Lösch/A.,519 u. 531); 29, 129 u. 145 (mit Ausnahme d. Vorworts -v. G. Görres-, Selbstanzeige lt. Wurzbach IX, 106, dazu Brühl, 464, Borodajkewycz, 148); 30, 809 (Wurzbach IX, 106); 31, 349 (Wurzbach IX, 106); 40,944 (H, -Fehl: Gfrörer lt. Hurter II, 380 f.); 41, 529 u. 544 (H, Reg. II, 73); 45, 403 u. 885 (H); 45, 969 u. 1053 (Fortsetzg. von 45, 885); 46, 1 u. 97 (H u. weitere Fortsetzg.); 50, 655 (H); 96,236(H, Reg. IV, 94).

H o h e n l o h e - W a l d e n b u r g , Fürst zu Ungarn. (-)

112, 290 (H, RT, Reg. V, 42, Nennung in Entgegnung: 112, 458). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H o h o f f , W. (-)

Kaplan i. Petershagen.

79, 413 u. 497 u. 601 u. 745 u. 845 u. 924 (H mit ?). Dazu noch gez. Art.

H o l l a n d , Hyacinth (1827 - 1918)

Literatur-, Kunst u. Kulturhistoriker. Hauslehrer am Wittelsbach. Hof i. München.
Feste Glosse: 'Germanistische Studien'.

54, 990 (H); 67, 557 u. 717 (Reg. III, 48, 71, 169); 68, 531 u.621 (Biographie Guido Görres', 349); 70, 952 (H); 76, 956 (H); 91, 946 (H); 93, 915 (H).

H o l l w e c k , Joseph (1854 - 1926)

Dozent am bischöfl. Lyceum i. Eichstätt. Prof. f. Kirchenrecht. Priester. Domkapitular i. Eichstätt.
Sign.: 'J.C.' lt. 117, 389 i. Verb. mit H u. RT. (das 'C.' i. der Chiffre evtl. f. einen zweiten Vornamen).

117, 345 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

H o r n i g , Karl Frhr. v. (1840 - 1917)

Bischof von Veszprem (Weißbrunn) i. Ungarn. 1912 Kardinal.

108, 81 u. 182 (H, RT); 124, 505 (H, RT);

H o s a e u s , Wilhelm (-)

Hofrat i. Dessau.

Gez. Art. in Bd. 97. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H ö t z l , Petrus (-)

O.S.F. München.
Sign.: 'P.H.' lt. 102, 418 i. Verb. mit H, RT u. Reg. IV, 10.

Dazu noch gez. Art.

H o u b e n , Peter Alois (1816 - 1882)

Gymnasialprof. u. Stadtbibliothekar. Im preußischen Kulturkampf 'gesperrter' Pfarrer. Exil i. Brüssel. Stets belgische Themen.

80, 726 (H); 81, 282 u. 295 u. 366 (H); 82, 545 u. 612 (H);83,21
(H, Rückverweis auf 82, 612); 83, 452 (H); 84, 31 ('Neue Folge' de
belg. Enthüllungen - Verweis auf 83, 452); 84, 669 (H); 86, 19 u
119 (Verwendung des Hinweises 'Brüssel, den ...' am Schluß,analog
zu den bisher genannten Artikel.)

H o v e r d e n , Graf v. (-)

Oft gez. mit : 'Aus Preußen' bzw.: 'Von einem Preußen'. Für Zuweisung nicht ausreichend, da die HpBl sehr viele preußische Mit
arbeiter hatten.

44, 435 (H); 52, 1 u. 417 (H); 77, 601 (H, RT).

H u b e r , Viktor Aimé (1800 - 1869)

Konservativer protestantischer Sozialpolitiker. Volkswirt, aber auch bekannt als Philologe (vor allem durch Übersetzgg.). Journalistischer Vorkämpfer einer konservativen Partei i. Preußen, vgl. sein Schrift: 'Ueber die Elemente, die Möglichkeit oder Notwendigkeit einer conservativen Partei in Deutschland.'(1841) Beschäftigte sich polemisch mit den HpBl : ' Was wollen eigentlich die Münchener historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland?' (1845 - anonym).

Gez. Art. volkswirtschaftl. Inhalts (keine bloßen Gegendarstellg
in Bd. 49.

H ü b b e , Hugo (-)

Funktionär des 'Deutschen Handwerkerbundes' i. Hamburg.

58, 798 u. 893 (lt. Vorwort der Red.; der Art. trägt trotz seiner Ausführlichkeit eindeutig den Charakter einer bloßen Gegendarstellung. Deshalb verweise ich auf die in Kap. II.1. gebrachte und vorläufig weit gezogene Bestimmung des Begriffs 'Mitarbeiter'.

H ü f f e r , Georg (1851 - 1922)

Prof. f. Geschichte i. München u. Breslau.

108, 865 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H u l d e r m a n n , (-)

Sign.: 'Dr. Hnn.' lt. 91, 714 in Verb. mit H.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H ü l s k a m p , Franz (1833 - 1911)

Priester. Präses eines Priesterseminars. Herausgeber d.'Literarischen Handweisers'. Organisator des katholischen Pressewesens.

60, 335 (H, Reg. III, 48, Cramer, 178).

H u r t e r , Friedrich Emmanuel v. (1787 - 1865)

Schweizer. Konv. 1844. Zuvor Antistes i. Schaffhausen. Historiker. K.k. Reichshistoriograph ab 1846. Verlagsbuchhändler.

2, 179 (Hurter I, 117); 2, 214 u. 295 (daselbst); 2, 543 (Hurter I, 340 u. 352); 3, 321 (Hurter I, 118 u. 229); 3, 482 (Hurter I, 229 u. 231) ; 4, 204 u. 281 (Hurter I, 239); 4, 303 u. 351 (Hurter I, 118); 4, 568 - 576 (Hurter I, 352); 5, 152 (Hurter I, 118); 5, 298 (Hurter I, 340); 5, 426 (Selbstanzeige lt. Reg. I, 188); 7, 216 u. 422 (Hurter I, 239 u. 365); 7, 539 (Hurter I, 365, Vogelsanger, 316); 7, 691 (Hurter I, 365); 8, 1 u. 138 u. 294 u. 358 (Hurter I, 340); 8, 60 (Hurter I, 352); 8, 221 (Hurter I, 365); 8, 337 u. 440 (Hurter I, 365 -Fehl: Arndts, C.L. lt. RT); 8, 760 sowie 9, 30 (Hurter I, 362); 9, 169 (Hurter I, 365); 9, 215 (Hurter I, 340); 9, 427 (Hurter I, 366 u. 430); 10, 543 - 544 (Hurter I, 366); 10, 639 (Hurter I, 352); 11, 241 u. 310 u. 487 u. 614 (Hurter I, 340 u. 366); 12, 448 (Hurter I, 122); 15, 676 (Giovanelli aus Bozen an J. Görres, 30.9.1844, in Freundesbriefe (III) -Nr. 466-, 620); 19, 493 (Hurter II, 53): 20, 184 u. 232 u. 301 u. 442 u. 564 u. 617 u. 678 u. 755 (Hurter II, 186); 21, 50 (Hurter II, 187, Vogelsanger, 333); 21, 734 u. 795 (Hurter II, 194); 22, 183 u. 212 u. 340 u. 377 u. 474 (Hurter II, 224); 23, 113 (Hurter II, 237); 24, 393 u. 409 (Hurter II, 253, Vogelsanger 338); 25, 680 u. 719 (Hurter II, 293); 26, 63 (Hurter II, 292); 31, 213 (Hurter II, 281); 31, 745 u. 777 (Hurter II, 340); 33, 441 u. 541 (Hurter II, 362); 34, 814 (Hurter II, 401); 37, 372 (Hurter II, 371); 38, 74 (Übereinst. mit Zitaten aus Hurter II, 347); 38, 814 (Hurter II, 342); 38, 882 (Hurter II, 373, 117, 512); 38, 1005 (Übereinst. mit Zitaten aus Hurter II, 347); 52, 532 (H, Reg. III, 93 u. 100).

H u r t e r , Heinrich v. (-)

Konv. nach 1844. Sohn des oben Genannten.

82, 688 (H, 'H.v.H.' lt. Reg. IV, 96). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

H u t t e r , Franz Joseph (1840 - 1895)

Freiburg. Teilhaber am Herder-Verlag.

Gez. Art in Bd. 101. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

I s e n b u r g - B i r s t e i n , Fürst v. (-

Hessen.

87, 277 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

J ä g e r , Albert (1801 - 1891)

O.S.B. Prof. f. Geschichte i. Innsbruck u. Wien. Direktor des 'Instituts f. Österreich. Geschichtsforschung'. Österr. Abgeordnetenkammer. Wie Flir zwar zur Mitarbeit eingeladen (und verschiedentlich angekündigt), aber keine Aufsätze nachweisbar. Flirs und Jägers Namen sind auch nicht enthalten in einer Zusammenstellung der Mitarbeiternamen 'für die ersten 10 Jahre' im RT.

J ä g e r , Eugen (-)

Speyer.

100, 819 (H). Dazu noch gez. Art.

J a k o b , (-)

Geistlicher Rat u. Domkapitular i. Regensburg.

Gez. Art. in Bd. 100. Seine Mitarbeit begann aber sicher schon früher, da sein Name in einer Zusammenstellung der Mitarb. 'früherer Jahrgänge' im RT enthalten ist.

J a n a u s c h e k , Leopold (1827 - 1898)

Zisterzienser i. Brünn. Prof. für Fundamentaltheologie.

Gez. Art. ab Bd. 81.

J a n s s e n , Johannes (1829 - 1891)

Prälat. Historiker. Umstrittene Beurteilung der Reformation.
Sign.: 'J.J.' lt. 46, 117 i.Verb. mit H, RT u. Reg. II, 44 u. 66.

48, 735 (RT); 48, 942 (RT); 50, 565 - 572 (RT); 50, 825 (RT); 53, 372 (H, RT); 53, 752 u. 769 (109, 756); 55, 208 (H, RT); 55, 254 u. 34[illegible] u. 417 u. 505 u. 605 u. 689 u. 781 (RT, Meister, 95, Reg. III, 90, Rückverw. v. 73, 667); 63, 33 u. 125 (H); 64, 48 (H, RT); 64, 382 u. 898 (RT) ;

65, 33 u. 81 (RT); 65, 269 (H, RT) ; 65, 321 u. 405 u. 508 (H, RT); 66, 223 u. 275 u. 329 (Pastor-Lebensbild, 139, H, RT); 67, 33 u. 179 u. 606 u. 735 (H, RT); 68, 86 u. 214 (RT); 68, 430 (Fortsetzg. von 66, 329, H, RT, Pastor-Lebensbild, 139); 68, 838 u. 917 (RT); 69, 19 (RT, mit Binder zus. lt. H); 69, 128 u. 184 u. 263 (H, RT, Meister, 105); 69, 355 (H, RT); 69, 765 (RT, Meister, 66 -Anm. 1); 69, 855 (daselbst); 70, 109 u. 190 (H, RT); 70, 222 (RT); 70, 539 (H, RT); 71, 81 u. 200 (H, RT, Reg. III, 105, Meister, 24); 71, 938 (RT); 72, 1 u. 112 u. 325 (H, RT, 113, 397, Übereinst. mit Z.u.L., auszugsw. v. 156-162); 72, 126 (H, RT, Pastor: 'Aus dem Leben...', 79); 72, 245 u. 405 (RT, Übereinst. mit Z.u.L., auszugsweise v. 377-381); 72, 309 (RT); 73, 44 u. 364 (H, RT); 73, 667 (RT); 74, 17 (Pastor-Lebensbild, 139, H, RT); 74, 77 u. 194 u. 257 (daselbst); 74, 111 (H, RT, Meister, 66 -Anm. 1); 74, 599 (RT); 75, 284 (H); 77, 351 u. 428 (H, Meister, 109); 77, 713 (H, RT); 78, 283 u. 665 (H, RT); 80, 767 (RT); 84, 392 (H, RT); 87, 715 (H); 96, 288 (Selbstanzeige lt. RT, dazu H, Reg. IV, 51); 100, 101 (H, RT); 101, 180 (H, RT, Reg. IV, 25); 102, 510 (H, RT, Reg. IV, 76).

J a r c k e , Carl Ernst (1801 - 1852)

Konv. 1825. Staatsrechtslehrer aus Norddeutschland. Prof. i. Bonn, Berlin u. Wien. Danach unter Metternich i. der Staatskanzlei.
Feste Glossen: 'Zeitläufte' und 'Glossen zur Tagesgeschichte' lt. Aufstellung RT (hier 'Redaktionsregistratur') u. lt. 47, 139 (bezüglich der zuletzt genannten Glosse.) Dageg. sind einige 'zeitgeschichtliche Glossen' v. J. Görres, wie aus seinem Nekrolog hervorgeht. Auch d. Unterscheidung spricht für zwei verschied. Autoren. Ferner sind als Jarckes feste Glossen zu nennen: 'Glossen zur Zeitgeschichte' lt. vielfacher Identit. mit Jarckes VS, u. Rhein, 21; 'Zeitglossen' lt. Rhein, 61, sowie Umschreibgg. wie 'Nachtrag zu den Zeitläuften' bzw. 'vom Verfasser der Zeitläufte' u.ä.

1, 31 (Biogr. Guido Görres', 337, 97, 448, Brühl 786, 31, 289, Rhein, 21 u. 51 -Fehl: Phillips lt. 133, 62 sowie Döllinger lt. Lösch /A., 517 u. 518 u. Finsterhölzl, 391. Die Nennung von Döllinger ist schon deshalb verfehlt, da die ersten beiden Hefte lt. Biogr. Guido Görres' nur von den beiden Görres, Jarcke u. Phillips bestritten wurden); 1, 305 (Rhein, 21 u. 48); 2, 555 (Rhein, 58); 3, 204 (Rhein, 21); 4, 257 u. 321 u. 465 u. 515 u. 577 u. 675 u. 725 (Rhein, 22, Ketteler in Raich, 42); 4, 605 (Rhein, 21 u. 55); 5, 577 (Poll, 27); 5, 666 u. 739 (Poll, 27); 6, 321 u. 449 u. 527 u. 641 (Übereinst. mit Jarckes VS IV, 1264, dazu Rhein, 22 u. Ketteler in Raich, 42); 7, 176 u. 238 u. 310 u. 361 (daselbst); 7, 385 (Giovanelli an J. Görres -Freundschaftsbriefe (III)-, Bozen, d. 16.3.1841 -Nr. 445-, 572); 7, 449 u. 513 u. 577 (daselbst); 8, 29 (daselbst u. Hurter I, 365); 9, 98 u. 129 u. 203 u. 337 u. 626 (RT); 10, 22 u. 65 u. 129 (RT); 12, 129 (Rhein, 21); 12, 377 (Poll, 27); 12, 633 (Rhein, 21 u. 51 u. 57); 13, 73 u. 289 (Rhein, 53); 13, 467 (Rhein, 21 u. 54); 14, 253 (Hurter II, 158); 14, 337 u. 393 u. 457 u. 734 (104, 407); 15, 769 sowie 16, 81 (daselbst); 18, 224 u. 449 u. 513 (daselbst); 21, 456 (Pölnitz i. HZ 155, 54); 21, 675 (Pölnitz i. HZ 155, 63 -Anm. 1); 21, 593 - 610 (Übereinst. mit Jarckes VS IV, 211 - 235, Bachem I, 231); 21, 811 sowie 22, 14 u. 193 u. 440 (Janssen-Böhmer II, 515, Schnabel-Zusammenschluß, 73, 116, 734); 23, 785 (Cramer, 164, Bachem I, 231); 24, 125 (Cramer, 164); 25, 272 (94, 575); 27, 673 (Übereinst.

m. Jarckes VS IV, 235, 32, 527); 31, 51 u. 77 (posthum lt. 31, 66 dazu Brühl, 786).

J o c h a m , Magnus (1808 - 1893)

Dozent f. Moraltheologie am bischöflich. Lyceum i.Freising.Pfarrer i. verschiedenen Gemeinden des Allgäus. Geistl. Rat.
Sign.: 'M.J.' lt. 75, 158 i. Verb. mit H, RT u. Reg. III, 91.

71, 71 (H); 77, 798 (H, RT).

J o c h n e r , Georg v. (1860 - 1923)

Herausgeber d. HpBl, zusammen mit Binder und nach dessen Tod allein. Mit seinem Tod wurde das Erscheinen der Zeitschrift eingestellt.Direktor des Reichsarchivs i. München, des späteren BHSt.

Seine Mitarbeit begann erst mit dem Ende meines Untersuchungszeitraums (1901).

J o r d a n , J. (-)

Wien.

97, 427 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

J ö r g , Josef Edmund (1819 - 1901)

Schüler Döllingers. Durch dessen Vermittlung i. Archivdienst. Politiker (Führer der Patriotenpartei, LT, Zollparlament, RT) u. Publizist. Von 1852 bis 1901 gab er die HpBl heraus, ab 1858 in Zus.-arbeit mit Binder. Er bestritt neben den 'Zeitläufen' (in der Nachfolge Jarckes) zahlreiche andere Beiträge. Daneben war er Archivar auf der Burg Trausnitz i. Landshut (bis 1865 in Neuburg a.D.).
Feste Glossen: 'Zeitläufe' u. natürlich auch 'Zu den Zeitläufen' u. ä. und die zu Beginn der 50-er Jahre noch zuweilen auftauchende Glosse 'Glossen zur Tagesgeschichte' (letztere lt. Doeberl, Anton 1123). Dazu: 'Streiflichter auf die Geschichte des Protestantismus seit..' mit verschiedenen 'Extra-Streiflichtern'; 'Aphorismen über protestantische Novitäten' und 'Fliegende Blätter zur laufenden Geschichte des Protestantismus' (eine Auswahl aus diesen Glossen über den Protestantismus später als selbständiges Werk im Jahr 1858 bei Herder). Auch finden sich viele Aufsätze sozialpolitischen Inhalts wieder in seinem Werk 'Geschichte der sozialpolitischen Parteien in Deutschland', ebenda, 1867.)
In Bd. 1851/I taucht als neue Glosse auf: 'Memorabilien aus der Tagesgeschichte'. Doch stammt sie wohl noch nicht von Jörg, da dieser selbst in 66, 389 (also im 2. Halbjahr 1870) schrieb: "Schreiber dieses hat die geehrten Leser nie viel mit seiner Ichheit behelligt. Aber im gegenwärtigen Moment darf er doch fragen, ob während der achtzehn Jahre, wo er seine politischen Studien in den 36 Bänden dieser Blätter niederlegt hat , ..." (diese Aussage führt auf den Beginn des Jahres 1853 zurück. Zu dem Problem, den Beginn von Jörgs Mitarbeit genau festzustellen, vgl. Kap. II.5.2.).
Sicher von Jörg stammen noch die Neujahrsartikel jeweils zu Beginn des ersten Halbjahresbandes. (vgl. z. B. Lucas, 11, sowie H und RT).

30, 762 (Poll, 25); 31, 636 (Autobiographie Volk III, 246); 33, 50 530 u. 607 - 645 u. 681 - 725 u. 760 - 801 u. 852 - 898 (Lucas, 1 Poll, 28, Spahn, 274); 33, 1022 u. 1044 (Poll, 29 u. 31); 34, 1-51

u. 86-109 (daselbst); 34, 165-180 u 245 (daselbst); 34, 378-421 (Lucas, 22, Spahn, 280); 34, 701 u 716 (Lucas, 35 , Ringseis IV, 425 , 88, 399); 34, 789-813 (Poll, 33); 34, 1013 (Duplik auf Replik zu 789 i.d. Zwischenzeit v. Florencourt); 34, 895 (Lucas, 22, Spahn, 280); 34, 984-1013 u. 1058-1107 (daselbst); 36, 991 (Spahn, 283); 36, 1030 (Brief Kolpings an Jörg -Köln,12.9.1855 mit d. Bitte um Bespr. durch diesen selbst -RR); 39, 833 (Sammlg. d. Rezensionen zu sr. Serie über d. Protestantismus); 39, 929 (Erklärung in propria causa, d.h. zu den Hp81); 40, 324 u. 393 u. 527 (Anknüpfung an die 'Extra-Streiflichter'); 41, 33 u. 59 ('J' in H); 41, 113 u. 152 ('J' in H); 41, 756 - 801 (H, Rückverw. v. 42, 565 -dort Glosse); 41, 821 - 867 (daselbst); 42, 1 ('J' in H); 42, 315 (Doeberl Anton, 1125); 42, 413 u. 501 (überschrieben: 'Neueste Geschichte des Protestantismus'); 42, 653 ('J' in H, Reg. II, 149 u. Aufsatztitel: 'Dr. Stahl und mein Buch' -gemeint ist die 'Neueste Gesch. des Prot.'); 42, 691 (H); 42, 882 (Rückverweis von 53, 311); 43, 110 u. 198 ('J' in H); 43, 137 - 164 ('J' in H); 43, 217 ('J' in H); 43, 324 ('J' in H); 44, 1 ('J' in H, Lucas 393); 44, 395 ('J' in H); 44, 717 - 743 (Fortsetzg. von 44, 697 -dort: Glosse); 44, 876 ('J' in H); 45, 245 ('J' in H); 46, 67 u. 221 u. 280 u. 362 u. 421 u. 513 u. 595 u. 677 ('J' in H); 46, 878 ('J' in H, Brief Döllingers an Jörg vom 21. Dez. 1860 im RR); 46, 954 (H);47, 29 (H); 47, 270 ('J' in H); 47, 341 u. 461 u. 563 ('J' in H); 47, 707 ('wahrscheinl'. lt. Lucas, 234); 47, 945 ('J' in H);47,985 (53, 25, Chiffre 'J'); 48, 84 ('J' in H, Lucas 217, Poll, 62); 48, 116 ('J' in H); 48, 162 ('J' in H mit ?); 48, 670 (Rückverw. von 51, 397); 48, 779 - 789 ('J' in H, Doeberl Anton,1131);48,807-855 (H); 49, 17 (H); 49, 185 u. 236 ('J' in H); 49, 245 ('J' in H); 49, 489 ('J' in H); 49, 758 ('J' in H, 51, 382); 49, 816 - 822 ('J' in H); 49, 822 ('J' in H); 49, 987 bis Ende des Bandes (Brief Jörgs an Binder -Neuburg, den 26.2.1862- im RR, 'J' in H); 50, 408 ('J' i. H, Rückverweis auf 41, 756); 50, 475 u. 1019 ('J' in H);51,114-120 ('J' in H); 51, 397 ('J' in H); 51, 397 ('J' in H); 51,536 (Forts. von 51, 458 -dort: Glosse,'J' in H); 51, 622 u.696 u.725(daselbst); 51, 817 Pastor-Lebensbild,32); 51, 939 ('J' in H); 52,56 u.81 (Anknüpfung an 51, 963 -dort Glosse, 'J' in H, Lucas 397); 52, 337 u. 461 (H); 52, 654 u. 766 - 774 u. 893 ('J' in H); 53, 89 u. 311 u. 467 u. 637 - 643 u. 681 ('J' in H); 54, 813 ('J' in H); 55, 117 - 132 u. 196 u. 274 - 294 ('J' in H); 55, 340 (H); 56, 397 u. 546 (Anknüpfung an 55, 1000 u. 56, 50 -dort: Glosse); 56, 782 (Lucas, 113); 56, 843 (58, 952 -Fehl: Schneiderhan lt. H mit ?); 56, 868 (H); 57, 310 u. 389 u. 413 u. 501 u. 597 u. 873 (weitere Anknüpfg. an 55, 1000 u. 56, 50 - s.o.); 59, 97 u. 176 u. 415 - 445 u. 600 (weitere Anknüpfung an die Serie s.o.); 60, 944 (Hammer,16); 61,202 ('eine Glosse zur deutschen Tagesgeschichte'); 61, 803 u. 889 u. 974 (Rückverweis von 62, 78 -dort: Glosse); 64, 159 u. 239 u. 316 ('Zeitläufe' überschrieben); 67, 691 u. 760 (H); 69, 222 (Nennung in der Fußnote daselbst); 69, 880 (H); 70, 795 u. 873 u. 963 sowie 71, 645 (Fortsetzg. der 'Zeitläufe' von 69, 787, Reg. III, 96); 72, 608 (H, 133, 61, Poll, 12); 78, 131 (126, 147); 78, 329 (Fortsetzg. von 77, 470 -dort: Glosse); 79, 554 - 577 u. 642 u. 725 u. 797 ('zu den Zeitläufen' überschrieben); 81, 841 (126, 147);84,355 (126, 147); 85, 157 u. 237 u. 392 (in den entsprechenden Heften keine 'Zeitläufe', ergo als Ersatz für die 'Zeitläufe'-ausdrücklicher Verweis auf die sonstige Institution); 89, 489 (126, 147); 96, 169 (daselbst); 98, 388 u. 409 (Pastor-Lebensbild, 128, Dt. Biogr. Jb. 1928, 214, 126, 147); 102, 302 u. 919 (RT); 103, 202 (RT, 126,147); 104, 158 (RT); 105, 237 u. 249 (der Döllinger-Nekrol.ist überschrieben: 'Erinnerungen seines alten Amanuensis'; viele persönliche Er-

innerungen, RT); 105, 918 (RT); 106, 319 u. 336 (RT);108,530 (RT); 108, 695 (H, RT); 110, 14 u. 598 u. 821 (RT); 113, 912 (RT);

J ö r g e n s e n , Johannes (1866 - 1956)

Konv. 1896.Dänischer Schriftsteller. Prof. f. Ästhetik i. Löwen. Später Erzbischof von Prag.

Gez. Art. in Bd. 122. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

J o u r d a i n , (-)

Franzose. Bekannter von Guido Görres. Auch zeitweise zum Studium i. München.
Die bei Guido Görres angeführten Artikel 5, 246 u. 288 u. 416 stammen ursprünglich von Jourdain und wurden von G.Görres nur übersetzt und eingesandt (vgl.:G.Görres an Familie, Paris, den 18.12.1839, Familienbriefe -I-, 408).

J u d , Rupert (1871 -)

O.S.B. München.
Sign.: 'P. R.J.' lt. 120. 547 i. Verb. mit RT u.Reg. V, 30.

J u n g m a n n, Bernhard (-)

Löwen.

Gez. Art. in Bd. 101. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

J u n g n i t z , Joseph (1844 - 1918)

Kaplan i. Gestrau. Später Subregens des Breslauer Priesterseminars. Direktor des dortigen Diözesanarchivs. Prof. f. Kirchengeschichte an der Univ. Breslau.

87, 463 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K a g e r b a u e r , Peter (-)

Gez. Art. in Bd. 61.

K a l t n e r , Balthasar (-)

Prof. i. Salzburg.

103, 957 (H, RT); 105, 652 (H, RT).

K ä m p f e , (-)

Gez. Art. in Bd. 102. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K a m p e r s , Franz (1868 - 1923)

Prof. f. mittelalterl. Geschichte i. Breslau.

Gez. Art. in Bd. 118. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K a t z e n b e r g e r , (-)

Prof. aus Bamberg.

41, 729 (H); 42, 535 u. 606 (H); 43, 994 (H); 47, 119 u. 173 (H); 48, 865 (H); 53, 643 (H mit ?); 94, 376 u. 775 (H).

K a u f m a n n , Alexander (1817 - 1893)

Archivar des Fürsten zu Löwenstein. Feste Glosse: 'Von meinem Novitätentisch' (bzw.:'vom Novitätentisch').

45, 73 u. 983 (H); 55, 33 (Rückverw. von 61, 577 -Fehl: ein anderer, unleserlicher Name lt. H); 57, 165 (H, Rückverweis von 61, 577); 61, 577 (H); 65, 73 (H); 66, 57 (H); 68, 493 u. 607 u. 737 (H, RT); 72, 829 sowie 73, 65 u. 111 (H); 81, 529 u. 732 (H); 83,438 (H,Reg. IV, 45); 84, 925 (H, Reg. IV, 50 u. 82); 86, 611 (H, Reg. IV, 45); 87, 630 (H, Reg. IV, 65, Brunner, 156); 88, 921 (H); 90, 1 u. 96 (H); 98, 333 u. 450 u. 512 (H); 107, 161 u. 250 u. 334 (H, RT); 108, 391 (Reg. IV, 45).

K a u f m a n n , Carl Maria (1872 - 1951)

Archäologe u. Geistlicher.

Gez. Art. ab Bd. 119.

K a y s e r , Fr. (-)

Lindau.

86, 81 u. 179 u. 267 u. 325 (RT, H, Reg. IV, 2). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K e h r e i n , Joseph (1808 - 1876)

Schuldirektor u. Literaturhistoriker. Verf. des 'Biographisch-literarischen Lexikons der deutschen katholischen Dichter, Volks- und Jugendschriftsteller im 19. Jahrhundert'.

24, 502 (Reg. I, 166).

K e i t e r , Heinrich (-)

Redakteur i. Regensburg. Nicht eindeutige Signaturen: 'H.' (vgl. auch Haas, Helf, Hergenröther u. Hettinger) sowie 'H.K.' (vgl. auch Kellner, Krose und Koch; im Reg. wird auch Hermann Kuhn zuweilen mit 'H.K.' abgekürzt).

96, 435 (H); 99, 65 ('H.K.' -hier wohl Keiter; Krose kommt aus Altersgründen noch nicht in Frage, Kellner wohl des Inhalts wegen nicht -katholische Poesie' war das Gebiet des oben Genannten); 103, 179 (H, RT); 103, 775 (H, RT); 107, 34 (RT).

K e l l e r m a y e r , (-)

Cooperator.

98, 603 (RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K e l l n e r , Heinz (-)

Hildesheim. (Nicht der Pädagoge L o r e n z K.)
Sign.: 'Dr. K.' lt. 74, 657 i. Verb. mit H u. Reg. III, 15.
Dagegen nicht eindeutige Sign. : 'H.K.' (vgl. auch Keiter und Krose).

119, 190 (H, RT, Reg. V, 17).

K e p l i n g e r , R. (-)

Sign.: 'R.K.' lt. 122, 468 i. Verb. mit RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K e p p l e r , Paul (1852 - 1926)

Prof. f. Exegese, Moral- u. Pastoraltheologie i. Tübingen. Bischof von Rottenburg.

90, 480 (H, RT); 106, 266 (H, RT, Donders, 140); 107, 713 u. 820 u. 879, (H, RT, Reg. IV, 102, Donders, 61); 108,27 u. 161 u. 260 (Fortsetzg. von 107,879 u. daselbst); 108, 158 (RT); 108, 900 (RT, Donders, 141, Brunner, 155); 111, 48 (H, RT); 119, 233 (RT, Reg. V, 10). Dazu noch gez. Art.

K e r k e r , Moritz (-)

Sign.: 'M.K.' lt. 124, 469 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V, 28.

46, 261 u. 345 u. 450 u. 525 u. 577 u. 645 (H, Reg. II, 55); 48,63 u. 721 u. 949 (H, Reg. II, 54); 49, 33 (daselbst); 49, 284 u. 390 u. 748 (daselbst); 82, 50 (Rückverweis auf selbig. Thema in den Bdn. 48 u. 49, H); 86, 637 u. 717 u. 822 u. 884 (H, Reg. IV, 46); 87,169 u. 393 u. 583 (daselbst) ; 116, 499 u. 563 (H, RT, Reg. V, 57); 122,10 u. 186 (H, RT, Reg. V. 57).

K e t t e r e r , J. A. (-)

München.

Gez. Art. in Bd. 123. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K i e f e r , Carl (1866 -)

Dozent am Priesterseminar i. Eichstätt.

116, 49 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K i e s e l , (-)

Gymnasialdirektor i. den Rheinlanden.

91, 641 (H, Reg. IV, 50). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K i h n , Heinrich (1833 - 1912)

Geistlicher. Prof. f. Patristik i. Würzburg. Dort auch Domdekan.

Gez. Art. in Bd. 117. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K i r s c h , Peter Anton (1869 - 1924)

Geistlicher. (Nicht Johann Peter K., der Leiter des 'Historischen Instituts' der Görresgesellschaft in Rom).

122, 617 (RT, Reg. V, 33). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K l a s s e r t , (-)

111, 873 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K l e e , Heinrich (1800 - 1840)

Prof. f. Kirchengeschichte. Nachfolger Möhlers i. München.

Zur Mitarbeit eingeladen (vgl. z.B. Stauchinger, S. 36), aber keine Beiträge nachweisbar.

K l e i n , Eberhard (-)

Sächsischer Hofkaplan i. Dresden.
Sign.: 'E.K.' lt. 100, 750 i. Verb. mit H.

Dazu noch gez. Art.

K l i m s c h , (-)

111, 161 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K l o p p , Onno (1822 - 1903)

Konv. 1873. Historiker, der sich vor allem mit dem Zeitalter der Religionskriege in Europa beschäftigte. 1865 vom König von Hannover mit der Aufsicht über die Landesarchive betraut. Nach der Annexion Hannovers neue Heimat i. Österreich.
Pseud.: 'Von einem protestantischen Forscher' (bis zur Konversion i. Jahr 1873). Eindeutig für Klopp, da sich Landwehr in seinem wenigen Beiträgen 'protestantischer Historiker' nennt. (Andere ähnliche Pseud. wie 'von einem Protestanten', 'von einem norddeutschen Protestanten' u.ä., vgl. Hoffmann, Schulze, Volk ...).

45, 823 (Wiard K., 242, H, Reg. II, 87); 46, 31 (H, Wiard K., 243, Reg. II, 87); 46, 845 u. 913 sowie 47, 72 u. 93 u. 193 u. 245 (H, Wiard K., 147, Reg. II, 87, Köhler, 153, 74, 75); 48, 30 u. 214 u. 886 u. 965 (H, Wiard K., 243, Reg. II, 35, Köhler, 153, Hansen VI, 261); 49, 43 u. 65 u. 689 u. 785 u. 856 u. 962 (daselbst); 50, 44 (daselbst); 52, 140 (Wiard K., 244); 53, 165 (Wiard K., 245, Brief Kloppa an Binder vom 17.1.1864 im RR); 53, 581 (Wiard K., 245);

54, 1 (daselbst); 54, 593 u. 653 u. 729 (Wiard K., 168); 54, 700 (H, Wiard K., 245); 55, 157 (H, Wiard K., 246); 57, 200 u. 280 (H, Wiard K., 247); 57, 677 u. 757 (H, Wiard K., 246); 60, 1 u. 109 u. 213 u. 345 u. 433 (H, Wiard K., 226 u. 247); 63, 148 u. 189 (H, Wiard K., 116 u. 250); 65, 817 u. 897 (H, Wiard K., 130 u. 251); 69, 103 H, Wiard K., 251 -Fehl: Jörg lt. Martin, 63); 69, 249 u. 325 u. 431 (H, Wiard K., 129 u. 251, 90, 562); 71, 550 (Selbstanzeige lt. Wiard K., 252); 72, 28 (H, Wiard K., 251); 72, 716 (H, Wiard K., 252); 73, 679 u. 817 (Selbstanzeige lt. H, Wiard K., 179 u. 252); 74, 90 (daselbst) 74, 454 (H, Wiard K., 252); 79, 713 u. 76 (H, Wiard K., 183 u. 253); 88, 416 (Selbstanzeige lt. Wiard K., 255) 95, 133 (Selbstanzeige lt. Wiard K., ,256); 102, 553 (H, RT, Wiard K. 257); 116, 389 (RT).

K n a b , J. (–)

Wien. Monsignore u. fürstbischöfl. Rat.
Sign.: '(Wien) J.K.' lt. 87, 61 i. Verb. mit H und Reg. IV, 70.

66, 404 u. 481 u. 583 (H, Rückverw. v. gez. Art. 69, 645); 67, 153 u. 811 (Fortsetzg. von 66, 583 u. daselbst); 68, 19 u. 169 u. 346 u. 777 u. 854 (weitere Fortsetzg. u. daselbst); 69, 58 (weitere Forts. H); 90, 912 (H, Fortsetzg. des mit 'J.K.' gez. Art. i. 87, 928 , 'J.K.' lt. Reg. IV, 70); 94, 813 u. 910 (H, 'J.K.' lt. Reg. IV, 71); 95, 5 (Fortsetzg. von 94, 910 u. daselbst); 95, 142 (ebenso); 101, 852 u. 918 u. 926 sowie 102, 12 u. 111 u. 161 (H, RT, Reg IV, 72); 103, 212 u. 276 (H, RT, Reg. IV, 87); 104, 201 u. 257 u. 364 u. 418 u. 593 u. 885 (H, RT, Reg. IV, 72); 105, 362 u. 670 u. 739 u. 923 (Forts. von 104, 885 u. daselbst).

K n e c h t, Friedrich Justus (1839 - 1921)

Konv. 1855. Priester u. Domkapitular und dann Weihbischof i. Freib.
Sign.: 'F.J.K.' lt. 123, 467 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K n e l l e r , Karl (1857 -)

S.J. Kirchengeschichtlicher Schriftsteller. Valkenburg. Luxemburg; München, Innsbruck u. Rom.

115, 774 u. 832 (H, RT); 117, 313 u. 412 u. 541 (H, RT).

K n i e , (-)

Nicht eindeutige Sign.: 'X.' (vgl. auch Norbert Peters u. Pfülf; 'Dr. X.' nennt sich Adams).

111, 205 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K n ö p f l e r , Alois (1847 - 1921)

Priester. Dozent am Priesterseminar (i. Passau?). Prof. f. Kirchengeschichte i. München.
Sign.: 'A.K.' (bzw. 'Dr.A.K.') lt. 111, 484 bzw. 115, 557 i. Verb. mit H, RT.
Nicht eindeutige Sign.: 'K.' (zumindest einmal auch bei Kuhn).

96, 784 (H); 99, 714 (Chiffre 'K.' -vom Thema her sicher nicht Kuhn, dessen zahlreiche Beiträge sich nur um Frankreich oder um Wirtschaftspolitisches drehen. Dazu verwendete Kn. diese Chiffre in manchen anderen Beiträgen.);103,648 (H, RT); 105, 157 (RT, Reg. IV, 62); 105, 949 (RT, Reg. IV, 12); 105, 951 (RT); 114, 38 u. 268 (RT).

K o b l e r , Andreas (1816 - 1892)

S.J. Kirchengeschichtlicher Schriftsteller in Innsbruck. Prof. f. Kirchengeschichte i. Innsbruck und f. Mathem. i. Preßburg. Rektor des Priesterseminars i. Klagenfurt.

88, 514 u. 848 (Reg. IV, 10); 90, 294 (H, Reg. IV, 55).

K o c h , Hugo (1869 -)

Repetent i. Tübingen. Pfarrer i. Reutlingen. Prof. f. Kirchengeschichte u. Kirchenrecht i. Braunsberg. Schwierigkeiten mit der kirchlichen Zensur (1910 deswegen vom Lehrberuf entbunden; K. galt als 'Modernist'.)
Sign.: 'T.(übingen) H.K.' lt. 115, 961 i. Verb. mit H, RT. (Ohne d. Abkürzung für den Ort ist die Chiffre nicht eindeutig -vgl. dazu auch Keiter, Kellner u. Krose).

118, 749 (H, RT); 123, 132 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

K o e r b e r , (-)

Bamberg.
Sign.: 'Dr. K.' lt. 127, 446 in Verb. mit RT.

K o h l e r , Karl (-)

Kaplan i. Hohenaltheim.

Gez. Art. in Bd. 120. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K o l b , Josef (-)

Pfarrer i. Württemberg.

18, 51 u. 293 u. 353 (Rückverweis von 62, 741); 62, 741 u. 765 u. 855 u. 938 sowie 63, 75 u. 365 u. 551 u. 594 u. 872 (RT); 63, 270 (lt. Hinweis von demselben, der die zuvor genannten Art. geschrieben hat); 64, 127 u. 220 (H, RT).

K o l b , Viktor (1856 - 1928)

S.J. Prediger an der Wiener Universitätskirche. Gründer der Piusvereine i. Österreich.

Gez. Art. in Bd. 117. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K o l p i n g , Adolf (1813 - 1865)

Gründer der Gesellenvereine.('Gesellenvater'). Priester i. Elberfeld. u. Domvikar i. Köln.
Von ihm sind Abdrucke zweier Reden in die HpBl aufgenommen, jeweils nach einer Einleitung durch Jörg in: 28, 581 sowie 30, 36 u. 559 (Schmolcke, 305 u. Einleitung Jörgs).
Kolping war also kein Mitarbeiter im engeren Sinn. Wegen Zeitmangels (Gesellenvereine, Kalender, Zeitungen u. Zeitschriften neben der Pfarrtätigkeit) mußte er auch einen ihm von Jörg angebotenen Aufsatz über das Zunftwesen ablehnen: "Ich selbst komme zu solchen Arbeiten nicht." (Kolping an Jörg, Köln, den 12.9.1855, im RR).

K o m p , Georg Iganz (1828 - 1898)

Regens, dann Domkapitular und Bischof i. Fulda. In seinem Todesjahr noch zum Erzbischof von Freiburg gewählt.

56, 1 u. 106 u. 187 u. 288 (H, 83, 524)

K o s e g a r t e n , W. (1792 - 1868)

Prof. i. Graz u. Wien. Staatswissenschaftl. Arbeiten. Mitarb. an Jarckes 'Berliner Politischem Wochenblatt'.

Mitarbeiter bis 1860 lt. Zusammenstellung der Mitarbeiternamen 'früherer Jahrgänge' im RT. Beiträge allerdings nicht auszumachen.

K r a n z f e l d e r , (-)

Pfarrer i. Oberbayern.

71, 306 (H); 72, 240 (H).

K r ö l l , (-)

Schönthal.

Gez. Art. in Bd. 102. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

K r o s e , Hermann (1867 -)

S.J. Konfessionsstatistiken (!). Valkenburg, Berlin, Luxemburg, Münster u. München.
Sign.: 'H.Kr.' lt 124, 1 i. Verb. mit H, Reg. V, 9 u. Weber 56
Nicht eindeutige Sign.: 'H.K.' (vgl. auch Keiter, Kellner u. Koch

123, 479 u. 545 (H, Reg. V, 9 u. Weber 56).

K r ö s s , (-)

125, 150 (RT); 126, 349 (RT).

K u c h l e n , (-)

Fehlnennung für Bd. 51 in H. Beiträge nicht auszumachen.

K u h n , Hermann (-)

Korrespondent der Hp81 aus Paris. Fast nur über Frankreich; einiges noch über Berlin sowie über wirtschafts- und finanzpol. Themen.

Man kann ihm f a s t alles zuschreiben[1], was aus Paris u. Frankreich vor Ort stammt. (Ausnahmen: Eckstein -aber sehr frühe Bde.; Zimmermann -wenige Art. über Frankreich um 1900). Reflexionen über franz. Politik dagegen sind häufig von Jörg.
Feste Glossen: 'Aus Frankreich' u. 'aus Paris' sowie Art., die überschrieben sind: 'Französische Zustände'.
Sign.: 'Paris , den ... (Datum)' am Schluß eines Artikels.

58, 69 u. 122 u. 199 u. 239 (H); 59, 811 (H); 59, 926 (H, Reg III, 74); 60, 288 (H, Reg. III, 74); 60, 749 (Reg. III, 74); 61, 68 u. 169 u. 249 u. 409 (H); 64, 460 (H); 65, 101 u. 169 u. 241 (H, Reg. III, 32); 65, 151 (H); 66, 158 u. 188 u. 249 u.345 (H); 68,293 (H); 69, 343 u. 401 u. 499 (H); 70, 71 u. 336 u. 446 (H); 71,122 u.173 (H); 72, 957 (Rückverweis von 74, 61 -dort: 'aus Paris'); 74,623 u. 704 u. 817 u. 963 (H); 75, 605 (H); 76, 724 (H); 77, 546-564 (H); 77, 627 (H); 78, 390 (H); 79, 467 u. 955 (H); 80, 784 (H); 81, 128 u. 765 (H); 82, 181 u. 848 u. 925 (H); 84, 321 u. 417 u. 536 u. 898 (H); 85, 625 u. 927 (H); 86, 299 u. 774 (H); 87, 346 u. 681 u. 805 (H); 88, 275 u. 347 u. 764 (H); 89, 456 (H); 89, 803 (RT); 90, 22 u. 81 (H); 92, 175 u. 276 u. 531 (H); 93, 447 u. 763 (H); 94, 673 u. 756 (H); 96, 368 (H) ; 97, 241 u. 865 (H); 98, 16 u. 218 u. 551 (H); 98, 854 (H); 100, 535 (H); 101, 268 (H, RT); 101, 588 (RT); 101, 759 u. 765 u. 885 (H, RT); 103,110 u.287 u.753 u. 914 (H, RT); 104, 512 u. 769 (H, RT); 105, 62 u. 527 u. 603 u. 750 (H, RT); 106, 116 (H, RT); 106, 593 (RT); 107, 72 (H, RT, Rückverweis von 107, 442); 107, 207 (RT); 107, 442 (RT); 107, 605 (H, RT); 107, 775 (H, RT); 108, 633 u. 911 (H, RT); 109, 432 u. 704 u. 836 (H, RT); 110, 450 u. 738 (H, RT); 111, 151 u. 319 u. 756 (H, RT); 112, 120 u.229 u. 422 u. 758 (H, RT); 113, 277 (H, RT); 113, 431 (RT); 113,923 (H, RT); 113, 923 (H, RT); 114, 120 (H, RT); 115, 279 u. 673 u. 848 (H, RT); 116, 55 u. 709 (H, RT); 117, 120 u. 295 u.644 (H,RT); 118,102 (H, RT); 119, 820 (H, RT); 120, 190 (H, RT); 122, 345 (H, RT); 122, 746 (RT); 122, 907 (H, RT); 123, 317 (H, RT); 123, 809 (RT); 124,115 u. 517 u. 904 (RT); 126, 114 (H, RT); 126, 764 (RT); 127, 15 (H, RT); 127, 352 (RT); 127, 697 (H, RT); 128, 665 (H, RT).

K u n s t m a n n, Friedrich (1811 - 1867)

Priester. Prof. f. Kirchenrecht i. München. Akademiemitglied.
Sign.: 'F.K.' lt. 40, 585 i. Verb. mit H u. Almanach 1867, 313.

2, 158 (Almanach 1867, 303); 6, 47 (Almanach 1867, 309); 35, 212 (Almanach 1867, 312); 36, 1030 (daselbst); 37, 25 u. 135 u. 225 (Almanach 1867, 312, Reg. II, 90 u. Rückverweis vom gez. Art. 51, 170); 37, 340 u. 444 (Almanach 1867, 312,Reg. II, 90); 37, 592 (Almanach 1867, 313); 38, 54 u. 158 u. 275 u. 381 (Reg. II, 149); 38, 507 u. 701 u. 793 (Almanach 1867, 313, Reg. II, 90); 38, 1157 sowie 39, 254 (Almanach 1867, 313); 39, 489 u. 589 u. 601 u. 653 u. 666 (H, Almanach 1867, 313, Reg. II, 2); 41, 193 (Almanach 1867, 313, Reg. II, 90); 41, 277 (daselbst, 'Ku' in H); 42,185 (Almanach 1867, 313, Reg. II, 90); 43, 677 (als 'Nachtrag' zu 37,225 bezeich-

1) Dies wurde aber hier nicht getan, da der eindeutige Beweis oft fehlt. Die hier angegebenen Aufsätze sind nur ein Teil seiner Beiträge.

net); 45, 81 u. 197 (H, Almanach 1867, 313, 'F.K.' lt. Reg. II, 2 u. 90); 48, 918 (H, Almanach 1867, 314);

L a c h e m a i r , A. v. (-)

Pfarrer i. Augsburg u. Lindau. Schulinspektor. Sehr viel Schulpolitisches.
Signaturen: 'v.L.' lt. 75, 493 i. Verb. mit H; 'A. v.L.' lt. 76, 132 i. Verb. mit H u. Reg. III, 81 (eindeutig, da Lehmkuhl mit 'A.L.' zeichnete).

69, 201 u. 917 (H); 76, 132 (H, 'A.v.L.' lt. Reg. III, 8); 78, 763 (H); 82, 215 (Reg. IV, 90). Dazu noch gez. Art.

L a e m m e r , Hugo (1835 - 1919)

Konv. 1858. Priester. Subregens i. Breslau. Prof. f. Kirchengeschichte, Kirchenrecht u. Dogmatik i. Breslau.

46, 887 (H, Schwetter, 447); 54, 451 (daselbst).

L a h n e r , K. (-)

Sign.: 'K.L.' lt. 114, 150 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

L a n d w e h r , (-)

Protestant. Halberstadt u. Berlin.
Pseud.: 'von einem protestantischen Historiker' lt. Einsendung d. Manuskriptes für 92, 827 an Binder (Brief vom 12.11.1883 aus Halberstadt im RR).

94, 827 u. 865 - 875 (H); 96, 293 (als 'Nachtrag' zu 92, 827 bezeichnet -dort Pseud.); 101, 443 (H, RT).

L a n g b e h n , Julius (1851 - 1907)

Konv. 1900. Autor des 'Rembrandt-Deutschen'. In späteren Jahren Antisemit . Nicht eigentlich Mitarbeiter, sondern Einsender zur Kritik an seinem Buch.

111, 406 (H, RT, Reg. IV, 82).

L a s a u l x , Ernst v. (1805 - 1861)

Schwiegersohn v. J. Görres. Prof. Würzburg u. München. I. Zus.hang mit d. Lola Montez-Affaire entlassen, später rehabilitiert. Paulskirche u. LT.
Sign.: 'E.v.L.' lt. 42, 577 i. Verb. mit H.
Pseud.: 'Peter Einsiedler' lt. Lasaulx-Biographie von Stölzle, 290 Holland, 15 u. RT.

2, 219 ('Peter Einsiedler' -Fehl: G. Görres lt. Meyers, 69); 2, 503 (Stölzle, 69); 32, 480 u. 557 u. 637 (Reg. I, 138 u. 207, Brühl, 758, Galland, 674, 77, 507, 78, 95).

L a u c h e r t , Friedrich (1863 - 1944)

Zeitweise Altkatholik.

123, 763 (RT); 124, 751 (also nicht nur die zweite -gez.- Rez. lt. RT, Reg. V, 21).

L a u r e n t , Johann Theodor (1804 - 1884)

Apostolischer Vikar f. die nordischen Missionen. Apostolischer Nuntius f.d. Großhzgt. Luxemburg. Titularbischof von Chersones.

6, 497 (Foesser i. 'Frankfurter zeitgemäße Broschüren' 277, Möller II, 27 u. 28 -dort: 'zumindest geistiger Urheber' u. evtl. in Zusammenarbeit mit Lutterbeck).

L e h m k u h l , August (1834 - 1918)

S.J. Dozent f. Moraltheologie i. Maria Laach u. Ditton Hall. Sign.: 'A.L.' lt. 90, 319 i. Verb. mit H.

Evtl.keine weiteren Art. mehr.

L e m b , Franz Josef (-)

Domkapitular.
Sign.: 'F.J.L.' lt 89, 897 i. Verb. mit H.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

L e n d e r , Franz Xaver (1830 - 1913)

Prälat. Reichstagabgeordneter.

Evtl. nur Mitunterzeichner bei 67, 81.

L e n z , Desiderius (1832 - 1928)

O.S.B. Prof. an der Kunsthochschule Nürnberg.

116, 473 u. 549 (Beuroner Bibl., 84, H, RT).

L e o n a r d , L. F. (-)

O.S.B. Beuron.
Sign.: 'L.L.' lt. 112, 825 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

L e r c h e n f e l d - A h a m , Otto Frhr. v. (-)

Gez. Art. in Bd. 74. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

L e s k e r , Bernhard (-)

Zellhausen in Hessen. Prof.

116, 196 u. 253 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

L e u t e , Josef (-)

Gundelsheim i. Schwaben.

Gez. Art. ab Bd. 119.

L e y d e n , Charlotte Gräfin v. (-)

63, 898 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

L i e b e r , Moritz (-)

Vater des Zentrumspolitikers Ernst Lieber. Nassauischer Legationsrat u. bischöfl. Berater i. Limburg. Verteidiger d. Pius-Vereins-Bewegung in den Hp81 gegen Jarcke.

24, 109 (Cramer, 164, Bachem I, 238 u. II, 150). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

L i n d a u , Jakob (1833 - 1898)

Priester. Badischer Zentrumspolitiker.

Evtl. nur Mitunterzeichner in 67, 81.

L i n g g , Max (-)

103, 926 (Nennung auf S. 928, RT, Reg. IV, 47).

L i n h o f f , (-)

Geheimer Regierungsrat i. Berlin.

97, 537 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

L i n s e n m a y e r , A. (-)

Cand. theol., dann Lycealprofessor i. München.

Gez. Art. in Bd. 127.

L o c h n e r , Georg Wolfgang (1798 - 1882)

Gymnasialdirektor u. Stadtarchivar i. Nürberg. Lokalgeschichtl. Forschungen.
Sign.: 'Dr.L.' lt. 74, 841 i. Verb. mit H u. Reg. III, 64.

44, 378 - 395 u. 441 (H); 45, 548 (H); 46, 943 (H); 50, 239 (H); 52, 174 (H); 53, 459 (Verweis auf 46, 943); 66, 299 u. 614 (H).

L o r i n s e r , Carl Ignaz (1796 - 1853)

Medizinalrat i. Schlesien.

9, 558 (Autobiogr. C.I.Loriser II, 97, Schulze, 416); 10, 321 u.

697 (daselbst); 18, 597 (32, 683); 28, 597 (32, 683); 28, 705 u. 722 (32, 683); 29, 824 (32, 683).

L o r i n s e r , Franz (1821 - 1893)

Sohn des oben Genannten. Domkapitular i. Breslau. Herausgeber des 'Schlesischen Kirchenblattes'.

Schrieb einzelne Buchanzeigen für d. HpBl (Autobiogr. F.Lorinser II, 29 u. 30.).

L o r i t z , H. (-)

Chur. Sign.: 'H.L.' lt. 114, 314 i. Verb. mit RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

L ö w e n s t e i n , Karl Fürst zu (1834 - 1921)

1872 - 1898 Kommissar und Organisator der deutschen Katholikentage Wurde i. Jahr 1907 Dominikaner u. 1908 Priester. Vor sm. Klostereintritt Mitglied der I. Kammer v. Bayern, Baden, Hessen u. Württemberg sowie Reichstagsmitglied.

Übermittler von 106, 520 u. 557 u. 746 u. 903 sowie 107, 125 u. 271(H; die Redaktion in 106, 520 -Fußnote: "Der Name des Verfassers ist uns selber n i c h t bekannt.")

L u d w i g , A. (-)

Prof.

Gez. Art. in Bd. 128.

L u k a s , Joseph (1834 - 1878)

Pfarrer u. Militärkuratus i. der Oberpfalz bzw. i. Regensburg. Zum extremen Flügel der Bayer. Patriotenpartei (Bucher, Rittler) zählend. Zollparlament u. LT.

Mitarbeit an Bd. 62 lt. Zusammenstellung der Mitarbeiternamen für diesen Band im RT. Artikel nicht auszumachen.

L u t t e r b e c k , Johann Anton (1812 - 1882)

Priester u. Prof. f. Exegese, Apologetik, Dogmatik u. Philologie i. Gießen.

Evtl. 6, 497 in Zusammenarbeit mit Laurent. (Vgl. Laurent.)

M a a ß , Heinrich (1826 - 1895)

Konvertit. Erzbischöfl. Kanzleidirektor i. Freiburg.

42, 793 u. 848 (H, Gönner/Sester, XVIII); 52, 875 u. 868 (H); 53, 362 (Fortsetzg. von 52, 868, H); 57, 495 (H, selbständige Broschüre bei Herder); 59, 470 - 490 u. 545 - 563 (H); 62, 603 (H); 64, 534 u. 631 (H); 65, 653 u. 913 sowie 66, 111 (H); 66, 59 (H);

76, 920 (H); 78, 357 u. 545 (H); 110, 404 (H, RT); 111, 511 (H, RT); 112, 207 (H, RT).

M a c h e , Linus (-)

Bischöflicher Sekretär i. Breslau.

57, 839 (eigene Zuschreibung wegen: 'aus Breslau' u. Chiffre 'L.M.'); 70, 419 (H); 76, 443 (H).

M a j a n o v i c , Theodor v. (-)

Budapest.

Gez. Art. in Bd. 125. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M a j u n k e , Paul (1842 - 1899)

Pfarrer i. Schlesien u. Berlin. 1871 - 1874 Chefredakteur der 'Germania'. Reichstagsmitglied.
Sign.: 'P.M.' lt. 100, 444 i. Verb. mit H u. Reg. IV, 9 u. 20.

99, 546 u. 659 u. 754 (Reg. IV, 55); 101, 137 (H, RT); 104, 503 (RT, Reg. IV, 15 u. 79); 107, 761 - 772 (H); 109, 898 (H, RT); 112, 157 (H, RT, Reg. V, 41); 112, 263 (daselbst); 117, 483 (H, RT); 117, 750 (H, RT); 119, 100 (RT); 120, 36 (H, RT, Reg. V, 63); 121, 108 (H, RT); 121, 121 u. 219 (RT); 122, 462 (RT, Reg. V, 60).

M a n n d o r f f , Rudolf Frhr. v. (-)

Frankfurt. Signaturen: 'R.v.M.' lt. 123, 417 i. Verb. mit H, RT u. Reg.V,3 sowie:'F.(rankfurt) M.' lt. 124, 327 i. Verb. mit RT u. Reg. V, 44.

M a n n l , Oswald (-)

Ordensgeistlicher aus Pilsen.
Sign.: 'O.M.' lt. 112, 458 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M a r k w a r t , (-)

Legationsrat i. Österreich. Evtl. romanischer Schweizer oder Franzose, denn zu Art. 60, 574 merkte die Red. an: "Der Artikel ist uns in französischer Sprache zugekommen."

60, 574 (H); 65, 208 (H); 69, 481 u. 579 (H).

M a r x , Wilhelm (1863 - 1946)

Berlin. Gerichtspräsident. Landtag u. Reichstag. Mehrfach Reichskanzler zwischen 1923 u. 1928.

103, 831 (H, RT). Wahrscheinlich noch einige Art. nach 1900.

M a u r e r , Josef (1853 - 1894)

Pfarrer i. Niederösterreich. Mitarbeiter an zahlreichen katholischen Journalen. Redakteur der vom 'Katholischen Schulverein' in Wien hrsg. 'Christlichen Familie'.
Sign:'J. M....r' lt. 99, 290 i. Verb. mit Truxa, 162, Reg. IV, 93 u. 121, 124.

101, 36 (Truxa, 162, 121,124); 101, 176 u. 287 (RT, Truxa,162 ,121, 125).

M a u s b a c h , Joseph (1861 - 1931)

Prof. f. Moraltheologie u. Apologetik i. Münster. Dompropst daselbst.

Gez. Art. in Bd. 116. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M a y e r , Joseph (-)

Fürstl. Rat in Regensburg.

54, 28 (H). Dazu noch gez. Art.

M a y e r h o f e r , Joseph (-)

Archivar i. München u. Speyer.
Sign.: 'J.M.' lt. 91, 581 i. Verb. mit H.

Dazu noch gez. Art.

M e i e r , Gabriel (1845 - 1924)

O.S.B. Einsiedeln. Nicht eindeutige Sign.: 'P.G.' (vgl. auch Gams).

105, 944 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

M e i n h e l d , Aurel Emanuel (-)

Konv. 1851. Pfarrer i. Hofkirch.

68, 147 (H, Reg. III, 18); 70, 257 (nennt eine von ihm verfaßte Broschüre mit vollständigem Titel, dazu H).

M e i n h o l d , Georg (1821 - 1863)

Konv. 1861. Bruder d. oben Genannten.

26, 282 (Selbstanzeige lt. Janssen-Böhmer III, 25).

M e i s t e r , Alois (1866 - 1925)

Nicht eindeutige Sign.: 'Dr.M.' (vgl. auch Münz).

74, 206 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M e m m i n g e r , Anton (-)

Redakteur i. Würzburg u. München .
Sign.: 'O.St.' (sein Pseud. war 'Oswald Stein') lt. 86, 509 i. Verb
mit H u. Reg. IV, 69.

91, 707 (H); 91, 809 (H, Brief an Binder aus München vom 3.4.1883
im RR); 91, 893 (H, Brief an Binder aus München v. 20.4.1883 i. RR);
92, 38 u. 121 u. 233 (H); 97, 893 (H, 122, 777, Zeichng. der Fort-
setzg. in 98, 58).

M e n t z i n g e n , K. Frhr. v. (-)

Schloß Mentzingen i. Baden.

Gez. Art. in Bd. 127.

M e r k l e , Sebastian (1862 - 1945)

Priester. Prof. f. Kirchengeschichte i. Würzburg. Forschungen über
Würzburger Universitätsgeschichte. In der Tradition der 'Tübinger
Schule' stehend.
Sign.: 'S.M.' lt. 121, 53 i. Verb. mit H.

113, 206 u. 265 u. 689 (RT); 124, 836 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

M e r t e n s , (-)

Pfarrer bei Paderborn.

Gez. Art. in Bd. 123. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M e t z e n , v. (-)

Boppard.

114, 800 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M e y e r , Bernhard Ritter v. (1810 - 1874)

Luzern. Vertrat die katholische Kirche, die Jesuiten u. die Klö-
ster als Advokat gegen republikanischen Radikalismus. 1848 aus der
Schweiz vertrieben. Polit. Laufbahn i. Österreich. Ministerialrat
Innenministerium. Beim Zustandekommen des Konkordats von 1855 be-
teiligt.

44, 185 (H). In früheren Bänden der Hp81 befinden sich sicherlich
noch mehrere Artikel Meyers, da er in der Zusammenstellung über d.
'Mitarbeiter in den ersten 12 Jahren , 1838 - 1850' im RT erwähnt
ist.

M e y e r , Rudolph (-)

Volkswirt.

Gez. Art. in Bd. 107. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M e y r , F. (-)

Hofgerichtsrat i. Konstanz. Zuweilen Berichterstattung aus der Schweiz.
Nicht eindeutige Sign.: 'F.M.' (vgl. auch Moos).

100, 774 u. 821 u. 909 (H); 105, 101 (H, RT, Verweis auf 100,774); 111, 268 u. 337 u. 424 (H, RT, Reg. IV, 92); 113, 99 (H, RT, Reg. V, 68).

M i t t e r m ü l l e r , Rupert (1814 - 1893)

O.S.B. Bibliothekar u. Prior i. Metten.
Sign.: 'P. R.M.' lt. 62, 837 i. Verb. mit H u. Reg. III, 102.

58, 846 (H); 94, 927 (Reg. IV, 37).

M ö h l e r , Adam (1796 - 1838)

Mit dem Begründer Drey zusammen der bekannteste Vertreter d. frühen 'Tübinger Schule'. Mithrsg. d. 'Theologischen Quartalsschrift'. Prof. f. Kirchengeschichte i. Tübingen; kurz vor sm. Tod Berufung an die Universität München. Projektierte Mitarbeit an d. HpBl. Vertreter einer irenischen Richtung im deutschen Katholizismus nach seinem Vorbild Sailer.

Posthumer Abdruck aus seinen Schriften in den HpBl: 1, 132 (nach einer Einleitung von J. Görres, von Brentano an die Redaktion gegeben lt. Diel-Kreitten II, 462); 2, 185 sowie 4,1 u. 129 sowie 8, 17 sowie 10, 564 sowie 19, 725 (meist 'Reliquien von Möhler' überschrieben u. von der Redaktion eingeleitet.) Döllinger war der posthume Herausgeber von Möhlers Schriften, deshalb ist evtl. an seine Initiative zum Abdruck der Texte zu denken.

M o l i t o r , Raphael (1873 - 1948)

O.S.B. Abtpräses i. Beuron.

Gez. Art. in Bd. 127.

M o l i t o r , Wilhelm (1819 - 1880)

Domkapitular i. Speyer. Konsultor anläßlich der Vorbereitung des Vatikanums. Mitglied des LT. Gründung von Pressevereinen u. Druckereien.

62, 889 (H); 83, 17 (H, Reg. IV, 97).

M o o s , Ferdinand (-)

Konsul i. Paris.
Nicht eindeutige Sign.: 'F.M.' (vgl. auch Meyr).

107, 833 (H, RT); 108, 561 (H, RT, Reg. IV, 2); 108, 838 (H,RT); 113, 370 (H, RT).

M o r g o t t , Franz (1829 - 1900)

Dozent f. Philosophie u. Dogmatik am bischöfl. Lyceum i. Eichstätt. Domkapitular u. Domdekan.

Gez. Art. in Bd. 92. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M ö s c h b a c h e r , Joseph (-)

Sign.: 'Js. M.bacher' lt. 102, 811 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M o u f a n g , Franz (1817 - 1890)

Lange Zeit Herausgeber des 'Katholiken'. Dozent f. Moraltheologie u. Regens am bischöfl. Seminar i. Mainz. Vertreter Kettelers i. LT. Reichstagsmitglied.

66, 289 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M o y d e S o n s , Karl Ernst Frhr. v. (1799 - 1867)

Prof. f. Kirchenrecht i. Würzburg, München u. Innsbruck. Begründer der kirchenrechtlichen Fachzeitschrift 'Archiv für katholisches Kirchenrecht' und zusammen mit Vering langjähriger Herausgeber. Mitarbeit an führenden katholischen Journalen Frankreichs. Lange Zeit auch Herausgeber der 'Augsburger Postzeitung'.

2, 377 (RT); 44, 215 (H); 48, 270 (H mit ?); 54, 993 (H); 55, 141 (H); 58, 31 (H).

M u f f a t , Karl August v. (1804 - 1890)

Bayerischer Reichsarchivrat. Auch an der Hof- und Staatsbibliothek tätig. Archivar der Stadt München. Mitglied d. Akademie u. des 'Historischen Vereins von Oberbayern'. Mitarbeit an den 'Monumenta Boica'.

32, 12 u. 99 (62, 411). Wahrscheinlich stammen von ihm noch mehrere Art., da im RT seine Mitarbeit zwischen 1838 und 1850 erwähnt wird.

M ö g l i c h , Karl (1793 - 1862)

Konv. 1839. Priester i. Landshut. Mitarbeit an 'Sion' i. Augsburg.

10, 745 (Brief an d. Redaktion vom 18.11.1859 im RT).

M ü l l e r , August (-)

Geistlicher am Camposanto i. Rom.

Mitarbeit an Bd. 81 lt. Sammlung der Mitarbeiternamen für diesen Band. Art nicht auszumachen. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M ü l l e r , Eduard (-)

Freiburg. Cooperator am St. Martin.

Gez. Art. in Bd. 9.

M ü l l e r , Reinhard (-)

Hildesheim.

Gez. Art. ab Bd. 124.

M ü n z , (-)

Kaplan i. Frankfurt. Pfarrer i. Oberhöchstadt und Kircheis. Archäologe.
Sign.: 'Frankfurt a.M. Dr. M.' lt. 62, 177 i. Verb. mit H.

62, 792 (Kraus-Tagebücher, 266); 63, 724 (H); 67, 347 u. 424 (H, Reg. III, 88); 71, 494 (H, Reg. III, 42); 72, 185 (H); 74, 370 (H); 84, 103 u. 334 (H, Reg. IV, 60); 85, 913 (H, Reg. IV, 13); 101, 237 u. 321 u. 397 u. 600 (H, RT).

M ü n z e n b e r g e r , Ernst (1833 - 1890)

Kunst- und Kulturhistoriker. Stadtpfarrer i. Frankfurt. Domkapitular i. Limburg.

75, 49 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

M u t h , Franz Alfred (-)

Literaturhistoriker i. Dombach.
Sign.: 'F.A.M.' lt. 101, 560 i. Verb. mit RT, Reg. IV, 63 u. Brunner, 156.

Dazu noch gez. Art.

M u t k e , Sylvester (- 1864)

52, 231 (H mit ?); 52, 949 (H, Reg. III, 37); 53, 523 (Reg. III, 66).

N a e g e l e , A. (-)

Prof. aus Marburg (Drau).
Sign.: 'A.N.' lt. 99, 149 i. Verb. mit der Erwähnung seines Namens bei der Sammlung der Mitarbeiternamen für diesen Band im RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

N a t h u s i u s , Philipp v. (-)

Rudolfstadt.

Gez. Art. in Bd. 99. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

N e h e r , A. (-)

128, 286 (H, RT).

N e ß l e r , N. (-)

Brixen.

Gez. Art. ab Bd. 123.

N e u k i r c h , (-)

Pfarrer i. Liegnitz. Dann Domherr i. Breslau.

15, 266 (Reg. I, 250, Beschreibung des Art. im RT). Evtl. noch weitere Art., da N. genannt i. d. Zusammenstellung der Mitarbeiternamen im 1.Jahrzehnt, 1838 - 1848, im RT.

N i e d e r m a i e r , A. (-)

Repetent am Priesterseminar i. Ehingen. Pfarrer i. Ravensburg.

106, 317 (RT, Reg. IV, 107). Dazu noch gez. Art.

N i e d e r m a y e r , Andreas (1835 - 1872)

Pfarrer. Verfasser einer bekannten Broschüre über die Situation der katholischen Presse (vgl. Kap. I.2. u. I.4.3).Kunsthistoriker.

43, 345 (H); 52, 745 (H); 56, 562 u. 967 u. 976 (Literarischer Handweiser 1872-, 34); 58, 873 (daselbst); 59, 63 - 67 (H).

N i e m ö l l e r , J. (-)

S.J. Frankfurt a. Main.
Sign.: 'J.N.' lt. 97, 626 i. Verb. mit H.

101, 50 (RT, Reg. IV, 58).Dazu noch gez. Art.

N i k o l a j , (-)

Prof. aus Wiesbaden.

57, 23 (Reg. III, 14, Fortsetzg. in 62, 686); 62, 686 (H, Reg. III, 14); 62, 925 (daselbst); 63, 597 u. 773 (Fortsetzg. von 62, 925, Reg. III, 14); 64, 434 u. 708 (weitere Fortsetzg., H, Reg. III, 14).

N i r s c h l , Josef (1823 - 1904)

Priester. Dozent f. Kirchengeschichte i. Passau. Prof. f. Kirchengeschichte i. Würzburg. Dort auch Domdekan.

69, 514 u. 598 (H); 72, 657 - 680 (H); 73, 253 u. 333 (Funk I, 17, H, Reg. III, 75, 90, 745); 73, 966 (H, 112, 76). Dazu noch gez. Art.

N i s i u s , Johannes Baptist (1853 - 1922)

S.J. Prof. f. Exegese i. Innsbruck.

Gez. Art. in Bd. 124. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

N i x , Hermann (1841 - 1914)

S.J. Rektor u. Exerzitienmeister i. Maria Laach. Schriftsteller.

93, 485 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

N o l t s c h , W. O. (-)

Maler i. Wien.

Gez. Art. ab Bd. 90.

N o s t i t z - R i e n e c k , Robert v. (1856 - 1929)

S.J. Dozent f. Geschichte an der 'Stella Matutina' i. Feldkirch. Spiritual i. Freising. Exaeten u. Rom.

Sign.: 'R.v.N.' lt. 120, 295 i. Verb. mit H u. 125, 19.

109, 503 (H, RT); 111, 252 (H, RT); 114, 591 (H, RT); 125, 657 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

O b e r c a m p , P. Baron v. (-)

Bayern.

112, 169 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

O r t e r e r , Georg (1849 - 1916)

Rektor des Luitpold-Gymnasiums i. München. Schulrat. Präsident der II. Kammer des LT. Reichstagsmitglied. Zusammen mit Kehrbach Begründer der 'Monumenta Germaniae Paedagogica'.

81, 491 (H); 93, 699 (H); 99, 953 (109, 245); 106, 762 u. 871 (H, RT); 115, 515 (H, RT, Reg. V, 4).

O s t e r m a y e r , (-)

78, 610 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

O t t o , Karl (1832 - 1902)

Repetent am Priesterseminar i. Breslau. Priester.

Gez. Art. in Bd. 74. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

O w , Anton Baron v. (-)

Burghausen. Direktor des Verwaltungsgerichtshofes.
Sign.: 'A.v.O.' lt. 125, 815 i. Verb. mit H u. RT.

P a n s k e , Johann Leopold (-)

Curatus i. Reinickendorf bei Berlin.

Gez. Art. in Bd. 106. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P a p e , v. (-)

Geheimrat i. Celle. Vizepräsident eines norddeutschen Gerichtshofes.

67, 547 (H, 'Geheimrat v.P. in Celle' lt. Reg. III, 27 -Fehl: Jör
lt. Martin, 63). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P a s t o r , Ludwig (1854 - 1928)

Durfte als erster Historiker das päpstliche Geheimarchiv benutzen
Prof. i. Innsbruck u. Nachfolger Sickels als Leiter d.'Österreichi
schen Historischen Instituts' i. Rom. 1916 Erhebung i. d. Freiherrn
stand. 1921 zum österreichischen Gesandten beim Vatikan berufen.
Bekanntestes Werk: Papstgeschichte.
Sign.: 'L.P.' lt. 80, 712 i. Verb. mit H, Reg. III, 55, Dengel in
H Jb. 49, 10, Pastor-Tagebücher , 109 u. Zeichnung der Nachfolge-
art. 81, 102 u. 204 u.s.w.).

78, 873 (Pastor-Tagebücher, 90, Dengel in HJb. 49, 9); 81, 235 (H
91, 468 (H). Dazu noch (viele) gez. Art.

P a u l u s , Nikolaus (1853 - 1930)

Priester. Mußte die Seelsorgetätigkeit aus Gesundheitsgründen auf
geben. Forschungen über Luther. Widerlegte beispielsweise die The
se Majunkes von Luthers Selbstmord.
Sign.: 'N.P.' lt. 108, 709 i. Verb. mit RT u. 126, 681.

114, 1 (RT, Reg. V, 33); 114, 159 (Rückverweis vom gez. Art. 125,
681). Dazu noch gez. Art.

P e r g e r , Alois Clemens (1816 - 1910)

S.J.? Domkapitular i. Münster.

125, 381 u. 461 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P e s c h , Tillmann (1836 - 1899)

S.J. Exegeten.

Gez. Art. in Bd. 88. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P e t e r s , Johann (1831 - 1897)

Luxemburg.
Sign.: 'Luxemburg P.' lt. 82, 178 i. Verb. mit Reg. IV, 56.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P e t e r s , Norbert (1863 - 1938)

Paderborn. Priester. Prof. f. Exegese u. Domkapitular.
Nicht eindeutige Sign.: 'X.' (vgl. auch Adams, Knie u. Pfülf.)

117, 272 (H, RT, Stange III, 124). Dazu noch gez. Art.

P e t r y , Dominikus (-)

O.S.B. Prag
Signaturen: '***' lt. 122, 790 i. Verb. mit H u. RT (eindeutig, da Reumonts Sign.: '***'; eine weitere Sign. mit Sternchen nicht auflösbar: '*****'); ferner: 'D.P.' lt. 126, 425 i. Verb. mit RT, sowie '---y' lt. 127, 777 i. Verb. mit H u. RT.

125, 43 (H, RT); 127, 278 (RT); 128, 599 u. 814 (H, RT).

P f e i f e r , Franz Xaver (-)

Dillingen.
Sign.: 'Dr. Pf.' lt. 91, 663 i. Verb. mit H; 'Pf.' lt. 97, 69 i. Verb. mit Reg. IV, 54; 'Dr. X.Pf.' lt. 99, 640 i. Verb. mit Reg. IV, 4. (letztgenannte Signatur auch ohne 'Dr.')

94, 527 (H); 96, 390 (H, 109, 222 u. 226); 97, 369 (Reg. IV, 54); 101, 196 (RT); 104, 227 (H, RT, Reg. IV, 40).

P f e i l s c h i f t e r , Johann Nepomuk (-)

Regensburg.

70, 157 u. 359 u. 585 (H); 123, 153 (RT).

P f ü l f , Otto (1856 -)

S.J. Dozent i. Ditton Hall u. am Germanicum. Biograph Kettelers. Nicht eindeutige Sign.: 'X.' (vgl. auch Adams, Knie u. Peters.)

100, 380 (H); 114, 749 (H, RT); 128, 365 (H, RT).

P h i l l i p s , George (1804 - 1872)

Konv. 1828. Aus Norddeutschland. Zusammen mit G. Görres Begründer u. Herausgeber der HpBl bis z. Jahr 1852. Prof. f. Kirchenrecht i. München, Innsbruck u. Wien.

1, 48 (Übereinst. mit VS I, 376, Biogr. G. Görres', 337 -Fehl: Döll. lt. Friedrich II, 132 u. -nach ihm- Lösch/A., 518); 1, 80 (Übereinst. mit VS II, 68); 1, 291 (Übereinst. m. VS I, 310); 2, 121 (Übereinst. mit VS II, 1); 2, 397 (Übereinst. mit VS II, 99); 4, 117 (15,322); 4, 193 (Übereinst. mit VS II, 226); 4, 274 (Übereinst. mit VS II, 270); 4, 366 (Übereinst. mit VS I, 303); 4,434 (Übereinst. mit VS II, 222); 4,449 (Übereinst. mit. VS II, 80); 5, 4 u. 98 u. 129 (Übereinst. mit VS II, 86 -Fehl: Döllinger lt. Lösch/A., 521); 6, 736 (Übereinst. mit VS II, 304); 7, 52 u. 83 (Übereinst. mit VS II, 313); 8, 129 (lt. Friedrich II, 133 'wahrscheinlich'); 8, 464 u. 665 (Übereinst. mit VS II, 239); 8, 672 (Übereinst. mit VS II, 391); 8, 722 (Übereinst. mit VS II, 239); 9, 1 (Übereinst. mit VS II, 278); 9, 698 (Übereinst. mit VS II, 86 -Fehl: Döllinger lt. Lösch/A., 521); 10, 493 (Übereinst. mit VS II, 278); 11, 151 (Übereinst. mit VS II, 188); 12, 255 (Übereinst. mit VS I, 188); 12, 610 (Übereinst. mit VS II, 170); 18, 309 (Übereinst. mit VS I, 75); 19, 408 (Übereinst. mit VS II, 207); 20, 95 (daselbst); 20, 351 (Übereinst. mit VS II, 384); 20, 740 (Übereinst. mit VS II, 549); 21, 75 (Übereinst. mit VS II, 377); 21, 310 (Übereinst. mit

VS II, 565); 21, 423 (Lösch/A. -hier richtig, Pölnitz in HZ 155,5
22, 753 (RT); 23, 367 (Reg. I, 190 , Jochner-Br., Übereinst. mit
III, 36-92,Teilausschnitt); 24, 145 (Übereinst. mit VS II, 362);
537 (Übereinst. mit VS II, 113); 24, 689 (Übereinst. mit VS I, 38
- Extra-Fehlzuweisung für Phillips: 25, 238 lt. Jochner- Br., ric
tig: 'Über' Phillips u. nicht 'von' Phillips lt. Reg. I, 271 – ; 26,
(Übereinst. mit VS I, 316); 26, 447 u. 492 (daselbst); 26,773 (Übe
einst. mit VS I, 412); 27, 776 (Übereinst. mit VS II, 178); 28, 1
(Übereinst. mit VS I, 1); 28, 114 (Übereinst. mit VS II, 409); 28,
(Übereinst. mit VS I, 423); 28, 291 (Übereinst. mit VS II, 46);
28, 393 (Übereinst. mit VS II, 475); 31, 66 u. 277 (Übereinst. mi
VS II, 599 , Jochner-Br., Reg. I, 271 , 95, 732); 31, 153 (Übere
stimmg. mit VS II, 133); 31, 471 (Übereinst. mit VS II, 419); 31,
(Übereinst. mit VS II, 434); 31, 882 (Reg. I, 271 , Jochner-Br.);
34, 533 (Übereinst. mit VS II, 530); 51, 325 (H, Reg. III, 103,
133, 66); 59, 911 (H, Reg. III, 87); 67, 912 (H, Reg. III, 103);
68, 573 (H); 69, 557 (H, Reg. III, 74 und RT -dort: 'Letzter Beit
von Phillips.

P i c h l e r , Alois B. (–)

Redemptorist aus Österreich.
Sign.: 'P. A.B.' lt. 126, 453 i. Verb. mit H u. RT.(Sign. eindeut
da Bellesheim nur nur mit 'A.B.' zeichnete.)

Dazu noch gez. Art.

P i e p e r , Anton (1854 - 1908)

Prof. f. Kirchengeschichte i. Münster.

Gez. Art. in Bd. 94. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P i e t s c h , J. (–)

Hünfeld. Sign.: 'J.P.' lt. 128, 545 i. Verb. mit RT. (Sign. ein-
deutig, da Pohle mit 'Dr. J.P.' zeichnete.)

Dazu noch gez. Art.

P i l a t , C. Freifrau v. (–)

Sign.: 'C.v.P.' lt. 114, 368 i. Verb. mit RT u. Reg. V, 59.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P i l g r a m , Friedrich (1819 - 1890)

Konv. 1846. Laientheologe. Schriftsteller u. Journalist. Redakte
an d. 'Rheinischen Volkshalle'. Mitbegründer u. für kurze Zeit Ch
redakteur d. 'Germania'. Mitinitiator der Piusvereine.

31, 517 (Casper, 247); 32, 321 u.389 u.530 u.729 u.809 u.865 sowi
33, 914 u.985 (daselbst); 34, 122 u.180 u.272 u.333 (daselbst);
33 u.81 u.177 u.490 u.709 (daselbst); 36, 394 u.489 u. 768 u.982
selbst);37, 198 u.897 u. 1009 u.1121 (daselbst); 38, 679 (daselbs
39, 48 u.260 (daselbst, Stegmann,129 , Lucas, 391/92 -Fehl: Jörg
Poll, 44); 40, 968 (Casper, 248); 42, 20 u.148 u.285 u.449 u.586
selbst); 45, 363 u.530 u.837 sowie 46, 47 u.201 (daselbst, H);
57, 698 (Casper, 248); 58, 352 (daselbst).

P l e n k e r s , Heribert (1869 - 1931)

O.S.B. Beuron.
Sign.: 'H.P.' lt. 118, 259 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V, 5; dazu ersichtlich aus einer Berichtigung i. 118, 468.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P o h l e , Joseph (1852 - 1922)

Dozent f. Exegese, Moraltheologie u. Dogmatik am Priesterseminar i. Leeds; Dozent f. Philosophie am Priesterseminar i. Fulda. Prof. f. Apologetik am der katholischen Univ. Washington, anschließend i. Münster u. Breslau. Mit Gutberlet zus. Herausgeber des 'Philosophischen Jahrbuchs' der Görres-Gesellschaft.
Sign.: 'Dr. J.P.' lt. 93, 670 i. Verb. mit H u. Reg. IV, 28.
(Sign. eindeutig, da Pietsch mit 'J.P.' allein zeichnete.)

Dazu noch gez. Art.

P ö l l m a n n , Ansgar (1871 - 1933)

O.S.B. Beuron.

Gez. Art. ab Bd. 125.

P o p i e l , Paul v. (-)

Gez. Art. in Bd. 107. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P r o b s t , Ferdinand (1816 - 1899)

Liturgieforscher. Prof. u. Dompropst i. Breslau.
Sign.: 'F.P.' lt. 79, 518 i. Verb. mit H, ADB, 89, 908 u. 'Dictionnaire d' archéologie ... IX.2., Sp. 1732 und XIV.2., Sp. 1888.

P r o b s t , R. (-)

Stuttgart.
Sign.: 'P.' lt. 101, 740 i. Verb. mit H, RT u. Reg. IV, 12.

P r ü m , Emil (-)

Sign.: 'E.P.' lt. 123, 262 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

P u c h e r , (-)

Augustiner Chorherr i. St. Florian.

Gez. Art. in Bd. 85. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

Q u i t z m a r , (-)

Mitarbeiter im Jahr 1866 lt. Zusammenstellung der Mitarbeiternamen 'früherer Jahrgänge' im RT.

Art. aber nicht auszumachen.

R ä d l e r , (-)

S.J. Kopenhagen.

81, 17 u. 81 u. 260 u. 426 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

R a m s p e r g e r , E. (-)

Schweiz.
Sign.: 'E.R.' lt. 101, 416 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

R a n f t l , Johann (-)

Graz.

Gez. Art. ab Bd. 121.

R a t z i n g e r , Georg (1844 - 1899)

Pfarrer i. München. Sozialpolitiker. Mitglied des LT und des RT.
Forschungen zur bayerischen Geschichte.
Nicht eindeutige Sign.: 'R.' und 'Dr. R.' ('R.' auch bei F. Reinhard und Reischl, 'Dr. R.' auch bei Renninger.)
Feste Glosse: 'Bavarica'.(Evtl. auch noch 'Socialpolitische Novitäten', doch da nicht ganz sicher, ist diese Glosse in die folgenden Nennungen miteingegangen.)

63, 501 u. 540 (H, Denk, A 4); 64, 1 u. 197 u. 333 u. 585 u. 837 u. 955 (H, Ratzinger, III, Denk, A 4, Rückverweis von 84, 565 u. vm gez. Art. 119, 81); 83, 684 (H, Ratzinger, 426, Denk, A 4 , Reg. IV, 44 u. 83, Rückverweis vom gez. Art. 109, 661); 84, 565 u. 637 u. 732 u. 832 (H, Ratzinger, III, Denk, A 4, Rückverweis vom gez. Art. 119, 81); 89, 443 (H, Denk, A 5, Reg. IV, 94); 90, 354 (H, Denk, A 5); 90, 602 (H, Denk, A 6, Reg. IV, 44); 90, 667 (H, Denk, A 6); 91, 301 (H, Denk, A 6, Reg. IV, 94); 91, 461 (H, Denk, A 7); 92, 341 (H, Denk, A 7, Reg. IV, 58); 92, 744 (H, Denk, A 7); 93, 53 (H, Denk, A 7); 103, 484 (RT, Denk, A 8, Reg. IV, 26); 103, 967 (RT); 104, 274 (H, RT, Reg. IV, 75, Denk, A 8, Rückverweis vom gez. Art. 118, 463); 106, 64 (H, RT, Denk, A 8, Reg. IV, 43, Ratzinger, 574); 108, 316 (H, RT, Denk, A 8); 108, 822 (Berufung auf den gez. Art. 103, 617, RT, Denk, A 9, Reg. IV, 56); 109, 48 (H, RT, Denk, A 9, Reg. IV, 16); 109, 565 (H, RT, Denk, A 9, Reg. IV, 93); 109, 930 (RT, Denk, A 9); 110, 97 (H, RT, Denk, A 9, Reg. IV, 7); 110, 123 (H, RT, Denk, A 9); 110, 187 (H, RT, Denk, A 9, Reg. IV, 7); 110, 346 (Denk, A 9, RT); 110, 582 (H, RT, Denk, A 9, Reg. IV, 9); 110, 878 (H, RT, Denk, A 10, Reg. IV, 49); 111, 66 (H, RT, Denk, A 10); 111, 528 (daselbst u. Reg. IV, 105); 112, 433 (H, RT, Denk, A 10,

Reg. IV, 86); 112, 622 (H, RT, Denk, A 11); 112, 930 (RT); 115, 69 (RT); 119, 292 (Denk, A 13, Reg. V, 5); 119, 393 (RT, Denk, A 13, Reg. V, 2); 119, 774 (Fortsetzg. des gez. Art. 118, 301, Reg. IV, 26); 119, 934 (Denk, A 14); 120, 66 (Reg. V, 22); 121, 605 (RT, Reg. V, 10); 122, 210 (H, RT, Reg. V, 67); 122, 772 (H, RT, Denk, A 15).

R a u s c h e n , Gerhard (1854 - 1917)

Prof. f. Kirchengeschichte i. Bonn.

Gez. Art. in Bd. 119. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

R e i c h e n s p e r g e r , August (1808 - 1895)

Appellationsrat. Paulskirche. Mitgründer der 'katholischen Fraktion' als unmittelbarer Vorläuferin des Zentrums. Landtags- u. Reichstagsabgeordneter. Viele kunstgeschichtl. Artikel.

6, 60 - 61 (Pastor-Reichensperger II, 449). Dazu noch gez. Art.

R e i c h e n s p e r g e r , Peter (1810 - 1892)

Obertribunalrat. Paulskirche. Mitbegründer der 'katholischen Fraktion' (die auch 'Fraktion Reichensperger' genannt wurde). Landtags- u. Reichstagsabgeordneter. Hauptsächl. juristische Themata.
Sign.: '(Berlin) Dr. P.R.' lt. 98, 641 i. Verb. mit H, Reg. IV, 78.
Pseud.: 'Von einem preußischen Juristen'. (Bachem nennt sich rheinpreußischer Jurist' u. Lieber 'praktischer Jurist'.)

Dazu noch gez. Art.

R e i n e r d i n g , Franz Heinrich (1814 - 1880)

Dozent an den Priesterseminaren i. Fulda u. Durham. Domkapitular i. Fulda.

50, 387 (Fortsetzg. i. 51, 121 u. 412 u. 792 - diese i. Reg. III, 33 Reinerding zugeschrieben -Fehl: Mutke lt. H, hier meine Entscheidung zwischen Reg. u. H); 53, 385 u. 442 - 459 u. 538 u. 652 u. 726 u. 861 u. 994 (H, Reg. III, 33); 54, 577 - 593 u. 667 - 680 (H, Reg. III, 33); 56, 26 - 44 (als 'Nachträge' zu 54, 667 - 680 bezeichnet, H, Reg. III, 33); 56, 421 (H, Reg. III, 42).

R e i n h a r d , Franz (-)

Justizrat i. Ehrenbreitstein.
Nicht eindeutige Sign.: 'R.' (vgl. auch Ratzinger u. Reischl).

83, 548 (H, Reg. IV, 9, 112, 76); 105, 875 (RT, Anm. der Red. in 105, 876).

R e i n h a r d , Heinrich (-)

Maler i. Wien

Gez. Art. ab Bd. 111.

R e i s c h l , Wilhelm Karl (1818 - 1873)

Lycealprofessor i. Amberg u. Regensburg. Danach Habilitation u. Professur i. München.
Sign.: 'W.K.R.' lt. 64, 879 i. Verb. mit Reg. III, 81.
Nicht eindeutige Sign.: 'R.' (vgl. auch Ratzinger u. F. Reinhard.)

49, 475 (H); 49, 783 (Berufung auf 49, 475).

R e i t h m a y r , Franz Xaver (1809 - 1872)

Schüler Möhlers. Prof. f. Exegese i. München.

9, 401 u. 529 (RT); 9, 673 (RT); 10, 175 (RT); 39, 336 (H).

R e n n i n g e r , Johann Baptist (1829 - 1892)

Priester. Subregens u. Regens am Priesterseminar i. Würzburg. Domkapitular.
Sign.: 'W.(ürzburg) R.' lt. 98, 929 i. Verb. mit H, Reg. IV, 38 u. Brunner, 152.
Nicht eindeutige Sign.: 'Dr.R.' (vgl. auch Ratzinger.)

74, 613 (H); 109, 121 (obenstehende eindeutige Chiffre -Fehl: Duhr lt. H, RT).

R e u m o n t , Alfred v. (1808 - 1887)

Preußischer Geheimer Legationsrat i. Italien. Katholik. Gegen den Einfall ital. Truppen i. den Kirchenstaat. Verfasser einer Geschichte Roms.
Sign.: '* * *' lt. 84, 527 i. Verb. mit H, RT u. Reg. IV, 26 u. 55 (Sign. eindeutig, da Petry mit '* * * zeichnet; andere Sign. mit Sternchen nicht auflösbar: '* * * * *').

77, 577 (H, RT); 79, 484 (H, RT); 80, 777 (Fortsetzg. von 79, 484, H, RT); 88, 502 (H, RT, Reg. IV, 45); 89, 487 (H, RT, Reg. IV, 45); 93, 217 (H, RT, Reg. IV, 62); 96, 511 (H, RT, Reg. IV, 12).

R e u ß , Alexander (1844 - 1912)

Dozent am Priesterseminar i. Trier. 1892 Generalvikar.
Sign.: 'Dr. ---s.' lt. 69, 148 i. Verb. mit H.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

R h o m b e r g , Adolf (-)

Bregenz. Landeshauptmann von Vorarlberg. Mitglied d. Herrenhauses. Prof.
Sign.: 'A.Rh.' lt. 97,852 i. Verb. mit H. Dazu: '-----g.' lt. 78, 53 i. Verb. mit H.

R i c h t e r s , (-)

Westfalen. Regens an einem Priesterseminar (Borromäum).

71, 277 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

R i e g e l , (-)

Advokat i. Freiburg. Mitarbeit an Bd. 82 lt. Zusammenstellung der Mitarbeiternamen für diesen Bd. im RT. Art nicht auszumachen.

R i e s s , Florian (1823 - 1882)

S.J. Repetent i. Tübingen. Gründer u. neun Jahre lang Leiter des 'Deutschen Volksblatts'. Dozent f. Kirchengeschichte i. Maria Laach u. Ditton Hall.

40, 502 u. 600 u. 655 u. 771 sowie 41, 472 (H); 52, 265 (Rückverweis von 54, 364); 54, 364 (H).

R i n g s e i s , Emilie (-)

Tochter Joh. Nep. v. Ringseis'. Herausgeberin von dessen Autobiographie. Schrieb Dramen u. Novellen.

70, 317 u. 524 u. 565 u. 688 u. 828 (H, Reg. III, 94, 116, 166); 87, 881 (Schlußwort zu den von ihr in den Hp8l gebrachten 'Erinnerungen' ihres Vaters); 90, 525 u. 777 (H).
Die Autobiographie ihres Vaters, die in verschiedenen Serien in den Hp8l erschien, wird bei J.N. v. Ringseis angeführt. Dieser hatte sie zwar nicht schriftlich fixiert, aber seiner Tochter diktiert.

R i n g s e i s , Johann Nepomuk v. (1785 - 1880)

Mediziner. Landshuter Kreis um Sailer. Eos-Kreis. Bis zum Jahr 1872 Prof. f. Medizin i. München. Zeitweise auch Rektor der Universität München. (Damals Wechsel i. Jahresturnus)

22, 513 (87, 901, Rings. IV, 423, Reg. I, 245 u. 299); 24, 93 (Reg. I, 299, Rings. IV, 424); 30, 1 u. 65 u. 161 u. 181 u. 251 u. 277 u. 349 u. 432 (Nennung in 161, Rückverweis von 77, 188); 75, 393 u. 477 u. 591 u. 731 u. 837 (lt. Reg. III, 84: 'nach J.N. Ringseis Erzählungen u. Briefen von seiner Tochter Emilie Ringseis aufgeschrieben' - später als selbständiges Werk in Regensburg, 1888); 76, 1 u. 157 u. 410 u. 579 u. 743 u. 823 u. 903 (daselbst); 77, 188 u. 409 u. 513 u. 665 u. 762 u. 901 (daselbst); 78, 22 u. 186 u. 421 u. 585 u. 749 u. 901 (daselbst); 79, 81 u. 253 u. 665 (daselbst); 80, 1 u. 177 u. 349 u. 513 (daselbst); 81, 161 u. 329 u. 801 (daselbst); 85, 177 u. 270 u. 526 u. 683 (daselbst); 88, 16 u. 161 u. 233 u. 393 (daselbst).

R o d y , H. (-)

Pfarrer i. Oestrich am Rhein.

Gez. Art. ab Bd. 120.

R o h , Petrus (1811 - 1872)

S.J. Schweiz. Prof. i. Fribourg (kathol. Univ.) u. Luzern. Volksmissionen.

Gez. Art. ab Bd. 55.

R o h l i n g , August (1839 - 1931)

Prof. f. Exegese i. Münster u. Prag, f. Moraltheologie i. Milwaukee. Kanonikus i. Prag. 1898 zensuriert u. vom Lehramt entfernt. Antisemit.

Gez. Art. in Bd. 100. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

R ö h m , J. B. (-)

Regens am Priesterseminar i. Passau. Domkapitular.

75, 473 (eigene Zuschreibung wegen der Chiffre 'J.B.R.'); 92, 676 (H); 97, 645 (H); 103, 39 (H, RT); 120, 1 u. 101 u. 157 (RT, Reg. V, 24). Dazu noch gez. Art.

R o h r , Iganz (-)

Repetent i. Tübingen. Später Prof. i. Straßburg u. Tübingen.
Sign.: 'Dr. I.R.' lt. 125, 302 i. Verb. mit H u. RT.

Dazu noch gez. Art.

R o s e n t h a l , David Friedrich (1821 - 1875)

Konvertit. Verfasser der in Kap. IV. 2. des Teils A erwähnten 'Convertitenbilder'.

56, 256 u. 337 (Abdruck aus seinen 'Convertitenbildern' lt. Reg. III, 9, Brunner, 159, 58, 906); 59, 563 u. 633 (H).

R ö s l e r , Augustin (1851 - 1922)

Redemptorist aus Mautern i. der Steiermark. Ordenslektor. Prof. f. Dogmatik i. Fribourg (kath. Univ.) u. Luzern. Befürworter einer streng konfessionellen Richtung in Zentrum und Gewerkschaften.
Sign.: 'A.R. C.ss.R.' lt. 108, 452 i. Verb. mit H, RT u. Reg. IV, 10 u. 31; 'A.R' lt. 113, 313 i. Verb. mit H, RT, Reg. V, 18 u. 171, 562 u. 610.
Pseud.: 'Von einem alten Östereicher', z.B. lt. 122, 330 i. Verb. mit H u. RT.

109, 416 (H, RT); 110, 490 (H, RT); 112, 296 (H, RT); 114, 513 (H, RT); 114, 865 (H, RT); 116, 313 u. 404 (H, RT); 116, 729 u. 789 (H, RT); 118, 112 (H, RT, 171, 531); 118, 577 (H, RT); 121, 900 (RT); 123, 31 (Fortsetzg. des mit dem oben genannten Pseud. versehenen Art. 122, 853, H, RT); 127, 332 u. 402 u. 495 u. 541 u. 746 u. 805 u. 867 (H, RT, Reg. V, 20, 171, 555); 128, 49 u. 157 u. 249 (Fortsetzg. von 127, 867 u. daselbst); 128, 635 (H, RT).

R o ß b a c h , Johann Joseph (1813 - 1869)

Würzburg. Mitglied des LT.
Sign.: 'Dr. Rch.' lt. 57, 942 i. Verb. mit Reg. III, 1.

R o t h , F. W. E. (-)

Archivar. Wiesbaden u. Darmstadt.

99, 925 (RT, Reg. IV, 100). Dazu noch gez. Art.

R o t h e n f l u e , F. (-)

Pfarrer i. Niederbüren (Schweiz).

Gez. Art. in Bd. 90. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

R o t t m a n n e r , Odilo (1841 - 1907)

O.S.B. München. Einfluß von Döllinger, Haneberg u. Deutinger (historisch-kritischer Ansatz). Galt als 'Reformkatholik'. Sign.: 'O.R.' lt. 93, 320 i. Verb. mit H u. Reg. IV, 36.

89, 719 ('P. Odilo' in H -könnte theoretisch auch P. Odilo Wolff sein, aber in der Benützung dieses Pseud. im RT für 108, 296 eindeutig für Rottmanner); 104, 478 (H, Reg. IV, 36 u. 95); 117, 629 (H, RT, Reg. V, 39).

R ü b s a m , Joseph (-)

Regensburg u. Fulda.

Gez. Art. in Bd. 89. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

R ü c k e r t , Karl Theodor (1840 - 1907)

Dozent oder Prof. i. Freiburg. Ordensgeistlicher.

77, 17 u. 874 (H); 95, 710 (Nennung i. der Anm., H); 95, 787 u. 865 (Fortsetzg. von 710, H); 96, 40 u. 278 u. 359 u. 441 (weitere Fortsetzg.)

R u d l o f f , F. v. (-)

Obergerichtsrat i. Bonn.
Sign.: 'F.v.R.' lt. 96, 204 i. Verb. mit H u. Reg. IV, 56; 'v.R.' lt. 95, 154 i. Verb. mit H.

95, 940 (H); 100, 615 u. 675 (H, Reg. IV, 53).

R u e ß , (-)

Kaplan.

Gez. Art. in Bd. 117. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

R u h e , Heinrich (-)

Schriftsteller i. Berlin.

Gez. Art. ab Bd. 101.

R u l a n d , Anton (1809 - 1874)

Pfarrer u. Oberbibliothekar i. Würzburg. Mitglied des LT seit 1848.

43, 502 (H, RT, Leitschuh, 16); 45, 274 u. 735 (H, Leitschuh, 17); 46, 19 (H, Leitschuh, 17); 48, 583 (H, RT, Leitschuh, 18); 49, 141 (Rückverweis von 54, 122); 49, 661 (H, Leitschuh, 19); 49, 913 - 925 (daselbst); 50, 449 (daselbst); 50, 975 (H); 50,989 (Leitschuh 20); 51, 598 u. 645 (Leitschuh, 20, Reg. III, 106, 90,671); 52, 51 (H, Leitschuh, 20); 53, 109 (daselbst, Reg. III, 92); 54, 122 u. 168 u. 624 (H, Leitschuh, 21); 55, 147 (Reg. III, 92); 55, 635 u. 640 (H, Leitschuh, 23); 56, 445 - 451 (Leitschuh, 23, Reg. III, 77); 56, 461 - 476 (Leitschuh, 23); 58, 539 (H, Leitschuh, 24, Reg. III, 40); 58, 584 - 595 u. 595 - 603 (H, -lt. Leitschuh, 25 nur für letztgenannte Rezension); 58, 755 (H, Leitschuh, 25); 59, 498 u. 691 (daselbst); 60, 616 (Leitschuh, 26); 61, 387 u. 593 u. 936 (daselbst u. H); 64, 449 - 460 (H, Leitschuh, 27); 65, 54 u. 185 (daselbst); 65, 650 (H); 66, 377 u. 526 (H, Leitschuh, 28, Reg. III, 14 u. 61); 68, 128 (H, Leitschuh, 29); 68, 772 (Leitschuh, 29); 72, 208 (H, Leitschuh, 30, 99, 953, 110, 245); 73, 215 (letzte Arbeit Rulands in den HpBl lt. Anm. der Red., 90, 672).

R u h l a n d , Gustav (-)

Gez. Art. in Bd. 101. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S ä g m ü l l e r , Johann Baptist (1860 - 1942)

Priester. Prof. f. mittelalterl. Geschichte. Kirchenrecht u. Pädagogik i. Tübingen. Bekannt jedoch vor allem als Kanonist.

Gez. Art. in Bd. 126.

S a m s o n , Heinrich (-)

Vikar i. Darfeld (Westfalen).

Gez. Art. ab Bd. 112.

S a m s o n - H i m m e l s t i j e r n a , H. v. (-)

Pseud.: 'Viktor Frank', z.B. lt. 107, 401 i. Verb. mit H u. RT sowie lt. Reg. IV, 87 allein.

S a r i n g , G. (-)

Mainz.

Gez. Art. in Bd. 128.

S a r r e i t e r , Joseph (-)

Prof. aus Speyer.

Gez. Art. ab Bd. 83.

S a u e r , Joseph (1872 - 1949)

Archäologe. Prof. f. Kunstgeschichte u. Kirchengeschichte i. Freiburg. Schüler von F.X. Kraus. Seit 1911 Direktor des 'Instituts für Christliche Archäologie und Kunstgeschichte' i. Rom.

Gez. Art. ab Bd. 119.

S c e b e r , J. (-)

Nicht eindeutige Sign.: 'J.S.' (vgl. auch Sickenberger und Sighart.)

105, 351 (H, RT); 105, 716 (als 'Nachtrag' zu 105, 351 bezeichnet, in diesem Zusammenhang Aussagekraft der Sign. 'J.S.').

S c h a c h l e i t e r, A. (-)

O.S.B. Prag, Emaus.

Gez. Art. in Bd. 118. Evtl. keine weiteren Art.mehr.

S c h a e z l e r , Konstantin Frhr. v. (1827 - 1880)

Konv. 1850. Prof. f. Dogmatik i. Freiburg. Zeitweise S.J. Berater des Vatikanischen Konzils. Gegner des Tübingers Kuhn in der bekannten Kontrverse um den katholischen Universitätsplan (vgl. Kap. II, 4.).
46, 908 (121, 433); 51, 897 (H, Buchheim, 174, Kraus-Tagebücher, 182 -Anm. 51, Schiel, 23 -Anm. 12, 56, 167); 52, 30 u. 259 (Fortsetzg. von 51, 897 u. daselbst); 52, 689 u. 782 u. 840 u. 847 u. 918 sowie 53, 202 u. 401 (H, Reg. III, 100, Goyau IV, 285); 54, 161 u. 245 u. 325 (Schiel, 9); 56, 153 (H); 68, 550 u. 592 (H, Brief an Jörg vom 1.9.1871 im RR); 77, 59 (H, RT).

S c h ä f e r , Bernhard (1841 - 1926)

Prof. f. Exegese i. Münster u. Wien. Konsultor der Bibelkommision. Sign.: 'B.Sch.' lt. 104, 238 i. Verb. mit H, RT u. Reg. IV, 82.

112, 78 (H, RT, Reg. IV, 82 u. V, 52).

S c h a f h ä u t l , (Karl Emil?) (1803 - 1890?)

(Kirchenmusikforscher, zuvor Geologe?) Sicher lt. RT: Prof. i. München.

Gez. Art. in Bd. 85. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h a r p f f , Franz Anton v. (1809 - 1879)

Prof. f. Kirchengeschichter i. Gießen. Domkapitular i. Rottenburg.

53, 245 (H mit ?). Evtl .keine weiteren Art. mehr.

S c h e e b e n , Matthias Joseph (1835 - 1888)

Priester. Prof. f. Dogmatik i. Köln. Redakteur an u. Herausgeber von katholischen Presseorganen.

101, 234 (Hertkens, 39); 102, 279 u. 342 u. 434 u. 525 u. 661 (H, RT, Reg. IV, 54).

S c h e i b m a i e r , (-)

Cand. phil.

68, 408 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h e i d , Nikolaus (1852 - 1933)

S.J. Dozent an der 'Stella Matutina' i. Feldkirch. Nach 1918 i. Trier.
Sign.: 'N.Sch.' lt. 120, 472 i. Verb. mit H u. RT.
Nicht eindeutige Sign.: 'Sch.' (vgl. auch Schmid A. u. Schneid M.)

117, 15 u. 81 (H, RT); 117, 466 (RT); 118, 219 (H, RT); 118, 542 (RT -Fehl: Pfülf lt. H); 120, 472 (H, RT).

S c h e l c k , (-)

Pastor.

Gez. Art. in Bd. 106. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h e l s , A. (-)

Bezirksgerichtsrat.

80, 17 u. 120 (H, Reg. III, 92 u. IV, 89); 87, 321 u. 407 (H, Reg. IV, 89); 91, 82 (H, Reg. IV, 41).

S c h e n z , (-)

Regensburg. Dozent am Priesterseminar.

Gez. Art. ab Bd. 98.

S c h e r e r , Rudolf v. (1845 - 1918)

Kapl. i. Mosbach. (Später Prof. f. Kirchengeschichte i. Graz?)

97, 98 (RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h e r e r - B o c c a r d , Theodor Graf v. (1816 - 1885)

Schweizer. Sekretär der Stadtverwaltung i. Solothurn. Redakteur der 'Schweizer Kirchenzeitung' und Gründer der Schweizer Piusvereine. Förderer der kathol. Presse. Mitglied der Römischen Akademie.
Feste Glosse: 'Schweizer Brief(e)'. Nach seinem Tod Fortführung dieser Glosse durch Wetzel.

52, 595 (H, 125, 919); 52, 829 (125, 919); 56, 156 (H); 61, 542 (125, 919 i. Verb. mit Reg. III, 91 -dort nicht Name, aber der

Art. bezeichnet, der i.125, 919 angedeutet); 63, 468 (daselbst); 64, 794 (H); 67, 15 u. 25 (H); 69, 476 (H); 70, 605 (H); 78, 313 (H); 81, 790 (H); 86, 419 (H, Reg. IV, 92); 88, 63 (Reg. IV, 51 u. 92); 89, 617 (H, Reg. IV, 92); 89, 884 (H); 91, 247 u. 327 u. 502 (H, Reg. IV, 37 u. 92); 95, 201 (letzter Beitrag Scherer-Boccoarde lt. Reg. IV, 92, dazu: H).

S c h e u f f g e n , Franz Jakob (1842 - 1907)

Priester. Oberlehrer. Dompropst.

Gez. Art. in Bd. 111. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h i n d l e r , Franz (1847- 1922)

Prälat i. Wien. Prof. f. Moraltheologie i. Leitmeritz u. Wien. Begründer der 'Reichspost' (christlich sozial). 1892 - 1911 Generalsekretär der österreichischen 'Leo-Gesellschaft'. Herrenhausmitglied.

112, 745 (H, RT, Reg. V, 40). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h l e c h t , Joseph (1857 - 1925)

Priester. Dozent an den Priesterseminaren i. Eichstätt, Dillingen u. Freising.
Sign.: 'J.Th.Sch.' lt. 96, 720 i. Verb. mit H, Reg. IV, 88 u. Personalstatistik Eichstätt, 143.

S c h l e w e c k , (-)

Biberach.
Feste Glossen: 'Die Religionsänderung in der (Reichs-)Stadt ...' und: '... (Name), der Reformator ... (Stadtname im Genitiv)'. Fast ausschließlich Beschäftigung mit lokalgeschichtlichen Einzelstudien zur Reformation.

51, 33 u. 81 u. 252 (hier extra aufgeführt, da von der oben gegebenen Glosse i. der Formulierung etwas abweichend, RT -Fehl: Kuchlen lt. H); 58, 717 u. 815 (vgl. die Bemerkung zu 51, 33, RT); 62, 497 (RT -Fehl: Tellareck lt. H mit ?).

S c h m e l z e i s , (-)

Pfarrer i. Eibingen i. Rheingau.
Sign.: 'Eibingen, im Rheingau, den..(Datum)' lt.76, 659 i.Verb.m.H.

76, 604 (Fortsetzg.-76, 659-mit oben genannter Sign., H, Reg. III, 46).

S c h m e t z , Wilhelm (-)

Konv. 1845.Prof. aus Eperies in Ungarn.

17, 235 - 252 (Rosenthal I.2., 358).

S c h m i d , Alois (1825 - 1910)

Dozent am Priesterseminar i. Dillingen. Prof. f. Dogmatik u. Apologetik i. München.
Sign.: 'Al.Sch.' lt. 107, 239 i. Verb. mit H, RT u. Reg. IV, 99.
Nicht eindeutige Signaturen: 'Sch.' (vgl. auch Scheid u. Schneid) sowie 'A.S.' (vgl. auch Schneider A.)

79, 41 (H, Reg. III, 15); 81, 68 (H); 88, 799 (H, Reg. IV, 44); 90, 713 (H); 92, 906 (H, Reg. IV, 99); 92, 917 (H); 111, 334 (H, RT).

S c h m i d , Josef (1853 - 1909)

Kaplan am Camposanto i. Rom. Repetent i. Tübingen. Pfarrer i. Ravensburg. Dekan.

Gez. Art. in Bd. 118. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h m i e d e r , Pius (-)

O.S.B. Lambach i. Österreich.

103, 409 (zusammen mit Braunmüller lt. H, RT). Dazu noch gez. Art.

S c h m i t t , L. L. (-)

S.J. Domkapitular i. Würzburg.

106, 344 u. 431 u. 508 u. 659 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

S c h m i t z , (-)

Dozent am Priesterseminar i. Regensburg.

69, 671 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h n e e m a n n , Gerhard (1829 - 1885)

S.J. Dozent f. Philosopie an verschiedenen Priesterseminaren. Prof. i. Bonn. Mitbegründer und Herausgeber der 'Stimmen aus Maria Laach' (heute 'Stimmen der Zeit').

60, 173 u. 375 (H); 61, 918 (Forsetzg. von 60, 375, H); 65, 22 (H); 74, 812 (H).

S c h n e i d , J. (1854 -)

Beneficat u. Religionslehrer i. Ingolstadt. Domkapitular (i. Eichstätt ?).

Gez. Art. in Bd. 108. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h n e i d , Matthias (1840 - 1893)

Priester u. Präfekt am Priesterseminar i. Eichstätt. Dozent f. Philosophie. Domkapitular. Bruder des oben Genannten.
Nicht eindeutige Sign.: 'Sch.' (vgl. auch Scheid u. Schmid A.)

65, 789 - 792 (Reg. III, 98); 67, 457 (Reg. III, 98, Personal-

statistik Eichstätt, 147); 69, 281 u. 419 (H, Personalstatistik Eichstätt, 147); 71, 54 u. 436 u. 501 (H); 77, 41 u. 113 u. 273 (H); 84, 914 (H, Reg. IV, 97); 85, 553 (H, Reg. IV, 45).

S c h n e i d e r , Andreas (sen.) (1838 -)

Pfarrer u. Lycealprof. i. Eichstätt. Schüler Janssens.
Sign.: '(Eichstätt) A.S.' lt. 66, 688 i. Verb. mit H u. 69, 767.

S c h n e i d e r , (-)

Kanonikus i. München.

95, 307 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h n e i d e r , Ph. (-)

Lycealprof. i. Regensburg. Derselbe wie der oben genannte Kanonikus?

Gez. Art. in Bd. 127 .

S c h n e i d e r h a n , (-)

Prof. aus Rottweil.

51, 557 (H); 52, 661 (H); 53, 695 (H); 53, 796 u. 892 u. 941 (H); 55, 926 u. 933 u. 970 (H); 56, 73 (Anknüpfung an 55, 970); 59, 290 (H); 62, 1 u. 97 u. 215 u. 286 (H).

S c h n i t z e r , Josef (1859 - 1939)

Dillingen. Prof. f. Kirchengeschichte i. München. 1908 susp.

126, 845 (Reg. V, 21). Dazu noch gez. Art.

S c h n ü r e r , Gustav (1860 - 1941)

Prof. f. Geschichte i. Fribourg (kath. Univ.) Mitherausgeber des 'Historischen Jahrbuchs'.

111, 569 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h o e p f , (-)

Prof.
Mitarbeiter zwischen 1838 u. 1850 lt. Zusammenstellung der Mitarbeiternamen für diese Zeit im RT. Artikel nicht auszumachen.

S c h o r l e m e r - O v e r h a g e , Baron v. (-)

Westfalen.

111, 943 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h r a d e r , H. (-)

Merzig.

Gez. Art. in Bd. 114. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h r e c k e n s t e i n , Roth. v. (1823 - 1894)

Vorstand des Fürstenbergischen Hauptarchivs i. Donaueschingen. Direktor des Karlsruher General-Landesarchivs. Zeitweise i. Nürnberg (seine Aufsätze von dort zuweilen überschrieben: 'Aus Franken' , doch nach einem Hinweis im RT ist seine Identität sicher, d.h. es handelt sich nicht um einen zweiten Mitarbeiter dieses Namens aus Franken.)
Sign.: 'R.v.S.' lt. 59, 518 i. Verb. mit Reg. III, 1 .

42, 756 (H); 43, 410 (H); 43, 653 - 677 u. 745 - 769 u. 837 - 859 (H); 43, 790 (H); 44, 404 - 421 (H); 45, 915 (H); 46, 144 (H , Janssen-Böhmer III, 340); 46, 949 (H); 47, 886 (H); 49, 630 - 642 (H); 49, 811 - 814 (H, Verweis auf 44, 404); 50, 309 (H); 51, 283-291 (H); 54, 788 u. 790 (H, Pastor-Janssen-Briefe I, 311 -Anm. 1,-Fehl: Janssen lt.RT); 55, 132 (daselbst -ohne Fehl); 56, 696 (H).

S c h r i e v e r , (-)

102, 547 (RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h r ö d e r , (-)

126, 226 (RT).

S c h r o t t , Joh. (-)

46, 565 (H mit ?). Dazu noch gez. Art.

S c h u l e r s , (-)

109, 584 (RT); 113, 308 (RT).

S c h u l z e , F. W. (-)

Protestant. Prediger i. Berlin. 'Von einem norddeutschen Protestanten' (zumindest einmal f. Schulze).

86, 902 (H, RT); 88, 809 (H mit ? , RT); 89, 32 u. 105 (Fortsetzg. von 88, 809, H, RT); 92, 12 (H, RT, 'von einem nordeutschen Protestanten'); 101, 98 (H, RT).

S c h u m m , A. (-)

Geistlicher Rat i. Unterfranken.

93, 237 u. 247 (H, Reg. IV, 9). Dazu noch gez. Art.

S c h ü n d e l e n , G. (-)

Konvertit?
Sign.: 'G.S.' lt. 58, 635 i. Verb. mit Reg. III, 23.

49, 81 u. 165 u. 173 (Rückverweis von 57, 33); 57, 33 u. 109 (H, Reg. III, 23).

S c h ü t z , D. v. (-)

Brensheim in Mitteldeutschland.
Sign.: 'v.S.' lt. 85, 286 i. Verb. mit H u. Reg. IV, 17.
Pseud.: 'Briefe eines Amerikaners' bzw.'von einem Amerikaner' lt. 73, 156 i. Verb. mit H.

57, 333 u. 432 (H); 57, 973 (H); 59, 76 (H); 59, 132 (H); 71, 383 u. 518 (H); 72, 700 (H); 77, 132 u. 858 (H); 78, 41 u. 147 u. 169 u. 253 u. 368 u. 501 u. 622 (H); 78, 937 (H); 79, 453 (H); 82, 947 (H); 83, 47 (H, Reg. IV, 66); 83, 858 u. 864 (Reg. IV, 66); 84, 268 u. 319 (H, Reg. IV, 1); 84, 656 (H, Reg. IV, 68); 84, 693 (H); 86, 73 (H, Reg. IV, 68); 86, 365 (H); 86, 112 (H, Reg. IV, 66); 86, 319 (H, Reg. IV, 12); 87, 194 (H, Reg. IV, 1); 87, 339 (H); 87, 710 (H, Reg. IV, 1); 87, 797 (H, Reg. IV, 66); 89, 557 (H); 89, 942 (H, Reg. IV, 66); 91, 8 (H, Reg. IV, 2 u. 68); 91, 729 (H).
Dazu noch gez. Art.

S c h ü t z , Ludwig (1838 - 1901)

Dozent am Priesterseminar i. Trier. Domkapitular. Mitarbeiter am 'Philosophischen Jahrbuch'.

88, 229 (H); 109, 584 (RT).

S c h w a r z , Josef (-)

S.J. Stadtpfarrer i. Ellwangen.

119, 355 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S c h w i c k e r , Heinrich (-)

Prof. i. Budapest.
Sign.: 'Dr. H.S.' lt. 107, 750 i. Verb. mit H u. RT.
Nicht eindeutige Signatur: 'Dr. S.' (vgl. auch J.N. Sepp.)

91, 120 (H, Reg. IV, 70); 94, 1 u. 81 (H, Reg. IV, 71, Brief an Binder vom 27.5.1884 im RR); 94, 187 (H); 95, 357 u. 430 (H, Verweis auf 91, 120); 96, 817 (H, 'Dr. S.' lt. Reg. IV, 71 -das Reg. kürzt Schwicker häufig mit 'Dr. S.' ab); 97, 48 u. 199 u. 259 u. 271 (Fortsetzg. von 96, 817 u. daselbst); 98, 271 (H, Reg. IV, 35); 98, 489 u. 491 u. 813 (H, Reg. IV, 42); 99, 418 u. 493 (Fortsetzg. von 98, 813, Reg. IV, 42); 100, 653 u. 733 u. 841 (weitere Fortsetzg. u. daselbst); 100, 788 (H); 101, 829 sowie 102, 37 (H, RT, Reg. IV, 72); 104, 100 u. 161 (H, RT, Reg. IV, 42); 104, 671 u. 748 u. 821 (H, RT, Verweis auf 94, 1); 105, 183 u. 577 (H, RT); 106, 21 (H, RT); 107, 290 (RT, Reg. IV, 93); 108, 511 (RT, Verweis auf 105, 183 u. 106, 21); 108, 930 (H, RT); 109, 349 u. 797 u. 877 (H, RT); 111, 114 u. 188 u. 287 (H, RT); 112, 1 u. 92 (H, RT, Reg. V, 64); 113, 831 u. 897 (H,

RT, Reg. V, 66); 114, 567 (H, RT, Reg. V, 54); 114, 961 (H, RT, Reg. V, 66); 115, 344 u. 868 (H, RT); 116, 1 u. 111 (H, RT, Reg. V, 42); 116, 874 (H, RT); 117, 359 (H, RT); 117, 810 u. 861 (H, RT); 118, 785 (H, RT); 120, 686 (H, RT); 121 349 (RT); 122, 895 (H, RT); 125, 394 (H, RT); 126, 283 (H, RT, gez.: 'Dr. Schw.').

S e e f r i e d , Johann Nepomuk (1830 -)

Bezirksamtsassessor i. Passau.

94, 457 u. 555 (H, Reg. IV, 56, Personalstatistik Eichstätt, 247). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S e i d e n b e r g e r , J. (-)

Gez. Art. in Bd. 122. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S e i d l , J. N. (-)

Schamhaupten. Pfarrer u. Schriftsteller.

Gez. Art. in Bd. 97. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S e p p , Bernhard (-)

Regensburg. Sohn des J.N. Sepp.

Gez. Art. ab Bd. 120.

S e p p , Johann Nepomuk (1816 - 1909)

Görreskreis. Paulskirche. Prof. f. Geschichte i. München. Mitglied des LT.
Nicht eindeutige Sign.: 'Dr. S.' (vgl. auch Schwicker.)

13, 502 (Selbstanzeige lt. Sonderabdruck aus den Hpbl 145, 257); 17, 721 (Sepp, 79); 18, 1 u. 65 (Sepp, 79); 18, 469 (Sepp, 163 - Anm. 31); 19, 349 u. 449 u. 457 u. 589 u. 603 u. 670 u. 678 u. 735 (daselbst); 20, 129 (daselbst); 20, 321 (Sepp, 79); 40, 303 (H); 42, 207 (H); 43, 799 (H); 46, 340 (H); 49, 95 (49, 953 -Anm., H); 54, 190 (H); 108, 199 (H, RT).

S e y f r i e d , Anton (-)

Major.

1, 301 (Biogr. Guido Görres', 338, RT); 25, 438 (121, 434).

S h i y t e r , J. J. (-)

113, 866 (RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S i c k e n b e r g e r , Joseph (1872 - 1945)

Priester. Prof. f. Patristik i. München u. Würzburg, f. Exegese i. Breslau. Mitherausgeber der 'Biblischen Zeitschrift'.
Nicht eindeutige Sign.: 'J.S.' (vgl. auch Sceber u. Sighart.)
125, 843 (RT). Dazu noch gez. Art.

S i g h a r t , Joachim (1824 - 1867)

Priester. Kunsthistoriker (vor allem bayer. Kunstgeschichte). Prof. u. Domkapitular i. München u. Freising.
Nicht eindeutige Sign.: 'J.S.' (vgl. auch Sceber u. Sickenberger.)
Feste Glosse: 'Zur Kunstgeschichte'.

56, 372 (RT); 56, 637 (RT -Fehl: Hausherr lt. H); 57, 515 (H, RT, Reg. III, 86); 57, 813 (H, RT, Reg. III, 13); 58, 299 (H, RT, Reg. II, 86); 58, 775 (H, RT); 58, 948 (RT, Reg. III, 86); 59, 123 (H, RT); 59, 349 (Anknüpfung an 58, 948, H, RT, Reg. III, 86); 59, 445 (H, RT, Reg. III, 11); 59, 877 u, 881 u. 896 (H, RT, Reg. III, 20); 60, 18 u. 24 u. 85 (H, RT, Reg. III, 20).

S i l b e r n a g l , Isidor (1831 - 1904)

Priester . Prof. f. Kirchengeschichte u. Kirchenrecht i. München.

98, 747 (H, Reg. IV, 27, Schnitzer, IX). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S i m a r , Hubertus (1835 - 1902)

Prof. f. Dogmatik. Mitbegründer d. Görres-Gesellschaft. Bischof v. Paderborn. 1899 Erzbischof v. Köln.

74, 959 (H). Dazu noch gez. Art.

S ö r e n s e n , Johann (1862 - 1908)

S.J. Dänemark.
Sign.: 'P. S.----n.' lt. 126, 605 i. Verb. mit H, RT, Reg. V, 41 u. Brunner, 157.

124, 689 (RT, Reg. V, 66).

S p a h n , Martin (1875 - 1945)

Prof. f. Geschichte i. Bonn u. Straßburg. Mitbegründer d. Zeitungswissenschaft. Mitglied des Reichstags, ab 1924 für die DNVP!

115, 682 (H, RT, Reichsgedanke, 426); 116, 832 (H, RT); 118, 434 (H, RT, Reichsgedanke, 427); 120, 317 (H, RT); 120, 920 (RT).

S p e e , Friedrich Matthias Graf v. (1852 - 1892)

Priester i. d. Diözese Luxemburg. Päpstlicher Geheimkämmerer.

100, 1 (H, RT), Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S p i t z , A. D. (-)

113, 11 u. 81 u. 598 (H, RT). Evtl.keine weiteren Art. mehr.

S t a m m , (-)

Pfarrer.

48, 1031 (H .

S t e f f e n s , Franz (-)

Rheinlande. Rom, Fribourg u. England.

79, 226 u. 620 u. 696 (H); 80, 233 u. 972 (H, Rückverweis von 81, 413); 81, 413 u. 596 u. 690 (H); 83, 595 (H); 84, 943 (H); 85, 142 (H); 87, 424 u. 721 (H); 87, 820 (H, 101,948); 89, 970 (H)

S t e i n b e r g e r , A. (-)

105, 631 (RT); 106, 379 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S t e i n e r , Lucas (-)

O.S.B. Künstler i. Monte Cassino.

83, 837 (Nennung im Text, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S t e i n g a ß , Franz (1828 - 1905)

Enkel J. Görres'. Mitarbeiter im Jahr 1851 lt. Nennung in der Zusammenstellung der Mitarbeiternamen um RT, hier noch aufgeführt beim 1.Jahrzehnt.

S t e i n l e , Alphons Maria v. (1850 - 1914)

Frankfurt Sohn des 'Nazareners' u. Historienmalers E. v. Steinle. Jurist.
Sign.: 'v.St.' lt. 95, 102 i. Verb. mit H.

94, 493 (H); 96, 178 (H, 'St.' in Reg. IV, 48); 96, 939 (H); 109, 750 (RT, Reg. IV, 46, Meister, 30, Pastor-Lebensbild, 27). Dazu noch gez. Art.

S t e i n l e , Eduard v. (1810 - 1886)
'Nazarener' u. Historienmaler. Prof. i. Frankfurt.

84, 564 (H). Evtl.keine weiteren Art. mehr.

S t e p h i n s k y , Eduard (1834 - 1886)

Pfarrer u. Religionslehrer am Gymnasium i. Trier. Dozent am dortigen Priesterseminar.

Gez. Art. in Bd. 87. Evtl. keine weiteren Art.mehr.

S t i g l m a y e r , Josef (1851 - 1934)

S.J. Dozent f. klassische Sprachen an der 'Stella Matutina' i. Feldkirch. Spiritual am Priesterseminar Dillingen.

Gez. Art. ab Bd. 121.

S t i g l o h e r , M. (-)

Dozent am Priesterseminar i. Freising.

80, 269 u. 367 u. 528 u. 589 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S t i l l f r i e d , B. (-)

Prof. aus Baden-Baden.

74, 866 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S t i l l g e r , S. (-)

Ungarn.
Sign.: 'S.St.' lt. 113, 541 i. Verb. mit H u. RT.

110, 208 (H, RT); 111, 662 (H, RT).

S t o l b e r g - S t o l b e r g , Bernhard Graf v. (1838 - 1926)

S.J. Westfalen.Missionen i. Schweden. Enkel des bekannten Konvertiten Friedrich Leopold v. St.-St. Militärische Laufbahn i. Österreich. 1869 Priester. Jesuiten-Missionen auch i. Holland u. England.

Gez. Art. in Bd. 26.

S t o l b e r g - S t o l b e r g , H. Graf v. (-)

Westfalen.

108, 601 (H, RT, 'H. St.') Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S t ö l z l e , Remigius (-)

Prof. i. Würzburg.

Gez. Art. ab Bd. 122.

S t r a u b , Anton (1852 - 1931)

Priester.

124, 386 u. 442 u. 528 u. 604 u. 660 u. 829 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

S t r e b e r , Franz (1806 - 1864)

Görreskreis u. 'Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit'. Prof. f. Archäologie i. München. Bekannter Numismatiker. Akademiemitglied.

30, 142 - 147 (Meyers, 6 u. 17); 39, 757 (H, 55, 91); 47, 648 (H).

S t r e b e r , Hermann (-)

Neffe des oben Genannten?

64, 972 (H -nur Streber, RT -Hermann Streber).

S t r o d l , Michael (-)

Bayerischer Prälat.
Sign.: 'Dr. St.' lt. 66, 877 i. Verb. mit H, RT u. Reg. III, 97.

37, 345 u. 490 u. 705 u. 803 u.915 u. 1033 u. 1046 u. 1175 (RT, Reg. II, 117); 54, 280 (RT, Reg. III, 105); 55, 85 (H, RT); 67, 84 u. 896 u. sowie 68, 657 u. 754 u. 813 (H, RT, Reg. III, 97);70,300 (Reg. III, 8 u. 99); 72, 884 (H, RT, Reg. III, 99, Cramer, 93); 73, 126 u. 192 u. 425 u. 475 u.919 (Fortsetzg. von 72, 884 u. daselbst); 77, 97 u. 165 u. 246 u. 341 u. 489 u. 741 u. 821 (H, RT, Reg. III, 43); 78, 89 u. 203 u. 517 (RT, Reg. III, 44); 90, 828 u. 889 (H, RT, Reg. IV, 38); 91, 89 u. 271 u. 337 (daselbst); 92, 481 (H, RT, Reg. IV, 54); 96, 1 u. 103 u. 241 (RT, Reg. IV, 12 u. 38, 115, 184); 97, 649 u. 752 u. 813 (H, RT, Reg. IV, 38); 102, 789 u. 869 (H, RT, Reg. IV, 38). Dazu noch gez. Art.

S t ü l z , Jodok (1799 - 1872)

Propst des Chorherrnstifts St. Florian. Ab 1846 (wie Hurter) k.k. Reichshistoriograph. Reichsarchivar. Akademiemitglied.

3, 673 u. 742 (Pailler, 61); 4, 13 u. 168 u. 219 u. 593 (daselbst); 13, 513 (H, RT, Pailler, 227 -Fehl: Döllinger lt. Löach/A., 528); 19, 25 u. 257 u. 485 u. 705 (Pailler 151).

S u c h a r s k i , (-)

Dekan des Gnesener Kirchensprengels.

Gez. Art. in Bd. 5.

S z e n t i m r e y , M. (-)

Prof. aus Martinsberg i. Ungarn.

79, 660 u. 901 (eigene Zuweisung, da aus Ungarn u. über die Geschichte Martinsbergs). Dazu noch gez. Art.

T e i p e l , (-)

Gymnasialoberlehrer i. Coesfeld (Westfalen). Theologischer Erzieher des FÜrsten zu Löwenstein.

44, 1012 (H).

T e l l e r e c k , (-)

Sicher Mitarbeiter, da Fehlzuweisung an ihn für Bd. 62 in H. Art nicht auszumachen.

T h a l h o f e r , Franz Xaver (1867 - 1925)

Priester. Lehrerbildner i. Freising u. Pasing.

Gez. Art. in Bd. 128.

T h a l h o f e r , Valentin (1825 - 1891)

Onkel des oben Genannten. Dozent am Priesterseminar i. Dillingen. Prof. f. Theologie i. München. Domdechant u. Dompropst i. Eichstätt.

43, 29 (H); 45, 1102 (H, Reg. II, 81 -Fehl: Jörg lt. Buchheim, 132). Wahrscheinlich noch mehrere Art. Thalhofers, da seine Mitarbeit an den HpBl -leider ohne Nennung der Art.- in der Personalstatistik Eichstätt (168) erwähnt wird.

T h ö m e s , Nikolaus (-)

Redakteur i. Bochum, Heidelberg u. Berlin.
Sign.: 'Dr. N.Th.' lt. 95, 181 i. Verb. mit H u. Reg. IV, 4.

98, 761 (H); 99, 39 u. 190 u. 351 (Anknüpfung an 98, 761).

T h u n u n d H o h e n s t e i n , Leo Graf v. (1811 - 1881)

Österreichischer Kultusminister.

63, 789 u. 858 u. 937 sowie 64, 116 (Serie, i. letztgenannten Art. H u. RT); 75, 864 (H).

T i l l m a n n , E. (-)

Assessor aus der Pfalz.

96, 861 (H); 100, 153 u. 245 u. 342 u. 413 (H).

T o p h o f f , (-)

Kreisgerichtsrat i. Westfalen.
Sign.: 'Dr. B.--p.' lt. 76, 867 i. Verb. mit H.

113, 219 (RT); 115, 267 u. 329 (H, RT); 118, 35 (H, RT).

T r u g g e r , Niklas (-)

83, 170 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

T u m b ü l t , (-)

Archivsekretär i. Donaueschingen (Fürstenbergisches Archiv).
Sign.: '....t' lt. 103, 328 i. Verb. mit H u. RT.

U t h , (-)

Rektor i. Wiesbaden.
Sign.: 'Dr.U.' lt. 92, 667 i. Verb. mit H.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

V a n d e n h o f f , B. (-)

Privatdozent.

Gez. Art. in Bd. 124. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

V e i t , Philipp (1793 - 1877)

Konv. 1810. Direktor des 'Städelschen Instituts' i. Frankfurt. Dann Direktor der Städtischen Kunstsammlung Mainz.

60, 452 (H, 127, 227, Cardauns 1920, 67). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

V e i t h , Ildephons (-)

O.S.B. Maredsous u. Prag.

Gez. Art. ab Bd. 115.

V o e g e l e , K. (-)

121, 846 (RT, Reg. V, 39). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

V o g e l m a n n, A. (-)

Ellwangen.

103, 736 (Rückverweis vom gez. Art. 104, 646, Reg. IV, 52 -Fehl: Hauthaler lt. RT). Dazu noch gez. Art.

V o g e l s a n g , Carl Baron v. (1818 - 1890)

Konv. 1850. Sozialpolitiker und Journalist. Mit Florencourt zus. Herausgeber der 'Politischen Wochenschrift.' Später i. Österreich Herausgeber des katholischen-konservativen 'Vaterland' u. Begründer der 'Österreichischen Monatsschrift für Gesellschaftswissenschaft und Volkswirtschaft' (später: 'Monatsschrift für christliche Sozialreform').

88, 441 (H, RT, Reg. IV, 70). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

V o g e l s a n g , M. v. (-)

Sohn des oben Genannten?

Gez. Art. in Bd. 120. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

V o g t , Eduard (-)

Repetent i. Tübingen.
Sign.: 'E.V.' lt. 116, 77 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V, 40.

112, 808 u. 902 (H, RT, Reg. V, 5).

V o l k , Wilhelm (1804 - 1869)

Konv. 1855. Preußischer Regierungsrat i. Erfurt. Zu Beginn der 'Neuen Aera' pensioniert.
Pseud.: 'Ludwig Clarus' lt. 53, 681 in fast allen seinen Publikationen (deshalb erwähnt, obwohl keine Verwendung des Pseud in den Hp81).
Pseud i. den Hp81: 'Von einem Protestanten' (zwar auch bei Hoffmann, dennoch eindeutig durch die verschiedenen Lebensdaten beider).

4, 437 u. 454 u. 530 (Autobiographie Volk II, 42); 10, 289 u. 364 (Autobiographie Volk II, 43); 10, 717 sowie 11, 49 sowie 12, 39 (daselbst); 12, 265 (Autobiographie Volk II, 44).

V o ß , (-)

Prof. aus Münstereifel.

Gez. Art. in Bd. 102. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W a a l , Anton de (1837 - 1917)

Kunsthistoriker (frühchristliche Zeit). Rektor des Camposanto i. Rom. Mit dem 'Römischen Institut' der Görres-Gesellschaft Herausgeber der 'Römischen Quartalsschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte'.

112, 491 (Waal als Einsender lt. H , RT -Schreiber evtl. ders.?) Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W a c k e r , Theodor (1845 - 1921)

Pfarrer i. Freiburg. Badischer Zentrumsführer.

Gez. Art. in Bd. 123. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W a e n k e r , Otto v. (-)

Freiburg.
Sign.: 'v.W.' lt. 84,477 i. Verb. mit H u. Reg. IV, 17.

79, 782 u. 941 (H); 80, 285 u. 473 (H); 81, 678 (H); 82, 3 (H, Reg. IV,5); 83, 62 (Reg. IV, 17); 83, 295 (H, Reg. IV, 4).

W a g n e r , Peter (1865 - 1931)

Kirchenmusikforscher u. Kirchenmusiker. Prof. i. Fribourg (kath. Univ.)

112, 247 (H, RT, Reg. V, 31). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W a h l , R. (-)

Repetent i. Tübingen. Vikar i. Stuttgart.

Gez. Art. ab Bd. 86.

W a i t z , Sigismund (1864 - 1941)

Brixen. Prof. f. Theologie. 1913 Weihbischof von Brixen u. Generalvikar f. Vorarlberg. Später Bischof von Innsbruck u. Erzbischof von Salzburg.

Gez. Art. in Bd. 114. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W a l d b u r g - Z e i l , L. Graf v. (-)

S.J. Genf. Prag. Volksmissionen i. Norddeutschland.

98, 247 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W a l d e r d o r f , Hugo Graf v. (-)

Regensburg. Sign.: 'H.G.v.W.' lt. 89, 159 i. Verb. mit H.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W a l d m ü l l e r , Robert (-)

Dresden.

Gez. Art. in Bd. 126.

W a l t e r , Anton (-)

Präfekt am Priesterseminar i. Freising.
Sign.: 'Dr. W.' lt. 109, 866 i. Verb. mit H u. RT. Dagegen nicht ein
'A.W.' (zumindest einmal bei P.A.M. weiß

74, 249 (H); 93, 897 (H); 94, 26 (Anknüpfg. an 93, 897); 94, 403 (H
97, 279 (H); 98, 634 (H, Verw. auf 94, 403); 101, 19 (H, RT); 103,
(H, RT); 105, 329 (RT); 113, 777 (H, RT, Reg. IV, 45); 115, 641 u.
758 u. 840 (H, RT).

W a l t e r , Franz (-)

Privatdozent i. München.

127, 605 (RT, Reg. V, 61).

W a l t e r , Ferdinand (1794 - 1879)

Prof. f. Rechtswissenschaften i. Bonn. Mitglied d. LT.

Evtl. war er doch Mitarbeiter; eine Chiffre 'F.W.' taucht auf für Art. 82, 80. Der oben Genannte F. Walter -Priv.doz.i. München- verwendete für seinen Art. die Chiffre 'W.' Für ihn kommt der Art. 80, 82 evtl. auch aus Altersgründen nicht in Frage.

W a l t e r s k i r c h e n , E. Baron v. (-)

Österreich.

103, 554 (Reg. IV, 72 , RT); 106, 929 (H, RT, Reg. IV, 72).

W a l t h e r , (-)

Pastor i. Ritzebüttel.

Gez. Art. in Bd. 101. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W a n d i n g e r , C. (-)

Gez. Art. ab Bd. 75.

W a r n k ö n i g , Leopold August (1794 - 1866)

Prof. f. Kirchenrecht i. Löwen, Gent, Freiburg u. Tübingen.

41, 867 (H); 41, 909 u. 1024 ('Wa' in H); 43, 420 - 442 u. 609 u. 997 (H); 45, 988 u. 1082 (H); 46, 181 u. 617 (H); 47, 861 u. 873 (H); 48, 89 u. 169 (H); 49, 642 - 661 (H); 50, 109 - 126 u. 613 (H); 51, 493 u. 779 (Fortsetzg. von 50, 613, H); 52, 281 (H); 52, 354 u. 431 - 446 (weitere Fortsetzg. u. 'Wa' in H); 58, 401 (H).

W a s s e r m a n n , L. (-)

Pfarrer i. Hirschhorn a. Neckar u. bei Mainz.
Sign.: 'L.W.' lt. 84, 846 i. Verb. mit RT.

W e b e r , Anton (1868 - 1947)

Regensburg. Herausgeber der 'Katechetischen Blätter'.

112, 695 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

W e b e r , Beda (1798 - 1858)

O.S.B. Prof. am Stiftsgymnasium i. Meran. Pfarrer i. Passeiertal. Paulskirche. Danach Stadtpfarrer i. Frankfurt u. Domkapitular i. Limburg. Gründete das 'Frankfurter Katholische Kirchenblatt' und die Tageszeitung 'Deutschland' (1853 bzw. 1855).

18, 718 (Wackernell, 264); 19, 117 (Wackernell, 267); 20, 524 (Wackernell, 275); 21, 179 (Dor-Buß, 116); 21, 257 u. 321 (Wackernell, 275); 22, 633 (Pfülf I, 164); 26, 269 (Janssen-Böhmer III, 25).

W e b e r , Heinrich (1834 - 1898)

Pfarrer i. Unterfranken. Lycealprof. i. Würzburg u. Bamberg. Erzbischöfl. Rat.
Sign.: 'H.W.' lt. 119, 408 i. Verb. mit H, RT u. Reg. V, 18.

93, 753 u. 839 (H); 96, 313 u. 319 u. 397 u. 406 u. 477 u. 599 u. 603 (H); 100, 702 (H); 101, 290 (H, RT); 106, 42 (H, RT); 109, 908 (H, RT); 110, 329 (H, RT); 115, 405 u. 498 (H, RT, Reg. V, 24).

W e b e r , Simon (1866 - 1929)

Kaplan am Camposanto i. Rom. Prof. f. Apologetik u. Exegese i. Freiburg. Domkapitular dort.

Gez. Art. in Bd. 128.

W e d e l l , Philipp v. (-)

Schriftsteller. Haidhausen.
Sign.: 'Ph.v.W.' lt. 90, 751 i. Verb. mit Reg. IV, 32.

91, 559 (Reg. IV, 33); 93, 710 (H, Reg. IV, 86); 101, 81 (Chiffre -Fehl: Kuhn lt. H). Dazu noch gez. Art.

W e d e w e r , H. (-)
Frankfurt ?
114, 526 (H, Reg. V, 42). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W e h o f e r , Th. (-)
O.P.
Gez. Art. ab Bd 121.

W e i k u m , Franz Karl (1815 - 1896)
Konv. 1834. Domkapitular u. Domdekan i. Freiburg.
63, 1009 (RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W e i n a n d , (-)
Monsignore. Aachen.
71, 789 u. 848 u. 928 (H); 72, 47 u. 200 (Fortsetzg. von 71, 928, H

W e i n i n g e r , Hans (-)
Hauptmann a.D. i. Regensburg.
Gez. Art. in Bd. 62. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W e i ß , Joseph (1817 - 1895)
Präses i. München.
40, 145 (H).

W e i ß , Albert Maria (1844 - 1925)
O.P. Dozent am Priesterseminar i. Freising. Soziologe u. religiöser Schriftsteller i. Graz u. Wien. Prof. f. Soziologie u. Apologetik i. Fribourg (kathol. Univ.).

Sign.: 'P.A.M.' lt. 80, 343 i. Verb. mit RT; auch daraus ersichtlich, daß Weiß i. 91, 738 zeichnete mit 'P. Adalbert M.' (Adalbert war sein Taufname.)
Nicht eindeutige Signaturen: 'A.W.' (vgl. auch Waal u. A.Walter) sowie 'Dr. W.' (vgl. auch A.Walter.)

66, 721 (H); 67, 101 u. 257 (H); 69, 161 u. 725 (H); 71, 33 u. 101 (H, Reg. III, 100); 71, 540 - 550 u. 581 u. 688 u. 825 (H); 72, 485 u. 581 (Fortsetzg. von 71, 825, H); 72, 160 (H, Reg. III, 66); 73, 85 u. 95 u. 169 u. 179 u. 267 u. 274 u. 281 u. 405 u. 412 u. 420 u. 514 u. 520 u. 649 u. 655 u. 664 u. 841 u. 893 (H, Brief an Jörg vom 10.11.1873 im RR); 74, 497 u. 573 u. 737 (H); 76, 107 (H); 76, 249 (H); 78, 440 (H); 79, 17 u. 88 u. 185 (H, Reg. III, 82, 84, 245 u. 268); 80, 199 (Grabmann, 10, H); 91, 738 ('P. Adalbert M.'); 100, 210 (H, Reg. IV, 35).

W e i ß , Johann Baptist (1820 - 1899)

Prof. f. Geschichte i. Freiburg u. Graz. Schriftleiter der 'Freiburger Zeitung'. Verfasser der 'Weltgeschichte' in 22 Bdn.

124, 532 (Zu seinem Tod erfolgte dieser Gedenkabdruck, lt. RT ein posthum veröffentlichter Text von Weiß selbst.)

W e n d e l s t e i n , F. (-)

Ulm.
Sign.: 'F.W.' lt. 104, 909 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W e n g e r , (-)

S.J. Feldkirch.

128, 97 (H, RT).

W e r f e r , Albert (1815 - 1885)

Neffe Christoph v. Schmids. Pfarrer u. Bezirksschulinspektor i. Otterswang.

42, 307 (H).

W e r n e r , Karl (-)

München. (Nicht d. Exeget Carl W.)
Sign.: 'K.W.' lt. 106, 219 i. Verb. mit RT u. Reg. IV, 37.

107, 447 (H, RT); 110, 427 u. 543 (H, RT); 124, 218 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

W e t z e l , Franz Xaver (- 1903)

Schweizer. Dekan u. Domherr i. St. Gallen.
Nicht eindeutige Sign.: 'W.' (vgl. auch Wenger u. F.Walter).
Feste Glosse: 'Schweizer Brief(e)' (Fortsetzg. von Scherer-Boccards fester Glosse nach dessen Tod, zum erstenmal in 112, 179).

110, 512 u. 867 (H, RT); 111, 133 u. 774 (H, RT); 112, 852 (H, RT); 113, 185 (H, RT, Reg. V, 63); 113, 348 u. 579 (H, RT); 114, 208 (H, RT, Reg. IV, 117 u. V, 71); 114, 447 (H, RT); 118, 616 (H, RT); 119, 749 (H, RT); 121, 446 (H, RT); 123, 64 (RT, Reg. V, 58); 123, 223 (RT, Reg. V, 59).

W e s e n e r , (-)

43, 96 (H). Dazu noch gez. Art.

W e s t e r m a y e r , Georg (-)

Pfarrer i. Feldkirchen bei München u. Freising. Mitglied d. LT.
Sign.: 'G.W.' lt. 74, 1 i. Verb. mit H, RT, Reg. III, 56 u. 109, 867.

109, 153 (H, RT). Dazu noch gez. Art.

W e y m a n n , Carl (1862 - 1931)

Altphilologe. Prof. f. Latein i. Fribourg (kath. Univ.), f. altchristl. u. klassische Philologie (Lehrstuhl 1905 neu geschaffen) i. München. Mitherausgeber des 'Historischen Jahrbuchs' u. der 'Bibliothek der Kirchenväter'.

Gez. Art. in Bd. 123. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W i c h m a n n , (-)

Regierungsrat i. Wiesbaden.

87, 669 (H, RT, Reg. IV, 50). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W i c k l , Rupert (1856 - 1927)

S.J. Erzieher i. Mariaschein u. Linz. Kongregationspräses zu Prag, Innsbruck u. Wien. Geistlicher Schriftsteller.
Sign.: 'R.W.' lt. 125, 209 i. Verb. mit H u. RT.

W i d d e r , (-)

München.
Mitarbeit an Bd. 78 lt. Sammlung der Mitarbeiternamen für diesen Bd. im RT. Art nicht auszumachen.

W i l l , Cornelius (1831 - 1905)

Konservator am Germanischen Nationalmuseum i. Nürnberg. Vorstand des Thurn und Taxis'schen Archivs i. Regensburg. Vorstand des 'Historischen Vereins der Oberpfalz'.
Sign.: 'C.W.' lt. 78, 326 i. Verb. mit H u. 83, 377.

43, 600 (H); 46, 36 (H); 47, 33 (H); 48, 789 (H); 49, 711 - 738 (H, Brief Jörgs an Binder vom 26.2. 1862 im RR); 51, 98 - 114 (H); 51, 688 (H); 65, 202 (H); 69, 452 (H); 78, 139 (H, Reg. III, 105); 78, 576 (H); 79, 379 (H); 81, 181 (H); 83, 301 (H); 90, 199 (H); 104, 688 (H, RT, Reg. IV, 92).

W i l m a n n s , (-)

Stadtgerichtsrat i. Berlin.

83, 886 (eigene Zuweisung aufgrund des Pseud. 'vom märkischen Sande' im Zusammenhang damit, daß bei W.'s gez. Art stets d. Herkunft aus Berlin betont wird.) Dazu noch gez. Art.

W i l p e r t , Joseph (1857 - 1944)

Priester u. Archäologe. 1926 Prof. f. Archäologie am päpstlichen Institut f. christliche Archäologie.

Gez. Art. in Bd. 122. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W i n d i s c h m a n n , Friedrich (1811 - 1861)

Sohn Carl Josef Windischmanns, Gegenspielers v. Georg Hermes u. der Hermesianer i. Bonn . Prof. f. Kirchengeschichte u. Exegese i. München. Kanonikus bei St. Kajetan. Akademiemitglied. Generalvikar u. Berater des Erzbischofs Reisach. (Vor allem d. 'Freisinger Denkschrift' trägt seine Züge.)

2, 525 (Strodl, 4, Sighart, 34, ADB,Rhein, 29); 2, 568 (Strodl, 5); 4, 739 (Sighart, 34, ADB, Rhein 29); 5, 257 u. 343 (Strodl, 1 u. 4, Sighart, 34, Brück-Lenning, 29); 7, 278 (Sighart, 34, ADB); 30, 129 - 137 (Meyers, 17); 34, 357 u. 435 u. 578 (Strodl, 20); 41, 713 (H, Reg. II, 39).

W i n g e n , (-)

Schulrat i. Rheinland.

97, 374 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W i t t e n , Mathilde v. (-)

Prinzessin v. Sachsen.

104, 241 u. 353 (H, RT); 106, 477 u. 574 u. 681 u. 816 u. 913 (H,RT).

W i t t m a n n , Patrizius (1818 - 1883)

Vorübergehend Redakteur der 'Sion' in Augsburg. München und Bamberg.

89, 569 (H, Reg. IV, 31). Dazu noch gez. Art.

W i t t m a n n , Pius (-)

München. Sohn des oben Genannten ?

Gez. Art. in Bd. 123. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W o l f , Johannes Wilhelm (1817 - 1855)

Germanist u. Schriftsteller. Köln?

33, 345 (Sepp, 165).

W o l f f , Bonifaz (-)

O.S.B. Maredsous.
Signaturen: 'P. B.W.' lt. 98, 589 i. Verb. mit H u. Reg. IV, 45 sowie 'B.W.' lt. 95, 585 i. Verb. mit H u. Reg. IV, 10. (Vor beiden Signaturen ist noch 'Maredsous' bzw. dessen Abkürzung 'M.' möglich.)

W o l f f , Odilo (1849 - 1928)

O.S.B. Prag.

Gez. Art ab Bd. 101.

W o l f s g r u b e r , Coelestin (1848 - 1924)

O.S.B. Dozent am Schottengymnasium i. Wien. K.k. Hofprediger. Prof. f. Kirchengeschichte u. Patristik i. Wien.

120, 477 (Reg. V, 51). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W o l k e n s t e i n , Anton Graf v. (1807 - 1877)

Brunnersdorf i. Böhmen.

63, 918 u. 980 (H, RT). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

W o l t e r , Maurus (1825 - 1890)

O.S.B. Abt i. Beuron. 1872 Gründer des Tochterklosters Maredsous.

56, 729 (H). Evtl. keine weiteren Art. mehr.

Z e i n i n g e r , (-)

O.S.F., da im RT als 'Guardian' bezeichnet. Hammelburg.

97, 790 (H, RT); 98, 723 (H).

Z e i s s n e r , Baron v. (-)

Böhmen.
Sign.: 'v.Z.' lt. 107, 743 i. Verb. mit H u. RT.

Evtl.keine weiteren Art. mehr.

Z e l l , Karl (1793 -1873)

Prof. f. Rechtswissenschaften i. Freiburg u. Heidelberg.
LT. Ministerialrat u. Hofrat.
Sign.: 'F.(reiburg) K.Z.' lt. 69, 842 i. Verb. mit H, Reg. III, 53, Dor-Zell, 208 u. Hansen VI, 269.

31, 538 (Cramer, 141); 38, 953 (Dor-Zell, 141); 38, 1041 u. 1138 (daselbst); 39, 33 u. 89 (daselbst u. 56, 303); 45, 217 (Dor-Zell, 14 Schulte III, 350 - Fehl: Bader lt. H mit ?); 47, 374 (H, Weech II, 536); 48, 1 u. 106 u. 184 u. 411 u. 441 u. 653 u. 989 (H, Dor-Zell, 141 Weech II, 536, 56, 303); 53, 253 u. 341 (H, Dor-Zell, 80, Reg. III, 48); 54, 81 (H, Dor-Zell, 141, Weech II, 536); 58, 424 u. 481 (H, Dor-Zell, 93 u. 200 -Fehl: Bader lt. Reg. III, 82); 59, 321 u. 393 (H, Dor-Zell, 141, Weech II, 536, 87, 277); 59, 359 (H); 60, 513 u. 589 u. 655 (H, Dor-Zell, 141, Weech II, 536, 87, 277); 62, 540 (H).

Z e t t e l , Karl (-)

München.

Gez. Art. in Bd. 104. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

Z i c h y , F. Graf v. (-)

Ungarn.

68, 279 u. 372 (H); 125, 605 (H, RT).

Z i m m e r l e , (-)

Domkapitular.

106, 952 (H, RT, Reg. IV, 14); 107, 583 (H, RT, Reg. IV, 107).

Z i m m e r m a n n , Athanasius (1839 - 1911)

S.J.
Sign.: 'A.Z. S.J.' lt. 103, 653 i. Verb. mit H, RT u. Reg. IV, 48 ; (nicht eindeutig ist die Sign.: 'A.Z.' ohne den Zusatz 'S.J.' -dann auch Zottmann möglich.)

99, 585 u. 642 u. 766 (Reg. IV, 74); 100, 295 u. 432 (H, Reg. IV, 28); 102, 389 (RT); 102, 934 (H, RT); 104, 37 (H, RT); 104, 481 (H, RT, Reg. IV, 41, 112, 565); 105, 684 u. 817 (H, RT); 106, 152 (H, RT); 108, 51 u. 620 (RT); 109, 377 (RT, Reg. IV, 107); 110, 314 (H, RT, Reg. IV, 60, Rückverweis von den gez.Art. 112, 408 u. 114, 812); 110, 620 (daselbst); 111, 457 (H, RT); 111, 718 (RT); 112, 154 (Reg. IV, 107, RT); 112, 661 (RT, Reg. V, 8); 113, 666 (RT, Reg. V, 28); 113, 870 (RT); 115, 525 (H, RT, Reg. V, 28); 116, 471 (RT, Reg. V, 57); 117, 25 (RT); 117, 491 (H, RT, Reg. V, 28); 117, 780 (RT); 119, 312 (RT); 119, 637 u. 717 u. 781 (H, RT); 120, 579 (RT); 120, 942 (RT, Reg. V, 47); 121, 340 (RT -Fehl: Bellesheim lt. H); 122, 679 (RT); 123, 499 (H, RT); 123, 892 (H, RT); 124, 294 u. 318 (H, RT); 125, 197 (RT); 125, 574 (RT, Reg. V, 29); 125, 752 (H, RT); 126, 187 (RT); 126, 443 u. 508 (RT); 126, 664 (H, RT); 126, 827 (RT); 127, 81 u. 305 u. 363 u. 835 (H, RT); 128, 35 u. 276 (H, RT); 128, 358 (RT); 128, 503 (H, RT); 128, 829 (RT).

Z i n g e l e r , Karl Theodor (-)

Archivrat i. Sigmaringen. Chronist des dortigen Hauses Hohenzollern.

Gez. Art. in Bd. 101. Evtl. keine weiteren Art mehr.

Z i n g e r l e , Josef (1831 - 1891)

Meran.Priester. Neffe des bekannten Orientalisten Pius Zingerle. Dozent an der Diözesanlehranstalt i. Trient. Domherr.

46, 546 (H).

Z i n g e r l e , Pius (1801 - 1881)

O.S.B. Priester. Lehrer am Stiftsgymnasium i. Meran. Vikar i. Passeiertal. Orientalist. 1862 vom Papst als Prof. f. orientalische Sprachen an die 'Sapienza' nach Rom berufen.

Mitarbeiter an den HpBl zwischen 1838 u. 1850 lt. Zusammenstellung der Mitarbeiternamen für diesen Zeitraum. Art. aber nicht auszumachen.

Z i s t e r e r , A. (-)

Tübingen.

Gez. Art. in Bd. 102. Evtl. keine weiteren Art. mehr.

Z ö p f l , Heinrich (1807 - 1877)

Prof. f. Staatsrecht i. Heidelberg. Hofrat u. Mitglied d. LT. Rechtshistorische Studien (z.B. über die 'Carolina', die 'Peinliche Halsgerichtsordnung' u.s.w.).

57, 453 - 475 (H); 67, 405 u. 485 (H, Reg. III, 18); 67, 670 (H, Reg. III, 27); 73, 150 (H); 75, 73 u. 165 u. 267 (H, Reg. III, 29 u. 44).

Z o t t m a n n , Alois (1863 -)

Cooperator i. Pappenheim.
Nicht eindeutige Sign.: 'A.Z.' (vgl. auch Zimmermann.)

115, 417 (RT); 116, 424 u. 511 u. 598 u. 643 (H, RT, Reg. V, 53); 118, 629 u. 734 u. 796 u. 882 (H, RT, Reg. V, 53, Fortsetzg. von 116, 643) ; 120, 568 u. 674 u. 901 (weitere Fortsetzg. u. daselbst) Dazu noch gez. Art.

Bibliographie zum statistischen Anhang

Verwendete Abkürzungen, alphabetisch geordnet.

ADB
Allgemeine Deutsche Biographie

Autobiographie Bachem
Bachem, Julius. Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers. Köln 1913.

Autobiographie C.I. Lorinser
Lorinser, Franz (Hrsg. u. Vollender). Carl Ignatius Lorinser. Eine Selbstbiographie. 2 Bde. Regensburg 1864.

Autobiographie F. Lorinser
Lorinser, Franz. Aus meinem Leben. Wahrheit und keine Dichtung. 2 Bde. Regensburg 1891.

Autobiographie Volk
Clarus, Ludwig (Pseud. für Wilhelm Volk). Simeon. Wanderungen und Heimkehr eines christlichen Forschers. 3 Bde. Schaffhausen 1862.

Almanach 1867 (resp. 1884)
Almanach der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1867 (resp. 1884). München 1867 (resp. 1884).

Bachem I-
Bachem, Karl. Josef Bachem. Seine Familie und die Firma J.P. Bachem in Köln. Die Rheinische und die Deutsche Volkshalle. Die Kölnischen Blätter und die Kölnische Volkszeitung. Zugleich ein Versuch ... 3 Bde. Köln 1912 (Bde. 1 u. 2) bzw. Köln 1938 (Bd. 3 mit leicht geändertem Titel).

Baumgartner
Baumgartner, Alexander. Erinnerungen an Dr. Karl Johann Greith, Bischof von St. Gallen. Freiburg i. Br. 1884.

Becker
(Druckfahne des Verzeichnisses von Hertlings Schriften) aus: Becker, Winfried. Georg von Hertling. 1843-1919. Habilitationsschrift. Mainz 1981.

Becker in HJb. 101
Becker, Winfried. Der Kulturkampf als europäisches und als deutsches Phänomen. In: Historisches Jahrbuch. Bd. 101 . München 1981, S. 422 ff.

Beuroner Bibliographie
Mayer, Suso (Hrsg.). Beuroner Bibliographie. Beuron 1963.

Bierganz
Bierganz, Manfred. Hermann Cardauns (1847-1925): Politiker, Publizist und Wissenschaftler in den Spannungen des politischen und religiösen Katholizismus seiner Zeit. Diss. Aachen 1977.

Biographie Guido Görres'
Binder, Franz. (Biographie Guido Görres' -ohne Titel). Handschriftlich festgehalten von Guidos Tochter Sophie. O. Jg. Redaktionsarchiv Regensburg.

Biogr. Jb. 1901
(F. Lauchert über J. Bach). Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog, hrsg. von Anton Bettelheim. Bd. 6 (Jan. - Dez. 1901). Berlin 1904, S. 208 ff.

Dt. Biogr. Jb. 1928
(Ignaz Philipp Dengel über L. Pastor). Deutsches Biographisches Jahrbuch. Bd. 10 (Jan. - Dez. 1928). Stuttgart 1931, S. 207 ff.

Borodajkewycz
Borodajkewycz, Taras v. Deutscher Geist und Katholizismus im 19. Jahrhundert. Dargestellt am Entwicklungsgang Constantins von Höfler. Reihe: Deutsche Geistesgeschichte in Einzeldarstellungen, hrsg. von Virgil Redlich. Bd. 1. Salzburg 1935.

Br. Ges. Schr. I-
Brentano Clemens. Gesammelte Schriften, hrsg. von Christian Brentano. 9 Bde. Frankfurt a. M. 1852-1855.

Brinz
Brinz, A. Dr. Ludwig Arndts v. Arnesberg. Nekrolog. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, hrsg. von A. Brinz und J. Pözl. Neue Folge, Bd. 2 (der ganzen Folge 21. Bd.). Heft 2. München 1879, S. 1 ff.

Brück-Lenning
Brück, Heinrich. Adam Franz Lenning, Generalvicar und Domdecan von Mainz in seinem Leben und Wirken. Mainz 1870.

Brühl
Brühl, J.A. Moriz. Geschichte der katholischen Literatur Deutschlands vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. In kritisch-biographischen Umrissen. Ein vervollständigender Beitrag zur National-Literaturgeschichte. Leipzig 1854.

Brunner
Brunner, Josef. Die Literaturkritik in den Historisch-politischen Blättern, 1838-1923. Ein Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses der deutschen Katholiken zur nationalen Kultur. Reihe: Freiburger Forschungen zur Kunst- und Literaturgeschichte, hrsg. von Heribert Reiners und Richard Newald. Bd. 3. Ohlau 1935.

Buchheim
Buchheim, Karl. Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert. München 1963.

Cardauns 1920
Cardauns, Hermann. Philipp Veit und Ernst Lieber. In: Zweite Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft für 1920. Köln 1920, S. 25 ff.

Casper
Casper, Bernhard. Die Einheit aller Wirklichkeit. Friedrich Pilgram und seine theologische Philosophie. Freiburg i. Br. 1961.

Cramer
Cramer, Valmar. Bücherkunde zur Geschichte der katholischen Bewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert. In sachlicher Anordnung, mit Rezensionen ... Reihe: Apologetische Tagesfragen. Heft 16. Mönchengladbach 1914.

Dengel in HJb. 49
Dengel, Ignaz Philipp. Ludwig Frhr. v. Pastor † . In: Historisches Jahrbuch. Bd. 49. München 1929, S. 1 ff.

Denk
Denk, Hans Dieter. Die Veröffentlichungen Georg Ratzingers in den Historisch-politischen Blättern. Zulassungsarbeit Regensburg 1973.

Denkpfennige
Brunner, Sebastian. Denk-Pfennige zur Erinnerung an Personen, Zustände und Erlebnisse vor, in und nach dem Explosionsjahre 1848. Würzburg 1886.

Dictionnaire d' Archéologie ...
Dictionnaire d' Archéologie chrétienne et de Liturgie, begr. von Fernand Cabrol und Henri Leclercq. Tomes 1-15. Paris 1924-1953. Tome 9.2. (1930) und Tome 14.2. (1948).

Dictionnaire d' Histoire ...
Dictionnaire d' Histoire et de Géographie Ecclésiastiques, begr. von A. De Meyer und Et. Van Cauwenbergh. Tomes 1-19. Paris 1912-1979. Tome 6 (1931/32) und Tome 7 (1934).

Diel-Kreitten
Diel, Johann Baptist. Clemens Brentano. 2 Bde., hrsg. von Wilhelm Kreitten. Freiburg i. Br. 1877.

Doeberl, Anton
Doeberl, Anton. Die katholisch-konservative Richtung in Bayern und die 'Deutsche Frage'. Mit besonderer Berücksichtigung der Haltung Edmund Jörgs. In: Gelbe Hefte, hrsg. von Max Buchner. I. Jg. 2. Halbband. München 1924, S. 1111 ff.

Donders
Donders, Adolf. Paul Wilhelm v. Keppler, Bischof von Rottenburg. Ein Künder katholischen Glaubens. Freiburg i. Br. 1935.

Dor-Buß
Dor, Franz. Franz Joseph Ritter v. Buß in seinem Leben und Wirken geschildert. Freiburg i. Br. 1911.

Dor-Edle Männer
Dor, Franz. Edle Männer unserer Heimat. Schlichte Lebensbilder. Karlsruhe 1920.

Dor-Zell
Dor, Franz. Hofrat Karl Zell. Ein Lebensbild. Freiburg i. Br. 1912.

Engelbrecht
Engelbrecht, Helmut. Die österreichischen Mitarbeiter der Historisch-politischen Blätter zwischen 1867 und der Jahrhundertwende. Diss. (masch.) Wien 1948.

Erdinger
Erdinger, Anton. Dr. Joseph Fessler. Bischof von St. Pölten und Sekretär des Vatikanischen Konzils. Ein Lebensbild. Brixen 1874.

Ettlinger
Ettlinger, Max. Die Ästhetik Martin Deutingers in ihrem Werden, Wesen und Wirken. Habilitationsschrift München 1914.

Falkiana
Falkiana. (Verzeichnis der Schriften Franz Falks). Als Manuskript gedruckt. Mainz 1902.

Familienbriefe (I)
Joseph von Görres. Gesammelte Briefe. Bd. 1: Familienbriefe, hrsg. v. Marie Görres.(Bd. 7 der Gesammelten Schriften Joseph von Görres', hrsg. von derselben). München 1858.

Fels
Fels, Heinrich. Martin Deutinger. Reihe: Gestalten des christlichen Abendlandes. Bd. 2. München 1938.

Finsterhölzl
Finsterhölzl, Johann. Ignaz von Döllinger. Leben und Werk. Reihe: Wegbereiter heutiger Theologie, hrsg. von Heinrich Fries und Johann Finsterhölzl. O.Nr. Graz. 1969.

Foesser
Foesser, O. Johannes Theodor Laurent und seine Verdienste um die katholische Kirche. In: Frankfurter zeitgemäße Broschüren, hrsg. von Johann Michael Raich. Neue Folge, Bd. 11. Frankfurt a.M. 1890, S. 153 ff.

Freundesbriefe (II-
Joseph von Görres. Gesammelte Briefe. Bde. 2 u. 3: Freundesbriefe, hrsg. von Franz Binder. (Bde. 8 u. 9 der Gesammelten Schriften Joseph von Görres', hrsg. von Marie Görres). München 1874.

Friedrich
Friedrich, Johann. Ignaz von Döllinger. Sein Leben auf Grund seines schriftlichen Nachlasses dargestellt. 3 Bde. München 1899-1901.

Funk
Funk, Franz Xaver. Kirchengeschichtliche Abhandlungen und Untersuchungen. 3 Bde. Paderborn 1897-1907.

Galland
Galland Joseph. Joseph von Görres. Aus Anlaß seiner hundertjährigen Geburtsfeier in seinem Leben und Wirken dem deutschen Volk geschildert. Freiburg i. Br. 1876.

Gönner/ Sester
Gönner, Richard und Josef Sester. Das Kirchenpatronatsrecht im Großherzogtum Baden. Stuttgart 1904.

Goyau
Goyau, Georges. L' Allemagne religieuse. Tomes 1-4. Paris 1898-1909.

Grabmann
Grabmann, Martin. P. Heinrich Denifle O.P. Eine Würdigung seiner Forschungsarbeit. Mainz 1905.

Grauert
Grauert, Hermann. P. Heinrich Denifle O.P. Ein Wort zum Gedächtnis und zum Frieden. Ein Beitrg auch zum Luther-Streit. Freiburg i. Br. 1908[2].

H
Handexemplar der Historisch-politischen Blätter im Redaktionsarchiv Thauernhausen.

Hammer
Hammer, Philipp. Die Presse eine Großmacht oder ein Stück moderner Versimpelung. Würzburg 1868.

Hansen I-
Hansen, Johann Jakob. Lebensbilder hervorragender Katholiken des neunzehnten Jahrhunderts. 8 Bde. Paderborn 1901-1914.

Hertkens
Hertkens, Johann. Professor Dr. M.J. Scheeben. Leben und Wirken eines katholischen Gelehrten im Dienste der Kirche. Festschrift zur Feier der Konsekration und Inthronisation des Hochw. Herrn Dr. Hubert Theophil Simar, Bischofs von Paderborn. Paderborn 1892.

Holland
Holland, Hyacinth. Erinnerungen an Ernst von Lasaulx. München 1861.

Hurter I-
Hurter, Heinrich v. Friedrich von Hurter, k.k. Hofrath und Reichshistoriograph und seine Zeit. 2 Bde. Graz 1876/77.

Janssen-Böhmer I-
Janssen, Johannes (Hrsg.). Joh. Friedrich Böhmers Leben, Briefe und kleinere Schriften. 3 Bde. Freiburg i. Br. 1868.

Jarckes VS I-
Jarcke, Carl Ernst. Vermischte Schriften. 4 Bde. München 1839 (Bde. 1-3) bzw. Paderborn 1854 (Bd. 4 mit dem zusätzlichen Titel 'Prinzipienfragen').

Jochner-Br.
Brief Georg Jochners an Sophie Jochner (Tochter Guido Görres'). München, den 17.12.1907. Im Redaktionsarchiv Regensburg.

Jungnitz
Jungnitz, Joseph. Prälat Adolf Franz. Ein Lebensbild. Breslau 1917.

K.A.v. Müller
Müller, Karl Alexander v. Die beiden Görres und die 'Allgemeine Zeitung'. In: Oberbayerisches Archiv. Bd. 61. München 1918, S. 164 ff.

Keiter
Keiter, Heinrich. Annette von Droste-Hülshoff, Deutschlands größte Dichterin. In: Frankfurter zeitgemäße Broschüren, hrsg. von Johann Michael Raich. Neue Folge, Bd. 11. Frankfurt a.M. 1890, S. 33 ff.

Ketteler in Raich
Raich, Johann Michael (Hrsg.). Briefe von und an Wilhelm Emanuel Freiherrn v. Ketteler, Bischof von Mainz. Mainz 1879.

Köhler
Köhler, Oskar. Die Wahrheit in der Geschichte. In: Der Katholizismus in Deutschland und der Verlag Herder. 1801-1951. Freiburg i. Br. 1951, S. 129 ff.

Kosch 1906
Eichendorff, Joseph Frhr.v. Geschichte der poetischen Literatur Deutschlands, hrsg. von Wilhelm Kosch. 2 Bde. Reihe: Sammlung Kösel. Bde. 10 u. 11. Kempten/München 1906.

Kosch-Werke
Kosch, Wilhelm (Hrsg.). Briefe von und an Freiherrn Joseph von Eichendorff. 2 Bde. (Bde. 12 u. 13 der Sämtlichen Werke des Freiherrn Joseph von Eichendorff. Historisch-kritische Ausgabe, hrsg. von Wilhelm Kosch und August Sauer). Regensburg 1910/11.

Kraus-Tagebücher
Kraus, Franz Xaver. Tagebücher, hrsg. von Hubert Schiel. Köln 1957.

Kreitten
Kreitten, Wilhelm. Leberecht Dreves. Ein Lebensbild. Als Beitrag zur Literatur- und Kirchengeschichte nach dem handschriftlichen Nachlaß und den gedruckten Quellen entworfen. Freiburg i. Br. 1897.

Leitschuh
Leitschuh, Friedrich. Dr. Anton Ruland, k. Ober-Bibliothekar der Universität Würzburg als Schriftsteller. Eine Erinnerungsgabe zum dreihundertjährigen Jubiläum der Universität Würzburg. München 1882. Als Beitrag Nr. 15 zur Festschrift, gewidmet der k. Julius-Maximilians-Universität zu ihrem dreihundertjährigen Jubiläum ... Würzburg 1882.

Lempp
Lempp, Richard. Die Frage der Trennung von Kirche und Staat im Frankfurter Parlament. Reihe: Beiträge zur Parteigeschichte, hrsg. von Adalbert Wahl. Bd. 7. Tübingen 1913.

Lill
Lill, Rudolf. Die Beilegung der Kölner Wirren 1840-1842. Vorwiegend nach Akten des Vatikanischen Geheimarchivs. Reihe: Studien zur Kölner Kirchengeschichte, hrsg. vom Historischen Archiv des Erzbistums Köln. Bd. 6. Düsseldorf 1962 . (Als Diss. Köln 1960).

Lit. Handweiser
Literarischer Handweiser zunächst für das katholische Deutschland, hrsg. von Franz Hülskamp und Hermann Rump. Jge. 1867 u. 1872. Münster 1867 ff.

Lösch/A.
Lösch, Stefan. Döllinger und Frankreich. Eine geistige Allianz. 1823-1871. Im Lichte von 56 bisher meist unbekannten Briefen, ... nebst Döllinger-Bibliographie. Reihe: Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, hrsg. von der Kommission für Bayerische Landesgeschichte. Bd. 51. München 1955.

Lucas
Lucas, Karl Hermann. Joseph Edmund Jörg. Konservative Publizistik zwischen Revolution und Reichsgründung (1852-1871). Diss. Köln 1969.

Martin
Martin, Hans. Die Stellung der 'Historisch-Politischen Blätter' zur Reichsgründung 1870/71. In: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte. Bd. 6. München 1933, S. 60 ff. u. S. 217 ff.

Meister
Meister, Franz. Erinnerungen an Johannes Janssen. Frankfurt a.M. 1896[3].

Merkle
Merkle, Sebastian. Die Vertretung der Kirchengeschichte in Würzburg bis zum Jahre 1879. In: Aus der Vergangenheit der Universität Würzburg. Festschrift zum 350-jährigen Bestehen der Universität, hrsg. von Max Buchner. Berlin 1932, S. 146 ff.

Meyers
Meyers, J. Guido Görres. Beiträge zur Geschichte seines Lebens und Wirkens. In: Programm des Großherzoglichen Progymnasiums zu Echternach, herausgegeben am Schlusse des Schuljahres 1895-1896. Luxemburg 1896, S. 1 ff.

Möller
Möller, Karl. Leben und Briefe des Johannes Theodor Laurent, Titularbischof von Chersones, ... Als Beitrag zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. 3 Bde. Trier 1887-1889.

Pailler
Pailler, Wilhelm. Jodok Stülz, Prälat von St. Florian. Ein Lebensbild. Linz 1876.

Pastor: Aus dem Leben...
Pastor, Ludwig. Aus dem Leben des Geschichtsschreibers Johannes Janssen. 1829-1891. Mit einer Charakteristik Janssens. In: Erste Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft für 1929. Köln 1929, S. 1 ff.

Pastor-Janssen-Briefe I-
Pastor, Ludwig (Hrsg.). Johannes Janssens Briefe. 2 Bde. Freiburg i. Br. 1920.

Pastor-Lebensbild
Pastor, Ludwig. Johannes Janssen. 1829-1891. Ein Lebensbild, vornehmlich nach den ungedruckten Briefen und Tagebüchern desselben. Freiburg i. Br. 1892.

Pastor-Reichensperger
Pastor, Ludwig. August Reichensperger. 1808-1895. Sein Leben und sein Wirken auf dem Gebiet der Politik, der Kunst und der Wissenschaft. Mit Benutzung seines ungedruckten Nachlasses ... 2 Bde. Freiburg i. Br. 1899.

Pastor-Tagebücher
Pastor, Ludwig Freiherr von. 1854-1928. Tagebücher-Briefe-Erinnerungen, hrsg. von Wilhelm Wühr. Heidelberg 1950.

Personalstatistik Eichstätt
Personalstatistik und Bibliographie des bischöflichen Lyceums in Eichstätt, hrsg. von Franz Sales Romstöck. Ingolstadt 1894.

Pfülf
Pfülf, Otto. S.J. Bischof von Ketteler (1811-1877). Eine geschichtliche Darstellung. 3 Bde. Mainz 1899.

Plus Ultra
Baumstark, Reinhold. Plus Ultra! Schicksale eines deutschen Katholiken 1869-1882. Straßburg 1883.

Poll
Poll, Maria. Edmund Jörgs Kampf für eine christliche und großdeutsche Volks- und Staatsordnung. Paderborn 1936.

Pölnitz 16.1.
Pölnitz, Götz Frhr. v. Joseph Görres' Aufsätze in den Historisch-politischen Blättern 1838-1845. (Bd. 16.1. von Joseph von Görres' Gesammelten Schriften, hrsg. von Wilhelm Schellberg, Götz Frhr. v. Pölnitz u. a. Köln 1926 ff.). Bd. 16.1. Köln 1936, S. IX-LIV.

Pölnitz in HZ 155
Pölnitz, Götz Frhr. v. George P. Phillips, ein großdeutscher Konservativer in der Paulskirche. In: Historische Zeitschrift. Bd. 155. München/Berlin 1937, S. 51 ff.

Raab
Raab, Heribert. Joseph Görres. Ein Leben für Freiheit und Recht. Auswahl aus seinem Werk. Urteile von Zeitgenossen. Einführung und Bibliographie. Paderborn 1978.

Ratzinger
Ratzinger, Georg. Forschungen zur Bayerischen Geschichte. Kempten 1898.

Reg. I-
Registerbände zu den Historisch-politischen Blättern, hrsg. von Pius Gams (Bde. 1-3 , 1838-1878) bzw. Franz Binder (Bde. 4-5 , 1879-1902). München 1859 ff.

Reichsgedanke
Spahn, Martin. Für den Reichsgedanken. Historisch-politische Aufsätze 1915-1934, hrsg. von Spahns Schüler- und Freundeskreis zu dessen 60. Geburtstag. Berlin/Bonn 1936.

Revue Bénédictine
Berlière, Ursmer D. Dom Suitbert Baeumer O.S.B. In: Revue Bénédictine. Tome XI. Nrn. 1-12. Maredsous (Belgien) 1894, S. 481 ff.

Rhein
Rhein, Franz. Zehn Jahre 'Historisch-politische Blätter'. 1838-1848. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zentrums. Diss. Bonn 1916.

Reusch
Döllinger, Johann Josef Ignaz von. Kleinere Schriften. Gedruckte und ungedruckte. Gesammelt und herausgegeben von F.H. Reusch. Stuttgart 1890.

Ringseis I-
Ringseis, Johann Nepomuk. Erinnerungen des Dr. Johann Nepomuk von Ringseis, hrsg. von Emilie Ringseis. 4 Bde. Regensburg 1888.

Rosenthal I-
Rosenthal, David Friedrich. Convertitenbilder aus dem neunzehnten Jahrhundert. 3 Bde. Schaffhausen 1866 ff.

RR
Redaktionsarchiv Regensburg (hauptsächlich Briefe an Josef Edmund Jörg und Franz Binder).

RT
Redaktionsarchiv Thauernhausen (Mitarbeiterlisten und Zusammenstellungen von Beiträgen für einzelne Mitarbeiter).

Schiel
Schiel, Hubert. Franz Xaver Kraus und die katholische Tübinger Schule. Ellwangen 1858.

Schmolcke
Schmolcke, Michael. Adolph Kolping als Publizist. Ein Beitrag zur Publizistik und zur Verbandsgeschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert. Reihe: Dialog der Gesellschaft. Schriftenreihe zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, hrsg. von Henk Prakke. Bd. 3. Münster 1966.

Schnabel-Zusammenschluß
Schnabel, Franz. Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848. Reihe: Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, begr. von Erich Marcks und Dietrich Schäfer, hrsg. von Karl Hampe und Hermann Oncken. Heft 29. Heidelberg 1910.

Schnitzer
Verfassung und gegenwärtiger Bestand sämtlicher Kirchen des Orients. Eine kanonistisch-statistische Abhandlung von Isidor Silbernagl, umgearbeitet und nach dem Tod des Verfassers neu herausgegeben von Josef Schnitzer, Regensburg 1904.

Schulte III
Schulte, Johann Friedrich v. Geschichte der Quellen und Literatur des kanonischen Rechts ... 3 Bde. Stuttgart 1880.

Schulze
Varrentrapp, Conrad. Johannes Schulze und das höhere preussische Unterrichtswesen in seiner Zeit. Leipzig 1889.

Schwater
Schweter, Joseph. Prälat Dr. Hugo Laemmer. 1835-1918. Glatz 1926.

Sepp
Sepp, Johann Nepomuk (1816-1909). Ein Bild seines Lebens nach seinen eigenen Aufzeichnungen. Xenium zum hundertsten Geburtstag (7. August 1916). Regensburg 1916.

Siebertz
Siebertz, Paul. Karl Fürst zu Löwenstein. Ein Bild seines Lebens und Wirkens nach Briefen, Akten und Dokumenten. Kempten 1924.

Sighart
Sighart, Joachim. Dr. Friedrich Windischmann. Ein Lebensbild. Augsburg 1861.

Spahn
Spahn, Martin. Edmund Jörg. In: Hochland. Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst, hrsg. von Karl Muth. 17. Jg. (1919/20). Heft 1. München 1920, S. 273 ff.

Stamminger
Stamminger, J.B. Zum Gedächtnisse Cardinal Hergenröthers. Rede, gehalten in der katholischen Gesellschaft 'Union' zu Würzburg am 23. November 1891. Freiburg i. Br. 1892.

Stange I-
Stange, Erich (Hrsg.). Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. 5 Bde. Leipzig 1925-1929.

Staudinger
Staudinger, Melchiora. Die katholische Bewegung in Bayern in der Zeit des Frankfurter Parlaments. (Diss. München 1925). Regensburg o.Jg.

Stegmann
Stegmann, Franz Josef. Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Der Beitrag der Historisch-Politischen Blätter zur Lösung der sozialen Frage. Reihe: Politische Studien. Beiheft 4. (Unter anderem Titel als Münchner Diss. von 1965). München und Wien 1965.

Steiner
Steiner, Ludwig. Kardinal Hergenröther. Reihe: Der Episkopat der Gegenwart in Lebensbildern dargestellt. Bd. 7. Würzburg 1883.

Stimmen aus Maria Laach 38
Kreitten, Wilhelm. Ungedruckte Briefe von Joseph von Eichendorff und Karl Ernst Jarcke an Leberecht Dreves. In: Stimmen aus Maria Laach. Katholische Blätter. Bd. 38. Freiburg i. Br. 1890, S. 69 ff. u. S. 309 ff.

Stölzle
Stölzle, Remigius. Ernst von Lasaulx (1805-61), ein Lebensbild. Münster 1904.

Strodl
Strodl, Michael. Friedrich Heinrich Hugo Windischmann. Ein Bild seines kirchlichen Wirkens und seiner wissenschaftlichen Thätigkeit. München 1862.

Treimer
Treimer, Ilse. Sebastian Brunner als Historiker. Diss. (masch.) Wien 1948.

Truxa
Truxa, Hanns Maria. Der österreichische Geschichtsforscher, Schriftsteller und Dichter Pfarrer Josef Maurer. Ein Vorbild literarischen Wirkens und echt priesterlichen Lebens. Zugleich ein Beitrag zur vaterländischen Literaturgeschichte. Wien 1897^{2}.

Vogelsanger
Vogelsanger, Peter. Weg nach Rom. Friedrich Hurters geistige Entwicklung im Rahmen der romantischen Konversionsbewegung. ZÜrich 1954.

VS I-
Phillips, George. Vermischte Schriften. 3 Bde. Wien 1856 ff.

Wackernell
Wackernell, J.E. Beda Weber 1798-1858 und die tirolische Litteratur 1800-1846. Reihe: Quellen und Forschungen zur Geschichte, Litteratur und Sprache Österreichs und seiner Kronländer, hrsg. von J. Hirn und J.E. Wackernell. Bd 9. Innsbruck 1903.

Weber
Weber, Christoph. Der 'Fall Spahn' (1901). Ein Beitrag zur Wissenschafts- und Kulturdiskussion im ausgehenden 19. Jahrhundert. Rom 1980.

Weech I-
Weech, Friedrich v. (Hrsg.). Badische Biographien. 5 Bde. Karlsruhe 1881-1891 (Bde. 1-4) bzw. Heidelberg 1906 (Bd. 5).

Wiard K.
Klopp, Wiard. Onno Klopp. Leben und Wirken. Osnabrück 1907. Neu hrsg. von Franz Schnabel. München 1950.

Woher? Wohin?
Brunner, Sebastian. Woher? Wohin? Geschichten, Gedanken, Bilder und Leute aus meinem Leben. 2 Bde. Wien 1855.

Wörndle
Wörndle, Heinrich v. (Hrsg.). Lucas Ritter von Führich's Ausgewählte Schriften. Stuttgart 1894.

W.u.K. I-
Hettinger, Franz. Aus Welt und Kirche. Bilder und Skizzen. 2 Bde. Freiburg i. Br. 1885.

Wurzbach I-
Wurzbach, Constant (Hrsg.). Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, enthaltend die Lebensskizzen der denkwürdigen Personen, welche seit 1750 in den österreichischen Kronländern geboren wurden oder darin gelebt und gewirkt haben. 60 Bde. Wien 1857 ff.

Zinkl
Zinkl, Johannes. Magnus Jocham. Johannes Clericus. 1808-1893. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Theologie und Frömmigkeit im neunzehnten Jahrhundert. Freiburg i. Br. 1950.

Z.u.L.
Janssen, Johannes. Zeit- und Lebensbilder. Freiburg i. Br. 1876^{2}.

L E B E N S L A U F

Ich wurde am 21. Februar 1952 in Augsburg als Sohn des Volksschullehrers Josef Weber und seiner Gattin Elisabeth (geb. Silberhorn) geboren.

Im Juni 1969 erwarb ich im technischen Zweig der Staatlichen Realschule I in Augsburg die Mittlere Reife. Nach dem Besuch einer Übergangsklasse absolvierte ich die gymnasiale Oberstufe am Jakob-Fugger-Gymnasium in Augsburg und legte dort im Juni 1973 das Abitur ab.

Im Juli desselben Jahres wurde ich als Wehrpflichtiger eingezogen. Meine Dienstzeit endete im September 1974.

Im Sommersemester 1975 begann ich an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Studium der Geschichte, des Deutschen und der Sozialkunde für das Lehramt an Gymnasien; ich beschloß diese Studienrichtung im Jahr 1980 mit dem I. Staatsexamen. Anschließend begann ich meine Arbeit über die Historisch-politischen Blätter, die von Prof. Hans Schmidt als Doktorvater betreut wurde. Das Rigorosum fand im Februar 1983 statt.

Während meines Studiums wurde ich vor allem durch die Lehrveranstaltungen der Herren Professoren Schmidt, Weis, Kloos, Hammermayer und Schnith in Geschichte, Frühwald und Kolb in Germanistik sowie Biser in Philosophie angeregt und gefördert.

München, den 2. August 1983

Bernhard Weber